

ERHARD, BENEDIKT

Option Heimat - Opzioni : una storia  
dell'Alto Adige ; eine Geschichte  
Südtirols : Konzept und Red.: Benedikt  
Erhard

Tiroler Geschichtsverein  
1989

EOD – Millionen Bücher nur einen Mausklick entfernt! In mehr als 12 europäischen Ländern!



**Danke, dass Sie EOD gewählt haben!**

Europäische Bibliotheken besitzen viele Millionen Bücher aus der Zeit des 15. – 20. Jahrhunderts. Alle diese Bücher werden nun auf Wunsch als eBook zugänglich – nur einen Mausklick entfernt. In den Katalogen der EOD-Bibliotheken warten diese Bücher auf Ihre Bestellung – 24 Stunden täglich, 7 Tage die Woche. Das bestellte Buch wird für Sie digitalisiert und als eBook zur Verfügung gestellt.

## Machen Sie Gebrauch von Ihrem eBook!

- Genießen Sie das Layout des originalen Buches!
  - Benutzen Sie Ihr PDF-Standardprogramm zum Lesen, Blättern oder Vergrößern. Sie benötigen keine weitere Software.
  - *Suchen & Finden*:\* Mit der Standardsuchfunktion Ihres PDF-Programms können Sie nach einzelnen Wörtern oder Teilen von Wörtern suchen.
  - *Kopieren & Einfügen*:\* Text und Bilder in andere Anwendungen (z.B. Textverarbeitungsprogramme) einfach kopieren und einfügen
- \*Nicht in allen eBooks möglich.

## Allgemeine Geschäftsbedingungen

Mit der Nutzung des EOD-Services akzeptieren Sie die allgemeinen Geschäftsbedingungen der bestandshaltenden Institution.

- Allgemeine Geschäftsbedingungen:  
<https://books2ebooks.eu/csp/de/ubi/de/agb.html>

## Weitere eBooks

Schon fast 40 Bibliotheken in mehr als 12 europäischen Ländern bieten diesen Service an.

Finden Sie weitere Bücher zur Digitalisierung: <https://search.books2ebooks.eu>  
Mehr Information unter <https://books2ebooks.eu>

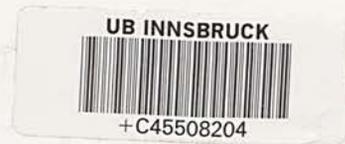
BENEDIKT ERHARD



EINE GESCHICHTE SÜDTIROLS

# OPTION HEIMAT OPZIONI

VOM GEHEN UND VOM BLEIBEN



ÖBV

Vereinnahmt in  
Bestandsverzeichnis Nr. 27 813  
Nachtrag 19 90 Nr. 262



Alle Rechte vorbehalten

© 1989 beim Tiroler Geschichtsverein,  
Sektion Bozen  
Konzept und Redaktion: Benedikt Erhard  
Lektorat: Hugo Seyr  
Wissenschaftliche Beratung: Leopold Steurer  
Umschlagentwurf: Manfred Mayr, Goldrain  
Graphische Gestaltung: Hanno Mayr, Bozen  
Transkriptionen: Birgit Alber, Kristin Pan,  
Isabella Rohrbacher  
Übersetzung: Dedalus Übersetzer-genossenschaft,  
Bozen  
Gesamtherstellung: Rauchdruck,  
A-6040 Innsbruck, Kugelfangweg 15  
Printed in Austria

ÖBV Österreichischer Bundesverlag  
Gesellschaft m. b. H., Wien

ISBN 3-215-07477-X

# Inhalt

Benedikt Erhard, Hugo Seyr

Option Heimat 3

Fiktionen und Geschichten

Christoph von Hartungen, Othmar Kiem,  
Alessandra Zendron

Umbrüche 6

Zusammenbruch der alten Welt, 8

Im neuen Staat, 15

Die Welschtiroler, 33

»Tiroler sind wir und Tiroler wollen wir bleiben!« — Die Ladinler (Mauro Scroccaro), 39

Othmar Kiem, Hubert Mock,  
Alessandra Zendron

Entheimatung 42

»Unterm Beil« — Der Faschismus wird  
Staat, 44

Übergänge I, 59

Rückzugsheimat, 67

Die neue Strategie, 73

Übergänge II, 93

Entheimatung — Die Faust im Sack, 99

Claus Conrad

»Denn heute steht Deutschland  
am Brenner!« 108

Großdeutsche Traditionen, 110

Nationalsozialistische Volksgemeinschaft, 116

Was keiner wissen wollte, 125

Hubert Mock, Walter Pichler,  
Martha Verdorfer, Alessandra Zendron

Die Option 136

Vereinbarungen und Verfahren, 138

Die Propaganda, 151

Zwischenergebnisse und Folgen, 167

Die Ladinler und die Option

(Luciana Palla, Karin Demetz), 182

Helmut Alexander

Der Lange Weg 192

Die Umsiedlung der Südtiroler, 154

Die Umsiedlung der Kanaltaler und der  
Grödner, 233

Die »geschlossene Umsiedlung« der Luserner  
und Fersentaler — oder: Was den Südtirolern  
erspart blieb, 238

Walter Pichler, Carlo Romeo,  
Paul Rösch, Martha Verdorfer

Dableiber und Dagebliebene 256

Die Propaganda geht weiter, 258

Die Arbeit der Kulturkommission, 274

In der Operationszone Alpenvorland, 279

Zusammenbruch und Reorganisation —

Die Italiener in der Operationszone  
Alpenvorland, 298

Stefan Lechner

»Die Heimat ruft«? 304

Südtirol bleibt bei Italien, 306

Die Revision der Optionen, 315

Der lange Weg zurück, 327

Abkürzungen, 341

Ausgewählte Literatur, 342

Bildquellen, 344

Autorinnen und Autoren, 348



# Option Heimat — Geschichten und Fiktionen

Benedikt Erhard, Hugo Seyr

Eine Geschichte der Option der Südtiroler von 1939 darstellen heißt, sich auf fragiles Material einzulassen, auf weltpolitische Pläne und diplomatische Finten, auf Hoffnungen und Ängste, auf Emotionen, die bis heute gewaltig aufbrechen können. Nur wenige Aspekte dieser Geschichte lassen sich eindeutig darstellen und stehen außer Streit — z. B.: — daß Südtirol im machtpolitischen Szenario des faschistischen Italien und des nationalsozialistischen Deutschland einen dauernden Unsicherheits- und Störfaktor darstellte, der in beiderseitigem Einverständnis möglichst radikal und endgültig beseitigt werden sollte;

— daß beide Regimes an einer Umsiedlung der Südtiroler interessiert waren, dabei jedoch nicht die gleichen Ziele verfolgten und deswegen zentrale Fragen der Umsiedlung bis zum Schluß nicht geklärt wurden;

— daß die Umsiedlung ins Deutsche Reich zwar über die Köpfe der Südtiroler hinweg vereinbart, ihnen aber zugleich die Möglichkeit eingeräumt wurde, individuell zwischen einer Option für die deutsche Staatsbürgerschaft mit daraus folgender Verpflichtung zur Abwanderung, einer Option für die Beibehaltung der italienischen Staatsbürgerschaft oder gar keiner Option zu wählen;

— daß diese formale Freiwilligkeit der Option einen Konflikt bewirkte, in dem sich eine nationalsozialistische Untergrundbewegung sowie kirchliche bzw. bürgerliche Kreise gegenüberstanden und der mit allen Mitteln der Propaganda und der Denunziation geführt wurde;

— daß die Mehrheit der Berechtigten für Deutschland optierte;

— daß die Umsiedlung in der vereinbarten Form, als Umsiedlung aller Optanten für die deutsche Staatsbürgerschaft, nicht stattfand;

— daß rund 75.000 Optanten, rund ein Drittel der Südtiroler Bevölkerung, vor allem die Besitzlosen und die zur deutschen Wehrmacht eingezogenen Männer, tatsächlich abwanderten und von diesen rund ein Drittel nach 1945 wieder zurückkehrten.

Gegenüber einem schmalen Bestand von Eindeutigkeiten, der vor allem die Aspekte der deutsch-

italienischen Beziehungen und der faschistischen bzw. nationalsozialistischen Herrschaftsgeschichte abdeckt, ist die Liste jener Fragen, auf die es kontroverse oder keine Antworten gibt, beeindruckend. Dies liegt freilich nicht nur an den Lücken der zeitgeschichtlicher Forschung, sondern auch an der Tücke des Objekts.

Unbeantwortbar ist die Frage nach dem Ergebnis der Option — es gab kein Ergebnis: Es gab keine eindeutige Vereinbarung über den Kreis der Optionsberechtigten (z. B. unter den Welschtirolern und den Ladinern) und deshalb keine Basiszahlen; es gab keine differenzierten Angaben über die Zahl der eigentlichen Optionen und die Zahl der selbst nicht optionsberechtigten Frauen, unmündigen Kinder und anderer Personen, für die der Haushaltsvorstand oder Vormund optierte; schon vor Ablauf der offiziellen Optionsfrist haben Hunderte Personen teils mehrfach umoptiert. — Die seit Jänner 1940 veröffentlichten Zahlen wichen deshalb beträchtlich voneinander ab, waren spekulativ und im jeweiligen Interesse ihrer Autoren zumeist selbst noch Teil der Propaganda.

Nicht eindeutig beantwortbar ist die Frage nach Zwang oder Freiwilligkeit der Option. Formal bestand kein Zwang zur Option, im Fall einer Option für die deutsche Staatsbürgerschaft war jedoch die Abwanderung zwingend. Die Option verlangte von den Betroffenen auf jeden Fall eine individuelle Entscheidung, deren Folgen ihre Vorstellungskraft zumeist überstieg, für die es auch keine rationalen Gründe geben konnte. Eine Fülle von Gerüchten, Drohungen und Spekulationen über das künftige Schicksal der »Dableiber« und der »Geher« war im Umlauf; in Südtirol könne keiner bleiben, die einen kämen nach Sizilien, die anderen nach Galizien und ähnliches mehr. Was immer hinter diesen Gerüchten an konkreten Absichten oder Plänen gesteckt haben mag: der Krieg und die militärische Zerschlagung von Faschismus und Nationalsozialismus verhinderten ihre Durchführung. Gleichwohl also nicht mehr als Spekulationen, waren diese Gerüchte jedoch geschickt lancierte, zentrale Bestandteile der Propaganda und überlagerten den rechtlichen Charakter der Option. Zusammen mit der knappen Optionsfrist bis 31. Dezember 1939 ließen sie das Szenario eines Plebiszits entstehen; der Konsensdruck der Dorfgemeinschaften und die persönlichen Interessen einzelner Aktivisten wogen

schließlich mehr als der Einsatz von Zivilcourage. Trotzdem und im Widerspruch zu bis heute aktuellen Versuchen der Vereinfachung und Instrumentalisierung ist festzuhalten: die Option war keine Volksabstimmung, ihr Ergebnis ein »Bekenntnis der Südtiroler zum Deutschtum« oder als »Verrat an der Heimat« zu nennen heißt, sich der Sprache der zeitgenössischen Propaganda zu bedienen.

Zentraler Bezugspunkt der Propaganda beider Seiten war die Heimat. Aber: Was konnte »Heimat« 1939 in Südtirol noch heißen? Was bedeutete »Heimat« für die Besitzenden, was für die Besitzlosen, was für die Landbevölkerung, was für die Städter? Und: Wie können wir heute verstehen, was damals »Heimat« war? Nach fast zwanzig Jahren faschistischer Gewaltherrschaft und des Versuchs, mit allen Mitteln aus Südtirol eine italienische Provinz zu machen, waren viele der herkömmlichen Bezüge zur Heimat obsolet geworden. Zudem hatten großdeutsche und antilibérale Traditionen sowie die nationalsozialistische Agitation der dreißiger Jahre den Heimatbegriff auf »Volkstum«, »Volksgemeinschaft« und »Bekenntnis« getrimmt und gegenüber Sozialdemokraten, Juden und anderen Fremden abgegrenzt. Zeitgenössische Parolen wie »Südtiroler bekennt euch!«, »Deutsch oder wälsch — jetzt und für alle Zeiten!« und »Heimkehr in eine größere Heimat — Deutschland!« auf der einen Seite oder »Bleibt treu der Heimat!« und »Heimat oder Fremde!« auf der anderen verweisen deshalb weniger auf eine rationale Alternative denn auf die Entleerung und die Austauschbarkeit der Begriffe. Weder können diese fiktiven Gegensätze das Maß an Emotionen und die Radikalität der Spaltung der Südtiroler Gesellschaft in Folge der Option erklären, noch gar die Geschichte aus heutiger Sicht plausibel machen.

Zweck und unmittelbare Folgen der Option standen in einem eigentümlichen Mißverhältnis: Die geplante Umsiedlung aller Optanten für die deutsche Staatsbürgerschaft scheiterte an der vereinbarten Ablösung ihres Vermögens und am Verlauf des Krieges; die Mehrheit der Optanten, gleichwohl vom Deutschen Reich bereits eingebürgert, blieb in Südtirol und blieb dort, mit der Macht der reichsdeutschen Umsiedlungsstellen im Rücken, die bestimmende Gruppe. Die »Dableiber« hingegen gerieten, obwohl am Ort ihrer Wahl geblieben, zunehmend in Bedrängnis. Daraus konnte sie auch

der faschistische Apparat nicht mehr befreien. Mörderisch wurde diese Bedrängnis indes nach der Besetzung Italiens durch die deutsche Wehrmacht und der Errichtung der Operationszone Alpenvorland. Spätestens angesichts dieser Epoche von September 1943 bis Mai 1945 wird deutlich, daß das Diktum, die Südtiroler seien Opfer der großen Politik zweier Diktatoren geworden, so allgemein nicht stimmt. Wie schon bei der propagandistischen Vorbereitung der Option und in der Maschinerie der Umsiedlung, waren auch in dieser Epoche Südtiroler unter den Tätern. Die Zahl der in diesen Jahren nach Sondergerichtsurteilen und in den KZs ermordeten Südtiroler Juden, Wehrdienstverweigerer und Gegner des NS-Regimes ist erschreckend hoch — auch im Vergleich zu den Opfern der zwanzigjährigen faschistischen Herrschaft. Die Vermutung liegt nahe, daß ein guter Teil der um die Option bis heute aufbrechenden Emotionen ihre Wurzel in dieser Zeit nach der Option hat.

Die Aufarbeitung der Option und Umsiedlung stand nach 1945 lange Zeit im Dienst der Legitimation aktueller politischer Ziele und damit unter dem Diktat der Eindeutigkeit. Als es darum ging, für die rund 150.000 in Südtirol gebliebenen Optanten den Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft zu erreichen, mußte der Zwangscharakter von Option und Umsiedlung besonders betont werden. In den langen Jahren der Auseinandersetzung um die Durchführung des Gruber-De Gasperi-Abkommens vom September 1946, um die Sicherung von Minderheitenrechten und den Ausbau der Autonomie wurden die schmerzhaften Erinnerungen an die Ereignisse rund um die Option zugunsten der politischen Einheit der Minderheit verdrängt und war die Wiedergutmachung des unbestreitbaren italienisch-faschistischen Unrechts an Südtirol die dominierende Perspektive. Auf der anderen, der italienischen Seite der Geschichtsschreibung hingegen stand ebenfalls aus einsichtigen politischen Gründen das »Bekenntnis« der Südtiroler Optanten zu Nazideutschland im Vordergrund.

Für eine differenzierende Betrachtung dieser Geschichte war lange Zeit kein Platz.

Der vorliegende Band versucht, wie die gleichnamige Ausstellung des Tiroler Geschichtsvereins, eine Geschichte der Option jenseits der bis heute aktuellen Legitimationsversuche zu entwerfen. Dies bedeutet nichts weniger als den Versuch, die

stärkste Zerreißprobe, der die Südtiroler Gesellschaft jemals ausgesetzt war, aus der Vereinnahmung durch die verschiedenen politischen und ethnischen Lager zu lösen und als ein Ereignis neben anderen den Annalen der Geschichte zuzuordnen.

Dieser Absicht der Historisierung des Optionsgeschehens war auch das thematische Konzept geschuldet: die Ereignisse rund um die Option wurden als der Höhepunkt einer Entwicklung dargestellt, die nach dem Ersten Weltkrieg auf den Trümmern der Habsburgermonarchie und in den Traditionen des Nationalismus' des 19. Jahrhunderts beginnt und mit der Rücksiedlung ehemaliger Optanten zu Beginn der fünfziger Jahre endet. Dabei wurde versucht, der ganzen Breite des Geschehens und der betroffenen Gruppen von Menschen zu entsprechen und die Geschichte nicht auf die Perspektive der deutschen Volksgruppe zu beschränken. Auswahl und Gewichtung der behandelten Einzelaspekte geschah nach dem Kriterium der Bedeutung für die Vor- und Nachgeschichte der Option.

Beide Darstellungsformen, die Ausstellung und der Katalog als begleitender Bildband, sind in ihrem Umfang beschränkt und müssen die Geschichte auf wenige Aussagen reduzieren. Deshalb galt es, ganz bewußt mit Andeutungen zu arbeiten. In der Ausstellung sind dies insbesondere die architektonischen Elemente der einzelnen Räume, die den Besucher in einen bestimmten Parcours leiten und ihm die Ausstellungsstücke in jeweils ganz bestimmten Perspektiven und räumlichen Arrangements darbieten. Im Katalog erfüllen diese Funktion die zahlreichen biographischen Skizzen und das Arrangement der Abbildungen, die ihre eigene Geschichte neben dem Text erzählen: So könnte es gewesen sein.

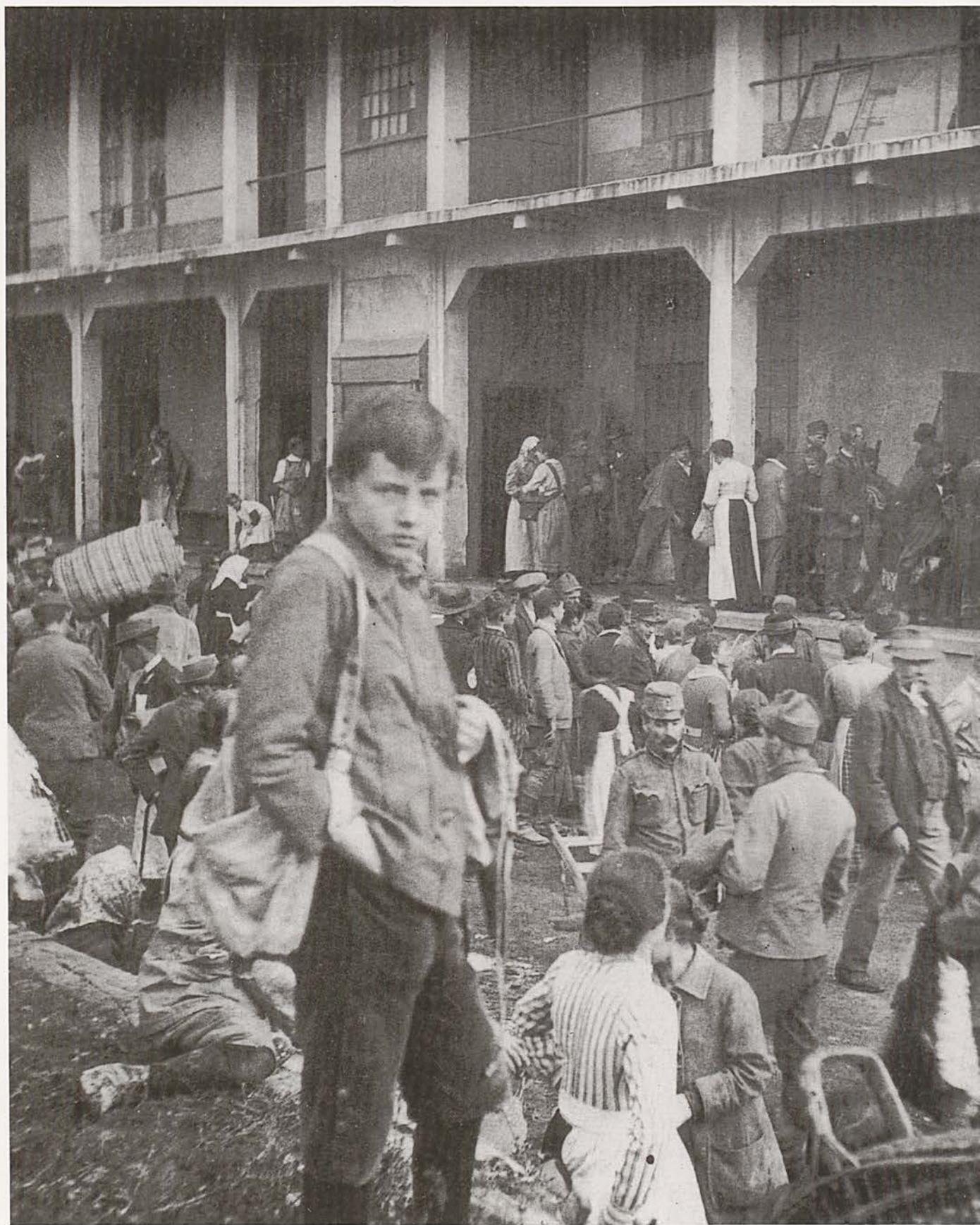
Andeuten heißt indes leicht auch übertreiben und überziehen. Dies geschah aber durchaus bewußt und in der Absicht, neue Fragestellungen einzuführen. Auf diese Weise wurde etwa deutlich, daß die Grenze zwischen der alteingesessenen Südtiroler Gesellschaft und den Institutionen des neuen Staates oder den faschistischen Organisationen in den zwanziger und dreißiger Jahren keineswegs unüberwindlich war, daß es vielmehr etliche Übergänge und Bereiche der Zusammenarbeit gab.

Auch wurde der Umstand wichtig, daß es in dieser Geschichte zwei Optionen gab, in deren Folge die Südtiroler Gesellschaft um jeweils ganz bestimmte

Gruppen reduziert wurde: Die erste Option von 1920/21 führte dazu, daß rund 9000 in Südtirol ansässige aber nicht heimatberechtigte Eisenbahner, Beamte und Lehrer das Land verlassen mußten, und der Südtiroler Sozialdemokratie noch vor ihrer Zerschlagung durch den Faschismus die Basis geraubt wurde. Nach der zweiten, großen Option von 1939/40 wanderten vor allem die Besitzlosen ab. Schließlich war die Rückoption der Umsiedler in den Jahren nach 1949 die dritte Option: zehn Jahre nachdem sie sich, dem Slogan »der Führer ruft« folgend, auf die meist vergebliche Suche nach einer neuen Heimat gemacht hatten, folgten sie nun dem Slogan »die Heimat ruft« und blieben doch zum großen Teil entheimatet.

Eine weitere Konsequenz aus dem Versuch einer Historisierung der Option war die Einbindung der Italiener und der Ladiner. Denn auch die Italiener in Südtirol haben optiert — viele alteingesessene Welschtiroler de facto, die in den zwanziger und dreißiger Jahren zugewanderten Italiener im übertragenen Sinn: auch sie waren auf der Suche nach neuer Heimat und besserem Leben, auch ihr Weg war von den Plänen der faschistischen Machthaber bestimmt. Der Versuch, das herkömmlichen Konzept der Geschichtsschreibung nach Volksgruppen zu überwinden, war indes mangels geeigneter Vorarbeiten noch schwieriger, als der Versuch, die herkömmliche Beschränkung auf Aspekte der Herrschaftsgeschichte aufzuheben. Denn tatsächlich haben Deutsche, Italiener und Ladiner in Südtirol ihre je eigenen Geschichten — und tun sich auch reichlich schwer damit. Die Ladiner sind selbst noch einmal geteilt, leben in drei Provinzen und in unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Strukturen, pflegen unterschiedliche Idiome und haben ganz unterschiedliche Erfahrungen aus der Zeit der Option. Ihre gemeinsame Geschichte ist ebensowenig geschrieben, wie die der Italiener in Südtirol. Von einer einigermaßen umfassenden, integrativen Darstellung der Geschichte aller drei Gruppen kann noch lange nicht die Rede sein. Ein friedliches Zusammenleben braucht jedoch auch eine breite Verständigung über die gemeinsame Geschichte.

Es bleibt noch viel zu tun.

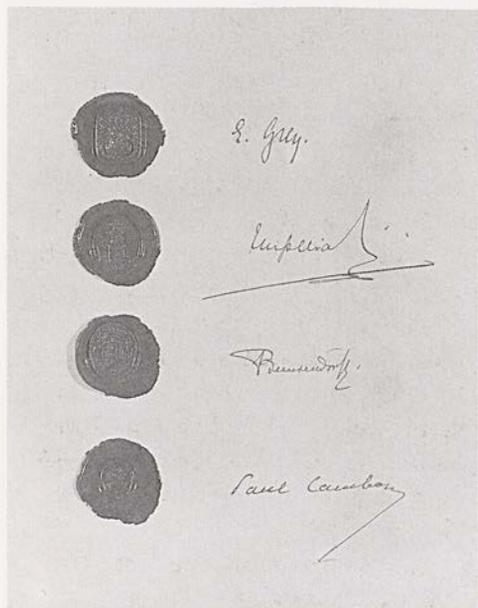




## Umbrüche

Christoph von Hartungen  
Othmar Kiem  
Alessandra Zendron

Vorhergehende Seite: Meran, November 1918 — Die Plünderungen greifen von den militärischen Vepflegs- und Monturmagazinen auf die Speditionsfirma Prader über. Originalbildtext



Im Londoner Geheimabkommen vom 16. April 1915, oben die vier Unterschriften mit Siegel, erhielt Italien für seinen Kriegseintritt auf seiten der Entente umfassende Gebietsgewinne zugesichert. — Bereits wenige Tage später, am 24. Mai, wußte *Der Tiroler* zu berichten: »(...) Italien trat der Londoner Abmachung bei, derzufolge Verbündete keinen Separatfrieden abschließen dürfen. Italien erhielt folgende Zusicherungen:

1. Südtirol bis zum Brenner,
2. Handlungsfreiheit im Adriatischen Meere,
3. Erwerbung von Triest, Istriens, Dalmatiens bis zur Narenta,
4. Anerkennung des Besitzes von Valona und der Rechte auf Südalbanien,
5. Beteiligung an der Beerbung der Türkei im gleichen Maßstabe wie die anderen Mächte des Dreiverbands,
6. Grenzberichtigungen im Osten und Westen Libyens und wirtschaftlichen Vorteile während der Kriegsdauer.«

## Zusammenbruch der alten Welt

Am 4. November 1918 um 15.00 Uhr trat der Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und Italien in Kraft; damit ging ein mehr als vierjähriger, an Verlusten und Opfern bis dahin beispielloser Krieg zu Ende. Die Waffenstillstandsbedingungen sahen eine schrittweise Besetzung des Kronlandes Tirol bis zum Alpenhauptkamm (Brenner) vor. Allerdings war dies mehr als eine gewöhnliche militärische Niederlage, denn gleichzeitig zerfiel auch die Donaumonarchie in verschiedene Nachfolgestaaten; die politische Ordnung Mitteleuropas wurde dadurch völlig verändert. Für die Tiroler südlich des Brenners bewahrheiteten sich damit die schlimmsten Befürchtungen. Nicht nur war der eigene Staat besiegt und in Auflösung begriffen, sondern es zeichnete sich sogar die Gefahr einer Teilung des Landes ab. Es war nämlich schon bekannt geworden, daß laut Londoner Vertrag, der 1915 Italiens Kriegseintritt auf Seiten der Entente (England, Frankreich, Rußland) festgelegt hatte, der Brenner die neue Nordgrenze Italiens sein sollte. In wenigen Monaten hatte sich die politische Situation völlig verändert. Noch am 9. Mai 1918 war von Vertretern aller Tiroler Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, in Sterzing ein »Allgemeiner Deutscher Volkstag« abgehalten worden, in dessen Verlauf ein ultranationalistisches »Siegfriedens-Programm« verabschiedet worden war.

Im Herbst 1918 wurde klar, daß solch hochtrabende Ziele mit der Wirklichkeit nichts mehr gemein hatten. Die militärische Niederlage der Mittelmächte (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich) war ebenso offenkundig wie die Auflösung des Habsburgerreiches. In dieser Lage wurde für den 12. Oktober 1918 neuerdings ein Volkstag einberufen, diesmal in Brixen und unter dem Namen »Tiroler Volkstag«. Jetzt plötzlich machte man sich jene vierzehn Punkte zu eigen, die der US-Präsident Woodrow Wilson im Jänner 1918 als seine Grundsätze für eine Neuordnung der europäischen Verhältnisse bekanntgegeben hatte. Die Tiroler klammerten sich vor allem an das darin enthaltene Selbstbestimmungsrecht und an Punkt neun, der eine Revision der Nordgrenze Italiens »... nach klar erkennbaren Nationalitätenlinien ...« forderte, ohne sich



Burg Welfenstein bei Mauls: österreichische Soldaten »erledigen den welschen Erbfeind«.

allerdings um die politisch-strategischen Rahmenbedingungen zu kümmern.

Nach Abschluß des Waffenstillstands rückten nun italienische Truppen langsam vor, während die Reste der K.u.K.-Armee in Unordnung nach Norden fluteten. Am 4. November 1918 erreichten die Italiener Trient; am 7. November erfolgte der Einzug in Bozen, wobei auf Ersuchen der Stadtverwaltung um Schutz vor plündernden österreichischen Truppen der Einmarsch früher als geplant erfolgte. Bis zum 19. November war die Waffenstillstandslinie an allen Punkten erreicht; der Verkehr zwischen beiden Landesteilen wurde unterbunden.

Politisch und wirtschaftlich wurde das Gebiet südlich des Brenners von Italien kontrolliert. Das hatte unmittelbar zur Folge, daß im Unterschied zu Nordtirol bald umfangreiche Lebensmittellieferungen — darunter vor allem die ungewohnten Produkte Nudeln und Reis — die große Not linderten. Später kam es aber auch zu einer Knappheit

Aus dem »Siegfriedensprogramm« vom 9. Mai 1918:

»Der Deutsche Volkstag fordert:

1. Einen vernünftigen Frieden, (...)
  2. Gegenüber Italien natürliche Grenzen, die Tirol und Österreich besser schützen und alte, deutsche Siedelgebiete wie Dreizehngemeinden, Sieben Gemeinden, Bladen, Zahre, Schönfeld, Tischlwang an Österreich gliedern; deshalb Grenzberichtigung durch Ausdehnung Österreichs über das obere Adda- und Oglitotal bis zum Südufer des Gartsees und zum Südrande der venetianisch-friulanischen Alpen; (...)
  3. Ausbau des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche (...)
  4. Deutsche Staatssprache und deutsche Staatsrichtung in Österreich (...)
  5. Einheit und Unteilbarkeit Tirols von Kufstein bis zur Berner Klause, schärfste Ablehnung jeglicher Autonomie des südlichen Landesteiles (...)
  6. Unnachsichtige Bekämpfung der welschen Irredenta, vor allem durch Schutz und Förderung des Deutschtums in Südtirol einerseits und Ausweisung aller irredentistischen Elemente andererseits (...)
  7. Keine Strafflosigkeit (Amnestie) oder Wiedereinsetzung welscher Hochverräter.
  8. Einziehung ihres greifbaren Vermögens (...)
  9. Besetzung des bischöflichen Stuhles in Trient mit einem Deutschen; guttirolische Priesterausbildung im Bistume Trient.
  10. Vollständige Umgestaltung des Schulwesens in Welschtirol, durch Einführung des deutschen Sprachunterrichtes als Pflichtfach (...)
- (*Innsbrucker Nachrichten*, 10. 5. 1918)



In Richtung Vinschgau abziehende österreichische Truppen in Meran

österreichischen Geldes, da nichts mehr über den Brenner kam. Drückend war, daß noch unmittelbar vor Kriegsende ca. 350.000 österreichische Soldaten, darunter viele Tiroler, in Kriegsgefangenschaft geraten waren.

Angesichts dieser Gesamtentwicklung konstituierte sich bereits am 4. November in Bozen ein »Provisorischer Nationalrat für Deutsch-Südtirol«, der nach Nordtiroler Vorbild das momentane Machtvakuum ausfüllen sollte. Die aus Südtiroler Gemeindevertretern zusammengesetzte Versammlung erklärte sich im Verlauf der folgenden Tage als Bestandteil der am 12. November ausgerufenen Republik Deutsch-Österreich. Da die gesamte Zivilverwaltung bald vom »Segretariato Generale per gli Affari Civili« beim italienischen Generalstab beaufsichtigt wurde, blieb die Tätigkeit des Nationalrates auf unverbindliche Beratungen beschränkt. Im Jänner 1919 wurde er vom Militärgouverneur in Trient, General Guglielmo Pecori-Giraldi, aufgelöst, um jegliche Vorentscheidung zugunsten Österreichs hintanzuhalten.

Obwohl Italien keinen Zweifel daran aufkommen ließ, daß es die Brennergrenze als endgültig erachte, regten sich



doch bald Bemühungen von Seiten Österreichs und Tirols, Einfluß auf die demnächst einzuberufenden Friedenskonferenzen zu nehmen. Bereits im November 1918 verfaßte der Deutsch-Südtiroler Nationalrat eine Denkschrift, die sich mit mehreren Entwicklungsmöglichkeiten auseinandersetzte: Von einem Maximum — Südtirol bleibt Bestandteil Deutsch-Österreichs und damit des Deutschen Reiches — bis zur Minimalforderung — Südtirol wird ein autonomer Bestandteil des Königreiches Italien — wurden alle Möglichkeiten durchgespielt.

Doch im Grunde war die Entscheidung schon gefallen, wiewohl die offizielle österreichische Delegation in Paris die Beibehaltung Südtirols forderte. Die neue Nordgrenze Italiens war bei den Alliierten kein allzu umstrittener Punkt, und auch die USA betrachteten die Brennergrenze keinesfalls als Widerspruch zu den vierzehn Punkten ihres Präsidenten. Man war sich dabei durchaus im klaren, daß dadurch an die 200.000 Deutsche unter italienische Oberhoheit kamen, doch überwogen strategische Überlegungen — Alpenhauptkamm als leicht zu verteidigende Linie —, aber auch politische: Da Italien im Osten gegenüber dem

Anschlagtafel mit Proklamationen der italienischen Heeresleitung, Meran November 1918



Erstmals in Paradeuniform ausrückende Carabinieri 1918 in Meran

»Ja, ja, am Anfang war es nicht so schlecht, weil ja die Not so groß war, überhaupt in den Städten, sagen wir Bozen und Brixen, war ja die Not und die Italiener haben gleich Reis und Sachen gebracht, haben Militärküchen gehabt und Speisen ausgegeben und einmal das Volk aufgemuntert.«

(Interview Hans Scherlin, TLI)

Rechts: Ausspeisung von Meraner Kindern durch das italienische Heer

»Die Carabinieri, die haben wir gern gehabt. Die sind zu uns hinauf tanzen gekommen, die haben eine große Freude gehabt und haben gesagt, oh bei euch ist es so fein zu kommen, (...) Ja die Carabinieri, die waren lustig (...)«

(Interview Rosa Verra, TLI)

neugegründeten Staat Jugoslawien zurückstecken mußte — Verzicht auf Dalmatien — sollte zumindest im Norden das Kriegsziel erreicht werden. Damit erhielt die Brennergrenze neben der militärischen auch eine geradezu symbolisch-sakrale Dimension: Mit Errichtung der »natürlichen« Grenze im Norden waren die Forderungen des Risorgimento erfüllt worden.

Nachdem der österreichischen Delegation im Juni 1919 die Friedensbedingungen vorgelegt worden waren, versuchte sie zwar durch Gegenargumente ihren Standpunkt klarzumachen, verwies auch auf die einmütig ablehnende Haltung der Gemeinden Südtirols und auf deren Forderung nach einer Abstimmung, doch überwogen die realpolitischen Argumente der Sieger. Daher unterzeichnete Staatskanzler Karl Renner am 10. September 1919 in St. Germain-Laye bei Paris den Friedensvertrag, womit die Annexion Südtirols durch Italien besiegelt war. Da dieser Staat zu den eigentlichen Siegermächten zählte, wurde er auch nicht vertraglich zur Einführung eines Minderheitenschutzes verpflichtet, wie dies zum Beispiel bei Polen oder der Tschechoslowakei der Fall war. Lediglich einige hochgestellte ita-



lienische Politiker und König Viktor Emanuel III. in seiner Thronrede von 1920 versicherten, die Identität der neuen, anderssprachigen Untertanen zu respektieren.

Die nunmehr durch eine Staatsgrenze voneinander getrennten Tiroler mußten sich mit diesem neuen Tatbestand erst abfinden. Durch ohnmächtige Appelle ans Weltgewissen, Proteste und Trauerkundgebungen nördlich und südlich des Brenners versuchten sie zwar auf ihre Lage aufmerksam zu machen, doch an den Tatsachen war nicht mehr zu rütteln.

Besonders den Südtirolern erschien die Zukunft grau, waren sie doch innerhalb weniger Monate von Mitgliedern der beherrschenden Staatsnation auf den Status einer schutzlosen auslandsdeutschen Minderheit herabgesunken. Da das kleine, wirtschaftlich schwache Österreich keinerlei Schutz zu bieten vermochte, erhielt die unter-schwellig bereits seit Jahrzehnten vorhandene Ausrichtung der Südtiroler aufs Deutsche Reich eine weitere Verstärkung.

Feierliche Einweihung des Grenzsteins am Brenner in Anwesenheit König Viktor Emanuels III., 13. Oktober 1921



BOZEN

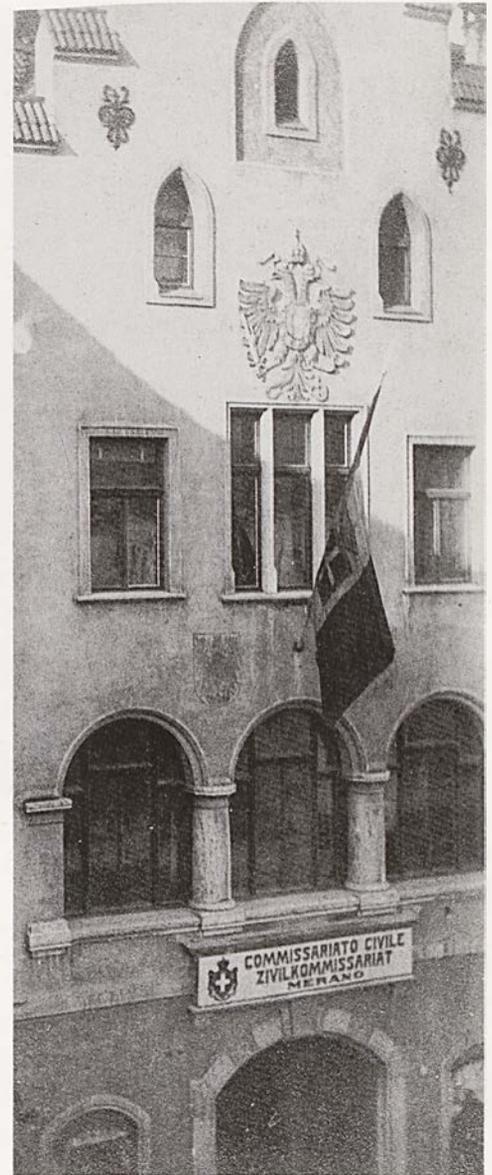


Bozner Kalender  
HAUS für 1921

## Im neuen Staat

Nach der Angliederung an Italien waren Südtiroler aus den Organen und Institutionen der Landesverwaltung weitgehend ausgeschlossen. Die Landesverwaltung hatte ihren Sitz in Trient und in jenen Fällen, in denen auch Vertreter der Südtiroler in den Gremien saßen, waren sie eindeutig in der Minderheit. Mit Einführung der Zivilverwaltung im August 1919 trat an die Stelle des Militärgouverneurs ein »Generalkommissariat für die Venezia Tridentina«, dem die Ausübung und Überwachung der staatlichen und lokalen Verwaltung oblag und das direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt war. Zum Leiter des Kommissariats wurde Luigi Credaro ernannt, der zunächst eine durchaus minderheitenfreundliche Linie vertrat, bis 1922 aber immer mehr auf den zentralistischen Kurs der römischen Regierung einschwenkte. Die Kompetenzen des ehemaligen Landtages wurden einem Provinzialausschuß übertragen, der später von einem außerordentlichen Landesausschuß abgelöst wurde. Beiden Ausschüssen stand der ehemalige Trentiner Reichsratsabgeordnete und Vizelandeshauptmann von Tirol, Enrico Conci, vor. Die alten Bezirkshauptmannschaften bestanden weiter, an die Stelle der Bezirkshauptleute traten aber Zivilkommissare, die meistens aus dem Trentino stammten. Der Landeskulturrat, die Handels- und Gewerbekammern sowie die Gemeinderäte und Bürgermeister konnten hingegen ihre Tätigkeit ungehindert fortsetzen.

Parallel zum Ausbau der Präsenz des italienischen Staates und der Ausrichtung der Verwaltung auf Trient, vollzogen sich Neudefinition und Formierung der Südtiroler Volksgruppe. Hatte früher das Südtiroler-Sein im wesentlichen darin bestanden, Bewohner des Kronlandes Tirol, somit also Tiroler und Mitglied der staatstragenden Nation zu sein, suchte man nun als schutzbedürftige Minderheit nach neuen Inhalten und neuen Definitionen. Besonderer Wert kam dabei Symbolen zu, die für die kulturelle Einheit Tirols standen, insbesondere Trachten und die Heldenmythen von 1809. Im ganzen Land erfolgten Neugründungen von Vereinen und Trachtengruppen; Musikkapellen rückten öfter als früher in Tracht aus. Ausdruck fand diese Suche nach der neuen Identität auch im Bereich des Kalen-



Das Zivilkommissariat in Meran, noch wenige Tage vorher Sitz der kaiserl. königl. Bezirkshauptmannschaft

Links: *Bozner Hauskalender* 1921 — Die Betonung von traditionellen Elementen des Tirolertums war eine Reaktion auf die neue Lage der Südtiroler als Minderheit. Der Tiroler-Adler und symbolträchtige Motive aus der Geschichte Tirols wurden nun zu zentralen Gestaltungselementen der Kalender-Titelblätter.



Die katholische Vereinskapelle Meran, erstmals in Burggräfer-Tracht ausrückend, April 1920

derwesens; allein im Jahr 1920 erfolgten drei Kalenderneugründungen und *Reimmichls-Volks-Kalender* erschien ab nun mit einer eigenen Ausgabe für Südtirol.

Vor 1918 befanden sich die Zentralen von Parteien und Verbänden zumeist in Innsbruck; nach Unterzeichnung des Friedensvertrags spalteten sich die Südtiroler Parteisektionen von Nordtirol ab und konstituierten sich als eigenständige Parteien. Gestützt auf die Bauernschaft, den Klerus und Teile des Bürgertums wurde die Tiroler Volkspartei (TVP) zur dominierenden Partei der Nachkriegszeit. Ihr erster Obmann war Eduard Reut-Nicolussi, den 1923 Karl Tinzl ablöste.

Die Anhänger der Deutschfreiheitlichen Partei (DFP) rekrutierten sich im wesentlichen aus der liberalen Intelligenz, einem Teil der Beamtenschaft und dem Handelsbürgertum. Während die TVP eine landesweite Organisation besaß, war die DFP nur in den Städten und in einigen größeren Dörfern des Landes präsent. Zu ihren wichtigsten Vertretern zählten neben den späteren Parlamentsabgeordneten Wilhelm v. Walther und Baron Paul Sternbach die langjährigen Bürgermeister von Bozen und Meran, Julius Perathoner und Max Markart.



Arbeiter-Umzug, Meran 1. Mai 1920

Über alle traditionellen Konfliktpunkte hinweg, die zwischen den beiden Parteien hinsichtlich der Stellung zu Staat und Kirche, des Schulunterrichts und der politisch-ideologischen Ausrichtung auf Österreich bzw. das Deutsche Reich bestanden, schlossen sie sich im Oktober 1919 zum Deutschen Verband (DV) zusammen. Bei Weiterbestehen der beiden Parteien sollte der Deutsche Verband die gemeinsame Interessensvertretung nach außen, insbesondere gegenüber Rom, bilden. Ausdrücklich ausgenommen von diesem Bündnis war die Gemeindepolitik, in der die beiden Parteien nach wie vor als Konkurrenten auftraten. Obwohl die Sozialdemokratische Partei dem DV nicht beigetreten war, erhob dieser immer wieder Anspruch auf Alleinvertretung der Minderheit und trat als »Partei der Südtiroler« auf. Für die Sozialdemokraten hätte ein Zusammengehen mit den beiden bürgerlichen Parteien den Verzicht auf die grundlegend verschiedenen Positionen bedeutet, die sie in weltanschaulicher, religiöser, sozialer Hinsicht und nicht zuletzt auch zur Nationalitätenfrage eingenommen hatten.

Während für den DV der »nationale Kampf« d. h. die Beseitigung der Brennergrenze im Zentrum stand, und er alle anderen Dinge diesem Ziel unterordnete, suchten die



**Wir wollen frei sein, wie die Väter waren -  
Eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.**



**Sie sollen sie nicht haben  
des Brenners Scheidewand**

Insbesondere im Bundesland Tirol gab es zahlreiche und massive Proteste gegen die Annexion Südtirols durch Italien. Auf Postkarten, auf diversen Notgeldausgaben, in Flugschriften und Broschüren und bei den bis 1936 alljährlich am 10. Oktober abgehaltenen Trauerkundgebungen wurde von den bürgerlichen Parteien mit viel Pathos das »himmelschreiende Unrecht« beklagt.

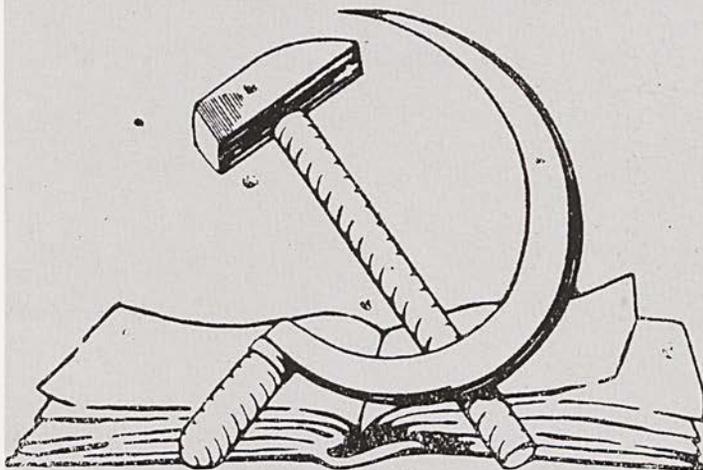




Die feierliche Annexion: Feier auf dem Domplatz in Trient am 10. Oktober 1920

Die fröhliche Annexion: Begrüßung der Teilnehmer einer Erkundungsfahrt des italienischen Touring Clubs nach Südtirol, Meran Juli 1919

## Das Risten-Kennzeichen der Sozialdemokratischen Partei.

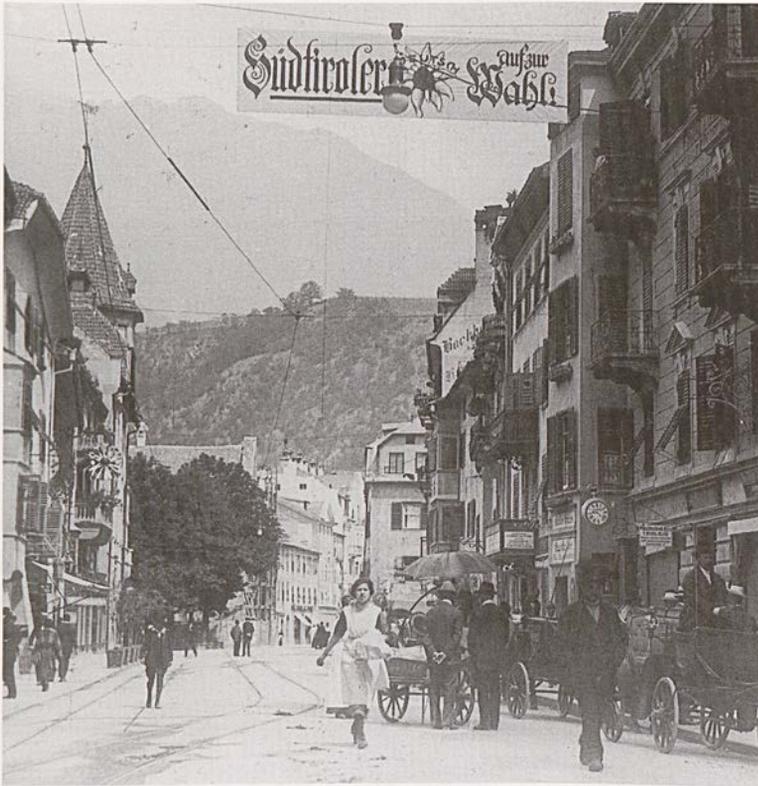


Zur Parlamentswahl am Pfingstsonntag haben die beiden sich gegenüberstehenden Parteien verschiedene Kennzeichen für ihren Stimmzettel. Das Risten-Kennzeichen der Sozialdemokratischen Partei ist eine sinnbildliche Zusammenstellung der Arbeit und Wissenschaft: Hammer und Sichel mit einem ausgebreitet darunter liegenden Buch.

Wahlauf Ruf der Sozialdemokratischen Partei Südtirols zu den Parlamentswahlen 1921

Sozialdemokraten die Zusammenarbeit mit autonomistischen Kräften in Italien. Nachdem sich die Sozialdemokratische Partei Südtirols im September 1919 als von der Nordtiroler Partei unabhängige Organisation konstituiert hatte, schloß sie sich als autonome Sektion der Sozialistischen Partei Italiens an. Zentren der Südtiroler Sozialdemokratie und der Gewerkschaften waren Bozen, Meran, Schlanders, Kaltern, Lana und die größeren Ortschaften entlang der Bahnlinien. Die soziale Basis der Sozialdemokratie stellten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten der verschiedenen Berufsgruppen — vor allem die Eisenbahner.

Nachdem alle anderen von der österreichischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz angestrebten Lösungsmöglichkeiten des Südtirol-Problems gescheitert waren, begannen die Südtiroler, sich nun wohl oder übel mit der neuen Situation abzufinden. Das Ziel hieß nun Autonomie innerhalb des italienischen Staates. Im Dezember 1919 veröffentlichte *Der Tiroler* einen Autonomieentwurf des Deutschen Verbandes, der sich an der Autonomie der ehemaligen österreichischen Kronländer orientierte und weitgehende Gesetzgebungsbefugnisse des Landtages vorsah. Im August 1920 legten auch die Sozialdemokraten der Regierung in Rom einen Autonomieentwurf vor, den sie zusammen mit Vertretern der italienischen Sozialisten aus-



Wahlwerbung der Edelweiß-Liste  
(Deutscher Verband) zu den Parla-  
mentswahlen 1921, Meran

gearbeitet hatten. Dieser Entwurf stimmte mit jenem des DV bezüglich Landesgrenzen, Erhaltung der deutschsprachigen Orts- und Flurnamen, deutscher Amtssprache und Schutz der italienischen Minderheit, Befreiung vom Militärdienst und Landtagswahlrecht überein. Darüber hinaus bestanden aber auch erhebliche Unterschiede, so in der Sozialgesetzgebung (die im Papier des DV völlig fehlte), der dem Landtag einzuräumenden autonomen Gesetzgebungsbefugnisse und in der Schulfrage, wo die Sozialdemokraten den Ausschluß geistlicher Personen aus der Lehrerschaft forderten. Aufgrund der innenpolitischen Situation — Nationalisten und Faschisten gewannen immer größeren Einfluß —, der fehlenden autonomistischen Tradition Italiens und nicht zuletzt aufgrund der Erinnerungen an die ablehnende Haltung der Südtiroler gegenüber den Autonomieforderungen der Trentiner vor dem Ersten Weltkrieg, scheiterten schließlich alle Verhandlungen. Die Auflösung des liberalen, parlamentarischen Staates durch den Faschismus im Oktober 1922 zerstörte endgültig jede Hoffnung einer Autonomieregelung auf kulturellem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet.

Anlässlich der Parlamentswahlen vom 15. Mai 1921 waren erstmals auch die Südtiroler wahlberechtigt, allerdings nur



Die vier Südtiroler Abgeordneten im römischen Parlament. Oben (v. l. n. r.): Wilhelm v. Walther, Karl Tinzl, Eduard Reut-Nicolussi. Unten: Friedrich Graf Toggenburg — alle DV.

soweit sie italienische Staatsbürger, männlichen Geschlechts und mindestens 21 Jahre alt waren; Frauen waren vom Wahlrecht — wie auch von den übrigen Orten der politischen Meinungsbildung — ausgeschlossen. So kam es, daß von den insgesamt über 235.000 in Südtirol anwesenden Personen nur knapp 46.000 wahlberechtigt waren.

In Südtirol stellten sich lediglich zwei Parteien der Wahl: Der Deutsche Verband und die Sozialdemokratische Partei Südtirols. Der DV sah im Urnengang die Möglichkeit, eine Volksabstimmung mit legalen Mitteln durchzuführen und führte die gesamte Wahlkampfpropaganda als ein nationales Plebiszit gegen Italien. Von den insgesamt abgegebenen 40.597 Stimmen entfielen schließlich 90% auf den DV, der damit alle vier Mandate gewann. Drei der Abgeordneten stammten aus dem Lager der TVP, Eduard Reut-Nicolussi, Karl Tinzl und der frühere Statthalter von Tirol und k. k. Innenminister Friedrich Graf Toggenburg, während die Deutschfreiheitlichen den Sekretär der Bozner Handelskammer Wilhelm v. Walther in das römische Parlament entsandten.

Die Sozialdemokraten erhielten nur rund 9,5% der Stimmen und konnten damit kein Mandat erringen. Neben den Anfeindungen des DV, der die »nationale Einheitsfront« gefährdet sah, war für dieses schlechte Ergebnis der Sozialdemokraten vor allem der personelle Aderlaß durch die »erste« Option verantwortlich.

## Die »erste« Option

Laut den Bestimmungen des Friedensvertrags von St. Germain erhielten alle Südtiroler automatisch die italienische Staatsbürgerschaft, sofern sie schon vor dem 24. Mai 1915 in einer Gemeinde Südtirols ansässig und heimatberechtigt gewesen waren. Die übrigen, rund 30.000 Personen, konnten in einem Ansuchen für die italienische Staatsbürgerschaft optieren. In erster Linie zählten zu diesem Personenkreis Eisenbahner sowie Post- und Gerichtsbeamte, die zwar schon lange in Südtirol ansässig waren, vielfach aber aus anderen Ländern der Monarchie stammten und dort ihre Heimatberechtigung hatten.

Entgegen dem Versprechen der italienischen Stellen, in der Angelegenheit nachsichtig und rasch vorzugehen, wurden die meisten Gesuche nur sehr schleppend behandelt, an die 10.000 Ansuchen schließlich überhaupt abgelehnt. Für die Betroffenen hatte dies oft existentielle Notsituationen zur Folge, da zumindest für Eisenbahner und Beamte die italienische Staatsbürgerschaft unabdingbare Voraussetzung für die Ausübung ihres Berufs war; ihnen blieb meist nur die Auswanderung nach Nordtirol.

Neben dem generellen Interesse des Staates, die Minderheit zahlenmäßig zu reduzieren, waren für die Ablehnung der Ansuchen klare politische Überlegungen der italienischen Behörden ausschlaggebend. Man wollte alle »unruhigen Elemente« möglichst außer Landes haben. Dazu zählten in erster Linie Gewerkschafter und Sozialdemokraten, ferner Personen, die sich während des Krieges durch antiitalienische Parolen und Aktionen hervorgetan hatten. Auch einige Südtiroler Honoratioren waren daran interessiert, der »unruhigen Elemente« entledigt zu werden. Jeder Optant mußte die Zusicherung einer Gemeinde haben, im Falle der Annahme seines Gesuchs in den Heimatverband aufgenommen zu werden. Da mit dem Heimatrecht auch das Gemeindewahlrecht verbunden war, waren vor allem die Landgemeinden mit diesen Zusicherungen recht knausrig. Erst 1922, nach einer Intervention des DV, wurden die Gemeinden mit ihrem Heimatrecht freigiebiger. Für viele war das aber schon zu spät.

Am nachhaltigsten betroffen von der Verweigerung der italienischen Staatsbürgerschaft waren die Eisenbahner. Bereits im April 1920 war auf der Strecke Bozen-Meran die Entlassung sämtlicher Stationsvorsteher angeordnet wor-



Wer nicht von einer Gemeinde der »neuen Provinzen« einen solchen Heimatschein vorweisen konnte, mußte um die italienische Staatsbürgerschaft ansuchen.

An die

koobl. Stadtgemeinde Vorsteherung  
in Stiering

## Options-Erklären

für die Erwerbung der italienischen Staatsbürgerschaft in Gemäßheit der Bestimmungen des Art. 22 u. ff. des Vertrages von St. Germain unter gleichzeitigem ausdrücklichen Verzicht auf das Optionsrecht zu Gunsten eines anderen Staates.

Optant: Anna Laner

geboren am: 15. Juni 1904 in: Leusbrunck  
heimatzuständig in: Taisten Bezirk Buinach

zufolge Gemeindeausschuß-Beschluß vom

Prot. Nr. Heimatscheines dieser Gemeinde vom 20. Juni 1921

Bl. 138, Kupfer des Josef Laner und der Johanna geb. Plänkner, infolgedessen in Stiering N. 160.

Dieses Optionsgesuch bezieht sich auch auf die signora profana allelu

Ehegattin:

geboren am:

in:

die Kinder:

geb. am:

" "

" "

" "

" "

Dieser Anspruch bzw. Ansuchen wird begründet durch folgende Dokumente:

1. Geburts- und Heiratsurkunde
2. Heimatscheine
3. Unfugfähigkeitsbescheinigung

Stiering

Anna Laner

Druck und Verlag der D. Reichlichen Buchdruckerei, Stiering.

Optionsgesuch der Anna Laner aus Taisten — Anlässlich der »ersten« Option von 1921/22 mußten nicht in den »neuen Provinzen« Heimatberechtigte für die italienische Staatsbürgerschaft optieren. Wie zwanzig Jahre später wählten auch hier nur die Haushaltsvorstände für die ganze Familie. Neben den staatlichen Stellen konnten auch die Gemeinden durch Gewährung oder Ablehnung des Heimatrechtes einen entscheidenden Einfluß ausüben. Die Abwanderung der österreichischen Staatsbürger war allerdings nicht zwingend.

den. Um gegen die rigorosen Entlassungen, die Verweigerung der Staatsbürgerschaft und die Aberkennung der Pensionsansprüche zu protestieren, setzten die Eisenbahner im Anschluß an den 48stündigen Generalstreik, der als Reaktion auf die Ermordung des Marlinger Lehrers Franz Innerhofer ausgerufen worden war, ihren Ausstand fort. Als der Streik schließlich nach vier Wochen, am 22. Mai 1921 beendet wurde, hatte die Regierung zwar Zusagen bezüglich der Pensionen gemacht, in der Staatsbürgerschaftsfrage war aber keine Lösung erzielt worden.



»Beendigung des Streiks. Im Hintergrund die festlich geschmückte Lock. Auf dem Bilde Südtiroler aus Franzensfeste und Umgebung mit ihren italienischen Freunden und Mitkämpfern.« (Originalbildtext Adolf Berger, Mai 1921)

Im Herbst 1921 begannen die ersten Entlassungen wegen fehlender Staatsbürgerschaft und bis 1923 wanderten rund 90% der ehemaligen Südbahn-Bediensteten nach Nordtirol aus, wo sie zunächst in notdürftigen Wohnwaggons am Innsbrucker Bahndamm hausen mußten. Allein von den 1921 in Mittewald und Franzensfeste lebenden 245 Familien emigrierten 150.

Von den Vertretern des Deutschen Verbandes, die sich in anderen Bereichen oft und sehr vehement gegen Maßnahmen des italienischen Staates zur Wehr setzten, wurde diese Vertreibung der Eisenbahner aus Südtirol kaum zur Kenntnis genommen.

An die Stelle der ausgewanderten ehemaligen Südbahn-Bediensteten siedelten sich italienische Eisenbahner mit ihren Familien an. Diese Eisenbahner, ursprünglich sozialistisch oder kommunistisch orientiert, waren in Südtirol mit einer

Heizer der Kriegsmarine und Eisenbahnpioniere wurden von der Regierung als Streikbrecher nach Südtirol geschickt. Meran 1921



Staatsangestellte, denen die italienische Staatsbürgerschaft verweigert worden war, mußten aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden. — »Nachdem Ihre Optionserklärung für die italienische Staatsbürgerschaft mit dem Dekrete vom 9. März L. J. No. 522 Gab. abgeschlagen wurde, trifft für Sie nicht mehr die Bedingung zu, welche für die Ausübung eines Lehramtes bei öffentlichen unter Aufsicht des italienischen Staates stehenden Volksschulen, im Paragr. 48 des Gesetzes vom 14. Mai 1869 R. G. BL. No. 62 bzw. im Paragr. 105 der Schul- und Unterrichts-Ordnung vom 29. September 1905 festgesetzt ist. Sie sind deshalb ohne weiters des dzt. gehaltenen Lehramtes bei der Volksschule zu Bozen verlustig geworden. Mit ausdrücklichem Vorbehalte des Widerrufrechtes im Falle Ihr Betragen in oder außerhalb der Schule sich als den pädagogischen oder den politischen Forderungen des italienischen Staates nicht entsprechend erweisen sollte, wird Ihnen ausnahmsweise bewilligt bei der obgenannten Schule bis zum Schlusse des laufenden Schuljahres weiter tätig zu sein, wobei Ihnen der Fortgenuß der Normalbezüge, im gegenwärtigen Ausmaße, bis zum September 1922 zugesichert wird.«

sie völlig ablehnenden Umwelt konfrontiert. Ihre Identität ergab sich bald nicht mehr aus dem Eisenbahner- oder Gewerkschafter-Sein, sondern aus dem Italiener-Sein. In der Folge schloß sich die Mehrzahl der Arbeiter den Faschisten an, die für sie zu einer Art nationaler Interessenvertretung wurden. Neben Kaufleuten und Offizieren bildeten schließlich die Eisenbahner die dritte große Stütze des Partito Nazionale Fascista (PNF) in Südtirol.



Commissariato Generale Civile  
PER LA VENEZIA TRIDENTINA

UFFICIO SCOLASTICO

N°6623/I723

Trento, li 10 Maggio 1922

ALLA SIGNORA MARIA BIENDL =MAESTRA PRESSO LA SCUOLA POPOL.

di B O L Z A N O

=====

Essendo stata respinta con decreto dei 9 marzo a.c.N°522 GAB, la Sua dichiarazione di elezione della cittadinanza italiana, cessa di sussistere per Lei la condizione prevista dal Paragr.48 della legge dd 14 Maggio 1869 B.L.J.N°62 rispettivamente dal Paragr.105 del Regolamento scolastico e didattico del 29 Settembre 1905 B.L.J.N°159 per l'esercizio della professione di insegnante in scuole popolari pubbliche soggette alla sorveglianza dello Stato Italiano. Ella é pertanto senz'altro decaduta dall'Ufficio di docente attualmente occupato nella scuola popolare di Bolzano.

In via eccezionale, e con espressa facoltà di revoca qualora Ella tenesse nella scuola o fuori un comportamento non corrispondente alle esigenze pedagogiche o politiche dello Stato Italiano, si consente che Ella continui l'insegnamento nella scuola predetta fino alla chiusura dell'anno scolastico in corso, con diritto al godimento degli emolumenti normali nella misura finora percepita fino a tutto settembre 1922.=

P. IL COMMISSARIO GENERALE CIVILE

( Dal Ri)



»Wir haben das Dorf nicht wiedererkannt«

Zu den Leidtragenden der ersten Option zählten auch Adolf Berger und seine Familie.

Adolf Berger sen. wohnte in Franzensfeste, Eisenbahnknotenpunkt und Zentrum der Arbeiterbewegung, und war dort Kanzleischreiber in der Güterverladeranlage. In Franzensfeste lebte jeder Zweite von der Bahn und für die Bahn. Natürlich war man Mitglied der Gewerkschaft. Das gehörte »schon zum guten Ton«, so Adolf Berger jun., Jahrgang 1902. Berger sen. war nach 1918 Vorsitzender der neugegründeten Südtiroler Eisenbahnergewerkschaft und Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei.

Nachdem die ehemaligen Südbahnbediensteten nach Kriegsende zunächst von den italienischen Behörden zum Verbleib in Südtirol angehalten wurden, setzten die verantwortlichen Stellen in den nächsten Jahren alles daran, die deutschsprachigen Eisenbahner aus dem Dienst zu entheben. Zur großen Konfrontation zwischen Eisenbahnern und italienischem Staat kam es im April 1921. Die letzten Züge, »die wir den Brenner hinaufschickten«, brachten die Streiknachricht den Nordtiroler Kollegen. Für vier Wochen stand der gesamte Bahnverkehr zwischen Innsbruck und Verona still.

Im Gegenzug entließ die italienische Regierung an die 10.000 streikende Bahnarbeiter. Nun war man auf die Streikunterstützung der Gewerkschaft angewiesen. Immerhin kam ein Betrag, der zwischen zehn und zwanzig Prozent des letzten Lohns betrug, zur Auszahlung. Das half wenigstens in den ersten Wochen, dann war die Streikkasse leer. »Wir haben Kilos gelassen« erinnert sich Berger jun. und seine Mutter habe die eisernen Reserven im Keller leergeräumt. Diese bereitete sie zu und packte sie ihrem Mann aufs Fahrrad. Adolf Berger sen. radelte jeden Tag von Franzensfeste über den Bahndamm bis nach Bozen, sprach dabei mit den an der Strecke aufgestellten Streikposten und ermunterte sie zum Durchhalten. In Bozen angekommen fuhr er ins Gewerkschaftshaus und beriet sich mit dem Vorstand der Partei.

Adolf Berger jun. hat das damalige Geschehen aufmerksam beobachtet, insbesondere die Italiener. Er sprach ihre Sprache, verstand ihre Diskussionen. In den Monaten vor dem Streik waren viele neue italienische Kollegen nach Franzensfeste gekommen.



Alfons Berger (mit Stock) unter Kollegen, Franzensfeste

Einige von ihnen unterstützten den Streik und beschimpften ihre Landsleute in Uniform — Heizer der Kriegsmarine — die, weil im Umgang mit Dampfkesseln erfahren, von der Regierung als Streikbrecher nach Südtirol geschickt worden waren. »Da waren viele Sozis dabei, wir haben auf den Schienen gesessen und die Internationale zusammen gesungen, jeder in seiner Sprache.«

Aber es gab auch andere Italiener, »Hitzköpfe«, Faschisten, die sich wie in Feindesland benahmen. Gleich als sie ankamen, hätten sie angefangen, ihre italienischen Kollegen gegen die Tiroler aufzuhetzen. Während des Streiks habe es so oft Schlägereien unter den Italienern gegeben. »Unsere welschen Sozis haben sie [die Faschisten] verprügelt, weil sie zu den Marinesoldaten auf die Loks gestiegen sind und denen geholfen haben.«

Der »Sieg«, den die Eisenbahner mit ihrem Streik errangen, erwies sich als äußerst kurzlebig. Ab September 1921 begannen die Dienstenthebungen wegen fehlender Staatsbürgerschaft.

Obwohl schon zwanzig Jahre in Südtirol, war Adolf Berger sen. nicht dort heimatberechtigt und hatte somit auch nicht automatisch die italienische Staatsbürgerschaft erhalten. Bereits im August 1921 forderte ihn die Trienter Eisenbahnverwaltung in einem schriftlichen Ultimatum auf, entweder innerhalb von drei Tagen um die italienische Staatsbürgerschaft anzusuchen oder umgehend seine Stelle zu räumen. Berger hatte bislang die italienische Staatsbürgerschaft nicht beantragt, da zu befürchten war, daß dann sein Sohn schon bald zur italienischen Armee eingezogen worden wäre. Und für vieles mochte der internationalistische Sozialdemokrat Berger gerade noch Verständnis aufbrin-



gen, seinen Sohn aber einmal in einer italienischen Uniform begrüßen zu müssen, ging ihm entschieden zu weit. So bereitete sich die Familie systematisch auf die Auswanderung nach Nordtirol vor. Nachdem ein kurzfristiger Aufschub erreicht worden war, reiste die Familie Berger schließlich im November 1921 zusammen mit 150 anderen Eisenbahnerfamilien nach Nordtirol aus. In Innsbruck erwartete sie Nahrungsmittelknappheit, Inflation und kein Dach überm Kopf. Wie die meisten anderen wohnten die Bergers ein gutes Jahr lang in einem abgestellten Waggon auf dem Innsbrucker Güterbahnhof. Im Raum Innsbruck-Hall standen an die hundert solcher Waggons auf den Abstellgleisen.

1922 wurde Adolf Berger sen. in den Innsbrucker Gemeinderat gewählt, 1924 in den Innsbrucker Stadtrat. Er arbeitete weiterhin in der Eisenbahnergewerkschaft und schrieb für die *Völkzeitung*. Auch im *Völkrecht* veröffentlichte Berger bis zur Einstellung der Zeitung noch einige Artikel und gab den in Südtirol verbliebenen Genossen Ratschläge.

Im August 1922 teilte er ihnen mit, es sei gelungen, allen Ausgewanderten eine Stelle zu verschaffen. Für die ab nun nach Innsbruck kommenden Eisen-

Die streikenden Eisenbahner aus Franzensfeste, April 1921

bahner werde es aber schwierig einen Posten zu finden; auch gäbe es keine freien Wohnwaggons mehr. Mit dem Fahrrad fuhr Adolf Berger sen. bis nach Wiener Neustadt, um Arbeitsmöglichkeiten für die am Innsbrucker Bahndamm »Hausenden« zu beschaffen.

Wenige Tage nach dem »Anschluß« Österreichs im März 1938 wurde Adolf Berger sen. verhaftet, allerdings kurze Zeit später wieder freigelassen. Bis 1945 wurde er insgesamt noch viermal verhaftet, seine Zugehörigkeit zu den illegalen »Revolutionären Sozialisten« konnte ihm jedoch nie nachgewiesen werden.

Erst zehn Jahre nach seiner Auswanderung nach Nordtirol gestatteten ihm die italienischen Behörden, seine Heimat Franzensfeste zu besuchen. Sein Sohn erinnert sich: »Wir haben das Dorf nicht wiedererkannt, alle sprachen italienisch.«

Adolf Berger jun. lebt heute, mittlerweile 87jährig, in Innsbruck — in einer Eisenbahnersiedlung gleich hinter dem Westbahnhof.



Beim Kronenumtausch zwischen 10. und 19. April 1919 wurden die Bank-schalter regelrecht gestürmt. Meran

### Die neue Währung

Zu den Verlusten, die der Südtiroler Wirtschaft aus der Er-richtung der Brennergrenze und dem damit verbundenen Wegfall der österreichischen und deutschen Märkte, aus den Schwierigkeiten bei der Einbindung in die italienische Volkswirtschaft und der Nichteinlösung der Kriegs-anleihen erwachsen, kamen noch jene aus der Wahrungsum-stellung hinzu. Nach dem Einmarsch der italienischen Truppen erließ das Heeresoberkommando eine Verfügung, in der die Einfuhr von Kronen in das besetzte Gebiet unter-sagt und der Umrechnungskurs, der vor dem Krieg noch 100:105 betragen hatte, vorläufig auf 100 Kronen : 40 Lire festgesetzt wurde. Ab 10. April 1919 war nur mehr die Lira als gesetzliches Zahlungsmittel zulässig; das Umwech-seln der Geldsorten mußte innerhalb von 10 Tagen geschehen. Im November 1919 verbesserte sich der Umrechnungskurs auf 100 : 60.

In Südtirol erwartete man nun, daß gleichzeitig mit der Wahrungskonvertierung eine Preissenkung von 60 bzw. 40% erfolgen würde. Aber nichts dergleichen geschah und in der Regel hatte der Käufer für die Waren nun denselben Betrag in Lire zu zahlen, anstatt in Kronen. Leidtragende des Wahrungsumtauschs waren vor allem kleine Sparer,



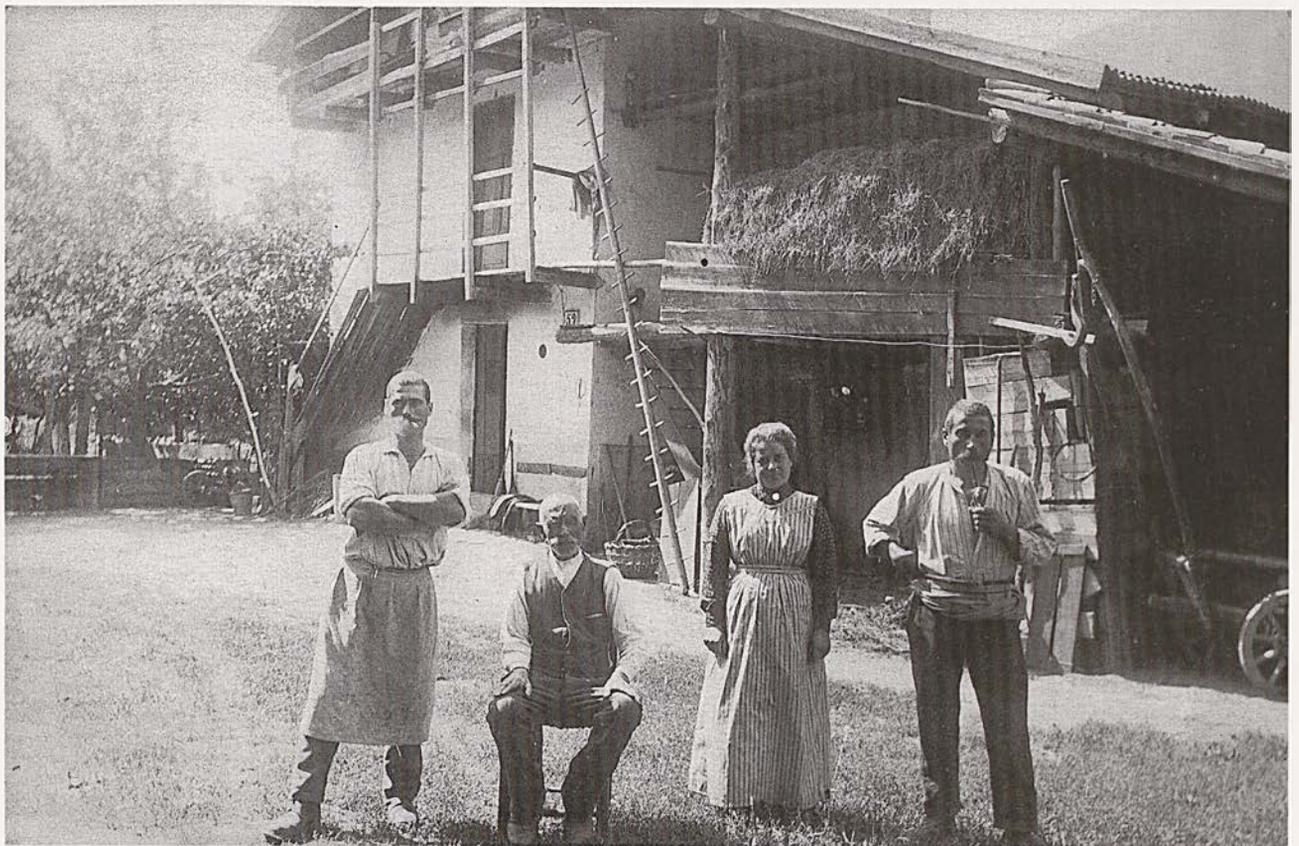


Arbeiter — und die Banken. Früher hatten die Einleger mit 1000 Kronen ein kleines Kapital, nach dem Krieg konnten sie mit 600 Lire nicht einmal ein Jahr leben; die Lohnerhöhungen blieben weit hinter der Preissteigerung zurück. Viele Schuldner nutzten die Gelegenheit und zahlten innerhalb 19. April ihre Kredite in Kronenwährung zurück, sodaß den Banken enorme Verluste entstanden. Die vielen Geldinstituten drohende Zahlungsunfähigkeit konnte schließlich in den meisten Fällen durch eine von der Regierung ab November 1919 gewährte Staatsgarantie abgewendet werden; im Dezember 1920 erweiterte sich diese »Garantie« auf alle uneinbringlichen Kriegsanleihen. Insgesamt belief sich der Vermögensverlust aus der Währungskonvertierung auf rund 100 Mio. Lire.

Trotz dieser enormen Verluste hatte die Annexion auch eine Gewinn-Seite: den Südtirolern blieb die in den Nachkriegsjahren in Österreich herrschende Hyperinflation — allein zwischen September 1921 und September 1922 stiegen die Preise um monatlich(!) fast 38% — und die damit verbundene völlige Geldentwertung erspart. Aber auch in den übrigen wirtschaftlichen Bereichen besserte sich die Lage in Südtirol wesentlich rascher als in Nordtirol, da die österreichische Volkswirtschaft noch lange an den Folgen des Krieges und des Untergangs der Habsburgermonarchie zu zehren hatte. In wirtschaftlicher Hinsicht war man in Südtirol also durchaus froh, nicht mehr bei Österreich zu sein.

»Wiener Kinder« auf dem Meraner Bahnhof — Im Rahmen eines Hilfsprogramms der Siegermächte wurden in den Jahren 1919-1920 auch von Südtiroler Gemeinden hungernde Kinder aus Wien und Umgebung über die Wintermonate in Pflege genommen. Nicht zuletzt an diesen »Wiener Kindern« wurde den Südtirolern deutlich, daß die Annexion auch Vorteile gebracht hatte — insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht. Während man in Österreich noch hungerte und ein Ende der Lebensmittelknappheit nicht abzusehen war, hatte sich die Versorgungslage in Südtirol deutlich gebessert.

Links: Österreichische Kriegsanleihen im Wert von damals 250-300 Mio. Lire wurden nicht mehr zurückbezahlt.



## Die Welschtiroler

Schon vor 1918 haben in Südtirol viele Italiener gelebt. Sie wohnten vor allem im Etschtal und im Burggrafenamt zwischen Bozen und Meran, so in Gargazon, Andrian und Terlan, und waren zum Großteil landwirtschaftliche Arbeiter oder Pächter, sogenannte masadori. Das wirklich zweisprachige Gebiet Tirols aber war das Südtiroler Unterland. Zwischen Branzoll und Salurn waren am linken Etschufer einige Ortschaften von einer mehrheitlich italienischen Bevölkerung bewohnt, besser gesagt von Trentinern, die auch die deutsche Sprache beherrschten, sich aber weder »deutsch« noch »italienisch« sondern einfach als Tiroler fühlten; sie wurden zumeist »Welschtiroler« genannt. Es handelte sich um einen relativ stabilen Bevölkerungsanteil, der sich problemlos in das lokale Wirtschafts- und Sozialgefüge integrierte.

Neben Vorarlberg war nämlich das Südtiroler Unterland das traditionelle Auswanderungsziel arbeitssuchender Trentiner. Aus dem bitterarmen Cembratal wanderten die Bergbauern über den Berg, den »mont«, nach Buchholz und Salurn. In Branzoll hatten sich Fuhrleute und Flößer niedergelassen, wobei erstere die Waren weiterbeförderten, die diese auf der Etsch transportiert und abgeladen hatten. Auch der Nonsberg war die Heimat vieler zugezogener Welschtiroler. Sie blieben vorwiegend am rechten Etschufer, wo sie sich in dem stärker deutsch ausgerichteten Milieu schnell assimilierten. Viele dieser Einwanderer kauften sich bald ein Stück Land und wurden so zu Bauern. Sie akzeptierten, wenn auch nicht im selben Umfang wie die Deutschtiroler, das Prinzip des geschlossenen Hofes. Vor allem im Unterland wurden viele Güter aber nur nach dem System der Halbpacht vergeben.

Die Kinder besuchten die deutsche Schule. Bis um 1910 gab es überall auch italienische Sektionen, die dann aber abgeschafft wurden; wo sie bestehen blieben, waren sie kaum besucht. Denn wenn die Welschtiroler auch im Familienkreise weiterhin italienisch sprachen — eigentlich Trentiner Dialekt — so strebten sie doch eine bessere soziale Integration ihrer Kinder durch die Kenntnis der vorherrschenden Sprache an. Dies ist zum einen wohl auf die wirtschaft-



Welschtiroler:  
Kaiserjäger 1915 (links oben)  
Pächterfamilie in Leifers (links unten)  
Schuhmacher in Meran (oben)

Der Assimilierungsdruck auf die Welschtiroler bzw. die italienischsprachigen Zuwanderer nahm um die Jahrhundertwende zu und umfaßte auch den kirchlichen Bereich. In Reaktion darauf richteten 1909 in Salurn 52 Familienoberhäupter eine Bittschrift an den Pfarrer:

»Hochwürdigster Herr Pfarrer! Alle Italiener erwarteten sich zusammen mit den Mitgliedern des Lesezirkels von Salurn wenigstens zweimal im Monat das hl. Evangelium von einem der Franziskanerpatres von Mezzolombardo erläutert zu bekommen. Zu unserem allgemeinen Bedauern sehen wir diesen Wunsch noch immer nicht erfüllt. Wir wenden uns daher nochmals demütigst an Sie, unseren Herrn Pfarrer mit der Bitte, unseren gerechten Wunsch nach zwei Predigten monatlich in italienischer Sprache annehmen zu wollen, um so mehr da der Lesezirkel die nötigen Ausgaben übernimmt, so daß Sie, ehrwürdigster Herr Pfarrer, nichts anderes zu tun haben, als Ihre Einwilligungen zu geben und die Ihnen dafür am geeignetsten erscheinende Stunde dafür zu bestimmen ...«

liche und soziale Unterlegenheit dieser Bevölkerungsgruppe zurückzuführen, zum anderen aber war es wohl die Folge der Tätigkeit nationalistischer deutscher Vereine wie des »Deutschen Schulvereins« und des »Volksbundes«, die sich im schulischen und kulturellen Bereich für eine Assimilierung der italienischen Bevölkerung stark machten. Während diese Vereinigungen im Trentino oft auf Widerstand stießen, wurde in den gemischtsprachigen Gebieten kaum gegen sie opponiert. Die mit analogen Zielsetzungen für die Durchsetzung der italienischen Sprache und Kultur von nationalistischen Trentiner Kreisen ausgehende »Lega nazionale« hatte mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen und nur mäßigen Erfolg.

Gegen Ende des vorigen und in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erfolgte die sprachlich-kulturelle Assimilation der Italiener im Südtiroler Unterland immer schneller. Aus einem Vergleich der Daten der Volkszählungen von 1890, 1900 und 1910 geht der rapide Rückgang jener Bevölkerungsgruppe hervor, die erklärte, die italienische Sprache zu benutzen (in der österreichisch-ungarischen Monarchie wird nicht die Muttersprache erhoben sondern die benutzte Sprache). Besonders aufschlußreich sind die Daten von Salurn. Dort ging die Anzahl der Personen, die erklärten, die italienische Sprache zu sprechen, rapide zurück, obwohl das Anwachsen der Bevölkerung auf die Zuwanderung von Bauern aus dem Cembra- und Cembra- und Cembra- zurückzuführen war. Eine Ausnahme bildete Pfatten, wo einige Grundbesitzer durch die ausschließlich saisonale Beschäftigung von Wanderarbeitern den Bevölkerungszuwachs und die Assimilation weitgehend verhinderten. In Pfatten gab es auch immer eine italienische Schule, genehmigt von den

#### Erklärungen zum Sprachgebrauch

	1890		1900		1910	
	D	I	D	I	D	I
Laag	63	173	262	55	362	48
Neumarkt	1216	405	1682	25	1829	47
Leifers	873	937	1529	869	2583	361
Branzoll	208	769	311	819	602	700
Salurn	1056	882	1237	779	1852	443
Pfatten	53	363	88	329	221	311

»Bei uns wanderte niemand auf Arbeitssuche nach Italien aus. Die unsrigen zogen in die übrigen österreichischen Länder, nach Deutschland und nach Amerika.«  
(Tagebuch des Lehrers S. aus dem Fleimstal; A. Z.)

Innsbrucker Schulbehörden und finanziert durch einen der dortigen Großgrundbesitzer.

Bei Kriegsende fühlten sich die Welschtiroler nicht so sehr als Italiener, wohl mehr als Tiroler. Den letzten Assimilationsschub hatte der Erste Weltkrieg verursacht, der viele dazu gebracht hatte, die Familiennamen einzudeutschen, um den durch die antiitalienische Propaganda unausweichlich hervorgerufenen Spannungen zu entgehen. Doch waren die Welschtiroler — aus dem Trentino wie aus Südtirol — nach dem Kriegseintritt Italiens 1915 auch in großer Zahl zu den Standschützen eingerückt und dort ihres Einsatzes und ihres Mutes wegen sehr angesehen.

Über die Angliederung Südtirols an Italien konnten sich die meisten Welschtiroler kaum freuen, standen ihnen doch die Österreicher in Sitten und Gebräuchen, häufig wohl auch schon sprachlich näher als die Italiener. Auf jeden Fall fühlten sie sich mit jenen durch die gemeinsame Anhänglichkeit an den Kaiser und die tiefe Religiosität verbunden. Ihre Abneigung, die Sprache zum entscheidenden Merkmal ihrer ethnischen Identität zu machen, ließ auch Ettore Tolomei den Welschtirolern gegenüber mißtrauisch sein. Als durch die »legge Corbino« von 1921 erzwungen werden sollte, daß die Italiener ihre Kinder in die italienische Schule schicken, taten viele Eltern, was sie immer schon getan hatten und schickten weiterhin und so lange es ihnen möglich war, die Kinder zur deutschen Schule.

Für die ersten Jahre kann man allerdings auch nicht von einer echten Opposition dieser Bevölkerung zum neuen Staat sprechen. Das Mißtrauen wuchs mit der Zeit, als die wirtschaftliche Situation immer schwieriger wurde. Im Gegensatz zu anderen landwirtschaftlichen Erwerbszweigen wurde der Weinbau durch die neue Grenzziehung schwer getroffen: die Ausfuhrzölle und das große inländische Angebot ruinierten viele Pächter und Bauern. Das traditionelle Mißtrauen gegenüber dem italienischen Staat ließ sie nicht in die faschistische Partei eintreten. Das Parteibuch aber war für die Alteingesessenen (im Gegensatz zu den neu Zugezogenen) unabdingbare Voraussetzung für den Wechsel zu einer neuen Tätigkeit im faschistischen Wirtschaftssystem: ein Beweis dafür, daß auch der neue Staat den Welschtirolern mißtraute.

## Leben zwischen den Welten Wanderjahre eines Welschtirolers

Raimondo P., auch Mondì genannt, wurde 1901 in Leifers geboren; seine Eltern waren seit jeher Pächter, Bauern ohne Land gewissermaßen. Einige Familienmitglieder übten auch andere Berufe aus. Die Familie stammte eigentlich aus der Val Lagarina, war aber schon Mitte des vorigen Jahrhunderts nach Pfatten gezogen.

In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts waren der Vater, die Mutter und drei ihrer Schwestern nach Brasilien ausgewandert. Eine Schwester, Angelina, war als Dienstmädchen in San Paolo geblieben, die anderen waren weiter ins Landesinnere gezogen und hatten sich in einer Ortschaft namens Dorado als Pioniere niedergelassen; die Nachkommen wissen aber nicht mehr genau, wo das lag. Dort waren die drei älteren Brüder von Raimondo, Giuseppe, Giovanni und Ernesto geboren worden. Das Abenteuer hatte aber wohl nicht den gewünschten Erfolg gehabt und so hatten sie 1898 beschlossen, in die Heimat zurückzukehren. Auf der Rückreise hatten sie in San Paolo haltgemacht, um Angelina mitzunehmen; die anderen zwei Schwestern, inzwischen verheiratet, waren nicht mehr mitgekommen. — Als in den dreißiger Jahren einer der Neffen den Tanten schrieb, daß sie ihm einen Arbeitsplatz suchen sollten, antworteten sie, daß die Zeiten sich geändert hätten und schwieriger geworden seien, und rieten ihm ab, die Reise zu unternehmen.

In Leifers ging die Familie wieder als Pächter der altbekannten Bauernarbeit nach, Raimondo wurde geboren und nach ihm noch vier Mädchen. Nach 1910 übersiedelte die Familie auf einen Hof in Siebeneich (Terlan), wo auch der letzte Bruder, der einzige mit deutschem Namen (Engelbert), geboren wurde.

Raimondo hatte underdessen beim Straßenbau als Handlanger zu arbeiten begonnen. 1920 leistete er in Genua den Militärdienst ab. Heimgekehrt arbeitete er wieder beim Straßenbau, war aber für längere Zeiten arbeitslos. Mitte der zwanziger Jahre mußten die Familie und auch der älteste Bruder mit Frau und Kindern aus Terlan weg und nach einiger Zeit bauten sie sich alle zusammen ein Haus in St. Jakob bei Leifers. Es waren harte Jahre. Der



Raimondo P. beim italienischen Militär 1919/20, in Abessinien 1936 und in der Uniform der Wiltener Schützen in den siebziger Jahren



neue Staat und das neue Regime hatten keinerlei Besserungen gebracht und die neuen Zuwanderer waren in den Bräuchen und in der Mentalität völlig fremd. Daheim hatten sie immer den alten Dialekt der Val Lagarina gesprochen, wie er fast ein Jahrhundert früher gebraucht worden war. Aber alle hatten deutsche Schulen besucht und konnten sich einigermaßen mündlich ausdrücken, schreiben konnten sie besser Deutsch als Italienisch. Nun war die deutsche Sprache plötzlich verboten, die Neffen lernten in der Schule seltsame Dinge und waren in seltsame Uniformen gekleidet.

Durch seinen Beruf war Raimondo öfters arbeitslos. Auch wenn in Bozen viel gebaut wurde, so gab es für die Tiroler doch keine Arbeit, auch wenn sie italienischer Sprache waren. 1936 beschloß er also mit einigen anderen aus dem Dorf, nach Afrika zu ziehen, wo er zwei Jahre lang in Abessinien Straßen baute. Als er zurückkehrte, fand er in der Industriezone bei den Hochöfen der Montecatini Alluminio Arbeit. Er war nun siebenunddreißig Jahre alt und hatte wenig Hoffnung auf eine Besserung der Arbeitsverhältnisse.

Als es zur Option kam, stellte jeder im Haus seine Überlegungen an; sie sprachen nicht darüber, sie teilten sich nur die jeweiligen Entscheidungen mit. Raimondo optierte für Deutschland, wurde sofort entlassen und mußte abreisen. Von den neun Brüdern blieben die drei ältesten, von denen zwei nicht verheiratet waren und hoffen konnten, mit dem bißchen Grund, den sie inzwischen gepachtet hatten, zu überleben; außerdem blieb eine Schwester, die auf das Heiraten verzichtet hatte, um die Kinder des Ältesten, der in jungen Jahren Witwer geworden war, aufzuziehen. Die anderen fünf wanderten aus; unter ihnen die drei Schwestern mit ihren Männern, die auch aus dem Trentino stammten. Sie ließen sich alle in verschiedenen Orten in Österreich nieder. Nur der Jüngste ließ sich in Köln und nach dem Krieg in Holland als Schmied nieder. In Italien war er inzwischen ausgemustert worden. Keiner von ihnen kehrte nach dem Krieg zurück, auch wenn einige in große Schwierigkeiten geraten waren. Die Briefe, die sie nach Hause schrieben, waren in italienischer Sprache verfaßt; auch mit den älteren Kindern sprachen sie italienisch.

Raimondo ließ sich in Innsbruck nieder, wo er bei der Eisenbahn arbeitete, Karriere machte und es



zum Vorarbeiter brachte. Er fuhr in regelmäßigen Abständen mit der Bahn bis zum Brenner, um Südtiroler und Trentiner Wein zu kaufen. Als er älter wurde (er starb 1983) beteiligte er sich an den Treffen der Schützen — auf der Suche nach einer Identität, die er schon lange vor 1939 verloren hatte.

*Alessandra Zendron*



»Tiroler sind wir und Tiroler wollen wir bleiben!«

## Die Ladiner

Mauro Scroccaro

Als sich die Niederlage des österreichisch-ungarischen Heeres abzeichnete und aus ihr folgend die drohende Verschiebung der Landesgrenzen, häuften sich in der Tiroler Bevölkerung die Stimmen, die das Selbstbestimmungsrecht in der Hoffnung forderten, die Einheit Deutschtirols beibehalten zu können. Zu den deutschsprachigen Südtirolern gesellte sich ab Oktober 1918 auch die ladinische Bevölkerung der Dolomiten Täler. In einem von den Vertretern der fünf Sellatäler verfaßten Aufruf an die Deutschtiroler forderten die Ladiner, deren Schicksal teilen zu können, also ebenfalls das Recht auf Selbstbestimmung. Unter anderem erklärten sie: »Wir sind keine Italiener, wollten von jeher nicht zu ihnen gezählt werden und wollen auch in Zukunft keine Italiener sein. Ein selbständiges Volk, das seine Geschichte selber bestimmt! . . . Tiroler sind wir und Tiroler wollen wir bleiben!«

Die Ladiner waren schon vor dem Krieg Gegenstand nationaler Auseinandersetzungen zwischen italienischen Irredentisten und Tiroler Pangermanisten gewesen. Ohne eigenes nationales Substrat als Bezugspunkt, suchten sie ein enges Verhältnis zu Tirol und zur Tiroler Gesellschaft, als deren Teil sie sich fühlten: einmal wegen der engen kulturellen Bindungen, die weit über die sprachlichen Unterschiede hinausreichten, zweitens wegen der wirtschaftlichen Verflechtungen, die diese Täler an die Länder der österreichisch-ungarischen Monarchie banden. Der Übergang zu Italien bedeutete also für die Ladiner keinesfalls eine »Befreiung«; die Niederlage, die militärische Besetzung, die Wirtschaftskrise und die Abgrenzung von den traditionellen Absatzgebieten im Norden waren zusätzliche Gründe für eine feindselige Einstellung zum italienischen Königreich. Bis zur Machtergreifung des Faschismus forderten die Ladiner an der Seite der deutschen Südtiroler wiederholt das Recht auf Selbstbestimmung oder eine eigene Autonomie und riefen zu diesem Zweck auch eigene Bewegungen ins Leben. Am 5. Mai 1920 protestierten siebzig

»Nëus de Gherdëina, nëus Ladíns restón Ladíns.« — »Wir Grödner sind Ladiner und bleiben Ladiner.«  
(*Calënder Ladin*, 1913)

Links oben: Tiroler Kaiserjäger, darunter auch einige aus Buchenstein, in russischer Kriegsgefangenschaft  
Links unten: Nachdem dieser Grödner Schnitzer bei einer Ausstellung in Mailand einen 1. Preis gewonnen hatte, wurde ein Foto für die Zeitungsmeldung hergestellt. Die Szene mußte vorher durch symbolträchtige Zutaten italianisiert werden.

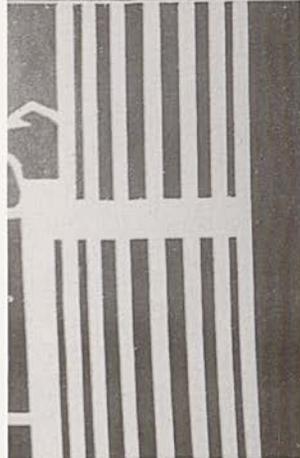
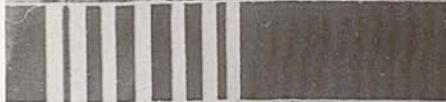
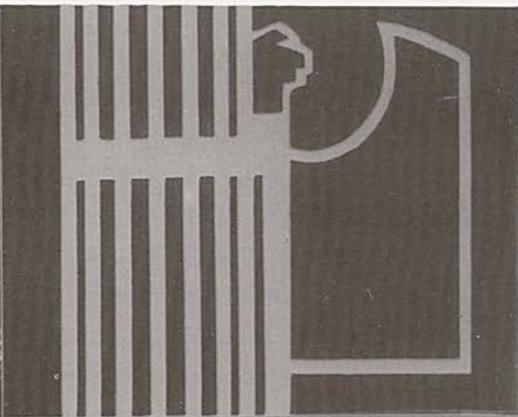
auf dem Grödnerjoch versammelte Vertreter aus ladinischen Tälern gegen die Verweigerung der Selbstbestimmung und forderten die Anerkennung als eigenständige Volksgruppe.

Dieser Kundgebung folgten weitere in allen Tälern. Zur Unterstützung dieser Initiativen wurde die »Union di Ladins« gegründet, später Ladiner Volkspartei, die schon bald 5000 Mitglieder zählte und deren Programm auf Erreichung einer Autonomie ausgerichtet war, auf den Schutz der ladinischen Kultur und der ladinischen Sprache, die Eingang in den Unterricht finden sollte. Italienischerseits wurde die Tätigkeit dieser Gruppen nur als Folge des schädlichen Einflusses der autonomistischen Südtiroler Parteien gesehen. Eine engstirnige Auslegung, die den Unterschied zwischen Identifikation und Affinität nicht erfaßte, wo es doch letztlich diese war, die die Ladiner an die deutschen Südtiroler band. Die Parlamentswahlen vom Mai 1921 und die Volkszählung vom Dezember desselben Jahres waren für die Ladiner zwei weitere Gelegenheiten, ihr Unbehagen und ihre Abneigung gegenüber der neuen Verwaltung zum Ausdruck zu bringen, der sie sich nunmehr ausgeliefert sahen. Bei den Parlamentswahlen besicherten die ladinischen Täler, die nach zahlreichen Polemiken dem Wahlkreis Trient zugeordnet worden waren, der Liste des Deutschen Verbandes einen unverhofften Erfolg. Die Liste, die auch drei ladinische Kandidaten aufwies, erhielt in Gröden die absolute Mehrheit mit 564 Stimmen gegen die 60 Stimmen des Partito Popolare und im Gadertal 361 gegen 7; im Buchensteinischen erreichte sie eine, wenn auch dünne Mehrheit mit 181 Stimmen gegen 136 der Popolari, während sie im Fassatal und im Ampezzanischen unterlag: 404 Stimmen gegen 556 des Partito Popolare in Fassa und 188 gegen 324 in Cortina. Entschieden kompakter war die Haltung der Ladiner bei der Volkszählung im Dezember, der bisher einzigen, die der gesamten Gemeinschaft der Dolomitenladiner die Möglichkeit bot, Ladinisch als tatsächlich gesprochenes Idiom anzugeben. Das Ergebnis war in sämtlichen Tälern ein Bekenntnis zum Ladinertum: im Fassatal erklärten sich 96,9 % der Bevölkerung als Ladiner (5.324 von 5.491), 97,5 % im Gadertal (5.116 von 5.242), 54,6 % in Gröden (3.942 von 7.211, davon 3.022 Deutsche) und 90,9 % in Buchenstein (1.772 von 1.960). Völlig aus der Reihe fielen die Ergebnisse in den Ge-

meinden Cortina und Colle S. Lucia, wo sich jeweils nur eine einzige Person ladinisch erklärte; ein einigermaßen anomales Ergebnis, wenn man es beispielsweise mit den Stimmen vergleicht, die wenige Monate vorher bei den Parlamentswahlen für die Liste des Deutschen Verbandes abgegeben wurden. Es dürfte sich wahrscheinlich um eine von den Gemeinden durchgeführte »Revision« der Daten handeln, wie sie auch in einigen anderen Gebieten (Bozen, Meran, Salurn) vorgenommen wurde, weil die Angaben ungenügend und nicht wahrheitsgemäß erschienen.

Das Aufkommen des Faschismus 1922 bedeutete für ganz Südtirol, damit auch für die Ladiner, das Ende jeder Hoffnung nicht nur auf eine Sonderautonomie, die von den liberalen Regierungen nach 1918 zwar versprochen aber nie gewährt worden war, sondern auch auf Anerkennung als Volksgruppe und Schutz von Sprache und Kultur. Die Italianisierungspolitik, die in Südtirol durch eine Reihe von Maßnahmen die deutsche Sprache ausmerzen sollte, wirkte sich auch auf die Ladiner aus, die vom italienischen Regime als reine Italiener betrachtet wurden. Am schwersten betroffen waren die Ladiner Grödens und des Gadertales, wo in nicht wenigen Fällen das Dekret über die Änderung der Familiennamen von der deutschen in die italienische Form Anwendung fand. Konkretere Maßnahmen, wie das Gesetz über die Nutzungsrechte und die Zusammenlegung von Gemeinden trafen die traditionelle Verwaltungsautonomie in diesen Tälern schwer; dazu kam noch die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage, die nicht zuletzt durch Steuererhöhungen bewirkt wurde.

Der Faschismus brachte auch die endgültige verwaltungsmäßige Trennung der ladinischen Gemeinschaft. Mit Dekret vom 21. Jänner 1921 zur Errichtung der Einheitsprovinz Trient, wurden die Gemeinden Cortina, Buchenstein und Colle S. Lucia zur Provinz Belluno geschlagen. Später, als mit Dekret vom 2. Jänner 1927 die Provinz Bozen geschaffen wurde, kamen Gröden und das Gadertal zu dieser, das Fassatal verblieb bei der Provinz Trient. So wurde jene nie wiedergutmachte Zerreißung vollendet, die den Ladinern beinahe zum Verhängnis geworden wäre, von denen Tolomei sagte, sie seien »ein grauer Fleck, der unbedingt weggekratzt werden muß.«



# Entheimatung



Othmar Kiem  
Hubert Mock  
Alessandra Zendron



Squadra fascista in Meran, November 1922

Vorhergehende Seite: August 1935 — Mussolini in Südtirol

»In Italien gibt es mehrere hunderttausend Faschisten, die bereit sind, Südtirol eher zu zerstören und zu verwüsten, als die Trikolore, die auf der Vetta d'Italia weht, einziehen zu lassen. Wenn die Deutschen verprügelt und zerstampft werden müssen, um Vernunft anzunehmen, wohlan wir sind bereit! Viele Italiener sind auf dieses Geschäft trainiert.« (Mussolini)

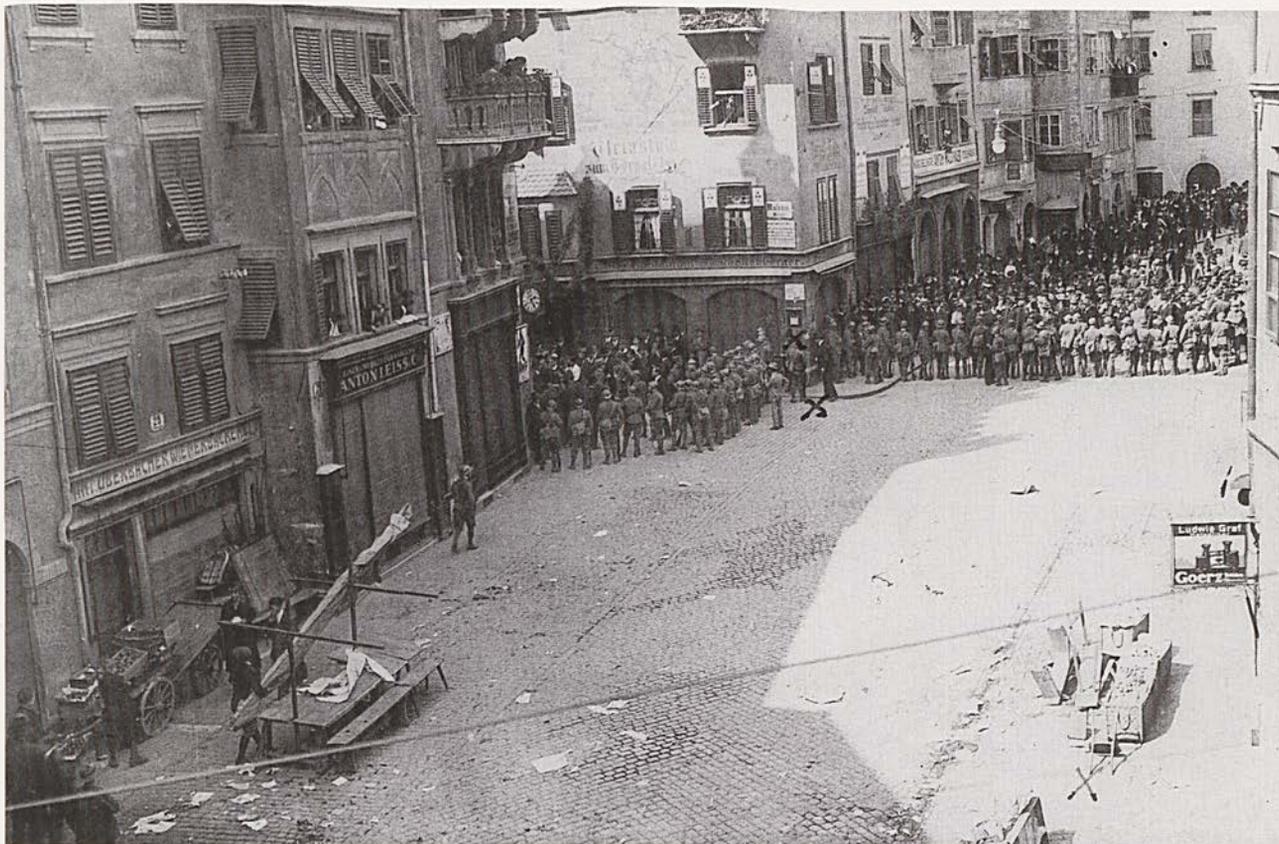
## »Unterm Beil«

### Der Faschismus wird Staat

Das Ergebnis des Ersten Weltkrieges erfüllte nicht die hochgespannten Erwartungen, die der italienische Imperialismus in ihn gesetzt hatte. Von den vielen Gebietsforderungen waren nur mehr Südtirol und Istrien geblieben und nationalistische Kreise prägten das Schlagwort von der »Vittoria mutilata«, vom »verstümmelten Sieg«. Anstatt des erhofften Aufstiegs zur Großmacht fand sich das Land in einer die ganze Gesellschaft umfassenden Krise wieder. Bauern und Arbeiter forderten die Einlösung der Versprechen, die man ihnen während des Krieges gemacht hatte. Sie verlangten Lohnerhöhungen, Achtstundentag und Aufteilung des Großgrundbesitzes. Dafür streikten sie, besetzten Fabriken und brachliegendes Land. Der liberale Staat zeigte sich unfähig, der Krise zu begegnen, die traditionellen Eliten glaubten sich vom Umsturz bedroht. In dieser Situation formierte sich ein Bündnis zwischen Großagrariern, Großindustriellen und faschistischer Bewegung, das sich die Wiederherstellung der alten Ordnung zum Ziel setzte. Die extrem nationalistischen, antiparlamentarischen und antisozialistischen Gruppen, die sich Ende des Krieges in den »Fasci di combattimento« um Benito Mussolini gesammelt hatten, beschworen den »Kampf um die Nation«. Schuld an der Krise war in ihren Augen die italienische Arbeiterbewegung, zum einen weil die Forderungen der Arbeiter und Bauern die Nation geschwächt, zum anderen weil die Sozialisten durch ihre pazifistische Einstellung die »Vittoria mutilata« mitverschuldet hätten.

Mit finanzieller Unterstützung aus Kreisen der Wirtschaft und geduldet von Justiz und Polizei, machten sich die »Fasci« in der Folge daran, die Einrichtungen der Arbeiterbewegung zu zerstören und deren Mitglieder mit brutaler Gewalt zu verfolgen.

Zweites Angriffsziel der »Fasci« waren die nationalen Minderheiten in den Neuen Provinzen, die ja auch nichts von der »Größe der Nation« wissen wollten und sich weigerten, Italiener zu werden. Während sich die faschistischen Schlägertrupps an den Slowenen und Kroaten Julisch Venetiens und den Arbeitern und Bauern der Poebene austobten, blieb Südtirol lange Zeit vor solchen Überfällen verschont.



Am 24. April 1921, am selben Tag, als in Nordtirol über den Anschluß an das Deutsche Reich abgestimmt wurde, überfielen rund 400 auswärtige Faschisten einen Festumzug anlässlich der Bozner Messe. Dabei töteten sie den Marlinger Lehrer Franz Innerhofer und verletzten weitere 50 Personen. Im folgenden Jahr waren die Faschisten schon mächtiger und Anfang Oktober 1922 fiel ein Trupp von 700 »Schwarzhemden« in Bozen ein. Sie besetzten eine Schule und das Rathaus, lösten den Gemeinderat auf und vertrieben den inzwischen durch Regierungsdekret abgesetzten Bürgermeister Julius Perathoner aus seinen Amtsräumen. Daraufhin zogen die Faschisten nach Trient weiter und zwangen dort den Präsidenten des außerordentlichen Landesausschusses, Senator Enrico Conci, und Generalkommissar Luigi Credaro zum Rücktritt.

Tags darauf, am 5. Oktober, wurde das Zentralamt für die Neuen Provinzen von der Regierung aufgelöst. Damit war das liberale, demokratische Italien für die Minderheiten nicht mehr existent. Die Kapitulation des Staates vor den Faschisten in der Minderheitenpolitik hatte Symbolcharakter für die Kapitulation des Staates vor den Faschisten überhaupt.

Der Bozner Obstmarkt nach dem faschistischen Überfall am 24. April 1921, bei dem der Marlinger Lehrer Franz Innerhofer ermordet wurde.



Trauerzug für Franz Innerhofer in Bozen

Drei Tage nach dem »Marsch auf Rom« vom 28. Oktober 1922 wurde Mussolini vom König zum Ministerpräsidenten ernannt und erhielt durch das Parlament Sondervollmachten »zur Wiederherstellung der Ordnung« und damit weitgehende Handlungsfreiheit.

In Südtirol lassen sich für den italienischen Faschismus zeitlich wie qualitativ zwei Herrschaftsphasen mit unterschiedlichen Schwerpunkten auseinanderhalten: jene der Assimilierung in den zwanziger Jahren von jener der Majorisierung in den dreißiger Jahren bis zur Option. Beide Phasen hatten unterschiedliche politisch-gesellschaftliche Auswirkungen auf die Bevölkerung des Landes, auf beide folgten unterschiedliche Reaktionen der betroffenen Minderheit. In der ersten Phase, also in jener der politisch-kulturellen Angleichung und beabsichtigten Eingliederung der Bevölkerung Südtirols in das Italien Mussolinis, versuchten die Machthaber ihr Ziel, die Italianisierung — und Faschisierung — des Landes, in erster Linie durch Gesetze, Dekrete und Verordnungen zu erreichen. Durch die Unterdrückung ihrer Sprache und ihrer Eigenständigkeit in der

»Die Bombe von Bozen war nur eine erste feierliche Warnung — die Dolche und das Petroleum der Faschisten liegen für die Deutschen in Südtirol immer bereit.« (Mussolini)

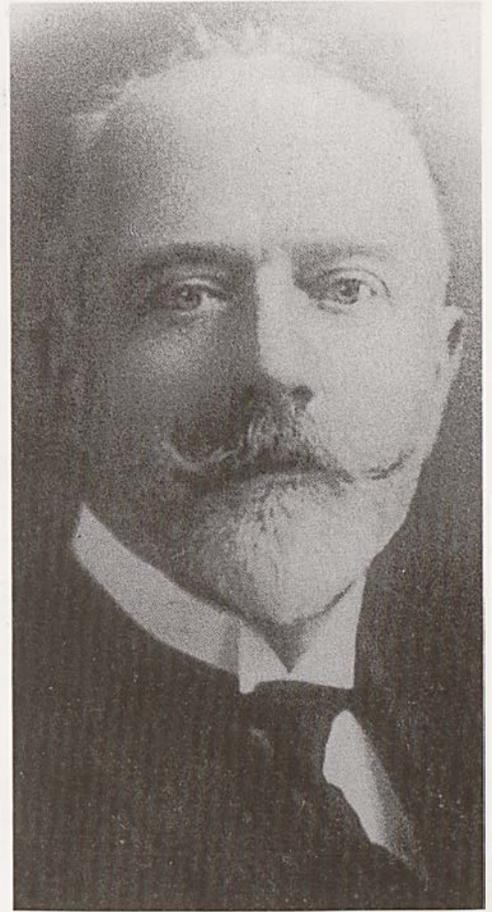
öffentlichen Verwaltung, in der Schule und der Presse sollten aus den »allogeni« (Fremdstämmigen) dem Regime angepaßte Italiener gemacht werden.

## Verwaltung und Sprache

Die politischen Vertreter der Südtiroler nahmen nach Übergabe der Regierungsgewalt an die Faschisten zunächst eine abwartende bis vorsichtig zustimmende Haltung ein, die schon bald dem Schrecken wich. Bereits am 21. Jänner 1923 wurde trotz Protests des Deutschen Verbandes die Provinz Trient geschaffen, die auch Südtirol miteinschloß. An die Stelle des Generalkommissars trat ein Präfekt, der als höchste vollziehende Instanz in der Provinz in »dringenden Fällen« auch auf allen Gebieten der Verwaltung Verfügungen treffen konnte und so mit einer fast unumschränkten Machtbefugnis ausgestattet war. Von Autonomie war nun keine Rede mehr.

Am 15. Juli 1923 verkündete der Roveretaner Nationalist Ettore Tolomei im Bozner Stadttheater sein von der Regierung gebilligtes 32-Punkte-Programm zur Italianisierung des Landes. Das Programm sah den ausschließlichen Gebrauch der italienischen Sprache im öffentlichen Leben (Amtssprache, Aufschriften, Ortsnamen, Schreibnamen usw.) vor, die Einsetzung italienischer Beamter und Bürgermeister, die Auflösung der deutschen Schule, Enteignung der Alpenvereinslütten, staatliche Förderung italienischer Einwanderung, Behinderung der deutschsprachigen Presse sowie die wirtschaftliche Durchdringung des Landes. Dieses Programm bildete in Hinkunft den Rahmen der faschistischen Politik gegenüber der Südtiroler Minderheit. Letzte Verantwortung für diese Politik trug aber nicht Tolomei sondern die faschistische Regierung. Die Ideen Tolomeis wurden je nach Interessenslage vom Regime verwirklicht oder beiseitegeschoben.

Bereits am 29. März 1923 war die Einführung der italienischen Ortsnamen in Südtirol angeordnet worden. Am 7. August 1923 folgte das Verbot des Namens Tirol; die auflagenstärkste Zeitung des Landes, *Der Tiroler*, mußte daraufhin in *Der Landmann* umbenannt werden. Flurnamen und Aufschriften wurden italianisiert, nur zum Teil geschah dies hingegen mit den Familiennamen.



Ettore Tolomei — »Der Tötengräber Südtirols«, »Der Teufel von Glen«, »Der Deutschenhasser Tolomei« ... so seine verschiedenen Übernamen

# R. Prefettura della Venezia Tridentina

N. 12637 Gab.

N. 12637 Gab.

## Il Prefetto della Venezia Tridentina

Veduto il decreto 21 gennaio 1923 N.º 93;

Ritenuto che accanto alla denominazione ufficiale di „Provincia di Trento“ può ammettersi soltanto la denominazione regionale di „Venezia Tridentina“ e che come denominazioni subregionali sono da ammettersi soltanto quelle di „Alto Adige“ per la parte settentrionale della provincia di Trento e di „Trentino“ propriamente detto per la parte meridionale;

Ritenuto che alla denominazione subregionale di „Alto Adige“ corrisponde in lingua tedesca la voce „Oberetsch“ e che l'aggettivo corrispondente ad „Atesina“ è „Etschländer“;

Ritenuto che diversa denominazione è illegittima;

Ritenuta la necessità e l'urgenza di regolare definitivamente l'uso delle cennate denominazioni e di impedire il conservarsi di denominazioni contrarie al diritto e all'ordine pubblico;

Visto l'articolo 3 della legge comunale e provinciale;

### decreta:

Oltre la denominazione ufficiale di „Provincia di Trento“ e la denominazione regionale di „Venezia Tridentina“ nessun'altra denominazione è per questa provincia consentita.

Come denominazione subregionale sono ammesse soltanto quelle di „Alto Adige“ per la parte settentrionale della provincia di Trento e di „Trentino“ propriamente detto per la parte meridionale.

In via provvisoria e di tolleranza è ammesso l'uso delle voci „Oberetsch“ e „Etschländer“ come corrispondenti a quelle di „Alto Adige“ e di „Atesino“.

Ogni diversa denominazione è vietata, e segnatamente quelle del „Süd-Tirol“, „Deutschsüdtirol“, „Tirol“, „Tiroler“ e altre equivalenti, e simili.

Le contravvenzioni al presente decreto saranno punite ai termini dell'articolo 434 del codice penale.

Gli stampati, manifesti, giornali, scritte, insegne, avvisi di pubblicità, cartoline illustrate, ecc., in cui siano riprodotte denominazioni vietate, saranno sequestrati dai funzionari ed agenti di polizia giudiziaria.

Il Questore di Trento, il viceprefetto di Merano e i Sottoprefetti dei circondari sono incaricati della esecuzione del presente decreto, il quale entrerà in vigore il quindicesimo giorno dopo quello della data.

**Trento, 8 Agosto 1923**

**Il Prefetto: GUADAGNINI**

## Der Präfekt der Provinz Trento findet

Auf Grund des Dekretes vom 21. Jänner 1923, Nr. 93;

In der Erwägung, dass neben der offiziellen Bezeichnung „Provinz Trento“ nur die Regionalbezeichnung „Venezia Tridentina“ zugelassen werden kann und dass als Subregional-Bezeichnung nur „Alto Adige“ für den nördlichen Teil der Provinz Trento und „Trentino“ im eigentlichen Sinne für den südlichen Teil zu gestatten sind;

In der Erwägung, dass der Subregionalbezeichnung „Alto Adige“ in deutscher Sprache der Ausdruck „Oberetsch“ entspricht, und dass das dem Worte „Atesino“ entsprechende Eigenschaftswort „Etschländer“ ist;

In der Erwägung, dass jede andere Bezeichnung ungesetzlich ist;

In der Erwägung der Notwendigkeit und Dringlichkeit, den Gebrauch der erwähnten Bezeichnungen endgültig zu regeln und den Fortbestand von Bezeichnungen zu verhindern, die dem Rechtszustande und der öffentlichen Ordnung widersprechen;

Auf Grund des Art. 3 des Provinzial- und Gemeinde-Gesetzes;

### anzuordnen:

Ausser der offiziellen Bezeichnung „Provinz Trento“ und der Regional-Bezeichnung „Venezia Tridentina“ ist für diese Provinz keine andere Bezeichnung erlaubt.

Als Subregional-Bezeichnungen sind nur „Alto Adige“ für den nördlichen Teil der Provinz Trento und „Trentino“ im eigentlichen Sinne für den südlichen Teil zugelassen.

Vorläufig wird der Gebrauch der Ausdrücke „Oberetsch“ und „Etschländer“, welche den Ausdrücken „Alto Adige“ und „Atesino“ entsprechen, geduldet.

Jede andere Bezeichnung ist verboten, insbesondere die „Bezeichnung „Süd-Tirol“, „Deutschsüdtirol“, „Tirol“, „Tiroler“ und andere gleichbedeutende oder ähnliche.

Die Übertretungen dieses Dekretes werden nach den Bestimmungen des Artikels 434 des Strafgesetzes bestraft.

Die gedruckten Texte, öffentlichen Kundmachungen, Zeitungen, Schriften, Aufschriften, öffentlichen Mitteilungen, Ansichtskarten usw., in welchen verbotene Bezeichnungen enthalten sind, sind von den Funktionären und Agenten der gerichtlichen Polizei zu konfiszieren.

Der Quästor von Trento, der Vizepräfekt von Merano und die Unterpräfekten der Bezirke sind mit der Durchführung dieses Dekretes beauftragt, welches am fünfzehnten Tage nach seiner Datierung in Kraft tritt.

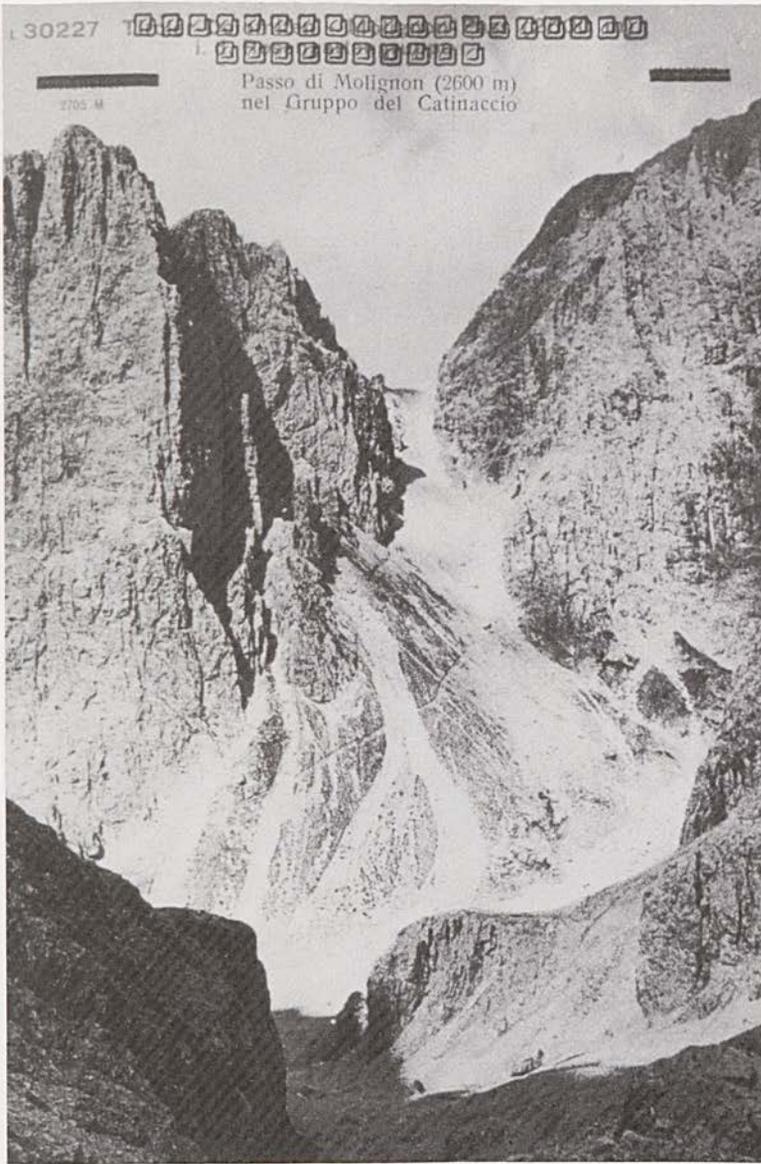
**Trento 8. August 1923**

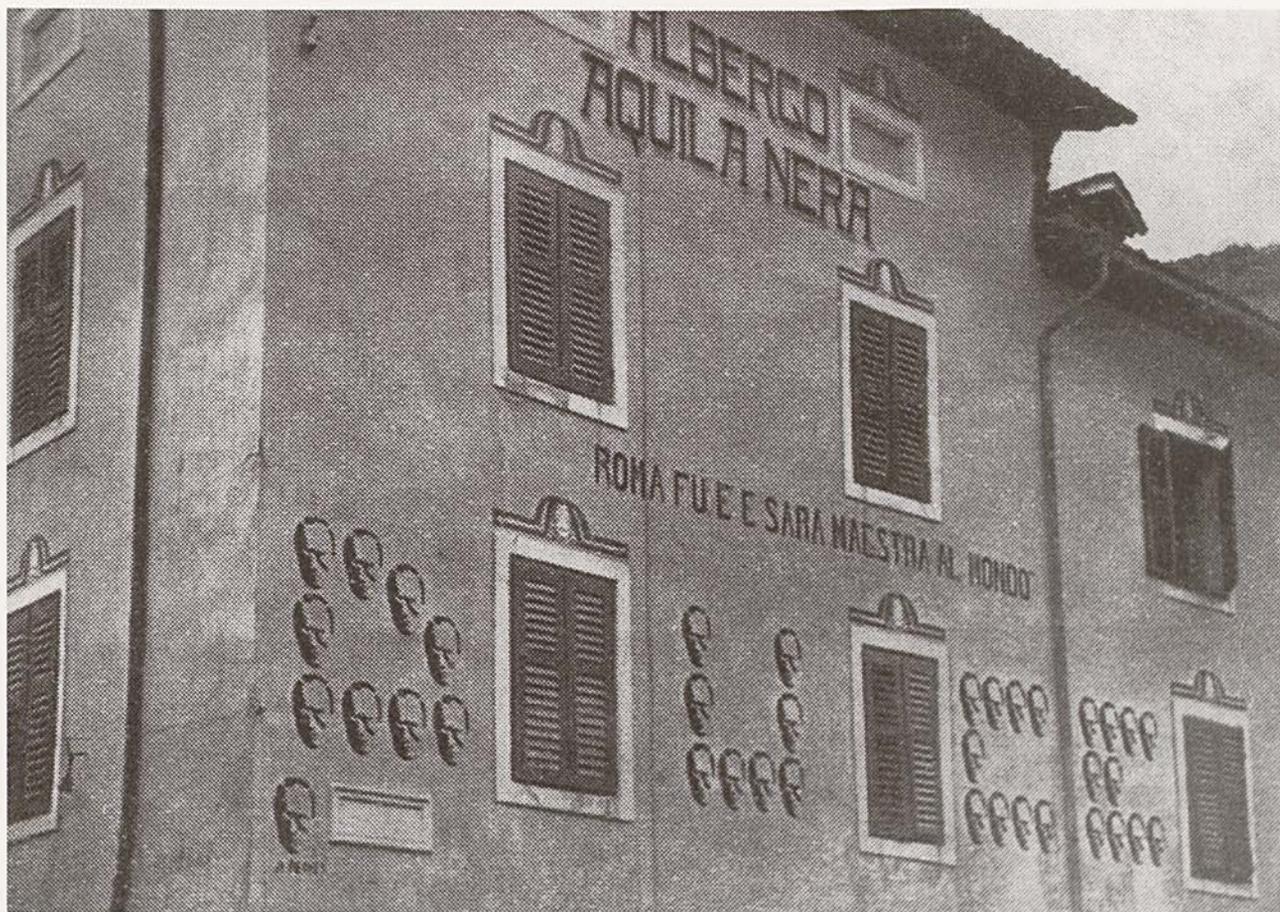
**Der Präfekt: GUADAGNINI**

Dekret zum Verbot des Namens Tirol

Nach Ausschaltung der bürgerlichen Koalitionspartner verschärfte die im Jänner 1925 errichtete faschistische Diktatur die Verfolgung ihrer politischen Gegner. In Südtirol waren davon der Deutsche Verband und seine Presse betroffen. Zur Schaffung kleinerer und damit besser kontrollierbarer Verwaltungseinheiten, wurde im Dezember 1926 die Einheitsprovinz Trient geteilt und eine selbständige Provinz Bozen eingerichtet. Bozen wurde Provinzhauptstadt, das Unterland ab Branzoll verblieb aber weiterhin bei der Provinz Trient.

Ab 1923 wurden die Postkarten italienisch überdruckt, italianisierte Hofnamen auf die Häuser gemalt und italianisierte Vornamen auf die Grabsteine gemeißelt.





Aufschrift auf einem Gasthaus in der Nähe von Bozen: »Rom war und wird die Lehrmeisterin der Welt sein.«

»Da hat es geheißten, die die sich nicht auf einen italienischen Namen umschreiben lassen, die bekommen keine Arbeit. (...) Wir haben uns mit den Umschreibern überhaupt nicht vertragen. (...) Ja, die haben sie daheim auch nicht mögen. Hat es geheißten, geh herauf, das sind Umschreiber, mit denen ist faktisch überhaupt nichts zu machen.«

(Interview Johann Kind, TLI)

Aus dem ersten Amtsblatt der Provinzia di Bolzano

## MANIFESTO DEL PREFETTO DI BOLZANO

ai Cittadini della Nuova Provincia.

REGNO D'ITALIA  
REGIA PREFETTURA DI BOLZANO

### Cittadini!

Il Governo Fascista, istituendo la nuova Provincia di Bolzano, vi ha dato prova della sua grande benevolenza.

Siatene degni, e mostrate la vostra gratitudine con la disciplina laboriosa e con la fedele osservanza alle leggi.

Datene una prima prova sottoscrivendo largamente al Prestito del Littorio, che ha lo scopo di rinvigorire la finanza dello Stato e per conseguenza la pubblica e privata economia!

Viva l'Italia! Viva il Re! Viva il Capo del Governo!  
BOLZANO, 12 dicembre 1926.

Il Prefetto: *Umberto Ricci.*



»Da erinnert man sich, daß es sozialdemokratische Führer gibt, die aus ihrer Hinneigung zu Italien keinen Hehl machen und die um jeden Judaslohn bereit sind ihren Volksgenossen in den Rücken zu fallen.«  
(*Der Tiroler*, 3. 9. 1921)

»Wie sind die Brüder jenseits der Grenze gegen uns gesinnt? (...) Wir müssen bei Beantwortung dieser Frage unterscheiden zwischen Tirolern und Nichttirolern! Unter Tirolern verstehe ich die kernkatholische, echt deutsche, ehrlich biedere Bevölkerung. (...) Diese steht voll und ganz auf unserer Seite. (...) Die Nichttiroler, und dazu rechnen wir die meisten Sozi, kümmern sich um uns blutwenig.«  
(*Völkshotte*, 22. 9. 1921)

»Aber außerhalb der Deutschstunde hast du in der Schule nicht mehr deutsch reden dürfen. Auch nicht mit anderen Schulkollegen oder sonst wie. Da hat alles müssen auf italienisch, die ganze Verständigung.«  
(Interview Erich Kind, TLI)

## Arbeiterbewegung

Erstes Opfer der faschistischen Repressionen war die Südtiroler Arbeiterbewegung. Als politische und von der »Volksgemeinschaft« ausgegrenzte Minderheit war sie schon vorher heftigen Angriffen des Deutschen Verbandes ausgesetzt gewesen.

Nach dem Regierungsantritt der Faschisten erfolgten nun zahlreiche Entlassungen und Zwangsausweisungen, die einer systematischen Dezimierung der bereits geschwächten Südtiroler Arbeiterschaft gleichkamen. Am 16. August 1923 wurde schließlich das Gewerkschaftshaus in Bozen, die organisatorische Zentrale der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften, von Faschisten besetzt und beschlagnahmt. Die Redaktionsräume des *Völkrechts* wurden versiegelt, das Erscheinen des Blattes eingestellt. Der Prozeß, den der Rechtsanwalt und DV-Abgeordnete Reut-Nicolussi im Auftrag der Sozialdemokraten gegen die Vorgangsweise der faschistischen Behörden anstrebte, endete erfolglos.

Nachdem das organisatorische Zentrum der Südtiroler Sozialdemokratie nicht mehr existierte, war eine Weiterarbeit in legalen Bahnen unmöglich. Viele Südtiroler Sozialdemokraten flüchteten nach Innsbruck, wo sie sich gemeinsam mit Nordtiroler und ebenfalls vor den Faschisten geflüchteten italienischen Sozialdemokraten in »antifaschistischen Cirkeln« organisierten. Ab 1924 kann von einer organisierten sozialdemokratischen Parteiarbeit in Südtirol nicht mehr gesprochen werden.

## Schule

Auf dem Gebiet der Schule waren bereits die Maßnahmen des liberalen Königreichs Italien von den Südtirolern als erste Italianisierung empfunden worden. Die am 2. Dezember 1921 in Kraft getretene »Legge Corbino« sah für italienische Kinder die Verpflichtung zum Besuch italienischer Schulen vor und war eigentlich als Schutzmaßnahme für die alteingesessene italienischsprachige Bevölkerung insbesondere des Unterlandes gedacht. Weniger die Verordnung an sich rief den Unmut der Bevölkerung hervor als vielmehr die Art und Weise ihrer Anwendung. Aufgrund der behördlicherseits teilweise »korrigierten« Volks-



23. August 1923: Faschisten stellen sich nach der Besetzung des Bozner Gewerkschaftshauses in Pose.

zählungsergebnisse vom 1. Dezember 1921 stellte nämlich eine rein italienische Kommission fest, welche Familien italienische waren und welche Kinder somit italienische Schulen frequentieren mußten.

Die betroffenen Eltern, darunter auch Welschtiroler des Unterlandes, protestierten vehement gegen diese Vorgangsweise — und zumindest indirekt wohl auch dagegen, daß eine Behörde willkürlich über die Sprachgruppenzugehörigkeit entschied. Die Folge der »Legge Corbino« war jedenfalls die Schließung einer Reihe von deutschsprachigen Schulen vor allem in den Gemeinden südlich von Bozen und in den ladinischen Tälern.

Für den Faschismus war die Schule eines der wichtigsten Instrumente zur Vermittlung seiner Ideologie sowie zur Assimilierung der sprachlichen Minderheiten. Dementsprechend ging das faschistische Regime nach seiner



Schulklasse in der Uniform der faschistischen Jugendorganisation Balilla, Meran 1937 — Auf der Tafel ein hymnischer Text auf den von Ettore Tolomei »Vetta d'Italia« getauften »Klockerkarkopf«, den angeblich nördlichsten Punkt der neuen Grenze.

Machtübernahme sehr rasch daran, das gesamte Schulwesen in Südtirol ebenso wie etwa in Julisch Venetien planmäßig zu italianisieren. Aufgrund der Bestimmungen der »Legge Gentile« vom 1. Oktober 1923 erfolgte dies stufenweise: Beginnend mit dem Schuljahr 1923/24 wurde in der ersten Klasse Volksschule Italienisch als Unterrichtssprache eingeführt. Jedes Jahr folgte eine weitere Klasse, sodaß ab dem Schuljahr 1927/28 die gesamte Volksschule italienisch war. Die Sprache der Minderheit sollte nur mehr in sogenannten Anhangstunden gelehrt werden und zwar im Normalfall von den italienischsprachigen Klassenlehrern. Anfang 1926 wurden auch diese Stunden trotz diverser Proteste abgeschafft. Zu diesem Zeitpunkt, nämlich seit 1. Oktober 1924, war auch schon in allen Kindergärten des Landes das Italienische als alleinige Unterrichtssprache eingeführt worden.

Parallel zur Volksschule erfolgte die Italianisierung der Oberschule, die im wesentlichen mit Ende des Schuljahres 1926/27 abgeschlossen war. Den deutschen Schülern der nunmehr italienischsprachigen Fachschulen und Gymna-

MINISTERO DELL'EDUCAZIONE NAZIONALE



sien blieb nur noch die Möglichkeit, ihre Muttersprache wie eine Fremdsprache zu erlernen.

Die Umgestaltung im Schulbereich traf auch die kirchlichen Schulen, die bis Anfang der zwanziger Jahre in Südtirol bestanden. Sie sahen sich in der Folge z. T. mit Schwierigkeiten konfrontiert, die in einzelnen Fällen sogar zu ihrer Schließung führten; die Bedeutung dieser Schulen für jene Zeit liegt aber darin, daß doch die meisten unter derselben Leitung weiterbestehen konnten und — wenn auch in sehr beschränktem Umfang — die Pflege der deutschen Sprache aufrechterhielten.

Von Einflußnahme weitgehend verschont blieben hingegen die bischöflichen Gymnasien Vinzentinum in Brixen und das für den »deutschen Anteil« der Diözese Trient im Jahre



REGNO D'ITALIA

PAGELLA SCOLASTICA

RILASCIATA

A *Luigia Natanelle*  
FIGLIA DI *Alberto* E DI *Francesca*  
NATA A *Talvagar* PROVINCIA DI *Cuneo*  
IL GIORNO *19* DEL MESE *luglio* DELL'ANNO *1921*  
PROVENIENTE DALLA SCUOLA *pubblica*

CLASSE *I* SEZIONE

SCUOLA ELEMENTARE *pubblica*

SITUATA IN *Talvagar*  
COMUNE DI *Talvagar* PROVINCIA DI *Cuneo*

ANNO SCOLASTICO 10 *1920/21*

MINISTERO DELL'EDUCAZIONE NAZIONALE

A. XIX



Zeugnisse der italienischen Schule mit der neuen faschistischen Zeitrechnung

1928 errichtete Johanneum in Dorf Tirol; allerdings wurde ihnen das Öffentlichkeitsrecht aberkannt.

Mit 1. Oktober 1929 wurde schließlich Deutsch als Unterrichtssprache auch in jenen wenigen Klassen der sogenannten corsi integrativi (Ergänzungskurse) abgeschafft, die an einigen Orten des Landes im Anschluß an die Volksschule besucht werden konnten. Damit waren die öffentlichen Schulen Südtirols vollständig italianisiert.

Der weitaus größte Teil der Schüler erhielt nun keinen Unterricht in der Muttersprache mehr, mit all den daraus resultierenden ideellen wie praktischen Folgen. Unmittelbar traf die faschistische Schulpolitik aber mit Sicherheit die Südtiroler Lehrerschaft am härtesten. Nur wenige Lehrer erfüllten die an sie gestellten formellen Bedingungen, wovon die Ablegung einer italienischen Sprachprüfung die wichtigste war. Wer diese Hürde nicht schaffte, wurde in der Regel zwangspensioniert oder überhaupt entlassen. Aber auch der Besitz des vorgeschriebenen italienischen Befähigungsnachweises schützte nicht auf Dauer vor gesetzlich gedeckten Willkürakten. So sah etwa ein Dekret aus dem Jahr 1932 selbst bei Bestehen eines definitiven Dienstverhältnisses die Möglichkeit zur Versetzung in andere Provinzen Italiens vor; auch drohte Lehrpersonen die Entlassung aus politischen Gründen. Existenzbedrohende Notsituationen waren oft genug das Ergebnis dieser Verdrängungsmaßnahmen. Arbeitslose oder pensionierte Lehrkräfte sahen sich gezwungen, Nebenbeschäftigungen anzunehmen oder gar nach Nordtirol abzuwandern, wo sie z. T. Aufnahme in den dortigen Schuldienst fanden. An ihre Stelle rückten Lehrer aus den alten Provinzen nach, die in Südtirol diverse Vergünstigungen genossen und dadurch erst motiviert wurden, dorthin zu gehen.

## Presse

In ganz Italien verfolgte der Faschismus durch repressives Vorgehen gegen die Presse das Ziel, die öffentliche Meinung zu kontrollieren und nach den Erfordernissen der eigenen Politik auszurichten. Bereits seit Juli 1923 waren die verantwortlichen Zeitungsdirektoren aufgrund eines Dekretes der Aufsicht des Präfekten unterstellt, der wegen einer Reihe ganz unterschiedlicher Tatbestände Verwarungen aussprechen und Erscheinungsverbote verfügen



konnte. In Südtirol bedeutete schließlich die Einführung der Vorzensur für die deutschsprachige Presse im Jänner 1925 durch den Unterpräfekten von Bozen das Ende jeder freien Berichterstattung.

Im Sommer und Herbst desselben Jahres begann als Konsequenz der Herrschaftskonsolidierung des Faschismus jene Reihe der Zeitungseinstellungen, die nacheinander die gesamte, bis dahin quantitativ vielfältige Südtiroler Presse traf.

Unangetastet blieben indes kirchliche Mitteilungsblätter wie der *St.-Josefs-Missionsbote* und — später — das *St.-Antonius-Blatt*, während das Kalenderwesen gerade in jener Zeit einen Aufschwung erlebte; lediglich der *Bauernkalender* wurde unter faschistische Leitung gestellt und verlor damit seine Unabhängigkeit.

Von faschistischer Seite wurde unterdessen seit März 1926 die deutschsprachige *Alpenzeitung* herausgebracht, deren Publikumerfolg allerdings gering blieb. Schon seit 1922 war der *Piccolo Posto* als Parteiorgan des lokalen Partito Nazionale Fascista erschienen, 1927 kam die offizielle *Provincia di Bolzano* hinzu.

Hinsichtlich der deutschsprachigen Presse waren es aber lediglich die Blätter des katholischen Vogelweider-Verlages, *Dolomiten* und *Volksbote*, die aufgrund von Interventionen hochrangiger kirchlicher Stellen nach der einige Wochen dauernden »zeitungslosen Zeit« Ende 1926 wieder in Druck gehen konnten; sie hatten von nun an zusammen mit dem seit Anfang 1927 herausgegebenen *Katholischen Sonntagsblatt* eine Monopolstellung inne.

Wegen des Verbotes des Namens Tirol wurden ab 22. August 1923 *Der Tiroler* in *Der Landsmann* und das *Tiroler Volksblatt* in *Volksblatt* umbenannt.



Ab 1923 verboten: das sozialdemokratische *Volsrecht*.



Konnte weiterhin dreimal wöchentlich erscheinen: die *Dolomiten*.



Blieb eher bedeutungslos: die faschistische *Alpenzeitung*.



# VISITATE LE DOLOMITI

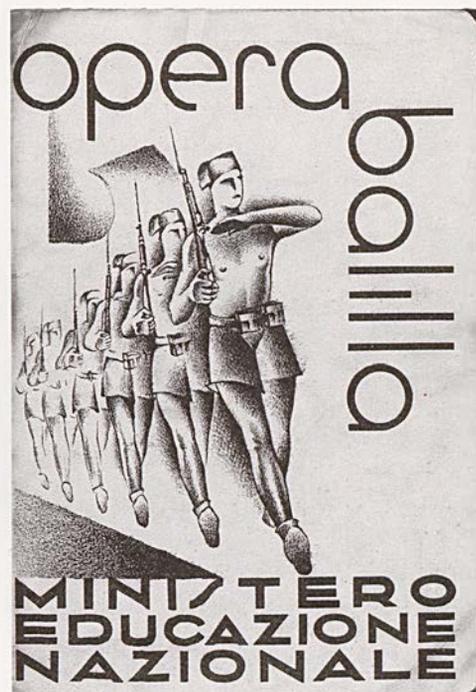
PER INFORMAZIONI RIVOLGERSI A:  
CLUB ALPINO ITALIANO  
SEZIONE ALTO ADIGE  
AZIENDA DI CURA -  
SOGGIORNO E TURISMO

# BOLZANO

OTTIME GUIDE ALPINE - OTTIMI RIFUGI

## Übergänge I

Jede Form faschistischer Herrschaft setzt ihre politischen Ziele in einer Parallelität von Zugeständis und Repression, also gewissermaßen von Zuckerbrot und Peitsche, durch — wobei letzterer allerdings der weit größere Part zugeadcht bleibt. Dementsprechend waren auch in Südtirol die Jahre des italienischen Faschismus nicht in jeder Hinsicht und ausschließlich eine Zeit der Verfolgung und Unterdrückung, sondern bedeuteten mitunter auch Tolerierung, Zusammenarbeit und Förderung. Im allgemeinen fand diese Doppelstrategie überall dort Anwendung, wo das faschistische Regime seine Ziele mit einer reinen Repressionspolitik nicht erreichte. Daraus entstanden Bereiche des »Übergangs« zwischen den ansonsten sich verhärtenden Fronten von Staat und Minderheit, ohne daß deshalb die Interessen der Beteiligten dieselben gewesen wären.



### Balilla

Über die faschistischen Jugendorganisationen Balilla und Piccole Italiane beabsichtigte das Regime, bereits Kinder ideologisch »gleichzuschalten«. Ebenso wie bei den entsprechenden Organisationen für die Oberschule bzw. die Universität — Avanguardisti und Gruppo Universitario Fascista (GUF) — gab es keine formelle Verpflichtung, Mitglied der Balilla oder Piccole Italiane zu werden. Wenn schließlich aber trotzdem ein Teil der Südtiroler Schulpflichtigen in die genannten Organisationen eintrat, kann dies nicht allein auf den Druck zurückgeführt werden, den italienische Lehrpersonen verschiedentlich auf die Schüler ausübten. Es waren vielmehr auch die Einbeziehung in die faschistische Fest- und Freizeitkultur sowie jene Vergünstigungen dafür ausschlaggebend, in deren Genuß man durch einen Beitritt gelangte: etwa die unentgeltlichen Schulunterlagen und — in ländlichen Gegenden — Schulausspeisungen oder die sonst oft unerschwinglichen Ferientaufenthalte am Meer im Rahmen der »Kolonie«. Für sozial höhere Schichten gehörte es hingegen vielfach zum »guten Ton«, der mit der Obrigkeit gepflegt wurde, daß die Kinder Mitglieder bei der Opera Nazionale Balilla waren.

Links: Werbeplakat von Franz Lenhart — Die Fremdenverkehrswerbung richtete sich nun auch an den italienischen Gast.



Schulklasse in Niederdorf, 1937

»Nach der Schule hast du halt müssen vor der Schule außen antreten und dann hat sie, die Lehrerin gesagt, Evviva! und wir haben halt schreien müssen, Duce a noi! Und dann haben wir können gehen.«  
 (Interview Johann Kind, TLI)



Giovani Italiane und Balilla in Brixen, 1939

Die Südtiroler Wirtschaft hatte bis 1921 die Schwierigkeiten, die sich aus dem Wegfall der österreichischen und deutschen Märkte, der Einbindung in die italienische Volkswirtschaft und der Währungsumstellung ergeben hatten, überwunden und es begann eine Konjunkturphase, die im wesentlichen bis Ende des Jahrzehnts anhielt.

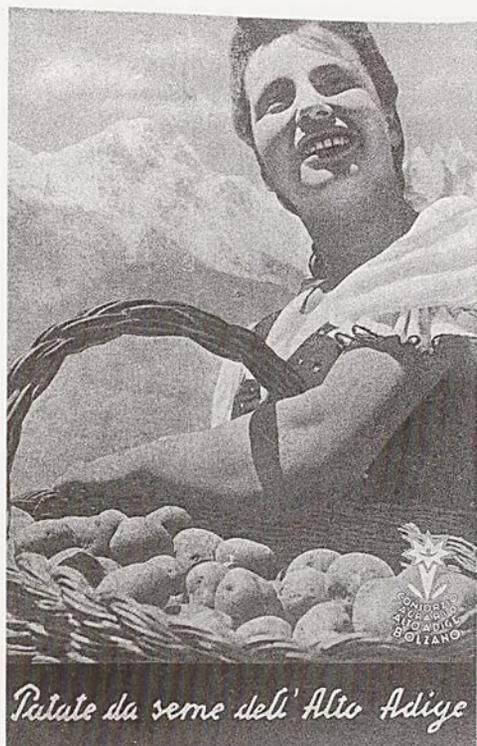
Für das Obst konnten Abnehmer im europäischen Ausland gefunden werden, durch Ausweitung der Produktionsflächen steigerte sich die Produktion von 228.000 Zentner Jahresernte zu Anfang des Jahrzehnts auf 467.500 Zentner im Jahr 1930. Diese Zunahme ging zu Lasten des Weinbaus und damit vor allem auf Kosten der Bauern des Unterlandes, die fast ausschließlich Wein anbauten und damit zunächst keine Kompensationsmöglichkeiten durch den Obstbau besaßen. Durch Qualitätssteigerungen konnte sich Südtiroler Wein schließlich ab 1924 sowohl auf den inländischen als auch ausländischen Märkten wieder behaupten.

Ebenso wurden in der Viehwirtschaft durch den Ausbau der Braunviehzucht die Absatzschwierigkeiten der unmittelbaren Nachkriegszeit allmählich überwunden.

Einen regelrechten Boom erlebte die Forstwirtschaft. Als traditionell holzarmes Land hatte Italien schon vor 1918 Holz aus Südtirol importiert. Nun, da die Zölle wegfielen, stieg der Holzverkauf um ein Vielfaches.

Ausdruck des wirtschaftlichen Aufschwungs ist auch die Zahl der Raiffeisenkassen, die von 125 im Jahr 1920 auf 135 im Jahr 1925 anstieg — ein historischer Höchststand, der bis 1934 beibehalten werden konnte.

Im Gegensatz zu Landwirtschaft, Handwerk und Handel gelang es dem Fremdenverkehr nicht so rasch, sich von den Auswirkungen des Krieges und der Annexion zu erholen. Vor dem Krieg waren über 85% der Touristen aus Ländern der Monarchie oder aus dem Deutschen Reich gekommen. Mit Errichtung der Brennergrenze verminderte sich dieser Gästestrom drastisch und die wenigen Urlauber aus Italien konnten das Defizit nicht aufwiegen. Zwar erreichte Meran bereits in der Saison 1924/25 mit 1,2 Mio. Nächtigungen wieder den Stand der letzten Vorkriegsjahre, landesweit lag die Besucherzahl aber selbst 1929 noch immer bei 62% der Vorkriegszeit.



»Saatkartoffel aus dem Alto Adige« — Im Rahmen der faschistischen Autarkie-Politik wurde der Kartoffelanbau im Pustertal großzügig gefördert.

### Schalterluß bei der landw. Zentralkasse in Bolzano

In der gemeinsamen Sitzung vom 30. Mai des Vorstandes und des Aufsichtsrates der landw. Zentralkasse in Bolzano wurde mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der raschen Realisierung der festen Anlagen von nicht unerheblicher Höhe und der daraus folgenden Unmöglichkeit eines normalen Geschäftsganges der Kasse, die Schließung ihrer Schalter mit dem Abend des 30. Mai beschlossen.

Der Vorstand der Kasse wird allfögleich dem Tribunal einen Vorschlag auf gerichtlichen Ausgleich unterbreiten und es wird, da die Bilanz der Kassa aktiv ist, den Einlegern die Rückzahlung ihrer Guthaben mit 100% innerhalb einer angemessenen Frist angeboten werden können.

Landwirtschaftliche Zentralkasse.

Während generell die Konjunktur bis Ende des Jahrzehnts anhielt, machten sich in einigen Sektoren die Vorboten der Wirtschaftskrise schon ab 1926/27 bemerkbar. In der holzverarbeitenden Industrie kam es 1926 zu einem ersten Einbruch mit einem Preisverfall von bis zu 50%. Ein Jahr später war auch die Viehwirtschaft vom Preisverfall betroffen. Kostete eine gute Milchkuh 1924 noch 3500 Lire, so erhielt der Bauer 1927 für sie nur mehr 1400-1600 Lire. Der Preis für Milchprodukte sank um 20%.

Ab Mitte der zwanziger Jahre setzten unterdessen erste wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Italianisierung der Südtiroler Wirtschaft ein. Über die Art und Weise, wie dieses Ziel zu erreichen war, bestanden Meinungsverschiedenheiten zwischen der faschistischen Partei und der Verwaltung. Jene pochte auf die sofortige Zerschlagung der lokalen Wirtschaftsorganisationen; diese, repräsentiert vom Präfekten, wollte die Italianisierung durch Assimilierung der Südtiroler erreichen und setzte dabei auf Zusammenarbeit, Befriedigung der ökonomischen Interessen und damit auf Förderung der innerhalb der Südtiroler Wirtschaftskreise durchaus vorhandenen Sympathien für die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Faschismus. Sollte eine Zusammenarbeit verweigert werden, war die Auflösung der betreffenden Organisation vorgesehen. Zunächst setzte sich die zweite Ansicht durch und unter Beibehaltung der Doppelstrategie wurden ab Mitte der zwanziger Jahre die maßgeblichen lokalen Wirtschaftverbände vor die Wahl gestellt, zusammenzuarbeiten, sich »freiwillig« in die faschistischen Wirtschaftsorganisationen einzugliedern oder aufgelöst zu werden.

Als erster wurde 1926 der Bauernbund in die faschistische Bauernorganisation eingegliedert. Etwas länger bestehen konnte hingegen die Handelskammer, der seit 1909 Josef Kerschbaumer vorstand. Zwar wurde dieser im Juni 1926 durch den faschistischen Abgeordneten Barduzzi ersetzt, schon im März des darauffolgenden Jahres konnte aber wieder Kerschbaumer die Leitung der Kammer übernehmen. Erst nach der am 1. Dezember auf gesamtstaatlicher Ebene erfolgten Umwandlung der Handelskammern in faschistische Provinzwirtschaftsräte waren Südtiroler nur noch in untergeordneten Positionen vertreten.

Nachdem die Landwirtschaftliche Zentralkasse eine Eingliederung in die Banca del Trentino e dell'Alto Adige abgelehnt hatte und infolge Zahlungsunfähigkeit am 1. Juni



1927 ihre Schalter schließen mußte, begann für die Sparkasse Bozen der Aufstieg zum unumstritten führenden Geldinstitut des Landes. Sie erhielt 1928 einen Regierungskredit zugesprochen und zu Beginn der dreißiger Jahre wurden ihr alle Steuereinhebungsstellen der Provinz Bozen übertragen. Bis 1935 oblag die Leitung der Sparkasse Südtirolern.

Relativ unbehelligt von den faschistischen Entnationalisierungsmaßnahmen blieb die Landwirtschaft. Zwar wurde am 1. Juli 1929 das »Tiroler Höferecht«, laut dem »geschlossene Höfe« nur als ungeteilte Einheiten vererbt werden konnten, aufgehoben. Da der Besitz in der Praxis aber weiterhin einem einzigen Erben vermacht wurde, führte diese Maßnahme zu keiner Flurzerstückelung.

Hof einer Weinkellerei in Neumarkt im Herbst 1922 — Während die Obstproduktion anstieg, hatte die Weinwirtschaft in den zwanziger Jahren mit großen Absatzschwierigkeiten zu kämpfen.



Die Musikkapelle Innichen bei einer faschistischen Kundgebung mit dem Parteisekretär des PNF Achille Starace als Redner

## Vereinswesen

Gegenüber kulturellen Vereinen und Organisationen war das Ziel faschistischer Politik nicht primär oder ausschließlich deren Auflösung, sondern deren Vereinnahmung oder zumindest Beeinflussung. Dies trifft hauptsächlich auf Musikkapellen zu, denen im Rahmen faschistischer Festkultur in der Regel eine wichtige Funktion zukam. Als Gegenleistung für ihre »Kooperation« erhielten die Vereine nicht selten Zuwendungen verschiedener Art. Vor allem aber sicherten sie dadurch ihren Bestand und konnten somit trotz zunehmenden Drucks seitens der Faschisten weiterhin als Orte der Begegnung und Vermittlung von Identität erfahren werden.

Ganz anders verhielt es sich freilich bei Organisationen, die für die Machthaber nicht in ihrem Sinne verwendbar waren, weil sie den Intentionen faschistischer Politik prinzipiell entgegenstanden. Dies galt für den Alpenverein, weil er mit seinen Schutzhütten das Land symbolisch »deutsch« besetzt hielt; für die Turnerbünde wegen ihrer deutsch-nationalen Ausrichtung; für die Theaterbühnen und Ge-



Musikkapelle vor dem »Sandwirt« im Passeier — Der Name des Tiroler Freiheitshelden prangt in italienischer Version auf der Fahne.



Kolpingsturnerschaft Meran — vor ihrer behördlichen Auflösung 1926

sangsvereine, weil sie in Ausübung ihrer Tätigkeit auf die deutsche Sprache angewiesen waren; sowie für die Feuerwehren, weil sie als paramilitärische Verbände und deshalb als Sicherheitsrisiko angesehen wurden: sie alle waren z. T. sehr früh der Repression ausgesetzt, wurden verboten oder faschistischen Funktionären unterstellt. Frei von Vereinnahmungsversuchen und Unterdrückungsmaßnahmen blieben lediglich die Kirchenchöre.

»1925 als Schriftleiter zur polit. Jugendarbeit nach Südtirol berufen; Organisator der polit. illegal. Sportarbeit d. aufgelösten Turnvereine.«  
(Aus dem Lebenslauf von Rolf Hillebrand, ab 1933 erster Landesführer des VKS)



## Rückzugsheimat

Die Südtiroler Minderheit sah sich seit 1922 einem politischen Regime gegenüber, das sie allmählich aus dem politisch-sozialen Leben verdrängte. Als ihre »Rückzugsheimat«, in der sie sich wiederfand, verstand sie im wesentlichen nur mehr den eigenen privaten Bereich sowie die Natur: sie galt als »deutsch« und »frei« im Gegensatz zur »welschen«, »besetzten« Stadt.

In dieser Situation bildete die Annäherung zwischen faschistischem Staat und Heiligen Stuhl jenen Rahmen, der in Südtirol die Entstehung einer Art Ersatzöffentlichkeit unter dem Schutz der Kirche ermöglichte.

### Die Kirche

Nachdem Vereine und Verbände nun ständig der Einflußnahme ausgesetzt oder gar schon aufgelöst worden waren, blieb als einzige intakte und autonome Organisation die Kirche übrig; durch das Konkordat im Jahr 1929 wurde ihr Freiraum rechtlich abgesichert. Im lokalen Bereich avancierte der Pfarrer zur zentralen Figur des dörflichen Lebens. Über den innerkirchlichen Apparat war er vielfach der einzige, der überkommunale Kontakte pflegen und einen relativ unkontrollierten Informationsfluß bewerkstelligen konnte. Darüber hinaus erwies sich nun aber Kanonikus Michael Gamper als eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der damaligen Zeit. Er verfügte über jene Kontakte ins Ausland, besonders ins Deutsche Reich, über die in der Folge wiederholt Geldmittel nach Südtirol flossen und hier u. a. der katholischen Presse zugute kamen.

Neben den katholischen Zeitungen konnte, zumindest partiell, auch das kirchlich-katholische Vereinswesen weiterbestehen. Hier waren es besonders die Kirchenchöre, aber auch katholische Jugendorganisationen, die ein Mindestmaß an kultureller Aktivität gewährleisteten.

Besondere Bedeutung erlangten die kirchlichen Initiativen und Tätigkeiten auf schulischem Gebiet. Auf Volksschulebene ist hier die Pfarrschule zu nennen — nämlich die Erteilung des Religionsunterrichtes außerhalb der Schule —, die nach dem schrittweisen Abbau des deutschsprachigen Religionsunterrichts seit dem Schuljahr 1925/26 in Abspra-

»Und heut erst nach fünf Wochen Bahnhofsdiens, Nachtleben, Stadtstaub und versklavter Fremde weiß er, was Almluft und der Blick über alle Tiefen aus wert ist. Was es um die Arbeit ist, um die große, gesunde, herrliche Arbeit unter Gottes Himmel, auf der Scholle der Väter, um das liebe Brot. Und daß es köstlich ist und Reichtum ist, arm sein, aber frei sein auf deutscher Erde. Da oben auf dieser harten, armen Höhe weht keine Fahne, regiert keine Uniform, raucht kein Schlot, dienet kein Kellner und weht kein Zeitungsblatt zur Tür herein. Von Haue und Pflug erobert und Jahr um Jahr neu erkämpft, grünt ewig-deutsches Land, atmet die mütterliche Erde, die nichts von Haß und Hader weiß und alle ihre Kinder liebt und nährt.«  
(Maria Veronika Rubatscher, Sonnwend, Salzburg 1932)



Treffen des Jugendhortes Meran, 1932. Die alten Uniformen durften nur noch im privaten Kreis getragen werden.

che mit dem Vatikan im Herbst 1928 allgemein eingeführt und vom Staat toleriert wurde. Trotz der Anfeindungen, denen sie in der Praxis ausgesetzt blieb, bot sie Schulkinder die einzige Möglichkeit zu regelmäßigem Unterricht in ihrer Muttersprache.

#### »Katakombenschule«

Nach dem Theologiestudium in Innsbruck übernahm der 1885 in Prissian geborene Kanonikus Michael Gamper 1919 die Leitung des *Völkboten*. Im März 1923 wurde er zum dritten Obmann-Stellvertreter der TVP gewählt. Nach Einführung der italienischen Schule war er einer der Initiatoren der »Katakombenschule«; über seine Kontakte zum deutschsprachigen Ausland, insbesondere zum VDA, gelangten Geldmittel und Schulmaterialien nach Südtirol. Während der

Auch sonst war die Schule jener Bereich, in dem sich der Widerstand der Südtiroler Minderheit gegen die erste Phase faschistischer Repressionspolitik konkret und vergleichsweise effizient artikuliert und nicht in einem Gefühl dumpfer Schicksalhaftigkeit versandete. Wieder war es Kanonikus Gamper, der die entscheidenden Impulse gab. Kurz nach dem Erlaß der »Legge Gentile« lancierte er im *Völkboten* seinen Aufruf zur Errichtung einer Privatschule, um deutschsprachigen Unterricht auch weiterhin zu gewährleisten. Beim systematischen Aufbau dieser »Katakombenschule«, der allerdings erst ab 1925 erfolgte, tat sich Gamper zusammen mit einigen Mitgliedern des Deut-



schen Verbandes und engagierten Lehrern als Organisator hervor.

Die Schwierigkeiten waren dabei von Anfang an groß, da Präfekt Giuseppe Guadagnini noch im November 1925 die »Geheimschule« unter Strafandrohung verboten hatte. Der Unterricht mußte also im Verborgenen stattfinden. Als Lehrpersonen wirkten vor allem Mädchen mit entsprechender Vorbildung, die in diversen Kursen speziell auf ihre Aufgabe vorbereitet worden waren. In bezug auf finanzielle Unterstützung und Lehrmittel machten sich wieder die Beziehungen Gampers bezahlt: beides bezog die »Katakombenschule« hauptsächlich und z. T. auf abenteuerlichen Wegen aus dem Deutschen Reich, wobei zugleich mit den Lehrmitteln allerdings auch deutschnationales und »völkisches« Gedankengut nach Südtirol gelangte.

Die »Katakombenschule« bestand im wesentlichen bis ins Jahr 1939; ebensolang waren viele ihrer Mitarbeiter Verhaftungen, Geld- und Gefängnisstrafen sowie Konfinierungen ausgesetzt, ohne daß deshalb die Organisation selbst vollständig zerschlagen worden wäre.

Lehrerinnen der Katakombenschule bei einem Ausbildungskurs in Grado, der als Urlaub getarnt war.

Option war Gamper einer der Wortführer der Dableiber. Nach der nationalsozialistischen Besetzung Südtirols flüchtete er nach Florenz und verfaßte dort die »Denkschrift an die Alliierten«, in der er für die Zeit nach Kriegsende die Wiedervereinigung Südtirols mit Österreich vorschlug. Im Oktober 1945 übernahm er die Schriftleitung der *Dolomiten*.

Kanonikus Michael Gamper starb am 15. April 1956.

»Se fossi italiano, probabilmente sarei fascista.« — »Wenn ich Italiener wäre, wäre ich wahrscheinlich Faschist.«  
(Friedrich Graf Toggenburg im *Corriere della Sera*, 11. 5. 1921)

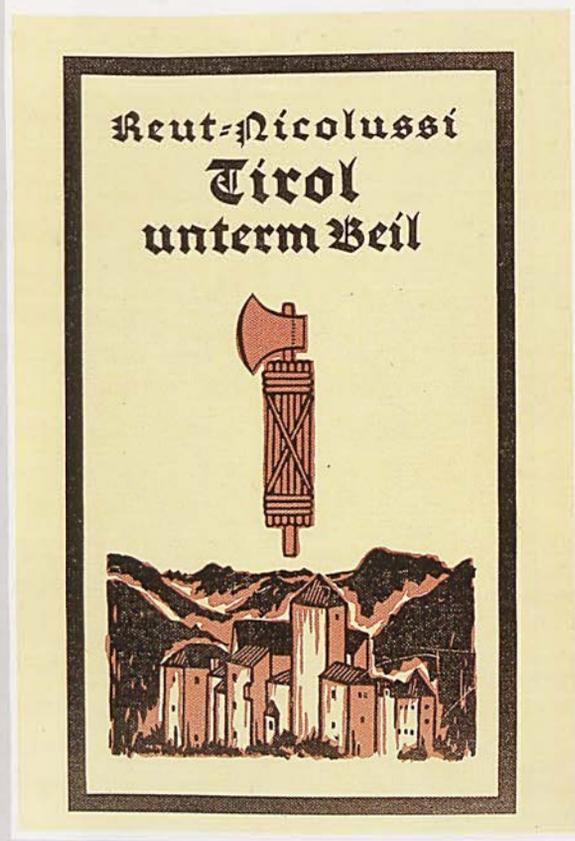
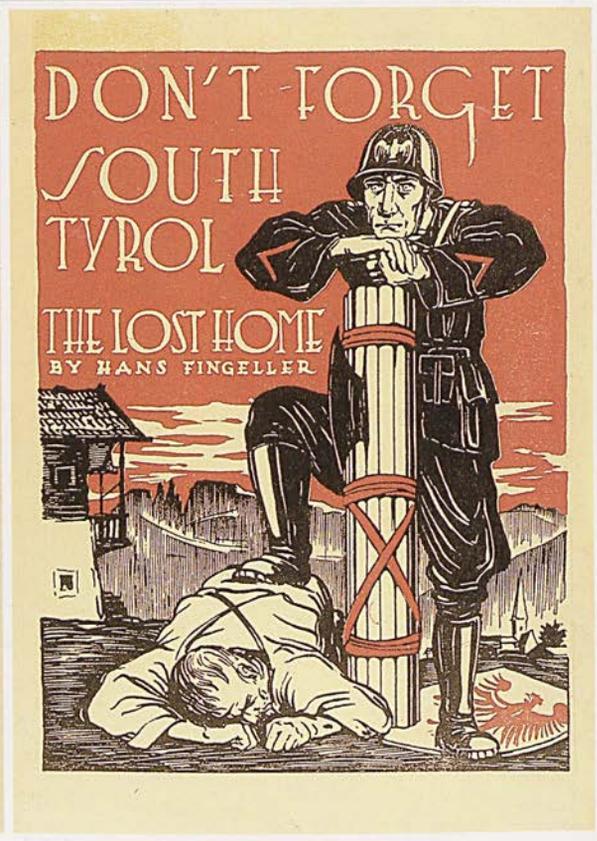
»Wenn wir auf die fast unübersehbare Reihe von faschistischen Gewalttätigkeiten zurückblicken, so sind viele darunter, die wir nicht wegen ihrer sachlichen Ziele als deswegen schwer empfunden haben, weil diese Ziele eben mit Gewalt und Drohungen erzwungen wurden. (...) Mussolini hat im ersten unter seinem Vorsitze abgehaltenen Ministerrate Äußerungen getan, die Gutes erwarten lassen.«  
(Wilhelm von Walther in der *Südtiroler Landeszeitung*, 2. 11. 1922).

## Proteste

Proteste gegen die faschistische Südtirol-Politik wurden vor allem im Ausland offen artikuliert, insbesondere in Österreich, wo eine Flut von Publikationen zum Südtirol-Problem erschien. Von den politischen Vertretern der Südtiroler wurde der italienische Faschismus nur insofern angeprangert und bekämpft als er »antideutsch« war und wiederholt stellten sie klar, daß es ihnen nicht um eine Kritik am Faschismus an sich ginge. Ebenso beschränkte sich die Zusammenarbeit der Südtiroler Emigration ausschließlich auf deutschnationale Kräfte, während Angebote von demokratischer Seite abgelehnt wurden. Ende 1925 gründeten die nach Innsbruck geflüchteten Aktivisten des Deutschen Verbandes Ernst Mumelter und Eduard Reut-Nicolussi die »Arbeitsstelle für Südtirol«, die für die Verbreitung der aus Südtirol einlaufenden Nachrichten sorgen sollte. Getragen wurde die Arbeitsstelle von den deutschnationalen »Schutzverbänden« Andreas-Hofer-Bund, Deutscher Schulverein Südmark und Deutscher Schutzbund, zu denen später noch der finanzstarke VDA-Bayern hinzukam. Über den Deutschen Schutzbund sicherte sich das Auswärtige Amt in Berlin finanzielle und politische Einflußnahme auf die »Arbeitsstelle« und die Südtirol-Politik.

Was es im Land selbst neben der »Katakombenschule« gab, waren alltägliche Dissensbekundungen, die weitgehend unorganisiert und spontan stattfanden. Hierzu zählen das nächtliche Übermalen faschistischer Parolen an den Häuserwänden oder das Ausreißen der zur Erinnerung an den Bruder des Duce gepflanzten »Mussolinibäumchen«. In den Witzen jener Zeit wurde aus Tolomei ein »Tolm«, der faschistische Minister Federzoni zu einem »Fetzertoni«.

Rechts: In Österreich und im Deutschen Reich protestierten Vertreter aller politischen Lager mit zahlreichen Publikationen gegen die Unterdrückung der Südtiroler Minderheit.





## Die neue Strategie

Der italienische Faschismus war seit den zwanziger Jahren davon ausgegangen, die Assimilierung der Südtiroler Minderheit innerhalb von zwei Generationen zu erreichen. Aufgrund der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland 1933 und der damit zusammenhängenden Verstärkung des Südtiroler Irredentismus änderte sich diese Ausgangslage. Das faschistische Regime glaubte sich nun in einen Wettlauf mit dem reichsdeutschen Imperialismus gedrängt und dadurch vor die Notwendigkeit gestellt, die Italianisierung Südtirols zu beschleunigen. Ziel war nicht mehr die Assimilierung, sondern die zahlenmäßige Majorisierung durch forcierte Zuwanderung aus dem übrigen Italien. Die Instrumente dieser neuen Strategie waren die Errichtung der Industriezone Bozen, der Ausbau Bozens zu einer italienischen Stadt mit 100.000 Einwohnern und die »Conquista del suolo« sowie eine verschärfte Repressionspolitik. Aus dem ehemals österreichischen Südtirol sollte innerhalb kürzester Zeit ein italienisch-faschistisches Alto Adige werden.

### Bauprogramme

Zentrale Figur dieser qualitativ veränderten Phase war der seit Herbst 1933 amtierende Präfekt der Provinz Bozen Giuseppe Mastromattei, auf dessen Initiative wesentliche Maßnahmen der folgenden Jahre zurückgehen. Besonderes Augenmerk widmete er in diesem Zusammenhang der Stadt Bozen.

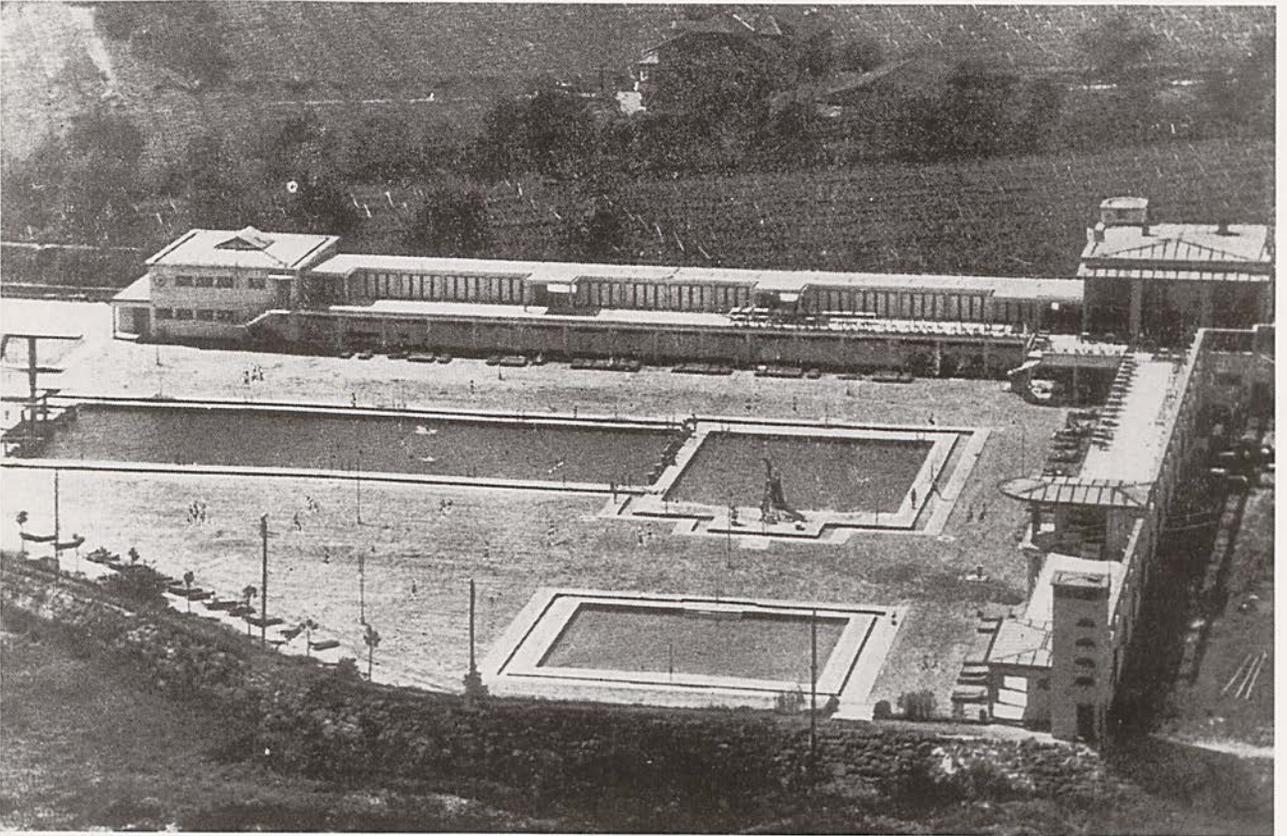
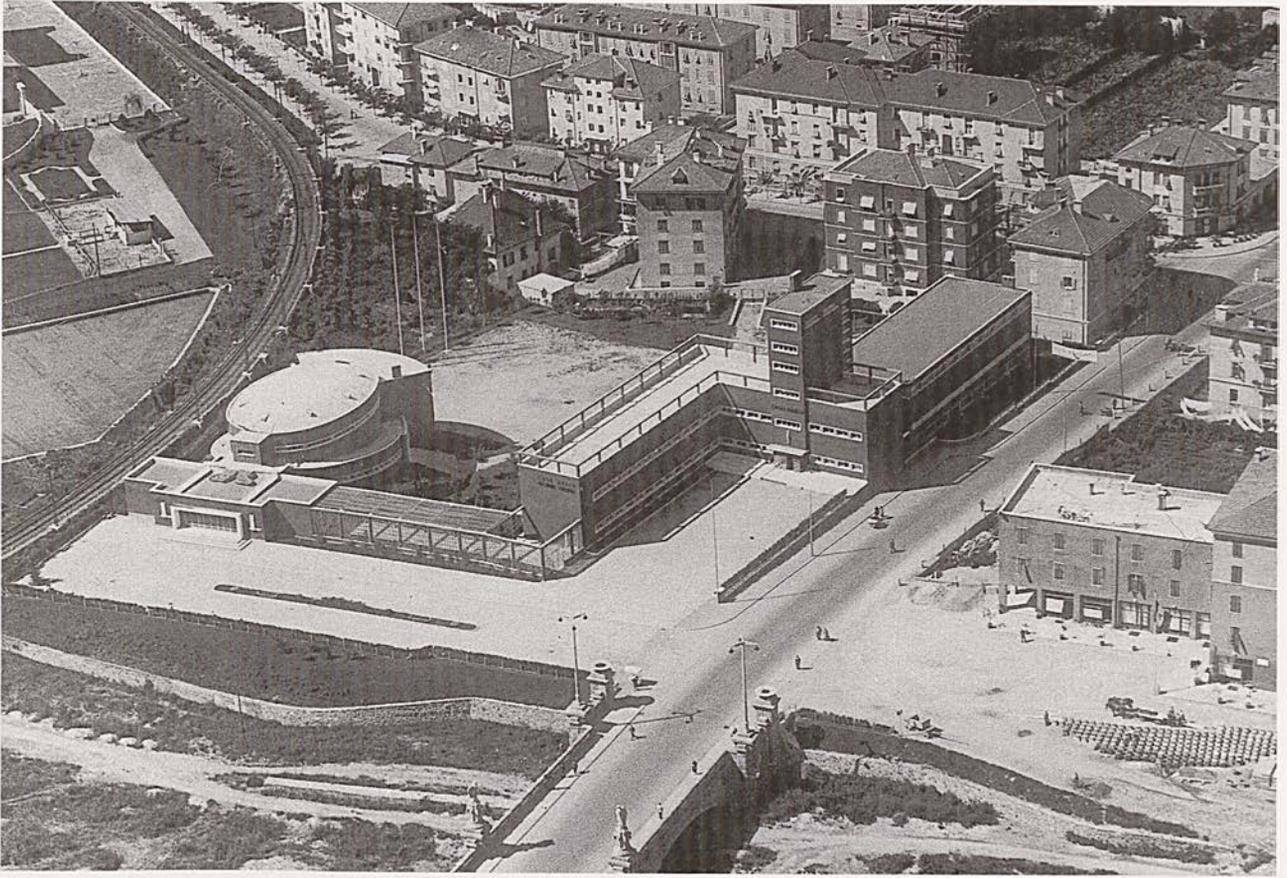
Schon seit der Erhebung Bozens zur Provinzhauptstadt im Jahr 1927 hatte das Regime erste urbanistische Maßnahmen gesetzt, die Fertigstellung des Siegesdenkmals im darauffolgenden Jahr bildete dann den Auftakt für die Realisierung eines ersten Bauprogramms. Knapp hintereinander wurden der Bahnhof und die Wohn- und Büroblocks einiger staatlicher wie halbstaatlicher Institutionen errichtet; bis 1933 kamen u. a. noch das Drususstadion und der Lido als Freizeiteinrichtungen, der Sitz des Armeekommandos, die Drususbrücke und die Anlage einiger Straßen hinzu. Es dominierte der Stil des imperialen Monumentalismus, der mit seinen neoklassizistischen Elementen als adäquater Ausdruck faschistischer Ideologie galt und sich



»Die Grenzen sind heilig; über sie verhandelt man nicht, man verteidigt sie.«

Fotomontagen für Werbeplakate der faschistischen Jugendorganisation GIL

Links: »Glauben, gehorchen, kämpfen«



hervorragend zur Selbstdarstellung des Regimes eignete. Sein Hauptvertreter, der Stararchitekt des Faschismus Marcello Piacentini, hatte bereits das Siegesdenkmal entworfen und wurde auch beauftragt, die Sieger-Projekte des 1929 ausgeschriebenen Wettbewerbes für den neuen Bozner Bauleitplan zu einem einzigen Projekt zusammenzufassen. Dieser neue, 1935 vom Bozner Podestà genehmigte Plan enthielt sämtliche Elemente faschistischer Urbanistik wie etwa die Aufteilung der Einwohnerschaft auf einzelne Stadtviertel nach sozialen und beruflichen Kriterien.

Ausgangspunkt für den neuen Bauleitplan war das Ziel gewesen, Bozen in eine rein italienische, 100.000 Einwohner zählende Stadt zu verwandeln. Dazu sollte die Altstadt abgewertet und stattdessen das Zentrum der »nuova Bolzano« in Gries errichtet werden; vor allem aber war Wohnraum für 60.000 Menschen zu schaffen. Die diesbezügliche Bautätigkeit setzte ab 1935 ein, als in Zusammenhang mit der Errichtung der Industriezone der massenhafte Zuzug von Arbeitern begann. Für diese neue soziale Schicht, das Industrieproletariat, wurden neben einigen Wohnblocks die sogenannten »semirurali«-Häuser errichtet.

Daneben sorgte der Faschismus aber weiterhin für seine architektonische Selbstdarstellung durch Errichtung diverser Zweck- und Prachtbauten. blieb letztlich zwar das vorgesehene neue Stadtzentrum ein Wunschtraum des Regimes, so wurden doch einige Vorhaben verwirklicht: die Gestaltung des Siegesplatzes, der Bau des Gerichtsgebäudes und der Casa del Fascio, heute Sitz der Finanzämter, sowie die Anlage mehrerer Prachtstraßen und -plätze.

Die Absicht, Bozen ein italienisches Gepräge zu verleihen, fand auch in der Entfernung oder Veränderung allzu deutsch wirkender Denkmäler und Bauten ihren Ausdruck. Betroffen davon waren das Waltherdenkmal, der Laurinbrunnen, der Museumsturm sowie die Fassade des Sparkassengebäudes. Das 100.000-Einwohner-Ziel blieb indes bis 1945 und — noch darüber hinaus — unerreicht. Außerhalb Bozens beschränkte sich die faschistische Bautätigkeit im großen und ganzen auf die Errichtung einiger Schulen und Zweckbauten für die Partei und auf die Errichtung von Befestigungsbauten entlang der Brennergrenze. Letzteres geschah auch noch über den Abschluß des »Stahlpaktes« hinaus und ist damit bereicherter Ausdruck für die ambivalente Haltung des italienischen Faschismus zum nationalsozialistischen Bruderregime.



Das Siegesdenkmal in Bozen

Es gab in den dreißiger Jahren Ausnahmen vom Stil des imperialen Monumentalismus nur bei wenigen offiziellen Bauten. So wurden der Lido (links unten) und das Gebäude der Faschistischen Jugend (GIL, links oben) in Bozen im Stil des Rationalismus errichtet, der seine Wurzeln in der Bauhaus-Architektur hatte.

Die neue Drususbrücke





Die Anfänge der Industriezone Bozen

## Industrie

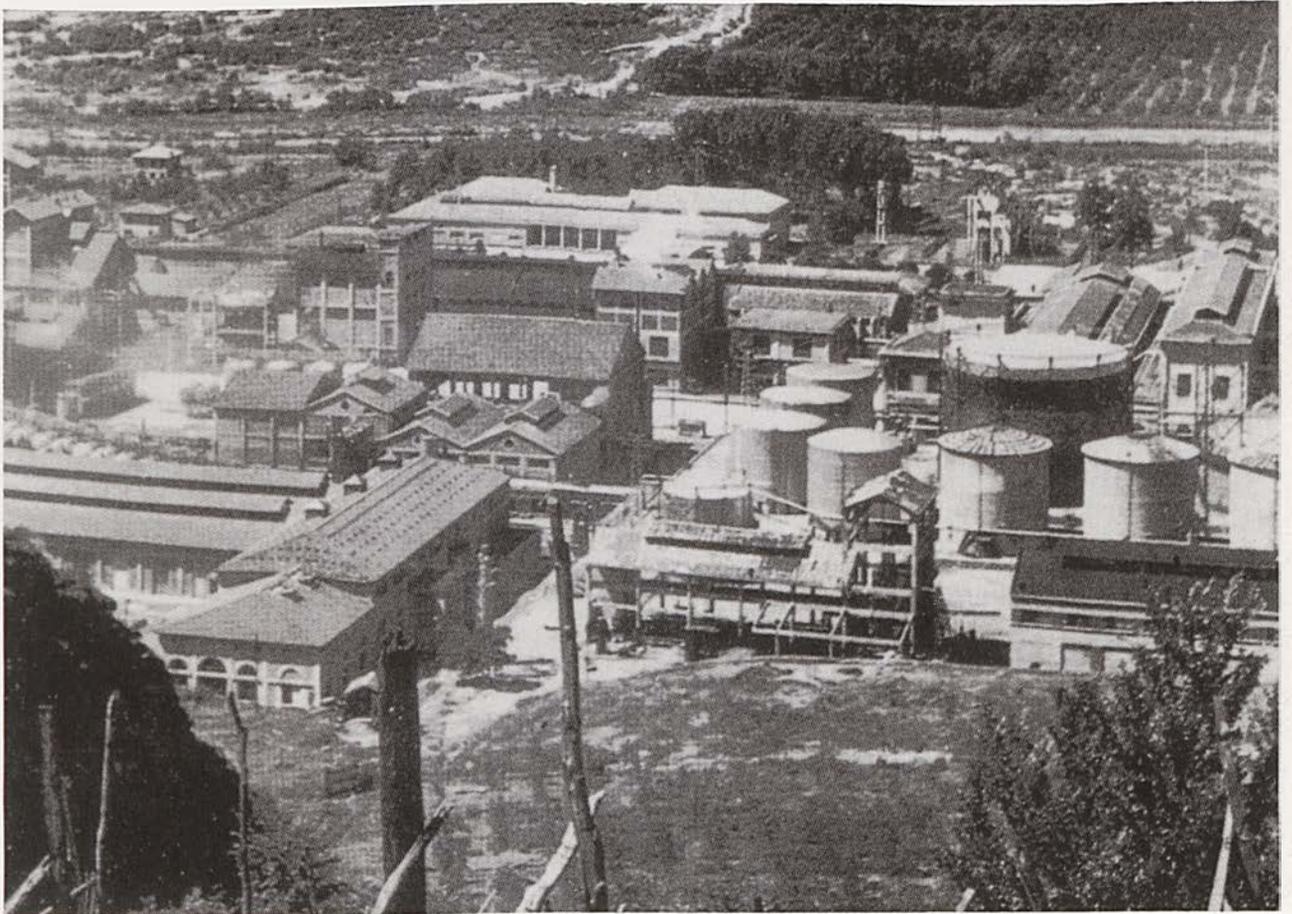
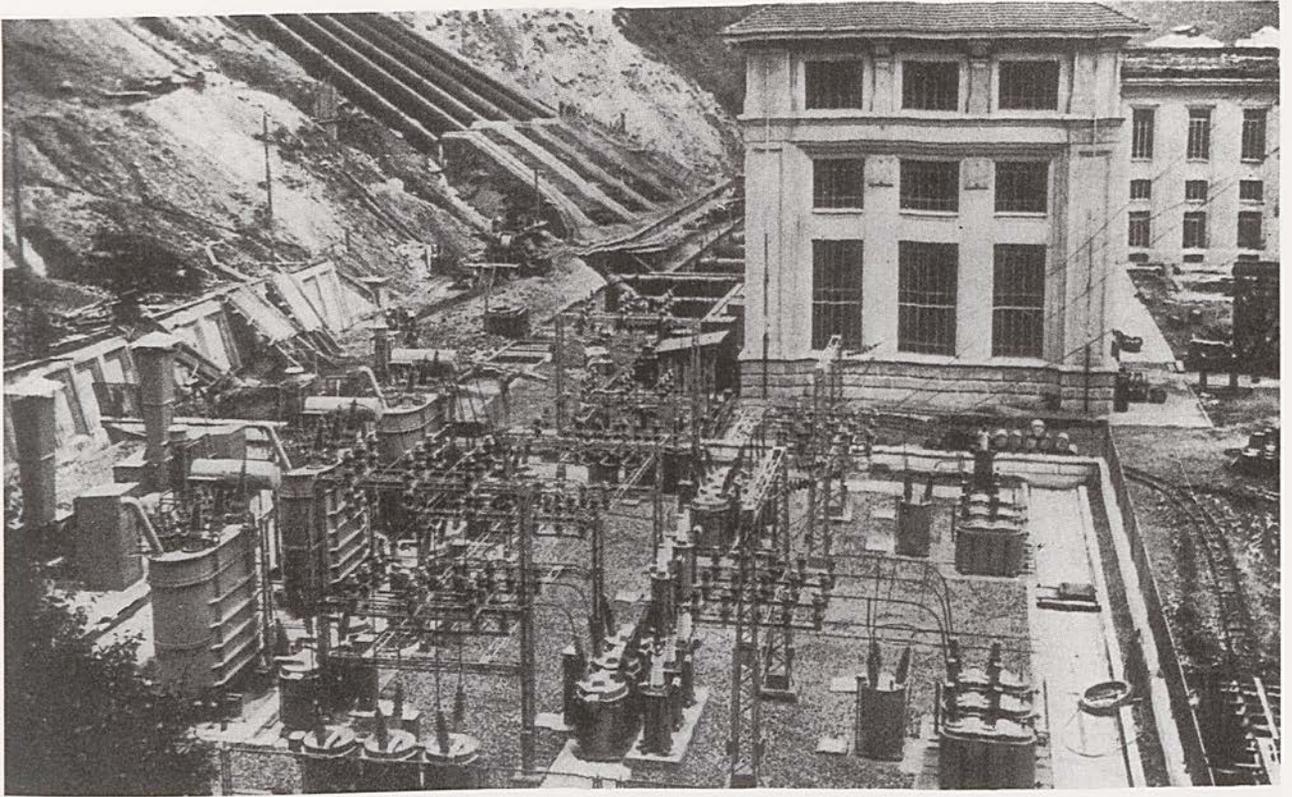
Für die Annexion Südtirols hatte neben strategisch-militärischen Gründen auch die Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen — Holz und Wasserkraft — eine Rolle gespielt. 1924 begann Montecatini mit dem Bau eines Kraftwerks bei Marling, das die nötige Energie für die bei Sinich geplante Düngemittelfabrik liefern sollte. Bis Ende der dreißiger Jahre entstanden weitere Kraftwerke in Brixen, Pfisch, Gröden, Waidbruck; als das Kraftwerk von Kardaun 1929 ans Netz ging, war es das größte Europas. Große Überlandleitungen transportierten die in Südtirol produzierte Energie in die Industriezonen der Lombardei und des Piemont.

Im September 1934 wurde die Errichtung einer Industriezone in Bozen bekanntgegeben. Es war dies aber keine einzelne auf Südtirol zugeschnittene Maßnahme, sondern lag im Konzept der Autarkiepolitik und war Glied einer langen Kette anderer Industrie Gründungen des Faschismus. Was die Bozner Industriezone von den übrigen unterschied, waren die ethnopolitischen Zielsetzungen. Durch den Einsatz von Arbeitskräften aus Altitalien sollte in Südtirol eine italienische Bevölkerungsmehrheit geschaffen werden. Es wurden daher keine Südtiroler als Arbeiter aufgenommen. Selbst die Italiener des Unterlandes und aus dem Trentino waren dem Regime keine Garanten der »Italianità«; auch für sie gab es keinen Arbeitsplatz in der Industriezone. Die Arbeiter kamen schließlich aus den strukturschwachen Gebieten des Veneto und der Poebene, insbesondere aus der Provinz Rovigo.

Für die Ansiedlung wurde das Obstwiesengebiet am »Grutzen« südwestlich von Bozen, zwischen Eisack und Brennerbahnlinie gewählt. Das Enteignungsdekret von März 1935 sah vor, daß die Eigentümer für ihr Land nicht nach dem Marktwert, sondern nach dem Ertragswert entschädigt würden. Demzufolge hätten die enteigneten Bauern nur einen Bruchteil des wirklichen Wertes der Grundstücke vergütet bekommen. Die Enteignungen erfolgten nicht auf einmal, sondern zogen sich über Jahre hin. Verhandelt wurde Grundstück für Grundstück, und nach Protesten gegen die von der Gemeinde gebotenen niedrigen Preise erhielten die Bauern von den Firmen häufig höhere Ablösen. Auf das Geld mußten die Enteigneten dann aber oft jahrelang warten.

Rechts oben: Umspannstation des Kraftwerks Kardaun

Rechts unten: Düngemittelfabrik der Montecatini in Sinich bei Meran



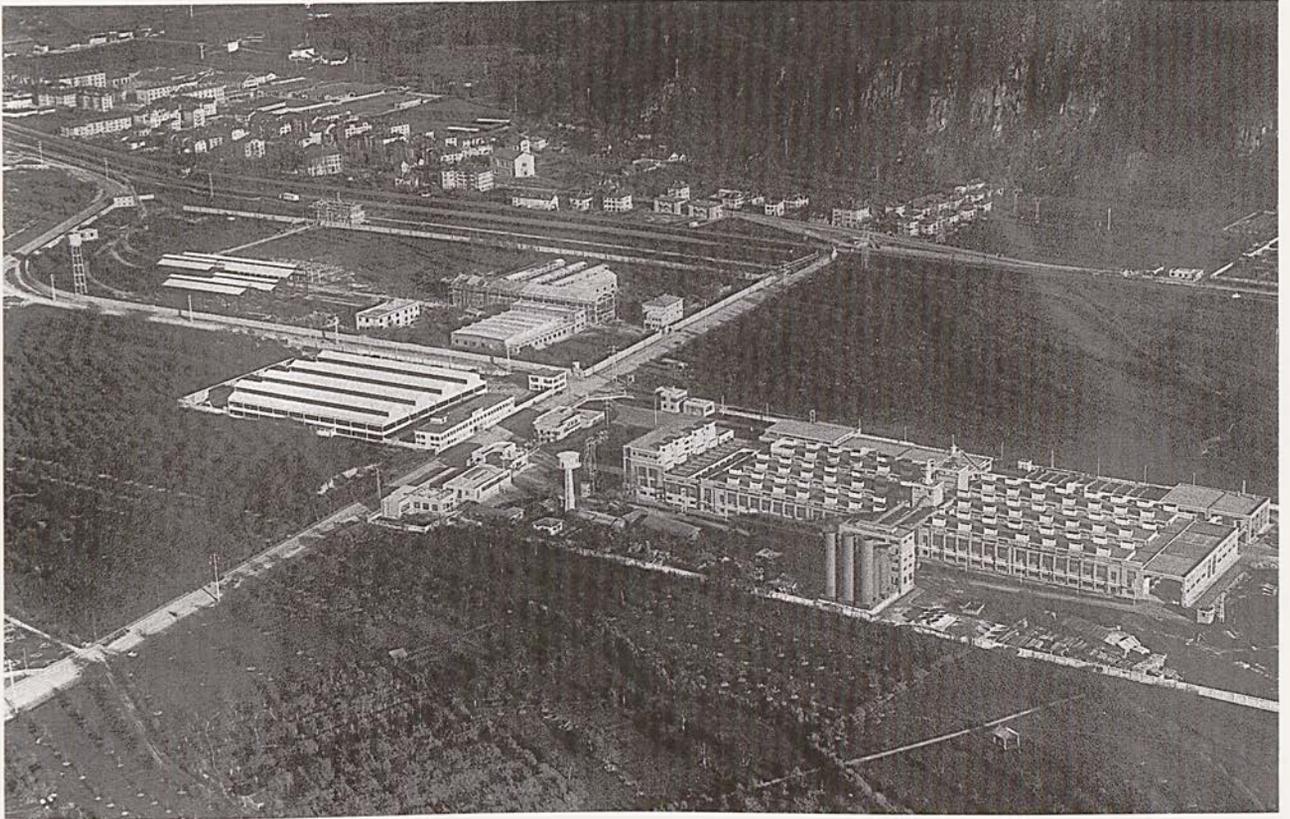
Unternehmen	Tätigkeit	Beschäftigte	Herkunft
Acciaerie di Bolzano	Spezialstähle	750	Falck
Guido Pippa	Gießerei	20	lokal
Lancia	LKW u. ä.	2000	Lancia & Co.
Ditta Favaretti	Mech. Werkstätte	?	lokal
INA	Aluminium	1830	Montecatini
Italiana Magnesio	Magnesium, Legierungen	750	Montesi
CEDA	Synthetische Treibstoffe	100	Vitali
Dall'Aglio & Palvarini	Waschmittel	?	überregional
Fabb. Riun. Ossigeno	Sauerstoff u.ä.	?	?
SA. Gest. Min. Atesine	Antimon	?	?
Carburat	Ätherproduktion	?	?
Distillerie Federali	Schnapsbrennerei	?	Amt Agr. Prod
»La Frutticola«	Obstverarbeitung	?	
SIDA	Möbelherstellung	300	regional
Feltrinelli Masonite	Spanplatten	150	Feltrinelli
SAFFA	Flüssiggas	100	Italgas
Viberti	Karosserieaufbauten	100	Lancia & Co.
Flli Amati	Sägewerk	30	überregional
Flli Reni	Holzverarbeitung	?	überregional
Soc. Gen. Farine di Legno	Sägemehl	?	CEDA
Ditta Pompermaier	Tischlerei	?	lokal
Flli Frisanco	Karosserieaufbauten	?	lokal
Ognibene & Gazzotti	Zemente	?	lokal
Ditta Pontalti	Zimmerei	?	lokal
Luigi Piombo	Baubüro	?	lokal
Cazificio Gardin	Strümpfe	150	regional
Calzaturificio Martini	Schuhwaren	140	Flli Rossi
Flli Collodo	Transporte	20	regional

Tabelle nach Petri, 1989 — Auch einige Südtiroler Firmen bewarben sich um einen Standort in der Industriezone. So etwa die Firmen Plorer und Kikinger & Söhne aus Meran, die Firma Schmidt aus Kardaun, die Firmen Ertl, Gebr. Oberrauch und Perwanger aus Bozen. Ihre Bewerbungen wurden aber ausnahmslos zurückgewiesen.

Mit Zoll- und Steuerbefreiungen und Begünstigungen für die Bahnfracht wurden Anreize für Betriebsansiedlungen geschaffen. Ähnliche Begünstigungen bestanden auch für die anderen Industriezonen. In Bozen siedelten sich vor allem Zweigbetriebe großer piemontesischer und lombardischer Unternehmen an, Betriebe mit hohem Energiebedarf im Produktionsprozeß. Elektrische Energie gab es vor Ort und die Kohle kam nun nicht mehr per Schiff aus England, sondern mit der Bahn aus dem Deutschen Reich. Bis Ende 1942 hatten sich 28 Betriebe in der Industriezone niedergelassen. Davon standen 20 Anlagen mit einer Belegschaft von rund 6500 Arbeitern in Betrieb.

Rechts oben: Die Industriezone zu Beginn der vierziger Jahre

Rechts unten: Neu errichtete Volkswohnbauten in Bozen



»Italiener aller Art«

Wer waren die Zuwanderer der dreißiger Jahre, woher und warum kamen sie? Und wie lebten sie in diesem Land, das einschneidende historische Veränderungen erfuhr, für die sie Ursache und Werkzeug zugleich waren?

Während in den zwanziger Jahren die Mehrheit der Italiener — mit Ausnahme jener, die den Aufenthalt im Lande als Verbannung erlebten — aus mehr oder minder regime-treuen Funktionären und Beamten der öffentlichen Verwaltung bestand, begann mit der Entnationalisierungspolitik durch massive Überfremdung, die Ende der zwanziger Jahre einsetzte und in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre ihren Höhepunkt erreichte, die massenhafte Zuwanderung neuer sozialer Gruppen, von Fachkräften und ungelerten Arbeitern. Viele Techniker der Montecatini-Werke stammten aus der Lombardei, weil der Hauptsitz des Unternehmens in Mailand lag; die Betriebsleitung der Feltrinelli Masonite holte viele ihrer Angestellten aus Ortschaften des in der Provinz Brescia liegenden Gardaseeraumes; der Großteil der ungelerten Arbeiter kam jedoch aus der armen und überfüllten ländlichen Umgebung von Padua und besonders Venedig. Viele von ihnen hatten bereits andere Auswanderungen hinter sich und kannten Armut und Not. Bozen besaß wegen des Arbeitsangebots und der Aussicht auf eine sichere und anständige Unterkunft für sie eine große Anziehungskraft. Einige hatten auf Arbeitsstellen in anderen Gegenden verzichten müssen, weil sie nicht Faschisten oder weil sie gar Antifaschisten waren oder weil sie aus politischen Gründen entlassen worden waren.

In Bozen, Sinich oder Kardaun verlangte der Faschismus weder für Arbeit noch für Unterkunft ein Parteibuch; wichtiger war eine große Familie. Hier war es möglich, ein neues Leben mit nie gekannter wirtschaftlicher Absicherung zu beginnen in einfachen, allerdings teuren Wohnungen (eine Kleinwohnung in den Semirurali-Häusern kostete zwischen einem und zwei Dritteln des Arbeitslohns). Der Bildungsgrad war äußerst niedrig, Zeitungen wurden praktisch nicht gelesen; die Mehrheit lebte in Bozen und führte zwischen der Arbeit im Werk und der Wohnung im neu-

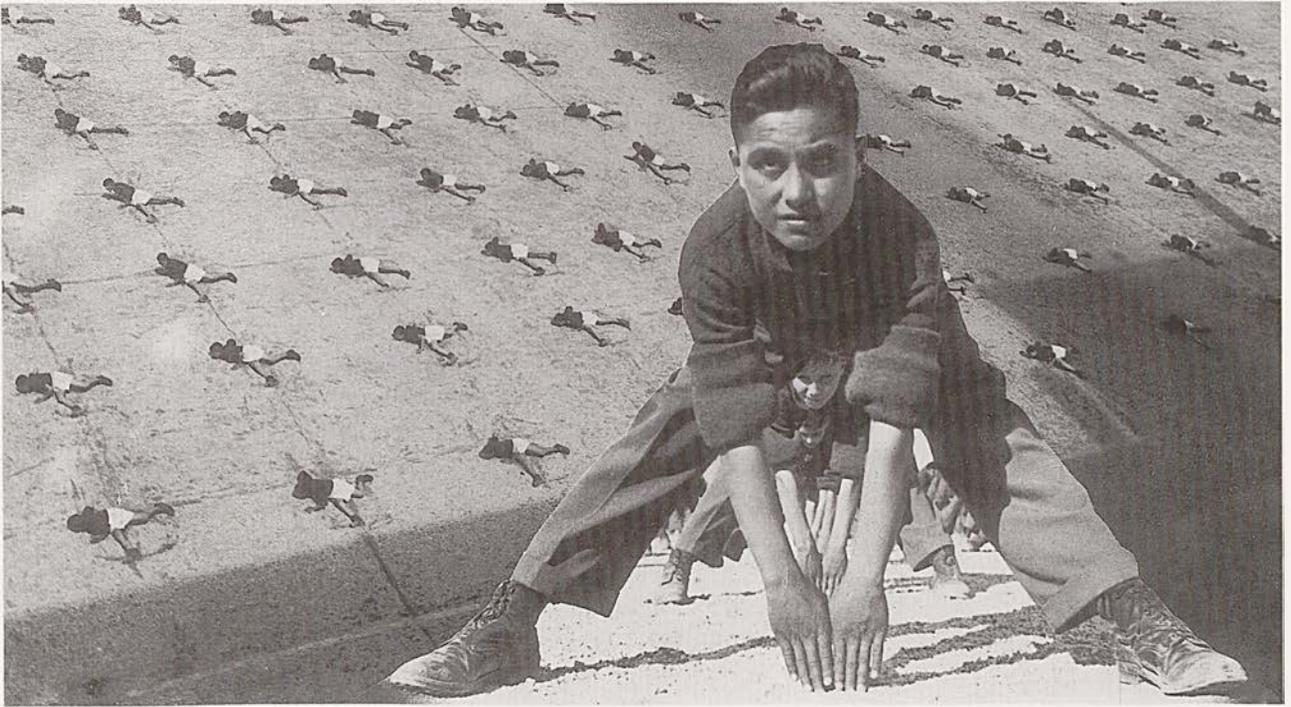
»Weil wenn ich ehrlich bin, wir haben uns mit den Italienern genauso verstanden, wir haben nie gestritten, freilich bei den Kindern ist schon ein bißchen gestritten worden und dann bist wieder gut gewesen, aber die Erwachsenen, daß die gegen uns waren oder daß die uns einen Namen gegeben haben, das hat es nie gegeben, weil als Kind horchst, wenn du etwas hörst. Aber ich habe meine Mutter oder meinen Vater nie streiten gehört mit den Italienern.«

(Interview Hilde Bergant, TLI)

Rechts oben: In der Semirurali-Zone

Rechts unten: Italienische Maurer beim Bau des Stahlwerks in der Industriezone, 1935





Der Faschismus konzentrierte sich auf Jugendarbeit; sie sollte die neue Elite bilden.

erbauten Stadtviertel ein Leben in Isolation, das auch psychologisch vom Stadtzentrum getrennt war. — Die Frauen arbeiteten im Haus und im Garten, dessen Erzeugnisse für das Überleben der Familie unentbehrlich waren; die Kinder gingen zur Schule, die Mädchen besuchten die Handelsvorbereitungsschule oder die Handelsoberschule, die Buben die Kunst- und Gewerbeschule. Diese wurde 1939 zur Gewerbeoberschule und trug damit der veränderten wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung, die nicht mehr wie bisher nach Handwerkern und Steinmetzen, sondern nach technischen Führungskräften für die rasch aufstrebende Industrie verlangte.

Der Faschismus übte keinen besonderen ideologischen Druck auf die Arbeiter aus; er kümmerte sich jedoch umso mehr um deren Kinder, die innerhalb der Jugendgruppen des Regimes eine auf den Faschismus ausgerichtete Sozialisierung erfuhren. Leibes- und Geschicklichkeitsübungen sowie sportliche Spiele fanden in Gebäuden und Innenhöfen statt, auf deren Wänden die faschistischen Leitsprüche prangten: »Molti nemici, molto onore«, »Credere, obbedire, combattere«, (»Viel Feind, viel Ehr«; »Glauben, Gehorchen, Kämpfen«) und natürlich: »Le frontiere sono sacre, non si discutono, si difendono« (»Die Staatsgrenzen sind heilig, sie werden nicht in Frage gestellt, sondern ver-

teidigt«). Zwischen Fahnenhissen in Uniform und gemeinsam gesungenen Hymnen verbrachte der Nachwuchs aller Schichten eine Kindheit und Jugend, die regimetreue Erwachsene hervorbringen sollten. Neben der Unterdrückung wurde die Gleichschaltung als Mittel zur Verbreitung der »italianità« eingesetzt. In den gemischtsprachigen Gebieten des Unterlands, zwischen Branzoll und Salurn, wurden Jugendliche alljährlich mit kostenlosen Gruppenfahrten nach Rom prämiert, wobei die zum Anlaß verteilten nagelneuen Uniformen den Neid der Ausgeschlossenen erregten.

Im italienischen Bozen verlief das Leben ruhig; über die Freizeitorganisationen hielt das Regime Bräuche und Festtage aus den jeweiligen Herkunftsgebieten lebendig, so wurde z.B. das Dreikönigsfest zum Fest der »Befana fascista« umfunktioniert. In dieser neuen Stadt mit ihren Kinos, ihren Straßen, die zwar noch nicht von Häusern gesäumt, aber bereits beleuchtet waren, fühlten sich die Bewohner »auf der Höhe der Zeit«, kamen doch König, Duce und Kronprinz oft zu Besuch.

Zwischen den Italienern gab es viele Unterschiede — man sagte: »Wir sind Italiener aller Art«. Der Mangel eines über die unmittelbare Nachbarschaft hinausreichenden Sozialnetzes stärkte zwar die Kontakte im Inneren hinderte aber die italienische Bevölkerung daran, von der Realität der neuen Umwelt Kenntnis zu nehmen. Diese Situation machte sie schwach und in hohem Maße abhängig vom Regime, mit dem ihr Wohlstand sowie ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft verbunden waren. Die Italiener in den neuerrichteten Wohnvierteln wußten kaum von der Existenz einer Bevölkerung mit anderer Sprache und anderen Traditionen. Die überwiegende Mehrheit von ihnen hatte mit den Südtirolern kaum Kontakt und keinerlei Gemeinsamkeit.



Anleitung zum Gartenbau — Bei den niedrigen Löhnen und den hohen Mieten waren für die Bewohner der Semirurali-Häuser die Produkte aus dem eigenen Garten unentbehrlich.

## Als italienische Lehrerin in Bozen

Frau B. wurde 1901 in Trient in einer Familie von Irredentisten geboren und besuchte die Lehrerbildungsanstalt bis 1915, als die Familie für einige Jahre nach Rinn, nahe bei Innsbruck strafversetzt wurde. Am Ende des Ersten Weltkrieges kehrte sie nach Italien zurück und war 1924 in Südtirol.

»In Tramin gab es eine deutsche, von Schwestern geleitete Schule, die innerhalb kurzer Zeit in eine italienische Schule umgewandelt wurde. Man hat uns hingeschickt, wir waren mehrere Lehrer. Ich bekam eine Klasse von 77 Mädchen. Als ich in die Klasse trat, begann ich zu sprechen; ich sprach italienisch, auch wenn ich deutsch konnte. Die Mädchen sagten 'ich verstehe nicht', aber ich durfte nur in italienischer Sprache fortfahren. Sie aber merkten, daß ich sie verstand und von da an war alles anders. Mit den Eltern sprach ich deutsch, sie verstanden kein Italienisch. Andere meiner Kollegen gaben ihr Bestes; nach einiger Zeit konnten die Schüler zwischen Eltern und Lehrern übersetzen.«

Bald darauf wurde Frau B. zum Schulamtsleiter gerufen, der ihr eine Stelle in einem Kindergarten der Opera Nazionale Assistenza Italia Redenta antrug. Nach einer zweimonatigen Ausbildung mit den Geschwistern Agazzi, damals berühmte Pädagogen, die ein Ausbildungszentrum in der Nähe des heutigen Meldeamtes leiteten, wurde sie dem Kindergarten in der Spitalgasse zugeteilt.

»Die Kindergartentante war ein älteres, sehr gebildetes und faszinierendes Fräulein, spielte ausgezeichnet Klavier, war liberal eingestellt und nicht religiös. In ihren Händen lag die Erziehung der Bozner Jugend. Sie hieß Rosa Rudolph und alle nannten sie 'Tante Rosa'. Die Geschwister Agazzi begleiteten mich hin und stellten mich als Hilfskraft für Italienisch vor. In Wirklichkeit sollte ich ausspionieren, ob die Kinder nur Italienisch sprächen. Es war zu Beginn des Jahres 1925. Um 11.30 Uhr war der Kindergarten aus und die Mütter kamen die Kinder abholen. Tante Rosa empfing sie, umgeben von ihren deutschen Schülerinnen, welche sie auf die Prüfung in Innsbruck vorbereitete. Mit kreiðbleichem Gesicht verkündete sie, daß nun eine italienische Lehrerin in den Kindergarten eingetreten wäre, und daß deshalb von nun an alles anders werden würde. Von 60 Kindern blieben nur 23 Kinder von Arbeitern und Handwerkern übrig. Freiberufler und Kaufleute entfernten die Kinder sofort

vom Kindergarten. Erst später merkten sie, daß es für die Kinder ein Nachteil war, ohne Vorbereitung in die erste Volksschulklasse zu kommen.«

1931 heiratete Frau B. und kehrte in die Volksschule zurück. Für einige Jahre unterrichtete sie in der »Regina Elena«, wo viele Schüler deutscher Sprache waren, dann kam sie in die »Rosa Maltoni« — die Schule war der Mutter von Mussolini gewidmet —, die heute »Manlio Longon« heißt.

»Ich wurde nie gezwungen, das faschistische Parteibuch anzunehmen; wahrscheinlich weil meine Herkunft aus einer irredentistischen Familie diesbezüglich garantierte. 1934 wurden die 'Trecentisti', dreihundert Lehrer aus allen Regionen Italiens, außer dem Trentino, auf einen Schlag hierhergeschickt, um das Land im Zeichen des Faschismus zu italienisieren. Ich war ja verheiratet und, wie schon gesagt, in Sicherheit, aber sehr viele meiner Kolleginnen wurden von einem Tag zum anderen versetzt und von den 'Trecentisti' abgelöst. Nachdem also fast alle deutschsprachigen Lehrer entfernt worden waren, wurden auch die Trentiner Lehrer, oder mindestens ein Teil von ihnen, ersetzt.«

Viele Schüler der »Rosa Maltoni« kamen aus den neuen Vierteln, wo keine Schule existierte. »Was die Option betrifft, so wußte man vom Drama vieler Familien, welche geteilt waren, weil die Söhne auswandern und die Eltern dableiben wollten, oder aber, was meine persönliche Erfahrung betrifft, geschah auch das Gegenteil; es war für sie sicher schmerzhaft. Die Jungen hatten die Geschichte unseres Risorgimento gelernt und waren stolz, die Uniform der Balilla tragen zu dürfen. Obwohl allen bekannt war, daß sie nachmittags oder abends die Geheimschulen besuchten, glaube ich, daß sie doch hierbleiben wollten. Plötzlich verschwanden sie aus den Klassen.«

Während des Krieges wurde die Schule eine Kaserne und die Lehrer begaben sich zum Unterricht in die »Semirurali«. »Dieses Viertel schien einer anderen Stadt anzugehören; man hatte es den Herkunftsorten der Einwanderer angepaßt, es war völlig verschieden von unserem Milieu. In den Gärten pflanzten sie Erdnüsse, die man in unserer Gegend nie gesehen hatte. Sie arbeiteten den ganzen Tag über und kümmerten sich nicht um die Kinder. Vom Weltgeschehen hatten sie keine Ahnung, sie lasen keine Zeitungen und in ihren Häusern war kein Buch zu sehen.«

*Alessandra Zendron*

Als Maria A. B. 1936 nach Burgstall kam, war sie fast 12 Jahre alt und die älteste von sieben Geschwistern. Sie hatten mit der Mutter in einer Fraktion von Este in der Provinz Padua gewohnt.

Marias Vater, Angelo A., hatte bis 1933 in den Zuckerraffinerien von Este gearbeitet und war entlassen worden, weil er sich geweigert hatte, das faschistische Parteibuch anzunehmen. »Mein Vater hatte immer ohne Parteibücher gelebt, warum sollte ich das anders machen? Außerdem war diesen Leuten nicht zu trauen.« Ohne Parteibuch und mit einer Kündigung aus politischen Gründen hatte er in keinem anderen italienischen Ort Arbeit finden können. Ohne Reisepaß, dessen Ausstellung ebenfalls vom Besitz des Parteibuches abhing, war auch an ein Auswandern nicht zu denken. Da hatte er von Südtirol gehört; dort würden keine Fragen gestellt, es gäbe viel Arbeit und einen großen Bedarf an Arbeitskräften; da sei er aufs Fahrrad gestiegen und losgefahren. In Meran fand er Unterkunft und Arbeit beim Bau der Gampenjochstraße, ab 1934 dann bei der Montedison bei Sinich, die Kunstdünger herstellte. »Man verdiente wenig, aber mit den Familienzulagen langte es hin«, sagt er heute.

»Nach seiner Abreise«, erzählt Marias Mutter, »hatten wir große Schwierigkeiten. Die Gemeindeämter gaben uns nicht, was einer zahlreichen Familie zugestanden hätte. Auf Anraten der Lehrerin schrieb ich dann dem Duce, um ihm mitzuteilen, daß ich acht Kinder hätte. Ich schrieb wortwörtlich 'Lieber Duce' u.s.w. Nach einigen Wochen bekam ich einen Postscheck, ich erinnere mich nicht mehr an die Summe; ich weiß nur, daß ich damit fast für das ganze Jahr Polentamehl kaufen konnte. Aber das Schönste passierte mir dann auf der Gemeinde, wo ich das Geld abholen mußte. Als ich ankam, waren alle verärgert, besonders der Podestà, weil ich mir erlaubt hatte, dem Duce zu schreiben. Da wurde auch ich zornig und schrie, daß sie nicht nur unmenschlich, sondern auch schlechte Faschisten waren, da sie nicht nur meinen Mann entlassen und ihn gezwungen hatten, 'da hinauf' zu ziehen, um Arbeit zu suchen, weil er das Parteibuch nicht nehmen wollte, sondern auch, weil sie nun Schwierigkeiten machten, das zu geben, was Mussolini den Kindern zugestanden hatte. Ich klagte sie vor der wartenden Menge an, das Polentamehl, das schon

vor einer Woche im Ort angekommen war, versteckt zu haben. Sie schwiegen.«

Maria folgte bald darauf ihrem Vater. Sie arbeitete zwei Jahre lang im Haushalt des Bahnhofsvorstehers von Lana. Als sie vierzehn wurde, bekam sie das Arbeitsbuch und fand in der Marmeladefabrik von Meran, die zuerst »Hoffmann« und bald darauf »Meranese« hieß, Arbeit. »Ich verdiente gut, auch bis zu dreihundert Lire im Monat, mehr als mein Vater. Aber die Arbeitszeit dauerte von sechs Uhr früh bis zehn Uhr abends. Es war eine harte Arbeit, nicht nur wegen des Stundenplans: man sortierte das Obst in Handarbeit, dann mußte man es entkernen. Nach sechs oder sieben Monaten wechselte ich zur Waage über, wo die Marmelade gewogen wurde.«

1938 zog auch der Rest der Familie zu Vater und Tochter. »Sobald die 'Semirurali' von Meran gebaut waren,« erzählt Marias Mutter, »setzte man uns, mich, meine acht Kinder und meine gelähmte Mutter, in den Zug nach Bozen. Dort erwartete uns mein Mann und wir fuhren mit dem Zug bis Burgstall. Hier bekamen wir von einer befreundeten Familie etwas zu essen und setzten dann die Reise auf einem Pferdefuhrwerk fort, bis wir zu Hause angekommen waren.« Die Wohnung bestand aus drei Zimmern und kostete 120 Lire im Monat; der Vater verdiente 250 Lire. Um die Wohnung zu bekommen, hatte er keine Schwierigkeiten gehabt: seltensamerweise hatten die Behörden, ganz anders als im Veneto, sein politisches Verhalten als unanfechtbar beurteilt und sich an die bestehenden Verordnungen für Großfamilien gehalten, um ihm zu helfen. »Wir hungerten nie, auch nicht in Kriegszeiten. Sobald sie zwölf Jahre alt wurden, gingen die Buben arbeiten und auch die Kaufleute halfen uns immer, auch wenn die Lebensmittelkarte nicht mehr stimmte. Wenn mein Mann abends seinen von Salzen durchtränkten Arbeitsanzug ausgezogen hatte, ging er nach 18.00 Uhr noch in ein Gemüsegeschäft arbeiten.«

1939 optierten viele Arbeitskolleginnen von Maria für Deutschland. »Sie sagten, sie gingen, weil sie betrogen worden waren. Ich ging zum Bahnhof um sie zu verabschieden. Die Züge waren voll besetzt. Eine meiner Freundinnen heiratete schnell einen Italiener, um nicht gehen zu müssen. Aber wir mußten



ihre Schwester begleiten, die fahren mußte, weil ihr Vater auch für sie optiert hatte; sie weinte. Sie kehrte später aus Linz zurück und hatte ihren Mann mit, der aus dieser Stadt stammte.«

1941 wechselte Maria ihre Arbeit. Sie bekam eine Stelle in der chemischen Reinigung und Färberei »Richter« in der sie bis zur Pensionierung 1979 arbeitete. »Nach '43 war es schlimm. In der Fabrik konnte man die eigene Meinung nicht mehr äußern; die Kommentare und Diskussionen, die immer gemacht worden waren, wurden von unseren Kolleginnen, die optiert hatten, unterbrochen; sie drohten auch mit der Gestapo.« Die Besitzer und alle Angestellten der »Richter« hatten für Deutschland optiert. Die bereits ausgereisten Arbeiter waren teilweise durch Gefangene, darunter auch jugoslawische und russische Mädchen, ersetzt worden. Die Fabrik war von der Gestapo, für die sie Uniformen und Zivilkleidung putzte, streng bewacht. Auch das Familienleben war hart. Ein Bruder von Maria, geboren 1926, wurde von den deutschen Behörden zum Militärdienst gezwungen und mußte in der Normandie kämpfen.

#### In der Semirurali-Zone

»Wie durch ein Wunder konnte ein zweiter Bruder dem Militärdienst entgehen. Er war 16 Jahre alt und hatte den Einberufungsbefehl bekommen. Ich begleitete ihn zum Bahnhof von Meran, wo Dutzende Buben in seinem Alter schon in die Viehwaggons kletterten. Plötzlich fragte mich ein Offizier der Gestapo, der Aussprache nach sicher ein Südtiroler, was ich dort suchte; daß ich meinen Bruder begleitete. Da nahm er ihn an einem Arm und sagte: 'Von nun an ist deine Arbeit hier.' Ich dankte freudig überrascht und kehrte nach Hause zurück. Mein Bruder arbeitete bis zum Kriegsende bei der Eisenbahn, in der Unterstation von Meran. Es gab gute und schlechte Menschen. Ich fürchtete mich, wie alle meine Kolleginnen, vor der SS. Sie hielten die Mädchen auf der Straße an und verlangten den Ausweis. Bei der geringsten Unregelmäßigkeit wurden sie auf Lastwagen geladen und nach Deutschland zum Arbeiten gebracht. Auch eine meiner Freundinnen wurde so gefaßt.«

*Alessandra Zendron*



### »La conquista del suolo«

Die nationalistischen Kreise um Ettore Tolomei pochten seit der Annexion auf die Eroberung des Bodens, die »conquista del suolo«, ohne die jede Italianisierung zum Scheitern verurteilt sei. Im November 1926 erhielt die Opera Nazionale Combattenti (ONC), der italienische Frontkämpferverband, die Organisation und Durchführung der Meliorierungsarbeiten der Etschsümpfe zwischen Meran und Lavis übertragen. Diese Arbeiten umfaßten auch ein Kolonisierungsprogramm, in dessen Rahmen mehrere Siedlungen italienischer Bauern geplant waren. Aufgrund von Protesten in der deutschen und angelsächsischen Presse und Bedenken in Rom selbst, wurde das Programm aber schon 1929 wieder gestoppt. Bis dahin war es nur zur Gründung des »Borgo della Vittoria« in unmittelbarer Nähe der Montecatini-Düngemittelfabrik in Sinich gekommen. Im Gebiet von Sinich und Freiberg waren dafür ca. 180 ha von der ONC enteignet worden, wobei es sich zum Großteil um reichsdeutschen und österreichischen Besitz handelte. Insgesamt wurden im »Borgo della Vittoria« 40 Häuser errichtet und an landlose und landarme Kriegsheimkehrer aus dem Veneto in Halbpacht vergeben. In den allermeisten Fällen war die Aussicht auf ein eigenes Haus ausschlaggebend gewesen, das Angebot der ONC anzunehmen und nach Sinich zu ziehen.

Die Halbpächter unterlagen einer strengen Kontrolle. Die Opera bestimmte, was angebaut werden mußte, und legte

Von den Enteignungen in Sinich waren auch einige Südtiroler Bauern betroffen. Einer von ihnen war Willi Winterholer, Besitzer des Moserhofs. Im August 1926 erschienen fünf Abgesandte der ONC am Hof und erklärten, die Opera beabsichtige hier ein Dorf zu bauen. Als Winterholer sich weigerte den gebotenen Entschädigungsbetrag von 287.000 Lire, rund ein Drittel des von Sachverständigen der Gemeinde Meran ermittelten Wertes, anzunehmen, wurde er mehreren Verhören unterzogen und aus nichtigen Gründen für elf Tage inhaftiert. Im Juni 1928 mußte Winterholer schließlich zusammen mit seiner Frau, den Kindern und den Dienboten den Hof verlassen. Von der ONC erhielt er vorerst nur die Hälfte der Entschädigungssumme, 143.000 Lire ausbezahlt. Erst nachdem er im Juni 1930 eine persönliche Audienz bei Mussolini erreicht hatte, wurden ihm weitere 158.000 Lire überwiesen. Der Rest war verloren.

den Arbeitsplan fest. Da die Pächter zumeist nicht einmal die Mittel für den Kauf des Saatgutes aufbrachten, waren sie durchgehend bei der ONC verschuldet, was ihre Abhängigkeit noch verstärkte. Aufgrund der geringen Hofgröße und der kargen Böden gab es kaum Möglichkeiten, den Schuldenberg abzutragen. Längerfristig wurde die nahegelegene Fabrik zur Haupterwerbsquelle der »Bauern«.

Die Wirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre und die damit einhergehende Verschuldung der Bauern bot die willkommene Gelegenheit für eine Neuauflage der »conquista del suolo«; sie sollte diesmal in großem Stil erfolgen. 1932 entwarf das Regime ein Programm zum Erwerb versteigert Höfe in Südtirol und in Friaul, deren Ankauf und Weitervermittlung dem halbstaatlichen Bodenkreditinstitut Ente di Rinascita Agraria per le Tre Venezie (ERA) übertragen wurde. Mit Dekret vom 7. Jänner 1937 wurden die Kompetenzen des ERA grundlegend erweitert. Es konnte nun die Übereignung von Liegenschaften, wem immer sie gehören, verlangen, sofern diese für die Ziele des ERA zu verwerten waren.

Trotzdem war die »conquista del suolo« letztendlich aber ein Mißerfolg, da bis 1939 von den insgesamt versteigerten 1.000 Höfen nicht mehr als 350 in ERA-Besitz übergingen. Das Scheitern ist auf mehrere Gründe zurückzuführen. Zum einen konnte mit Hilfe der vom bedeutendsten reichsdeutschen Schutzverein für »auslandsdeutsche« Minderheiten, dem Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA), zur Verfügung gestellten Mittel für den »Bodenschutz« viele sonst unumgängliche Versteigerungen verhindert werden. Allein in den Jahren 1935-1937 wurde dafür die Summe von 2 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt. Zum anderen waren die »Importbauern«, häufig arme Halbpächter und Kleinbauern aus dem Veneto, in einer fremd-feindseligen Umgebung, unter völlig anderen klimatischen Bedingungen, als Eindringlinge ohne Rat und Hilfe gelassen. Trotz anfänglicher staatlicher Unterstützung führten sie somit ein wenig beneidenswertes Leben. Die Folge: sie scheiterten oder paßten sich — nicht nur wirtschaftlich — der Umgebung an.

»Ja, wie gesagt, sie haben damit angefangen diese Fabrik zu bauen 1923 oder 1924 und dann wird einer vom Nachbardorf gesagt haben: 'Ich arbeite da oben'. Ich erinnere mich, wissen Sie, das deutsche Marano, 'ich arbeite in Marano tedesco', weil da unten gibt es noch ein Dorf, das auch Marano heißt, aber um den Unterschied verständlich zu machen, nannten sie es Marano tedesco, Marano wo man fünf Mal am Tag ißt. 'Weißt du, daß die da oben fünf Mal am Tag essen?' Und wir: 'Aber wie können die fünf Mal essen?'«

(Interview Herr M., dessen Vater in den zwanziger Jahren aus Oberitalien zum Bau der Montecatini-Fabrik nach Meran gezogen ist; Kessler 1984)

PROVINCIA di Trapani COMUNE di Lauriana

N. d'ordine 2

AMMINISTRAZIONE DELLA PUBBLICA SICUREZZA

Carta di permanenza per i Confinati di Polizia

Il latore della presente carta di permanenza 43re  
Isidoro figlio di Francesco nato a Lauriana  
no d'anni 19 avente i connotati a tergo indicati è assegnato al confino di polizia nel Comune di Lauriana  
Sanio (o nell' isola di Sanio) con ordinanza in data 26-11-1934 della Commissione prov. di Palermo e ha l'ordine di non allontanarsi dalla residenza fissatagli.

È inoltre soggetto alle prescrizioni entro indicate.  
(Si desumino dall'art. 190 della legge di p. s., aggiungendovi quelle altre, che gli saranno state specialmente imposte).

Lauriana li 11/11/34 1934 E. F.  
L'UFFICIALE DI P. S. (o il Direttore della Colonia)  
12.10.1934

Ord. 152 - 6-5-30-VIII. - Stab. Vallecchi Firenze - Copie 10.000.

## PRESCRIZIONI

- 1) Non allontanarsi dalle abitazioni assegnatigli senza preventivo avviso all'autorità Municipale ed al locale Comando di Stazione dei C.C. P.P.
- 2) Non uscire la sera più tardi del tramonto del sole, né uscire la mattina prima del sorgere di esso.
- 3) Non tenere né portare armi proprie od altri strumenti atti ad offendere.
- 4) Non frequentare stalle ed esercizi pubblici.
- 5) Non frequentare pubbliche riunioni, spettacoli o trattamenti pubblici.
- 6) Tenere buona condotta e non dar luogo a sospetti.
- 7) Presentarsi all'autorità di Pubblica Sicurezza proposta alla sua residenza.

Jeder Konfinierte bekam einen Ausweis mit Daten zur Person und einen Katalog von Verhaltensvorschriften.

Urteile des Tribunale Speciale:  
— Im Oktober 1927 werden im Vinschgau kommunistische Flugblätter in deutscher Sprache gefunden. Der Bauer Sebastian Habicher wird verhaftet und zu vier Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.  
— Im Juli 1935 hält der Bauer Johann Ungerank aus Mareit vor zwei Soldaten antifaschistische Reden und fordert sie auf zu desertieren. Er wird zu drei Jahren Haft verurteilt.  
— Drei italienische Artilleristen fordern in einer Bozner Gastwirtschaft einige Gäste auf, italienisch zu sprechen; sie werden zurechtgewiesen und gezwungen, wegen Verunglimpfung der Streitkräfte militärische Übungen durchzuführen. Die drei Bozner Karl Kofler, Franz Hafner und Franz Lintner werden am 16. 9. 1936 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.  
— Im Juni 1935 tun Franz Klotzner aus Bruneck und Johann Verdorfer

## Verfolgungen

Neben den bereits in der ersten Herrschaftsphase des Faschismus in Südtirol erfolgten Nachstellungen gegen Notschullehrer setzte ab 1934 eine harte Verfolgungswelle aufgrund ganz unterschiedlicher Tatbestände ein, meistens mit der Begründung der antifaschistischen oder antinationalen Betätigung. Die Palette möglicher Sanktionen war breit; Verurteilungen und Verbannungen, oft über mehrere Jahre, wegen z. T. völlig lächerlicher Vergehen stellten keine Seltenheit dar.

In diesem scharfen Vorgehen der faschistischen Exekutive wird der konkrete politische Hintergrund für die veränderte Italianisierungsstrategie der dreißiger Jahre unmittelbar deutlich. Durch die Machtübernahme Hitlers Ende Jänner

aus Meran ihre Absicht kund zu desertieren, falls sie Truppenteilen zugewiesen würden, die nach Abessinien verlegt werden sollen. Sie werden zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Beispiele »lächerlicher« Vergehen:

— Im Jänner 1935 werden zwei junge Sarner für zwei Jahre konfiniert, weil sie an einem Staatsfeiertag ihre Hüte, die ihnen während des Abspielens der faschistischen Hymne »Giovinezza« vom Kopf gerissen worden waren, wieder aufgesetzt hatten.

— Im März 1935 werden drei Männer zu ein bis drei Jahren Verbannung verurteilt, weil sie zu Weihnachten 1934 Kinder beschenkt hatten, die nicht der Balilla angehörten.

— Ebenfalls im März 1935 wird der Pfarrer von Sulden, Johann Wolf, zu drei Jahren Verbannung verurteilt, weil er vom Deutschen und Österreichischen Alpenverein Geld angenommen und es unter den Bedürftigen seiner Gemeinde verteilt hatte.

— Im Jänner 1937 deckt Elisa Steingger aus Bozen-Gries das Gemüse in ihrem Garten mit der Trikolore zu, um es vor Frost zu schützen. Sie wird unter Polizeiaufsicht gestellt.

— Im Mai 1937 beschädigen Hermann Braun und Johann Pupp in Vahrn bei Brixen den zu Ehren Mussolinis gepflanzten Baum. Sie werden zu drei bzw. fünf Jahren Verbannung verurteilt; der ebenfalls anwesende Andreas Mayr wird unter Polizeiaufsicht gestellt.

— Am 20. Juni 1937 werden im ganzen Land zahlreiche Sonnwendfeuer abgebrannt. 99 Beteiligte werden ausfindig gemacht und verwarnt.

— Im Jänner 1939 werden bei Johann Steiner, einem Hotelbediensteten aus St. Ulrich, eine NS-Uniform und »pangermanistisches Material« gefunden. Er wird daraufhin zu fünf Jahren Verbannung verurteilt.

(Quellen: Dal Pont 1962, Gruber 1974, ACS Rom)

1933 sah sich das faschistische Regime im »Hochtsch« einer Reihe von Sympathiekundgebungen an die Adresse des — nunmehr nationalsozialistischen — Deutschen Reiches gegenüber, die sich nach der Saarabstimmung 1935 noch wesentlich verstärkten. Dadurch war der Nationalsozialismus, den man bis dahin aus ideologischen wie taktischen Gründen in Südtirol z. T. sogar unterstützt hatte, den Machthabern zur irredentistischen Gefahr geworden, die man entsprechend vehement bekämpfte. Bereits Anfang 1934 wurden die ersten Verbannungen wegen nationalsozialistischer Propaganda verhängt, denen im Laufe der nächsten Jahre noch eine Reihe weiterer folgten.

Ihren Höhepunkt erreichte die Verfolgungswelle aber unmittelbar nach dem »Anschluß« Österreichs an das Dritte Reich vom 12. März 1938. Damals befand sich der Großteil der deutschsprachigen Südtiroler Bevölkerung in einem irredentistischen Freudentaumel, ausgelöst durch die falsche Hoffnung, nun bald selbst »heimgeholt« zu werden. Die Reaktion der faschistischen Behörden auf die Flut von aufgemalten Hakenkreuzen, abgebrannten Höhenfeuern und demonstrativ geleisteten »Heil Hitler«-Grüßen war hart. Verhaftungen und Konfinierungen nahmen weiter zu, tätliche Übergriffe und der Einsatz von Rizinusöl häuften sich.

Insgesamt mußten während der Herrschaft des italienischen Faschismus etwa 200 Südtiroler in die Verbannung, in der Regel nach Süditalien oder »auf die Inseln«. 28 Südtiroler hatten sich vor dem Tribunale speciale, dem wichtigsten und höchsten Repressionsinstrument des Regimes zu verantworten; 17 von ihnen wurden zu Haftstrafen verurteilt.

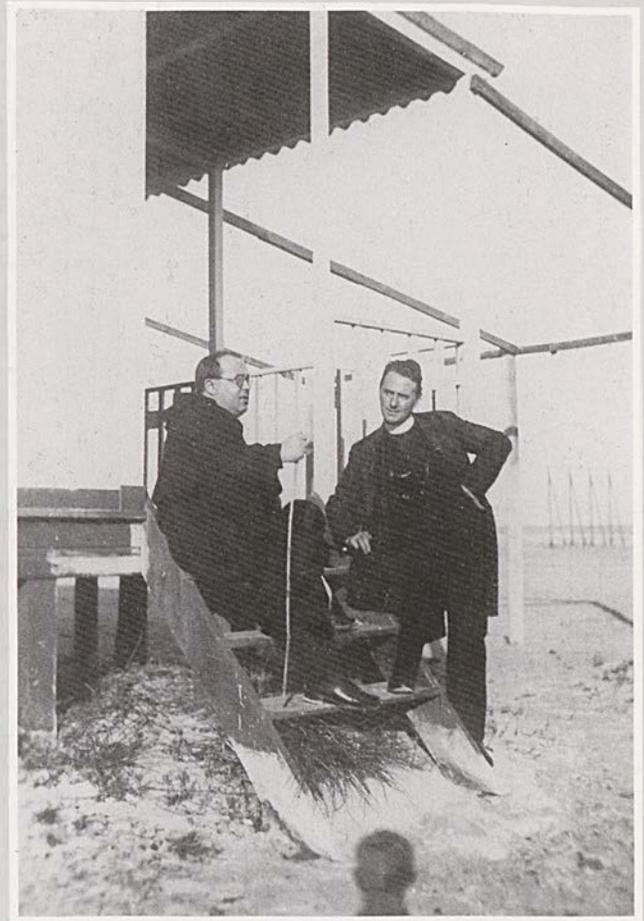
## In der Verbannung

Michael Summerer, am 21. November 1904 in Sexten geboren und am 29. Juni 1929 zum Priester geweiht, kam am 1. Juli 1932 als Kooperator nach Lüssen. Dort hatte er u. a. die Aufgabe, die Schulkinder im Rahmen der Pfarrschule in Religion zu unterrichten.

Anfang 1933 erstattete eine Lehrerin Anzeige gegen Summerer, weil er sie angeblich vor der Schulklasse beschimpft hatte; er wurde daraufhin für zwei Jahre unter Polizeiaufsicht gestellt. Im März 1934 wurde Michael Summerer beschuldigt, die Uniform der faschistischen Jugendorganisation Balilla gegenüber Schülern als Faschingsmaskerade bezeichnet zu haben. Die Verhöre der Kinder selbst ergaben nichts Nachteiliges für den Geistlichen, allerdings sagten zwei Schülereltern gegen ihn aus. Wie sich nachträglich herausstellte, hatte der Podestà von Lüssen, Josef Niedermayr, die beiden Ortsansässigen durch Erpressung und Bestechung zu falschen Aussagen bewegt.

Trotzdem wurde Michael Summerer am 28. April 1934 von der Konfinierungskommission in Bozen zu drei Jahren Verbannung verurteilt und nach einigen Wochen Einzelhaft am 22. Mai auf die Insel Lipari überführt. Dort wohnte er zunächst in einem Priesterseminar und dann in einer privaten Unterkunft. Mitte Dezember 1934 wurde Summerer ohne Angabe von Gründen von Lipari nach Decimomannu auf Sardinien versetzt, wo er für monatlich 300 Lire Kost und Quartier fand. Bezahlen konnte er diesen Pensionspreis mit der staatlichen Unterstützung von monatlich 200 Lire, die den Verbannten zustand, sowie mit finanziellen Zuwendungen des fürstbischöflichen Ordinariats in Brixen. Auf eigenen Wunsch sowie auf Intervention des Brixner Ordinariats und des Erzbischofs von Cagliari erfolgte am 6. April 1935 die Versetzung Summerers in die sardische Hauptstadt, wo er in der Seelsorge arbeiten konnte und dafür Quartier in einem Kloster erhielt.

Im September 1935 kam eine von Mussolini anlässlich seines Südtirol-Besuches erlassene Amnestie auch Summerer zugute, nachdem mehrere, u. a. auch von Bischof Geisler eingereichte Gnadengesuche unerledigt geblieben waren. Am 18. September erlangte der Kooperator die provisorische Frei-



Michael Summerer (rechts) in der Verbannung in Cagliari

heit, zwei Monate später wurde ihm der Rest seiner Strafe endgültig erlassen. Im Juni 1943 wurde Michael Summerer, nunmehr Kurat in Mühlbach bei Gais, wegen einer abfälligen Äußerung über das italienische Heer kurzzeitig inhaftiert; nach dem deutschen Einmarsch am 8. September 1943 hatte er, obwohl Optant für die deutsche Staatsbürgerschaft, wiederholt Schwierigkeiten mit den nationalsozialistischen Behörden bzw. deren Südtiroler Funktionären.

Michael Summerer starb am 29. November 1963 als Pfarrer von Uttenheim.

*Hubert Mock*

OPERA NAZIONALE DOPOLAVORO



DOPOLAVORO DI

VILLABASSA



## Übergänge II

Aufgrund der bisherigen faschistischen Politik waren der Minderheit in den Bereichen Kultur und Wirtschaft Freiräume offen geblieben, die sich ab 1934 zusehends verengten. Ab nun verstärkte sich der Druck des Regimes: die Grenzen zwischen Minderheit und Staat wurden dichter.

### Opera Nazionale Dopolavoro

Auf dem kulturellen Sektor fand die Politik der Funktionalisierung ihre Fortsetzung, besonders wenn sie für die »penetrazione italiana« von irgendeinem Interesse sein konnte. Dies galt etwa für die bildende Kunst, auch für den Sport sowie für die Reste des außerkirchlichen Vereinswesens. Hervorgehoben seien wiederum die Musikkapellen, von denen zu Beginn der dreißiger Jahre noch viele bestanden. Sie alle sollten sich nun in die Opera Nazionale Dopolavoro (OND) einreihen, jenes Freizeitwerk, das sämtliche kulturellen und sportlichen Aktivitäten der Bevölkerung kontrollieren, zusammenfassen und nach den Richtlinien des Regimes leiten sollte. Wiederum zeigte sich hier die Gleichzeitigkeit von Zugeständnis und Repression: Vereine, die nicht bereit waren den verschiedenen Weisungen, etwa der OND beizutreten, Folge zu leisten oder den örtlichen faschistischen Potentaten sonst unangenehm auffielen, wurden mit Auftrittsverbot belegt oder aufgelöst. Solchen Maßnahmen fielen in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre eine zunehmende Zahl von Musikkapellen zum Opfer. Im Unterschied zu den zwanziger Jahren aber sahen sich nun auch jene Kapellen, die sich als willfährig erwiesen und ihre Tätigkeit im Rahmen der OND ausübten, mit Restriktionen konfrontiert. So war etwa die Tracht zunehmend Anfeindungen ausgesetzt und mußte in zahlreichen Fällen mit neutralen Uniformen vertauscht werden.

Hingegen erwies sich der Einfallsreichtum der Musikkapellen gegenüber faschistischen Repressionen als beträchtlich. Als etwa Einschränkungen bezüglich des tirolisch-österreichischen Repertoires gemacht wurden, behalf man sich mit hausgemachten, z. T. recht launigen Titeländerungen: aus dem Marsch »Unter dem Doppeladler« wurde z. B. ein »Marcia Aquila« (Adler-Marsch), aus dem »Kaiserschützenmarsch« ein »Echo aus früheren Zeiten« und



Mitgliedsausweis der OND, 1938

»Ich habe beim Kolping-Turnverein (...) müssen alles im Verborgenen machen, weil der war normal verboten. Wenn einer wollte zum Turnverein gehen, mußte er sich beim sogenannten Dopolavoro, heißt das, einschreiben und war unter italienischer Leitung. Und wir haben in einem Keller unsere Turngeräte versteckt gehabt, aber es ist dann doch aufgefliegen, es hat einer verraten oder so, das weiß ich nicht.«  
(Interview Ernst Villi, TLI)

Links: Standarte der faschistischen Freizeitorganisation OND, Niederdorf



Aus dem »Doppeladler«-Marsch wurde eine »Marcia Aquila«. Überklebtes Notenblatt der Musikkapelle Innichen

aus »Wien bleibt Wien« ein unverfängliches »Wein bleibt Wein«. Das Repertoire blieb aber faktisch unverändert. Mit solchen »Tricks« konnte eine Reihe von Kapellen den italienischen Faschismus »überleben«.

### Wirtschaft

Ab 1932 machten sich auch in Südtirol die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bemerkbar. Nach dem Börsenkrach vom 24. Oktober 1929 suchten die Regierungen der Rezession zu begegnen, indem sie den Außenhandel möglichst einschränkten und eine weitgehende Autarkie anstrebten. Für die auf den Export angewiesene Wirtschaft Südtirols, hatte dies verheerende Folgen. Obst und Wein fanden keine Abnehmer mehr. Während in den Geschäften die Preise für die Grundnahrungsmittel annähernd gleich blieben, bekamen die Bauern für ihre Produkte immer weniger. 49 der 112 Obstgroßhandelsfirmen und eine Obstgenossenschaft gingen in Konkurs oder sperrten zu. In den Jahren 1932-1935 deckte der Weinertrag nur mehr die Hälfte der Produktionskosten. In der Weingegend Kaltern-Eppan standen nahezu zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe vor dem finanziellen Ruin. Der bereits nie-

drige Fleischpreis fiel zwischen 1929 und 1934 noch einmal um die Hälfte. Die Viehzucht wurde unrentabel: um überleben zu können, sahen sich die Bauern vielfach gezwungen ihr bestes Stück im Stall herzugeben. Ein Ende des Preisverfalls für Holzprodukte war nicht abzusehen. Im Pustertal, dem Zentrum der holzverarbeitenden Industrie, stand 1935 ein Drittel der Sägewerke still.

Am schwersten hatten die unteren Ränge der Gesellschaft unter der Krise zu leiden. Für den Kleinhäusler, der wenig Grund besaß und sich nebenbei als Tagelöhner bei einem anderen Bauern verdingte, bedeutete es das Ende, wenn er eines seiner Felder aus finanzieller Not verkaufen mußte. Aufgrund der Absatzkrise verschuldeten sich die Bauern immer mehr; zwischen 1931 und 1935 mußten 590 Höfe versteigert werden. Weil die Kreditrückzahlungen ausblieben und die Einlagen sich verminderten, gingen 22 Raiffeisenkassen zwischen 1934 und 1938 in Liquidation. Aber nicht nur der Agrarsektor war von der Krise betroffen. Insgesamt erreichten die Konkurse und die Zahl der Arbeitslosen in den Jahren 1933/34 einen Höchststand.

Ab 1935 besserte sich die Lage allmählich. Infolge des Abessinienkrieges konnten die Bauern 1936 wieder bessere Preise für ihre Produkte erzielen.

Zum Motor des Aufschwungs wurde nun der Fremdenverkehr, der noch Anfang des Jahrzehnts zu den Sorgenkindern gehört hatte: von den Konkursen 1930/31 waren vor allem Gasthäuser und Beherbergungsbetriebe betroffen gewesen. Erst ab 1933/34, nachdem der Faschismus mit den Gruppenreisen des Dopolavoro und den Bahnermächtigungen die Voraussetzungen für die Zunahme des Gästestroms aus den altitalienischen Provinzen geschaffen hatte, fand eine nachhaltige Erholung der Südtiroler Fremdenverkehrswirtschaft statt. Hatte die Zahl der Nächtigungen im Jahr 1933 lediglich 1,5 Mio. betragen, so stiegen diese 1934/35 auf über 2,5 Mio. an; 1938 konnten 3,4 Mio. Nächtigungen verbucht werden. Neben Meran profitierten vor allem Gröden und das Pustertal von diesem Boom. Gleichzeitig mit dem Aufschwung änderte sich auch die nationale Zusammensetzung des Gästestroms. Während noch in den zwanziger Jahren die Touristen hauptsächlich aus dem Deutschen Reich oder Österreich und nur zu einem geringeren Teil aus Italien kamen, so hatte sich zu Ende der dreißiger Jahre das Verhältnis Deutsche/Italiener umgekehrt: 72% der Gäste stammten nun aus Italien.

»16. April (1935). Karfreitag. Eine einzige Kuh war uns noch verblieben. Und diese Einzige und letzte Kuh wurde uns heute aus dem Stalle genommen, und vom Steuerexekutor versteigert. Versteigert, weil ich das Geld für ein paar Steuerraten nicht aufbringen konnte. Nun haben wir kein Vieh mehr, als 3 Schafe und ein paar Hennen. Und doch sind acht Kinder da, die so notwendig Milch brauchen. (...)

1936. Um Lichtmeß bin ich bei Rizzi Hilarius in Arbeit eingestanden. Am 26. März habe ich durch die Gläubiger gezwungen, den uns noch verbliebenen Besitz, bestehend aus einem Hälftanteil Haus und Stadel samt 2 ha Grund freihändig verkauft. Den Marienacker im Ausmaße von 3463 m<sup>2</sup> behielt ich zurück.«  
(Chronik Rinner, TGV)

LEONARDI

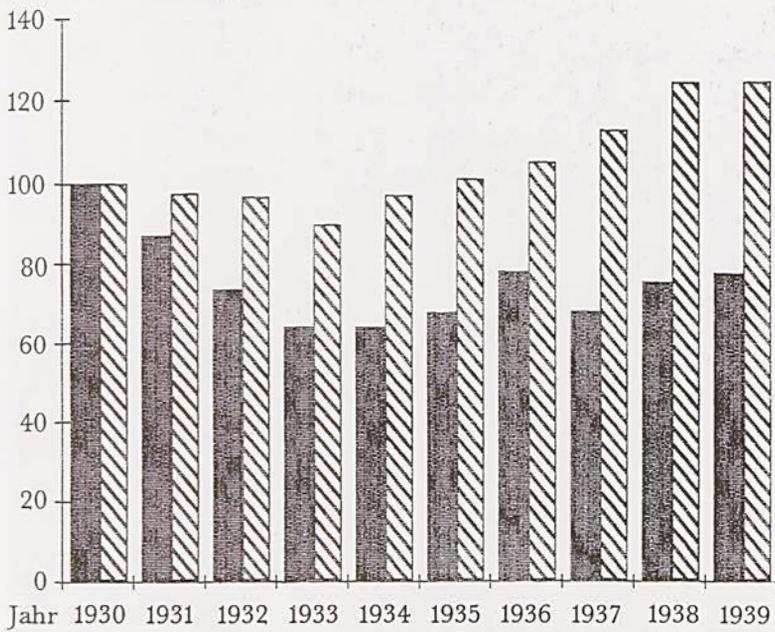


# MERANO

Stampa da Italia - Franc. N. 200 in data 0-2-1939 - XVI - Pubblicazione autorizzata dal Ministero della Cultura Pubblica con  
 permesso N. 476 A, XVI - Stamp. autorizzata dalla R. Quattrini & Manno in data 00-4-1939 - XVI, An. 13, Largo P. G. e P. 17 tel. 104

Distribuzione in Italia - EDI - UTI - Editori  
 PIZZI & PIZZI - MILANO - 0-828-2616

### Preisentwicklung für Produzenten und Konsumenten

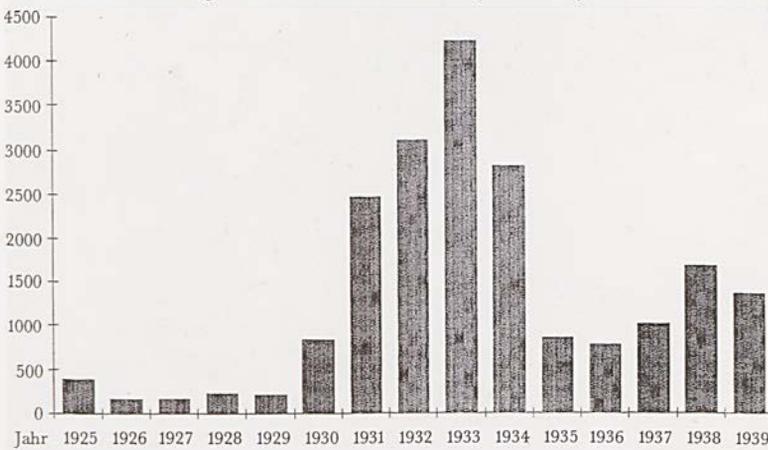


- Engrospreise für Agrarprodukte (Schlachtochsen, Weizen, Wein, Holz, Äpfel)
- ▨ Detailpreise für Grundnahrungsmittel (Öl, Reis, Nudel, Zucker, Polentamehl)

Index 1930 = 100%

Während die Bauern für ihre Produkte (Weizen, Schlachtvieh, Holz, Wein, Obst) immer weniger bekamen, stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel (Nudeln, Reis, Polentamehl, Zucker, Speiseöl) an.

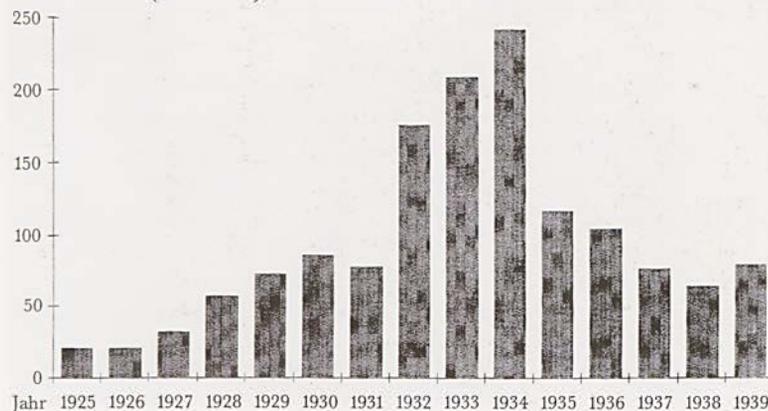
### Arbeitslose an jedem Monatsende (absolut)



»Ich hätte ja keinen Posten bekommen ohne bei der Partei zu sein. Aber es war ja die Aussicht auf einen Staatsposten. Weil das war damals eine Zeit, da war die Arbeitslosigkeit ziemlich stark, ziemlich groß in Italien.«

(Interview Ernst Villi, TLI)

### Konkurse (absolut)



(Quellen: Bollettino dell'Consiglio ed Ufficio Provinciale dell'Economia Bolzano; Bollettino mensile di statistica; Relazione sulla struttura e sull'andamento economico della Provincia di Bolzano)

Links: Werbeplakat, Meran 1930



## Die Faust im Sack

»Heimat« bezeichnet den Ort der persönlichen Geborgenheit, der freien sozialen Kommunikation, der rechtlichen und materiellen Sicherheit, der kulturellen Identität, aber auch der politischen Mitbestimmung. Von all dem war den Südtirolern Ende der dreißiger Jahre aufgrund der Italianisierungspolitik durch den italienischen Faschismus nur wenig geblieben. Es hatte ein Prozeß der Entheimatung eingesetzt, der ihnen das Land zur Fremde werden ließ und von zentraler Bedeutung für die psychischen Dispositionen zur Option von 1939 wurde.

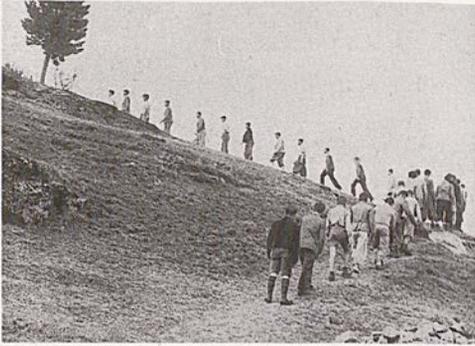
Andererseits war nun auch jene ideologische Entheimatung virulent geworden, deren Ursprung in den diversen deutschnationalen Zirkeln und Vereinen vor 1914 lag und die der Erste Weltkrieg verstärkt hatte. Durch den Vertrag von St. Germain in die Rolle einer »auslandsdeutschen« Minderheit abgedrängt, zielten vor allem die Hoffnungen der Intellektuellen auf Erlösung aus der als »national« empfundenen Unterdrückung zunehmend auf das Deutsche Reich; schließlich löste die »Mutter Germania« in den Köpfen und Herzen vieler Südtiroler endgültig das »Vaterland Österreich« ab.

Diese ideologische Ausrichtung auf das Deutsche Reich gipfelte in den dreißiger Jahren in der Übernahme der nationalsozialistischen Theorie von den »Volksdeutschen«, die alle »Auslandsdeutschen« in der »Volksgemeinschaft« des Dritten Reiches vereinigte. Allgemein fand der damit verbundene Prozeß der ideologischen Entheimatung seinen Ausdruck in den literarischen Werken der damaligen Dichtergeneration; eine besondere Rolle fiel in diesem Zusammenhang dem Völkischen Kampfring Südtirols (VKS) zu.

### Minderheit und »deutsche Hoffnung«

Seit Mitte der zwanziger Jahre waren unabhängig voneinander »Widerstandsgruppen« ohne einheitliche ideologische Ausrichtung entstanden, deren Mitglieder sich vorwiegend aus dem aufgelösten Alpenverein, den ehemaligen Turnerbünden sowie aus Studenten rekrutierten; im Jahr 1928 erfolgte der organisatorische Zusammenschluß dieser Gruppen im Rahmen des sogenannten Gau-Jugend-Rates.

Links: Singgruppe des VKS



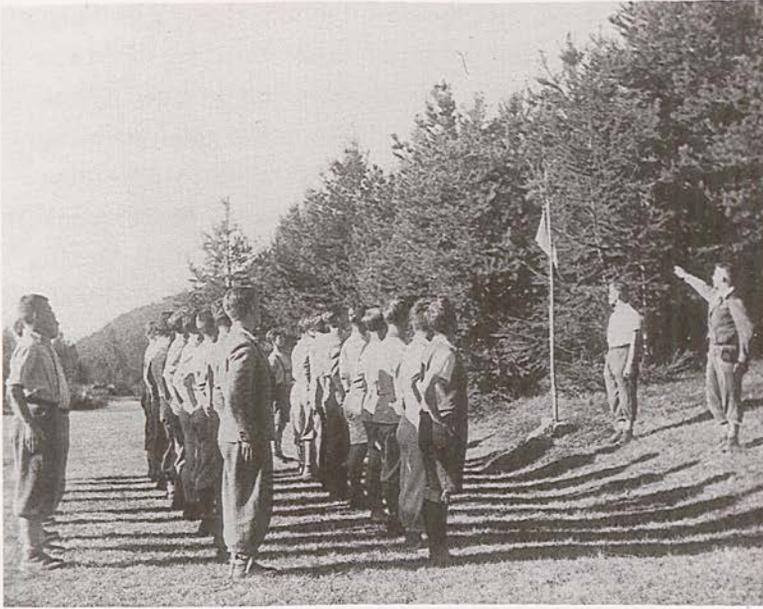
- »1. Der V.K.S. ist die Kampfgemeinschaft der deutschen Volksgruppe in Italien. Sie ist aufgebaut auf volksdeutschem Bekenntnis und der Anerkennung des Führerprinzips.
2. Das volksdeutsche Bekenntnis ist das Bekenntnis zum deutschen Volk, einig in seinen Stämmen und Ständen im Reich, in Österreich, Danzig und den deutschen Volksgruppen im Ausland.
3. Der dem deutschen Wesen eigene Führergedanke verlangt die Zurückstellung aller persönlichen Wünsche unter die höheren Aufgaben der Volksgemeinschaft, die vollständige Ein- und Unterordnung unter die verantwortliche Führung, sowie das volle Vertrauens zu ihr.
4. Ziel des V.K.S. ist die Vereinigung aller geschlossen siedelnden Deutschen in einem Reich.
5. Die Aufgabe des V.K.S. ist es, das von den Vätern ererbte Kulturgut zu wahren und zu mehren, die Wirtschaft unserer Volksgruppe zu stärken und an der Entwicklung und dem Geschehen des gesamten deutschen Volkes teilzunehmen.
6. Kampfform und Führung kann nur im Lande selbst bestimmt werden. Sie ergibt sich:
  - a) aus dem bedingungslosen Bekenntnis zum Reich als schicksalhaften Träger des Gesamtdeutchtums
  - b) aus der vom Gegner beeinflussten Kampfplage
  - c) aus der bodenständigen Tiroler Eigenart.«
 (Die 6 Grundsätze des VKS, 1933)

Als »Jugend- und Erneuerungsbewegung« wandten sie sich gegen die ihrer Meinung nach überholten Formen politischer Arbeit des Deutschen Verbandes, aber auch gegen die katholischen Jugendorganisationen als das Symbol für »Unfreiheit«; dagegen zielten die gemeinsamen Sehnsüchte auf die Errichtung eines »Großdeutschen Reiches« ab. Die politische Arbeit dieser Gruppen blieb aber nicht zuletzt wegen ihrer starken Fluktuation unbedeutend.

Allerdings war es kein Zufall, daß die Wende hin zu einer geschlossenen »Bewegung« gerade 1933 eintrat. Die Machtergreifung des Nationalsozialismus im Deutschen Reich bestärkte die Bozner Gruppe »Walther von der Vogelweide« darin, die ideologische Desorientierung zu überwinden und eine straffe Organisation mit klaren politischen Vorstellungen aufzuziehen.

Am 18. Juni 1933 war es soweit: nahe der Haselburg bei Bozen fand die Gründung der neuen »Bewegung« mit Rolf Hillebrand als erstem Landesführer statt; die Aufnahme der anwesenden Vertreter der noch bestehenden Jugendgruppen erfolgte mittels Abgabe des »deutschen Ehrenwortes«. Das von Robert Helm, Norbert Mumelter und Rolf Hillebrand — den eigentlichen Proponenten der Wende — entwickelte Programm des VKS sah eine streng hierarchisch nach dem Führerprinzip aufgebaute Gliederung vor und orientierte sich in seinen Kernaussagen am Programm der NSDAP. Die Lösung der Hauptaufgaben, Südtirol »deutsch« zu erhalten sowie an der »Vereinigung aller geschlossen siedelnden Deutschen in einem Reich« mitzuwirken, sollte entsprechend dem Arbeitsprogramm des VKS von 1933 durch die »Durchdringung unseres Volkes mit der nat. soz. Weltanschauung« erreicht werden. Zu diesem Zweck begann man unter dem neuen »Landesführer« Peter Hofer 1935 mit dem Aufbau einer illegalen landesweiten Organisation.

Der VKS gliederte sich, ebenfalls in Analogie zur NSDAP, nach Zellen, Ortsgruppen und Kreisen sowie nach »Fachschaften«. Ein ausgeklügeltes und überaus effizientes Sicherheitssystem brachte es mit sich, daß der faschistische Polizeiapparat die »Bewegung« als solche nie aufzudecken vermochte. Aufgrund der hohen Organisationsdichte — in jeder Ortschaft befand sich zumindest ein Vertrauensmann — konnte der VKS ab 1936 seine Haupttätigkeit, die politi-



Studentenferienlager des VKS, 1935  
— Aus einem Tagesprogramm:

»6.30

Besprechung über die Ausrede.  
Kontrolle. Anschließend daran  
Leibesübungen.

8.30 bis 10.25

2 Vorträge

- 1) Kämpfereigenschaften
- 2) Geschichte vom deutschen  
Gesichtspunkt.

10.45 bis 12.00

3 Vorträge

- 1) Rassenkunde.
- 2) Wir und die Religion.
- 3) Hygiene.

2.00 bis 4.00

4 Vorträge

- 1) Außenpolitik.
- 2) Kameradschaft (Rüdiger).
- 3) Feiertage des deutschen  
Volkes.
- 4) Die N.S.D.A.P. und deren  
Gliederungen.  
W.H.W. — K.D.F. — So-  
ziale Fürsorge.

4.15 bis 4.45

Heldengedenkfeier. Anschlie-  
send Zel.-Leiter-Ernennung.«





Dr. Rudolf Hillebrand, geboren 1900 in Meran.

1915: als jüngster Soldat Südtirols freiwillig an die Front.

November 1923: Einsatz beim Freikorps Oberland in München.

1925: Sportredakteur der *Dolomiten* in Meran. Organisiert dort die illegale Arbeit der aufgelösten Turnvereine. Ab 1927: koordiniert landesweit die verschiedenen deutschnationalen Jugendgruppen.

1928: Gründer und erster Führer des Gau-Jugend-Rates, des unmittelbaren Vorgängers des VKS.

1933: erster Landesführer des VKS; von den italienischen Behörden zum Verlassen Südtirols gezwungen; als Vertreter der nationalsozialistischen Bewegung Südtirols nach Berlin.

1934: politischer Referent für volksdeutsche Jugendführerausbildung der Reichsjugendführung.

1937: Schulung der illegalen österreichischen HJ-Führer.

1939: Bundesgeschäftsführer des VDA und Oberregierungsrat.

3. März 1943: Tod bei einem Bombenangriff auf Berlin.

sche Propaganda, im ganzen Land entfalten. Wie diese im einzelnen auszusehen hatte, teilte die Führung ihren Funktionären in mehreren »Schulungsbriefen« mit. Ebenfalls der Mitgliederschulung diente eine Reihe von Sport-, Sing- und Volkstanzlagern, die meist auf Almen stattfanden. Daneben organisierte der VKS ab 1935 mehrere wirtschaftliche Hilfsaktionen. So fand etwa auf seine Initiative hin innerhalb Südtirols ein Austausch von Agrarprodukten statt, die auf dem freien Markt nicht mehr abgesetzt werden konnten. Dadurch profilierte sich der Kampfkring als soziale Bewegung und schuf sich in der Bevölkerung eine wichtige Vertrauensbasis für seine politische Arbeit. Ebenfalls seit 1935 verfügte der VKS in Konkurrenz zur katholischen »Katakombenschule« über eine eigene Notschule, die allerdings wegen fehlender Geldmittel ausschließlich ehrenamtliche und weniger qualifizierte Mitarbeiter beschäftigte.

Gründung, Ausbau und ideologische Zielrichtung des Kampfkringes mußten indessen nahezu zwangsläufig zu Konflikten mit der alten politischen Elite des ehemaligen DV führen, die sich in erster Linie aus bürgerlichen und adeligen Honoratioren zusammensetzte. Dieser war zwar längst auf wenige aktive Exponenten zusammengeschrumpft, hatte den Kontakt zur Bevölkerung und damit auch seinen Einfluß weitestgehend verloren. Trotzdem war er nach wie vor der einzige Empfänger offizieller wie offiziöser Geldmittel aus dem Deutschen Reich, womit auch die Frage des politischen Vertretungsanspruches Südtiroler Interessen gegenüber deutschen Reichsstellen eng verbunden war. Ab 1936 bemühte man sich deshalb, nicht zuletzt auf reichsdeutschen Druck hin, in mehreren Anläufen um einen Interessenausgleich, der in der Einrichtung einer gemeinsamen Dachorganisation seinen Ausdruck finden sollte. Ein entsprechender Versuch Anfang 1937 scheiterte aber bald, da sich die taktisch-organisatorischen, ideologischen und sozialen Divergenzen als zu gravierend erwiesen: es kam zum endgültigen Bruch. Vor allem wegen seiner im Vergleich zum DV konkurrenzlosen Organisation fiel von nun an die »Volksgruppenführung« fast ausschließlich dem VKS zu.

## Katholische Aktion

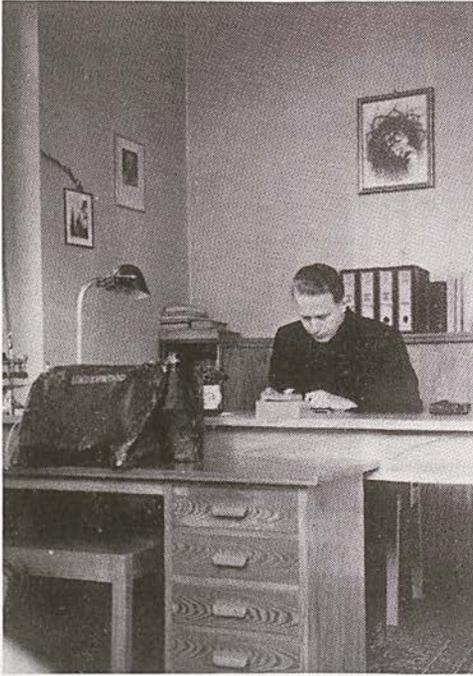
Erstmals 1922 hatte Papst Pius XI. zur Zusammenfassung der verschiedenen katholischen Standesorganisationen zur Katholischen Aktion (KA) aufgerufen. Grundgedanke dabei war, daß nicht allein die Priester dazu berufen seien, die Anliegen der Kirche zu vertreten, sondern auch Laien aktiv daran mitarbeiten sollten. 1926 wurden dann »Richtlinien für die Errichtung der KA in der Diözese Brixen und im deutschsprachigen Anteil der Diözese Trient« ausgearbeitet und veröffentlicht, bis auf weiteres aber nicht in die Praxis umgesetzt. Als im Präfekturdekret vom 11. Mai 1928 die Auflösung einer Reihe katholischer Vereine angedroht wurde, bot sich die Übernahme dieser Vereine in die Katholische Aktion an. Erst aufgrund der in den Lateranverträgen zugestandenen Versammlungsfreiheit für katholische Vereinigungen aber fand die KA in Südtirol breiten Zuspruch. 1930 wurde sie offiziell für den deutschsprachigen Anteil der Diözese Trient gegründet; unter ihrer Obhut konnten die Jugendvereine ihre Arbeit fortführen.

Der erste Leiter und Diözesanassistent der KA, Alfons Ludwig, mußte 1934 auf Drängen des Präfekten Giuseppe Mastromattei zurücktreten. An seine Stelle trat Josef Ferrari; Josef Mayr-Nusser wurde Diözesanpräsident der männlichen katholischen Jugend. Unter ihrer Leitung und gefördert von Bischof Celestino Endrici und Generalvikar Josef Kögl erlebte die KA vor allem im deutschen Anteil der Diözese Trient einen großen Aufschwung, während sie in der Diözese Brixen immer nur eine Randerscheinung blieb.

Zusammenkünfte fanden in Pfarrhöfen und Privathäusern, in Berghütten und anderen entlegenen Orten statt. Neben der liturgisch-religiösen Arbeit stand die Erhaltung der deutschen Sprache im Zentrum. Im Rahmen der Apostolatsschule wurden heimlich Deutschkurse organisiert. Für einzelne Notschullehrerinnen brachte die Mitgliedschaft in der KA erhebliche Erleichterungen, da sie dank der Mitgliedskarte von den Behörden unbelästigt blieben. 1936 wurde in Lana die sogenannte »Jungführerschule« eingerichtet, an der an jedem zweiten Wochenende von Oktober bis Mai ältere Jugendliche in den religiösen Fächern, in Deutsch, Gesang und Musik sowie Heimatkunde unterrichtet wurden.



Josef Mayr-Nusser, geboren 1910 auf dem Nusserhof in Bozen.  
Ab 1928: kaufmännischer Angestellter in Bozen.  
1934: erster Diözesanjugendführer des deutschen Anteils der Diözese Trient.  
1939: Dableiber.  
September 1944: widerrechtlich — da italienischer Staatsbürger — von der deutschen Besatzungsmacht mit weiteren 80 Südtirolern zum Militärdienst bei der SS in Westpreußen eingezogen.  
Oktober 1944: weigert sich, den SS-Eid zu leisten; wegen »Wehrmachtzersetzung« in das SS-Untersuchungsgefängnis in Danzig eingeliefert.  
Februar 1945: Deportation ins KZ Dachau.  
24. Februar 1945: bei Ankunft des Transports in Erlangen ist Josef Mayr-Nusser tot; Todesursache: Hungerödem.



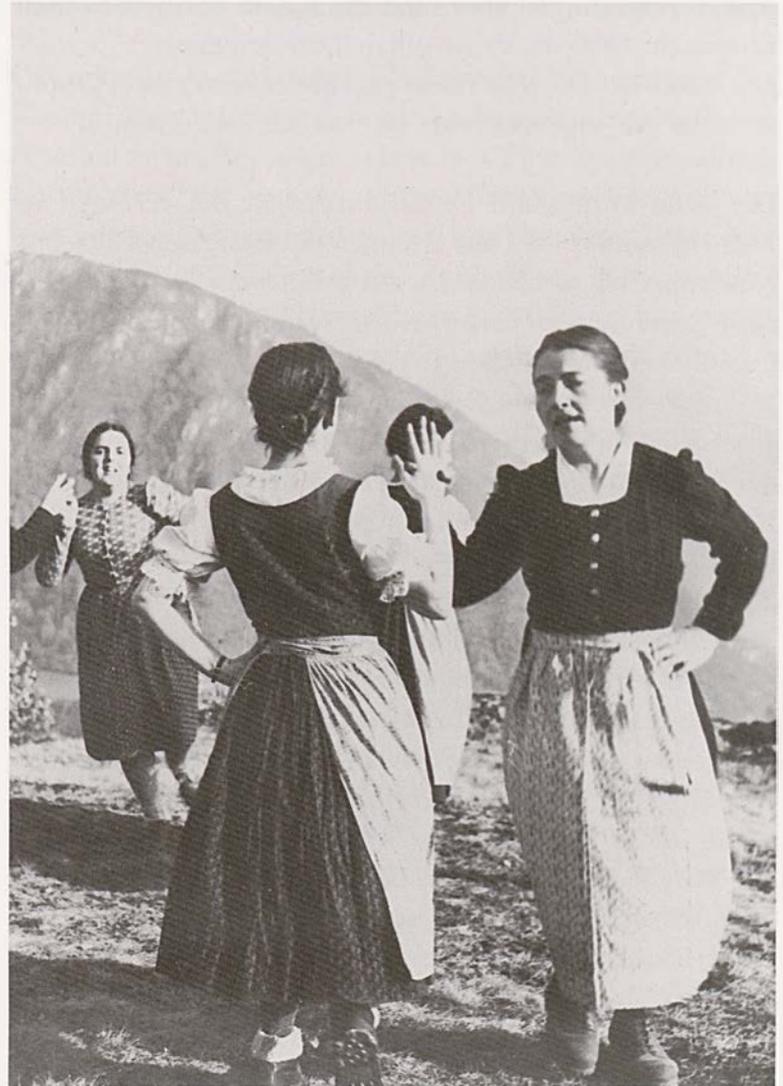
Josef Ferrari, geboren 1907 in Bozen.  
März 1931: Priesterweihe in Trient.  
1934: Diözesanassistent der KA für  
den deutschen Anteil der Diözese  
Trient und Diözesanjugendseelsorger.  
1939: Dableiber.

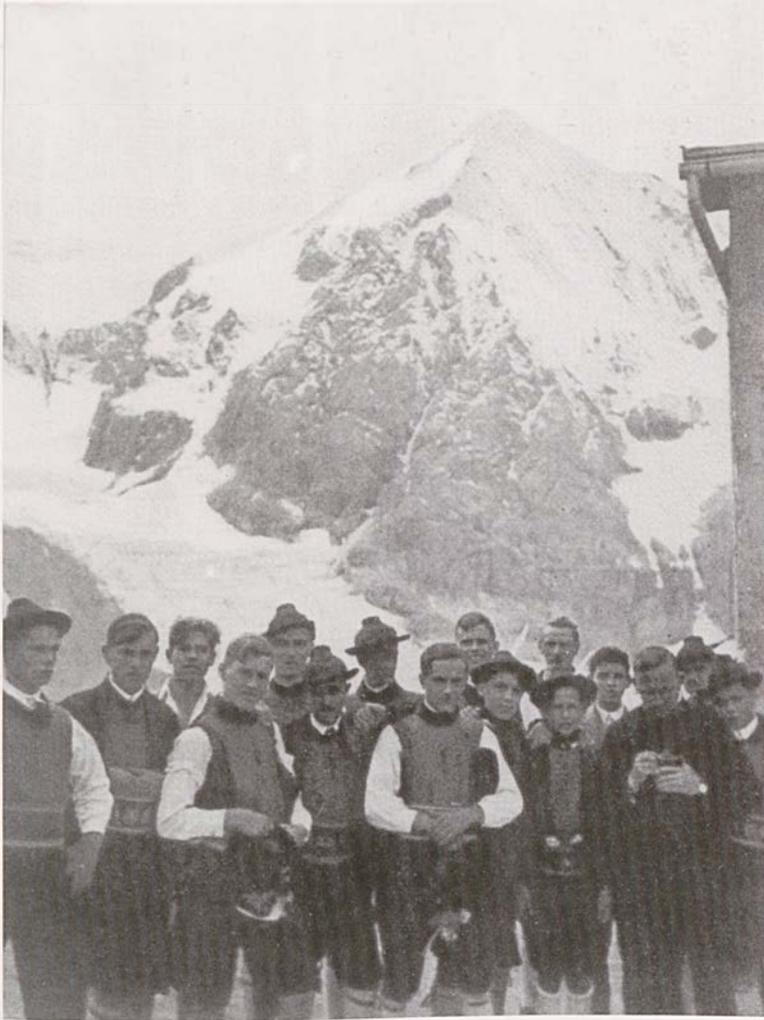
September 1943: wird von Leuten des  
SS-Sonderbeauftragten und Männern  
des SOD verhaftet und nach Inns-  
bruck gebracht.

Dezember 1943: Enthftung und Ver-  
bannung nach St. Josef am Kal-  
terersee.

Mai 1945: Vizeschulamtsleiter und  
zuständig für den Aufbau des  
deutschsprachigen Schulwesens.

16. April 1958: Tod in Wien.





Mitglieder des Jugendhortes Meran  
auf der Zufritthütte, 1931

Nicht zuletzt aufgrund der dort stattfindenden weltanschaulichen Diskussionen traten die Gegensätze zum VKS immer stärker hervor. Bei Singwettstreiten zwischen katholischen und nationalen Jugendlichen konnten aufgrund des größeren Repertoires zwar immer noch die Mitglieder der KA den Sieg davontragen, auf politischer Ebene hatte ihnen der Kampfring aber schon längst den Rang abgelauften. Zum endgültigen Bruch zwischen den Mitgliedern der beiden Jugendverbände kam es aber erst 1939, als der VKS sich zum Träger der Optionspropaganda machte, während viele der Dableiber-Aktivisten aus den Reihen der KA stammten.

Links oben: Treffen der Jungenschaft  
der KA auf der Seiseralm, 1932

Links unten: Mädelschaft der KA in  
Altenburg, 1936

»Es widert uns förmlich an, noch weitere Beispiele solch echt jüdischen und zynischen Spottes gegen alles, was dem Christentum heilig ist, vorzuführen. (...) Die Schule dem Genossen Glöckel, die Ehe 'unserem Genossen' Kirchsteiger und die Kirche etwa 'unserem Genossen' Judas Iskariot, möchte so beiläufig das kulturpolitische Ideal des 'Volksrecht' bilden. (...) Der Türke, der Jude, selbst der Hindustaner und Senegalneger würde ein Blatt das seine Religion, seine heiligste Überzeugung fortwährend und konsequent so besudelt, mit Füßen treten. Und du, katholischer Christ?« (Kanonikus Michael Gamper zur antiklerikalen Linie des Volksrecht im *Tiroler*, 2. 1. 1923)

»Herodes der Jüngste. Seit neunzehnhundert Jahren steht der alte Herodes, jener gottlose, grausame König von Judäa, als verachtetes Scheusal in der Weltgeschichte da. (...) In neuester Zeit lebt nun wieder ein Herodes, der abgemessen in die Fußstapfen seines Stammvaters vor zweitausend Jahren tritt. (...) Der jüngste Herodes ist niemand anders als der rote Sozialismus, der von Juden ins Leben gerufen wurde, von Juden geleitet und auf jede Weise gefördert wird. (...) Die Sozialdemokratie will das Christentum, das mit so viel Mühen und Opfern, mit so viel Schweiß und Märtyrerblut in unseren Ländern eingeführt wurde, das den Völkern Europas Sittung, Kultur und durch all die Jahrhunderte her unendlichen Segen gebracht hat, mit Stumpf und Stiel ausrotten und an seine Stelle wiederum das Heidentum setzen.« (Feindbild »jüdische« Sozialdemokratie im *Reimmichl-Kalender*, Bozen 1928)

## Juden und Antisemitismus

Wie sehr sich die Südtiroler »Volksgemeinschaft« auch durch Ausgrenzung formierte, ist am Beispiel der Juden feststellbar, für die es in ihr keinen Platz gab. Auch in Tirol war traditionell der Antisemitismus weit verbreitet. Seine Wortführer kamen aus den Reihen des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins und vor allem der Turnerbünde. Schon 1888 hatte der Turnverein »Jahn-Bozen« den Arierparagraphen eingeführt, demzufolge nur Männer »arischen Blutes« Mitglieder im Verein werden konnten.

Aber auch der katholische Antisemitismus fand in Südtirol seine Anhänger. Eine markante Verstärkung erhielt dieser nach 1918, als in Übernahme der »Dolchstoßlegende« Juden, »Sozis«, Liberale und Freimaurer für den verlorenen Krieg verantwortlich gemacht wurden. Ausdruck fand der katholische Antisemitismus im *Tiroler* und im *Volksboten*, vor allem aber im *Reimmichl-Kalender*, dem meistgelesenen Jahrbuch in der bäuerlichen Bevölkerung. Auch in Südtirol war somit der Boden für den rassistischen Antisemitismus der Nazis längst vorbereitet.

Da damals das faschistische Italien noch die Einwanderung von Juden gestattete, kamen trotz dieses feindlichen Klimas nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland 1933 in beschränkter Zahl Juden nach Meran. Dort bestand bereits seit Ende des letzten Jahrhunderts eine israelitische Kultusgemeinde. Der »Anschluß« Österreichs und vor allem die antisemitischen Rassengesetze, die Italien im November 1938 erließ, veranlaßten einen Großteil der Meraner Juden zur Auswanderung. Aufgrund der faschistischen Rassengesetze wurden verschiedene Diskriminierungen eingeführt; u. a. war die Ausübung bestimmter Berufe untersagt. Allen Juden, die erst nach dem 1. Jänner 1919 die italienische Staatsbürgerschaft erhalten hatten, wurde diese wieder aberkannt. Sofern sie nicht bereits das 65. Lebensjahr überschritten hatten oder in einer »Mischehe« lebten, waren sie verpflichtet auszuwandern. Dies war bei der Mehrzahl der in Meran ansässigen Juden der Fall.

Rechts: Das antisemitische Hetzblatt *La Difesa della Razza* erschien ab 1938.

# LA DIFESA DELLA

ANNO I - NUMERO 1  
5 AGOSTO 1938 - XVI

ESCE IL 5 E IL 20 DI OGNI MESE  
UN NUMERO SEPARATO LIRE 1  
ABBONAMENTO ANNUO LIRE 20

Direttore: TELESIO INTERLANDI

Comitato di redazione: prof. dott. GUIDO LANDRA  
prof. dott. LIDIO CIPRIANI - dott. LEONE FRANZI - dott.  
MARCELLO RICCI - dott. LINO BUSINCO

# RAZZA

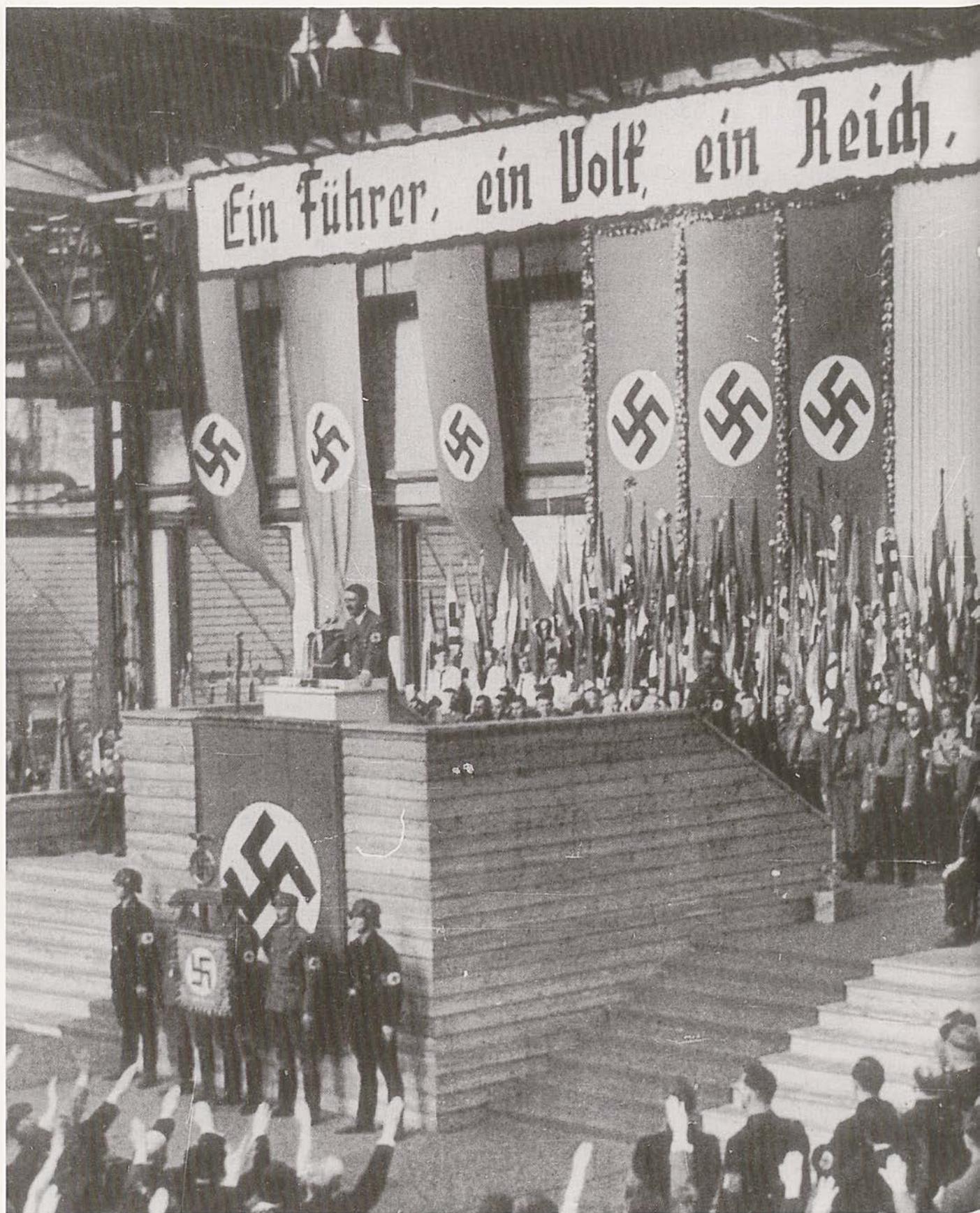
SCIENZA DOCUMENTAZIONE POLEMICA

## RAZZISMO ITALIANO

Un gruppo di studiosi fascisti docenti nelle Università italiane sotto l'egida del Ministero della Cultura Popolare ha fissato nei seguenti termini quella che è la posizione del Fascismo nei confronti dei problemi della razza:

- 1** LE RAZZE UMANE ESISTONO. — La esistenza delle razze umane non è già una astrazione del nostro spirito, ma corrisponde a una realtà fenomenica, materiale, percepibile con i nostri sensi. Questa realtà è rappresentata da masse, quasi sempre imponenti, di milioni di uomini, simili per caratteri fisici e psicologici che furono ereditati e che continuano ad ereditarsi. Dire che esistono le razze umane non vuol dire a priori che esistono razze umane superiori o inferiori, ma soltanto che esistono razze umane differenti.
- 2** ESISTONO GRANDI RAZZE E PICCOLE RAZZE. — Non bisogna soltanto ammettere che esistano i gruppi sistematici maggiori, che comunemente sono chiamati razze e che sono individuizzati solo da alcuni caratteri, ma bisogna anche ammettere che esistano gruppi sistematici minori (come per es. i nordici, i mediterranei, i dinarici, ecc.) individuizzati da un maggior numero di caratteri comuni. Questi gruppi costituiscono dal punto di vista biologico le vere razze, la esistenza delle quali è una verità evidente.
- 3** IL CONCETTO DI RAZZA E' CONCETTO PURAMENTE BIOLOGICO. Esso è quindi basato su altre considerazioni che non i concetti di popolo e di nazione, fondati essenzialmente su considerazioni storiche, linguistiche, religiose. Però alla base delle differenze di popolo e di nazione stanno delle differenze di razza. Se gli Italiani sono differenti dai Francesi, dai Tedeschi, dai Turchi, dai Greci, ecc., non è solo perchè essi hanno una lingua diversa e una storia diversa, ma perchè la costituzione razziale di questi popoli è diversa. Sono state proporzioni diverse di razze differenti che da tempo molto antico costituiscono i diversi popoli, sia che una razza abbia il dominio assoluto sulle altre, sia che tutte risultino fuse armonicamente, sia, infine, che persistano ancora inassimilate una alle altre le diverse razze.
- 4** LA POPOLAZIONE DELL'ITALIA ATTUALE E' DI ORIGINE ARIANA E LA SUA CIVILTÀ E' ARIANA. — Questa popolazione a civiltà ariana abita da diversi millenni la nostra penisola; ben poco è rimasto della civiltà delle genti preariane. L'origine degli Italiani attuali parte essenzialmente da elementi di quelle stesse razze che costituiscono e costituiscono il tessuto perennemente vivo dell'Europa.
- 5** E' UNA LEGGENDA L'APPORTO DI MASSE INGENTI DI UOMINI IN TEMPI STORICI. — Dopo l'invasione dei Longobardi non ci sono stati in Italia altri notevoli movimenti di popoli capaci di influenzare la fisionomia razziale della nazione. Da ciò deriva che, mentre per altre nazioni europee la composizione razziale è variata notevolmente in tempi anche moderni, per l'Italia, nelle sue grandi linee, la composizione razziale di oggi è la stessa di quella che era mille anni fa: i quarantaquattro milioni d'italiani di oggi rimangono quindi nell'assoluta maggioranza a famiglie che abitano l'Italia da un millennio.
- 6** ESISTE ORMAI UNA PURA "RAZZA ITALIANA". — Questo enunciato non è basato sulla confusione del concetto biologico di razza con il concetto storico-linguistico di popolo e di nazione, ma sulla purissima parentela di sangue che unisce gli Italiani di oggi alle generazioni che da millenni popolano l'Italia. Questa antica purezza di sangue è il più grande titolo di nobiltà della Nazione italiana.
- 7** E' TEMPO CHE GLI ITALIANI SI PROCLAMINO FRANGEMENTE RAZZISTI. — Tutta l'opera che finora ha fatto il Regime in Italia è in fondo del razzismo. Frequentissimo è stato sempre nei discorsi del Capo il richiamo ai concetti di razza. La questione del razzismo in Italia deve essere trattata da un punto di vista puramente biologico, senza intenzioni filosofiche o religiose. La concezione del razzismo in Italia deve essere essenzialmente italiana e l'indirizzo ariano-nordico. Questo non vuole dire però introdurre in Italia le teorie del razzismo tedesco come sono o affermare che gli Italiani e gli Scandinavi sono la stessa cosa. Ma vuole soltanto additare agli Italiani un modello fisico e soprattutto psicologico di razza umana che per i suoi caratteri puramente europei si stacca completamente da tutte le razze extra europee, questo vuol dire elevare l'Italiano ad un ideale di superiore coscienza di se stesso e di maggiore responsabilità.
- 8** E' NECESSARIO FARE UNA NETTA DISTINZIONE TRA I MEDITERRANEI D'EUROPA (OCIDENTALI) DA UNA PARTE GLI ORIENTALI E GLI AFRICANI DALL'ALTRA. — Sono perciò da considerarsi pericolose le teorie che sostengono l'origine africana di alcuni popoli europei e comprendono in una comune razza mediterranea anche le popolazioni semitiche e camitiche stabilendo relazioni e simpatie ideologiche assolutamente inammissibili.
- 9** GLI EBREI NON APPARTENGONO ALLA RAZZA ITALIANA. — Dei semiti che nel corso dei secoli sono approdati sul sacro suolo della nostra Patria nulla in generale è rimasto. Anche l'occupazione araba della Sicilia nulla ha lasciato all'interno del ricordo di qualche nome; e del resto il processo di assimilazione fu sempre rapidissimo in Italia. Gli ebrei rappresentano l'unica popolazione che non si è mai assimilata in Italia perchè essa è costituita da elementi razziali non europei, diversi in modo assoluto dagli elementi che hanno dato origine agli Italiani.
- 10** I CARATTERI FISICI E PSICOLOGICI PURAMENTE EUROPEI DEGLI ITALIANI NON DEVONO ESSERE ALTERATI IN NESSUN MODO. — L'unione è ammissibile solo nell'ambito delle razze europee, nel quale caso non si deve parlare di vero e proprio ibridismo, dato che queste razze appartengono ad un corpo comune e differiscono solo per alcuni caratteri, mentre sono uguali per moltissimi altri. Il carattere puramente europeo degli Italiani viene alterato dall'incrocio con qualsiasi razza extra-europea e portatrice di una civiltà diversa dalla millenaria civiltà degli ariani.

Ein Führer, ein Volk, ein Reich.





»Denn heute  
steht Deutschland  
am Brenner!«

Claus Conrad



Österreichische Propagandapostkarte aus dem Ersten Weltkrieg

## Großdeutsche Traditionen

Lange vor dem »Anschluß« Österreichs an das Deutsche Reich richteten sich die Hoffnungen vieler Südtiroler auf eine Revision der Brennergrenze durch den Anschluß an das Großdeutsche Reich. Dafür waren, neben einer bereits weit zurückreichenden, nationalistischen Hinwendung politischer Kreise Südtirols zu »alld deutschem« Gedanken gut, nach 1918 vor allem die unterschiedlichen Bedingungen der österreichischen Außenpolitik und der »auslandsdeutschen Arbeit« des Deutschen Reichs ausschlaggebend.

Die Ursachen der Verengung einer Tiroler Identität auf ein Tirolertum, das sich aus sprachlichen, kulturellen und politischen Gründen als deutsch definierte, lagen in der territorialen Struktur des Landes Tirol vor dem Ersten Weltkrieg, denn Tirol umschloß auch das Trentino, besaß also eine italienischsprachige Minderheit. 1848 erhoben die Welschtiroler zum ersten Male die Forderung nach kultureller Autonomie. Diese Forderung, die nach der Einigung Italiens immer deutlicher und unter dem Einfluß der »Irredenta«-Bewegung mit immer nationalistischeren Argumenten im Sinne territorialer Forderungen Italiens gestellt wurde, löste in weiten Kreisen der deutschsprachigen Bevölkerung Tirols eine deutschtümelnde nationalistische Gegenreaktion aus. Die Abwehrhaltung gegenüber den Forderungen der italienischsprachigen Minderheit führte nicht nur zu einem massiven Feindbild, sondern auch zu dessen Opposition, zum deutschen Eigenbild. Der großdeutsche Lösungsvorschlag des deutschen Einigungsproblems fand daher viele Anhänger. Es waren in erster Linie die Liberale Partei und die ihr nahestehenden Schützen-, Gesangs-, Turn- und Alpenvereine, die den »völkisch« begründeten gesamtdeutschen Nationalismus in Tirol wachriefen und pflegten. Das durch die Autonomieforderung der italienischsprachigen Minderheit Tirols und die Forderungen der »Irredenta«-Bewegung Italiens genährte Bedrohungsgefühl führte zuerst zur Intensivierung des deutschen Unterrichts und zur Gründung einer der wichtigsten Vorläuferorganisationen des österreichischen »Deutschen Schulvereins« und des deutschen »Vereins für das Deutschtum im Ausland«, des »Komitees zur Unterstützung der deutschen Schulen in Welschtirol und an der Sprach-

Vorhergehende Seite: NS-Großveranstaltung mit Adolf Hitler in der Weizer Maschinenfabrik, 3. April 1938

Rechts: Werbeprospekt des »Vereins für das Deutschtum im Ausland«

grenze«, im Jahre 1867. Später wurde die defensive Politik von einer offensiven Assimilierungspolitik abgelöst, die mit sprach- und schulpolitischen Maßnahmen eine Eindeutschung des Trentino durchzuführen trachtete. Die Konsequenz dieser Politik, in der Schiefertafeln und Fibeln zu Waffen wurden, führte unter dem Eindruck des von Österreich-Ungarn und vom Deutschen Reich gemeinsam geführten Krieges zum Entnationalisierungsprogramm des Tiroler Volksbundes. Der hier zutage tretende, durch die angebliche Höherwertigkeit der »deutschen Rasse« begründete Imperialismus entsprach der Ideologie und Propaganda der reichsdeutschen »Agitationsvereine«. Der Krieg an der Dolomitenfront, in dem Tiroler Standschützen und das Deutsche Alpenkorps gemeinsam kämpften, konnte als Erfüllung der von den Tiroler »Schutzvereinen« aufgestellten Forderung nach einem »gesamtdeutschen Volkstumskampf« gegen die »Welsche Bedrohung« betrachtet werden.

Der Krieg wurde verloren. Die »Schutzvereine« wurden zu Volkstumsorganisationen des »Grenz- und Auslandsdeutschtums«. Der dem Eroberungsrausch folgende Teilungsschmerz wurde von diesen in revisionistische Energien umfunktioniert. Die Situation der Südtiroler Minderheit unter der Herrschaft des ehemaligen Kriegsgegners und »Erbfeindes« wurde ideologisch zur »Grenz- wache« für ein deutsch erhofftes »Vaterland« verklärt.

Die Außenpolitik des Deutschen Reichs war nach 1918 — wengleich mit wechselnder Intensität — programmatisch auf eine Revision des Friedensvertrages von Versailles festgelegt. Diese Strategie wurde offiziell mit Hilfe einer vertrauensfördernden Vertragspolitik verfolgt, inoffiziell aber bediente sich das Auswärtige Amt der nationalistischen und reaktionären Verbände des »Grenz- und Auslandsdeutschtums«. In diesem Zusammenhang gewann nicht nur die Unterstützung jener Gruppen ehemaliger Staatsbürger besondere Bedeutung, die nach 1919 zu deutschsprachigen Minderheiten fremder Staaten geworden waren; auch durch die verdeckte Förderung des »Grenzlandkampfes« anderer auslandsdeutscher Gruppen sollten die außenpolitischen Ambitionen des Deutschen Reichs unterstrichen werden. Im Kontext der verschiedenen, zu meist auf Vereinsbasis arbeitenden Organisationen dieser »Volkstumspolitik« hatten nicht nur die Südtiroler, die ja

## Was jeder Deutsche vom Auslanddeutschtum wissen muß



### Wißt Du es,

daß die Deutschen ein Volk der Zerstreuung geworden sind, daß jeder dritte Deutsche jenseits der Reichsgrenzen wohnt, also ein Grenzdeutscher oder Auslanddeutscher ist?

## Wer ist ein Auslanddeutscher?

Die Frage ist leicht zu beantworten. Auslanddeutsche im weiteren Sinne sind alle Deutschen, die außerhalb der Reichsgrenzen leben, durch Abkunft, gleiche Art, Sprache und Sitte aber sich an das Muttervolk und die alte Heimat gebunden fühlen und sich dem deutschen Kulturkreis zu rechnen. Die Staatsangehörigkeit spielt dabei keine entscheidende Rolle. Der Auslanddeutsche, der selbst oder dessen Vorfahr freiwillig oder dem Drange der Verhältnisse entsprechend die fremde Staatsangehörigkeit angenommen hat, steht unter dem Gesichtspunkt der deutschen Kulturgemeinschaft und der inneren Beziehungen zum deutschen Mutterlande durchaus gleich dem »Reichsdeutschen«, der sich die deutsche Staatsangehörigkeit bewahrt hat. Häufig haben die Deutschen fremder Staatsangehörigkeit in ihren geschlossenen Siedlungen deutsches Wesen besonders rein bewahrt, reiner oft, als es im Reich selbst möglich gewesen ist. Auslanddeutschtum ist in seinem Wesen deutschgebliebenes Volk außerhalb der Reichsgrenzen.

### Welche Art Auslandsdeutschtum gibt es?

1. Grenzdeutschtum ist das an den Rändern des geschlossenen deutschen Volksgebietes im Kampfe mit fremder Bedrängung lebende Deutschtum, also heute zum beträchtlichen Teile »Auslandsdeutschtum«. Grenzlandvolkstum ist in unmittelbarem Selbstbehauptungskampfe stehende, mit dem Volksblock verbundene Volksfront.
2. Inseldeutschtum ist geschlossenes, seghaftes, von fremdhämmiger Bevölkerung eingeschlossenes Siedlungsdeutschtum, vorwiegend in Osteuropa, aber auch in Asien, Südamerika usw.
3. Handel und Gewerbe treibendes Kolonialdeutschtum ist überwiegend in den Weltmittelpunkten des internationalen Handels anfällig und setzt sich aus Reichs-Auslandsdeutschen und fremdhäutigen Stammesdeutschen zusammen.

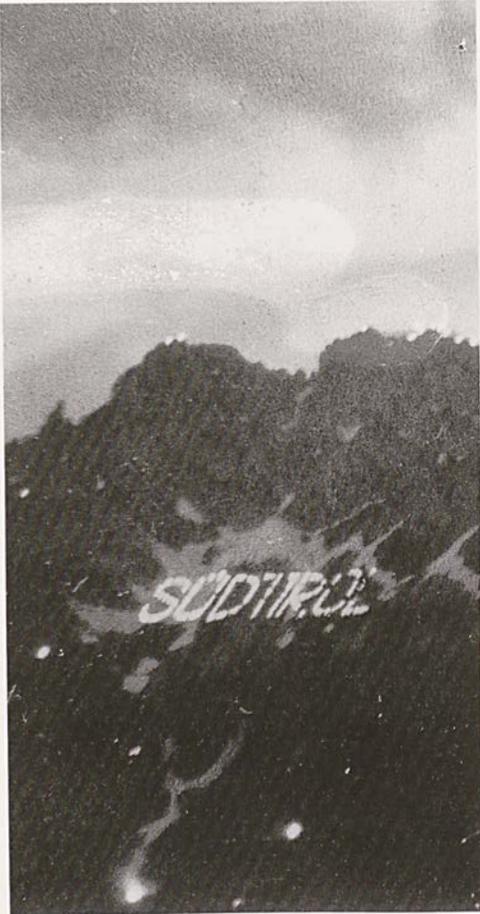
## Wie groß ist die Zahl der Auslandsdeutschen?

Deutsche befinden sich (Schätzungsweise in:

Dänemark (einschl. Norddänemark)	rund 60 000	Europ. Rußland	rund 1 000 000
Belgien (einschl. Süpen-Walache)	150 000	Deutsch-Österreich	6 300 000
Burenburg	250 000	Tschecho-Slowakei	3 500 000
Elb-Bohringen	1 500 000	Serbien	700 000
Italien (einschl. Südtirol)	300 000	Ungarn	600 000
Polen	1 350 000	Rumänien	800 000
Russland	300 000	Schweden	2 800 000
Schweden	20 000	Vertrugte Staaten	10 000 000
Schweden	75 000	Kanada	300 000
Estland u. Lettland	131 000	Süd- u. Mittelamerika	800 000
		Australien	100 000
		Asien	200 000
		Afrika	126 000

Die Zahl der in den übrigen europäischen Staaten lebenden Auslandsdeutschen ist gering. Die Zahl der »Reichsdeutschen«, die in der vorangehenden Aufstellung einberechnet sind, beträgt etwa eineinhalb Million.

## Warum sind die Deutschen in der Welt so verstreut?



Bergfeuer auf der Nordkette oberhalb von Innsbruck, zwanziger Jahre

Werbebroschüre des »Südtiroler Volksschutzes«, Innsbruck/Wien, zwanziger Jahre



## Hilferuf für Deutsch-Südtirol!

Denn kein Volksstamm auf der ganzen Welt wird so bedrückt, wie der über tausendjährige Volksstamm der Deutsch-Südtiroler. — Trotz ihrer in der ganzen Welt bekannten Volks- und Kulturgeschichte.

1. haben die Italiener dem Lande und dem Volke den tausendjährigen Namen geraubt, aber auch die deutschen Ortschaften mit neuwälschen Benennungen verklebt, ja selbst die Familiennamen sucht man zu verwältschen.
2. kennt man ja in aller Welt das Vorgehen der Faschisten und vieler italienischer Behörden gegen die deutschen Ureinwohner: wegen nichtiger Anlässe sind Hausdurchsuchungen, Geschäftsschädigungen, Sesse ungen, Einkerkierungen und selbst körperliche Mißhandlungen an der Tagesordnung.
3. Am meisten aber schmerzt die deutschen Ureinwohner die gewaltsame Verwältschung der Kinder. 400 deutsche Schulen sind ausgehtigt, die Kinder dürfen in den Schulen kein Wort mehr hören in der Muttersprache. Die deutschen Gymnasien, Realschulen und andere Mittelschulen mußten wältschen werden. Selbst in den Kindergärten wird nur gewältscht. Und in vielen Orten werden die Kinder von Lehrern, Gemeindefreiwärtern u. a. geohfesselt, wenn sie auch nur auf der Gasse deutsch reden. Die Kinder privat deutsch zu unterrichten, wird mit Geldstrafen und Arrest bestraft.
4. In vielen Orten dürfen die Deutschen selbst nicht mehr deutsch beten in der Öffentlichkeit, Litaneien, Rosenkranz müssen wältsch gehalten werden in vielen — urautentischen Orten. Dauert es noch lange, muß sogar der deutsche, einheimische Geistliche verschwinden.
5. überhaupt will der Wältsche wohl, daß das tirolische Urvolk verschwindet. Darum macht er es arm durch ungeheure Steuern, selbst jede Henne ist besteuert; durch Geldstrafen, durch Enteignungen. Urcitaliener ladet er zum Ankauf deutscher Güter ein und 200.000 Wältsche will er anjedeln.

So liegt ein wahrhaft sadistisches System in diesem Faschismus, der sagt, wenn man ihm keine Geschichtsbücher vorhält: „Gefencht wird gemeacht.“ Erbarmt Euch alle des ungeheuren deutschen Leides! — Das deutsche Volk verdient verachtet zu werden, wenn es solchen Frevel duldet. Schon heute spottet Italien über die Schwäche des deutschen Volkes betreffs Südtirol.

Schaut unsere uralten, schönen Städte! Besuchet sie und tröstet ihre deutschen Ureinwohner!

Und helfet uns durch den Eintritt in den Andreas-Hofer-Bund! Jeder schließe sich jener Ortsgruppe an, die seinem Heim am nächsten ist! — Und lesset die monatlich zweimal erscheinende Zeitung „Südtirol“, Innsbruck, Postfach 116, die fortlaufend die Geschelisse bespricht.

Um dieses bittet im Namen seiner armen Heimat



*P. Adolf Innerkofler*  
27. Okt. 1918.

Südtirol, Serie V, hergestellt im Auftrage P. Adolf Innerkofler, Wien.  
Die Städtebilder stammen nach Photographien aus dem Verlag Warble & Sohn Nachf., Salzburg.  
Geldspenden wollen an den Südtiroler Volksschutz, Innsbruck, Salzerstraße 18, gesendet werden.

**Das Reinertragnis fließt dem Südtiroler Volksschutz zu**

schon vor 1914 von alldrutschen Aktivisten als »Grenzlanddeutsche« entdeckt worden waren, ihren festen Platz. Auch österreichische Vereine im Rahmen der »Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft« und »Schutzbünde«, die mit ihrer Volkstumsarbeit für Südtirol allemal die Hoffnung auf eine großdeutsche Lösung des Südtirolproblems als Folge eines Anschlusses Österreichs verbanden, wurden in die Unterstützung des »Auslandsdeutschtums« einbezogen; sie bildeten den Kern der österreichischen Anschlußbewegung.

## Die Schwäche Österreichs

Die österreichische Außenpolitik hingegen war nach 1918 stets dem Primat wirtschaftspolitischer Notwendigkeiten und Zwänge untergeordnet und zunächst auch in der Vorstellung von der Lebensunfähigkeit der neuen Republik gebunden. Noch in der Proklamation der Republik vom 12. November 1918 hieß es unter Artikel 2: »Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik«. Das Anschlußverbot im Staatsvertrag von Saint Germain machte diese programmatische Perspektive jedoch zunichte. Nach der erfolglosen Phase einer heftigen, zunächst auch von den Sozialdemokraten (mit Blick auf eine deutsche Revolution) mitgetragenen Anschlußpropaganda und vor allem nach den Genfer Protokollen von 1922 — mit ihrer Verbindung von Sanierungszusagen und neuerlichem Anschlußverbot — verfolgte allerdings keine der politisch maßgeblichen Kräfte das Anschlußziel mehr besonders nachdrücklich.

Im Gegensatz zur Politik der Wiener Regierung waren die Bestrebungen der Tiroler Landesregierung und — mit unterschiedlicher Gewichtung — aller Tiroler Parteien nach 1918 in erster Linie auf eine Abwehr der Teilung des Landes konzentriert. Dieses Ziel stand auch im Hintergrund der durchaus eigenständigen staatsrechtlichen Konzeptionen, die in Tirol ab Ende 1918 entwickelt worden waren und in der folgenlosen Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland vom 21. April 1921 gipfelten. Da die Tiroler Landesregierung und der Tiroler Landtag in der Folge ihr demonstratives Engagement für Südtirol unter dem Druck der Bundesregierung immer mehr einschränken mußten, verlagerte sich die propagandistische Initiative zunehmend auf private »Schutzbünde«, u. a. auf den 1919 gegründeten »Andreas-Hofer-Bund« mit seinen diversen Außenstellen im übrigen Österreich und in Süddeutschland, unter dessen Dach sich auch die Südtiroler Emigration versammelte. Materielle Unterstützung für Südtirol hingegen kam fast ausschließlich aus Deutschland und wurde vor allem über den »Verein für das Deutschtum im Ausland« (VDA) und in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verband (DV) eingesetzt. Zur Koordination der Propaganda und Unterstützung für Südtirol wurde Ende 1925 in Innsbruck die »Arbeitsstelle für Südtirol« errichtet. Sie sollte als Nachrichtenagentur und als Leitstelle der Propaganda zwischen dem



Besuch des österreichischen Bundeskanzlers (1934 bis 1938) Kurt Schuschnigg bei Benitto Mussolini in Florenz, 21. August 1934 (hinter ihm Außenminister Graf Ciano)

DV in Bozen, den österreichischen Schutzbänden, dem VDA und dem Auswärtigen Amt (AA) in Berlin vermitteln, was ihr aufgrund der Gegensätze zwischen den radikalen, nationalistischen und zunehmend nationalsozialistisch orientierten Positionen der »Schutzbünde« und den gemäßigten, auf eine Verständigung mit Italien abzielenden Positionen des AA und des DV aber kaum gelang.

Ging schon die materielle und propagandistische Hilfe für Südtirol vorwiegend von reichsdeutschen Stellen aus, so war auch die österreichische Außenpolitik nicht dazu angehtan, revisionistische Hoffnungen der Südtiroler zu nähren. Nach dem Scheitern der großdeutschen Perspektive hatte die Wiener Regierung begonnen, ihre Beziehungen zum Königreich Italien zu verbessern. Immerhin hatte Italien nach dem Krieg der notleidenden Bevölkerung Österreichs mit Lebensmittellieferungen geholfen und in der Frage der drohenden Abtretung von Teilen Kärntens an Jugoslawien die österreichische Position unterstützt. Um diese Beziehungen und die wirtschaftliche Unterstützung Italiens nicht zu gefährden, erklärte sich der österreichische Bundeskanzler Ignaz Seipel 1928 gegenüber Mussolini bereit, für ein Ende der irredentistischen Propaganda in Südtirol und für eine Loyalitätserklärung des Deutschen Verbandes gegenüber Mussolini zu sorgen; außerdem erklärte er, daß Italien keinerlei Verpflichtungen zum Schutz der deutschen und ladinischen Minderheit eingegangen sei und diese Angelegenheit ein rein inneritalienisches Problem darstelle. — Die Veröffentlichung dieser Erklärung bewirkte einen entscheidenden Vertrauensbruch zwischen Österreich und Südtirol. Ähnliche Wirkung erzielten Meldungen, wonach sich die Führung der Heimwehren unter Richard Steidle ab 1928 auf ihrem faschistischen Kurs massiv von Mussolini unterstützen ließ.

»Allgemein ist (...) in Südtirol eine außerordentlich scharfe Ablehnung des außen- und innenpolitischen Kurses der Wiener Regierung festzustellen. Dies ist dem maßgebenden Kreisen in Wien und Innsbruck bekannt und sehr peinlich. Man sucht diese Haltung einfach als Folge nationalsozialistischer Agitation abzutun.« (Aus einem Brief des VDA-Vorsitzenden Dr. Hans Steinacher an Ministerialrat Thomsen, Reichskanzlei Berlin, 20. Dezember 1934)

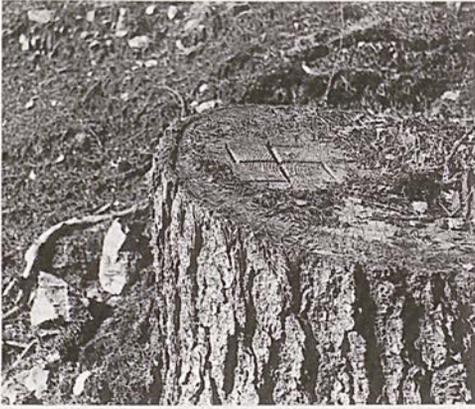
Ein letztes Mal setzten unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise wieder verstärkt auch seitens der österreichischen Regierung Aktivitäten in Richtung Anschluß ein: seit Ende der zwanziger Jahre getroffene Maßnahmen einer wirtschaftlichen Annäherung und Angleichung an Deutschland mündeten 1931 in die Vereinbarung einer deutsch-österreichischen Zollunion. Als dieses Projekt aber unter anderem am Einspruch Italiens scheiterte und eine weitere Kredithilfe im Lausanner Protokoll von 1932 neuerlich mit einem Anschlußverbot gekoppelt wurde, gewan-

nen die Befürworter einer Annäherung an Italien (und Frankreich), mit Bundeskanzler Engelbert Dollfuß an der Spitze, vorübergehend wieder die Oberhand. Auf der Grundlage eines bereits im Februar 1930 geschlossenen Freundschaftsvertrages wurde die enge Anlehnung Österreichs an Italien für die nächsten Jahre zu einem Grundpfeiler der Existenz des Landes. Der Preis für die Unterstützung Österreichs — ab 1933 gegen die Repressionen Hitlers und den Terror der österreichischen Nazis — schloß nicht nur eine weitere Absage an alle »irredentistischen« Bestrebungen in Südtirol, sondern auch den Druck Mussolinis auf die österreichische Innenpolitik mit ein und förderte die Tendenz zur Faszisierung mit den bekannten Folgen: Auflösung des Parlaments, Ausschaltung der Sozialdemokratie, Bürgerkrieg, Errichtung des »austrofaschistischen« Ständestaates. Die von der österreichischen Regierung schließlich auch zur Abwehr der nationalsozialistischen Propaganda vom österreichischen »Verrat an Südtirol« 1934/35 geführten Verhandlungen, die zu vorübergehenden Zugeständnissen Roms bezüglich der Erteilung von privatem Deutschunterricht führten, wirkten sich in Südtirol kaum aus und vermochten auch das Bild vom schwachen Österreich gegenüber dem wiedererstarkten Deutschen Reich nicht aufzubessern.

Mussolini war an einer Selbständigkeit Österreichs besonders interessiert, weil diese eine Voraussetzung für seine außenpolitischen Pläne für einen italienisch beeinflussten Donauraum war; überdies fürchtete Rom schon seit jeher den Expansionsdrang des Deutschen Reiches. — In Hinblick auf die Absichten Deutschlands gegenüber Südtirol also trafen sich die Hoffnungen vieler Südtiroler und die Ängste der faschistischen Regierung in Rom: der »Anschluß« Österreichs wurde von beiden Seiten als erster Schritt zur Beseitigung der Brennergrenze gewertet.



Parade des Arbeitsdienstes,  
Innsbruck 1938



In einen Baumstumpf geschnittes Hakenkreuz, bei Niederdorf, dreißiger Jahre

## Nationalsozialistische Volksgemeinschaft

Es wäre sicher verkürzt, die Hoffnungen vieler Südtiroler auf »Erlösung« durch Anschluß an Deutschland als zwangsläufige Folge der Schwäche und Widersprüchlichkeit der österreichischen Außenpolitik und der Stärke der deutschen Volkstumspolitik zu sehen. Die Bedingungen dieser Perspektive lagen in den revisionistischen Aktionen der nationalsozialistischen Politik wie auch in Südtirol selbst.

### Entheimatung

Die Annexion durch Italien und die faschistische Assimilierungs- und Majorisierungspolitik hatten einen schrittweisen Verlust von Heimat und die sukzessive Auflösung überkommener kultureller, politischer und ökonomischer Zusammenhänge der (Süd)Tiroler Gesellschaft bewirkt. Damit einher gingen zunächst sicher noch diffuse Suchbewegungen, die durch die Propaganda und die materielle Unterstützung der Schutzbünde und Deutschtumsvereine ein Stück weit gelenkt wurden. Das »Weltkriegstrauma« des unbesiegten Verlierers, der Verlust politischer Handlungsräume und Zusammenhänge sowie die Deklassierungsängste zeugenden wirtschaftlichen Probleme verlangten jedoch nach mehr, als propagandistischer, kultureller und materieller Hilfestellung. Gesucht wurde eine politische Kraft mit der Potenz zur Veränderung der Verhältnisse.

Vor allem den ersten Nachkriegsgenerationen, die selbst keine Bindungen an die alten Verhältnisse mehr hatten und die in den neuen Verhältnissen keine bewährten Lebensperspektiven finden konnte, präsentierte sich der aufstrebende Nationalsozialismus als die verändernde Kraft. Die Angst vor beruflicher Chancenlosigkeit konfrontierte er mit den Verheißungen eines beispiellosen wirtschaftlichen Aufstiegs und der technischen Moderne; dem mühsamen strategischen Arrangement der älteren Generation mit den politischen Verhältnissen stellte er die »Volksgemeinschaft« gegenüber, die in gleichsam jugendlicher Unbekümmertheit und als kompromißlose »Kampfsgemeinschaft« alles Alte, »Verrottete« und Fremde von der Weltbühne zu fegen



Hitler beim ersten Spatenstich zum Bau der Reichsautobahnen — in der NS-Propaganda »das größte Bauunternehmen des Jahrhunderts«

versprach und dafür den bedingungslosen, totalen Einsatz eines jeden einzelnen verlangte. Waren die ja durchaus vorhandenen und faszinierenden Elemente von Jugendkultur und Moderne im italienischen Faschismus — man denke nur an die sportlichen Angebote, an die technischen Errungenschaften der Elektrizitätswirtschaft, des Straßenbaus und der Motorisierung, an Radio, Kino und Mode oder an die neue Architektur — nur unter Preisgabe des »Volkstums« erreichbar, versprach der Nationalsozialismus auch noch dessen Erfüllung.

Der Jugendprotest gegen die Generation der Etablierten kann als Erklärung der »deutschen« Hoffnungsperspektive jedoch nicht ausreichen. Entscheidend waren wohl auch soziale Gegensätze.



Illegalen Büchertransport über die »grüne Grenze« von Österreich nach Südtirol durch Mitglieder des VKS, Frühjahr 1939

Rechts:

Titelseite eines reich ausgestatteten Werbeheftes für den von Fiat produzierten Kleinwagen »Balilla«

Werbefahrt der ersten Exemplare des »Volkswagen«, vor dem Hotel »Elefant«, Brixen

Werbeplakat für die IV. Olympischen Winterspiele 1936 in Garmisch-Partenkirchen

Die kulturellen, ökonomischen und psychologischen Folgen der Italianisierungspolitik trafen die Klassen der städtischen und ländlichen Südtiroler Gesellschaft mit unterschiedlicher Härte. Wohlhabende Bauern, vor allem aber das reiche städtische Bürgertum besaßen ausreichende Möglichkeiten, sich mit dem Faschismus zu arrangieren. Internate und ausländische Geschäftsfreunde waren Auswege aus der Schul- und Arbeitsplatzmisere, die Verlagerung von Produktionsstätten oder direkte Kooperation mit den faschistischen Machthabern boten Auswege aus den ökonomischen Problemen. Ein Wandel der Verhältnisse hatte für diese Klasse ebenso wie für den Klerus, der durch die »Lateranverträge« geschützt war, keine existentielle Notwendigkeit. Ihre politischen Bestrebungen zielten daher eher auf Autonomie, auf Kooperation und Arrangement, als auf radikale Veränderung der Verhältnisse. Bauern, Handwerker, kleine Kaufleute und sonstige Gewerbetreibende hingegen, wie auch kleine Beamte, Arbeiter und Angestellte besaßen diese Möglichkeiten des Ausweichens und Arrangierens nicht. Für viele von ihnen waren die Vertreter des Deutschen Verbandes »Bonzen« und »Kapitalisten«, denen ökonomische Vorteile allemal näher waren, als die Belange des Volkstums. Für dieses Kleinbürgertum war ein Wandel der Verhältnisse von existentieller Notwendigkeit. Seine Ängste und Depressionen machten es, ähnlich wie in der Krisen- und Endphase der Weimarer Republik, empfänglich für Programme und Ideologien, die radikale Lösungen versprachen.

Die nationalsozialistischen Inhalte des Deutsch- und Volkstumsbegriffes: »Arbeitsgemeinschaft«, »Kampfgemeinschaft«, »Gesinnungsgemeinschaft« sowie »Blut- und Rassen-gemeinschaft« konnten so die Hoffnung vieler Südtiroler nähren; in dieser Ideologie ließen sich materielle und soziale Interessen mit nationalen Ambitionen auf einen Nenner bringen. Die nationalsozialistische Volkstumsideologie, die eine staatliche Einheit versprach, »soweit die deutsche Zunge klingt«, und damit alldeutsche Vorstellungen in eine imperialistische und revanchistische Programmatik übernahm, mußte für die Südtiroler als Versprechen einer großdeutschen Zukunft gelten. Diese Hoffnung auf großdeutsche »Volksgemeinschaft«, die ihren Höhepunkt mit dem Aufziehen deutscher Soldaten am Brenner erreichte, war bereits mit den revisionistischen »Erfolgen« der nationalsozialistischen Außenpolitik gewachsen.



Beide faschistischen Regime suchten mit mächtigen Sportveranstaltungen und moderner Technik anzusprechen.



## Großdeutschland

Das Verlassen der 2. internationalen Abrüstungskonferenz am 14. Oktober und der Austritt aus dem Völkerbund am 19. Oktober 1933 signalisierten den grundsätzlichen Bruch der nationalsozialistischen Außenpolitik mit den Weimarer Leitmotiven internationaler Beziehungen. Die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht am 16. März 1935, die eine Verletzung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages darstellte, machte deutlich, daß an die Stelle einer Revisionspolitik auf dem Wege der Entspannung aggressive Revisionsmethoden getreten waren.

Erstes großes Ereignis der Kette tendenziell immer gewalttätiger werdender Aktionen war die Saarabstimmung vom 13. Jänner 1935. Sie war zwar nicht die Frucht nationalsozialistischer Außenpolitik, dennoch stellten Stil und Aufwand der Propaganda das Ereignis an den Anfang der folgenden Stationen: Die Saarländer hatten die Möglichkeit darüber zu entscheiden, ob sie die Rückgliederung an das Deutsche Reich, den Anschluß an Frankreich oder weiterhin das Mandat des Völkerbundes wünschten.

Aufgrund eines Abstimmungsergebnisses von 90,7 Prozent für Deutschland faßte der Völkerbundsrat den Beschluß, das Saargebiet dem Deutschen Reich wieder anzugliedern. Die nationalsozialistische Propaganda feierte dies als Leistung Hitlers, der die Saar »heimgeholt« hätte. Richtig ist, daß diese Abstimmung im Versailler Vertrag für fünfzehn Jahre nach dem Friedensschluß vorgesehen war.

Das Ergebnis löste in Südtirol großen Jubel aus und ließ die nationalsozialistische Revisionspolitik als eine Kraft erscheinen, der man zutraute, auch das Südtirol-Problem in einem »gesamtdeutschen« Zusammenhang zu lösen. Die Friedensbedingungen der Siegermächte des Ersten Weltkrieges schienen dabei kein Hindernis darzustellen. Die Entsendung deutscher Truppen in das entmilitarisierte Rheinland machte es deutlich. Dieser überraschende Gewaltakt stärkte erneut das Vertrauen vieler Südtiroler in die Außenpolitik Hitlers, der doch weder Gewalt noch Risiko zu scheuen schien, um das durchzusetzen, was von der nationalsozialistischen Revisionspolitik als deutsches Interesse definiert worden war.

Am 14. März 1938 meldete Hitler auf dem Heldenplatz in Wien »vor der Geschichte« den Eintritt seiner »Heimat in

»13. Jänner. Heute war Volksabstimmung im deutschen Saargebiet. Dieser Entscheid fiel auch, wie auch nicht anders zu erwarten war, zu Gunsten Deutschlands aus. Welches Interesse man hier im deutschen Südtirol dem Volksentscheid dieses Brudervolkes entgegenbrachte, bezeugt unter andern die Tatsache, daß hier in Latsch Bürger, welche kein eigenes Radio besitzen und sonst jahraus jahrein kein Gasthaus besuchen, an diesem Tage eigens in ein Gasthaus gingen, um im Lautsprecher den Verlauf dieser mit Spannung erwarteten Abstimmung erleben zu können. Als dann der Wahlschlußbericht einlangte und am Lautsprecher zu hören war, wie deutsche Treue an der Saar und im Reich gefeiert wurden, da rannen selbst ergrauten Männern Tränen der Ergriffenheit über die gefurchten Wangen. Und manch einer sprach heimlich zum andern: 'Herrgott, könnten wir einmal so frei wählen.'

Ja! Könnten wir Deutsch-Südtiroler einmal frei wählen! Auf den Knien müßte man — könnte man nicht gehen — zur Wahlurne hinrutschen, den Stimmzettel in der markigen Faust, der es still, aber unabänderlich sagte, was man mit orkangewaltiger Stimme hinausrufen möchte in die weite Welt.«

(Chronik Rinner, TGV)

Links: NS-»Siegesfeier« nach der Volksabstimmung im Saarland 1935



Die Deutsche Wehrmacht im Sudetenland

das Deutsche Reich«. Durch erpresserische Einschüchterungen der österreichischen Regierung und mit Hilfe der österreichischen Nationalsozialisten war der »Anschluß« unter dem Motto »Das Deutsche Reich kommt den Brüdern der Ostmark zu Hilfe« durchgeführt werden. Am 10. April ließ Hitler sich die Annexion durch ein propagandistisch perfekt vorbereitetes Plebiszit triumphal bestätigen.

Hatte sich die nationalsozialistische Außenpolitik bisher scheinbar an der Erreichung der Vorkriegsgrenzen des Kaiserreiches orientiert, so besaß der »Anschluß« Österreichs eine neue Qualität, denn damit begann eine Politik, die sich mit der Annexion eines Teils (Sudetenland) und alsbald der ganzen Tschechoslowakei (Reichsprotektorat Böhmen und Mähren) 1938/39 bis zum Einmarsch deutscher Truppen in das Memelgebiet im März 1939 fortsetzen sollte. Es lag in der Konsequenz dieser Außenpolitik, daß der Revisions- und Annexionspolitik als dritte Phase die Eroberungspolitik folgte.

Aus der damaligen Südtiroler Perspektive schien jedoch der Einmarsch in Österreich folgende Hoffnungsperspektiven eröffnet zu haben: Erstens war Südtirol nicht länger ein deutsches Siedlungsgebiet südlich von Österreich, sondern es war zum Grenzland geworden. Der Logik der Deutsch- und Volkstumsideologie folgend, konnte von einem baldigen Anschluß Südtirols ausgegangen werden. Zweitens schienen auch die bisherige Abfolge der Revisions- und An-

Joseph Georg Oberkofler,  
Die Ostmark

Hell durch Trübsal und Nacht  
schlug im Volke das Blut,  
tausendjährig entfacht,  
auf in gewaltiger Glut —  
Ostmark, du bist erwacht.

An Schicksal und Sendung gleich,  
größer in eurem Verband,  
tretet, wir grüßen euch,  
in uralt deutsches Land —  
Deutschland baue das Reich.

Wieder treu und gerecht  
wird Ehr und Pflicht erfüllt,  
und das neue Geschlecht  
ist Deutschlands Wehr und Schild —  
ewig nach gutem Recht.



nexionsschritte und die Reaktionen des Auslandes darauf hinzudeuten, daß die Dynamik dieser Politik nicht am Brenner zum Stillstand käme. — Entsprechend groß war die Erwartung, in »wenigen Tagen auch deutsch zu sein«. Sie äußerte sich in Freudenkundgebungen, die in zeitgenössischen Berichten als »ekstatisch« beschrieben werden, in vielen Hakenkreuzen, die an Fassaden, Felswänden und auf dem Straßenbelag auftauchten, im nationalsozialistischen »deutschen Gruß«, in verbalen und tätlichen Angriffen gegen die Faschisten und in zahlreichen Austritten aus der Faschistischen Partei. — Hingegen wurde die Anerkennung der Brennergrenze durch Hitler, wie die übrige nationalsozialistische Südtirol-Politik, zumeist als taktische Finte abgetan.

Karl Felderer,  
März 38

Der Winter ist um — der Schnee  
zerrinnt,  
Der Apfelbaum blüht — der Frühling  
beginnt,  
Bald läuten die Glocken das Osterfest  
ein,  
Und Auferstehung wird wieder sein.

Dann schauen wir dankbar zum  
Herrgott auf,  
Verzagen nicht und bauen darauf,  
Die Frauen, die Kinder, die Männer,  
Denn heute steht Deutschland am  
Brenner.



## Was keiner wissen wollte

Was in weiten Kreisen Südtirols als Erfolge der Revisions- und Annexionspolitik des Dritten Reiches gefeiert wurde, verstellte den Blick auf die Politik Hitlers gegenüber Italien.

### Achse

Während das Verhältnis zwischen Hitler und Mussolini beim Treffen am 14. und 15. Juni 1934 in Venedig noch von der Dominanz Mussolinis bestimmt wurde und distanziert blieb, verschlechterte es sich durch den Putschversuch österreichischer Nationalsozialisten und die Ermordung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß außerordentlich. Dieser Aktion waren im Jahre 1933 Einmischungen der deutschen Nationalsozialisten in die inneren Angelegenheiten Österreichs vorausgegangen. Neuwahlforderungen der österreichischen Nationalsozialisten wurden unterstützt, mit Hilfe von Devisenbestimmungen, der »1000-Mark-Sperre«, versuchte Berlin die ökonomischen Schwierigkeiten der Dollfuß-Regierung zu steigern, um sie zum Rücktritt zu zwingen.

Mussolini ließ am 25. Juli 1934 Truppen am Brenner aufziehen. Damit war zumindest die Drohung verbunden, die Unabhängigkeit Österreichs nötigenfalls mit Waffengewalt zu verteidigen. Die italienische Strategie gegenüber der nationalsozialistischen Österreichpolitik und der Ankündigung der deutschen Aufrüstung im März 1935 wird besonders am Ergebnis der »Stresa-Konferenz« deutlich: Auf der Isola Bella im Lago Maggiore arbeiteten vom 11. bis zum 14. April 1935 die Regierungschefs von England, Frankreich und Italien einen Vertragstext gegen Deutschland aus, der im Juni 1935 durch ein Geheimabkommen zwischen Italien und Frankreich ergänzt wurde, das militärische Maßnahmen im Falle eines deutschen Angriffs auf Österreich vorsah. — Erst der Kolonialkrieg in Abessinien und die militärische Parteinahme im spanischen Bürgerkrieg führten zur Wiederannäherung und später zur Festigung der deutsch-italienischen Beziehungen.

Mussolinis Überzeugung, daß die Bedeutung Italiens auch von der Größe des kolonialen Besitzes abhängig sei, ließ ihn einen Kolonialkrieg in Abessinien führen. Diese, an politi-



Deutscher Angriff auf Polen, Beschuß der »Westerplatte«, September 1939

Links: Flaggenparade beim Besuch Hitlers in Rom, Mai 1938



Deutschsprachige Rechtfertigungsschrift für Italiens Krieg gegen Abessinien, 1935

Rechts: Aus dem Album eines Südtiroler Abessinienkämpfers



schen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts orientierte Aggression richtete sich gegen ein Mitglied des Völkerbundes. Entgegen den außenpolitischen Vermutungen Mussolinis reagierten die Westmächte, wenn auch nicht sehr entschieden, so doch negativ: der Völkerbund verhängte Wirtschaftssanktionen. In dieser Lage suchte Mussolini nach Möglichkeiten einer deutsch-italienischen Wiederannäherung. Als ein erster Schritt in diese Richtung sollte die Auswechselung des italienischen Botschafters in Berlin im August 1935 den neuen Kurs in der Außenpolitik gegenüber dem Deutschen Reich signalisieren.

Hitler, der nun begann, Italien in diesem mit grausamer Härte geführten Krieg wirtschaftlich zu unterstützen, hatte zunächst vorsorglich auch Abessinien mit Waffen beliefert, um durch die Verstärkung des Konfliktes Italien die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich vor Augen zu führen. Diese Rechnung ging auf: Anfang Jänner 1936 bot Mussolini eine Einigung in der Österreich-Frage an und drängte Bundeskanzler Kurt Schuschnigg zu einer nachgiebigeren Haltung gegenüber der verbotenen österreichischen nationalsozialistischen Bewegung und zu einem Weg der Verständigung mit Hitler. Im Februar 1936 konnte sich Hitler des italienischen Verständnisses für den geplanten Einmarsch ins Rheinland versichern.

Schließlich kam es zur militärischen Zusammenarbeit bei der Unterstützung der Nationalisten unter Führung Gene-

ral Francos im Spanischen Bürgerkrieg: Den Putsch Francos gegen die republikanische Regierung Spaniens vom 18. Juli 1936 unterstützten beide Diktaturen durch Entsendung nur notdürftig als freiwillige Verbände getarnter Einheiten. Italien griff mit etwa 70.000 Mann in die Kämpfe ein, während das Deutsche Reich die Legion Kondor schickte, einen Luftwaffenverband in der Stärke von etwa 20.000 Soldaten mit modernstem Gerät. Diese Hilfe war eine maßgebliche Ursache für den Sieg der Nationalisten und die Errichtung der Diktatur Francos.

Die gemeinsame Aktion gegen das, was Faschismus und Nationalsozialismus unter «Bolschewismus» verstanden, verstärkte die deutsch-italienischen Beziehungen. Im Oktober 1936 besuchte Außenminister Graf Ciano Berlin und Berchtesgaden und eröffnete damit die Reihe intensiver deutsch-italienischer Konsultationen und Besuche. Im Rahmen dieser Visite unterzeichneten Hitler und Graf Ciano ein Abkommen, das den Herrschaftsanspruch Francos unterstrich und die mitteleuropäische Sphäre des deutschen »Lebensraum«-Imperialismus gegen den mediterranen Interessensraum des italienischen »Mare nostrum«-Imperialismus abgrenzte. Am 1. November 1936 bekannte sich Mussolini in Mailand zur Freundschaft mit dem Deutschen Reich, zum Antibolschewismus und prägte in diesem Zusammenhang den Begriff der »Achse Berlin-Rom«.

Damit war noch keine Bündnissituation entstanden, aber der Begriff beschrieb die politische Architektur Europas, wie sie sich nach dem Scheitern der Völkerbundidee als Alternative darstellte. Der Beitritt Italiens zum kriegsvorbereitenden »Antikominternpakt«, den das Deutsche Reich und Japan am 25. November 1936 geschlossen hatten, schuf sodann ein imperialistisches Kräftedreieck, das bereits die wesentlichen räumlichen Ziele der späteren Kriegskoalition erkennen ließ. Die »Achse« als europäische Komponente dieser »Interessensgemeinschaft in Sachen Weltmacht« durfte weder durch das Österreich- noch durch das Südtirol-Problem zusätzlich belastet werden. Beide Probleme galt es im Interesse weiträumiger imperialer Pläne zügig zu lösen. Gab es für den Österreicher Hitler im Hinblick auf Österreich nur eine großdeutsche Lösung, so hatte er bereits früh deutlich gemacht, daß er im Südtirol-Konflikt einer pragmatischen Lösung nach den Maßstäben der Macht- und Interessenpolitik zustimmen würde.



Hitlers erstes Treffen mit Mussolini, Venedig, Juni 1934



Hitler mit Mussolini in Deutschland

»Zum Brenner hoch, die Fenster fest geschlossen,  
fährt Hitlers Zug, wir fluchen hinterdrein.  
Er pfeift auf euch, Tiroler Volksgenossen,  
jetzt kann uns nur der Negus noch befreien!«  
(Südtiroler Spottgedicht, Mai 1938)

Österreichische Karikatur aus dem Jahr 1939



Die sich anbahnende deutsch-italienische Partnerschaft, zu deren Zweck und in deren Rahmen die anstehenden Probleme zu lösen waren, wurde mit zwei Besuchsreisen der beiden Diktatoren nach Berlin und Rom demonstriert und gefeiert. In einer pompösen Inzenierung wurde Mussolini, der am 25. September 1937 seinen Deutschland-Besuch antrat, die wirtschaftliche und militärische Kraft des Deutschen Reiches wirkungsvoll vorgeführt. Propagandistischer Höhepunkt war die »Völkerkundgebung der 115 Millionen«, die am 28. September auf dem Maifeld in Berlin stattfand. Wichtigstes Ergebnis dieser Reise war die Tatsache, daß Mussolini von der Potenz des nationalsozialistischen Deutschland und von Hitler fasziniert war. Diese Faszination ließ ihn, wenn auch nicht gradlinig, so doch bis zum tödlichen Ende, Hitler politisch und militärisch folgen. Äußeres Zeichen der Forcierung der »Achsen«-Strategie war der Austritt Italiens aus dem Völkerbund am 11. Dezember 1937.

An den Besuch Hitlers in Rom, den er im Mai 1938 mit großem Gefolge unternahm, knüpften sich auch große Erwartungen der Südtiroler. Man war überzeugt, daß es dem »Führer«, der längst der stärkere Partner in der deutsch-italienischen Zusammenarbeit geworden war, gelingen würde, den »Anschluß« Südtirols beim »Duce« durchzusetzen. Die Durchfahrt des Führerzugs mit geschlossenen Vorhängen symbolisierte jedoch bereits, daß diese Hoffnungen grundlos waren. Mussolinis Zustimmung zur Annexion Österreichs wurde von Hitler mit der Anerkennung der »Unantastbarkeit« der Brennergrenze erwidert. Damit waren zwar die zentralen Störgrößen der Achse beseitigt, die »störende« Wirkung des Südtirol-Problems wurde jedoch erst durch die Umsiedlungsabsprachen vom Juni 1939 wesentlich gemindert. Im Vorfeld dieser Entscheidung wurde darangegangen, das Südtirolproblem aus der Propaganda und Öffentlichkeit des Dritten Reiches zu eliminieren: Der Begriff »Südtirol« wurde aus dem öffentlichen Sprachgebrauch getilgt, die öffentliche Thematisierung des Südtirol-Problems verboten, die Südtirol-Arbeit des VDA unterbunden, sein Leiter Hans Steinacher abgesetzt, die Innsbrucker Arbeitsstelle für Südtirol geschlossen.

Die Achse war jedoch trotz aller zur Schau gestellten Zusammenarbeit nur ein Begriff, dessen Inhalt, besonders im Hin-



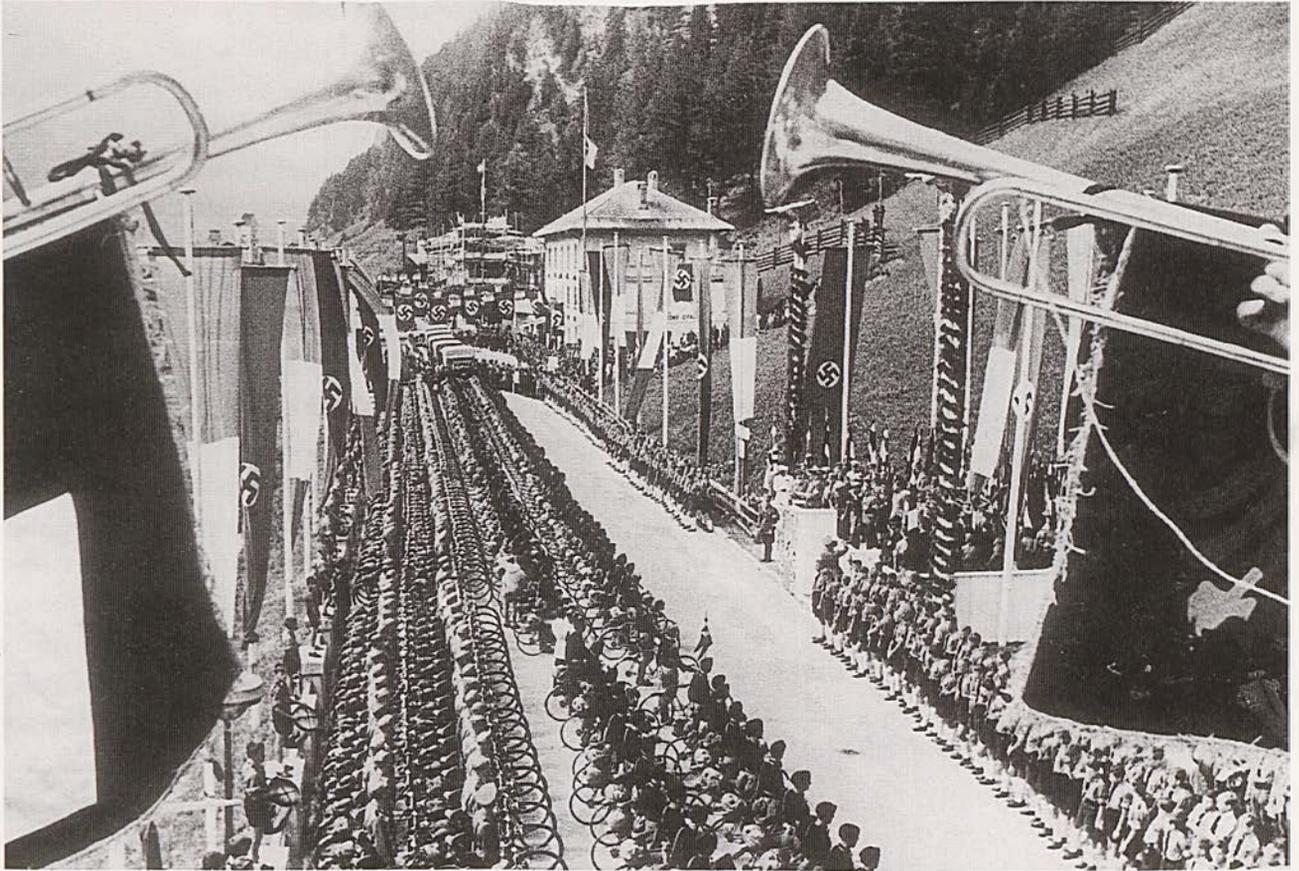
blick auf Zusammenarbeit in dem vom Großdeutschen Reich projektierten Eroberungskrieg, noch nicht fest umrissen war. Deshalb drängte die deutsche Seite auf einen politisch-militärischen Vertrag. Zunächst freilich bedeutete der deutsche Einmarsch in die Tschechoslowakei im März 1939 eine Brüskierung Mussolinis, unter dessen Führung noch im September 1938 das Münchner Abkommen über die Regelung der Sudetenfrage zustande gekommen war. Im Gegenzug akzeptierte allerdings das Dritte Reich den Überfall Italiens auf Albanien im April 1939. Nach positiven Sondierungsgesprächen über die Lösung des Südtirolproblems durch Umsiedlung der Südtiroler stimmte Mussolini schließlich dem gewünschten Militärpakt zu. Am 22. Mai 1939 wurde in Berlin der »Stahlpakt« unterzeichnet, der die ideologischen Gemeinsamkeiten der beiden Regime hervorhob und im Falle kriegerischer Verwicklungen volle militärische Unterstützung des Bündnispartners zusicherte. Der Vertrag, der im wesentlichen nach deutschen Entwürfen aufgesetzt worden war, enthielt allerdings keine Sicherung gegen einen Bruch der vereinbarten Friedensfrist. Bereits im August wurde der italienische

Unterzeichnung des »Stahlpaktes« in Berlin, 22. Mai 1939 durch Ciano und Ribbentrop (nicht auf dem Bild), Berlin, 22. Mai 1939

»Nachdem der Führer und Reichskanzler die Grenze endgültig anerkannt hat, ist das Thema 'Südtirol' für uns abgeschlossen und jegliches Aufgreifen in irgendeiner Form (Veröffentlichung, Karten, Statistiken, drahtlose Sendungen usw.) hat daher zu unterbleiben. Die Befriedung Südtirols und die Verbesserung des Loses der dortigen Bevölkerung muß sich aus der Deutsch-italienischen Freundschaft ergeben. Während der Rom-Reise ist die weitere Lebensgestaltung der Südtiroler eingehend besprochen worden, und es werden demnächst entsprechende Maßnahmen getroffen werden.«

(Rundschreiben des Führer-Stellvertreters Rudolf Hess an die Dienststellen des Reiches, 3. Juni 1938)





Außenminister Graf Ciano von Reichsaußenminister Ribbentrop und Hitler vom bevorstehenden deutschen Überfall auf Polen in Kenntnis gesetzt. Da alle Versuche Mussolinis von Anfang September 1939, Hitler zu bremsen bzw. zu einer Vereinbarung mit den Westmächten analog dem Münchner Abkommen von 1938 zu gelangen, scheiterten, erklärte er Italiens »non belligeranza«. Italien gab seine Neutralität, um die sich die Westmächte und der Vatikan bis zuletzt bemüht hatten, erst nach dem Treffen von Hitler und Mussolini am 18. März 1940 am Brenner auf.

Treffen von Abordnungen der Hitlerjugend und faschistischer Jugendorganisationen auf dem Brenner, Sommer 1939

Links: Schmuck des Bahnhofs Sterzing und einer Hausfassade in Rom anlässlich Hitlers Fahrt nach Rom, Mai 1935



Von der »Volksgemeinschaft« zur  
»Opfergemeinschaft« — Plakat 1934

## Die Realität der Volksgemeinschaft

Der nationalsozialistische Begriff der »Volksgemeinschaft« selektierte »deutsch« und »undeutsch« nach den Kriterien »Rasse« und »Haltung«. Der Wille, Deutscher zu sein, reichte nicht aus; es mußte der Nachweis erbracht werden, »rassisch einwandfrei« zu sein und eine positive »Haltung« gegenüber dem Nationalsozialismus einzunehmen. Wer diesen Nachweis nicht erbringen konnte oder wollte, wurde als »undeutsch« aus der »Volksgemeinschaft« ausgeschlossen. Der großdeutschen Politik, das »Deutschtum« in einer staatlichen Einheit zu versammeln und unter dem Begriff der »Volksgemeinschaft« zu einen, entsprach im Innern ein Ausgrenzungsprozeß, der die Voraussetzungen der späteren Vernichtungsmaschinerie schuf.

Auf der Basis der »Reichstagsbrandverordnung« (Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933) war über das »Dritte Reich« der Ausnahmezustand verhängt worden. Dies ermöglichte das Ausschalten der politischen Opposition und der Arbeiterbewegung durch Verhaftung und in vielen Fällen auch durch Ermordung, die Terror- und Willkürakte gegen Juden, die kirchenfeindlichen Maßnahmen und die Verfolgung mißliebiger Intellektueller und sogenannter »entarteter« Künstler.

Noch vor der Reichstagswahl 1933 wurden die SPD- und KPD-Presse verboten und Massenverhaftungen von Funktionären der Arbeiterparteien durchgeführt. Die Zusammensetzung des Reichstages wurde durch rechtswidrige Annullierung von Mandaten und durch Verhaftungen von Abgeordneten der KPD und SPD von der nationalsozialistisch geführten Regierung so manipuliert, daß die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Verabschiedung des »Ermächtigungsgesetzes« (Gesetz zur Behebung der Not in Volk und Staat vom 24. März 1933) zustande kam. Mit diesem Gesetz war nicht nur der Rechtsstaat, sondern auch die Demokratie endgültig abgeschafft. Die Forderung einer nationalsozialistischen »Haltung« der »Volksgenossen«, zu der auch die Unterordnung unter den »Führerwillen« gehörte, hatte demokratische Begriffe wie »Machtkontrolle«, »öffentliche Austragung von Interessenskonflikten« und »Opposition« verdrängt; an die Stelle demokratischer Teilhabe war der Gehorsam getreten.

Die Zerschlagung der linken Opposition fand ihren Abschluß in der gewalttätigen Liquidierung der Gewerkschaften am 2. April 1933. An die Stelle der vernichteten Arbeiterbewegung und ihrer Partei trat die Deutsche Arbeitsfront (DAF). Damit verbunden war eine neue Definition des Begriffes Arbeit. An die Stelle des Gegensatzes von »Kapital« und »Arbeit« trat das konstruierte Oppositionspaar »raffendes« und »schaffendes Kapital«. Während die nationalsozialistische Propaganda das »raffende« Kapital als »jüdische Wallstreet-Plutokratie« diffamierte und ihm die Wirtschaftsmisere und die Verelendung breiter Bevölkerungsschichten anlastete, wurde das »schaffende« Kapital zum nützlichen Element für das »Volksganze« stilisiert. Damit verbunden war die Ablehnung des »jüdisch-bolschewistischen Klassenhasses«.

»Arbeitsgemeinschaft« bedeutete in dieser widersprüchlichen Theorie, die sich als zugleich antikapitalistisch und antisozialistisch definierte, die Zusammenarbeit zwischen »schaffendem Kapital« und den »Schaffenden der Stirn und Faust«. Dies geschah nicht nach dem Prinzip der Gleichheit, sondern nach dem Motto »Jedem das Seine«. Gemeinschaft wurde also formiert und zwar so, daß sie für die Ziele nationalsozialistischer Herrschaft einsetzbar wurde; so, daß aus der »Arbeitsgemeinschaft« bei Bedarf und auf Kommando eine »Kampfgemeinschaft« werden konnte.

Die verschiedenen Abkommen mit der evangelischen und katholischen Kirche täuschten anfänglich über die Kirchenfeindlichkeit des Regimes hinweg. Deutlicher als die katholische Kirche war die evangelische Kirche zur Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Regime bereit. Dies führte zum Widerstand zahlreicher Geistlicher gegen die Kirchenleitung und zur Gründung der oppositionellen »Bekennenden Kirche«, die sich mit Kanzelverkündungen und Denkschriften gegen den Nationalsozialismus wendete. Nach dem »Anschluß« Österreichs erklärte die dortige evangelische Kirche den »Anschluß« an die Deutsche Evangelische Kirche und begrüßte die nationalsozialistische Annexion.

Die katholische Kirche, ohnehin politisch schon erheblich durch die Entmachtung und Auflösung der Zentrums-Partei geschwächt, wurde auch als gesellschaftliche Organisation systematisch lahmgelegt. Das Konkordat und das daraufhin erfolgte Arrangement mit dem Nationalsozialismus

sowie die schriftlichen Proteste des deutschen Episkopates boten keinen Schutz gegen die Auflösung des katholischen Vereinswesens und der katholischen Presse oder die Schließung der Konfessionsschulen und kirchlichen Internate. Die Enzyklika »Mit brennender Sorge« vom 14. März 1937 wandte sich deutlich gegen die Politik des Nationalsozialismus, vor allem gegen die Rassengesetzgebung und Judenverfolgung. In Österreich versuchte die katholische Amtskirche ihre Stellung durch das Bekenntnis zum Großdeutschen Reich zu wahren, was nicht gelang. Verhandlungen mit den neuen Machthabern wurden im September 1938 von den Bischöfen unter Protest abgebrochen. Die beginnende Gegnerschaft der Kirche wurde durch die größte oppositionelle Kundgebung gegen den Nationalsozialismus dokumentiert: am 7. Oktober 1938 versammelten sich nach einem Aufruf der Katholischen Jugend zu einer »Jugend-Feierstunde« im Stephansdom über 10.000 Menschen im Dom und auf dem Stephansplatz, um gegen die Kirchenpolitik des Nationalsozialismus und gegen seine Herrschaft schlechthin zu demonstrieren. Hier wurde deutlich gemacht, daß christliches Glaubensbekenntnis und nationalsozialistische »Haltung« unvereinbar waren. Gewalttätige Gegenmaßnahmen, ein antiklerikaler Propagandafeldzug und vielfältige Repressionen gegen kirchliche Einrichtungen waren die deutliche und öffentliche Antwort des Regimes, das in seinem Machtbereich keiner Institution neben der NSDAP Einfluß auf die Bevölkerung zubilligte.

Am 10. Mai 1933 führte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund die Aktion »Wider den undeutschen Geist« durch, die unter dem Namen »Bücherverbrennung« für großes Aufsehen sorgte. Damit begann der Terror gegen jene Intellektuellen und Künstler, die sich nicht opportunistisch verhielten, durch Berufsverbote, Verhaftungen und Morde. Ebenso öffentlich wie die »Bücherverbrennungen« wurden Maßnahmen gegen die angeblich »entartete« Musik und bildende Kunst gesetzt. Vom 4. bis 31. März 1936 fand in München eine Ausstellung statt, in der die Exponate der modernen Malerei und Plastik als »Kulturdokumente des Bolschewismus und der jüdischen Zersetzungsbauarbeit« unter dem diffamierenden Titel »Entartete Kunst« gezeigt wurden.

Aus dem »Reichsbürgergesetz« vom 15. September 1935 (§ 2): »Reichsangehöriger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen.«



Die Verfolgung der deutschen jüdischen Bevölkerung, ab 1938 auch auf Österreich und später auf die übrigen annektierten und besetzten Gebiete ausgeweitet, hatte bereits 1933 mit Boykottmaßnahmen und Berufsverboten begonnen. Sie stellte die gewalttätigste Form der Ausgrenzung aus der deutschen »Volksgemeinschaft« dar. Mit den »Nürnberger Rassegesetzen« vom 15. September 1935 wurden die gesetzlichen Grundlagen der antisemitischen Diskriminierung und Verfolgung geschaffen. Die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung erreichten in der Zeit vom 9. bis 11. November 1938 mit der »Reichskristallnacht« einen ersten Höhepunkt und lösten einen internationalen Sturm der Entrüstung aus. Die Zerstörung jüdischer Geschäfte, Wohnungen und Synagogen, der vielfältige Terror, dem die jüdischen Bürger ausgesetzt waren, und die Massenverhaftungen markierten die Wende von der Verfolgung zur Vernichtung.

Die SA läßt ein jüdisches Geschäft mit »Jude« beschmierem. Innsbruck, April 1938







## Die Option

Hubert Mock  
Walter Pichler  
Martha Verdorfer  
Alessandra Zendron



Das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin, Ort der deutsch-italienischen Delegiertenkonferenz vom Juni 1939

Auf der Berliner Konferenz vom 23. Juni 1939 wurde zwischen Deutschland und Italien kein »Umsiedlungsvertrag« unterzeichnet, sondern lediglich die Äußerungen der Teilnehmer protokolliert. — Rechts: Eines der beiden deutschen Protokolle und das italienische Protokoll der Sitzung

## Vereinbarungen und Verfahren

Berlin, 23. Juni 1939. Im Hauptamt der Geheimen Staatspolizei in der Prinz-Albrecht-Straße treffen sich fünf italienische und zwölf deutsche Delegierte. Knapp zwei Stunden lang verhandeln sie über eine geplante Umsiedlung der »Volksdeutschen« Südtirols bzw. der »allogeni« des Alto Adige. Das Ziel der Umsiedlung sei — so heißt es einmütig — die »endgültige Lösung des Problems Südtirol«.

Heinrich Himmler, Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, führt nicht nur den Vorsitz, sondern beherrscht auch vollkommen die Diskussion. Die übrigen Teilnehmer akzeptieren praktisch stillschweigend seine Ausführungen, den Plan zur Umsiedlung der Südtiroler in drei Etappen:

1. die in Südtirol lebenden Reichsdeutschen;
2. die »nichtbodengebundenen« Volksdeutschen;
3. die »bodengebundenen« Volksdeutschen.

Beide Delegationen sind über den Verlauf und das Ergebnis der Sitzung zufrieden. Einen Moment lang scheint es, als sei den beiden faschistischen Staaten die einvernehmliche Lösung der Südtirolfrage gelungen.

Die eigentliche Voraussetzung zum deutsch-italienischen Umsiedlungsbeschluß war ein gutes Jahr zuvor mit dem »Anschluß« Österreichs geschaffen worden:

Mit dem Einmarsch in Österreich am 12. März 1938 bereitete Deutschland dem italienischen Juniorpartner — sozusagen zwangsläufig — eine empfindliche Niederlage für dessen eigene imperiale Politik in Mitteleuropa. Die italienische Zustimmung zum »Anschluß« hatte ihren Preis: den definitiven deutschen Verzicht auf Südtirol. In diesem Sinne hatte schon ein Jahr vorher Reichsmarschall Hermann Göring gegenüber dem deutschen Botschafter Ulrich von Hassell von einem notwendigen »Opfer« im Fall des »Anschlusses« von Österreich gesprochen. Das hieß für Göring: endgültiger deutscher Verzicht auf Südtirol und Zustimmung zur Assimilation bzw. Umsiedlung der nicht assimilationswilligen Südtiroler ins Reich.

Die Tatsache, daß seit dem 12. März 1938 jenseits des Brenners Deutschland lag, gab nicht nur dem Südtiroler Irredentismus neuen Auftrieb, sondern weckte gleichermaßen italienische Verlustängste bezüglich der neu erworbenen

Aktenvermerk

zu einer Sitzung unter Vorsitz des Reichsführers-III am  
23. Juni 1939, 16 Uhr.

Betr.: Rückführung der Reichs- und Volksdeutschen aus Südtirol.

Es nahmen teil

a) von italienischer Seite:

der italienische Botschaf- ter in Berlin	Attolico
der bevollmächtigte Mi- nister bei der Italien. Botschaft in Berlin	Conte Magistrati
der italienische Präfekt in Bozen	Minstromattai

b) von deutscher Seite:

Der Reichsführer-III	
der Chef des persönlichen Stabes Reichsführer-III	H-Gruppenführer Wolff
der Staatssekretär	von Weizsäcker
der Unterstaatssekretär	Wormann
der Gesandtschaftsrat	Mohrman
der deutsche Generalkonsul in Bozen	Behne
der Chef der Sicherheits- polizei	H-Gruppenführer Heydrich
der Leiter der Volksdeut- schen Mittelstelle	H-Obergruppenführer Lorenz

Am-  
wä-  
r-  
t-  
ig-  
e-  
A-  
m-  
t

der Stabsleiter der A.O.	H-Oberführer Ruberger
der : taboführer der Volks- deutschen Mittelstelle	H-Oberführer Behrens
der Chef der Dienststelle "Vierjahresplan"	H-Oberführer Greiffelt

Der Reichsführer-III führt aus, dass man, nachdem Deutschland und Italien dahingehend Übereinkommen seien, die reichs- und volksdeutsche Bevölkerung Südtirols in die Reichsgrenzen aufzunehmen, jetzt an die praktische Lösung dieses Problems mit aller Kraft herangehen wolle. Er ist der Ansicht, dass bereits während der Monate und Wochen des Jahres 1939 ein erheblicher Fortschritt zur Erlangung des endgültigen Zielens gemacht werden würde.

Die deutsche Regierung habe das Verhalten des Ortsgruppenleiters in Bozen aufs schärfste missbilligt, er sei in das Konzentrationslager Sachsenhausen überführt worden.

In der Praxis sind 3 Gruppen von reichs- und volksdeutschen Immigranten Südtirols zu berücksichtigen, und zwar:

- 1) Reichsdeutsche, die nach Südtirol ausgewandert sind und dort sesshaft wurden. Hierbei ist nicht gedacht an solche Personen, die als Pioniere der deutschen Wirtschaft (Mechaniker und Handelsvertreter) deutsche wirtschaftliche Interessen dort wahrnehmen.
- 2) Volksdeutsche Personen, italienischer Staatsangehörigkeit, die nicht an Bodenbesitz gebunden sind, die also als Industriearbeiter, Handwerker und in nicht bodengebundenen Berufen ihren Erwerb finden.
- 3) Durch Bodenbesitz gebundene volksdeutsche Bevölkerung (vornehmlich Bauern und Landwirte), deren Überführung in das Reich von der Möglichkeit der Wiederbesiedlung abhängig ist.

Die Überführung ins Reich wird in der Reihenfolge der vor-  
genannten 3 Gruppen sich abwickeln haben.

In Laufe des vergangenen Jahres sind bereits 5 - 6000 Reichs-  
deutsche in das Reich abgewandert. Die weiteren in Frage  
kommenden Personen der ersten Gruppe sind zur Summe des ge-

Verbale della Riunione avvenuta a Berlino nella Sede del  
Comando Generale delle Formazioni S.S.e della Polizia del Reich,  
venerdì 23 giugno 1939/XVII alle ore 16.

Sono presenti:

1) Da parte italiana

S.E. il R. Ambasciatore Attolico  
S.E. Minstromattai, Prefetto di Bolzano  
Conte Magistrati, R. Ministro Plenipotenziario,  
Consigliere della R. Ambasciata in Berlino  
Comm. Romano, R. Console Generale in Innsbruck  
Marchese Lanza d'Ajeta, R. Console, Membro del Gabinetto di  
S.E. il Ministro degli Affari Esteri

2) Da parte tedesca

Il Reichsführer Himmler, Capo delle Formazioni S.S. e Capo  
della Polizia del Reich  
Barone von Weizsäcker, Segretario di Stato per gli Affari  
Esteri  
Gauleiter Bohle, Segretario di Stato per le Organizzazioni  
tedesche all'Estero  
Dr. Wormann, Sottosegretario di Stato per gli Affari Esteri  
Gruppenführer Heydrich, Capo della Polizia Segreta del Reich  
Obergruppenführer Lorenz,  
Gruppenführer Wolff, Capo dell'Ufficio Centrale del Reich-  
führer Himmler  
Dott. Behne, Console Generale di Germania a Milano  
Greiffelt, dell'Ufficio Centrale del Reichsführer Himmler  
Mohrman, Consigliere di Legazione  
un gruppo di Segretari dell'Ufficio Centrale del Reich-  
führer Himmler

Himmler porge un saluto ai presenti e si dichiara sicuro che,  
con la sincera e vera collaborazione da parte di tutti, il problema  
indubbiamente delicato che è oggetto della odierna riunione verrà  
felicitamente risolto. Con il raggiungimento della soluzione si com-  
pirà opera profondamente utile per il sempre maggiore consolidamen-  
to dei rapporti di alleanza e di amicizia che uniscono i due Popoli.

Entrando in argomento dichiara essere opportuno dividere la  
popolazione alloglietta dell'Alto Adige in tre gruppi:

- 1) Cittadini tedeschi a loro volta suddivisi in individui pro-  
venienti da regioni del Reich e non dal Tirolo e che abbiano sempli-  
ci relazioni di affari in Alto Adige e che non appartengono né per  
necessità né per parentela al Tirolo, e individui di origine tirolese;
- 2) Cittadini italiani di origine e lingua tedesca non posses-  
sori di proprietà terriere;
- 3) Cittadini italiani di origine e lingua tedesca possessori  
di proprietà terriere.

Occorrerà quindi portare la discussione separatamente su cia-  
scuno dei gruppi.

Attolico nel ricambiare il saluto del Reichsführer fa la se-  
guente dichiarazione:

"Considero l'azione che stiamo per intraprendere come un atto  
di eccezionale saggezza politica. L'alleanza per la vita e per la  
morte testé proclamata fra i due Paesi ha bisogno, per rimanere tale,  
di essere immunizzata dai tarli che possono roderne la granitica  
resistenza. Di questi uno solo ne esiste ed è costituita dalla  
presenza nell'Alto Adige di elementi allogeni che lungi dall'aver  
similari moltiplicano le loro resistenze, fiduciosi in un avvenire  
ipotetico che invece la volontà suprema dei nostri due grandi Paesi  
ormai parentariamente esclude.

Va, per la verità, riconosciuto al Führer e Cancelliere del  
Reich il grande merito di essere stato il primo, nella sua visione  
lungimirante dei problemi politici, a intravedere la necessità ed  
il modo di risolvere la questione. In vista per primo del Führer,  
questa questione viene ora posta all'ordine del giorno per essere



SS-Obergruppenführer Ulrich Greifelt, Chef der »Dienststelle Vierjahresplan« im Persönlichen Stab Himmlers: Das Deutsche Reich »wird (...) nicht davor zurückschrecken dürfen, die Forderung und Freigabe des deutschen Blutes (von anderen Staaten) ganz offiziell zu fordern«.

(Aus der Denkschrift für Himmler, Jänner 1939)

Der italienische Botschaftsrat in Berlin, Massimo Magistrati, forderte bereits nach dem »Anschluß« Österreichs die Totalumsiedlung der Südtiroler.



## Zur Idee »Völkischer Flurbereinigung«

Die Idee der Umsiedlung ethnischer Minderheiten zur Schaffung übereinstimmender Staats- und Volksgrenzen war keine Erfindung der Nationalsozialisten oder Faschisten. Sie entstand vielmehr auf dem Höhepunkt und gewissermaßen als letzte Konsequenz des nationalstaatlichen Denkens. Erste Vorschläge zur »völkischen Flurbereinigung« wurden bereits am Vorabend des Ersten Weltkriegs durch deutsche und italienische Nationalisten entwickelt:

Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, erhoffte sich von einem siegreichen Ausgang des Kriegs deutsche Gebietseroberungen in West und Ost; aus einem derart geschaffenen »Großdeutschland« sollten dann Franzosen, Juden und Slawen vertrieben, umgesiedelt und durch »verstreute deutsche Volkssplitter« ersetzt werden. Ettore Tolomei und Adriano Colocci-Vespucci aus dem Umkreis der Associazione Nazionalista Italiana forderten für ein siegreiches Italien die Verschiebung seiner nördlichen Grenze bis zur Wasserscheide des Alpenhauptkammes und die Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung.

Während des Ersten Weltkriegs und dann in den zwanziger Jahren wurden Umsiedlung und Bevölkerungsaustausch auch als Instrument zur Regelung zwischenstaatlicher Konflikte diskutiert: Der deutsche Publizist Siegfried Lichtenstaedter machte in den zwanziger Jahren u. a. den Vorschlag, die italienische Bevölkerung des Schweizer Kantons Tessin mit der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol auszutauschen.

Auf diplomatischer Ebene wurde zwischen Deutschland und Italien eine Umsiedlung der Südtiroler schon sehr früh in Erwägung gezogen: Der deutsche Botschafter in Ankara, Nadolny, schlug seinem italienischen Amtskollegen Montagna bereits im Jahr 1925 einen derartigen Plan vor. Lichtenstaedter wie Nadolny waren gewissermaßen »am Puls der Zeit«: erst im Jahr 1919 waren der freiwillige griechisch-bulgarische Bevölkerungsaustausch und im Jahr 1923 der obligatorische Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei vereinbart worden. Wenn die deutsche Reichsregierung diese Pläne nicht aufgriff, so nicht zuletzt deshalb, weil ihre Außenpolitik zu Zeitpunkt nicht allein auf die Gewinnung der Südtiroler, sondern auf den Erwerb ganz Südtirols zielte.



Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, Heinrich Himmler (rechts) war Vorsitzender der Berliner Konferenz und dominierte völlig die Diskussion. Der italienische Polizeichef Arturo Bocchini (rechts hinter Himmler) war wie sein deutscher Amtskollege ein Vertreter der Totalumsiedlung.

Provinz. In dieser Situation äußerte der italienische Botschaftsrat Massimo Magistrati gegenüber dem Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Ernst von Weizsäcker, daß es früher oder später nötig sein werde, für Südtirol eine »radikale und freundschaftliche Lösung« zu finden.

In den folgenden Wochen dienten eine Reihe von hektischen Gesprächen auf diplomatischer Ebene der näheren Erörterung der gegenseitigen Vorstellungen und Wünsche. Das Fazit der Gespräche: Rom und Berlin waren prinzipiell bereit, die Südtirolfrage durch eine Umsiedlung aus der Welt zu schaffen.

Für die deutsche Seite hielt Generalkonsul Max Lorenz ein weiteres Ergebnis fest: In seiner Denkschrift für das Auswärtige Amt in Berlin bezeichnete er nur eine Form der Umsiedlung der Südtiroler als annehmbar, nämlich die Totalumsiedlung in neu erobertes Siedlungsgebiet im Osten. Deutschland habe keinen Grund — so argumentierte Lorenz — den Verlust volksdeutschen Bodens in Südtirol gutzuheißen, »wenn durch die Umsiedlung nicht an anderer Stelle neuer volksdeutscher Boden gewonnen wird«.

Hatte der »Anschluß« Österreichs zu starken Spannungen im deutsch-italienischen Verhältnis geführt, so brachte Hitlers feierliche Bestätigung der Unverletzlichkeit der Brennergrenze im Mai 1938 in Rom eine vorübergehende Normalisierung der Situation und ein Ruhen der Umsied-

lungsgespräche. Das änderte sich mit dem deutschen Einmarsch in Prag vom 15. März 1939 wiederum völlig. In militärischen und diplomatischen Kreisen Italiens regten sich Zweifel an der Aufrichtigkeit von Hitlers Garantie der Brennergrenze. Und wie im März 1938, als die italienische Regierung vom deutschen Überfall auf Österreich überrascht worden war, forderte der italienische Botschaftsrat Magistrati erneut die Umsiedlung der Südtiroler, die Totalumsiedlung — wohl aus der Überlegung, alles fordern zu müssen, um wenig zu erhalten.

Magistrati brachte auch Italiens wirtschaftliche Interessen an einer Umsiedlung zur Sprache: Er schlug vor, die abzulösenden Vermögen der Umsiedler mit den in Österreich festgefrorenen italienischen Guthaben zu verrechnen. Die Ablöse bzw. der Transfer dieser italienischen Kapitalwerte waren schon länger Gegenstand von Verhandlungen beider Länder, doch konnte bisher aufgrund des deutschen Devisenmangels keine Lösung gefunden werden. Zwischen der Summe der Vermögenswerte aller Südtiroler und der Höhe der italienischen Guthaben in Deutschland bestand allerdings eine große Differenz. Sie durch eine Plünderung der Staatskasse zu begleichen, konnte nicht im Interesse Roms liegen.

Von einer Umsiedlung erhoffte sich Italien aber in erster Linie die restlose Beseitigung des Südtiroler Irredentismus und die leichtere Italianisierung der Provinz. Diese Ziele glaubte das faschistische Regime durch eine begrenzte Umsiedlung von zwei Personengruppen zu erreichen: zum einen die in Südtirol lebenden Reichsdeutschen bzw. ehemaligen Österreicher, die — irrtümlicherweise — als die Hauptträger des Südtiroler Irredentismus angesehen wurden, zum anderen die Bevölkerung in den Städten, die leicht durch einwandernde Italiener zu ersetzen war. Die Bauern und Bergbauern hingegen wollte Rom im Land behalten. Diese politischen und wirtschaftlichen Interessen Italiens, die nur durch eine begrenzte Umsiedlungsaktion zu erreichen waren, traten im Laufe der späteren Verhandlungen zu einem Umsiedlungsvertrag immer deutlicher zutage; es gab aber auch einige faschistische Repräsentanten wie Polizeichef Arturo Bocchini oder den Staatssekretär des Inneren Guido Buffarini-Guidi, die eine Totalumsiedlung der Südtiroler anstrebten.

Auf deutscher Seite hatte es in Kreisen der SS schon seit den Jahren 1936/37 Überlegungen für eine planmäßige

»Rücksiedlung« des gesamten Auslandsdeutschtums gegeben. Im Jänner 1939 verfaßte SS-Obergruppenführer Ulrich Greifelt, Chef der »Dienststelle Vierjahresplan« im Persönlichen Stab des Reichsführers SS, eine entscheidende Denkschrift, in der ein solcher Schritt als notwendig erachtet wurde: Der bereits mehr als eine halbe Million betragende und weiter steigende Fehlbetrag an Arbeitskräften — so Greifelt — könne auf die Dauer nicht durch die »Her-einnahme fremdblütiger Arbeitskräfte« gelöst werden.

Dieser durch die Kriegsvorbereitungen hervorgerufene »Heißhunger« der deutschen Wirtschaft war einer der Gründe, der für Berlin eine möglichst vollständige Ausschöpfung des Südtiroler Menschenpotentials durch eine Totalumsiedlung erstrebenswert machte. Anfang April 1939 — also noch vor der Berliner Vereinbarung — gab Hitler dem Reichsführer SS Himmler und dem Tiroler Gauleiter Franz Hofer den Auftrag, 30.000 junge Südtiroler »aus Südtirol herauszuholen, und in Deutschland in Arbeit zu vermitteln«.

Hinzu kamen die nationalsozialistischen Eroberungspläne im Osten: Reduzierung der ost- und südosteuropäischen Länder auf den Status von Kolonien, das heißt auf ein riesiges Rohstoff- und Arbeitskräftereservoir für Deutschland; Gewinnung von neuem »Lebensraum« durch Vertreibung der einheimischen slawischen Bevölkerung und deren Ersatz durch deutsche Siedler. Gemäß den nazistischen Germanisierungsvorhaben sollten die Südtiroler nach erfolgter Umsiedlung in den Osten einen Teil jener »festungsartig in sich geschlossenen Gemeinschaft« bilden, in der — nach Adolf Hitler — »der letzte Pferdebock höher steht als einer der Eingeborenen außerhalb dieser Zentren«.

Auch das Loch in der Devisenkasse, das mit den Vermögenswerten der Umsiedler gestopft werden sollte, sowie der unvermeidliche Propagandaeffekt bei einem geschlossenen Bekenntnis der Südtiroler zu Führer und Reich, ließen für Berlin die Totalumsiedlung attraktiv erscheinen.

Die letzten deutsch-italienischen Verhandlungen zum »Stahlpakt« im Mai 1939 brachten einen erneuten Vorstoß Roms zur Südtirolfrage. Der faschistische Außenminister Graf Galeazzo Ciano setzte dabei die Aufnahme der Brennergrenze in die Präambel des Vertrags durch; zur Besprechung konkreter Umsiedlungsfragen wurde eine Expertenkonferenz in Berlin vorgesehen.

Bei diesem Treffen zwischen deutschen und italienischen Delegierten, der eingangs erwähnten Berliner Konferenz vom 23. Juni, wurde weder ein Vertrag aufgesetzt, noch ein formaler Beschluß gefaßt, vielmehr stillschweigend vereinbart, was der erst eine Woche zuvor von Hitler mit der Vorbereitung und Durchführung der Umsiedlung beauftragte Himmler darlegte. Die konkrete Klärung der technischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Abwicklung der Umsiedlung wurde dem deutschen Generalkonsul Otto Bene und dem Präfekten Giuseppe Mastromattei übertragen.

Die Verhandlungen zu einem entsprechenden Vertragsentwurf zwischen Bene und Mastromattei zeigten bald die Brüchigkeit der am 23. Juni erzielte Einigkeit. Dem deutschen Interesse an einer Totalumsiedlung stand immer deutlicher das italienische Interesse an einer Teilumsiedlung gegenüber.

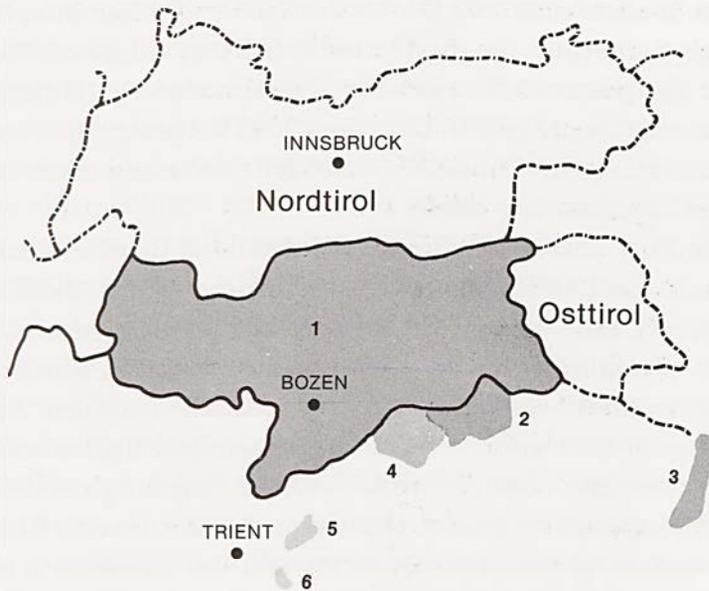
Bis Ende August waren folgende Punkte geklärt:

- der territoriale Geltungsbereich: Provinz Bozen und die deutschen Sprachinseln bzw. gemischtsprachigen Gemeinden der Provinzen Trient, Belluno und Udine;
- der Endtermin der Umsiedlung: Abschluß innerhalb von drei Wochen für die Reichsdeutschen, bis zum 31. Dezember 1941 für die »Volksdeutschen«;
- die Optionsmodalitäten: Gesuch bei den italienischen Gemeinden oder bei zu errichtenden deutschen Ein- und Rückwandererstellen;
- die Form der Ablöse der Immobilien und der Mitnahme von beweglichen Gütern: entweder Verkauf auf dem freien Markt oder Übertragung an das halbstaatliche Finanzinstitut Ente per le Tre Venezie nach erfolgter Schätzung durch eine deutsch-italienische Wertfestsetzungskommission; Berechtigung zur Mitnahme des gesamten beweglichen Eigentums.

Unklar blieb, wer überhaupt als »Volksdeutscher« zu gelten hatte und optieren durfte. Auch die Festlegung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Umsiedlungsvertrags erwies sich als äußerst schwierig:

Angesichts der — im Vergleich zu Italien — höheren deutschen Lebenshaltungskosten und Immobilienpreise konnte eine Schlechterstellung des einzelnen Umsiedlers nur vermieden werden, indem der Geldwert seines abgelösten Besitzes nicht zum offiziellen Wechselkurs, sondern zu einem begünstigten Sonderkurs nach Deutschland transferiert wurde. Eine eventuelle Schlechterstellung der Umsiedler

Geltungsbereich der deutsch-italienischen Umsiedlungsvereinbarung:



- Vertragsgebiet:
- 1 Provinz Bozen
  - 2 Ampezzo-Buchenstein (Provinz Belluno)
  - 3 Kanaltal (Provinz Belluno)
- Sondervereinbarungen:
- 4 Fassatal-Moena
  - 5 Fersental
  - 6 Lusern

wollte Berlin auf jeden Fall vermeiden, da sie sich auf die Bereitschaft der Südtiroler zu Option und Umsiedlung negativ ausgewirkt hätte. Aus diesem Grund forderte Berlin einen möglichst günstigen Sonderkurs, während Rom, das die Kursdifferenz bezahlen sollte, diesen Mehraufwand zu begrenzen suchte. Man einigte sich schließlich auf den Sonderkurs 1 Reichsmark : 4,50 Lire (anstelle des offiziellen Wechselkurses von 1 : 7,63).

Noch schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen um die Verrechnung des abzulösenden Umsiedlervermögens zwischen beiden Staaten. Deutschland gedachte mit dem erwarteten Devisenberg italienische Warenlieferungen und die Löhne seiner etwa 60.000 italienischen Gastarbeiter zu bezahlen. In Italien hingegen wurde die Frage immer lauter, seit wann eine im Krieg eroberte Provinz auch noch zu bezahlen sei. Präfekt Giuseppe Mastromattei suchte daher das abzulösende Umsiedlervermögen gering zu halten und es außerdem zur Liquidierung der in Österreich und der Tschechoslowakei blockierten italienischen Vermögenswerte heranzuziehen. Weiters beharrte Italien auf der Gleichzeitigkeit von Optionserklärung und Wertfestsetzung, andernfalls wäre es zu keiner Zusicherung bezüglich des Sonderkurses und des Vermögenstransfers bereit. Die Verhandlungen waren Anfang September vorerst festgefahren.

Mitte Oktober schritt Himmler persönlich ein. Ein Treffen mit seinem italienischen Amtskollegen, Polizeichef Arturo

Bocchini, brachte den Durchbruch in den Verhandlungen. Der Endtermin für die Optionserklärung wurde auf den 31. Dezember 1939, jener für den Abschluß der Umsiedlungsaktion auf den 31. Dezember 1942 festgelegt; die Wertfestsetzung des Umsiedlervermögens sollte erst nach der Optionserklärung erfolgen.

Am 21. Oktober 1939 unterzeichneten die Bevollmächtigten beider Länder die ersten drei Abkommen über die Südtiroler Umsiedlung. Der Öffentlichkeit wurden jedoch nur die »Richtlinien für die Rückwanderung der Reichsdeutschen und Abwanderung der Volksdeutschen aus dem Alto Adige in das Deutsche Reich« präsentiert, die beiden anderen Verträge über die wirtschaftliche Regelung der Umsiedlung blieben geheim. In letzteren hatte Rom eine Regelung durchgesetzt, mit der die Anzahl von Umsiedlern auf das gewünschte Ausmaß beschränkt werden sollte: Der Sonderkurs von 1 RM : 4,50 Lire galt nur für eine Gesamtsumme von 1 Milliarde Lire — das war ungefähr 1/15 bis 1/20 des geschätzten gesamten Vermögens der Südtiroler.

Einer jener zwischen den deutschen und den italienischen Stellen strittigen Punkte, die bis zum Ende der Umsiedlung nie wirklich geklärt wurden, war die Frage der Optionsberechtigung. Wer waren denn genau die »Volksdeutschen« bzw. die »allogeni«, von denen in den Richtlinien die Rede war?

Während die italienischen Verhandlungspartner die Berechtigung zur Option von möglichst objektiven Kriterien wie »deutsche Abstammung und Sprache« abhängig machen wollten, forderten die Deutschen das Prinzip des subjektiven Bekenntnisses, d. h. als Volksdeutscher sei derjenige anzusehen, »der sich zum Deutschtum bekennt und vom Deutschen Reich als solcher anerkannt wird«.

Der Konflikt bestand eben darin, wer darüber zu entscheiden hatte, wer als »Volksdeutscher« eine Option überhaupt abgeben durfte. Wie waren z. B. die italienischsprachigen Südtiroler, die es schon lange vor 1918 gegeben hat, einzuordnen? Zweifel an der Optionsberechtigung waren etwa dann gegeben, wenn ein Antragsteller mit italienischsprachigen Eltern im Vertragsgebiet geboren war und dies zumindest auch für einen Elternteil galt. Solche Fälle sollten von den deutschen und italienischen Behörden gemeinsam überprüft werden. Antragstellern, die im Vertragsgebiet geboren waren und deren Vater italienischer und die Mut-

ter deutscher Abstammung war, konnte die deutsche Abstammung bestätigt werden.

Meinungsverschiedenheiten gab es auch in der Frage, inwieweit die Ladiner als Volksdeutsche zu gelten hatten. Gegen eine Optionsberechtigung der Ladiner protestierten vor allem Tolomei und seine Mitarbeiter. Diese Frage wurde deshalb Ende Dezember 1939 noch einmal aufgerollt, wobei sich letztlich die deutsche Position durchsetzte und die Ladiner, mit Ausnahme jener des Fassatales, zur Option zugelassen wurden.

Für die Bewohner des Fersentales und von Lusern wurde eine Sonderregelung vereinbart, da beide Gebiete nicht in das Vertragsgebiet fielen. Fersentaler und Luserner wurden zwar zur Option zugelassen; für sie galten aber nicht die wirtschaftlichen Bestimmungen der Umsiedlungsverträge und damit auch nicht der vereinbarte Sonderkurs zur Vermögensablöse. Unter denselben Bedingungen konnten schließlich auch die Ladiner des Fassatales optieren.

Einigkeit zwischen den deutschen und italienischen Vertragspartnern bestand allerdings darin, Ehefrauen und Minderjährigen kein aktives Optionsrecht zuzugestehen. Diese Gruppe mußte sich zwangsläufig der Entscheidung des Familienoberhauptes unterordnen.

Die eigentliche »Wahl« begann — für jene, die überhaupt wählen wollten — nach der Veröffentlichung der Richtlinien Ende Oktober. Als Endtermin der Optionsfrist war der 31. Dezember 1939 vorgesehen. Eine Verlängerung bis zum 30. Juni 1940 erfuhr die Optionsfrist für den Klerus und dessen Angehörige oder Angestellte, sofern sie im selben Haushalt lebten. Dieser Aufschub galt auch für Optionsberechtigte, »die sich außerhalb des Königreiches Italien aufhalten, und jene, die infolge nachweislich höherer Gewalt ihre Erklärung nicht bis zum 31. Dezember 1939 abgeben können«.

Andererseits aber hatten viele Südtiroler ihre Optionserklärung schon vor dem Oktober 1939 abgegeben. Es handelte sich dabei um jene, die gerade ihren Militärdienst im italienischen Heer ableisteten. Bereits ab Anfang September wurden diese bei Abgabe einer Option für die deutsche Staatsbürgerschaft sofort aus dem italienischen Militärdienst entlassen und in die deutsche Wehrmacht überstellt. Damit war bei vielen Familien die Optionsentscheidung schon vorweggenommen, wenn sie nicht die Trennung der Familie in Kauf nehmen wollten.



Die Welschtiroler Familie Peterlini vor ihrem Bauernhof in Siebeneich 1916. — Ein Teil der Familie optierte 1939 für die deutsche, der andere Teil für die italienische Staatsbürgerschaft.

Die im italienischen Militärdienst stehenden Südtiroler mußten schon ab Anfang September eine Optionserklärung abgeben. Im Falle einer Option für die deutsche Staatsbürgerschaft wurden die meisten bald darauf in die deutsche Wehrmacht überstellt. Dieser Brief eines Vaters an die Redaktion des *Völkboten* macht deutlich, daß die frühzeitige Entscheidung der Söhne im Militärdienst die Familien oft in eine schwierige Situation brachte.

Habe in der Landausgabe die Vereinbarungen  
über die Umsiedlungen gelesen, und auch den Artickel  
Liebe Betenleser.

Also liebe Verwaltung ich erlaube mir die Anfrage wie  
sich folgender Fall verhält.

vor 2 Monate sind diverse Söhne vom Militär heimgesannt  
worden um zu wählen. das allgemeine Gespräch hies aber  
dass wer hier bleibt nach den unteren Provinzen versetzt  
wird. und lieber als hinunter zogen die Jungen hinaus  
jetzt sieht die Sache wieder anders aus. und wieviele  
solche Burschen haben sich erklärt. und der Vater würde  
jetzt lieber bleiben. als die Heimatschule verlassen.  
jetzt gibt es aber furchbare trenungen  
in manche Familien sind 2 Söhne beim Militär. und jetzt  
sollen diese fert. und der alte Vater kann hier allein  
bleiben. über solche Fälle ist es jetzt wohl nichts mehr  
zu ändern. als dass auch der arme alte Vater die Schule  
verlässt.

das war überhaupt eine ganz eigenartige Sache . das die  
Jungen früher wählen sollten . als die Allgemeinheit.

über dieser Sache wäre es nötig eine Aufklärung zu bekomme  
men. den auch mancher arme Bauernbursche bliebe in der  
Heimat wenn es rückgängig zumachen geht.

also bitte Antwort in der nächsten VBetennummer.

ein Vater für viele.

Auch bei der konkreten Durchführung der Option widerspiegelten sich die z. T. gegensätzlichen deutschen und italienischen Interessen. Während die Deutschen an einem möglichst unkomplizierten Verfahren interessiert waren, versuchten die italienischen Behörden immer wieder, bürokratische Hürden einzubauen.

Die Optionsformulare waren je nach Entscheidung verschieden: Für die Erklärung, daß man die italienische Staatsbürgerschaft beibehalten wolle, mußte ein weißes, in italienischer Sprache gehaltenes Formular unterschrieben werden, für das Ansuchen um den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ein oranges Formular in deutscher und ein ebensolches in italienischer Ausführung; auf diesen war

An das Gemeindeamt von **GAIS**  
(Provinz **BOLZANO**)

Der Unterzeichnete \_\_\_\_\_  
Sohn des \_\_\_\_\_ und der \_\_\_\_\_  
geboren in \_\_\_\_\_ Provinz \_\_\_\_\_  
wohnhaft in \_\_\_\_\_ Strasse **BOLZANO** Nr. \_\_\_\_\_

in Kenntnis der zwischen der italienischen Regierung und Jener des Deutschen Reiches getroffenen, die Umsiedlung der Volksdeutschen aus dem Alto Adige betreffenden Abkommen, erklärt unwiderruflich und förmlich für sich und für seine, unten angeführten Familienangehörigen, **die deutsche Reichsangehörigkeit annehmen und in das Deutsche Reich abwandern zu wollen.**

**GAIS**, den \_\_\_\_\_ 1939-XVIII  
Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Familienangehörige:**  
Eattin: (Familien- und Taufname): \_\_\_\_\_  
Name des Vaters: \_\_\_\_\_  
geboren am: \_\_\_\_\_

Legitime minderjährige Kinder:

1. Taufname: _____ Name der Mutter: _____ geboren am: _____	4. Taufname: _____ Name der Mutter: _____ geboren am: _____
2. Taufname: _____ Name der Mutter: _____ geboren am: _____	5. Taufname: _____ Name der Mutter: _____ geboren am: _____
3. Taufname: _____ Name der Mutter: _____ geboren am: _____	6. Taufname: _____ Name der Mutter: _____ geboren am: _____

Al Podestà di \_\_\_\_\_  
(Provincia di \_\_\_\_\_)

Il sottoscritto \_\_\_\_\_  
di \_\_\_\_\_ e di \_\_\_\_\_  
nato il \_\_\_\_\_ a \_\_\_\_\_  
(provincia di \_\_\_\_\_) e residente a \_\_\_\_\_  
(provincia di \_\_\_\_\_) in via \_\_\_\_\_  
presa conoscenza degli accordi intervenuti tra il Governo italiano e quello germanico, relativamente al trasferimento nel Reich dei tedeschi dell'Alto Adige, dichiara formalmente ed irrevocabilmente, per sé ed i suoi familiari qui appresso indicati, di **voler conservare la cittadinanza italiana.**

\_\_\_\_\_ li \_\_\_\_\_ 1939-XVIII.  
Firma: \_\_\_\_\_

**Familiari:**  
Moglie: (Cognome di nascita e nome) \_\_\_\_\_  
Paternità \_\_\_\_\_  
Nata il \_\_\_\_\_

Figli minorenni legittimi:

1. Nome _____ Maternità _____ Nato il _____	4. Nome _____ Maternità _____ Nato il _____
2. Nome _____ Maternità _____ Nato il _____	5. Nome _____ Maternità _____ Nato il _____
3. Nome _____ Maternità _____ Nato il _____	6. Nome _____ Maternità _____ Nato il _____

auch die Erklärung der Bereitschaft zur Umsiedlung ins Deutsche Reich bereits vorgegeben. //

Die italienischen Lokalbehörden versuchten auf verschiedene Art und Weise, die Optionsabgabe zu behindern, indem sie etwa die Herausgabe von orangen Optionsformularen verweigerten bzw. verzögerten oder von den Optanten Lichtbilder sowie gleich auch das Ausfüllen sämtlicher Abwanderungsformulare (also auch die Ansuchen um Verzicht der italienischen Staatsbürgerschaft, um Entlassung aus dem italienischen Militärdienstverhältnis und um den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft) verlangten. Auf Intervention von deutscher Seite wurden diese Vorschriften zwar wieder zurückgenommen, doch verliehen die italienischen Stellen in der Handhabung des Optionsverfahrens weiterhin ihrem Interesse nach einer begrenzten Umsiedlung Nachdruck.

Die Optionsformulare — Mit Unterzeichnung eines orangefarbenen Formulars erklärte der Optionsberechtigte, die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen und ins deutsche Reich abwandern zu wollen, mit Unterzeichnung eines weißen Formulars, die italienische Staatsbürgerschaft beibehalten zu wollen.



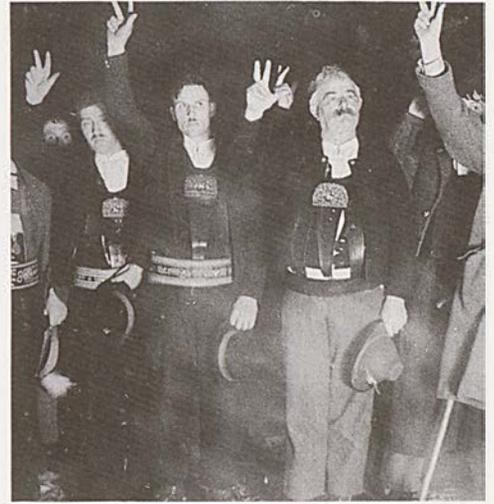
## Die Propaganda

Als die Berliner Vereinbarung in den letzten Juni-Tagen in Südtirol bekannt wurde, rief sie unter der Bevölkerung Erschütterung und Ungläubigkeit, Enttäuschung und Verzweiflung hervor. — Nicht für alle war die vom deutschen Generalkonsul Otto Bene überbrachte Hiobsbotschaft allerdings in gleicher Weise neu.

Beide politischen Lager des Landes, Deutscher Verband und Völkischer Kampfring Südtirols, hatten bereits in den Jahren zuvor Kenntnis von den Vorstellungen und Plänen erhalten, die sowohl auf italienischer wie auf reichsdeutscher Seite verschiedentlich aufgetaucht waren und die Möglichkeit einer Umsiedlung der Südtiroler in Erwägung gezogen hatten. Im April 1939 wurde schließlich einer VKS-Delegation in München der Beschluß Hitlers mitgeteilt, die leidige Südtirol-Frage durch »Aussiedlung« endgültig zu lösen.

Für den Kampfring ergab sich daraus ein schwerwiegendes Dilemma. Einerseits war nämlich seit der Gründung im Jahr 1933 »die Vereinigung aller geschlossen siedelnden Deutschen« sein erklärtes Ziel gewesen, was in der Praxis nur den Anschluß Südtirols an das nationalsozialistische Deutschland bedeuten konnte. Nun hatte der Führer aber die Aufgabe »volksdeutschen« Territoriums beschlossen und forderte vom VKS nichts weniger, als auf seine politische Perspektive zu verzichten. Dementsprechend brachte die erste Reaktion völlige Ablehnung zum Ausdruck: auf keinen Fall wollte man die Verteidigung der Heimat aufgeben und wies insbesondere auf die Unvereinbarkeit der Umsiedlung mit der sonst vom Nationalsozialismus vertretenen Einheit von »Blut und Boden« hin.

Andererseits war im selben Programm von 1933 der Aufbau der »Bewegung« nach dem Führerprinzip sowie das »bedingungslose Bekenntnis zum Reich als schicksalhaftem Träger des Gesamtdeutchtums« ausdrücklich verankert. Eine »Befehlsverweigerung« wäre somit einer Negierung des eigenen Selbstverständnisses und der gesamten bisherigen politischen Arbeit gleichgekommen. In welche Richtung der VKS bei entsprechend starrer Haltung Berlins seine Position revidieren würde, hatte sich allerdings bereits ein Jahr zuvor mit der Tagebucheintragung Norbert Mumelters anläßlich der Garantie-Erklärung Hitlers bezüglich der Brennergrenze abgezeichnet.



Verteidigung von VKS-Aktivisten aus dem Sarntal

»Wo der König, da Recht; Wo der Duce, da Licht« — Vor der Kulisse des pompös geschmückten Rathauses in Brixen hielt Präfekt Giuseppe Mastromattei im November 1939 eine Propagandaveranstaltung für's Da-bleiben.

## Interne Mitteilung des VKS

Unten: Flugblatt des VKS — Anders als in der internen Mitteilung zeigte der VKS gegenüber der Öffentlichkeit anfänglich noch eine kritische Haltung gegenüber der Umsiedlungsvereinbarung.

7. Mai 1938: »Da! Da! Die Jahrtausende des Streites zwischen germanischer und romanischer Welt sollen vorbei sein, die Alpengrenze, ewig und garantiert, soll nun friedliche Jahrtausende einleiten. Und dann das Schrecklichste: des Führers politisches Vermächtnis an das deutsche Volk: Anerkennung der Alpengrenze für alle Zeiten! (...) Wer wird es wagen, das zu verletzen und dem größten Sohn dieses Volkes die Dankbarkeit verweigern? Niemand — was er sagt, ist Evangelium (...) So habe ich am 7. Mai 1938 abends mitten auf der Piazza Venezia meine Heimat und mit ihre meine einzige Zukunftshoffnung verloren. Aus, aus, alles aus — und mein Leben, d. h. mein Hoffen, das einzig Positive meines Lebens, vernichtet!«

8. Mai 1938: »Für Großdeutschland muß man selbst seine Heimat opfern können.«

9. Mai 1938: »Endlich (...) die offene Hofkutsche mit Führer und König. Ganz langsam. Ich sehe ihn gut und nahe. So vornehm, selbstsicher und kaiserlich. (...) Ein donnerndes Heil entfährt mir.«

(Tagebucheintragungen Norbert Mumelters, nachdem er persönlich am 7. Mai 1938 in Rom Hitlers offizielle Garantierklärung für die Brenngrenze vernommen hatte.)

### Deutsche Männer und Frauen, Kämpfer der Bewegung!

Für Südtirol hat die Schicksalsstunde geschlagen. Als wir vor 6 Jahren den harten Kampf für Volk und Heimat aufnahmen, waren wir überzeugt, dass dieser Kampf durch unseren Einsatz und mit der Hilfe des Reiches zum Erfolg führen werde. Doch es kam anders.

Eine Welt von Feinden stand gegen Deutschland auf, um es zu vernichten.

Dies benützt Italien, um zum tödlichen Schlag gegen Südtirol auszuholen.

#### Kameraden!

Angeichts der Not seines von Feinden umringten Volkes hat sich der Führer entschlossen das Wohl Südtirols dem Wohle Deutschlands zu opfern.

Es wurde die Aussiedlung der Südtiroler verfügt.

Das ist der schwerste Schlag, der uns Südtiroler treffen konnte. Am schwersten trifft er uns Kämpfer der Bewegung, die wir jahrelang für diese unsere Heimat gekämpft, geopfert und gelebt haben.

Wir haben in diesem Kampf unsere Pflicht getan. Niemand konnte diese Entscheidung voraussehen.

Nun Kameraden müssen wir als harte Soldaten dem Volke die geschworene Treue halten.

Ihm gehört auch weiterhin unser ganzer Einsatz.

Unser letztes Gut ist unsere Ehre. Diese werden wir zu bewahren wissen. Die erforderlichen Weisungen werden in den nächsten Tagen erlassen.

Südtirol, am 29. Juni 1939

Die Landesführung

### DEUTSCHE MÄNNER UND DEUTSCHE FRAUEN SÜDTIROLS !

Unserem Volke ist die härteste Prüfung auferlegt die je einem Volke zu gemutet wurde. - Nach zwanzig Jahren schwersten Ringens um die Erhaltung unseres Volkstums, das nur getragen werden konnte durch den persönlichen Einsatz jedes volksbewussten Südtirolers und durch das Vertrauen auf die wachsende Macht des Reiches, sollen nun alle Opfer umsonst gebracht sein, - soll unser Volk die Scholle aufgeben - die unsere Ahnen vor 1400 Jahren besiedelt und in der Folgezeit oft mit unsagbaren Opfern heldenhaft und beispielgebend verteidigt haben.

Auf Drängen der welschen Regierung, die gegenwärtige aussenpolitische Zwangslage des Reiches ausnützend, stimmte das Reich dieser Aussiedlung zu.

Über die Durchführung dieser Aussiedlung haben wir heute noch keine bestimmten Anhaltspunkte.

Jedenfalls muss sich jeder Südtiroler klar sein, dass das nicht so ohne weiteres über unsere Köpfe hinweg gemacht werden darf und dass letzten Endes auch wir, ja in erster Linie wir gehört werden müssen wenn es sich um eine Verpflanzung des ganzen Volksstammes und um Aufgabe der Heimatscholle handelt.

Nie und nimmer dürfen wir uns zu einer Handelsware herabwürdigen lassen.

Schauen wir ruhig den gegebenen Tatsachen ins Auge.

Unsere Pflicht bei dieser gegebenen Lage ist, uns würdig unserer Tradition als Südtiroler und unserer Vorfahren zu erweisen; komme was immer kommen mag!

Daher äußerste Disziplin, durchhalten bis zum Letzten und wenn notwendig zu jedem Opfer bereit.

In dieser äußersten Not wird sich erweisen ob wir würdig sind uns Grenzlanddeutsche zu nennen; in Rom wie in Berlin müssen sie sich durch unsere Einsatzbereitschaft klar werden dass wir nicht bereit sind bedingungslos der Gewalt zu weichen, um dadurch Verräter zu werden an unserem Volk und unserer schwerbedrängten Heimat.

Der Führer selbst sagt in seinem Buche "Mein Kampf" ein Volk ist soviel wert als es bereit ist Opfer zu bringen.

Wir können heute noch nicht sagen welches die Mittel unserer Abwehr sein werden, jedoch sollen die Welschen ein geschlossenes, zu jedem Opfer bereites heimatliebendes und bodenverbundenes Volk finden und werden mit ihm rechnen müssen.

Südtirol, am 30. Juni 1939.



Montag, 19. Juni  
Lob  
Dienstag, 20. Juni  
Preis  
Mittwoch, 21. Juni

und Prokollasius  
11. Bruder des  
Ludger † 827

Dank  
Herreich, 1933

von Magdeburg,  
Lehrer † 181

Gähne  
Ostsee-Kahals, 1895

Alban von Mainz † 406

58



Auf um Tschann Tirolerland heb zum  
Himmel Herz und Hand; was die Väter  
einst gelobt als der Kriegessturm sie  
umfahd dies geloben wir auß Neua  
Teu Herr Dir ewige Treue.  
Admiralrich Speer geb. 1899

SOMMERSANFANG

Edeltrud  
Freitag, 23. Juni  
Auf den weiten Erdenrund gibt es  
keinen schönern Brunch, löstern uns  
die Feinde auch Treue.  
ist Tiroler Brunch.  
Borsig geb., 1804

Theodulf † 776; Gerholt von Reichersberg † 1169

30

Beginn der Schlacht an der Somme, 1916

MA 4,19 MU 20,53

59

Dem Bundesherrn.

Versenkung der deutschen Flotte bei Scapa-Flow, 1919  
SA 3.36 SU 20.25

Das NS-Regime blieb bei seinem Entschluß, es folgte die Vereinbarung vom 23. Juni 1939. Daraufhin kam es am 28. Juni 1939 nach langer Zeit zum ersten Treffen von Vertretern des VKS und des Deutschen Verbandes, bei dem als gemeinsame »Widerstandslinie« vereinbart wurde, nicht auszuwandern. Seitens der VKS-Führung dürfte es sich dabei aber lediglich um eine erste Schockreaktion gehandelt haben. Denn bereits einen Tag später, am 29. Juni, schlug eine interne Mitteilung an die »Kämpfer der Bewegung« andere Töne an. Es war nun keine Rede mehr davon, sich lieber »verwelschen« zu lassen als umzusiedeln, keine Rede mehr vom Willen, die Heimat »unerschütterlich« zu verteidigen. Vielmehr müsse man nun »als harte Soldaten dem Volke die geschworene Treue halten«, vor allem aber die eigene Ehre, »unser letztes Gut«, retten und — so könnte man hinzufügen — sich im übrigen den Weisungen des »Führers« unterwerfen. Da der DV in der Folge bei seiner Haltung blieb, sich gegen jede Umsiedlung für den geschlossenen Verbleib im Lande einzusetzen, waren im

Tagebucheintragung von Hans Egarter zum 23. Juni 1939 — Egarter war Mitglied der im November 1939 gegründeten Dableiber-Organisation Andreas-Hofer-Bund.

N. DI PROT. personale

RISPOSTA A NOTA

DEL

OGGETTO:

Emigrazione degli Alto Atesini.

Naturno li 9 novembre

1918 A. XVIII.

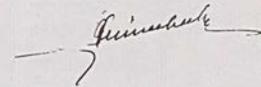
A.S.M.IL RE D'ITALIA ED IMPERATORE  
D'ETIOPIA R O M A

Il sottoscritto alto atesino Schwiebacher-Giuseppe-fu Valentino, residente a Naturno (Bolzano) al civ. N°59, si onora di pregare Vostra Maestà di volergli comunicare se gli allogeni della provincia di Bolzano che non emigrano in Germania, potranno rimanere dove sono o se dovranno in seguito trasferirsi nelle Vecchie Provincie del Regno ed in caso affermativo in quale.

Lo scrivente, padre di 14 figli viventi, proprietario di azienda agricola e nella sua qualità di ex sindaco di questo suo paese, prima di prendere una decisione in merito, attende una Vostra risposta, perchè non si senti in grado di portare la responsabilità delle conseguenze della decisione stessa, rispetto ai propri figli ed ai compaesani che gli chiedono un consiglio.

Il sottoscritto rimane in attesa d'un cortese cenno di Vostra Maestà e Vi chiede scusa per la libertà permessasi, poiché la risposta chiesta verrà conservata quali indiscutibile verità e gli servirà quale gran conforto.

Porgendo i più deferenti Ossequi, ringrazia sentitamente



Brief des ehemaligen Bürgermeisters von Natur, Josef Schwienbacher, an den italienischen König mit der Bitte um Auskunft, ob die Dableiber in Südtirol bleiben dürfen.

Grunde schon ab dem 29. Juni 1939 die Positionen für alle kommenden Auseinandersetzungen im Rahmen der bald darauf einsetzenden Propaganda bezogen. Gleichzeitig fand damit der seit Ende der zwanziger Jahre in Südtirol bestehende politische Antagonismus seine Fortsetzung. Die Entscheidung des Völkischen Kampfrings bedeutete indes nicht eine aus unerklärlichen Gründen und über Nacht vollzogene totale Kehrtwendung. Es handelte sich hingegen in erster Linie um die Konsequenz aus der ideologischen und organisatorischen Ausrichtung auf den Nationalsozialismus und die daraus resultierende bedingungslose Annahme seiner politischen Vorgaben.

Darüber hinaus wies die Haltung des VKS eine macht- und sicherheitspolitische Dimension auf. Nur als Träger der Umsiedlungsvereinbarung bestand für den Kampfring die Möglichkeit, seine Funktion der »Volksgruppenführung«, sei es in Südtirol, sei es nach erfolgter geschlossener Abwanderung in der »neuen Heimat«, weiter auszuüben. Von daher erklärt sich auch die wiederholt erhobene Forderung nach einem »geschlossenen Siedlungsgebiet«. Bei eventuellem Widerstand gegen die Umsiedlung hätte der VKS hingegen nicht nur seine Führungsrolle eingebüßt, sondern

»Ich kann mich nur erinnern, es hat geheißt, die was als Italiener bleiben, die kommen dann weiß Gott, hat es geheißt, wie weit nach Italien hinunter, weil Südtirol, die Brennergrenze soll nur mehr italienisch sein, da soll kein deutsches Wort mehr fallen, so auf diese Art ist das gewesen.«  
(Interview Erich Kind, TLI)

auch seine Sicherheit gefährdet. Dies zeigte sich, als der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, im August 1939 dem italienischen Polizeichef Arturo Bocchini eine Reihe von VKS-Führern namhaft machte.

Ein an die Bevölkerung des Landes gerichtetes Flugblatt vom 30. Juni macht deutlich, daß sich der VKS zunächst einer Doppelstrategie bediente, um den Südtirolern seine Wende beizubringen. Diese Doppelstrategie lief darauf hinaus, nach innen die eigentliche Marschroute vorzugeben, nach außen hingegen sich durchaus kritisch zur Umsiedlungsvereinbarung zu äußern und zu betonen, daß man sich nicht ohne Mitsprache zur Handelsware degradieren und verschachern lassen würde. Am 8. Juli teilte der VKS seinen Beschluß, »alle miteinander hinauszugehen«, gewissermaßen offiziell dem Deutschen Verband mit; in weiteren internen Sitzungen wurde die gesamte »Bewegung« auf den Umsiedlungsbeschluß eingeschworen.

#### Orientierungslosigkeit und »sizilianische Legende«

Mitte Juli traf SS-Sturmbannführer Dr. Wilhelm Luig in Südtirol ein, unter dessen Leitung ab September die Amtliche Deutsche Ein- und Rückwandererstelle (ADERSt) stand. Von diesem offiziellen Abgesandten Himmlers versuchte der VKS nun nähere Informationen über die geplante Abwicklung der Umsiedlung zu erhalten; überdies ging der Kampftring eilends daran, seine Organisation weiter auszubauen. Desgleichen nahmen Vertreter des ehemaligen Deutschen Verbandes Kontakt mit Präfekt Giuseppe Mastromattei auf, um von ihm die Bedingungen für das künftige Leben in Südtirol zu erfahren.

Während sich also die Führungen der beiden politischen Lager des Landes innerhalb kürzester Zeit über ihr Verhalten in der Umsiedlungsfrage im klaren waren, bedeuteten die folgenden Monate bis zur Bekanntgabe der »Richtlinien für die Rücksiedlung« Ende Oktober 1939 für den Großteil der Bevölkerung eine Zeit völliger Unsicherheit und Verwirrung. Niemand wußte, wie sich Option und Umsiedlung abspielen sollten, wofür man letztlich »wählen« müßte und welche Folgen die eigene Entscheidung nach sich ziehen würde. Ratlos war man der Fülle von Gerüchten, Stellungnahmen, Ratschlägen und Dementis aus-

»Das schwerste Geschütz, mit dem die Nazipropagandisten aufrückten, und das die verheerendste Wirkung getan hat, war die mit allen Mitteln verbreitete Propagandalüge:

'Wer nicht für Deutschland optiert, wird in die südlichen Provinzen Italiens verpflanzt, nach Sizilien, Albanien, Lybien.' Es gibt kein Verbleiben in der Heimat, nur ein unentrinnbares Entweder-Oder. Entweder Auswanderung nach Deutschland — und leben, oder in den italienischen Süden — und dort zugrund gehen. (...) Ein unglücklicher Zufall wollte es, daß gerade in jenen Tagen die Nachricht durch die Presse ging, die faschistische Regierung nehme die Aufteilung des Latifundienbesitzes in Sizilien in Angriff, die Bildung von 20.000 'piccole proprietà' sei das erste Ergebnis dieses Werkes. '20.000 sizilianische Höfe, bestimmt für jene Südtiroler, die nicht nach Deutschland auswandern wollen', sagte die Propaganda. In einem raffinierten Zusammenspiel zwischen der Propaganda im Lande und der im Reiche brachten die *Münchener Neuesten Nachrichten*, wie auch die übrige nationalsozialistische Presse die Meldung in größter Aufmachung auf der ersten Seite. Die betreffende Nummer der *Münchener Neuesten Nachrichten* wurde unentgeltlich unter der Bevölkerung verteilt. (...) Die Furcht vor Sizilien, neben der keine vernünftige Erwägung mehr Platz fand, war es vor allem, die die Leute mit unheimlichem Zwang in die Optionslokale trieb — zur Abgabe der Erklärung für die deutsche Staatsbürgerschaft und die Auswanderung nach Deutschland. Nur wenige waren es, die sich ihm entziehen konnten.«

(Aus der Denkschrift von Kanonikus Michael Gamper an die Alliierten, 1944)

## Option, Optanten, Dableiber ... Versuch einer Klärung

»Was die hohen Herren in Berlin und Rom für uns ausgedacht hatten, erhielt viele Namen: 'die Wahl', 'die Option', 'die Auswanderung', 'die Umsiedlung', 'die Rückführung', 'die Heimkehr'. Es gab indessen nicht wenige, die das Ganze als 'Lumperei', 'Betrug' oder 'Verbrechen' bezeichneten.« (Claus Gatterer)

Der Völkerrechtler Theodor Veiter versteht unter 'Option' »eine individuelle Entscheidung über die Beibehaltung der alten Staatsangehörigkeit im Falle eines Souveränitätsübergangs über ein Territorium«, deren Rahmenbedingungen durch mindestens zwei Staaten vertraglich geregelt sind. Aus der individuell getroffenen Option für die Beibehaltung der alten Staatsangehörigkeit resultiert zwar nicht zwingend auch eine Umsiedlung, sie ist historisch aber die Regel.

Eine völkerrechtlich exakte Definition dessen, was 1939 zwischen Rom und Berlin in Bezug auf die Südtiroler vereinbart wurde, ist bis heute nicht geleistet; sie dürfte auch kaum zu leisten sein, zumal die beiden faschistischen Vertragspartner die Konstruktion der Option zu durchaus propagandistischen Zwecken, zur gegenseitigen Beruhigung und in der Absicht benutzten, ihren Umsiedlungsplänen einen legalen Anstrich zu geben. Fragwürdig daran ist beispielsweise, daß die Option zwanzig Jahre nach dem Souveränitätswechsel über Südtirol und für das Deutsche Reich als einen Staat erfolgen sollte, dessen Bürger die Südtiroler nie waren.

Andererseits ist in Übereinstimmung mit der völkerrechtlichen Definition klar, daß die Option eine individuelle Entscheidung war und kein »Volksentscheid«, wozu sie der VKS propagandistisch zu machen versuchte — und im Bewußtsein vieler Südtiroler zu machen vermochte. Diesen Umstand bezeichnet auch die im Deutschen gebräuchliche Bezeichnung »die Option«, während die italienische Bezeichnung »le opzioni« in Bezug auf den Rechtscharakter der entsprechenden Vorgänge zutreffender ist.

Bis heute gibt es aber auch eine Vielzahl von Begriffen, mit denen die Menschen nach ihrer damaligen Entscheidung bezeichnet werden. Gesprochen wurde und wird — abgesehen von zahlreichen Schimpfwörtern — von »Gehern« und »Bleibern«, von »Deutschlandoptanten« und »Italienoptanten«, von

»Auswanderern« und »Wahlitalienern«, von »Walsch-« und von »Deutschwählern«, von »Optanten« und »Dableibern«. Formell sollten die Optionsberechtigten nach ihrer Entscheidung in drei Gruppen eingeteilt werden: die Optanten für die deutsche Staatsbürgerschaft, die Optanten für die italienische Staatsbürgerschaft und die Nichtoptanten, die von ihrem Optionsrecht keinen Gebrauch machten und damit die italienische Staatsbürgerschaft beibehielten.

In den Beiträgen dieses Bandes wird indes durchgängig von »Optanten« und »Dableibern« gesprochen, wobei zu ersteren die Optanten für die deutsche Staatsbürgerschaft, zu zweiteren die Optanten für die italienische Staatsbürgerschaft und die Nichtoptanten gerechnet werden. Unabhängig von ihren individuellen Hoffnungen und Ängsten — die sich jeder Klassifizierung sperren — ist diese vereinfachte Bezeichnung von den Folgen der jeweiligen Entscheidung hergeleitet: Die Entscheidung der Optanten für die deutsche Staatsbürgerschaft schloß die Verpflichtung zur Auswanderung ins Dritte Reich mit ein, die der Optanten für die italienische Staatsbürgerschaft und der Nichtoptanten hatte hingegen keine rechtlichen Implikationen.

Übrigens werden auch bei der hier durchgehaltenen Begriffswahl zu den beiden Gruppen stillschweigend die von der Option passiv betroffenen Frauen, Kinder und andere Personen hinzugezählt, auch wenn sie zu Optanten oder Dableibern eigentlich erst durch die Entscheidung eines anderen, des Vaters, Ehemanns oder Vormunds, gemacht wurden.

Rechts: Neben mündlichen Überzeugungsversuchen und geheimen Versammlungen waren Flugblätter das wichtigste Medium der Propaganda. Sie wurden auf billigem Papier mit vielen Durchschlägen hergestellt und in nächtlichen Aktionen verbreitet oder mit der Post verschickt; häufig waren sie mit der Aufforderung versehen: »Bitte lesen und weitergeben.«



## Es ist Krieg!

Wird es nach dem Krieg in den polnischen Ländern eine Existenz für Euch geben? Wer kann es sagen? Irrsinn wäre es, sich jetzt schon für eine solche unsichere Zukunft festzulegen - durch eine nie mehr gutzumachende Unterschrift.

Dunkel und unsicher mag die Zukunft auch hier im Lande sein, aber noch viel, viel unsicherer ist sie dort.

Das einzig sichere, das Euch geblieben, ist der Boden, den Ihr jetzt unter Euern Füßen habt. Verlasst Ihr den, seid Ihr einem unsicheren Schicksal haltlos preisgegeben.

Landsleute! Wieder werden die falschen Propheten zu Euch kommen. Es sind dieselben, die schon so viel Unheil über unser Volk gebracht, die Eure Sehne betört und verführt haben. Es sind die gleichen, die vor wenigen Monaten noch den Einzug des Erlösers versprochen. Es war so unwahr wie alles, was sie jetzt Euch sagen werden. Darum glaubt ihnen nicht und vor allem gebt keine Unterschrift her! Niemandem und nirgends! Weder in einem Amt - noch daheim - weder einzeln noch auf herungereichten Listen!

Lange hat man Euch das "sizilianische Gespenst" vorgezaubert. Wer nicht auswandere, - so hieß es, - habe den Abschied nach Sizilien oder gar nach Afrika zu erwarten. Diese Lüge, dazu erfunden, Euch um die Heimat zu betrügen, ist schmachlich zusammengebrochen.

Nichts ist es mit Sizilien, nichts mit den alten Provinzen! Wer nicht auswandern will, darf nach wie vor in der Heimat seiner Väter verbleiben.

Aber die Auswanderungsapostel werden neue Lügen erfinden. Auch das ist unwahr, wenn sie behaupten, die Auswanderungserklärung wäre eine "Volksabstimmung für oder gegen Deutschland," eine "Wahl, ob deutsch oder italienisch", wie sie es Euch den Soldaten vorgefäuscht. Es ist

keine Volksabstimmung!

Eine solche dürften wohl die Kärntner, die Ober-schlesier, die Saarländer u.s.w. vornehmlich. Die Stimme, die sie abgaben, brachte ihr Land zum Deutschen Reich. Die Unterschrift aber, die man Euch abringen will, kann am Schicksal des Landes nichts ändern, wohl aber Euch und Eure Kinder dem harten Schicksal der Fremde und Heimatlosigkeit überantworten.

Die Wahl, um die es wirklich geht ist: Treue oder Untreue gegen die Heimat. Ob Du zur Heimat stehst, oder sie in ihrer schwersten Stunde im Stich lässtest, ob Du deinen Kindern die angestammte Heimat erhalten oder sie dem ungewissen Schicksal der Fremde preisgeben willst.

Landsleute! Die Wahl kann nicht schwer fallen. Entscheidet für die Heimat! Haltet ihr die Treue.

sondern

Die Losung lautet nicht: "Geschlossen auswandern!"

"geschlossen in der Heimat verbleiben!"

## Landsleute ! Sarner!

Vor einigen Nächten wurden im Auftrage des Herrn Dekan auf heimliche u. versteckte Weise schmälische Flugschriften durch Konkubinen der Widum insassen hinter die Haustüren von Sarntein gelegt. Einige dieser Weiber wurden auf frischer Tat ertappt u. verrügelt u. zur Angabe des Urhebers gezwungen.

Sarner Bauern ! seid vorsichtig! die falschen Propheten stehen auf den Kanzeln u. verleunden jetzt unser Vaterland u. Deutsche, nachdem sie früher 21 Jahre lang auf die Italiener gehetzt haben. ~~Der~~ Dekan u. die übrigen Kuttenträger können allerdings ihre Ranzen nicht mehr so füllen wenn ihr weggeht. Sarnerbauern! Aber Jesus Christus hat auch keinen Bauch getragen. Vergleicht nämlich seinen armen abgehetzten Leib am Kreuze mit dem Fettwanst des Herrn Dekan. Allerdings könnte Jesus Christus auch jetzt nicht mehr fett werden, da der Meßner, Herr Aichner, die Eier für den Leib des Herrn korbweise beim Unterhofer u. Segna in Bozen verkauft.

Sarner Bauern! Es gilt nicht die Heimat, es gilt das Höchste, was Menschen besitzen, es gilt das Vaterland!

Wer deutsch ist, kann nur deutsch wählen!

Sieg Heil!

### Neues vom Dritten Reich:

#### 1. Die neue Reichsverfassung:

Art. I. Das deutsche Volk besteht aus dem Führer u. den Angeführten.

" II. Der Führer ernennt und erschießt seine Minister selbst.

" III. Sämtliche Stände sind aufgehoben, insbesondere:

- a) der Wohlstand,
- b) der Verstand,
- c) der Anstand,

einzig der Notstand bleibt.

#### 2. Deutschland benötigt keine Wolle und Baumwolle mehr:

Ersatzstoffe werden fabriziert aus:

- 1. Hitler's Hirngespinsten
- 2. Göbbel's Lügengeweben
- 3. den Lumpen der Partei
- 4. den unzerreißbaren Geduldsfaden des deutschen Volkes.

#### 4. Hitler als grösster Elektriker der Welt:

Er hat Deutschland gleichgeschaltet  
die Religion umgeschaltet  
den Kommunismus ausgeschaltet  
die Juden isoliert  
die Rheinzone an die Berliner Zentrale angeschlossen  
Verbindungsdrähte nach Jaapan gezogen und dadurch  
Kurzschluss mit Amerika erzeugt  
Den positiven Versaillervertrag in einen negativen umgeschaltet  
und die ganze Welt in Hochspannung versetzt.

#### 5. Die drei Haupteigenschaften des Deutschen sind:

Intelligenz, Nationalsozialismus und Ehrlichkeit.

Kein einziger Deutscher kann aber alle drei in sich vereinigen,  
sondern maximal deren zwei:

Beweis: Ist er intelligent und ehrlich, so ist er nicht  
Nationalsozialist  
Ist er ehrlich und Nationalsozialist, so ist er nicht intelligent  
Ist er intelligent und Nationalsozialist, so ist er nicht ehrlich.

Die Dableiber argumentierten in ihrer Propaganda hauptsächlich mit dem drohenden Heimatverlust, der Unsicherheit einer Auswanderung in ein kriegführendes Land und der Verfolgung der Religion im Dritten Reich. Sie betonten, daß die Option eine Entscheidung zwischen Heimat und Fremde sei.

Demgegenüber gab der VKS die Parole »deutsch oder wälsch« aus und machte die Option damit zu einer Frage des ethnischen Bekenntnisses und zu einem »Opfergang« für das deutsche Vaterland, für das man sogar bereit sein müsse, die Heimat aufzugeben. Gleichzeitig warb der VKS mit Losungen wie »Wer hier arbeitslos ist, wird draußen Arbeit bekommen« oder »Die Bauern werden Grund und Boden erhalten« auch mit materiellen Versprechungen.

Liebe Lena !

Man hoert hier stark , dass die Colfuscher  
auswandern wollen.Lena lasst euch nicht irre  
fuehren, es waerde schlecht gehen.  
Ich weiss aus vielen Informationen von Freunden  
und Bekannten, wie es draussen steht .  
Die Leute sin vielfach mit Blindheit geschlagen  
und gehen dem Verderben entgegen ; im Spiele  
steht ohne Zweifel der Teufel.  
Mann muss hoffen, dass viele die Wahl rueck-  
gaengig machen,sonst sind sie zu erbarmen .  
Allen, die Du imstande bist zurueck zu halten ,  
erweist Du die grosste Wohltat.  
Lena, wenn auch viele gingen, bleibt daheim.

Badia , 11.12.1939

Viele herzl. Gruesse

Dein Cousin

Peter Rubatscher .

Der Brief Peter Rubatschers gelangte auch dem VKS in die Hände, der diese Abschrift anfertigte.

Drei Momentaufnahmen aus dem Dezember 1939: Während der VKS das Optionsverhalten der Bevölkerung kontrolliert und eine für ihn befriedigende Zwischenbilanz ziehen kann, nimmt die italienische Seite das Scheitern der eigenen Politik resigniert zur Kenntnis. Die Bevölkerung selbst sieht sich mit verschiedenen Formen der Propaganda und Einflußnahme konfrontiert, deren eigentlicher Informationsgehalt meist gering war.

gesetzt, die sich im Spannungsfeld der beiden von VKS und DV vertretenen Grundpositionen zur Umsiedlung artikulierten, die aber auch die unterschiedlichen Interessen und Erwartungen der deutschen und der italienischen Stellen sowie den jeweiligen Stand der Umsiedlungsverhandlungen widerspiegeln.

Von allergrößter Bedeutung für die gesamte Optionspropaganda erwies sich das unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Berliner Vereinbarung verbreitete Gerücht, wonach die Dableiber nach Sizilien oder gar Abessinien, jedenfalls aber südlich des Po verfrachtet würden. Die Urhebererschaft dieses Gerüchtes, das als »sizilianische Legende« in die Geschichte einging, ist bis heute umstritten, seine Wirkung in der Bevölkerung im Sinne einer Beunruhigung bzw. einer Motivierung zur Option für die deutsche Staatsbürgerschaft blieb aber bis zum Ende der Optionsfrist und noch darüber hinaus kolossal.

Die italienische Seite trat aufgrund ihrer prinzipiell falschen Einschätzung der Abwanderungsbereitschaft im Lande sowie ihrer völligen Unkenntnis von Organisation und Rolle des VKS zunächst auch gar nicht gegen die »sizilianische Legende« offiziell auf. Erst im Laufe des Sommers erkannte Präfekt Mastromattei die Notwendigkeit, für sein Ziel — die Teilumsiedlung — eine Schadensbegrenzung zu versuchen. Ab September dementierte er deshalb in einer Reihe von Presseartikeln und öffentlichen Reden immer wieder das Gerücht von der Zwangsumsiedlung, allerdings ohne Erfolg: aufgrund seiner zweideutigen Haltung in dieser Frage hatte der Präfekt jegliche Glaubwürdigkeit verloren.

Kurz nachdem Mitte September die technischen Vorbereitungen für die Option abgeschlossen und die ADERSt in Bozen sowie ihre Zweigstellen in Meran, Brixen, Bruneck und Sterzing eröffnet worden waren, ergriff der Völkische Kampfrieg propagandistisch die Initiative: auf zahllosen »Ortsversammlungen«, an denen sich insgesamt ca. 9000 Personen beteiligten, wurde der Beschluß zur geschlossenen Abwanderung in einem größeren Rahmen und sozusagen systematisch feierlich bekräftigt.

Mitte Oktober gab Himmler den sogenannten Beskiden-Plan bekannt. Es handelte sich dabei um die erste konkrete Version des im Sommer dem VKS angekündigten geschlossenen Siedlungsgebietes und sah südpolnisches Territorium als »neue Heimat« für die Südtiroler vor. Dort sollten

-----

**Gebiet Bruneck:** Stadt bisher abgestimmt für D. 68 % Zu erwarten 98 %  
Land " " " 80 % " 90%  
Sehr gut Percha, Oberwienbach, Tesselberg, St. Georgen  
gut Gais, Mühlbach, Stegen, zögernd Reischach, Aufhofen u. Dietent.

**Gebiet Lorenzan:** bisher abgestimmt für D. 80 % zu erwarten 98 %  
Sehr gut: Pfalzen, Hofarn, St. Sigmund, Terenten, Obervintl, Klens,  
Getzenberg, St. Lorenzen, Montal Onach, Stefansdorf.

**Gebiet Olanz:** bisher abgestimmt für D. 80 % zu erwarten 98 %  
Sehr gut: Geiselsberg, Antholz, Olanz, Rasen.

**Gebiet Welsberg:** bisher abgestimmt 65 % für D. zu erwarten 90 %  
Gut: Welsberg, Taisten, Niederdorf, Pichl,  
zögernd: Prags, St. Martin, schlecht St. Magdalena in Gais.

**Gebiet Innichen:** bisher abgestimmt für D? 75 % zu erwarten 90 %  
Gut Innichen, Moos, Sexten, Toblach, Winnebach, Vierschach  
in Aufkirchen bereits für Italien 50

**Gebiet Sand:** bisher abgestimmt: 65 % für D. zu erwarten 90 %  
Sehr gut: Mühlen, Kematen, gut Mühlwald, Sand  
zögernd Uttenheim; Rain und Lappach.

**Gebiet Ahrntal:** bisher abgestimmt für D. 60 % zu erwarten 85 %  
gut St. Johann, Steinhaus, Luttsch, St. Peter, Prettau.  
zögernd Weissenbach u. St. Peter Jakhb.

**Kampf-fond:** Bisheriges Ergebnis L. 4580.00. Hauptverdienst Gebiet Innichen.

**W.H.W.** Bisheriges Ergebnis L. 9665.- Kartoffel 18.747 kg. usw.  
Noch nicht abgeschlossen

**Dolomiten u. Volkshot:** Abbestellt Dolomiten 110 Volkshoten 70  
Mit Neujahr versprechen viele abzubestellen.

**Gegenpropaganda:** arbeitet weiter, jedoch sind es bedeutend weniger. (mehr getarnt.  
Viel zu schaffen machen Briefe von Österreichern.)

**Klerus:** Die offene Gegenpropaganda hat fast zur Gänze ausgesetzt, ein-  
zelne arbeiten aber durch Flüsterpropaganda weiter.

**Behörden:** Arbeiten fieberhaft. (Plakat Buchenstein Colle Santa Lucia und  
Cortina, Commissario straordinario.)

**Sicherheitslage:** Überall Carabinieri verdoppelt und neue Dörfer belegt.  
Im Übrigen nicht besonders gefährlich. In Bruneck selbst viele  
Questurini.

**Verhalten der Bevölkerung:** sehr diszipliniert.

**Nachtrag: Gebiet Gadertal:** bisher für D. entschieden 25 % zu erwarten 55 %  
-----  
gut Corvara, St. Vigil, Colfusc, zum Teil Campill u. Buchenstein.  
alles übrige zögernd, in Abtei durch die scharfe Propaganda des  
Podesta Ferrari ziemlich etwas bereits für Italien entschieden.

die »guttrassigen« Auswanderer dem nationalsozialistischen Germanisierungswahn dienlich gemacht werden. Die Aussicht, in Galizien angesiedelt zu werden, in jenem Land also, das aus den Erzählungen der Weltkriegsteilnehmer noch in denkbar schlechter Erinnerung war, bescherte der gesamten Umsiedlungspropaganda allerdings einen empfindlichen Rückschlag; gleichzeitig mußte sie zusehen, wie die Gegenseite ein zugkräftiges Argument fürs Dableiben in die Hand bekam. Entsprechend schnell reagierten die reichsdeutschen Stellen. Der Beskiden-Plan verschwand nahezu postwendend, während in der Folge die »Erläuterungen zu den Richtlinien« ausdrücklich ein Mitspracherecht der »abwandernden Volksdeutschen« bei der Wahl des Ansiedlungsgebietes vorsahen bzw. den Ort der Ansiedlung überhaupt der freien Entscheidung des Umsiedlers überließen. Dennoch blieb das geschlossene Siedlungsgebiet, das von Himmler mehrfach zugesichert wurde, als Schlagwort für die gesamte VKS-Propaganda von zentraler Bedeutung, da damit die Options- und Umsiedlungsbereitschaft der Südtiroler gesteigert werden sollte und konnte.

## VKS-Stimmungsbericht aus dem Pustertal

»Im ganzen habe ich festgestellt, daß nichts zu machen ist. Wer weggeht, ist von dem, was er getan hat oder zu tun gedenkt, bereits überzeugt und läßt sich nicht leicht von seinem Vorhaben abbringen. Wenn es dem Klerus nicht gelungen ist, was können wir tun?

Nach den ersten Versuchen habe ich die Nutzlosigkeit meiner Bemühungen eingesehen. Wenn es in Naturns jemanden gibt, der für Italien optiert, so liegt es sicher nicht an meiner Propaganda. (...)

Ich möchte hinzufügen, daß man sich, wenn man die Abwanderung fast der ganzen bäuerlichen Bevölkerung vermeiden wollte, vorher darum hätte kümmern müssen und nicht erst jetzt, wo die Kühe schon aus dem Stall sind. Jetzt bleibt nur, weitere Demütigungen und Blamagen zu sammeln. Nichts anderes.«

(Aus dem Bericht eines Vertrauensmannes des Fascio von Meran vom 19. Dezember 1939, der in Naturns gegen die Option für die deutsche Staatsbürgerschaft agitieren sollte.)

Peter Hofer auf Propagandafahrt im Sarntal



### Die »heiße« Phase

Mit der Veröffentlichung der »Richtlinien für die Umsiedlung« und der Bekanntgabe der Optionsfrist (31. Dezember 1939) begann die eigentliche »Wahl« und damit die »heiße« Phase der Propaganda und der Auseinandersetzungen um die Optionsentscheidung der »Volksdeutschen« im Vertragsgebiet. Eine Flut von Flugzetteln für und wider die Option ergoß sich nun über das Land, Propagandisten gingen von Haus zu Haus, es wurden geheime Versammlungen abgehalten, bekannte Literaten stellten sich offen in den Dienst der Propaganda, in der Regel jener »für Deutschland«; die Informationen über Option und Umsiedlung blieben hingegen weiterhin ungenügend und waren kaum von den Parolen der Propaganda zu unterscheiden. All dies trug nicht dazu bei, der Bevölkerung die Entscheidung zu erleichtern, im Gegenteil: ihre Verunsicherung blieb unverändert hoch, verschiedene Formen der Einschüchterung kamen noch hinzu. ↓

In der bis zum Ende der Optionsfrist dauernden »Propagandaschlacht« war die Ausgangsposition des VKS, der auch über ein detailliertes »Wahlkampfprogramm« verfügte, gegenüber der Dableiber-Seite allerdings aus mehreren Gründen günstiger:

So hatten zu diesem Zeitpunkt — Ende Oktober — die meisten Südtiroler Militärpflichtigen mit ihrer Option für die deutsche Staatsbürgerschaft die Entscheidung ihrer Familien bereits vorweggenommen. Einen weiteren Trumpf lieferte der Umsiedlungspropaganda Mussolini selbst, als er Mitte November die bereits zugesagte Audienz für eine

»Die Gehässigkeiten nahmen uns gegenüber kein Ende, sie glaubten immer noch uns damit klein zu kriegen, und daß wir zuletzt doch noch für hinaus wählen würden. (...) Auf dem Kirchplatz sprach keiner mehr mit einem Dableiber, und im Gasthaus standen sie sofort auf, wenn man sich dazu setzte und wischten alles ab, womit unsereiner in Berührung gekommen war. Es wurden uns auch viele Briefe geschrieben, worin sie uns alle Gemeinheiten vorhielten, sie waren eben das auserwählte Volk und wir der Auswurf der Menschheit. (...) Man hieß uns immer nur mehr die Blutsverräter und die Wälschen.«  
(Chronik Hofer-Ramoser, TGV)



Ab September 1939 schaltete sich Präfekt Mastromattei selbst — wie hier mit einer Rede in Brixen — in die Optionspropaganda ein, indem er öffentlich das Gerücht einer Deportation nach Sizilien dementierte.

»Duce« bei dieser Gelegenheit eine Erklärung bezüglich des Verbleibs derjenigen in Südtirol abgeben würde, die sich für die Beibehaltung der italienischen Staatsbürgerschaft entschieden. Damit hatte man gehofft, das Gerücht »Sizilien« endgültig zu entkräften.

Die Hauptgründe für den Erfolg der VKS-Propaganda sind aber in der kapillaren Organisation der »Bewegung«, in der Unterstützung seitens der reichsdeutschen Stellen und vor allem in der effizient betriebenen Uminterpretation eindeutiger Realitäten zu sehen. Demnach handelte es sich bei der Option letztlich nicht um die Entscheidung, auszuwandern oder in Südtirol zu bleiben, sondern darum, »deutsch« zu bleiben oder »welsch« zu werden; die unmittelbare Folge war, daß die Dableiber zu »Volksverrätern« gestempelt wurden. Für den Großteil der Bevölkerung aber tat nun, vor diese Alternative gestellt, die fast zwanzigjährige Erfahrung der Entheimatung durch den italienischen Faschismus wie auch jene durch den Deutschnationalismus ihre Wirkung. Daneben verbreitete der Kampfring mit der Parole »optieren aber dableiben« die Legende von einem Zusammenhang zwischen Optionsergebnis und Auswanderungsverpflichtung: bei einem Ergebnis von über 90% für die deutsche Staatsbürgerschaft könnten die Südtiroler im Land bleiben. In diesem Zusammenhang sind auch die wiederholten Versuche zu sehen, die Option zu einer »Volksabstimmung« für das Deutsche Reich zu erklären. Schließlich erwiesen sich auch all die Versprechungen bezüglich der neuen Heimat dem Ziel des VKS dienlich, das hochrangige Dableiber-Delegation auf reichsdeutschen Druck hin platzen ließ. Es war erwartet worden, daß der



So reißet vom sonnigen Ocker  
 Die letzte brennende Lieb;  
 Die Treue zu Deutschland war härter,  
 Das Verloste was uns blieb.  
 Wir atmen sie mit im Herzen,  
 Für and're bereit's Symbol.  
 Sie fülle des Himmels Schmerzen:  
 Leb wohl du, mein Südtirol!

Das Gedicht von Karl Felderer und das Gegengedicht von Hans Egarter (rechts) zur Umsiedlung — Beide setzen dieselbe Metaphorik, die »Brennende Lieb«, und dasselbe Versmaß ein.

hundertprozentige Optionsergebnis für die deutsche Staatsbürgerschaft zu erreichen. Im geschlossenen Siedlungsgebiet, hieß es, wären die Landschaft und die Städte die gleichen wie in Südtirol; Bauernsöhne bekamen vorgekaukelt: bis zum Viertgeborenen sollte jeder einen eigenen Hof erhalten.

Auch sonst ging der VKS taktisch äußerst geschickt vor. Noch im Oktober war erreicht worden, daß einige »Musterdörfer« geschlossen für das Deutsche Reich optierten — sie konnten daraufhin der Bevölkerung als Vorbilder präsentiert werden. Die Optionserklärung für die deutsche Staatsbürgerschaft erfolgte als »Stimmabgabe für Deutschland« nicht selten kollektiv und inszeniert als öffentliche Kundgebung. Damit wurde demonstriert, wer die Öffentlichkeit beherrschte und wer die Außenseiter waren.

Gegenüber dieser Strategie der Emotionen blieben die rationalen Argumente der Dableiberseite, die vor allem auf den drohenden Verlust der Heimat, die Unsicherheit einer Auswanderung in ein kriegführendes Land und die Kirchenfeindlichkeit des Nationalsozialismus verwiesen, weitgehend wirkungslos. Immerhin waren seit Herbst neben dem Deutschen Verband auch Mitglieder katholischer Organisationen, die katholische Presse mit Kanonikus Gampfer an der Spitze sowie der Großteil des Brixner und des deutschen Trientner Klerus mehr oder weniger offen gegen jede Umsiedlung aufgetreten. Trotzdem verfügten die Dableiber bei weitem nicht über die organisatorische Infrastruktur der Gegenseite, zumal auch der von einigen Aktivisten im November gegründete Andreas-Hofer-Bund zahlenmäßig nur klein war.

Als Präfekt Mastromattei sah, wie sehr sein Plan einer Teilumsiedlung durch die Propaganda des VKS und deren Unterstützung seitens der reichsdeutschen Stellen gefährdet war, schaltete auch er sich direkt in die Auseinandersetzungen ein. Er tat dies vor allem im Rahmen diverser »Wahlreden«, in denen den Dableibern ausdrücklich der Weiterverbleib im Lande zugesichert wurde, aber auch durch »technische« Sabotage und durch Versuche, die Umsiedlungspropaganda etwa durch Verhaftung von Aktivisten zu behindern.

Die Umsiedlungspropaganda selbst begnügte sich indes nicht mit friedlichen Mitteln der Konsensbildung, sondern schreckte auch vor terroristischen Methoden nicht zurück. Wer sich als Dableiber deklarierte, wurde gesellschaftlich

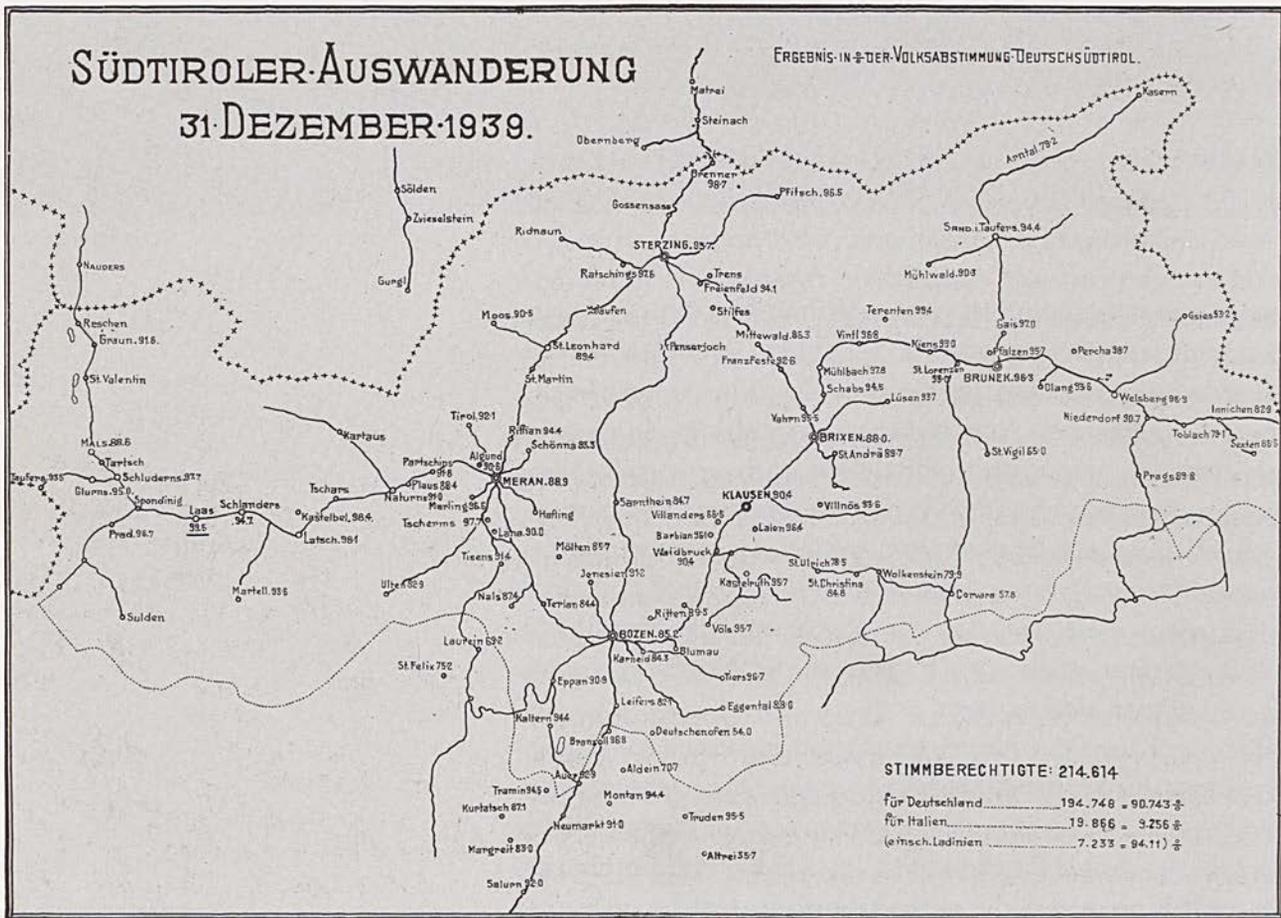


Am Erker blühet wie immer  
Die leuchtende Brennerde Lieb.  
Die Treue zur Heimat war stärker,  
Wie jauchzen wir, daß sie uns blieb.

O blühe und leuchte du Blume -  
Ein Zeichen der Treue du bist!  
Und künde, daß Glauben, Heimat  
Das Höchste für uns ist.

ausgegrenzt, boykottiert, verspottet und beschimpft; Sachbeschädigungen waren keine Seltenheit. Den Dableiber-Aktivistinnen erging es in der Regel noch schlimmer: sie bekamen die gehässigen Anpöbelungen in erster Linie zu spüren, wurden angespuckt, vertrieben und verprügelt. Weil sie ihre Propagandatätigkeit nun vielfach nur mehr unter Polizeischutz ausüben konnten, fiel ihnen auch noch die indirekte Unterstützung Mastromatteis auf den Kopf: dem VKS war es ein leichtes, die Dableiber, die bereits als »Volksverräter« galten, auch noch als »Kollaborateure« der Faschisten zu denunzieren.

In einem Klima der Fanatisierung kündigte sich somit jene Spaltung der Südtiroler Bevölkerung in Optanten und Dableiber an, die traditionelle, etwa soziale Spaltungen überlagerte, traditionelle Einheiten, etwa im privat-familiären Bereich hingegen nicht selten trennte.



## Zwischenergebnisse und Folgen

Die erste Meldung über das Optionsergebnis kam am 3. Jänner 1940 von der italienischen Nachrichtenagentur Stefani. Sie wurde am 4. Jänner von der faschistischen Alpenzeitung übernommen, enthielt allerdings nur die Zahl der Deutschlandoptanten, ohne die Zahl der Optionsberechtigten insgesamt anzugeben. Am 10. Jänner schließlich gaben der Leiter der ADERSt, SS-Obersturmbannführer Wilhelm Luig, und der Sonderbeauftragte Mussolinis für die Umsiedlung, Guido Buffarini-Guidi, eine gemeinsame Meldung heraus, in der die Deutschlandoptanten im gesamten Vertragsgebiet mit 69,4%, die Italienoptanten mit 11,9% angegeben wurden. Optionsberechtigte Personen, die keine Erklärung abgegeben hatten, sogenannte graue Optanten, machten nach dieser Meldung also 18,7% aus. Diese Nichtoptanten behielten die italienische Staatsbürgerschaft bei.

Angesichts dieser Zahlen ist verständlich, daß Luig und der VKS großen Wert darauf legten, zu betonen, daß es sich dabei um bloß vorläufige Ergebnisse handle und die tatsächliche Zahl der Optionen erst nach dem 30. Juni 1940 feststehen würde.

Der VKS hatte die Optionsergebnisse in den einzelnen Gemeinden durch seine Vertrauensleute erheben lassen. Nachdem die ladinischen Gebiete aus seiner Gemeindestatistik ausgesondert und die Zahl der Optionsberechtigten um die geschätzte Zahl derjenigen verringert hatte, die noch bis zum 30. Juni 1940 optieren konnten, präsentierte er ein Optionsergebnis für Deutschland von 90,7%. Peter Hofer gab dieses manipulierte Ergebnis Anfang Jänner in einem Brief an Himmler bekannt. Es war dies der deutliche Ausdruck des Wunsches, der Führer möge doch nicht nur die Leute, sondern auch das Land »heim ins Reich« holen. Mit genau 90,7% hatten nämlich 1935 die Saarländer der Angliederung ihres Landes an das Deutsche Reich zugestimmt.

Während der Umsiedlung und auch nach 1945 wurden eine Reihe von unterschiedlichen Optionsergebnissen veröffentlicht. Ein abschließendes Ergebnis kann es nicht geben, weil die Option nie abgeschlossen wurde. Zwischenergebnisse wurden zu verschiedenen Terminen und aus unterschiedlichen Interessen verbreitet. Die Angaben über

Der VKS nahm aufgrund der Berichte seiner Vertrauensleute eine eigene Berechnung des Optionsergebnisses vor, wobei er sich auf die Berichte seiner Ortsvertrauensleute stützte (links oben). Auf diese Weise gelang es ihm, auf die magische Zahl von 90,7% der Optanten für die deutsche Staatsbürgerschaft zu kommen. Eine entsprechende Karte sollte dieses »Ergebnis« veranschaulichen (links unten). Die Zahlenangaben beruhen weitgehend auf Schätzungen und Wunschvorstellungen.

die Zahl der Optionsberechtigten schwankten dabei zwischen 214.614 und 267.684, über die Zahl der Optanten für Deutschland zwischen 180.509 und 212.978 bzw. zwischen 69,4 und 88,4% usw. — Ebenso verwirrend und mitunter willkürlich konstruiert sind bis heute die Angaben in der einschlägigen Literatur.

Wichtiger als die Suche nach exakten Zahlen ist jedoch die Frage nach den Motiven, die die übergroße Mehrheit der Südtiroler 1939 bewegten, für eine Umsiedlung ins Dritte Reich zu stimmen.

Die Option für Deutschland und für die Umsiedlung kann insgesamt weder mit einem Bekenntnis zum Nationalsozialismus noch mit einer Volksabstimmung gegen das faschistische Italien gleichgesetzt werden. Für viele Menschen hatte die Optionsentscheidung wohl nicht nur politischen Charakter. Vielfältige Gründe und Motivationen konnten die Optionsentscheidung beeinflusst haben: die spezifische Familiensituation, die soziale Lage, der unterschiedliche Zugang zu Informationsquellen, der individuelle Erfahrungs- und Erlebnishintergrund — all dies waren wichtige Faktoren. Weder die Dableiber noch die Optanten können als in sich homogene Gruppe betrachtet werden; auch hier gab es beträchtliche soziale und ideologische Unterschiede. Nicht alle Optanten identifizierten sich mit den Propagandaformeln des VKS und unter den Dableibern gab es wohl auch eine Minderheit von Leuten, bei denen neben materiellen Überlegungen auch Sympathien für den italienischen Faschismus eine Rolle spielten.

Trotzdem: das Optionsergebnis dokumentiert die Unterordnung der Südtiroler unter die von den beiden faschistischen Machthabern gestellten Alternativen. Nur die sogenannten grauen Optanten, die jegliche Entscheidung verweigerten, brachten die generelle Ablehnung dieses Menschenschachers zum Ausdruck.

Die Mehrheit der Südtiroler aber glaubte oder hoffte zumindest, mit einer Option für Deutschland dem faschistischen Italien entfliehen zu können und durch die Abwanderung bzw. durch den Verbleib in einem an das Dritte Reich angeschlossenen Südtirol die »Heimat« wiederzufinden.

»Nun ist die aussenpolitische Frage Südtirols erledigt; in deutscher Haltung, klaglos und ohne Zwischenfall wandert das Volk von Südtirol über den Brenner und mehr als dreitausend deutsche Südtiroler tragen bereits das graue Ehrenkleid der Wehrmacht. Niemals ist die Richtigkeit der Volksabstimmungen des Dritten Reiches schlagartiger bewiesen worden, als durch den Südtiroler Volkstentscheid und die ganze Welt kann diese Richtigkeit an diesem Entschieden messen; denn hier hat ein Volksteil über der Grenze, trotz feindseligster Gegenmassnahmen und wühlendster Propaganda durch das Dreigestirn Klerus — Adel — Kapital, mit 90,7 von Hundert bekannt, dass es lieber seine schönste Heimat verlässt und in das nationalsozialistische Deutschland abwandert, bevor es auf sein Deutschtum verzichtet.«

(Auszug aus dem Brief Peter Hofers an den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Joseph Goebbels vom 13. März 1940)

## Die Welschtiroler und die Option

Die Treffen zwischen Dr. Wilhelm Luig und Guido Buffarini-Guidi vom November 1939 hatten die Frage nach den Optionsberechtigten geklärt. In Zweifelsfällen tendierten die deutschen Behörden dazu, das Bekenntnisprinzip anzuwenden, demzufolge die in den Vertragsgebieten Ansässigen, die sich als Deutsche fühlten, das Recht hatten zu optieren. Dieser Grundsatz sollte auch für die vor noch nicht allzu langer Zeit aus dem Trentino Eingewanderten mit italienischem Familiennamen gelten. Die italienischen Behörden versuchten ihrerseits, dieses Recht mit Berufung auf das objektive Kriterium der Zugehörigkeit des Familiennamens zur deutschen bzw. italienischen Sprache einzuschränken.

Dies war für das Unterland besonders folgenschwer, wo deutsch oder italienisch klingende Familiennamen oft nicht mit dem Zugehörigkeitsgefühl und manchmal auch nicht mit dem tatsächlichen Sprachgebrauch übereinstimmten.

Aussprachen zwischen den Behörden beider Länder führten dazu, daß die Welschtiroler schließlich optieren durften. Die Älteren unter ihnen sprachen noch Deutsch, die Jüngeren wenig oder vereinzelt gar nicht. Für deren Entscheidung spielten die Wirtschaftskrise, von der das Unterland betroffen war, sowie die Berichte der auf Arbeitssuche nach Deutschland Ausgewanderten über den dort verbreiteten Wohlstand eine wichtige Rolle. Unter den Älteren fiel die Erinnerung an die gute österreichische Verwaltung ins Gewicht; so optierten weit mehr für Deutschland als erwartet und die Auswanderer bevorzugten jene Gebiete, die von altersher zu den Zielen der Trentiner Emigration zählten, nämlich die österreichischen Länder, vor allem Vorarlberg.

Trotzdem ist es sehr schwierig, die Anzahl der italienischsprachigen Optanten bzw. Dableiber festzustellen; zur Unzuverlässigkeit der allgemeinen Zahlen über die Option kommt der Umstand, daß das gemischtsprachige Gebiet im südlichen Südtirol stets das Betätigungsfeld entgegengesetzter Nationalismen war, die auch sehr an der Fälschung der statistischen Daten interessiert waren. Laut den Untersuchungen, die der italienische Außenminister nach der Befreiung auf Grund der Akten der Kommission zur Durchführung der deutsch-italienischen Abkommen sowie

»Zur Bestätigung meiner Behauptung, daß die Option, wenigstens hier in Salurn, viele Familien auseinanderriß, brauche ich nur auf meine besonders zahlreiche Verwandtschaft verweisen, die sich aus 67 Vettern und Basen sowie deren Eltern zusammensetzte. In der Familie von Tante Mariettina optierten 2 Söhne und 4 Töchter für Deutschland, der Ehemann und der jüngste Sohn waren Dableiber. In der Familie von Tante Beppina optierten und emigrierten sie selbst, der Ehemann und die beiden Söhne, zwei Töchter blieben. Tante Gisella optierte und wanderte aus zusammen mit ihrem Mann und den drei Kindern; Onkel Carletto optierte und emigrierte samt Ehefrau und 4 Kindern. In der Familie von Onkel Genio optierte der Sohn für Deutschland, die Tochter blieb. In Tante Erinas Familie war nur der älteste der 4 Söhne Optant; er wanderte aus und wurde sofort zum Wehrdienst eingezogen. Auch Onkel Guerrino hatte

4 Kinder: alle optierten für Deutschland und wanderten aus. (...) Die zwei jüngeren Schwestern meiner Mutter waren Dableiber, die eine hatte 10, die andere 9 Kinder. (...)

Ich möchte betonen, daß alle diese Leute, wie auch viele andere, fast ausschließlich italienisch oder italienische Dialekte sprachen. Nur die Älteren sprachen auch deutsch . . . .

Tränen und schreckliche Enttäuschungen waren vornehmlich das Los dieser Menschen, die von Arbeit und Not sowieso schon erschöpft waren. Jene, die sich von der Auswanderung eine Lösung ihrer Probleme versprochen, wurden darin von der eifrig betriebenen nationalsozialistischen Propaganda bestärkt. An den Wohlhabenden unter der Bevölkerung, vor allem denen mit besonders treuer italienischer Gesinnung, ging die ganze Optionsaffäre ohne übermäßige Ängste vorüber, weil es ihnen gut ging und sie daher keiner Veränderung bedurften. Interessant ist auch, daß die alteingesessene Familie von Anderlan entschlossen und in gutem Glauben für das Dritte Reich optierte, auch wenn ihre Mitglieder wußten, daß sie auf diese Weise alle ihre Besitzungen verloren; vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Propagandisten selbst ihren gesamten Besitz behielten und nach Kriegsende, äußerlich völlig besiegt, tatsächlich jedoch stärker als je zuvor waren, gewinnt der letztgenannte Fall besondere Bedeutung. Aber gleichzeitig möchte ich auch daran erinnern, daß sich zwei weitere Familien mit mindestens siebenhundertjähriger Tradition, die Familie Schaffler und die Familie Plank, fürs Dableiben entschieden, obwohl sie rein deutscher Abstammung waren.«

(Auszüge eines Briefes von Eugenio Christofolletti, Salurn)

der italienischen Wertfestsetzungskommission (Delegazione Economica Finanziaria Italiana, DEFI) in Auftrag gegeben hatte, optierten 6000 Italiener für das Deutsche Reich, dazu kommen weitere 1465 aus Trient, Belluno und Udine. Sehr wahrscheinlich umfassen diese von Renzo De Felice übernommenen Zahlen auch die Ladinier. Glaubhafter ist jedoch eine Veranschlagung der italienischen Optanten auf einige Hundert, wie Maria Veronika Rubatscher meint, wenn sie von »185.000 Betrogenen und dann Gepreßte« schreibt. . . . von denen Hunderte der deutschen Sprache nicht mächtig sind und Aberhunderte, ja sogar Tausende blutsmäßig der rhätischen Urvölkerung angehören.« In Buchholz waren beispielsweise unter den 20 Familien, die für Deutschland optiert hatten, nur 2 deutschsprachig; 34 Familien waren Dableiber.

Überall wurden die Familien auseinandergerissen und erlitten somit dasselbe Schicksal wie die deutschsprachigen, mit dem Unterschied allerdings, daß wirtschaftliche Beweggründe eine größere Rolle spielten als die »Wiedervereinigung mit der deutschen Heimat«. Gleich tief empfunden wurde hingegen die Drohung einer Umsiedlung in den Süden. Die Angst davor war unter dem besitzenden Bauernstand besonders verbreitet, hatte er doch erst wenige Jahrzehnte zuvor Sicherheit, Wurzeln und Identität erlangt — eine »tirolische« Identität, die nun endgültig verweigert werden sollte.

## Reaktionen der Italiener

Fragt man nach den Reaktionen der im Laufe der zwanziger und dreißiger Jahre nach Südtirol zugewanderten Italiener auf die Option, so sind nach ihrem damaligen Umfeld, abgesehen von den Repräsentanten des Staates und der faschistischen Partei, zwei Gruppen zu unterscheiden: Die in den ländlichen Gemeinden lebenden Italiener, vor allem Lehrerinnen und Lehrer sowie die wenigen bereits ansässigen Bauern des Ente per le Tre Venezie, waren von den Ereignissen rund um die Option nur mittelbar betroffen und reagierten auf die einschneidenden Veränderungen in ihrer Umgebung eher zurückhaltend und mit unterschiedlicher persönlicher Anteilnahme. Die Mehrheit der zugewanderten Italiener, also die vor allem in Bozen und den größeren

Orten lebenden Arbeiter und ihre Familien, scheinen von den Ereignissen von 1939/40 hingegen kaum etwas mitbekommen zu haben. Einige von ihnen sagen, sie hätten überhaupt erst nach 1945, als man für die Rückkoptanten neue Siedlungen zu bauen begann, etwas von diesen Zusammenhängen erfahren. Einzelne unter ihnen oder ihre Kinder fanden nach 1939 zwar leichter einen Arbeitsplatz, fragten sich aber nicht warum, genausowenig wie ihnen der Zusammenhang mit den von den Aussiedlern freigemachten Stellen klargewesen zu sein schien.

So unwahrscheinlich dies zunächst klingen mag, wird diese Unkenntnis doch plausibel bzw. wird die Ignoranz verständlicher, wenn man sich die Lebensumstände und den Erfahrungshintergrund dieser Italiener vergegenwärtigt. Weitgehend ohne gemeinsame Alltagserfahrung mit den Südtirolern sowohl im privaten wie auch im Arbeitsbereich konnte sich keine Solidarität entwickeln, die es ihnen erlaubt hätte, an der Tragödie innerlichen Anteil zu nehmen, die sich zwar in ihrem Umfeld abspielte aber ihrem Gefühl meilenweit entfernt war. Andererseits konnten sie, die bereits eine Emigration (oder mehr als eine, von denen diese nur die letzte war) aus einem unsicheren und hoffnungslosen Dasein (z. B. von Landarbeitern) in ein kleinbürgerliches Milieu erlebt hatten, das Dilemma einer formell freiwilligen Option und Abwanderung nicht nachvollziehen, zumal diese von den Abwandernden selbst ja als »Reise in bessere Verhältnisse« angepriesen wurde.

Der Mangel an gegenseitiger menschlicher Anteilnahme zwischen Personen unterschiedlicher Muttersprache war eine Folge der Zwangsindustrialisierung mit ihren Begleitumständen der Einwanderung, der Errichtung von Wohngettos und der nach Sprachgruppen getrennten Arbeitszuweisung; er trat zur Zeit der Option offen zutage und wurde in der Behandlung der italienischen Bevölkerung nach dem 8. September 1943 auch in umgekehrter Richtung bestätigt. Dieser Mangel an menschlicher Solidarität hielt auch in den darauffolgenden Jahrzehnten an — glücklicherweise unter nicht gleichermaßen tragischen Umständen — und wurde, gewissermaßen als Grundstimmung, zum Hindernis für eine gegenseitige Teilnahme am gemeinsamen Schicksal.

»Nach zwei Jahren merkten alle, daß das Ganze ein Schwindel war«

»Mein Vater ging in den ersten Nachkriegsjahren auf die Jagd; dann mußte er sowohl die Jagd als auch das Rauchen aufgeben, weil kein Geld mehr da war. Er ist knapp 45jährig an Entbehrungen gestorben. Wäre mein Vater nicht schon 1937 gestorben, hätte er m. E. für Deutschland optiert. Er konnte einfach nicht mehr. Mit der Landwirtschaft ging es bergab, man denke nur, daß ein Straßenkehrer — ich hatte eine Kusine, die einen aus Kollmann im Eisaktal geheiratet hatte — 300 Lire im Monat verdiente, das sind 3600 Lire im Jahr, und in dem Jahr, als mein Vater starb, ich war noch nicht achtzehn Jahre alt, erwirtschafteten wir aus der Landwirtschaft einen Bruttoverdienst von 960 Lire; mit einbegriffen sind also alle Ausgaben, die Dünger, die Insektizide. 1938 ging ich nach Nals in den Dienst, verdiente 30 Lire im Monat und arbeitete vierzehn Stunden am Tag. Das war damals üblich, aber mir ging es gut. Es kam zur Option und meine Mutter und ich optierten für Italien, auch wenn wir nicht wußten, was auf uns zukam.

Es war katastrophal! Wir sprachen zwar untereinander darüber, aber alles wurde instrumentalisiert und alles stützte sich auf Lügen. Nach zwei Jahren merkten alle, daß das ganze ein Schwindel war, aber für viele war es da zu spät. Aber wer wußte vorher auch schon, wer Hitler war? Als 1936/1937 Deutschland Arbeiter aus Italien ins Land rief, war das ein Sicherheitsventil. Wer gehen konnte, verdiente dabei ein schönes Stück Geld. Aber es war nur die Kriegsrüstung, welche Deutschland den Aufschwung verschaffte. Auch meine Verwandten waren draußen, kamen aber nicht rechtzeitig zurück, um zu berichten.«

(Eugenio Cristofolletti, geb. 1919, Landwirt in Salurn)

»Die Geschichte mit der Option war so eine Sache! Wir waren weder Deutsche noch Italiener, wir waren Leiferer und damit basta. Die Anhänger Deutschlands schwärmten vom Elsaß, von Danzig und von den Eroberungen Hitlers. Man diskutierte. Ich behauptete, draußen gäbe es Krieg. Aber, als man zur Wahl ging und bekannt wurde, wie jeder optiert hatte, da brach ein fürchterlicher Haß aus; was war der Faschismus dagegen! Ich hatte viele Freunde, Leute aus dem Dorf: wer für Deutschland optiert und wer, wie ich, fürs Dableiben optiert



Die Familie Filippi aus St. Jakob/Leifers, Welschtiroler Optanten, die aber nicht umgesiedelt sind.



Welschtiroler Optantenfamilie in Schwaben, 1940



Welschtiroler Umsiedler in Köln, 1940



Die Familie Rossi nach ihrer Umsiedlung vor einer als Notunterkunft dienenden Baracke in Linz, 1942

hatte, grüßte sich gar nicht mehr. Und wir waren enge Freunde gewesen!

Die jungen Männer sind sofort in den Krieg gezogen, und viele sind nicht mehr heimgekehrt. Hier haben Personen und auch ganze Familien, die nicht ein Wort Deutsch verstanden, für Deutschland optiert. Sie kamen dann alle nach Dornbirn, Bregenz oder Kärnten, die wenigsten nach Deutschland; allerdings ist zu sagen, daß Österreich damals zu Deutschland gehörte.«

(Ennio Janeselli, Landwirt, ehemaliger Bürgermeister von Leifers)

»Mit den Deutschen hatte ich kaum Kontakt«

Die folgenden Texte stammen aus einer Serie von dreißig Interviews, die für eine Doktorarbeit über die Einwanderer in das Stadtviertel der »Semirurali« in Bozen gemacht wurden. Im Fragebogen war keine spezifische Frage über die Option vorgesehen, auch hat keiner der Befragten von sich aus diese Ereignisse erwähnt, wenn er zu Fragen der Beziehung mit Südtirolern und über Erinnerungen wichtiger Ereignisse jener Jahre Stellung nahm. Die Interviews sind anonym, nur das Geschlecht der Befragten ist bekannt.

»Mit den Deutschen hatte ich keinerlei Kontakt. Ich hatte keinen Grund mich ihnen zu nähern, wir lebten in verschiedenen Welten; am Arbeitsplatz konnte ich keinen antreffen, da die Stahlwerke sie nicht anstellten.«

(M, geb. 1914 in Brescia)

»Mit den Deutschen hatte ich nie zu tun, nur in den Geschäften konnte man sie manchmal treffen. Ich las keine Zeitungen.«

(F, geb. 1916 im Veneto)

»Ich hatte nie mit den Deutschen Verkehr. Während des Krieges war das Leben hart, für einige Zeit zog ich es vor, mit den Kindern nach Rovigo zurückzukehren. Ich habe nie Zeitungen gelesen, sondern nur Bilderromane.«

(F, geb. 1914, seit 1939 in Bozen)

»In meinem ganzen Leben hatte ich mit den Deutschen kaum Kontakte, weil in meinem Viertel nur Italiener wohnten und ich erinnere mich auch nicht an Bedeutsames, was sie betrifft.«

(F, geb. 1913 im Veneto, seit 1938 in Bozen)

»Ich habe immer im Verkehrsamt gearbeitet. Den Arbeitsplatz erhielt ich im Dezember 1939; ich war sechzehn Jahre alt und konnte mich glücklich heißen, sofort nach dem Schulabgang einen Posten gefunden zu haben. Man sagte mir, daß diese Stelle zuvor von einer Deutschen besetzt gewesen war, aber ich stellte keine Fragen, sondern war bloß froh, eine Arbeit gefunden zu haben.«

(Frau G., geb. 1923, damals Bozen)

»Wir wohnten im Semirurali-Viertel. Es lebte sich gut. Wir waren unter Italienern. Man sprach nicht über die Option, niemand wußte davon, die Sache betraf uns nicht. Erst nach dem Krieg erfuhren wir, was diesen armen Leuten Schlimmes angetan worden war.«

(Fedora Scudier, geb. 1930, damals Bozen)

»Kein Italiener freute sich, daß die Deutschen gingen, sie hatten kein Interesse daran, denn Arbeit gab es mehr als genug für alle.«

(Ottorino Bovo, geb. 1924, damals Bozen)

»Wir sprachen nicht darüber, weil es uns nicht betraf. Wir arbeiteten hart, waren dabei immer unter uns Italienern und dann gingen wir nach Hause, in unsere Viertel, welche anders als die ihren waren. Ich hatte einen deutschen Freund, mit dem ich manchmal diskutierte, aber ich war eine Ausnahme.«

(Francesco Spalti, geb. 1908, Werkleiter bei »Feltrinelli Masonite«, Bozen)

## Die Option des Bischofs

Das Optionsergebnis des Klerus stand in diametralem Gegensatz zu dem der übrigen Bevölkerung. Südtirol verteilte sich damals noch auf die beiden Diözesen Brixen und Trient. Die Dekanate Bozen, Neumarkt, Kaltern, Lana, Meran, Passeier, Sarntal, Schlanders, Klausen und Kastelruth gehörten zur Diözese Trient; Buchenstein, Ampezzo, Livinallongo, Enneberg, Innichen, Taufers, Brixen, Bruneck, Stilfes und Mals zu Brixen. In beiden Diözesen optierte die überwiegende Mehrheit des Klerus gegen die Umsiedlung.

Unterschiede bestanden im Verhalten der Kirchengspitze. Im Gegensatz zum Klerus, bei dem eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bereits seit Mitte der dreißiger Jahre eingesetzt hatte, legte der Brixner Bischof Johannes Geisler eine durchaus loyale Haltung zum Nationalsozialismus an den Tag. Ohne Zweifel beeinflußt bzw. bestärkt wurde Geisler in dieser Haltung von seinem Generalvikar Alois Pompanin, der sich trotz oder gerade wegen seiner ladinischen Herkunft vorbehaltlos zum »Deutschtum« bekannte. So wurde etwa die Verlesung der päpstlichen Enzyklika »Mit brennender Sorge« vom 14. März 1937, in der die nationalsozialistische Rassen- und Kirchenpolitik kritisiert worden war, in der Diözese Brixen verboten. Am 27. Oktober 1939 erließ Geisler zwar eine Weisung an den Klerus, in der er ein vorläufiges Optionsverbot für Geistliche sowie ein absolutes Propagandaverbot aussprach und den Klerus aufforderte, für alle Gläubigen, gleich welche Optionsentscheidung sie getroffen hätten, Seelsorger zu sein. Gleichzeitig aber setzte er sich mit den deutschen Dienststellen in Verbindung, bekundete dort seine Bereitschaft zur Option und zog Erkundigungen über die technische Abwicklung der Umsiedlung ein.

Der Trientner Bischof Celestino Endrici und sein Generalvikar Josef Kögl hingegen setzten sich ganz entschieden fürs Dableiben ein. Als der Vatikan vom faschistischen Regime die Zusage erhielt, daß die Dableiber — entgegen der Propaganda des VKS — in Südtirol bleiben könnten und keine Zwangsumsiedlung in andere italienische Provinzen zu befürchten hätten, wurde dies im Dezember 1939 sofort im Trientner Diözesanblatt veröffentlicht. Im *Katholischen Sonntagsblatt* und im *Völkboten* erfolgte die Veröffentlichung dieser äußerst wichtigen Erklärung ohne Zustim-

RUNDSCHREIBEN  
DES HEILIGEN VATERS  
PAPST PIUS XI.  
ÜBER DIE  
LAGE DER KATHOLISCHEN KIRCHE  
IM DEUTSCHEN REICH



SCUOLA TIPOGRAFICA PRINCIPESCO-ARCIVESCOVILE  
«ARTIGIANELLI» - TRENTO  
1937

In seiner Enzyklika »Mit brennender Sorge« vom 14. März 1937 wandte sich Papst Pius XI. an den Klerus und machte auf die »wachsende Bedrängnis« der Kirche im Dritten Reich aufmerksam.

Auch in Südtirol begann sich der Klerus ab Mitte der dreißiger Jahre intensiver mit der Ideologie des Nationalsozialismus zu beschäftigen. Noch glaubte man die Auseinandersetzung damit allein auf philosophisch-theologischer Ebene führen zu können.

»Es läßt sich nicht leugnen, daß der Nationalsozialismus Großes und Gutes erreicht hat. Die Erklärung dessen liegt darin, daß er sich der Natur nähert, die Gesetze der Natur aufspürt, auf die Stimme des Blutes hört, die Rassengesetze durchführt. Die Rasse ist ihm alles. Was der Rasse nützt, das hält er für sittlich gut; was der Rasse schadet, hält er für sittlich schlecht. Bei der Rassenfrage setzt die Trennung des Nationalsozialismus vom Christentume Christi, von der Voraussetzung wahren Aufstieges ein. (...)

Der Nationalsozialismus predigt nicht den leidenden, sondern den heldenhaften Christus, nicht das demütige, sondern das stolze Christentum. Dieses Christentum ist sein positives Christentum. (...) Welche Einstellung Hitler tatsächlich zum Katholizismus einnimmt, sagt uns die Verfolgung der katholischen Kirche in Deutschland.

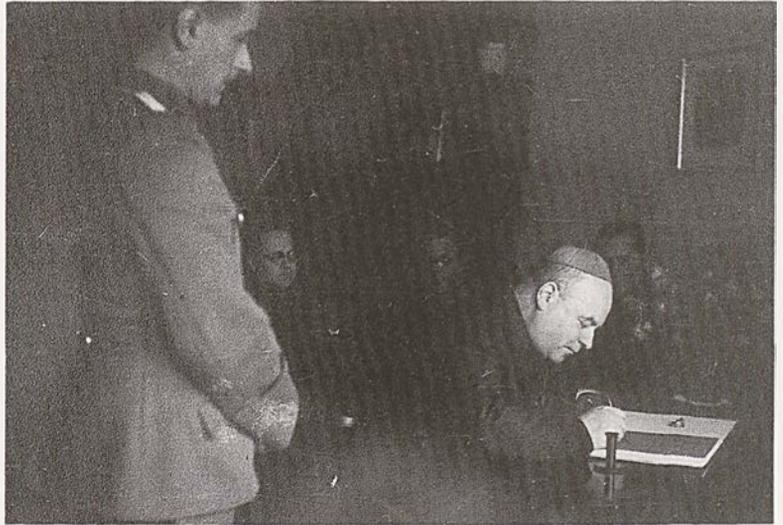
Welche Zukunft harret der katholischen Kirche in Deutschland? Weil der Nationalsozialismus eine geistige Einheitsbewegung ist, strebt er naturgemäß nach straffster Einigung des deutschen Volkes. Nichts steht dieser Einigung mehr entgegen als die religiöse Spaltung in Katholiken und Protestanten. Die Trennung soll durch das artgemäße, positive Christentum behoben werden. Die katholische Kirche wird sich nie in das positive Christentum überführen lassen; daher hat sie vom Nationalsozialismus her nur Kampf zu erwarten. Das Höchste, was sie erhoffen kann, wird zeitweiliger Waffenstillstand aus politischen Gründen sein.

Die Gedanken des Nationalsozialismus greifen auch auf unser Gebiet über. Daraus erwachsen für uns Priester Verpflichtungen. Wir werden die Irrtümer des Nationalsozialismus studieren und sie widerlegen lernen.«

(Aus Joseph Schgüanin: Das positive Christentum im Nationalsozialismus. In: Priesterkonferenzblatt, Jänner 1937)



Am 25. Juni optierte der Brixner Bischof Johannes Bischof Geisler im ADERSt-Büro Brixen für die deutsche Staatsbürgerschaft. Er nahm sich den Bischofsring vom Finger und mit der Erklärung, daß er diesen Schritt als Deutscher und nicht als Bischof tue, unterschrieb er das Optionsformular. Wohl als Bischof sagte er den Satz: »Ein Hirt geht mit seiner Herde.«



Diese Fotos von der Option des Bischofs und seiner engsten Mitarbeiter stammen aus einer Serie, die von der AdO zu Propagandazwecken verbreitet wurde.

Gramerfüllt und schmerzgebeugt geben wir die traurige Nachricht, dass es dem allmächtigen Führer auf die Fürbitte aller nationalsozialistischen Heiligen, in seinem unerforschlichen Ratschluss gefallen hat, die

F.B. Kurie von Brixen

nach langem Sall i- Soll i net- Leiden, infolge Ansteckung durch die "Braunitis" ins ewige Deutschland abgerufen.

Die Überführung des bereits in Verwesung übergegangenen Kranken, erfolgt in der Staatskarosse ins Reichskrematorium nach Krakau,

Die Beisetzung erfolgt im Beisein aller Parteibossen und unter den langgezogenen Tönen, der in letzter Zeit so wohl erpropten Katzenmusikapellen.

Kranzspenden werden gütigst, für die Unheilbaren im F.B. Auswanderungsamt entgegengenommen.

Beileidsbesuche mögen durch eingeworfene Fenster in der Winkl-Wackel-Burg abgestattet werden.

In tiefer Trauer

Die hirtelose Herde.

Posen-Bozen -Krakau-Brixen Sylvester 1939.

Pietät Elefantinum-Bristol.

Seiner Exzellenz  
Fürstbischof Dr. Johannes Geisler  
B R I X E N .  
-----

Lieber Fürstbischof !

Durch Ihre gestrige Option für Deutschland haben Sie sich in der entscheidendsten Stunde unserer Heimatgeschichte auch förmlich in derselben Weise zu unserem großen Volke bekannt, wie wir diese Ihre innerliche Haltung schon in der schwersten Zeit unseres Volkstumkampfes gekannt und miterlebt haben.

Ich kann nicht sagen, dass Sie, Herr Fürstbischof, nun ganz zu uns gehören, denn das war schon immer so; das Volk von Südtirol hat Sie stets zu seinen besten und deutschesten Männern gerechnet.

Die Traue, die Sie uns stets gehalten haben, wird Ihnen auch das Volk fürderhin halten und die ganze Kameradschaft der Bewegung wird sich hierfür einzusetzen wissen.

Wir bitten Sie, Herr Fürstbischof, mit uns einen Willen zu bilden, unseren Heimatvolk auf dem schweren Wege seines Zukunftsbauens in großdeutschen Vaterlande das beste, wertvollste und sittlichste Schicksal erarbeiten zu wollen.

Es lebe der Führer !

Ihr ergebener



mung und Unterschrift Geislers. Trotz verschiedener Interventionsversuche kirchlicher Würdenträger der Diözese bei ihm und beim Vatikan optierte Bischof Geisler am 25. Juni mit seinen Mitarbeitern Generalvikar Alois Pompanin und Hofkaplan Johann Untergasser im ADERSt-Büro in Brixen für Deutschland, wobei es ADERSt und AdO verstanden, die Option des Bischofs propagandistisch sehr wirkungsvoll in Szene zu setzen.

Auf die Optionsentscheidung des Bischofs reagierten Dableiberkreise mit diesem ironischen Flugblatt (links).

Peter Hofer hingegen beglückwünschte den Bischof in einem Brief zu seiner Entscheidung (oben).



Wer sind die A b w a n d e r e r ?

Arbeitsscheue , Wirtschaftsbummler  
Bäuerstrategen, Nazitruumer  
Glaubenslose, Kirchenfeinde  
Aufgehetzte, Streitessfreunde  
Deutschbastarden Baglioten  
Die sprechen wie die Hottentotten  
Solche die vor lauter Schulden  
Den Fascismus nicht mehr dulden  
Solche, die o Missgeschick  
Mit dem Gericht stets im Konflikt  
Freche Mädels, grüne Buben  
Kaum erwachsen den Kinderstuben  
Weiters solche die dann sagen  
lieber Hungern als in Nudel begraben  
Das sind jene, die mit Behagen  
glauben man wird ihnen nichts versagen  
Bauern die in dummen Grolle  
Feig verlassen Haus und Scholle  
Aufgehetzt von Lügenmälern  
stürzen sich ins Abendteuer  
Doch alle sie staren mit froher Natur  
Und bringen nach Polen die deutsche Kultur  
Sie verlassen freudig der Heimat Erde  
Sie ! die angeblichen Hofers Erben  
So Dumme gibts wenn's jemand wundert  
laut Statistik 70 von Hundert.

Wer sind die Dableiber.-

Falsche Christen- Alte Weiber  
Egoisten - Hurentreiber  
Warme Brüder - Schlechte Pfaffen  
Welschbastarden - ein paar Grafen  
Einige mit viel Millionen  
Die ihr Geld mit Betrug gewonnen.

Mancher der vor Angst um's Geld  
fleissig zu den Welschen hält  
Manche wollen später starten  
und auf Otto Habsburg warten.  
Allesammt wahn's jemand wundert  
sind' jedoch nicht acht von hundert.

Flugblätter der Dableiber und Geher  
von Anfang 1940

Es ist Pflicht eines jeden Deutschen, der hier in Südtirol  
noch den Rest seines Aufenthaltes verbringt, alle ihm bekannten  
Italiener in italienischer Sprache zu grüssen und in derselben  
mit ihm zu sprechen. Zu Italienern sind wohlbemerkt auch die Herrn  
DABLEIBER zu rechnen, weil sie sich ja als Italiener bekannt haben.  
Merket wohl und habet acht auf diese moralisch sehr wichtige  
Aufmerksamkeit.

## Die Spaltung

»Tanti auguri per Natale e Capo d'anno«, so schrieen zum  
Jahreswechsel 1939/40 einige Optanten den Dableibern  
ihre »Wünsche« in italienischer Sprache in der Nacht  
durchs Fenster. Die Option hatte die Bevölkerung gespal-  
ten: in eine Mehrheit von Optanten und in eine Minderheit  
von Dableibern.

Wie sehr diese Spaltung die unmittelbaren Lebensumstän-  
de der Menschen bestimmte, zeigt auch ein Blick in die Zei-  
tungsinserate, die sich seit Anfang 1940 immer wieder fan-  
den. »Auswanderer« oder »Nichtauswanderer«, das waren  
entscheidende, sich gegenseitig ausschließende Kriterien,  
wenn jemand eine/n Ehepartner/in suchte, oder eine Ar-  
beitsstelle oder Wohnung vergeben oder gesucht wurde.  
Diskriminierungen und Schikanen gegenüber den Dablei-  
bern setzten sich auch nach Ablauf der Optionsfrist fort:  
sie wurden in Spottgedichten verhöhnt, Fensterscheiben  
wurden eingeschlagen, Hausfassaden beschmiert. Vor al-  
lem aber wurden die Dableiber von der »Volksgemein-  
schaft« der Optanten ausgeschlossen. Die Möglichkeit der  
»Umoptionen« brachte es zudem mit sich, daß die Propa-  
ganda auch nach dem Jahresende 1939 weiterging. Beide  
Gruppen versuchten, weniger Überzeugte aus dem jeweils  
anderen Lager zu einer Revision ihrer Optionsentschei-  
dung zu bewegen. Beißender Spott und verbale Grobheiten  
kennzeichnen die Flugblätter und Schmähschriften, die  
auch noch nach dem 31. Dezember 1939 in Südtirol kursier-  
ten. Auf dieser Ebene fanden die Dableiber auch noch Ant-  
worten.

Indessen rüsteten sich viele Südtiroler bereits für die Über-  
siedlung ins Dritte Reich. Fotografen, Spediteure und Im-  
mobiliennmakler hatten Hochsaison.

aller walschen Litanei.

Walscher König	nieder damit!
Abessinischer Kaiser	"
Albanischer König	"
König, Vater aller Lazaroni und Macaroni	"
Humbertus, des Königs eingeborener Sohn	"
Mussolini, von allen verfluchter Geist	"
Walche Dreieinigkeit, voll zank uns Streit	"
Helene von Montenegro	nichts für uns!
Walscher Baron Sternbach	"
Walscher Ehrenbürger Graf	"
Alle Walschen Grafen und Barone	"
Walscher Athesia Beamter, ehemaliger Rütterer	"
zu Söhlen	"
Walscher Dr. Baumgartner, des Rütterers Spießgeselle	"
Walscher Koaner von Dreinwalden	"
Walscher Treier	"
Alle walschen Propagandaminister	"
Alle walschen Aufkirchner	"
Walscher Salener Wirt	"
Walscher Hilber in Kiens	"
Alle walschen Wirte und Weinhändler	"
Walscher Schüler, vier religiöser Mann	"
Walscher Gärtler, des Schülers Schwiegersohn	"
Walscher Moar, ehemaliger Bürgermeister	"
Walscher Kaffin, ehemaliger Sekretär	"
Walscher Willi, dummer Gemeindefreier	"
Walscher Postmeister	"
Walscher Tolpeit und Benicolo	"
Alle walschen Gemeindefreier	"
Alle Walschen des Adelsgeschlechtes	"
Alle Walschen, den Weibern untertan	"
Alle walschen reisnacher Bauern	"
Walsche Turner Gretl	"
Walsche Gasser Fany	"
Walsche Frau Dr. Spoin	"
Alle walschen Jungfrauen und Witwen	"
Walsche Schüler Paula und Loise	"
Walscher Onu mit vier Augen	"
Alle walschen Lehrerinnen und Doktoren	"
Alle walschen Pfälzner Weiber	"
Wenn alle Lorenzner walsch wären,	so war tum!
Von jedem Übel Italiens	erlöse uns, o Führer!
Vom Moaster Hiasl, dem Bozner Präfekt,	erlöse uns, o Führer!
Von Blitz, Steuer, Nagel und walschem	erlöse uns, o Führer!
Ungezieher	"
Durch Mussolinis Tod und Begräbnis	erlöse uns, o Führer!
Vom ganzen walschtum	erlöse uns, o Führer!
Deutschlands großmächtiger Führer,	wir bitten dich, erhöhe uns!
Führer, der auf hinwegnimmt von der	nimm uns auf in dein Reich!
wälschen Bande,	"
Führer, der du uns hinwegnimmt von	nimm uns auf in dein Reich!
der wälschen Banue,	"
Führer, der du uns hinwegnimmt von	nimm uns auf in dein Reich!
der wälschen Banue,	"

Gebet

Wir bitten dich, Adolf Hitler, Führer Deutschlands, blicke her auf Südtirol, das sich in deinen Dienst stellt; befreie uns von den Walschen, und las uns in dein Reich eingehen.

Sieg heil!!!!

geschrieben herausgegeben von den Bozener Auswanderern.

**Für das Volk, für die Auswanderer**

**Trench Lire 165.-, Winter-Mäntel Lire 170.-. Flanell-Unterwäsche, Anzüge, Hüte, Schuhe, Koffer und Schirme. Ganze Herren- und Knaben-**

**Ausstattungen**

im Geschäftshaus

**„Zum Touristen“**  
Merano, Portici 62 (vor m. Haber).

**Schöner Grabstein ab-reisehalber zu verkaufen. Schweiker. Via Marconi 9/IV. =5**

**Ahnenpässe** werden im Reich als gefählich rechtsaltige Ausweise arischer Abstammung gefordert. Ihren Ahnenpaß macht richtig:  
**Peter Pöhler, Bolzano, Via Regina Elena 13 III**

**Volksdeutsche Familie sucht braves, verlässliches Stubenmädchen. Dauervosten, auch nach erfolgter Abwanderung. Angebote mit Referenzen an Berw. unter „342/42“ M=3**

**31-jähriger Herr**

mit guter Existenz, sucht Betanständigkeit mit einem jertischen, geunden Mädchen von 20 bis 30 Jahren vom Alto Adige zwecks Heirat. Nur Auswandererin kommt in Frage. Photo und Lebensbeschreibung sind erwünscht. Photo werden bestimmt retourniert. Zuschriften unter „7331/31“ an die Verwaltung. 1654c

**NICHTAUSWANDERER**  
SÄTLER,  
SCHNEIDERINNEN,  
NAHERINNEN FÜR  
ELEKTR. MASCHINEN.  
FINDEN DAUERBESCHÄFTIGUNG BEI  
EINHEIMISCHEN UNTERNEHMEN  
Zuschriften an die Verwaltung unter Nr. 7344/44

**Foto-Spezial-Aufnahmen**  
im eigenen Heim zur  
bleibenden Erinnerung  
von Gruppen, Häusern, Höfen,  
Werkstätten und Terrain.  
Auch auswärts.  
**Foto Schöner - Merano**  
Telephon 2496 Telephon 2496

**Auswanderer**  
Beratung, Vermittlung von Unter-  
nehmungen Villen, Landhäuser, Land-  
güter jeder Größe auch in der Ostmark  
**Grundstückverkehr**  
**H. Meyerhöfer & Co.. München, Arnulfstr. 16**

Die Trennung in »Auswanderer« und »Nichtauswanderer« aufgrund der Optionsentscheidung bestimmt auch die Wahl des Arbeitsplatzes und sogar der Ehepartner.

## Auf der »Walschleit«

Franz Mair wurde am 16. Dezember 1916 als einziges Kind der Frau Theresia Mair in Bozen geboren. Seinen Vater hat er nie gekannt, seine Mutter war eine einfache Hilfsarbeiterin mit oft wechselnden Arbeitsplätzen bei Bauern und im Gastgewerbe. Da Frau Mair in der Gemeinde Tisens ansässig und heimatberechtigt war, gab sie ihr Kind dorthin zur Pflege und Erziehung.

Der zweijährige Franz fand Aufnahme auf dem Klotzhof des (mit ihm nicht verwandten) Alois Mair, der damals auch Bürgermeister der Gemeinde Tisens war. Franz wurde in seiner Pflegefamilie wie ein eigenes Kind behandelt und blieb dort, abgesehen von der Unterbrechung durch den Militärdienst, bis zu seiner Heirat im Jahr 1948. Von 1923 bis 1931 absolvierte er die damals bereits ausschließlich in italienischer Unterrichtssprache gehaltene Volksschule. Daneben besuchte er fallweise auch die geheime Katakombenschule, in der er deutsch lesen und schreiben lernte. Der aus dem nahe gelegenen Prissian stammende Kanonikus Gamper war ein guter Freund und Bekannter der Familie Mair auf dem Klotzhof und so kam Franz schon bald in Kontakt mit der katholischen Jugendbewegung. Seit 1932 war er Mitglied der Katholischen Aktion (KA) unter der Leitung von Dr. Alfons Ludwig in Meran. Die Teilnahme an den verschiedenen Veranstaltungen der KA — so erinnert sich Franz Mair — wurde von ihm und seinen Vorgesetzten ganz bewusst als eine »Abgrenzung« gegen die entstehende »illegale Bewegung« des VKS verstanden.

Im Mai 1938 wurde Franz Mair zum Militärdienst einberufen und dem 5. Regiment der Feldartillerie (artigleria di campagna) in Venaria Reale bei Turin zugeteilt. Bis zu seiner endgültigen Entlassung aus dem italienischen Heer im Dezember 1942 war er Offiziersdiener (attendente) des aus einer französischsprachigen Familie in Piemont stammenden und mit dem Königshaus verwandten Oberstleutnant Giuseppe Guillet, der aufgrund seiner Mitarbeit bei der Reale Società Geografica Italiana auch mit der Problematik Südtirols gut vertraut war. Als im Herbst 1939 die beim italienischen Heer dienenden Südtiroler Rekruten von ihren Regimentskommandos mit der Möglichkeit der Option konfrontiert wurden, entschied sich Franz Mair als einziger der insgesamt acht Südtiroler seiner Einheit fürs



Franz Mair in jungen Jahren

Dableiben. Abgesehen von seiner persönlichen Überzeugung waren dafür auch die Ratschläge seiner Pflegeeltern, des Kanonikus Gamper und seines militärischen Vorgesetzten ausschlaggebend gewesen.

Nach einem mehrmonatigen Urlaub vom Dezember 1939 bis März 1940 wurde Franz Mair wieder eingezogen und nahm in der Folge am Feldzug des italienischen Heeres an der Westalpenfront in Frankreich (1940) und sodann an der Balkanfront in Albanien und Griechenland (1941/42) teil.

Nach der Entlassung aus dem Heer im Dezember 1942 kehrte Franz Mair auf den Klotzhof nach Tisens zurück. Dort war er nun Bewohner der von den Optanten so genannten »Walschleit«, einer Gegend, in der die meisten Familien Dableiber waren. Er übernahm die Stelle eines Zahlmeisters der örtlichen Raiffeisenkasse, die unter der Leitung eines Dableibers stand. Im März 1944 erhielt er die Einberufung zum Polizeiregiment Alpenvorland, der er aber nicht Folge leistete, weil er die Schikanen der

COMUNE DI TESIMO  
GEMEINDE TISENS

## Certificato di Cittadinanza Staatsbürgerschaftsbescheinigung

Il Sindaco certifica  
Der Bürgermeister bestaetigt:

in base agli atti d'ufficio  
auf Grund der hier vorliegenden amtlichen Akten

che M A I R F R A N C E S C O

figli di ignoto e di Mair Teresa  
Sohn-Tochter des und der

nel B o l z a n o il 16 dicembre 1916  
geboren in am

di professione impiegato residente a Tesimo  
Beruf wohnhaft in

è cittadino italiano  
italienischer Staatsbuerger ist

e come tale iscritto nei registri del Comune di T e s i m o  
und als solcher im Verzeichnis der Gemeinde

al numero 73/M  
unter der Nr. eingetragen erscheint.

" Ha optato per la cittadinanza italiana il 27.12.1939 "

Si rilascia il presente in carta libera ad uso amministrativo.  
Stempelfrei für Amts Zwecke

Tesimo il-am 22 dicembre 194 9



IL SINDACO  
DER BÜRGERMEISTER  
*Maria Holzner*

Chia. Editrice I.C.A. - 22100

Südtiroler Volkspartei

Mitgliedsausweis Nr. **16962**

Herr / Frau / Gel. Mair Franz

geb. am 16.12.1916 Bozen

wohnsaft in Tesimo

ist Mitglied der Südtiroler Volkspartei

Bozen, am 1.7.1945  
Des Mann:

SVP-Mitgliedsausweis

Staatsbürgerschaftsbescheinigung mit Optionsvermerk

Ausbildner fürchtete. Als er im August 1944 die zweite Einberufung erhielt, leistete er dieser nun doch Folge und ging zur Ausbildung nach Schlандers und Mals. Im November 1944 wurde seine Einheit nach Pieve di Cadore verlegt mit der Aufgabe der Bewachung der Nachschublinien und der öffentlichen Gebäude sowie der Partisanenbekämpfung. Franz Mair war seit 1941 Mitglied des unter der Leitung von Hans Egarter stehenden Andreas-Hofer-Bundes und zusammen mit anderen Angehörigen des Polizeiregiments Alpenvorland nahm er Kontakt zu den italienischen Partisanen auf, um unnützes Blutvergießen zu verhindern.

Nach seiner Rückkehr aus dem Krieg Anfang Mai 1945 bemühte er sich in Tisens sofort um die Gründung und den Aufbau der SVP, deren erster Ortsobmann von 1945 bis 1951 er war. In Zusammenarbeit mit dem örtlichen Ausschuss des Nationalen Befreiungskomitees (Comitato di Liberazione Nazionale) und den englisch-amerikanischen Be-

hörden in Bozen erreichte er die Einsetzung eines deutschsprachigen Bürgermeisters für die Gemeinde Tisens im Juni 1945. In der Folge übernahm Franz Mair den Posten eines Amtsdieners der Gemeinde Tisens, den er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1977 bekleidete. Daneben war er insgesamt 17 Jahre lang Zahlmeister der Raiffeisenkasse Tisens.

Franz Mair ist seit 1948 mit Frau Maria Holzner verheiratet und Vater von drei Kindern.

*Leopold Steurer*

## Die Option der Ladiner

Luciana Palla, Karin Demetz

Das deutsch-italienische Abkommen vom Oktober 1939 zur Option der Südtiroler berücksichtigte auch die Ladiner, nicht nur die der Provinz Bozen, sondern auch die der Grenzgemeinden Buchenstein, Colle S. Lucia und Cortina. Diese Entscheidung rief im Polizeipräsidium der Provinz Belluno Empörung hervor, weil man dort diese Bevölkerung aus geschichtlichen, ethnischen und sprachlichen Gründen als rein italienisch ansah.

Dieses Optionsabkommen, das von den ladinischen Gebieten nur das Fassatal ausschloß, verdeutlicht einmal mehr, daß die Ladiner nicht ihrer ethnischen Besonderheit gemäß behandelt, sondern sich — wie die Südtiroler — zwischen einer amtlichen Einordnung als »Italiener« oder einer »Eindeutschung« ohne Rückkehr entscheiden mußten. Die Behauptung sprachlich-kultureller Eigenständigkeit, die noch aus den gesamt-tirolischen Sympathiekundgebungen der ersten Nachkriegszeit herausklang, war freilich auch von der deutschen Bevölkerung jenseits des Brenners abgelehnt worden, obwohl sich die Ladiner vor allem von ihren Tiroler Landsleuten die Anerkennung eigener Minderheitenrechte erhofft hatten. Schlimmer noch: Dieses von ihnen selbst so oft beschworene Bündnis wurde für die Ladiner nun zu einem Bumerang, auch wenn sie sich dessen 1939 nicht bewußt wurden.

In den Jahren 1940-45 zeigten sich die schwerwiegenden Auswirkungen dieses Abkommens, das nicht nur die Option und die Abwanderung zahlreicher Ladiner ins Dritte Reich zur Folge hatte, sondern auch die Einberufung der Optanten zu dessen Waffenverbänden. Sie wurden so, wenn auch oft mehr gezwungenermaßen als freiwillig, in den von Deutschland kaltblütig organisierten Zerstörungs- und Vernichtungskrieg hineingezogen. Die Option bewirkte eine kompromittierende Teilnahme der Ladiner an der Kriegsmaschinerie des Dritten Reiches, was in der Nachkriegszeit schwerlich bestritten werden konnte. Nur eine kompakte Ablehnung dieses Abkommens als Aus-

druck ihrer ethnischen Eigenart hätte die Ladiner vor dem in der unmittelbaren Nachkriegszeit erhobenen Vorwurf der NS-Sympathie bewahrt. — Allerdings wurde nach 1945 auch kaum versucht, die Tragödie dieser jahrzehntelangen von zwei starken Nationen umworbenen Bevölkerung zu begreifen.

Die Ladiner jedoch ließen sich vom deutsch-italienischen Optionsabkommen des Jahres 1939 vereinnahmen, auch wenn es innerhalb der einzelnen Täler große Unterschiede gab: So haben in Gröden rund 80% der Optionsberechtigten, im Gadertal und in Buchenstein jeweils rund ein Drittel, in Colle S. Lucia knapp 20%, in Cortina d'Ampezzo aber nur etwa 1% für die deutsche Staatsbürgerschaft und die Abwanderung optiert. Hinzu kamen noch 304 Fassaner Optanten, für die SS-Sturmbannführer Dr. Wilhelm Luig, der Leiter der ADERSt in Bozen, mit dem Unterstaatssekretär im italienischen Innenministerium, Guido Buffarini-Guidi, dieselben Bedingungen ausgehandelt hatte, wie für die Fersentaler und Luserner.

Diese Zahlen überraschen auf den ersten Blick, weil sie die laut verkündete ladinische Einheit zu widerlegen scheinen; außerdem ergibt sich die Frage, wie eine Bevölkerung in so hoher Zahl für das Dritte Reich optieren konnte, die so stolz auf ihre Unabhängigkeit sowohl vom italienischen wie auch vom deutschen Kulturraum war, zumal sie sich diesem zwar nahe, jedoch keinesfalls mit ihm identisch erklärte hatte. — Der Versuch einer Antwort bedingt das Wissen um die Entwicklung Ladiniens in der Zwischenkriegszeit und das Verständnis um seine Rolle im nationalen und internationalen Geschehen.

Daß die Option in Gröden beinahe ein ebenso plebiszitäres Ergebnis brachte wie im übrigen Südtirol, kann zum Teil sicherlich auf die Verbreitung deutscher Sprache und Kultur ab der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückgeführt werden, als deutschnationale Verbände wie der »Tiroler Volksbund« den Druck auf die Ladiner verstärkten, um den aus Süden kommenden Italianisierungsversuchen zuvorzukommen. Grödens Interessen waren — wohl wegen seines besonderen Wirtschaftsgefüges — seit jeher nach Norden gerichtet: der Absatz der Produkte des holzverarbeitenden Handwerks ging vorwiegend in deutsche Länder,

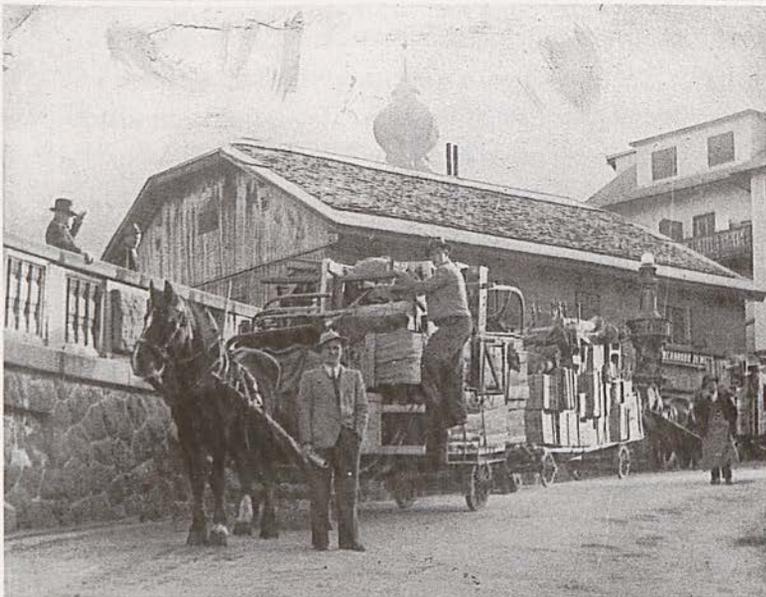


Für die Grödner wurde eine eigene Zweigstelle der ADERSt in der Villa »Aquila« in St. Ulrich eingerichtet

der schon vor 1914 gut entwickelte Fremdenverkehr brachte fast ausschließlich deutsche Touristen ins Tal.

Der Erste Weltkrieg und die Annexion Südtirols hatten die ihrer traditionellen Absatzmärkte beraubte Grödner Hausindustrie jedoch in eine schwere Krise gestürzt. Obwohl es schon Ende der zwanziger Jahre möglich gewesen wäre, die Produktion mit entsprechenden Anpassungen an die geänderte Nachfrage am italienischen Markt wieder aufzunehmen, und auch der italienische Fremdenverkehr sich erfolgreich entwickelte, wurde mit der Option für das Deutsche Reich vielfach die Hoffnung auf eine Wiederaufnahme der gewinnbringenden Wirtschaftsbeziehungen mit dem deutschen Markt der Vorkriegszeit verbunden. Unmittelbar nach dem Vertrag vom 21. Oktober 1939 über das Vertragsgebiet und die Optionsberechtigungen entwickelten die Grödner eine bemerkenswerte Eigeninitiative. Schon am 15. Oktober 1939 hatten Vertreter aus Gröden einen Brief an die ADERSt in Bozen geschickt, in dem sie erklärten, daß ihre baldige und geschlossene Umsiedlung nicht nur für ihr ethnisches und kulturelles Überleben als Ladinier, sondern auch für ihre wirtschaftliche Zukunft unverzichtbar sei; Land- und Forstwirtschaft, Schnitzerei und Fremdenverkehr hätten sich in Gröden zu einer ebenso spezifischen wie untrennbaren Einheit entwickelt; die Umsiedlungsplanung sollte rasch und unter Mitwirkung von Vertretern der drei Wirtschaftszweige erfolgen.

Nachdem seitens des RKFdV der seit 1938 zum Gau Kärnten gehörende Kreis Lienz (Osttirol) als Ansiedlungsgebiet für die Grödner bestimmt worden war, brachen am 30. Jänner 1940 sieben Vertreter der Grödner zu einer Besichtigungsfahrt dorthin auf und kamen am 8. Februar mit dem Ergebnis zurück, daß dieses Gebiet ihren Vorstellungen entspreche. In der Folge kam es zu erheblichen Differenzen zwischen der ADERSt, bzw. Wilhelm Luig, und der AdO, bzw. Peter Hofer: Während Luig die geschlossene Umsiedlung der Grödner gleichsam als Probelauf für die talschaftsweise Umsiedlung der Südtiroler insgesamt betrachtete und damit dem Drängen der Grödner auf baldige Umsiedlung, wie auch den Wünschen der Italiener nach Einhaltung der vereinbarten Umsiedlungsquoten entsprechen wollte, beschwerte sich Hofer, daß die AdO in dieser Frage übergangen worden und durch diese Sonderaktion auch das geschlossene Siedlungsgebiet für alle Umsiedler in Frage gestellt sei.



Die Inhaber des Hotels »Maria« in St. Ulrich konnten ihren Betrieb verkaufen und ein Hotel am Ossiacher See in Kärnten erwerben. — Hier bei der Abfahrt

310.

Die grössten Gegenpropagandisten waren folgende :  
Pfarrer Freina Valerius mittels einer Predig und das uebliche hinterlistige Geschwätz dieser Volksparasiten .  
Johann Rinna Schmid in Stern ein ganz habsuechtiger ,ehrgeiziger und hinterlistiger Pbarisaer durch abfaellige Reden ueber Deutschland ,,Greulmaerchen ueber die Abwanderer und religioese Falschdeutungen , die er von Ortschaft zu Ort = schaft und Haus zu Haus trug .  
Franz Pizzini Pension La Villa , dessen Frau und alle Familien Pistill schlossen sich diesem Feldzug an .

312 .

Pensionierter Pfarrer Franz Canins durch muendliche Propaganda .  
Pfarrer Engel Frena mittels Kirchpredigen und des ueblichen hinterlistigen Geschwaetzes .  
Johann Ruazzi (Piccolruaz) Lehrer und Parteisekretaeer mittels seiner Amtswuerden u. der entsprechenden Lachtmittel . Oeffentliche Propagandareden und Belaestigungen von Haus zu Haus , waren auch seine Mittel .  
Dalpiano (Floner) Engel und Sohn Engel habsuechtige Verraeternaturen als Sprachrohre des Piccolruaz . Fedele Freinadmetz Pension Tofana , Emil Pescolderung u. Josef Rudiferia u. Serafin Glira schlossen sich auch an .

In den folgenden Monaten zeigte sich freilich, daß der Kreis Lienz für eine geschlossene Ansiedlung der Grödner mangels neu erschließbarer Siedlungsfläche ungeeignet war. Ein Vorschlag der Gauleitung Steiermark, die Grödner im Hochschwabgebiet anzusiedeln, wurde Anfang 1941 nur mehr zögernd verfolgt, zumal diese selbst nun auch lieber auf die Bekanntgabe des geschlossenen Siedlungsgebietes für die Südtiroler warten wollten. Nachdem der RKFdV im März 1942 mit den italienischen Stellen übereingekommen war, daß eine beschleunigte Umsiedlung der Grödner nicht vordringlich sei, wurden die entsprechenden Planungen endgültig eingestellt.

Anders war die Situation im Gadertal: Auch dieses Tirol so verbundene Gebiet hatte es nicht vermocht sich den Eindeutschungsversuchen der Vorkriegszeit zu entziehen. Hier wie in Gröden scheint die italienische irredentistische »Lega Nazionale« keine Anhängerschaft gefunden zu haben, was hingegen, wenn auch nicht in großem Umfang, in den anderen ladinischen Tälern doch der Fall war. Trotzdem war die Zahl der Optanten hier bei weitem nicht so hoch wie in Gröden; auch die mit der Option zusammenhängende Propaganda, die Auseinandersetzungen zwischen Dableibern und Optanten und die Vorfälle zwischen 1943 und 1945 gestalteten sich nicht so dramatisch und selbstzerstörerisch. Der Grund dürfte vermutlich darin liegen, daß im Gadertal Grünlandwirtschaft und Viehzucht vorherrschten, es also weniger auf Deutschland ausgerichtete Wirtschaftsinteressen gab, wie sie in Gröden durch den Fremdenverkehr und den Handwerksexport bedingt waren. Sitten, Bräuche und die Nutzung der natürlichen Ressourcen nach dem System des »geschlossenen Hofes« entsprangen der gemeinsamen Tiroler Tradition, doch begründete diese Sympathie für Deutsch-Tirol nicht auch die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen durch die Option. Außerdem war der Einfluß des Klerus im Gadertal weit stärker als im benachbarten Gröden. Die Bevölkerung hielt sich mehr an die Anweisungen der Pfarrer, das Tal nicht zu verlassen.

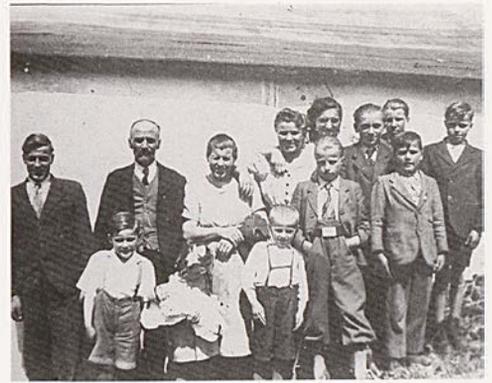
Die Entscheidung zur Option wird zahlenmäßig bedeutungsloser, je weiter man sich von den Sellatälern aus nach Osten und damit vom direkten Kontakt mit Tirol entfernt. Gleich stark bleiben jedoch die Angst und die Verunsiche-

Lageberichte der AdO aus Stern und aus St. Kassian im Gadertal

rung gegenüber der Hetzpropaganda der Brunecker Abge-  
 sandten des VKS sowie der überzeugten Optanten, die eine  
 blühende Zukunft auf schönen Bauernhöfen und mit Ar-  
 beit für alle voraussagten. In so schwierigen gesellschaft-  
 lichen Verhältnissen wie in Buchenstein und Colle S. Lucia,  
 wo die Landwirtschaft meist die einzige Einkommens-  
 quelle war und der »geschlossene Hof« verlangte, die wirt-  
 schaftliche Unabhängigkeit des einzelnen dem Familien-  
 interesse unterzuordnen, wirkte der Gedanke von eigenem  
 Besitz und wirtschaftlicher Unabhängigkeit in einem vom  
 Dritten Reich versprochenen Wohlstand verständlicher-  
 weise ungeheuer anziehend. Aus einer Untersuchung  
 von Archivmaterial der Gemeinde Pieve di Livinallongo  
 (Buchenstein) zur Wirtschaftslage der 122 Optantenfami-  
 lien geht hervor, daß weniger als 3% in »guten wirtschaft-  
 lichen Verhältnissen« lebten, mehr als 40% waren »besitz-  
 los«, 52% besaßen »Grund und Wohnung oft in geteiltem  
 Eigentum«. Das verdeutlicht, wie über die Nostalgie für die  
 verlorene »deutsche« Welt der Habsburgermonarchie hin-  
 aus, die aufgrund mangelhaften Geschichtsbewußtseins  
 vielfach durch Sympathie für das »deutsche« Hitlerreich  
 ersetzt wurde, und neben der Ablehnung des faschisti-  
 schen Regimes, das sich um die Nöte dieser Minderheit  
 nie gekümmert hatte, wirtschaftliche Überlegungen bei  
 der Option eine wichtige Rolle spielten. In diesen armen  
 ladinischen Gemeinden entsprang eine solche Haltung  
 nicht der Suche nach Reichtum, sondern einfach dem  
 Wunsch nach einem Leben in Würde und frei von Ar-  
 mut.

Die wahre Ursache für die unterschiedlichen Optionser-  
 gebnisse in den ladinischen Tälern liegt somit außer in  
 wirtschaftlichen Beweggründen in der größeren oder gerin-  
 geren Entfernung zum deutschen Kulturraum und in der  
 Verbreitung der deutschen Sprache. Diese wurde in den  
 drei ladinischen Gemeinden des Belluno kaum benutzt.  
 Hier waren auch die Italianisierungsmaßnahmen des fa-  
 schistischen Regimes nicht so hart wie im Gadertal oder in  
 Gröden, weil die Bevölkerung italienisch sprach und diese  
 Sprache auch in der Kirche, in den Schulen und in den öf-  
 fentlichen Ämtern verwendete. Dies hatte auch eine skepti-  
 schere Haltung gegenüber den Versprechungen der Nazi-  
 propaganda zur Folge.

Zudem kann in den Ladinischen Tälern auch eine unter-  
 schiedliche Akzeptanz der deutschen Besatzung und der



Familie Costa aus Colfuschg vor der  
 Umsiedlung und danach im Sudeten-  
 land (unten)



örtlichen Verwaltung durch Optanten in der Zeit der »Operationszone Alpenvorland« festgestellt werden. Die schwersten Vorwürfe, sich mit dem Nationalsozialismus kompromittiert zu haben, wurden nach dem Krieg an die Grödner gerichtet. Dieses Problem harret freilich noch einer genaueren Untersuchung.

Cortina d'Ampezzo stellt einen Fall für sich dar. Hier gab es fast keine Optanten, was an ein rein italienisches, von deutschtiroler und NS-deutschen Einflüssen freies Gebiet denken ließe, würden Hinweise auf ein nazifreundliches Verhalten zur Zeit der Operationszone nicht Zweifel an dieser Auslegung aufkommen lassen. In einem nach Kriegsende vom Kommandanten der im Gebiet das Cadore operierenden Partisanenbrigade »Calvi« abgefaßten Bericht heißt es, die ampezzanische Bevölkerung habe »entschieden für den deutschen Besatzer Partei ergriffen und sich vollständig in seinen Dienst gestellt«. Dieses kategorische Urteil läßt zumindest vermuten, das niedrige Optionsergebnis im Ampezzanischen sei eher auf die Überlegung zurückzuführen, daß die unterm Faschismus angebahnte Entwicklung des Fremdenverkehrs einer mit vielen Unbekannten versehenen Auswanderung vorzuziehen sei, und nicht die Folge eines kompakten ideologischen Bekenntnisses zum faschistischen Italien, wie es wohl die von 788 Ampezzaner Familien 1938 gegenüber dem politischen Sekretär des »Partito Nazionale Fascista« abgegebenen offiziellen Erklärungen glaubhaft machen wollten.

In diesem Zusammenhang ist auf ein Dokument im Bundesarchiv Koblenz zu verweisen, das von einem Boykott der Option durch die italienischen Behörden spricht. Diese hätten eine Abgabe der Erklärung nur am letzten Tag, am 31. Dezember 1939, von 7.00 bis 24.00 Uhr gestattet, ohne die Bevölkerung davon in Kenntnis zu setzen. Wer trotzdem von seinem Recht Gebrauch machen wollte, sei Einschüchterungen ausgesetzt gewesen. Nach Angaben des Vertrauensmannes der AdO habe das Bewußtsein, betrogen worden zu sein, viele Ampezzaner dazu gebracht, über den festgesetzten Termin hinaus bis zum 30. Juni 1940 in Bruneck, Bozen und Innichen die Anerkennung ihrer verspäteten Option zu betreiben, was aber offensichtlich nicht gelang.

Die starke Präsenz italienischer Einwanderer in Cortina, die vom faschistischen Regime geförderte Fremdenver-

kehrswirtschaft, der Versuch, die Option in aller Stille ablaufen zu lassen, die deutschfreundliche Einstellung der Bevölkerung, die unter dem Einfluß der Propaganda wieder zum Vorschein kam, das alles waren Faktoren für starke Spannungen, die zwischen 1945 und 1948, als Cortina zusammen mit den anderen ladinischen Tälern eine Autonomie forderte, noch durchaus lebendig waren. Herrschten vor der Option unter den Ladinern Angst und Verunsicherung, so brachen nach der Entscheidung die Gegensätze zwischen Dableibern und Optanten offen aus. In den Dörfern bildeten sich zwei Parteien. Die Optanten halfen sich gegenseitig bei der landwirtschaftlichen Arbeit, stellten sich für Patenschaften bei Taufen und Firmungen zur Verfügung, verwalteten und bearbeiteten die Güter der ersten Abgewanderten. Die Zweiteilung erstreckte sich auch auf den kulturellen Bereich: die Kinder der Optanten verließen nach und nach die italienische Schule und besuchten die Deutschkurse der AdO, die so zur »Alternativschule« wurden.

Unterdessen hatten im Frühjahr 1940 die ersten Abreisen nach Deutschland begonnen: zuerst die Ledigen, die Handwerker, die Besitzlosen, in der Folge viele Bauen mit kinderreichen Familien. In dieser Zeit stimmen die Erlebnisse und Erfahrungen der Ladiner im Dritten Reich mit jenen der deutschsprachigen Südtirolern überein.

Dramatisch verlief auch für die Ladiner die Zeit nach dem 8. September 1943. In den Gemeinden wurden die Optanten mit politischen Verwaltungsämtern betraut. Die Nichtoptanten wurden überwacht, registriert, und schlimmer noch: zwangsweise zur deutschen Wehrmacht eingezogen. Mit der Schaffung der Operationszone Alpenvorland wurden die ladinischen Täler zum letzten Mal — zumindest teilweise — in einer Verwaltungseinheit zusammengefaßt, da die drei Gemeinden Buchenstein, Colle S. Lucia und Cortina d'Ampezzo der Provinz Bozen zugeordnet wurden; nur das Fassatal blieb ungeachtet der Ansuchen einiger Talbewohner bei der Provinz Trient. Der Preis für diese so lange ersehnte Einheit war jedoch die Unterordnung unter das Regime des Obersten Kommissars der Operationszone, Franz Hofer, die Zwangseinführung des SOD mit lokalen Polizeibefugnissen, der Zwang zu deutscher Schule und Kultur und damit eine neue Welle der Germanisie-

Bundesministerium für Inneres  
Päßangelegenheiten  
Wien I., Teinfaltstraße 4

2. Zl. 4 Pa. 80640/47

## Reise - Ausweis

(Nur gültig in Verbindung mit dem umseitigen Sichtvermerk)

Der/Die auf dem nebenstehenden Lichtbild Dargestellte/n ist/sind identisch mit:

Vor- und Zuname: Sophie N e g e r  
Staatszugehörigkeit: Südtiroler  
Ort und Datum der Geburt: St. Kristina  
Beruf: Schnitzerin  
Wohnung: Tienz Ost-Tirol Mühlangergasse 5  
Gesicht: oval  
Farbe der Augen: grau Farbe der Haare: blond  
Ausdrückliche Kennzeichen: keine  
Eigenhändige Unterschrift: \_\_\_\_\_



Provisorischer österreichischer Reise-  
paß für eine Grödner Umsiedlerin  
1947 — »Staatszugehörigkeit: Süd-  
tiroler«

rung. All dies führte in den ladinischen Tälern zwischen den Gruppierungen der Optanten und der Dableiber zu heftigen Auseinandersetzungen, die nach dem Krieg nur mühevoll beigelegt werden konnten.

Gröden im besonderen wurde nach dem Krieg beschuldigt, die Heimat zahlreicher überzeugter NS-Elemente gewesen zu sein. Und gerade Grödner waren die Opfer einer Blut-  
tat, die nach Kriegsende, im Mai 1945, geschah: Einige Op-  
tanten wurden unter bisher nicht vollständig geklärten  
Umständen von Partisanen entführt und auf dem Trans-  
port nach Belluno ermordet.

Das Optionsabkommen hatte in Ladinien tiefgreifende  
Folgen mit Auseinandersetzungen und Spaltungen in der  
Volksgruppe und mit leidvollen Einzelschicksalen. Dabei  
entstand der für Außenstehende noch immer vorherrschen-  
de Eindruck einer Identität von Ladinern und (Süd)Tirol-  
lern und wurde nicht nur der Blick auf die nicht in der Pro-  
vinz Bozen lebenden Ladinier verstellt, sondern auch die  
Bildung eines Bewußtseins von der ethnischen Eigenart der  
Ladiner erschwert. Damit fehlte auch die Voraussetzung  
für das Zugeständnis einer echten Autonomie, die der Ge-  
samtheit der Ladiner nach dem Zweiten Weltkrieg ver-  
wehrt blieb.

## Meister aller Nationen

Hans Nogler wurde am 28. Februar 1919 in Wien als erstes von acht Kindern geboren, sein Vater stammte aus St. Christina, seine Mutter war Wienerin. Als er sieben Monate alt war, kam er mit seiner Familie nach Gröden. Bis zum Jahre 1934 besuchte er die italienische Volksschule in Wolkenstein; zu Hause aber sprach er mit seinem Vater ladinisch, mit seiner Mutter deutsch.

Hans Nogler war immer schon sportbegeistert: als Kind ging er im Winter ein paarmal wöchentlich ins Langental Schifahren. Sein Talent fiel auch den Schilehrern auf, die die Schischule auf dem Sella-Joch leiteten. Sie stellten den 15jährigen dort als Schilehrer für Anfänger an. Er nahm dann auch an Rennen in Cortina, auf der Marmolata und in Wolkenstein teil und erzielte in diesen ersten Wettbewerben gute Erfolge.

Im Jänner 1939 nahm Hans Nogler an den Weltmeisterschaften in Zakopane in Polen teil. Einige Bekannte aus St. Ulrich hatten ihn gebeten, ein Prospekt aus diesem Gebiet mitzubringen, zumal »die Sage umherging, daß die Grödner nach Zakopane ausgesiedelt würden«.

In den zwanziger Jahren änderte Familie Nogler ihren Namen: »Der Bürgermeister hat meinen Vater zu sich berufen und hat ihm einige Hundert Lire für Lebensmittel versprochen, das war für uns eine gute Beihilfe, falls er den Namen ändert.« Im Frühjahr 1939 wurde Hans Nogler, er hieß nun Giovanni Nano, zu den Alpini nach Aosta einberufen. Im November 1939 optierte der Vater für Deutschland. Von Beruf war er Prothesenschnitzer — nach seiner Verletzung im Ersten Weltkrieg dazu ausgebildet — und Drechsler. Da er die Familie von seinen Verdiensten als Gelegenheitsarbeiter unterhalten mußte, waren es vor allem wirtschaftliche Gründe, die ihn bewogen, die Heimat zu verlassen. Hinzu kam, daß Familie Nogler keinen Besitz hatte und Frau Nogler Wienerin war. Schließlich waren es auch deutsche Touristen, die einen guten Eindruck hinterlassen hatten: »Diese sprachen mit den Familien, fotografierten sie, schickten ihnen die Photos, sie waren so sauber, picco bello angezogen, das machte schon Eindruck.«

Hans Nogler wurde im Jänner 1940 aus dem italienischen Heer entlassen, im März desselben Jahres wurde er zur deutschen Wehrmacht einberufen. In der Konradkaserne in Innsbruck wurde er der Sportgruppe zugeteilt und konnte erneut an vielen



### *Hans Nogler, Lienz*

ITALIENS MEISTER

Cortina 38, Sestrier 39

SCHWEIZER JUGEND-MEISTER

Wengen 38

DEUTSCHER MEISTER

St. Anton 44

ÖSTERREICHS MEISTER

Eisenerz 46

Rennen teilnehmen. Er bildete zudem auch Jugendliche im Wehrrüchtigungslager in St. Anton aus. Obwohl Hans Nogler als Sportler gewisse Vorteile genoß, »wir hatten gutes Essen, wurden menschenwürdig behandelt (...), ja ein Feldweibel ließ mir sogar einmal ein Auto, um nach Seefeld zum Trainieren zu fahren«, hatte er Heimweh: »Wir alle hatten Sehnsucht, wir gingen öfters auf den Innsbrucker Hauptbahnhof, um die neuen Auswanderer zu sehen, aber es war traurig — wir konnten nicht mehr zurück.«

Bis Kriegsende lebte Hans Nogler in der Kaserne in Innsbruck. Sein Vater und eine seiner Schwestern arbeiteten seit den ersten Monaten des Jahres 1940 in Klagenfurt bei einem Bandagisten: der Vater schnitzte Prothesen, die Tochter war Lehrling. Als am Ende des Jahres 1941 der Familie Nogler eine Wohnung der Neuen Heimat in Lienz zugewiesen wurde, kam Frau Nogler mit den restlichen Kindern nach. Der Vater arbeitete von nun an gemeinsam mit einigen Grödnern in einer Schnitzwerkstatt in Lienz. »Die Deutschen hatten uns schöne Wohnungen versprochen, bei uns wurden diese Versprechungen auch eingehalten, aber auch bei allen anderen — mehr oder weniger.«

Familie Nogler konnte sich in Lienz leicht integrieren, da das schifahrerische Können von Hans der Bevölkerung imponierte. Nach Kriegsende fuhr er noch weiterhin in den Reihen des S. C. Lienz für die österreichische Nationalmannschaft Rennen.

Im Jahr 1950 kehrte er endgültig, nachdem er schon einige Male illegal die Grenze passiert und in Gröden Schikurse abgehalten hatte, nach Wolkenstein zurück, seine Eltern blieben in Lienz. »In Österreich sah ich als Schilehrer keine Zukunft mehr.«

*Karin Demetz, Georg Mischi, Gerold Perathoner*





# Der lange Weg

Helmut Alexander

## Die Umsiedlung der Südtiroler

Die Option und Umsiedlung der Südtiroler lag in mehrfacher Hinsicht im Interesse des Dritten Reiches. Sie diente der Rüstungspolitik durch Zuführung von Arbeitskräften, der Kriegs- und Eroberungspolitik durch Rekrutierung von Freiwilligen und Wehrpflichtigen, der Rassen- und Siedlungspolitik durch die Ansiedlung von »germanischen« Wehrbauern in eroberten Gebieten und der Wirtschafts- und Finanzpolitik durch Kompensation von Südtiroler Vermögenswerten mit italienischen Forderungen an das Dritte Reich.

Die Durchführung der Umsiedlungsaktion lag in den Händen des Reichsführers-SS, Heinrich Himmler, der als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKFdV) über seine Diensstellen (ADERSt) die Planung, die Organisation und den Verlauf der Umsiedlung bestimmte. Die italienischen Behörden hatten auf die Lenkung der Umsiedlung kaum einen Einfluß. Sie drängten allerdings häufig auf den Abschub von politisch belasteten oder unliebsamen Südtirolern, rollten immer wieder die Frage der Zulassung der Ladiner zur Option auf oder bestritten in zahlreichen Fällen die Rechtmäßigkeit einzelner Optionen. Lediglich in der Wertfestsetzungskommission waren die Italiener als gleichberechtigte Partner neben der deutschen Gruppe tätig.

Zur Finanzierung der Umsiedlungsaktion und der damit verbundenen, ständig anwachsenden Verwaltung waren die Umsiedlungsstellen in Italien von Anfang an auf Bankkredite und private Gelder (Depotgelder) angewiesen. Die Zahlungen des RKFdV und aus dem Reichswirtschaftsministerium konnten kaum die Schuldendienste der deutschen Umsiedlungsstellen in Südtirol, besonders der ADERSt, decken, geschweige denn die fortlaufend anfallenden und steigenden Kosten. Neben den Personalkosten der Umsiedlungsstellen und der AdO fielen vor allem die Transportkosten der Umsiedler ins Gewicht. Die mit der Umsiedlungsaktion verbundenen Finanzierungsprobleme wurden bis Kriegsende nicht gelöst, ebensowenig wurden die in Anspruch genommenen Gelder der Südtiroler Umsiedler zurückerstattet.

## 1. Station: Die Amtliche deutsche Ein- und Rückwandererstelle (ADERSt)

Die überwiegende Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol hatte sich durch ihre Option bereit erklärt, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen und ihren Wohnsitz ins Deutsche Reich verlegen zu wollen. Auf Grund der zwischenstaatlichen Vereinbarungen zur Umsiedlung ergab sich aus dieser Klärung für jeden einzelnen Optanten die Verpflichtung, die ersten Maßnahmen für seine Umsiedlung selbst einzuleiten.

Im einzelnen sah das so aus, daß der »zur Abwanderung entschlossene Volksdeutsche« bei der ADERSt, die für seinen Wohnort zuständig war, einen förmlichen Abwanderungs- und Einbürgerungsantrag einreichen mußte. Dieser ermöglichte es der ADERSt, eine geregelte Umsiedlung durchzuführen, er diente aber auch zur totalen Erfassung des einzelnen und dessen Verwendung im Interesse des Dritten Reiches. Gleichzeitig mit diesem Antrag mußte ein Ansuchen auf Entlassung aus dem italienischen Staatsverband eingereicht und vom italienischen Präfekten bestätigt werden. Dieser Antrag berücksichtigte allerdings nicht die militärischen Verpflichtungen von wehrpflichtigen Südtirolern, weshalb die betroffenen Optanten um die Entlassung aus dem italienischen Militärdienst eigens ansuchen mußten.

Der Abwanderungs- und Einbürgerungsantrag weist neben seiner formalen Notwendigkeit aber auch deutlich auf die groteske Wirklichkeit des Dritten Reiches hin: Die Südtiroler, die ja immerhin der »Stimme des Blutes« gehorcht und dem »Ruf des Führers« Folge geleistet hatten, mußten nun erklären, arischer Abstammung zu sein, und um die Genehmigung zur Aufnahme in die große deutsche Volksgemeinschaft ansuchen. Mit diesem Schritt trat der Umsiedler mit seiner Familie gegenüber den Reichsbehörden als Bittsteller auf und unterwarf sich mit seiner Unterschrift den Bedingungen, auch den rassistischen, die das Dritte Reich stellte.

Das Einbürgerungsverfahren selbst war für die Südtiroler Umsiedler vereinfacht und gebührenfrei. Es wurde ausschließlich von der Einbürgerungsstelle des Gauleiters und Reichsstatthalters in Tirol und Vorarlberg in Innsbruck durchgeführt, welche die Einbürgerungsurkunden ausstellte und zur ADERSt nach Südtirol weiterleitete. Sie



Das Hotel »Bristol« in Bozen — Sitz der ADERSt-Hauptstelle in Südtirol — Die Durchführung der Umsiedlung war Aufgabe der SS. Auch der Leiter der Dienststelle Umsiedlung in Innsbruck bekleidete einen höheren SS-Dienststrang. Die Leiter der ADERSt in Südtirol waren bis auf eine Ausnahme Reichsdeutsche, die aus den Reihen des »Verbandes für das Deutschtum im Ausland« (VDA), der »Volksdeutschen Mittelstelle« (VOMI) oder der Auslandsorganisation der NSDAP kamen.

Mod. 6-C

**IL PREFETTO DI BOLZANO**

12 GIU. 1939

N. di prot. 195001 Bolzano, \_\_\_\_\_ 19\_\_

Signor Pircher Anna  
di Pietro  
Birio

*Ho ricevuto la vostra dichiarazione di voler rinunciare alla cittadinanza italiana e ve ne dò atto.*  
*La Delegazione per le migrazioni dell'Alto Adige (Bolzano), vi consegnerà al più presto - dopo i necessari accertamenti - un passaporto gratuito speciale della validità di mesi due, per consentirvi di recarvi in Germania.*  
*La stessa Delegazione vi rilascerà inoltre, in occasione del vostro viaggio di trasferimento in Germania dopo l'acquisita cittadinanza germanica, la concessione del viaggio gratuito - sino al confine italiano, nonché la concessione gratuita del trasporto - sempre fino al confine italiano - delle vostre masserizie.*

PREFETTO  
[Signature]

Verzichtserklärung auf die italienische Staatsbürgerschaft und Abwanderungsantrag

## Abwanderungsantrag

Ich beantrage für mich und meine umstehend angeführten Familienangehörigen gemäß der Deutsch-Italienischen Vereinbarung vom 23. Juni 1939 die Genehmigung zur Abwanderung ins Deutsche Reich.

Gleichzeitig habe ich für mich und meine Familienangehörigen die Entlassung aus dem Italienischen Staatsverband und Wehrpflichtsverhältnis sowie die Einbürgerung im Deutschen Reich beantragt.

Ich erkläre für mich und meine Familienangehörigen, nach Befreiung und Auszahlung unserer vermögensrechtlichen Ansprüche zu dem uns von der Amtlichen Deutschen Ein- und Rückwandererstelle gesetzten Termin abwandern zu wollen. Ich versichere an Eidesstatt, sämtliche Angaben über mich und meine Familienangehörigen der Wahrheit entsprechend gemacht zu haben und erkläre insbesondere eidesstattlich, daß mir keinerlei Tatsachen bekannt sind, die einen Zweifel an meiner und meiner Familienangehörigen arischen Abstammung begründen.

Es ist mir ausdrücklich eröffnet worden, daß meine Einbürgerung für nichtig erklärt und meine Einbürgerungsurkunde wieder zurückgezogen werden kann, falls ich unrichtige oder unvollständige Angaben über meine Person, etwaige Vorstrafen und anhängige Strafverfahren gemacht haben sollte.

In Urkunden füge ich bei:

**3** Anlagen: 1 Taufschein des Herrn Eberhard  
1 " der Frau "  
1 " des Kindes  
1 Trauschein

Bozen , den 20.10.1939 19

Eberhard Hally  
Deutliche Unterschrift.

Gegenzeichnung des Aufnahmebeamten:  
M. Glessl.

001 / 8. 39 / 80.000

wurden den Umsiedlern meist erst kurz vor der Abwanderung ausgehändigt.

Diese erste bürokratische Hürde hatten die Optanten also vor allem deshalb zu nehmen, weil sie durch ihre Option zwar »unwiderruflich« erklärt hatten, aus Südtirol abzuwandern, sie daraus aber keinen Anspruch auf eine Einbürgerung in das Deutsche Reich ableiten konnten. Die Volksgemeinschaft der Deutschen war in den Augen der Nationalsozialisten ja eine »rassische« Gemeinschaft, in der »artfremde« Menschen keinen Platz hatten. Außerdem hatte das Deutsche Reich kein Interesse an einem »unerfreulichen Bevölkerungszuwachs«, wozu von den Nationalsozialisten geistig und körperlich Behinderte sowie Vorbestrafte und in italienischer Haft befindliche Kriminelle gezählt wurden. Diese mußten vom Deutschen Reich zwar

**Stammbogen**

zum Abwanderungsantrag Nr. 107.996-999      Ersatz AK

Originalunterlagen folgen

Bozen

1. Name: **M o s e r**      etwa früherer

2. Vornamen: **Domenikus**

3. geb. am: **26. 3. 1880** in **Tramin**

Vater: **Domenikus +**      (Geburts-      (Geburts-)

Mutter: **Maria +**      geborene **Dekarli**

4. Staatsangeh.: **D.R.**      etwa früherer **ital.**

5. Glaubensbekenntnis: **F.k.**      etwa früheres

6. Familienstand: **verh.**      ~~verh.~~      ~~verh.~~      ~~verh.~~

Zum Haushalt gehörige Kinder:

unter 14 J.      **keine**      **keine**

14-21 J.      **1**      **2**

7. Benötigter Wohnraum: **3 Zimmer u. Küche**      **2 Zimmer u. Küche**

8. Beruf: **Eisenbahn-angestellter**

Selbständig? ja — nein

9. Grundbesitz? ja — nein — **Mittelbes.**

10. Eigenes Geschäft? ja — nein — **Teilhaber**

11. Erwünschter Zeitpunkt der Abwanderung: **sobald**

12. Größeres Umzugsgut:

Wohnungseinrichtung: **3 Zimmer u. Küche**

Waren, Maschinen usw.: ja — ~~nein~~ **1 Handnahtmaschine**

Gastmöbel: ~~ja~~ — **nein**

Kunstgegenstände: ~~ja~~ — **nein**

Fahrzeuge usw.: ~~ja~~ — **nein**      **2 Fahrräder**

13. Erwünschter Zielort bzw. Gegend: **Stelermark**

Gründe: **Arbeitsmöglichkeit, da Verwandte dort**

14. Erwünschte Tätigkeit am Zielort: **Hausmeisterstelle oder landw. Arbeit**

15. Ist am Zielort Wohnung vorhanden? ~~ja~~ — **nein** — **vorübergehend** — **keines**

Innsbruck, den **17.6.40**

(Ort und Tag)

**Tilig**      **Domenikus Moser**

(Aufnahmebeamter)      (Unterschrift des Antragstellers)

Anlagen: Veranlagbogen — Vermögensbogen — Grundbesitzbogen — Geschäft- und Betriebsbogen — Umzugsbogen — Rentnerbogen

Bozen IV — 42 — 20.000 — Reichsdruckerei

**Annahmeschein**

Der unterzeichnete Beamte hat für sich und seine unmittelbar angehörigen Familienangehörigen gemäß der Deutsch-Italienischen Übereinkunft vom 23. Juni 1939 die Auswanderung ins Deutsche Reich, die Erfüllung aus dem Italienischen Staatsverband und Wehrpflichtverhältnis sowie die Einbürgerung ins Deutsche Reich beantragt.

Er hat damit die Verpflichtung übernommen, zu dem von der Deutschen Reichsregierung festgesetzten Termin abzureisen.

Der Antrag ist namens des Deutschen Reiches entgegengenommen worden.

Meran, den 6.3. 1941

Der Leiter der Hauptstelle:  
Im Auftrage:

*Otto Fonier*

(Otto Fonier)  
Zweigstellenleiter



Stammbogen und Annahmeschein

übernommen werden, einen Anspruch auf Einbürgerung hatten sie jedoch nicht. Tatsächlich wurde vielen die deutsche Staatsbürgerschaft vorenthalten, darunter auch etlichen Männern, die bereits zur Wehrmacht eingezogen worden waren.

Nach der »Freiwilligkeit« der Option erfolgte also durch diese Antragstellung die Verpflichtung zur Abwanderung. Bis Oktober 1944 hatten über 100.000 Optanten einen solchen Antrag gestellt; ihre Familienangehörigen hinzuge-rechnet, ergibt dies eine Gesamtzahl von 217.917 »umsiedlungswilligen« Südtirolern. Die bestehende Abwanderungspflicht wurde allerdings nur für diejenigen zur Realität, die mit »leichtem Gepäck« aus Südtirol abwandern konnten. Damit waren die Bevölkerungsgruppen ge-

meint, deren vordringliche Abwanderung bereits im Juni 1939 in Berlin festgelegt worden war und besonders Landarbeiter und andere Unselbständige umfaßte. Ihre Umsiedlung war nicht nur mit relativ geringen bürokratischen Schwierigkeiten verbunden, sondern entsprach auch den Bedürfnissen des Dritten Reiches nach agrarischen und industriellen Arbeitskräften. Dazu kamen noch Beamte der verschiedenen Kommunalbehörden, die auf Grund ihrer Option aus italienischen Diensten ausscheiden mußten, so wie u. a. Bahn- und Postbeamte.

Die in italienischem Militärdienst stehenden Südtiroler wurden sofort nach ihrer Option für Deutschland in die Deutsche Wehrmacht überstellt. Für andere Gruppen von Südtirolern gab es ebenfalls keine Möglichkeiten zu einem weiteren Verbleiben auf italienischem Staatsgebiet: Konfinierte und in Haft befindliche Südtiroler, Insassen von Altersheimen, Irrenanstalten, usw. Sie gehörten zu den ersten Betroffenen bzw. Opfern der Umsiedlung. Dies gilt in besonderem Maße für Südtiroler Anstaltsinsassen, von denen mehrere Hundert Geisteskranke in entsprechende reichsdeutsche Anstalten abtransportiert wurden. Wieviele von ihnen nach ihrer »Umsiedlung« im Rahmen der nationalsozialistischen Mordaktion — Euthanasie genannt — getötet wurden, ist nicht genau bekannt; ebensowenig läßt sich auch die Zahl von mißgebildeten Südtiroler Kindern feststellen, die das Schicksal der Geisteskranken im Dritten Reich teilten.

Neben dem Abwanderungsantrag hatte die ADERSt auch Personal- und Bewerbungsunterlagen zu erstellen. Auf einem Berufsbogen wurden Angaben zur schulischen und beruflichen Ausbildung des Umsiedlers festgehalten; auf einem Stammbogen mußte der Umsiedler neben seinen Personalien auch Auskunft über seinen Besitz geben. Auf diesem Formular konnte der Antragsteller auch Wünsche hinsichtlich seines Abwanderungstermins, seines Ansiedlungsortes und seiner Berufsausübung äußern.

In den »Richtlinien für die Rückwanderung der Reichsdeutschen und Auswanderung der Volksdeutschen aus dem Alto Adige« vom 21. Oktober 1939, also bereits in der Optionszeit, war den Südtirolern die freie Wahl des Ansiedlungsortes zugesichert worden. Doch wurde gleichzeitig den Mitarbeitern der ADERSt aufgetragen, die Ansiedlungs- und Berufswünsche der Umsiedler »möglichst mit den arbeitseinsatzmäßigen Erfordernissen des Dritten

»Bei einer dieser Sitzungen teilte uns Konsul Bene mit, die Italiener hätten in der Annahme, wir wollten die Abwanderung nur hinausziehen, also eigentlich sabotieren, Druck auf Berlin ausgeübt und forderten, es müßten ab sofort jeden Tag 200 Optanten über den Brenner. Ich meldete mich zu Wort mit dem Antrag, es sollten zuerst sämtliche Optanten aus dem Irrenhaus in Pergine, aus sämtlichen Heil- und Pflegeanstalten, ferner sämtliche Asozialen sowie einsitzenden Zuchthäusler verliedert werden, dann erst alle, die sich wirtschaftlich nicht mehr halten konnten. So könnten wir noch für einige Zeit vermeiden, unseren gesunden Volkskörper anzutasten. Dieser Antrag wurde angenommen und durchgeführt. Man kann sich vorstellen, welche Stimmung nach 14 Tagen in Innsbruck herrschte! Diese Südtiroler! Nur Falotten! Und die noch dazu in die schönen Villen nach Iglis hinauf! So ein Sauvolk! Das war mein Werk!«

(Aus den Erinnerungen Dr. Franz v. Braitenbergs, Südtiroler Katzenköpfe, Manuskript, S. 28)

Reiches in Übereinstimmung zu bringen«. Und am 9. Mai 1940 gab der RKFdV den Umsiedlungsstellen die Anweisung, einen Ansiedlungswunsch nur noch dann anzugeben, »wenn triftige Gründe für dessen Wahl vorlagen«. Traf dies nicht zu, mußte der Umsiedler damit rechnen, auch in anderen Gebieten des Großdeutschen Reiches angesiedelt zu werden. Auch daraus wird deutlich, daß die Umsiedlungsaktion ein Teil der Kriegsplanung des Dritten Reiches war, in dem auch die Südtiroler »Volksgenossen« dem Eroberungs- und Vernichtungskrieg der Nationalsozialisten wie der dahinter stehenden Rüstungsindustrie zu dienen hatten. Auf diese Zwecke wurde auch der ganze bürokratische Aufwand im Zusammenhang mit der Umsiedlung ausgerichtet, denn mit den Antragsformularen der Optanten war der Wehrmacht wie der Industrie über die Umsiedlungsstellen der Zugriff auf jeden einzelnen Umsiedler möglich.

Mit den Unterlagen der Umsiedler setzte die ADERSt eine Maschinerie in Gang, der sich der Betreffende kaum entziehen konnte. Lediglich die Gruppe der »bodengebundenen« Optanten konnte ihre Umsiedlung hinauszögern und letztendlich verhindern. Der Großteil der tatsächlich umgesiedelten Südtiroler erhielt allerdings von der ADERSt eine Aufforderung zur Abwanderung, in der der Zeitpunkt der Abreise vorgeschrieben wurde. Vielfach wurden Optanten mit ihren Familien auch »abberufen«, nur um die zwischen den deutschen und italienischen Stellen vereinbarten Abwanderungszahlen zu erreichen.

Zu erwähnen sind aber auch jene Südtiroler, die von sich aus baldmöglichst umsiedeln wollten, weil ihnen entweder eine sichere wirtschaftliche Existenz im Deutschen Reich gewährleistet zu sein schien oder sie auf bessere Wohnungsaussichten hofften. Zahlreiche Umsiedler wollten auch nicht zu spät kommen bei der Verteilung der, wie sie glaubten, für sie eigens geschaffenen Arbeits- und Wohnmöglichkeiten. Ein Großteil von ihnen kam schon vor dem Ende der Optionsfrist über den Brenner, oft ohne einen »Abruf« bekommen zu haben. Sie wurden in Innsbruck von der Umsiedlungsstelle und dem Landesarbeitsamt betreut bzw. einem anderen Arbeitsamt in der »Ostmark« zur Unterbringung zugewiesen.

Die reguläre Abwanderung der Südtiroler begann damit, daß die ausgefüllten Antragsformulare zusammen mit



Pension »Flora«, Sitz der ADERSt-Zweigstelle Meran

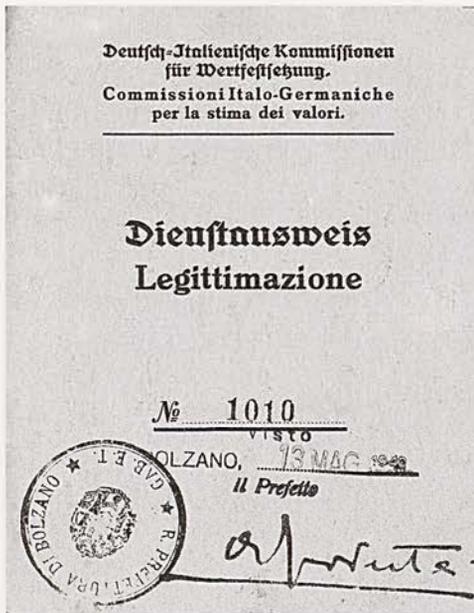




Spezieller Reisepaß für die Umsiedlung ins Deutsche Reich

Verabschiedung der ersten Umsiedler am Bahnhof Brixen

einem reichsdeutschen Reisepaß ausgestattet; falls sie zum Zeitpunkt ihrer Abwanderung noch die italienische Staatsbürgerschaft besaßen, bekamen sie kostenlos einen italienischen Paß ausgehändigt, der zwei Monate gültig war, und wurden in Innsbruck eingebürgert. Größere Gruppen von Optanten, z. B. auch die Fersentaler und Luserner, erhielten vielfach aber nur einen Sammelreisepaß, der für den gesamten Transport nach Innsbruck Gültigkeit besaß. Außerdem bekamen die Umsiedler von der ADERSt eine Fahrkarte nach Innsbruck, deren Kosten bis zum Brenner der italienische Staat übernahm, während die Fahrt vom Brenner nach Innsbruck vom Deutschen Reich bezahlt wurde.



Dienstausweis der deutsch-italienischen Kommission für Wertfestsetzung

## 2. Station: Die Wertfestsetzungskommission (WFK)

Gemäß den »Grundsätzen für die Wertfestsetzung des Vermögens der aus Italien nach dem Deutschen Reich abwanderenden Volksdeutschen und deutschen Reichsangehörigen« vom Jänner 1940, sollte kein Südtiroler, der für das Deutsche Reich optiert hatte, durch die Umsiedlung einen wirtschaftlichen Schaden erleiden. Natürlich traf diese Bestimmung nur auf diejenigen zu, die über Besitz oder Vermögen in Südtirol verfügten.

Bereits in den Sommermonaten 1939 wurde zum Zwecke der Einschätzung, der Ablöse und des Transfers der Vermögenswerte von Südtiroler Optanten eine Wertfestsetzungskommission gebildet. Sie setzte sich aus einer deutschen und einer italienischen Gruppe zusammen und sollte zunächst Grundsätze, Richtlinien und Durchführungsbestimmungen für die Wertfestsetzung ausarbeiten. Erste Ergebnisse dieser Arbeit lagen im Jänner 1940 vor, eine Einigung über das anzuwendende Verfahren erzielten beide Seiten erst im März des gleichen Jahres. In der Folgezeit wurden noch eine Reihe weiterer Bestimmungen getroffen sowie zusätzliche Abkommen ausgearbeitet, so daß die wirtschaftlichen Fragen im Rahmen der Umsiedlung den einzigen Bereich darstellten, der zwischen Rom und Berlin umfassend geregelt war.

Zum Vermögen der Umsiedler zählten neben Immobilien und Guthaben auch Erbansprüche sowie Forderungen aus Beteiligungen an Genossenschaften o. ä. Pensionsansprüche wurden zunächst von Italien weiterbezahlt und erst ab 1940 von entsprechenden Stellen des Reiches übernommen; Ausnahmen gab es zum Teil bei Versorgungsansprüchen von Eisenbahnern, die weiterhin von Italien erfüllt wurden.

Für die Durchführung der Wertfestsetzung der in Südtirol zurückzulassenden Vermögenswerte war eine paritätisch besetzte Kommission mit fünf ebenfalls zu gleichen Teilen aus Italienern und Deutschen besetzten Unterkommissionen zuständig.

Für den Umsiedler bedeutete das Wertfestsetzungsverfahren, daß er selbst zuerst eine Vermögensaufnahme seines Besitzes und eine Schätzung darüber vorzunehmen hatte.



Diese Aufstellung mit den dazugehörigen Ergebnissen legte er dann der für seinen Wohnort zuständigen Unterkommission vor. Lag keine Selbsteinschätzung des Besitzers vor, schickte ihm die Unterkommission eine Aufforderung, eine solche innerhalb von 28 Tagen vorzulegen. In der Unterkommission erfolgte eine Überprüfung der Selbsteinschätzung durch einen deutschen und einen italienischen Schätzmeister. Stimmt die drei Schätzungen überein, wurde das Verfahren abgeschlossen und zur Bestätigung durch die beiden Präsidenten der Hauptkommission weitergegeben. Falls dies nicht zutraf, wurde ein Protokoll aufgenommen und der Besitzer über die voneinander abweichenden Ergebnisse in Kenntnis gesetzt. Er konnte daraufhin innerhalb von vier Wochen Stellung nehmen. Das Protokoll mit dem Schätzungsergebnis der Unterkommission ging zusammen mit der Stellungnahme des Besitzers sowie mit dessen eigenem Schätzungsergebnis an die Hauptkommission. Diese bestimmte gleichfalls einen italienischen und einen deutschen Schätzmeister und der Vorgang der ersten Schätzung wiederholte sich. Kam es in diesem Gremium zu einer Einigung, wurde das Ergebnis von

Bauernhöfe in der Gemeinde Palai — Die Zersplitterung des bäuerlichen Grundbesitzes stellte die Wertfestsetzungskommissionen vor schwer lösbare Probleme.

Die Tischlerwerkstätte des Johann Pedratscher und der darüber erstellte Wertfestsetzungsbescheid. Die Werkstätte in Bozen wurde von der WFK auf 91.928,65 Lire geschätzt. Johann Pedratscher fand nach seiner Umsiedlung im Deutschen Reich keine entsprechende Werkstatt zum Kaufen. Das Ablösegeld wanderte auf ein Sperrkonto und hätte nur im Fall einer Investition behoben werden dürfen. Im Krieg gab es aber nichts zum Investieren. Die knapp 92.000 Lire kamen nie vom Konto herunter; nach dem Krieg fiel das Geld den österreichischen Währungsgesetzen zum Opfer. »Ein jahrelang aufgebauter Betrieb war futsch.«

(Interview Eugen Pedratscher, Jg. 1929, Sohn von Johann Pedratscher, TLI)



## Mitteilung!

Teile meinen werten Kunden, Geschäftsfreunden und Bekannten höflichst mit, daß ich am 1. Februar d. J. mein Geschäft wegen Rückwanderung verkauft habe, und entbiete allen ein **herzliches Lebwohl!**

**E. FRASS**  
Bolzano, Piazza Erbe 5

den Präsidenten bestätigt und dem Besitzer mitgeteilt. Gegen diesen Bescheid hatte der Umsiedler keine Einspruchsmöglichkeit mehr.

Erzielte die Hauptkommission jedoch ebenfalls keine Einigung, so entschieden die beiden Präsidenten der Wertfestsetzungskommission in letzter Instanz; ihre Entscheidung war nicht mehr anfechtbar.



Commissione italo-germanica per la  
stima dei beni di allogeni tedeschi  
e cittadini germanici

Deutsch-Italienische Hauptkommission  
für die Wertfestsetzung des Vermögens  
der Volks- und Reichsdeutschen

Verbale di ratifica della decisione

in data 12.2.1941

della Sottocommissione di Bolzano

Protokoll über die Genehmigung der Entscheidung

vom 12.2.1941

der Unterkommission Bozen

guardante l'allogeno PEDRATSCHER GIOVANNI  
~~il cittadino Germanico~~

Betrifft den Volksdeutschen PEDRATSCHER JOHANN  
~~Reichsdeutschen~~

di fu Giovanni residente a Bolzano-Via  
Giardini Nr.8

des n. Johann wohnhaft in Bozen-Via  
Giardini Nr. 8

N.ro della Scheda 13703

It. Schein-Nummer: 13703 Kenn-Nummer:

N.ro ord. Reg. Segr. Gen. P. I. 2449

Reg.-Nr. Gen.-Sefr. It. Gr. 2449 123.195-198

N.ro ord. Reg. Segr. Gen. P. G. 2463

Reg.-Nr. Gen.-Sefr. D. Gr. 2463

Numero d'ordine Fort- laufende Zahl	NATURA DELL'ATTIVITÀ ECONOMICA Art der Vermögensbestandteile	Valore attribuito dalla Sottocommissione Bewertung der Unterkommission Lire
1.	<p>Falegnameria in Bolzano:</p> <p>merci L. 7.140.65</p> <p>arredamento " 48.108.--</p> <p>avviamento " 36.050.--</p> <p><u>totale L. 91.298.65</u></p> <p>(Lire novantunmiladuecentonovantotto 65/100)</p> <p>Bau-u.Möbeltischlerei in Bozen:</p> <p>Waren L. 7.140.65</p> <p>Einrichtung " 48.108.--</p> <p>Geschäftswert " 36.050.--</p> <p><u>Zusammen L. 91.298.65</u></p> <p>(Lire einundneunzigtausendzweihundertachtundneunzig 65/100)</p>	L. 91.298.65

Hatte ein Umsiedler den endgültigen Schätzungsbescheid erhalten, konnte er seinen Besitz dem Ente Nazionale per le Tre Venezie übergeben, das den Betrag bei der Banca d'Italia einzahlte und zwar auf das Konto »Alto Adige — Deutsche Verrechnungskasse«. Danach erfolgte die Überweisung auf ein Sonderkonto der Deutschen Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft (DUT) in Innsbruck; de facto wurden die betreffenden Gelder gegen italienische Forderungen aus dem Warenverkehr mit dem Deutschen Reich verrechnet und gutgeschrieben. Diese Kompensationsregelung lag im Interesse des Deutschen Reiches, hatte dieses doch Ende 1939 gegenüber dem italienischen Staat ein Negativsaldo von 83,5 Millionen RM aufzuweisen. Italienische Kapitalliquidationen im Deutschen Reich wurden ebenfalls dem Reichsmarkkonto gutgeschrieben und mit den zu transferierenden Vermögenswerten der Südtiroler verrechnet. Die Vermögenswerte der Südtiroler Umsiedler dienten dem Dritten Reich also u. a. dazu, seine Schulden gegenüber dem Bündnispartner Italien zu begleichen, die ihm aus dem Import von Nahrungsmitteln und aus der Beschäftigung italienischer Arbeitskräfte im Rahmen des Stahlpaktes entstanden waren.

Die Forderungen der Südtiroler Umsiedler an Deutschland wiederum sollten durch eine Naturalrestitution ihrer Vermögenswerte abgegolten werden, durch die Bereitsstellung von Wohnungen oder Höfen etwa, oder gar durch die Bereitstellung eines geschlossenen Siedlungsgebietes. Ein solches Gebiet mußte allerdings erst von der Wehrmacht erobert und von der dortigen Bevölkerung »geräumt« werden, damit das Deutsche Reich seine Versprechungen den Südtirolern gegenüber erfüllen konnte!

Hatte der Umsiedler seinen Besitz einmal übergeben, bekam er, nachdem der Erlös daraus überwiesen worden war, von der Deutschen Abwicklungs-Treuhandgesellschaft (DAT) eine Anweisung auf Auszahlung seines Vermögens in Innsbruck. Auf dieses Guthaben hatte er allerdings nur dann einen Zugriff, wenn er den »Nachweis für eine ordnungsgemäße Anlage« seines Geldes erbringen konnte. Bis zu diesem Zeitpunkt erhielt er monatlich 250 RM pro Person, wodurch vermieden werden sollte, daß die Umsiedler ihr »Vermögen vertaten und nachher vielleicht mittellos« waren.

Den vermögenden bzw. besitzenden Südtirolern ermöglichte eine Klausel in den »Richtlinien«, wonach ein Optant

## **S. Dworak, Merano**

**Vortici 64**

**Vortici 64**

**Kaufe u. nehme im Austausch auch  
Gold, Silber u. Silbertronen.**

## **Umsiedler!**

Industriegründe, eingefriedet, mit Geleise-  
anschluß, in Deutschland werden gegen land-  
wirtschaftlichen Besitz oder Immobilien in  
Provinz Bolzano umgetauscht. Event. andere  
günstige Vorschläge werden geprüft werden.  
Angebote an die Verwaltung des Blattes  
unter „7423/23 P“. 2752

erst dann abwandern mußte, wenn sein Vermögen ordnungsgemäß geschätzt und abgelöst war, ihre Umsiedlung auf beinahe unbestimmte Zeit hinauszuzögern. Denn wenn der Optant bei der Aufnahme seiner Vermögenswerte etwas vergessen hatte, konnte er jederzeit das ohnehin schwerfällige und langwierige Verfahren durch zusätzliche Angaben neu aufrollen und auf diese Weise sogar mehrfach wiederholen. Außerdem verpflichtete auch die Abschätzung bzw. Übergabe des Besitzes noch nicht zur Abwanderung. Es hieß zwar in den »Richtlinien« dazu, daß Volksdeutsche, die die »deutsche Reichsangehörigkeit erwerben und in das Deutsche Reich abwandern wollen«, baldmöglichst einen Antrag auf Transferierung ihres Vermögens stellen sollten, doch war vor allem die AdO daran interessiert, die bodenständige Bevölkerung bis zur Lösung der Frage des geschlossenen Siedlungsgebietes zusammenzuhalten und vorzeitige Einzelabwanderungen zu verhindern. Sie streute oftmals Sand in das Getriebe der Umsiedlungsmaschinerie, worin sie auch der Leiter der deutschen Gruppe der WFK, Dr. Robert Helm, ein ehemaliger VKS-Aktivist, maßgeblich unterstützte.

Selbstverständlich konnten Umsiedler auch auf die vorrangliche Ablösung ihres Vermögens drängen oder ihren Besitz auf dem freien Markt veräußern, jedoch dürfte dies wegen des großen Angebotes und der dadurch bedingten niedrigen Preise nur in Ausnahmefällen erfolgt sein. Die erhaltenen Lire-Beträge konnten die Umsiedler zu dem festgelegten Kurs von 4,5 Lire : 1 RM nach Deutschland transferieren.

Das an sich schon aufwendige Verfahren der Wertfestsetzung, die zahlreichen Möglichkeiten zu seiner Verzögerung sowie der Mangel an qualifizierten Kräften für seine Abwicklung, waren somit die folgenreichsten Hindernisse für die Umsiedlung der besitzenden bzw. vermögenden Optanten. So ist es nicht verwunderlich, daß Ende 1942 von 63.000 Vermögensanträgen erst 9700 erledigt waren. Unter diesen waren alle sozialen Gruppen und wirtschaftlichen Bereiche vertreten: Vom Hotelier bis zum Friseur, vom Hausbesitzer bis zum Großbauer, vom kleinen Handwerker bis zum Rechtsanwalt.

**Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft**  
m. b. H.  
Niederlassung Innsbruck

Telegraphenadresse: Rückwanderer  
Fernsprecher: 863, 584

Herrn  
Alois Feichter  
durch Vermittlung der Bezirks-  
Sparkasse Altötting  
Altötting

Ihr Zeichen:  
Unser Zeichen: 6/KZ  
(bzw. abgesetzt)  
Innsbruck, den 13.3.41  
Haus-Thronen-Str. 28

Betr.: Knr. 400.692-34  
Konto Nr.: 2220

Wir erhielten Ihr Schreiben vom 4.3.41  
sowie Einzahlungsbetätigung über Lit. 27.300.-- — RM 6.066,65  
welche wir Ihnen abzüglich  
Vorschüsse RM 2.200.--  
Aufschr. RM  
Ländeleben ADEST Lit. RM 2.200.--  
Restguthaben RM 3.866,66

durch Creditanstalt-Bankverein, Filiale Innsbruck, Innsbruck,  
überweisen, wofür wir Sie zum Ausgleich belasten.<sup>33</sup>

Heil Hitler!

Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft  
Niederlassung Innsbruck

DUT 38 - 100 3. 41. - 1000

**KREIS-SPARKASSE ALTÖTTING**  
gegr. 1852  
Fonnr. 6825  
Postcheckamt:  
München 9708

Herrn  
Alois Feichter  
Fabrikerbeiter  
G a r c h i n g / A l z

Wir erkennen Sie auf Konto 5295

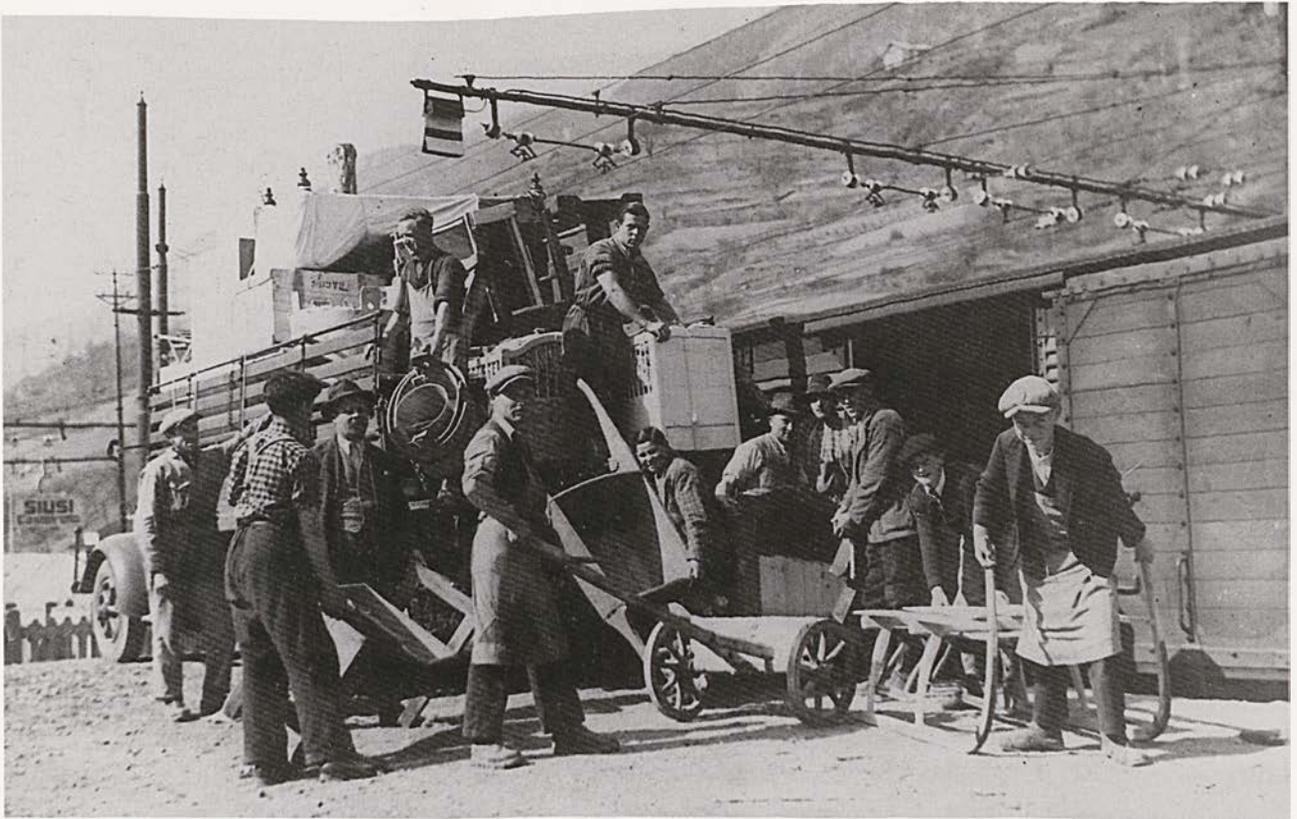
GUTSCHRIFT	
RM.	Wert
Ihr Guthaben: 2916.19	
Postaschecküberweisung: 3866.66	
Ihr Guthaben: 6782.85	

Datum: 17.3.41

Inhalt vorbehalten!  
Weitere Auszüge werden nicht erteilt.

Kreis-Sparkasse Altötting

Einzahlungsbestätigung und Gutschrift eines Südtiroler Umsiedlers, der seinen Besitz in Südtirol freihändig verkauft hatte. — Das in Südtirol eingezahlte Geld wurde innerhalb weniger Tage auf dem Konto des Umsiedlers im Deutschen Reich gutgeschrieben.



Verladung von Umsiedlungsgut am Bahnhof Waidbruck durch Mitarbeiter der Spedition Kelder, St. Ulrich, Gröden

### 3. Station: Umsiedlungsvorbereitungen

Hatte der Umsiedler seinen Besitz in Südtirol abgelöst und einen »Abruf« von der ADERSt zugestellt bekommen, galt es für ihn, seinen Koffer zu packen und sich für den festgesetzten Abwanderungstermin reisefertig zu machen. Zu diesem Zeitpunkt konnten nur noch ganz triftige Gründe, z. B. Krankheit und Transportunfähigkeit, seine Abreise aus Südtirol verhindern.

Sein Umzugsgut mußte der Betreffende für die Umsiedlung transportfertig vorbereiten. Mitnehmen durfte er im Prinzip sein ganzes bewegliches Eigentum, mit Ausnahme von Geschäftseinrichtungen sowie Produktionsmitteln, falls nicht im Interesse des neuen Besitzers etwas anderes vereinbart wurde. Die Hälfte seines Viehbestandes sowie Gegenstände mit Kunst- und Erinnerungswert konnte der Umsiedler ebenso mitnehmen wie Privatarchive oder Grabsteine. Es gab sogar ernsthafte Überlegungen, auch Leichen zur Exhumierung freizugeben und deren »Umsiedlung« zu gestatten.

Für die Transportvorbereitungen sollte dem Umsiedler ein eigens von der »Abwicklungsstelle für Umzugsschäden der

Spedition, Möbeltransport, Lagerhaus.

**Rudolf Hartmann**  
Merano

Via Alpini 2-4 Tel. 1056

Achtung! Achtung!

**Aus- u. Rückwanderer**

Für fadelose u. prompte Durchführung Ihres Umzuges nach Deutschland empfiehlt sich

**Spedition Rudolf Hartmann**  
Via Alpini 2-4 Merano Telefon-Nr. 1056

Alla: An die:  
**Abwicklungsfelle für Umzugsgutshäden der Südtiroler Umsiedler**  
 Berlin W 62, Reichstraße 31 und 33  
 Telefon: Nr. 2988

Traslocante: **TASSER VITUS** Numero di ricon.: 301.936-938  
 Umsiedler: **Renne:**  
 Domicilio attuale: **Sciaves - Schabs**  
 Bisheriger Wohnort:  
 Professione: **impiegato - Beamter** Componenti famiglia N. **3**  
 Beruf: **Anzahl der Familienmitglieder:**  
 Domicilio nuovo: **SOLBAD H A L L** Bruggergasse Nr. **3**  
 Neuer Wohnort:

**DISTINTA DI CARICO**

**Ladefliste**

Spedizione mittente: **Staz. di carico: Bressanone-Brixon**  
 Verladepediteur: **L. MITTERRUTZNER - BRESSANONE** Verladebahnhof:  
 data di carico: **staz. destinataria: SOLBAD HALL** Vagone No.  
 verladen am **nach Bahnhof: SOLBAD HALL** Waggon Nr.  
 Spedizioniere destinatario: **SPEDITIONSFIRMA SYLVIO J U D** SOLBAD H A L L  
 Empfangspediteur:

Marca Zeichen	Numero Nummer	Quantità Anzahl	Specie dell'imballaggio Art der Verpackung	Contenuto Inhalt	Peso Gewicht
	1	1	comò	biancheria-Komode: Wäsche	
	2,3	2	armadi	letti- Stohkästen: Bettzeug	
	4	1	collo	2 materassi - 2 Federmatratzen	
	5	1	collo	stufa ferro- misonofen	<i>R.M. 150</i>
	6	1	legaccio	canne stufa - Ofenrohre	
	7	1	armadio	letti-stohkästen: Bettzeug	
	8	1	comò	letti- Komode: Bettzeug	
	9	1	baule	biancheria-Koffer: Wäsche	
	10	1	collo	seggolini - Stockerlen	
	11	1	cesto	casalinghi-Waschkorb: Hausrat	
	12	1	cassa	vetro, porcellan-Kiste: Glas, Porzellan	
	13	1	cassa	vestiti- Kiste: Kleider	
	14,15	2	colli	parti letto- Bettstellenbretter	
	16,17	2	colli	comodini-2 Nachtschubstehen	
	18,19	2	colli	parti letto- Bettstellenteile	
	20	1	collo	2 comodini - 2 Nachtschubstehen	
	21	1	baule	biancheria- Koffer: Wäsche	
	22	1	sacco	coperte- Sack: <del>Wäsche</del>	
	23	1	cassone	casalinghi-Truhe: Hausrat	<i>R.M. 30</i>
	24	1	cassa	biancheria-Kiste: Wäsche	
	25	1	cassa	casalinghi-Kiste: Hausrat	
	26	1	baule	giocattoli - Koffer: Spielzeug	
	27	1	collo	macchina cucire- Waschmaschine	
	28	1	cassa	casalinghi - Kiste: Hausrat	
	29	1	collo	scafali fiori- Blumenstellage	
	30	1	collo	divano - Divan	
	31	1	collo	2 materassi - 2 Federmatratzen	
	32,33	2	colli	parti letto- Bettstellenteile	
	34,35	2	colli	materassi- Obermatratzen	
	36	1	collo	cesto - Korb	
	37	1	collo	sedia - Sessel	
	38	1	collo	2 banche- 2 Bänke	
	39	1	collo	tavolo - Tisch	<i>R.M. 25</i>
	40	1	collo	slittat- Hodel	
	41	1	collo	scrivania- Schreibtisch	
	42	1	cassa	biancheria-Kiste: Wäsche	
	43	1	armadio	letti-Schrank: Bettzeug	
	44	1	collo	scafalo - Stellage	
	45	1	collo	sedia - Sessel	
	46 bis 52	7	sacchi	legna ardere- Säcke; Brennholz	
	53	1	legaccio	attrezzi lavoro-Bund: Arbeitszeug	
	54	1	collo	tronco spaccar legna- Hackstock	
	55	1	legaccio	attrezzi - Bund: Arbeitszeug	
	56	1	collo	fornello economico- Sparherd	
	57	1	collo	scala - Stafflei	
	58	1	cassa	casalinghi-Kiste: Hausrat	
	59	1	cassa	legna ardere- Kiste: Brennholz	
	60	1	collo	cassone - Truhe	
	61,62	2	colli	seggiola- Sessel	
	63	1	collo	tavolo - Tisch	<i>R.M. 10</i>
	64	1	collo	banca - Bank	
	65	1	cassa	casalinghi-Kiste: Hausrat	
	66,67	2	colli	credenza- Kredenz	
	68	1	collo	...	<i>R.M. 10</i>

»Hinter dem Kloster Wilten wurden die Räume eines alten Sägewerkes notdürftig hergerichtet für die vorübergehende Einlagerung des Mobiliars der »Südtiroler Umsiedler«. Natürlich waren ziemlich alte Möbel von armen Bergbauern, die z.T. noch auf Strohsäcken hausten, darunter — doch es war ihr eigenes Hab und Gut, z. T. von den Großeltern ... viele Innsbrucker lachten darüber.«  
 (Aufzeichnungen Arthur Knittel, geb. 1916, aus Meran; TLI)

Liste mit Umsiedlungsgut

Auf dem Weg zum Bahnhof Brixen



»Es war ein herrlicher Herbsttag beim Abschied am Meraner Bahnhof von meinen lieben Eltern, Geschwistern u. Bekannten. In meiner Aufregung hab ich so manchen guten Bekannten und 'Bekannte' übersehen. Mein Vater murmelte etwas von Besitzübergabe und die Mutter hat geweint (ich war schließlich der einzige Sohn von drei Kindern). Als ich einstieg im Zug mit meinen 2 Koffern und abfuhr, hatte ich die innerliche Überzeugung und Zuversicht, daß ich zurückkehren werde. Niemals bin ich abgewandert, um der Heimat Südtirol für immer den Rücken zu kehren. Als ich nördlich vom Brenner hinunterfuhr (ich war noch nie im Ausland) hatte ich das ungute Gefühl, als ob ein eiserner Vorhang hinunter ging hinter mir«. (Aufzeichnungen Alois Öhler, geb. 1912, aus Meran; TLI)

Südtiroler Umsiedler« in Berlin herausgegebenes »Merkblatt für Umzugsguttransporte« hilfreich sein. Es beinhaltete alles, »Was jeder Umsiedler wissen muß!« Zuerst wurde er darin mit den »10 Geboten für Umsiedler« vertraut gemacht, die ihm Tips für das Verpacken seines Mobiliars und Hausrates ebenso wie Hinweise darüber gaben, wie er sich zu verhalten hatte, wenn ihm auf dem Transport etwas abhanden kam, oder an wen er sich wenden mußte, wenn ihm irgendwelche Schäden entstanden.

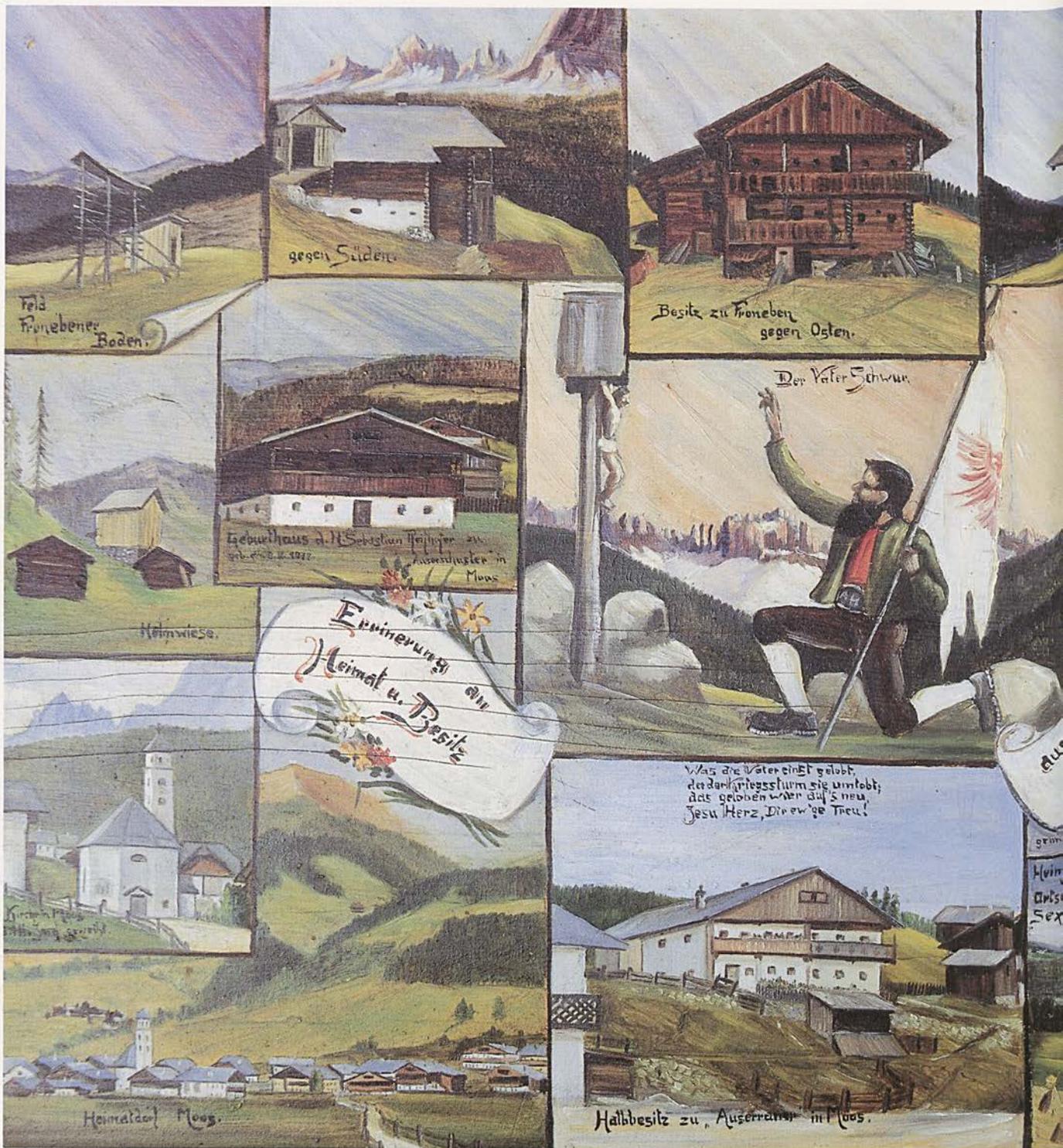
Hatte er diese Ratschläge alle beherzigt und »seine Kisten gut, aber nicht zu sehr vernagelt, da sie ja bei der Zollbeschau noch einmal geöffnet werden müssen und dann erst ordentlich vernagelt« werden, mußte er über die Transportabteilung der ADERSt einen Spediteur beauftragen, der sein Umzugsgut in ein eigens dafür zur Verfügung stehendes Lager brachte. Für die Spediteure war die Umsiedlung ebenso wie für die Hersteller von Verpackungsmaterialien oder für Fotografen ein einträgliches Geschäft! Zum Teil wurde auch das Umzugsgut, besonders wenn in Südtirol keine geeigneten Lager vorhanden oder die bestehenden bereits überfüllt waren, nach Innsbruck transportiert und bis zur endgültigen Niederlassung des Umsiedlers gelagert. In den meisten Fällen wurden solche Lager in beschlagnahmten Sakralbauten untergebracht, z. B. in der Stiftskirche Wilten, wodurch sich die Umsiedlungsstellen die Lagergebühren sparten. Das Umzugsgut wurde dem Umsiedler erst dann zugestellt, wenn er in seiner neuen Heimat einen festen Wohnsitz vorweisen konnte.

Zu dem von der ADERSt festgesetzten Termin hatte sich

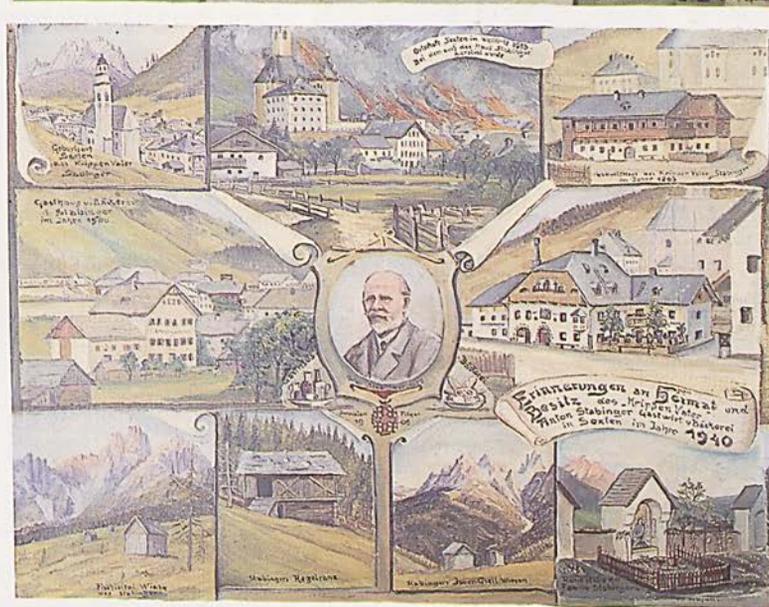
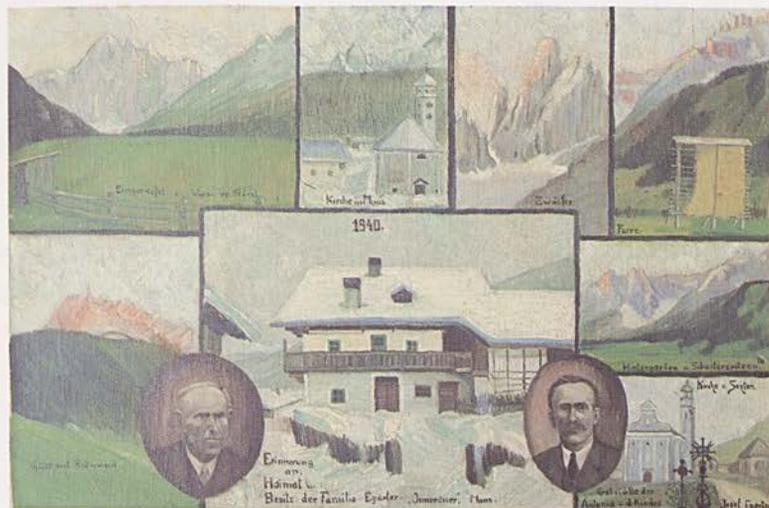
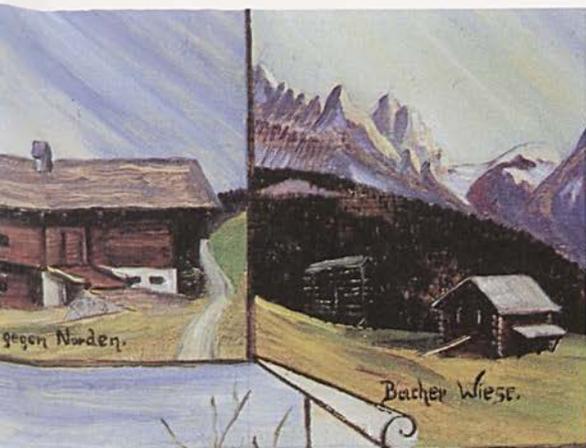


Abschied am Bahnhof in Brixen

der Umsiedler dann mit seiner Familie an dem ihm genannten Bahnhof einzufinden, um mit dem Zug nach Innsbruck abzureisen.



»Die Heimat im Koffer« — Ansichten der Heimat und des alten Besitzes, vor der geplanten, jedoch nicht durchgeführten Umsiedlung, in Öl auf Holz gemalt, Sexten





Oben: Am Bahnhofsvorplatz in Innsbruck

Unten: Südtiroler Umsiedler nach ihrer Ankunft vor dem Innsbrucker Bahnhof

#### 4. Station: Die Ankunft

Die Reise über den Brenner wurde von den Umsiedlern und ihren Familien mit zwiespältigen Gefühlen erlebt: Abschiedsschmerz und Zukunftshoffnungen mischten sich in den meisten Fällen. Nicht selten auch wurden auf dem Weg zum Brenner aus den offenen Abteiffenstern die italienischen Einrichtungen und Beamten beschimpft; häufig waren Abwanderer, besonders Wehrpflichtige, in ihren Sammeltransporten ziemlich alkoholisiert, was besonders die Carabinieri am Brenner zu spüren bekamen.

Die Betreuung der Umsiedler auf ihrer Reise nach Innsbruck übernahmen eigens dafür abgestellte Begleiter der AdO. Sie bereiteten ihre Landsleute auf die Ankunft in Innsbruck vor, besonders auf die weiteren bürokratischen Hürden, die sie noch überwinden mußten, und versuchten, ihnen eine erste Orientierungshilfe zu geben.

Den ersten Umsiedlergruppen wurde in Innsbruck noch ein großer Empfang bereitet. Musikkapellen empfingen die Umsiedlertransporte am Innsbrucker Hauptbahnhof und am Anfang der Umsiedlungsaktion begrüßte auch Gauleiter Hofer oder einer seiner Vertreter die ankommenden Südtiroler in einer feierlichen Stunde im Festsaal des Gasthauses »Breinößl«, dem ehemaligen Parteilokal der vom Sommer 1933 bis Februar 1938 illegalen NSDAP. Solche Begrüßungsszenen wurden während der Optionszeit in der Presse propagandistisch ausgeschlachtet. Sie standen allerdings in krassem Gegensatz zum Empfang der Umsiedlertransporte und zur Berichterstattung darüber in den folgenden Monaten. In den Zeitungen wurde der weitere Verlauf der Umsiedlung eher stiefmütterlich behandelt, wodurch die Peinlichkeit der nationalsozialistischen »Heim-ins-Reich-Politik« im Zusammenhang mit Südtirol jedoch kaum verschleiert werden konnte.

Die Ankunft der Umsiedler in Innsbruck war im Laufe der Monate zur Alltäglichkeit geworden; die Betreuung der Ankommenden übernahmen Schwestern von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), die bereits im Juni 1939 am Bahnhof eine eigene Dienststelle mit drei Räumen eingerichtet hatten; und zur Begrüßung erschien nur noch ein Vertreter der Dienststelle Umsiedlung Südtirol. Er

»... es war ein gutes Gefühl, auf deutschem Boden zu sein.«  
(Aufzeichnungen Anna Brunner, geb. 1928, aus Missian; TLI)



nahm die Umsiedler in Empfang und lenkte ihre ersten Schritte auf reichsdeutschem Gebiet. Beim Überqueren des Bahnhofsvorplatzes konnten sie die offizielle, stumme Begrüßung des Deutschen Reiches entgegennehmen, die auf einer großen weißen Tafel zu lesen war: »Südtiroler, Großdeutschland heißt Euch willkommen!«

Empfang von wehrpflichtigen Südtiroler Umsiedlern in der Innsbrucker Bahnhofshalle



Empfang von Südtiroler Umsiedlern durch alte Freunde in Innsbruck

## Umsiedlung in den Krieg

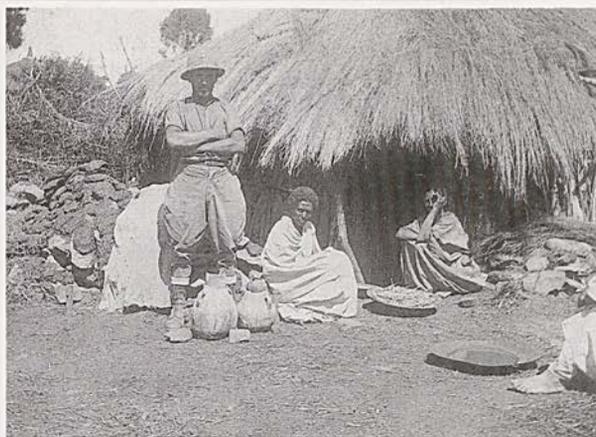
Ernst Villi stammt aus einer gemischtsprachigen Familie. Sein Vater war als Maurer aus Pomarolo in der Nähe von Rovereto nach Bozen gekommen und hatte dort eine Südtirolerin geheiratet. Sie hatten zusammen zwei Söhne; Ernst wurde 1913 geboren, sein jüngerer Bruder Karl 1920.

Nach seiner siebenjährigen Volksschulzeit in Bozen ließ sich Ernst Villi zum Elektromonteur ausbilden. 1934 wurde er zum italienischen Militär einberufen. Dort meldete er sich freiwillig nach Abessinien. »Da habe ich nicht gewußt, daß da Krieg ist«, und außerdem »habe ich so ein bißchen Abenteurerblut gehabt«. Für seine Meldung gab es noch einen weiteren Grund: »Da hat es geheißt, jeder Afrikakämpfer hat Anrecht auf einen Staatsposten, aber er muß zur Partei gehen, zu den Faschisten. Und da habe ich mich gemeldet, bin zur Staatsbahn gekommen.«

Nach seiner Rückkehr aus Abessinien Anfang 1937 arbeitete Ernst Villi also ein Jahr lang bei der Eisenbahn und wechselte dann wegen besserer Verdienstmöglichkeiten zu den Etschwerken.

Mitte Oktober 1939 wurde er erneut zum italienischen Militär einberufen und erhielt im November einige Tage Urlaub, um zu optieren. Er optierte wie seine Familie für Deutschland. Zu Weihnachten wurde er aus dem italienischen Militär entlassen und bereits am 12. Jänner 1940 fuhr er mit einem Zug voll junger Südtiroler, die für die deutsche Wehrmacht bestimmt waren, über den Brenner. »Ja, wie der Zug da rausgefahren ist, das ganze Eisacktal überall, links und rechts bei den Bergen die Hakenkreuzfahnen. (...) Ein riesiger langer Zug, (...) vorn eine Lok, hinten eine Lok. Alles nur junge Männer für den Adolf seinen Krieg. (...) Ja, ich bin gerne hinausgefahren, es waren ja alle sehr begeistert damals.«

Der jüngere Bruder von Ernst Villi war bereits im Dezember zur deutschen Wehrmacht eingezogen worden. Die Eltern siedelten im Jänner 1940 nach Kitzbühel um. »Der Vater hat Kitzbühel gewählt. Er hätte können Vorarlberg oder so wählen. Und er hat Kitzbühel gewählt, weil da früher einmal die Urahnen gelebt haben, weil wir angeblich von Wilhelm abstammen. Gekannt hat er niemanden da.« Die achtzigjährige Großmutter wurde im Dezem-



Aus dem Fotoalbum von Ernst Villi — Stationen des Krieges von Abessinien nach Frankreich, Polen und in die Sowjetunion.

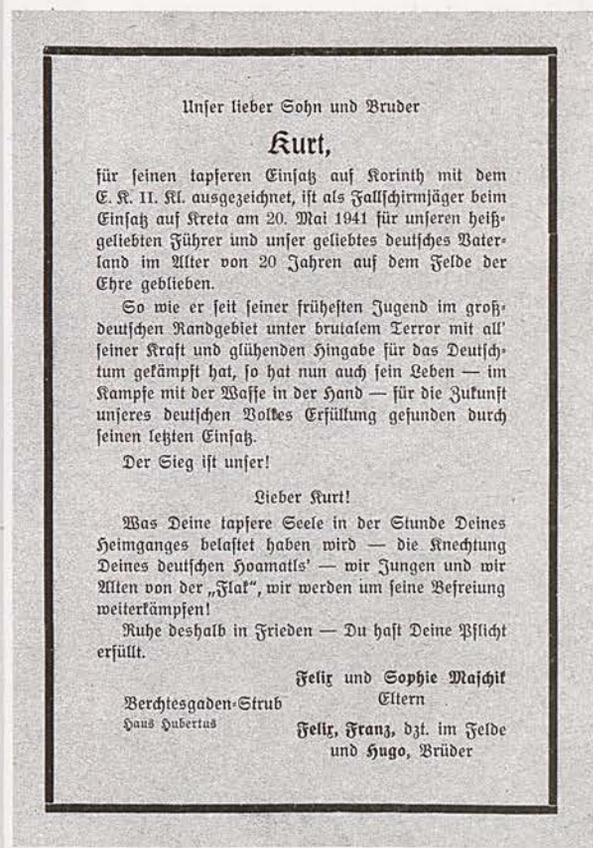
ber 1941 nach Kitzbühel geholt. Sie starb zwei Tage später.

Nach der Ankunft in Innsbruck begann für Ernst Villi eine lange Reise; ihre Stationen waren Stationen des Krieges. Er wurde als Obergefreiter in die deutsche Wehrmacht übernommen. Nach einer Pionierausbildung in Salzburg und kurzen Aufenthalten in Graz und Nienburg kam er nach Frankreich. Dort »war der Krieg schon vorbei, da war nur Besatzung«. Ebenfalls als Besatzungssoldat kam Ernst Villi dann nach Polen, wurde dort zum Unteroffizier befördert und dann »vom ersten bis zum letzten Tag Rußland, bis in den Kaukasus hinunter«.

Zu Kriegsende geriet er in russische Gefangenschaft, aus der er als Südtiroler zusammen mit italienischen Soldaten im Oktober 1945 entlassen wurde. Ernst Villi verließ den Zug aber bereits in Innsbruck während eines Verpflegungsaufenthaltes. Nachdem die elterliche Wohnung in Kitzbühel aber von französischen Soldaten besetzt war — die Mutter war 1941 gestorben und im selben Jahr war auch sein Vater zum O.T.-Arbeitsdienst eingezogen worden — blieb Ernst Villi in Innsbruck, wo er vorübergehend bei Bekannten wohnen konnte. Als er hörte, daß die TIWAG Monteure suche, denen sie auch Verpflegung und Quartier biete, griff er zu, denn »das war damals das Wichtigste«. 1947 heiratete er seine Frau, die er während des Krieges in Salzburg kennengelernt hatte. Bis zu seiner Pensionierung 1979 arbeitete Ernst Villi bei der TIWAG.

*Martha Verdorfer*

Parte eines Südtiroler Umsiedlers



## 5. Station: Die Dienststelle Umsiedlung Südtirol in Innsbruck



Das Hotel »Viktoria« in Innsbruck — die Empfangsstelle der DUS

Vorbei an dieser Tafel ging es zur Empfangsstelle der Dienststelle Umsiedlung Südtirol (DUS), die im Hotel »Viktoria« untergebracht war. Die DUS war das Nadelöhr, durch das jeder einzelne Umsiedler hindurch mußte — mit Ausnahme der Kanaltaler und der Grödner, deren Ansiedlung über eine entsprechende Dienststelle in Klagenfurt durchgeführt werden sollte.

Die DUS wurde bereits im Sommer 1939 in Innsbruck im Gebäude des aufgehobenen Servitenklosters in der Maria-Theresien-Straße eingerichtet und in den ersten Monaten von Gauinspektor SS-Obersturmführer Klaus Mahnert geleitet. Nach dessen Einberufung wurde sie kurzzeitig von Ing. Fritz Lantschner geführt, bevor die Leitung Ende 1939 vom Gauwirtschaftsberater, SS-Standartenführer Dr. Georg Bilgeri, übernommen wurde. Diese Dienststelle, in der auch zahlreiche Umsiedler arbeiteten, war in zehn Abteilungen gegliedert — Verwaltung, Zentralkartei, Transport und Verkehr, Einbürgerung, Arbeitseinsatz, Landwirtschaft, Gewerbliche Wirtschaft, Freie Berufe und Öffentlicher Dienst, Betreuung, Unterbringung —, von denen die Südtiroler in den ersten Tagen nach ihrer Ankunft in Innsbruck einige aufsuchen mußten. In dieser Zeit wurden die Kinder der Umsiedler zum Teil in Kindergärten der Nationalsozialistischen Wohlfahrt (NSV) in Innsbruck untergebracht, während ihre Eltern von Kameradschaftsführern betreut wurden. Diese waren meist ebenfalls Umsiedler, die von der DUS beauftragt worden waren, ihre Landsleute mit den wichtigsten Einrichtungen und Fürsorgemaßnahmen von Partei und Staat vertraut zu machen. Abwechselnd wurden diese Aufgaben auch von NSV-Schwestern wahrgenommen, wodurch die Umsiedler noch unmittelbarer auf die umfassende Zuständigkeit der Partei aufmerksam gemacht werden sollten.

Das aufgehobene Servitenkloster in der Maria-Theresienstraße in Innsbruck war der Sitz der »Dienststelle Umsiedlung Südtirol« (DUS).



Nach dem Empfang im Hotel »Viktoria« mußten die Umsiedler sich einer Röntgenuntersuchung unterziehen, bekamen zu essen und ein Quartier in einem Gasthaus oder einem Hotel. Hier konnten sie die nächsten Tagen bis zur Erledigung ihrer Formalitäten bleiben. Die Kosten für

Achtung!

# Kontrollkarte

Achtung!

(Eieferstehende Dienststellen hat der Umsiedler schnellstens aufsuchen!)

Dienststelle	Tagesstempel	Königen Abteilungsiegel
Röntgenstation, Hotel „Diktoria“	16. April 1941	Umsiedlung Südtirol
Erfassungstelle, Maria-Theresien-Straße 12B 827 Mit Annehmeschein der Zweigstelle Bozen vom 1.4.1941, Spez. Pass vom 3. April 1941	16. April 1941	Bozen vom 1.4.1941, Spez. Pass
Wehrerfassungstelle, Südtirolerplatz 16	16. April 1941	Der Polizeidirektor in Innsbruck
Einbürgerungsstelle, Maria-Theresien-Straße 42 Identitätsgeprüft. Rückwanderer Zweigstelle Bozen vom 15.4.1941	6. Apr. 1941	Innsbruck, am 18. Apr. 1941
Musterungsstab, Universitätsstraße 6 17.4.41 1/28	17. April 1941	Wehrbezirkskommando Innsbruck
Beratungsstelle, Maria-Theresien-Straße 42	18. April 1941	Sandesarbeitsamt Alpenland
Arbeits- und Berufsvermittlungstelle, Maria-Theresien-Straße 42	18. April 1941	
Betreuungsstelle, Maria-Theresien-Straße 42	18. April 1941	
Unterbringungsstelle, Maria-Theresien-Straße 42	18. April 1941	
Zahlstelle, Maria-Theresien-Straße 42		



Abgestempelt! — Laufzettel der DUS für Südtiroler Umsiedler

Im »Schwarzen Adler« in Innsbruck. Originaltext zu diesem Agenturbild: »1. Mahlzeit auf reichsdeutschem Gebiet«

Unterkunft und Verpflegung in den Gaststätten wurden von der DUS übernommen und nach einem vereinbarten Pauschalsatz vergütet. Bedürftige Umsiedler erhielten darüber hinaus für die Tage, die sie in der Gauhauptstadt verbringen mußten, auch ein Taschengeld.

Von den verschiedenen Stellen der DUS, die die Umsiedler in Innsbruck aufsuchen mußten, sind besonders die Erfas-

»Aber sein tut des ja schon a Blödsinn gewesen, daß sie uns so umanand haben, wie ... wie's Falschgeld!«

(Interview Josef Prader, geb. 1906, aus Afers; TLI)

»Heim Mühlau« — Barackenlager in Innsbruck. Während des Krieges wurden hier Fremdarbeiter untergebracht und die Anlage in »Polenlager« umbenannt.

»Der Menschentyp war rauher, die Gegend war rauher, das Klima, alles war anders einfach! (...) Erstens ist der Südtiroler gastfreundlicher drinnen, wärmer. Gar keine Frage! — Ja, ich hab die Leute da teilweise schon sehr engstirnig empfunden und manche waren natürlich auch gehässig! Das hat es gegeben! Die haben uns vorgeworfen, daß wir in jeder Weise bevorzugt werden und so.«

(Interview Hilde Gartner, geb. 1924, aus Meran; TLI)

»Wir, meine Mutter und ich, hatten ja insoferne Glück, daß wir viele Verwandte in Innsbruck hatten und glaubten, dort mit offenen Armen aufgenommen zu werden. Leider eine Enttäuschung! Niemand hatte Platz für uns, im Gegenteil — es hieß: 'Ward's drinn blieben!' Wir verstanden die Welt nicht mehr! Immer hieß es 'ein Tirol bis Salurn ...' und jetzt in der Not wollte uns niemand, da wir für Deutschland wählten!«

(Aufzeichnungen Arthur Knittel, geb. 1916, aus Meran; TLI)

»Durch unsere Kleidung, unsere Sprache, fielen wir überall auf und der Großteil der Bevölkerung hatte dafür wenig Verständnis und betrachtete uns als Eindringlinge. — Wir fühlten uns deshalb sehr bald heimatlos und verlassen!«

(Aufzeichnungen Anna Brunner, geb. 1928, aus Missian; TLI)



sungsstelle, die Einbürgerungsstelle, die Arbeits- und Berufsvermittlungsstelle, die Unterbringungsstelle und die Zahlstelle zu nennen; abhängig vom Alter und Geschlecht der Ankommenden war auch die Meldung bei der Wehrerfassungsstelle und dem Musterungsstab vorgeschrieben. Nach Erledigung aller Formalitäten erhielten die Umsiedler ein neues Quartier zugewiesen. Wehrpflichtige Südtiroler wurden zum Kriegsdienst einberufen oder, in entsprechendem Alter, zum Arbeitsdienst.

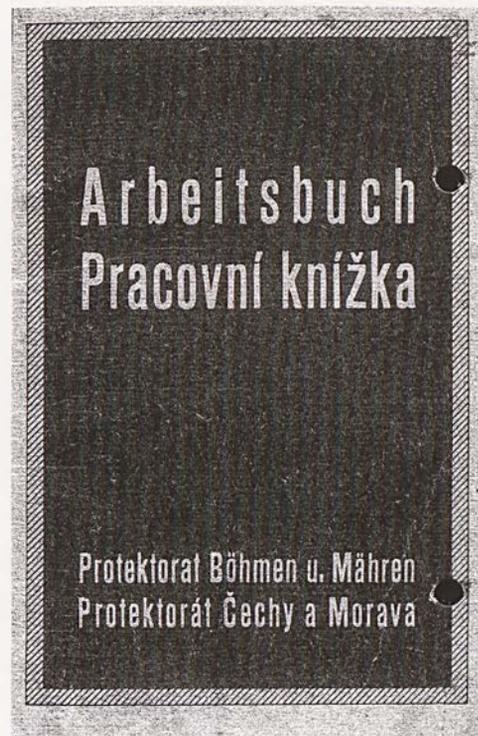
Falls für einen Umsiedler in Tirol nicht sofort eine Arbeit gefunden werden konnte, wies die Dienststelle die betreffende Familie in eine Gemeinde außerhalb von Innsbruck ein, um die Unterbringungsmöglichkeiten in Innsbruck selbst für neuankommende Umsiedler zur Verfügung zu haben. Die Bürgermeister hatten der DUS den freien Wohnraum bzw. die verfügbaren Betten in ihren Gemein-

den zu melden und so konnten die Umsiedler auf die verschiedenen Ortschaften aufgeteilt werden. In den meisten Fällen bekamen die Südtiroler eine Quartierzuweisung in Fremdenverkehrsorten mit entsprechender Bettenkapazität, z. B. Igls, Mayrhofen, Kufstein, Fieberbrunn, St. Johann oder Hopfgarten. Der Bürgermeister hatte die Anweisungen der DUS in jedem Falle auszuführen und den Umsiedlern Unterkunft zu gewähren, was bei der einheimischen Bevölkerung, welche meist zahlungskräftigere Gäste gewöhnt war, mitunter auf heftige Ablehnung stieß. Die Unterbringung während dieser Zeit wurde wiederum nach vereinbarten Pauschalsätzen zwischen dem Quartiergeber und der DUS verrechnet; der Lebensunterhalt dieser Umsiedlerfamilien wurde ebenfalls von der DUS bestritten.

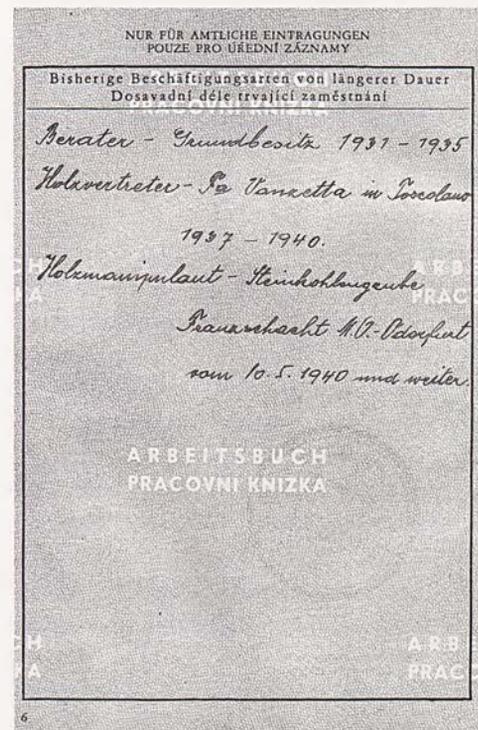
Von hier aus wurden die Umsiedler mit ihren Familien je nach ihren Zielwünschen teils in andere »Ostmarkgaue«, teils in Rückwandererheime der NSDAP-Auslandsorganisation im Altreich weitergeleitet.

Ältere Personen wurden auch in Altenheime eingewiesen, z. B. nach Stams. Junge Mütter, deren Männer eingezogen waren, konnten in den Hotels in der Nähe Innsbrucks wohnen, wo sie von NSV-Schwestern betreut wurden. Einzelpersonen wurden auch über kurze oder längere Zeit im »Heim Mühlau«, untergebracht, das Gauleiter Franz Hofer als Barackenlager für die Südtiroler Umsiedler hatte errichten lassen. In diesen Quartieren warteten die Umsiedler, bis ihnen eine Arbeit vermittelt oder ein Einberufungsbefehl zugestellt wurde.

Umsiedler, für die in Tirol-Vorarlberg Arbeitsmöglichkeiten vorhanden waren, wurden meist in die Gemeinde oder in eine umliegende Gemeinde des Ortes eingewiesen, wo sich ihre neue Arbeitsstelle befand. Die Unterkunft konnte über kürzere oder längere Zeit ebenfalls aus einem Notquartier in einer Pension oder einem Gasthaus bestehen, oft auch in einer jener Baracken, die besonders Rüstungsbetrieben in erster Linie für Fremdarbeiter errichtet hatten, z. B. bei den Heinkel-Werken in Jenbach. Selten gab es für die Umsiedler eine freie Wohnung, in der sie sich für längere Zeit einrichten konnten. Sehr häufig mußten die Familien in Notunterkünften auf eine freierwerbende bzw. neue Wohnung in den geplanten oder in Bau befindlichen



Arbeitsbuch eines Südtirolers, der in ein Kohlebergwerk in Mährisch-Ostrau geschickt worden war.



**Beiblatt**  
zum Fragebogen für Wohnungsbewerber

Vor- und Zuname: Johann Geboren am: 28.6.1916  
 Nr. 212 813 Wohnhaft: Innsbruck, Pradl Lindengasse Nr. 9

---

**Wirtschaftliche und politische Beurteilung:**

1. Bürgermeister — Wirtschaftliche Beurteilung:  
Johann, Kraftfahrer, hat nur für seine Gattin zu sorgen. Seit März 1940 eingerückt. Die Gattin Martha geb. Angerer bezieht RM 75.- monatlich Wehrgeld und hat ausserdem einen monatl. Nettoverdienst von RM 130.20. Lebt in geordneten Verhältnissen.

*Pradl*  
Erhebungsbeamter.

Innsbruck, den 2. Februar 1941.

---

2. Ortsgruppenleiter — Politische Beurteilung:  
 Seine Entscheidung für Großdeutschland rechtfertigt die Annahme, daß er politisch verlässlich ist.

Innsbruck, den 2. April 1941

*[Signature]*

---

3. Kreisleiter — Abschließende Stellungnahme:  
 Wirtschaftlich in Ordnung. Polit. ist Nachteiliges nichts bekannt. Wird befürwortet.

Innsbruck, den 4. April 1941

Der Kreisleiter:  
i. A. *[Signature]*



Vom »Bekennnisgang« zum »Menscheneinsatz« — Aus der Einleitung: »Die frühere, vielfach romantisch gefärbte Schwärmerei, die sich an der Verstreutheit der Deutschen in aller Welt begeisterte, auch wenn diese nicht in unmittelbarem deutschen Interesse waren, sondern letzten Endes in Diensten fremder Herren standen, hat der Forderung Platz gemacht: Hereinholung des wertvollen deutschen Blutes zur Stärkung des Reiches selbst.«

Südtiroler Siedlungen warten. Während dieser Zeit mußten die Umsiedler für Unterbringung und Verpflegung zwei Drittel ihres Lohnes abliefern, der Rest wurde von der DUS übernommen.

War für die Umsiedler in der Nähe ihres Arbeitsplatzes eine freie Wohnung vorhanden, erhielten sie in der Regel diese zugewiesen, und konnten so einen eigenen Haushalt führen. Gleichzeitig stellte die DUS in Innsbruck auf eigene Kosten — und nach vorheriger Behandlung in einem Entwanzungsraum — das Umsiedlungsgut zu.

Wohl die meisten Umsiedler hatten während ihres Aufenthaltes in Innsbruck bei der dortigen Umsiedlungsstelle

einen »Fragebogen für Wohnungsbewerber« ausgefüllt, auf Grund dessen die DUS über die Bürgermeister der betreffenden Ortschaften den Umsiedlern freien Wohnraum zuwies. Die Verteilung der im Rahmen der »Sondermaßnahme S« errichteten »Volkswohnungen für Südtiroler Rückwanderer« stand ausschließlich der DUS zu. Sie nannte der jeweiligen Wohnbaugesellschaft die Namen der betreffenden Umsiedler sowie die für sie vorgesehenen Siedlungsbauten und forderte sie auf, ihnen darin eine Wohnung zu vergeben.

Auf die in dem Zuweisungsbescheid erwähnte politische Beurteilung des Umsiedlers sollte im allgemeinen verzichtet werden, da »das Optionsgesuch jedes einzelnen Südtirolers als zuverlässiger Willensausdruck für ein Bekenntnis zum Deutschtum« betrachtet wurde.. Die nur »in Einzelfällen notwendige Überprüfung der politischen Zuverlässigkeit der Umsiedler« erfolgte durch Rückfrage bei der ADERSt in Bozen.

Zwar wurden die Südtiroler wegen ihrer neuen Wohnungen vielfach beneidet, doch hatten die Neubauten aus kriegsbedingten Ursachen vielfach auch ihre Mängel. Häufig waren die Wasser- und die elektrischen Installationen unzureichend ausgeführt sowie die Badewannen der Rüstungsindustrie zum Opfer gefallen. Die Dringlichkeit der durchzuführenden Baumaßnahmen führte oft dazu, daß die Neubauten noch lange sehr feucht waren. Aber auch außerhalb der Südtiroler Siedlungen war die Unterbringung der Umsiedler zum Teil unzureichend. Ähnlich wie eine siebenköpfige Familie, die in der Nähe von Hopfgarten bei einem Bauern in zwei Räumen untergebracht war, in denen gekocht und gewaschen wurde und in denen es im Winter bitterkalt war, mußten viele Südtiroler über kürzere oder längere Zeit wohnen.

Die Annahme eines Arbeitsplatzes, der Einzug in eine Wohnung und das Führen eines eigenen Haushalts waren die Kriterien, nach deren Erfüllung die Umsiedler im Normalfall aus der Zuständigkeit der DUS entlassen wurden. Eine eigene Betreuung durch die Umsiedlungsstelle in Innsbruck erfolgte sodann nicht mehr, sie wurde vielmehr von den örtlichen Parteigliederungen der NSDAP, im besonderen von der NSV und der Deutschen Frauenschaft (DF) wahrgenommen. In den Siedlungen waren deshalb

»In der Siedlung half man zusammen, aber nicht alleine nur die Südtiroler, sondern es war die schönste Gemeinschaft, wie man so zusammen war, wie's im Krieg gewesen, wie die Frauen allein waren. Da war wirklich viel Hilfsbereitschaft, viel Freundschaften usw. Sobald dann die Männer gekommen sind, hat sich das irgendwie aufgehoben, weil jede Frau dann mit ihrem Mann gewesen ist, die Kinder mit dem Mann, viele sind dann weggezogen. Aber ich habe nie gespürt, daß ich gehaßt werde oder anders angeschaut, obwohl damals meine Sprache bestimmt nicht in Ordnung war. Ich kann sagen, daß mir die Leute hier gut gefallen haben! Nett sind sie gewesen!«

(Interview Zita Tartarotti, geb. 1916, aus Bozen; TLI)



Bauernhof für Südtiroler in Pirchenberg, Untersteiermark

»Als uns angeboten wurde, einen Hof in der Untersteiermark zu übernehmen — vorausgegangen war, daß Hitler durch die Einnahme dieses Gebietes die dortigen Bauern aussiedelte und sie in Munitionsfabriken nach Deutschland steckte — überlegten meine Eltern nicht lange. Umso mehr, daß die uns angebotene Landschaft 100% unseren Vorstellungen entsprach, also eine Obst- und Wein- gegend mit etwas Ackerbau.

Freilich konnten wir nicht ahnen, in welches Abenteuer wir uns eingelassen hatten: Neben Partisanenkämpfen (übrigens Freiheitskampf), schwerer Arbeit, wurden von uns viel zu hohe Abgaben an Getreide, Vieh, Milch usw. verlangt. Für uns Ansiedler war es alles andere als ein Honiglecken während der zwei Jahre.

Als der Krieg zu Ende war, wurden wir von dort wieder vertrieben. Natürlich mußten wir unser Hab und Gut wieder zurücklassen. Dabei konnten wir noch froh sein, mit heiler Haut davon zu kommen.«

(Aufzeichnungen Anna Brunner, geb. 1928, aus Missian; TLI)

auch 10% der Wohnungen für Politische Leiter reserviert, die als Blockwarte ihren »Volksgenossen« jederzeit zur Seite stehen und sie damit auch überwachen konnten.

Auf diese Weise wurde bis zum Ende der Umsiedlung im Herbst 1943 — wobei einzelne Umsiedler auch noch im Frühjahr 1944 über den Brenner kamen — der größte Teil der über 75.000 Südtiroler »angesetzt«.

Die Planungsbehörde des Reichsstatthalters in Tirol und Vorarlberg hatte zur Ansiedlung der Südtiroler in diesem Gau eine Reihe von Erhebungen angestellt, nach denen die Umsiedler auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche aufgeteilt werden sollten. Nach diesen Unterlagen sollten für 3295 Südtiroler 659 neue Höfe geschaffen werden. Tatsächlich wurden in Tirol und Vorarlberg nur etwa 170 Bauernfamilien angesiedelt, was in erster Linie auf die zurückhaltende Abwanderungsbereitschaft der Bauern selbst zurückzuführen ist. Der bäuerliche Teil der Südtiroler Bevölkerung sollte und wollte in erster Linie mit dem Großteil der Optanten in einem geschlossenen Siedlungsgebiet angesiedelt werden. Aber auch Bauern, die freiwillig umsiedelten, fanden vielfach keine geeigneten Objekte als Gegenwert ihrer Vermögensablöse in Südtirol und wurden häufig, ebenso wie ehemals beruflich Selbständige, in Hilfsarbeiterstellen eingewiesen.

In den Jahren 1942/43 wurden dann in größerem Umfang landwirtschaftliche Objekte in den von der Wehrmacht eroberten Gebieten angeboten, in Luxemburg, im Elsaß, in der Untersteiermark, in Oberkrain usw. Von Südtirol aus unternahmen Interessenten Besichtigungsfahrten dorthin und vielfach entschieden sie sich, entsprechende Anwesen zu übernehmen. Meist handelte es sich hierbei um »ariserte« Betriebe oder um solche, deren Besitzer »keine Aufenthaltsgenehmigung« mehr in diesen Gebieten hatten. Hinter dieser Sprachregelung stand die Tatsache, daß die ehemaligen Eigentümer als »volks- oder staatsfeindlich« eingestuft und ebenfalls »umgesiedelt« worden waren: bestenfalls in Gebiete im Innern des Reiches, wo sie sich als Arbeitskräfte »bewähren« konnten; schlechtestenfalls verschwanden sie in den Internierungs-, Arbeits- oder Konzentrationslagern des Dritten Reiches. Ihr beschlagnahmter Besitz wurde vom RKFdV der DUT über-



Vertreibung einer slowenischen Bauernfamilie durch die SS in der Untersteiermark

geben, deren Aufgabe es war, darauf zuverlässige »Volksgenossen« anzusiedeln.

In den wenigsten Fällen indes dauerte die Freude der neuen Besitzer lange: Gegen oder nach Kriegsende wurden sie in den eroberten Gebieten wieder von den Höfen vertrieben. In den nicht eroberten Gebieten wiederum hatten sie ihre über die DUT erworbenen Anwesen in den Jahren nach 1945 gegen Rückstellungsansprüche der vormaligen Besitzer zu verteidigen, allzuoft mußten auch diese Umsiedler wieder ihre Höfe verlassen oder konnten sie, da meist noch Forderungen der Vorbesitzer bestanden, nur unter großen finanziellen Opfern behalten.

»Da hörten wir einmal schreien um drei in der Früh! 'Na', haben wir gesagt, 'was ist denn da los?' Aber da hörten wir schon, aus welcher Richtung das kam. Da sind wir aufgestanden — wir haben einen großen Garten gehabt — und sind durch den Garten gegangen, haben uns aber nicht sehen lassen! Aber das war furchtbar! Die sind da, das war furchtbar! Ein Lastwagen mit SS-Männern, Kind und Kegel ist auf den Lastwagen geschmissen worden, nicht eingeladen! 'Hierher!' — Wumms und hinauf! — Das haben wir selber gesehen! Und geschrien! Die Kinder haben geschrien, die Frauen haben geschrien, die Männer haben gemault und die SS-ler haben drauf geschlagen. Und sie kamen weg und der Hof war leer! Und so ist es auch bei den anderen leeren Höfen gewesen und wir haben nun genau gewußt, warum die Höfe alle leer waren!«

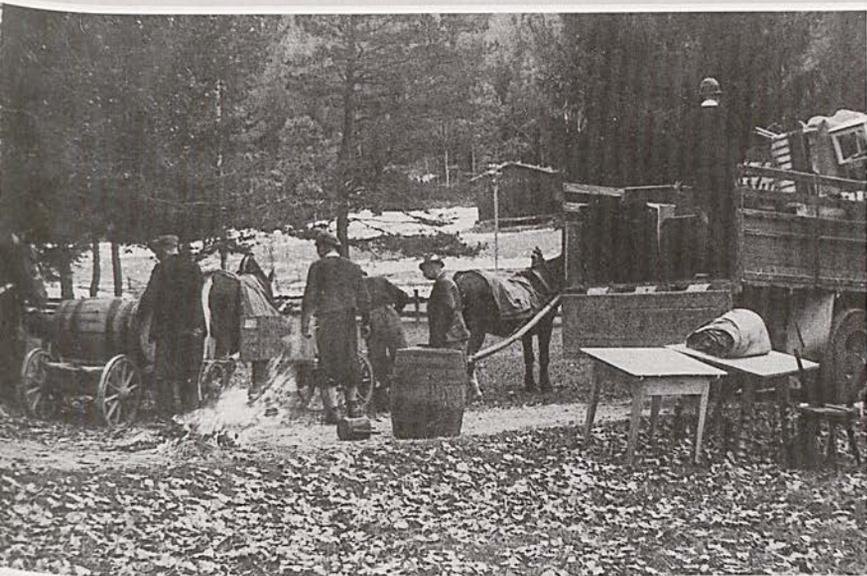
(Interview Paula Nothdurfter, geb. 1919, aus Vahrn; TLI)

Die Umsiedlung des »Berg-Sepp« aus St. Konstantin bei Völs am Schlern nach Kössen wurde von einem Vertreter der ADERSt fotografiert. Auf insgesamt 17 Fotografien wurde eine »Bilderbuch-Umsiedlung« festgehalten, die den Aufbruch in neue, bessere Verhältnisse für den Bauern zeigen sollte. Daß der älteste Sohn bei der Hofübergabe schon in eine Innsbrucker Kaserne eingerückt war und kurz danach an der Ostfront eingesetzt wurde, daß ab 1943/44 die Mutter mit der Tochter den Hof alleine bewirtschaften mußte, weil der Vater und der jüngere Sohn ebenfalls noch eingezogen wurden, lassen diese Bilder allerdings ebensowenig erahnen, wie den Umstand, daß die Rechtmäßigkeit der so markant inszenierten Hofübergabe nach 1945 vom vorherigen Besitzer gerichtlich angefochten wurde.



Der Hof war so entlegen, »daß ihn gar nicht a jeder gefunden hat oder sich da gar nicht jeder hingetraut hat, net? (...)

Aber wenn einer den Hof gesehen hat, den wir gehabt haben, dann sagt er nichts mehr von Heimweh! (...) Und da hat man hinausfahren können und die Höfe anschauen, was einem gefällt.«



»Da ist halt nachher der Nachteil gewesen wieder, nach dem Zusammenbruch, wie das ganze Parteisystem nichts mehr gewesen ist, nachher hat man noch einmal kaufen müssen. Da hat es geheißen, der Besitzer da, der hat angegeben, daß ihm der Hof enteignet worden sei. Also entweder noch einmal kaufen oder weg. Dabei war das aber gar nicht der Fall! Aber es sind keine Unterlagen mehr da gewesen, das ist alles verschwunden gewesen. Und mit Reden alleine ist nichts mehr gegangen!«  
(Alle Zitate aus Int. Josef Vikoler, geb. 1921, aus St. Konstantin; TLI)

## 6. Station: Die Aufnahme in der neuen Heimat

Lange bevor die Umsiedlung der Südtiroler in Gang gekommen war, versicherte Gaupresseamtsleiter Pisecky in den »Innsbrucker Nachrichten«, daß die Umsiedler der Unterstützung der »Volksgenossen im Gau« sicher sein könnten, die »ihre Brüder [...] mit offenen Armen aufzunehmen bereit« seien.

Die Wirklichkeit für die ankommenden Umsiedler in Innsbruck war allerdings vielfach eine andere. Die Mitarbeiterinnen der NSV und der DF berichteten zwar, daß sich die Südtiroler »schon sehr gut eingelebt« hätten, daß sich aber auch »Elemente (ältere Frauen) in die Gasthäuser zu ganz primitiven Rückwanderern setzen und ihnen sehr Angst machen«. Bereits am Bahnhof würden sich »Miesmacher« an die ankommenden Südtiroler drängen, was die Leute »ängstlich und verzagt machen könnte«.

Auch ohne irgendwelche »Miesmacher« wurden sehr viele Umsiedler in Nordtirol abgeschreckt, und zwar von der dort herrschenden Kälte, womit allerdings nicht immer nur das Klima gemeint war.

Daß es offenbar mit der Aufnahme der Südtiroler nicht zum besten stand, wird auch aus einer Feststellung des Innsbrucker Oberbürgermeisters Dr. Egon Denz deutlich, die dieser sicher nicht ohne Grund gegenüber seinen Ratsherren machte: Mit den Südtiroler Umsiedlern habe man in der letzten Zeit wesentlich bessere Erfahrungen gemacht. Sie fügten sich besser ein.

Bedenkt man, daß Ende 1940 beinahe 7000 Südtiroler in Innsbruck und seiner unmittelbaren Umgebung untergebracht waren und daß der Krieg den Alltag der Bevölkerung in jeglicher Weise bestimmte, war die große Zahl an Zuwanderer eine weitere Belastung auf wirtschaftlichem Gebiet, insbesondere in der Versorgung der Einwohner. Die Schwierigkeiten im Zusammenleben der Umsiedler und der einheimischen Bevölkerung hatten aber vielfältige Ursachen. Neben den bereits erwähnten war häufig auch der Neid gegenüber den Südtirolern, denen man neue Wohnungen baute, sehr groß. Andererseits hatten die Umsiedler sicherlich auch große, vielleicht zu große Erwartungen an ihre neue Heimat, in der man ihnen Arbeit und

»Wenn so viel Leute auf einmal auswandern und wann es einmal in dem Fall die sozial schwächeren Schichten sind, wie es damals war, da sind natürlich manche dabei, die nicht den besten Charakter haben. Und die verderben natürlich den Namen von allen. Weil es dann nicht heißt, der Müller oder der Maier hat des gefladdert oder was, sondern da heißt es gleich, die Südtiroler! So war es damals!«

(Interview Franz Trebo, geb. 1926, aus St. Vigil/Enneberg; TLI)



Wohnung zu geben versprochen hatte und in der sie glauben, mit »offenen Armen« aufgenommen zu werden. Sofern für die Umsiedler die Hoffnungen auf die »große deutsche Volksgemeinschaft« von Bedeutung gewesen waren, dürften sie ihre ersten Erfahrungen meist enttäuscht haben.

Auch die Südtiroler Soldaten, die gemeinsam mit ihren reichsdeutschen Kameraden für des Führers Krieg den Kopf hinhalten mußten, wurden oft nicht als gleichwertige »Volksgenossen« betrachtet. Andererseits waren die Südtiroler mit dem Vorwurf konfrontiert, begeisterte Anhänger Hitlers zu sein, vor allem gegen Ende und nach dem Kriege, wofür ihre »freiwillige« Option ja ein deutliches Zeichen gewesen sei.

Anfangs ist es vielen Umsiedlern aber auch schwergefallen, sich den neuen Lebensbedingungen anzupassen. Meist aus ländlichem oder kleinstädtischem Milieu kommend, fanden sie sich etwa im städtischen Milieu der Siedlungen oder an ihren Arbeitsplätzen in der Industrie kaum zurecht. Vielfach erfüllten sie nicht die an sie gestellten Anforderun-

Südtiroler Siedlung in Zams — Im Rahmen der »Sondermaßnahme Südtirol« wurden in Österreich über 8000 Wohnungen errichtet, davon mehr als die Hälfte in Tirol.



Wehrpaß eines Südtiroler »Rückwanderers«

»Und für die Deutschen bin ich praktisch a Beutedeutscher gewesen! Das haben wir oft zu hören gekriegt, bei der Wehrmacht! — Das von den Beutedeutschen, das habe ich oft zu hören gekriegt! Und wenn oft etwas gewesen ist auch: 'Du bist eh ein Freiwilliger!'«

(Interview Josef Vikoler, geb. 1921, aus St. Konstantin; TLI)

Rechts: Südtiroler Siedlung in Innsbruck, Langstraße 31, kurz vor der Fertigstellung Anfang 1940 und bei Kriegsende — Am 15.12.1943 fielen die ersten Bomben auf Innsbruck, 21 weitere Luftangriffe sollten bis Kriegsende noch folgen. Andere Städte waren ebenfalls häufig das Ziel von Bombenangriffen, denen auch zahlreiche Wohnungen in Südtiroler Siedlungen zum Opfer fielen.

gen an ihrem Arbeitsplatz oder kamen sie ihren Mietverpflichtungen nicht nach. Angesichts der umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen für die Umsiedler wurde ein solches Verhalten von der einheimischen Bevölkerung als Ausdruck des Undankes betrachtet und wirkte geradezu empörend. Eine relativ hohe Zahl von straffällig gewordenen Umsiedlern trug ebenfalls zur schlechten Meinung bei, die die Einheimischen vielfach von den Südtirolern hatten.

Die ersten Umsiedler waren aber auch keineswegs repräsentativ für die Südtiroler Gesellschaft, denn sie kamen ja fast ausschließlich aus jenen Teilen der Bevölkerung, die meist keine qualifizierte Berufsausbildung hatte, geschweige denn Besitz oder Vermögen. Sie waren, wie schon in Südtirol, auch in ihrer neuen Heimat den Vorurteilen ausgesetzt, die weite Teile der Bevölkerung Fremden wie sozialen Unterschichten gegenüber hegten. Das Zusammenleben sehr vieler Menschen auf relativ engem Raum, für die meisten Südtiroler eine neue Erfahrung, tat ein übriges dazu. Besonders in den Wohnbauten, die für die Südtiroler errichtet wurden, gab es vielfach Reibereien und Konflikte mit den Mitbewohnern, egal ob Einheimische oder ebenfalls Umsiedler.

So ist es auch verständlich, daß sich bei den Umsiedlern bald schon ein Prozeß der Ernüchterung bemerkbar machte, der bereits seit Anfang 1940 seinen Niederschlag in zahlreichen Rückoptions- bzw. Rücksiedlungsgesuchen fand.

## 7. Station: Kriegsende und Neubeginn

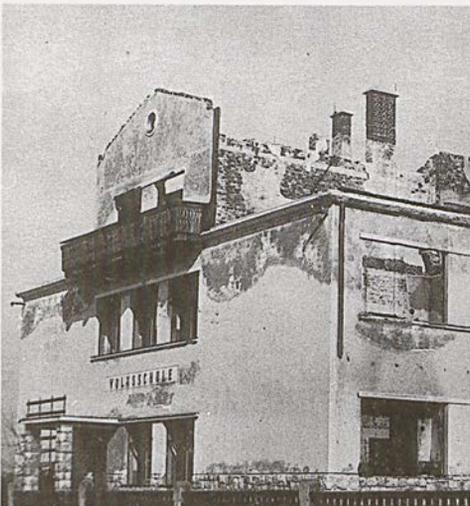
Den Krieg bekamen nicht nur jene Umsiedler zu spüren, die zum Militär eingezogen wurden, sondern auch deren Familien in den neuen Ansiedlungsgebieten. Bombenangriffe gehörten spätestens ab 1943 auch in den Städten Tirols zum Alltag und in den von Deutschland besetzten Gebieten wurden auch die dort angesiedelten Optanten häufig Opfer von Partisanenüberfällen. Vor allem in Böhmen und Mähren, im Sudetenland, in der Untersteiermark oder in Luxemburg waren Südtiroler ja oft auf enteigneten Höfen angesiedelt worden, von denen die Vorbesitzer aus »politischen« oder »rassischen« Gründen vertrieben worden waren. Gegen Kriegsende mußten solche Umsiedler



Flucht aus Luxemburg — Im August 1944 wurden die Südtiroler Umsiedler in Luxemburg aufgefordert, sich vor der heranrückenden Front in das Innere des Deutschen Reiches solange zurückzuziehen, bis die neuen Wohnstätten wieder außerhalb der Kampfzone lägen.



Die Volksschule in Holm/Jugoslawien, dem neuen Heimatort der Familie Rinner aus Latsch, nach einem Partisanenüberfall.



die ihnen zugewiesenen Wohnstätten wieder verlassen und waren oft froh, ihr nacktes Leben gerettet zu haben. Viele versuchten, sich nach Südtirol oder zumindest ins Bundesland Tirol durchzuschlagen, wo ihre Odyssee allerdings noch lange kein Ende fand. In den Siedlungsgebieten wurde ihre deutsche Staatsbürgerschaft nicht mehr anerkannt, da die Umsiedlung als Akt der Kriegsvorbereitung betrachtet wurde, und daher als null und nichtig galt.

Staatenlos und heimatlos standen deshalb die meisten Umsiedler nach Kriegsende wieder vor einem Neubeginn. Die Rückkehr nach Südtirol war ihnen noch lange versperrt, der Aufbau einer neuen Existenz zog sich unter großen Mühen über lange Zeit hin. Erst nach vielen Jahren und langen zwischenstaatlichen Verhandlungen konnten die meisten Südtiroler die negativen Folgen ihrer Umsiedlung überwinden, auch wenn viele Narben nicht endgültig verheilt sind und immer wieder aufbrechen.

Vielen von denen, die nicht mehr nach Südtirol zurückkehrten, blieb ihre neue Umgebung aber fremd. Der Entheimatung durch Faschismus und Nationalsozialismus war die Entwurzelung durch die Umsiedlung gefolgt: »Ich bin jetzt im 80. Lebensjahr, aber eine neue Heimat habe ich nicht gefunden!«

## Die Umsiedlung der Kanaltaler und der Grödner

Das Kanaltal südlich von Kärnten, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ebenfalls von Italien annektiert und jeweils etwa zur Hälfte der Bevölkerung deutsch- und slowenischsprachig, war wie Südtirol ein Teil des sogenannten Vertragsgebietes, für dem laut deutsch-italienischen Abkommen vom 21. Oktober 1939 die Option und Umsiedlung der Volksdeutschen durchgeführt werden sollte. Nach offiziellen deutschen Angaben haben von 5603 Berechtigten knapp 82% für das Deutsche Reich optiert; spätere Berichte nennen fast 99% und dazu noch rund 1600 slowenischen Optanten. Gemäß einer Anordnung von Heinrich Himmler sollten sie »zur Bereinigung der volkspolitischen Lage« in Südkärnten sowie in Oberkrain und im Miestal — 1941 von der deutschen Wehrmacht besetzt — angesiedelt werden.

Die Organisation und Durchführung der Kanaltaler Umsiedlung lag in den Händen des Gaugrenzlandamtes Kärnten, dessen Leiter der ehemalige Geschäftsführer des »Kärntner Heimatbundes«, SS-Obersturmbannführer Alois Maier-Kaibitsch, war. Seine Stelle organisierte auch die am 14. und 15. April 1942 durchgeführte Zwangsausiedlung von rund 220 slowenischen Bauernfamilien und die Einziehung ihrer Anwesen als »volks- und staatsfeindliches Vermögen«.

Etwa 5700 Kanaltaler wurden bis zum Ende der Umsiedlungsaktion in diesen Gebieten sowie in den Kanaltaler Siedlungen der Kärntner Städte angesiedelt. — In ähnlicher Weise wurde in den 1941 besetzten Gebieten der Südsteiermark die slowenische Bevölkerung ab- und Volksdeutsche aus dem Schwarzmeergebiet (Dobrudscha und Bessarabien) und der Gotschee angesiedelt.

Das Gaugrenzlandamt in Klagenfurt war auch für die geschlossene Ansiedlung der Grödner zuständig, denn diese sollten zunächst ebenfalls im Reichsgau Kärnten — in Südkärnten oder im Bezirk Lienz (Osttirol) — eine neue Heimat finden. Vertreter aus Gröden hatten schon im Herbst 1939 ein Zusammenbleiben aller Grödner gefordert und eine baldige Umsiedlung empfohlen. Denn erstens könnten sich die Wirtschaftszweige des Tales, bäuerliche Wirt-



Ankunft von Kanaltaler Umsiedlern,  
Klagenfurt, Februar 1940

Rechts: *Lienzer Zeitung*, vom 15. 3. 1940 — Die Grödner Holzschnitzer wurden von einheimischen Handwerkern vielfach als unliebsame Konkurrenten betrachtet. Im Verlauf des Krieges änderte sich diese Haltung, da auch die Produktion der Grödner gewechselt hatte: Sie schnitzten in größerem Ausmaß Prothesen für Kriegsinvaliden.

schaft, holzverarbeitende Industrie und Fremdenverkehr nur unter ähnlichen Bedingungen wie in Gröden erhalten und weiterentwickeln und zum zweiten würden die italienischen Stellen die Abwanderer ruinieren, wenn sie nicht schnellstens umsiedeln könnten. Der Einfluß der Grödner bei den reichsdeutschen Stellen in Berlin war groß genug, sodaß vom RKFdV zunächst Osttirol als geschlossenes Gebiet für die Grödner Optanten festgelegt wurde. Nachdem aber dort die notwendige Siedlungsfläche nicht zur Verfügung stand, wurde das Hochschwabgebiet in der Obersteiermark als neues Siedlungsgebiet bestimmt. Die Entwicklungen in Südtirol und im Deutschen Reich überholten aber auch hier die Planung; übrig blieb eine Siedlung in Lienz mit 239 Wohnungen, in die aber tatsächlich nur wenige Grödner einzogen. Einzelne Ansiedlungen von Grödnern, die nicht mit ihrer Volksgruppe geschlossen umgesiedelt werden wollten, gab es auch in Tirol und Vorarlberg. Diese wurden allerdings über Innsbruck abgewickelt.

# Grödner Holzschneider in ihrer neuen Heimat

Vor 316 Jahren wurde die Holzschneiderei im Grödnertal gegründet, „Kärntner Heimatwerk“ als neuer Auftraggeber

Die „Wiener Zeitung“ konnte kürzlich über die Aufnahme einer Rundfunkvorlage des Reichsleiters Wien berichten, bei der unter anderem auch die ins Reich heimgeleiteten Holzschneider aus dem Grödnertal zu Wort kamen. Nummer 11 ist es der Leiter der Zweigstelle Wien des Reichspropagandaamtes P. G. Oberdorfer und dem Kreiswart der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ P. G. Fißler als Vertreter des „Kärntner Heimatwerks“ gelungen, auch die Deutsche Wochenchau für die Holzschneider zu interessieren. Vor einigen Tagen wollte ein Kameramann der Deutschen Wochenchau in Wien, um sowohl die Sieblungen der Bildhauer als auch die Holzschneider und Bildhauer aus dem Grödnertal bei ihrer kunstgewerblichen Arbeit im Bild festzuhalten. Wir haben diese Gelegenheit wahrgenommen, um einmal über die Entstehung und Entwicklung dieses Kunstgewerbes im Grödnertal zu berichten.

## Der erste Grödner Holzschneider

Sei tödte der Kampf mit vorhergehender Wirkung in deutschen Landen, durch drei Jahrzehnte zerfleischen sich die deutschen Stämme um ihres Glaubens willen, in Wahrheit von feindlichen Mächten immer wieder in den Krieg gehend, damit Deutschland in Staub und Asche sinke und nie wieder erstarke — der Dreißigjährige Krieg. Und während Deutschlands Boden unter den Hufen der Schlachtrosse und dem Marschtritt der Soldatenschar ergritert, da schlägt in der Stille und Abgeschlossenheit des Grödnertales im Lande Tirol die Geburtsstunde einer kunstgewerblichen Industrie, die sich in den kommenden Jahrhunderten und Jahrhunderten zu hoher Blüte entwickelt und mit zunehmendem Verkehr Weltzug gewinnt. Es ist das Holzschneider- und Bildhauerhandwerk, das hier eine Heimat gefunden hat und der Verdiensterwerb des ganzen Tales bald wachsenden Verdienst bringt. Aber zunächst ist es ein einziger Mann, Christian Trebinger aus dem Bergdorf St. Jakob, der 1634 erstmalig in den Urkunden als Holzschneider genannt wird. 1615 kam er von seinem Heimatort nach Predos bei St. Ulrich und die Chronik nimmt als Beginn seiner Holzschneiderei das Jahr 1625 an, doch ist nicht bekannt, wo Trebinger dieses Kunstgewerbe erlernt hat. Auch drei jüngere Brüder des Christian Trebinger kommen von St. Jakob nach St. Ulrich und widmen sich hier der Holzschneiderei. Der jüngste von ihnen, Barthelemy Trebinger, legt mit seinem 1662 erbauten Häuschen den Grundstein zu einer Rahmenwerkstatt, die die Nachkommen der Familie Trebinger zu großer Blüte entfalten.

## Regierungsbefehl verurteilt Reduzierung der Zahl der Holzschneider

Von St. Ulrich breitet sich das Kunstgewerbe im Laufe der Zeit über das ganze Tal aus. Es entwickeln sich verschiedene Zweige. So entstehen neben der Figuren- und Rahmenwerkstatt gegen Ende des 17. Jahrhunderts die Verzierungsbildhauerei und der Altarbau, während junge Leute, die das Gewerbe zwar nicht erlernt haben, aber doch Gefallen daran finden, sich der Verstellung von Nipp- und Spielachen widmen und damit hausieren gehen. Ein Protest der alten Meister gegen dieses „Puschertum“ bleibt ergebnislos und so kann sich auch die Spielwarenherstellung zu einem einträglichen Gewerbe entwickeln. Da schlägt im Jahre 1787 ein Regierungsbefehl wie ein Blitz aus heiterem Himmel in die aufblühende Industrie des Grödnertales. Dieses Dekret entschied: „Von den 300 Bildhauern in Gröden ist jeweils Wohnung des Raschböger Waldes die Zahl auf 150 zu reduzieren!“ Die vielen Holzschneider, die damals über feinerster Organisation verfügten, hatten nämlich mit dem Zirbelholzwald des Raschböger Waldes bezahlt gekauft, das noch in den Anfängen des 20. Jahrhunderts Spuren bieten konnten. Durch eine energische Gegenwehr, in der die Gemeinden das Recht für sich fordern, den Holzschneidern jährlich eine gewisse Menge von Zirbelbäumen zu verkaufen, wodurch eine weitere Waldver-

hing unmöglich gemacht würde, kann aber diese Entscheidung rückgängig gemacht werden.

## Eine Verkürzungs- und entscheidender Bedeutung

Nach ein Umstand ist es, der die künstlerische Entwicklung der Holzschneiderei des

## Fast in jedem Haus ein Holzschneider

Was der Schwarzwald seit uralten Zeiten für die Handwerkerzeugung, der Grödner Wald für die Glasluntenindustrie bedeutet, das ist das Grödnertal für die Holzschneiderei. Außer verschiedenen kleineren Sieblungen gibt es vor allem 5 größere Orte: St. Ulrich, St. Jakob, Pustsch, St. Christina und Wollstein, und fast in jedem Haus wird die Holzschneiderei gepflegt. Von den linderreichen Familien dieses Tales — jede Familie zählt durchschnittlich 8 bis 10 Kinder — beteiligen sich sämtliche Mitglieder an diesem Kunstgewerbe, wobei meist die Männer die Schnitarbeiten durchführen, während die Frauen die fertigen Gegenstände mit Wasser- oder Ölfarben bemalen. Der Meister Hermann Runggaldier, mit dem ich mich unterhalte und der einer der ältesten Holzschneiderfamilien entstammt, ist beispielsweise das 19. Kind (wohl von zwei Müttern), und von diesen 19 Kindern wählten ein einziges einen anderen Beruf. Natürlich gibt es auch größere Betriebe mit zahlreichen angestellten Arbeitsträgern. Die heranwachsenden Kinder treten, sofern sie die Holzschneiderei erlernen wollen, mit 14 Jahren meist in ihren väterlichen Betrieb als Lehrlinge ein, aber auch schon vorher beschäftigen sie sich mit dem Schnitzen und stellen hauptsächlich Spielwaren her. Gängig lernen auch die Mädchen ganz recht die Holzschneiderei. Auch die Bauern des Grödnertales sitzen an den langen Wintertagen an der Werkbank und schnitzen an irgendwelchen Gegenständen. Wenn sie keine Kunst auch nicht gelernt haben, irgendein Familienmitglied ist bestimmt gelernter Holzschneider und gibt ihnen die notwen-

digen Anweisungen. Es ist klar, daß der Mut der Grödner Bildhauer auch Holzschneider oder solche, die es werden wollen, von auswärts anlockt, die dann hier dieses Gewerbe erlernen oder sich darin weiter ausbilden.

**Die Erzeugnisse der Grödner Holzschneider**

Was stellen nun die Grödner Holzschneider und Bildhauer hauptsächlich her? Da ist zunächst die kirchliche Kunst, der Bau von Altären, die Schaffung von Holzengelassen, Verzierung von Beichtstühlen und Kanzeln. Aber auch auf dem Gebiet der profanen Kunst leisten die Grödner Einzigartiges, wobei neben der Figurenwerkstatt, die Herstellung von Schmuckgegenständen, Möbelverzierungen und der Herstellung von aus einem Stück gearbeiteten Eschallenen, Zellen und ähnlichen vor allem die Bildhauerkunst, der wir prächtige Baumengelassen zu verdanken haben zu Wort kommen. Daneben ist auch die Erzeugung von Kindererziehung ein beliebtes Gewerbe, der gerade in der letzten Zeit wieder stark in den Vordergrund getreten ist. Selbstverständlich ist nun nicht jeder einzelne Holzschneider sein eigener Exporteur. Diesem Zweck dienen verschiedene Verlagsfirmen, deren Inhaber notwenigerweise selbst Holzschneider sind, dieses Gewerbe aber nicht ausüben, sondern sich hauptsächlich dem Vertrieb der Erzeugnisse aus den einzelnen Werkstätten widmen und sie in alle Welt exportieren, wo sie überall begehrte Aufnahme finden.

**Aufbruch ins Reich**

Die Grödner Holzschneider hatten demnach mit ihrem Gewerbe kein schlechtes



Kilchberg: NS-Gauverlag Kärnten. Zum Schnitzen der zierlichen Muster gehört eine geübte und sichere Hand und erst, nachdem der letzte Schnitt getan ist, kann das Werk als gelungen bezeichnet werden

Auskommen. Ständig waren sie mit Aufträgen voll eingehüllt. Trotzdem also ihre wirtschaftliche Existenz fest gegründet war, haben sie nicht gezögert, dem Ruf des Führers Folge zu leisten und ins Reich heimzukehren. Schon im vergangenen Sommer verliehen zahlreiche Grödner Haus, Hof und Werkstatt, um im Großdeutschen Reich eine neue Heimat zu suchen und zu finden. Ein Teil von ihnen kam nach Wien, wo sie in einer für sie errichteten Sieblung untergebracht sind. Hier hat sich nun das „Kärntner Heimatwerk“ der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ ihrer angenommen und die einzelnen Werkstätten, die sich die Grödner hier eingerichtet haben, sind vollaus beschäftigt, um den vielen Aufträgen des „Kärntner Heimatwerks“ gerecht zu werden. Erstmals waren die Grödner Holzschneider auch bei der heutigen Wiener Frühjahrsmesse im Rahmen der vom Gewerbe-Förderungsinstitut der Danzelsammer Klagenfurt veranstalteten Ausstellung vertreten und die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen war so stark, daß die Annahme von Aufträgen geperrt werden mußte.

So hat dieses alte Kunstgewerbe, das durch 316 Jahre im Grödnertal bestand und sich dort zu einer edelgenannten Handindustrie entwickelte, in Wien, im Schoß des deutschen Vaterlandes, eine neue Heimat gefunden, in der es sich zu neuer Blüte entwickeln wird.

## Die Mehrzahl

Die deutsche Sprache hat ihre Duden und Klippen. Wer sie nicht zu ungenutzten versteht, der steht mit der Sprache auf dem Kriegsfuß. Und das ist nicht gut. Da ist z. B. die Mehrzahl oder der „Plural“, wie man mit voller Bezeichnung sagen kann. Er hat es „in sich“. Wenn der Urvater von seinen „Leutnanten“ in der Kompanie erzählt, dann hat er bereits einen Tod geschlafen, denn die Mehrzahl von Leutnant heißt „Leutnante“, und wenn er gar von seinen „Generalen“ erzählt, dann hat er den zweiten schweren Schläger gemacht, denn die Mehrzahl der hohen Offiziere mit den roten Strifen lautet: „Generale“. Dagegen kann man nichts unternehmen! Der Plural ist wirklich ein Schlingel, der uns an der Nase herumführen will, denn das „Raschnam“ macht er einfach „Raschnen“. Das gilt auch noch für den Davotmann, den Seemann, den Vanda mann und Bergmann, und wenn wir unsere „Magen“ irritieren lassen, die „Gäber“ sälen, die „Bücher“ lesen und die „Eisenbahnwagen“ verteilen lassen, dann haben wir die Mehrzahl geradezu außer Fassung gebracht, weil sie nur Wagen, Vager, Deger und Weger kennt. Wer sich mit Fremdwörtern abhebt, sollte doppelt vorsichtig sein, weil man sich hier mitten in heißen Sommer auf Eiszeiten begeben kann. Wer seine Waren in „Albano“ kauft, ist schon außer Acht, denn es muß „Alben“ heißen. Und wie steht es mit Direktor, Doktor, Drama, Gumpfsinn, Kapital, Kleinkob, Mineral, Museum, Omnibus, Thema und Theater? Nun, meine Damen und Herren, meine Damen und Herren? (Lachend) Das ist ja einfach, Wädel ist vertehrt, Dames ist unvollständig, Derrns gar nicht denkbar. Die Mehrzahl ist ein kompliziertes Ding. Man gibt sich gar lauter „Alben“ Käse“, die ganz Schönen sind die „Piffstulle“ und hier der „Malitus“ muß es sich gefallen lassen, daß ihn die Male in der Mehrzahl nicht laßt, weil sich der „Wulfs“ mit seinen Verhältnissen in „Wulst“ im Plural veranbelt. Da steht der Herr Hand vor Ehrwürdt Hill.



Ein Blick in eine Werkstätte der Grödner Holzschneider in Lienz. Jeder einzelne ist vollbeschäftigt, um die Aufträge des „Kärntner Heimatwerks“, das vor allem Schatullen und Teller braucht, zu erfüllen

\*) Die statistischen Daten sind der amtlichen Statistik des Reichsleiters Wien, Wien, am 29. April 1937 herangezogen, von Wilhelm Wobber-Liebenberg verfaßten Gedächtnisprotokoll entnommen.

»Außer dem Bürgermeister bin ich der einzige Deutsche im Orte«

»Im Frühjahr zum Haus einen Zubau aufgestellt, (...) später will ich daraus zwei Zimmerchen machen, damit mehr Wohnraum für die Familie geschaffen wird. Dann hab ich noch fünf Stück Apfelbäume (Champagner Pyramiden) gepflanzt, sodas jetzt das ganze Grundstück mit Obstbäume voll angepflanzt ist. (...) Bis in einigen Jahren hoffe ich, einen kleinen Erlöf daraus zu ziehen.« (Familienchronik 1939).

Adalbert Rinner hatte gerade begonnen, sich in Latsch eine bescheidene Existenz aufzubauen, als man in Berlin über das weitere Schicksal der Südtiroler entschied. Er hatte 1923 den mit Schulden belasteten Hof seiner Pflegeeltern übernommen, die wirtschaftliche Krise der Zwischenkriegszeit, eine Bürgschaft und die schlechten Ernten jener Jahre zwangen ihn jedoch, den Grundbesitz Stück für Stück zu veräußern. So wohnte er 1939 mit seiner zwölfköpfigen Familie in einem selbstgezimmerten Holzhaus, das auf der letzten ihm gebliebenen Wiese stand.

Am 15. November 1939 optierte Adalbert Rinner für Deutschland, für ihn »fürwahr ein schwerwiegender Entschluß (...). Hier die alte, schöne Heimat, jahrhunderte lang ersessen und bebaut, in blutigen Kämpfen gegen mancherlei Feinde verteidigt; Haus und Hof, Besitz und Existenz, und dort der Ruf des Führers des Großdeutschen Reiches, die Bande gleichen Blutes, gleicher Sprache und eine fest versprochene, aber noch dunkle Zukunft« — so die spätere Begründung Riners für seine Entscheidung.

Im April 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht Jugoslawien und wurde begonnen, das slowenische Grenzgebiet mit Deutschen — darunter auch Südtiroler — zu besiedeln. Auch für Rinner war es bald soweit: Er hatte den Vorschlag der deutschen Umsiedlungsstelle Meran, als Treuhänder eines landwirtschaftlichen Betriebes in das besetzte Gebiet zu gehen, angenommen und fuhr, vorläufig alleine, im Juli nach Holm bei Stein in Jugoslawien. Die Übernahme des Besitzes Repanschek »verlief ohne größere Schwierigkeiten«. Die Tatsache, daß er jetzt zur Besatzungsmacht gehörte und das Schicksal der Familie Repanschek schienen Adalbert Rinner nicht sonderlich zu berühren. Das einzige Problem für ihn war, daß es mit der Verständigung »happerte«, da alle Dienstboten »nur slovenisch (sprachen)

und ich nur deutsch. Zum Glück fand sich gleich in der Nachbarschaft ein Mann, der als Dolmetsch aushalf«. Auch als der Pfarrer von Holm von der Gestapo »ausgewiesen« wurde, löste dies bei Rinner keine besondere Betroffenheit aus, vielmehr machte er sich daran, nun auch das Pfarrgut samt Dienstboten zu übernehmen.

Im Februar 1942 konnte er seine Frau Anna und die zwölf Kinder zu sich in die neue Heimat holen. Mit einer Handvoll Heimaterde als Erinnerung im Koffer erreichte die Familie den Brenner und deutete das gute Wetter jenseits des Alpenhauptkammes als »ein gutes Vorzeichen für unsere weitere Zukunft«. Anfangs schien die Familie Rinner das große Los gezogen zu haben. Ein 12 ha großer Gutshof, 13 Stück Vieh und 4 Dienstboten garantierten die Versorgung der großen Familie. War der Ertrag in Latsch mehr als kümmerlich gewesen — Adalbert Rinner konnte im Jahre 1938 genau eineinhalb Kilo Jonathan, eine Marille und eine Birne ernten — so berichtete er in Holm stolz von 2970 kg Getreide, 5850 kg Kartoffeln und 200 kg Obst.

Das Leben der Familie Rinner stand nun unter einem anderen Vorzeichen: waren sie in Italien noch Teil einer verfolgten Minderheit, so gehörten sie jetzt der deutschen Besatzungsmacht in Jugoslawien an. Als einer der wenigen Deutschen im Ort wurde Rinner dann auch 1943 von der deutschen Militärverwaltung als Bürgermeister eingesetzt. Er hatte 17 Dörfer, Weiler und Fraktionen zu betreuen, dies war »zur heutigen schwehren Kriegszeit und unter den hiesigen komplizierten Verhältnissen jedenfalls eine kleine Würde, aber eine große Bürde. (...) Ich habe mir gleich bei meiner Amtsübernahme vorgenommen und halte es auch, wenigstens gerecht zu handeln. Bis jetzt bin ich gut gefahren damit. Zwei Amtskolegen (...) wurden vor kurzen am hellen Tage, ersterer in seiner Amtskanzlei, letzterer auf der Strasse, von Banditen niedergeschossen.« Die Verhältnisse in Holm waren wirklich »kompliziert«: Gleich in der ersten Nacht nach dem Einzug hatte es in der Nähe des Hofes Schießereien mit Partisanen gegeben, worauf sich Adalbert Rinner einen Schäferhund anschaffte, mit einer geladenen Pistole herumlief und die Familie sich seit 1944 im Haus verbarrikadierte; »alle Fenster zu ebener Erde sind gegen Handgranaten Einwurf mit Drahtgeflechte versehen worden«.

Die Situation spitzte sich immer mehr zu, und eines Abends kam es zu einem Schußwechsel zwischen angreifenden Partisanen und der Familie Rinner —



Vater und Söhne hatten sich mit Gewehren an den Fenstern postiert, die Mutter sich mit den restlichen Kindern im Keller verschanzt. Der Angriff verlief zwar glimpflich und es wurde niemand verletzt, doch noch bevor die erste Bombe auf Holm fällt und im »Gemüßgarten (...) allerhand Unordnung und Malheur anrichtet«, werden Frau und Kinder nach Osttirol evakuiert. Adalbert Rinner und seine beiden ältesten Söhne bleiben in Holm, versuchen den Hof noch weiter zu bewirtschaften, werden aber immer häufiger zum Volkssturm gegen die Partisanen eingezogen. Am 6. Mai 1945 müssen dann auch sie Holm verlassen, ohne irgendetwas aus der einstigen »neuen Heimat« mitnehmen zu können. Nach kurzer englischer Gefangenschaft findet sich schließlich die ganze Familie im Flüchtlingslager »Tirolerhof« in Dölsach-Osttirol wieder. Die inzwischen auf 15 Personen angewachsene Familie Rinner mußte hier mit weiteren 105 Flüchtlingen Wohnraum und Kochstelle teilen, »Kärntner, Windische, Volksdeutsche, Reichsdeutsche, von denen viele Berliner waren, und wir als einzige Südtiroler Familie«. Nach Kriegsende machte sich nun die Familie Rinner zum dritten Mal an den Aufbau einer Existenz. Zunächst gelang es Adalbert Rinner, für vier Jahre

Familie Rinner aus Latsch in ihrer neuen Heimat in Holm/Jugoslawien

einen Hof in Osttirol zu pachten. Nach Ablauf der Pacht war er gezwungen, den verschiedensten Arbeiten, vom Maurer bis zum Straßenarbeiter, nachzugehen, bis er im Jahre 1963 pensioniert wurde. Zwischendurch hatte er immer wieder versucht, in Südtirol Fuß zu fassen, und hatte sogar die italienische Staatsbürgerschaft beantragt und erhalten. Aber die Entscheidung fiel ihm nicht leicht: »Nun sind wir wieder wie vor neun Jahren vor die Wahl gestellt zwischen zwei Möglichkeiten sich zu entscheiden. Diesmal heißt es für uns: österreichisch oder wälsch, hier eine noch unsichere Existenz, dort in der alten Heimat überhaupt noch keine. (...) Auf's Geradewohl einfach hineingehen, diese Verantwortung kann ich niemals übernehmen, zuviele bittere Erfahrungen hat man durchgekostet.« Schließlich entschied er sich doch, in Osttirol zu bleiben, wo er 1967 verstarb.

*Birgit Alber, Kristin Pan*



## Die »geschlossene Umsiedlung« der Luserner und Fersentaler — oder: Was den Südtirolern erspart blieb

Die Umsiedlung der Südtiroler Optanten in ein geschlossenes Siedlungsgebiet, einst zentrales Moment der propagandistischen Versprechungen Himmlers und der AdO, wurde mit dem Beginn und der Ausweitung des Krieges zunehmend fragwürdiger. Einerseits blieben Bestrebungen in diese Richtung bei den zuständigen Stellen in Berlin schon im Planungsstadium stecken, andererseits ließ die Bereitschaft zur Umsiedlung bei den Südtirolern selbst zusehends nach. Nichtsdestoweniger führte die ADERSt im Frühjahr 1942 die Umsiedlung der Fersentaler und Luserner als Generalprobe für die geplante geschlossene Ansiedlung der Südtiroler durch. An diesem Beispiel, mit dem der deutsche Umsiedlungsapparat Erfahrungen für die totale Umsiedlung der Südtiroler sammeln wollte, wird deutlich, was auf diese im Fall einer Realisierung des Vorhabens zugekommen wäre.

Der Geltungsbereich des deutsch-italienischen Umsiedlungsabkommens vom Herbst 1939 erstreckte sich außerhalb der Provinz Bozen auch auf die gemischtsprachigen Gebiete (zone mistilingui) der Provinzen Trient, Belluno und Udine; die deutschen Sprachinseln (nuclei tedeschi) kamen darin allerdings nicht vor. Sie waren nach Darstellung von SS-Sturmbannführer Dr. Wilhelm Luig, dem Leiter der ADERSt in Bozen, durch ein redaktionelles Versehen bei der Festlegung der Abwanderungsrichtlinien in Rom aus dem Umsiedlungsvertrag herausgefallen. Im Gegensatz dazu hat Präfekt Giuseppe Mastromattei immer bestritten, jemals eine Optionsberechtigung für diese Gebiete zugesagt zu haben. Eine Einigung mit ihm und seinem Trienter Amtskollegen kam in dieser Frage trotz mehrmaliger Vorsprachen Luigs im Herbst 1939 nicht zustande. Erst in den letzten Tagen des Jahres 1939 gelang es Luig, vom Vertreter der italienischen Regierung wenigstens für die beiden deutschen Sprachinseln Lusern und das Fersental die Zulassung zur Option zu erreichen.

Links: Abschied — Lusern im April  
1942



Lusern 1942

Das Fersental (Val dei Moccheni), d. h. die Gemeinden Palai, Florutz, Gereut und Eichleit sowie die Gemeinde Lusern waren fast ausschließlich deutschsprachig und mehrheitlich von Kleinbauern und Handwerkern bewohnt. In der Bevölkerung waren zudem traditionell die Saisonarbeit und der Wanderhandel weit verbreitet. Dadurch bestanden gute Kontakte auch zu Bozner Handelshäusern, etwa dem Haus Eccel, bei dem die Fersentaler sich mit Stoffen für den Hausiererhandel und wohl auch mit Nachrichten über die Vorgänge in Südtirol versorgten. Nachdem in den dreißiger Jahren zahlreiche Bewohner der beiden Sprachinseln auch im Deutschen Reich Arbeit gesucht hatten, waren die dortigen Verhältnisse im Fersental und in Lusern ebenfalls weitgehend bekannt. — Es ist daher anzunehmen, jedoch nicht belegt, daß die Initiative zur Aufnahme in den Kreis der Optionsberechtigten von Vertretern der Luserner und Fersentaler Bevölkerung selbst ausgegangen ist. Dafür spricht auch die Tatsache, daß nicht der Gesandte Otto Bene, der als Vertreter der Deutschen Reichsregierung, für die Verhandlungen mit den italienischen Stellen zuständig gewesen wäre, ihre Zulassung zur Option durchsetzte, sondern Wilhelm Luig als Leiter der ADERSt in Bozen. Er erreichte, mehr oder weniger im Alleingang und nach mehreren Gesprächen mit Unterstaatssekretär Guido Buffarini-Guidi Ende Dezember 1939 die Einbeziehung der Fersentaler und Luserner in die Optionsvereinbarungen.

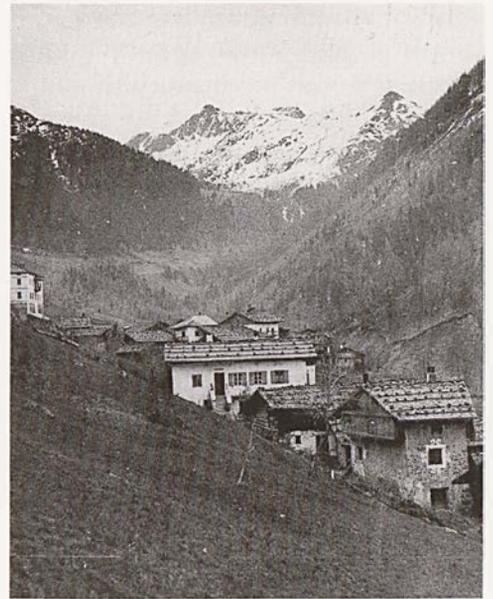
Dabei sollten allerdings nur jene als Optanten anerkannt werden, die ihre Erklärung noch rechtzeitig bis zum 31. Dezember 1939 abgaben. Allen anderen sollte lediglich erlaubt sein, einen Antrag auf Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft zu stellen, deren Erwerb dann aber auf dem normalen Amtsweg der Einbürgerung erfolgen sollte. Von Italien wurden diese verspäteten Ansuchen nicht als Optionen im Sinn der Verträge vom Oktober 1939 anerkannt, weshalb die Betroffenen auch nicht in den Genuß der wirtschaftlichen Sonderbestimmungen kamen; die Italiener verpflichteten sich also nicht dazu, den Besitz dieser Optanten abzulösen und zum vereinbarten Sonderkurs zu transferieren. Die Deutschen sagten hingegen die Abwicklung und Bezahlung der Umsiedlung, die Übernahme des zurückzulassenden, unbeweglichen Eigentums durch die DUT und die Entschädigung durch einen gleichwertigen

Besitz im Deutschen Reich zu. Außerdem wurde zwischen Wilhelm Luig und Guido Buffarini-Guidi mündlich vereinbart, daß die Umsiedlung der Luserner und Fersentaler erst nach der Abwanderung aller Südtiroler Optanten durchgeführt werden sollte.

Nach der Abschlußstatistik des RKFdV vom 10. November 1943 hatten sich einschließlich der Familienangehörigen insgesamt 830 Fersentaler und 408 Luserner zur Option gemeldet — das entsprach jeweils rund einem Drittel der Bevölkerung. Die ersten Optionsgesuche waren bereits in den letzten Dezembertagen des Jahres 1939 bei der ADERSt in Bozen eingereicht worden. — Tatsächlich mußten alle Luserner und Fersentaler Optanten in Bozen ihre Anträge abgeben, da die Italiener nicht bereit waren, die entsprechenden Formulare in den jeweiligen Gemeindeämtern aufzulegen. Die Bewohner von Palai im Fersental haben nach Angaben der ADERSt vollzählig für das Deutsche Reich optiert, wobei die dafür notwendige Reise nach Bozen laut einem Bericht von Wilhelm Luig so verlief: »Aufbruch 1:00 Uhr nachts; 4 bis 5 Stunden Fußmarsch durch Schnee, dann Eisenbahnfahrt; Ankunft in Bozen gegen 10:00 Uhr. Ab gegen 16:00 Uhr, Ankunft daheim nach nächtlichem Fußmarsch bergauf, 1:30 Uhr anderntags.«

Im Gegensatz zu seinen Vereinbarungen mit Buffarini-Guidi entwickelte Wilhelm Luig im Jänner 1940 einen Plan, in dem die geschlossene Umsiedlung der Fersentaler und Luserner als Beispiel für eine gebietsweise Abwanderung der Südtiroler dienen sollte; damit wollte er Erfahrungen für die Umsiedlung der Südtiroler in das vorgesehene geschlossene Siedlungsgebiet sammeln.

Etwa zur gleichen Zeit aber durchkreuzte der Kreisleiter von Lienz diesen Plan, indem er Bauarbeiter aus Lusern anforderte, um die Wohnbauten für die Umsiedler aus Südtirol in seinem Kreis möglichst schnell durchführen zu können. Auch bei der ADERSt verfolgte man zunächst das Projekt des Hauptstellenleiters nicht weiter, sondern befürwortete die Einzelumsiedlung Südtiroler Optanten entsprechend dem Bedarf und den Möglichkeiten im Dritten Reich. So wanderten im Juni und Juli 1940 auch 91 Fersentaler in das Deutsche Reich ab, wogegen der neue Präfekt von Bozen, Agostino Podestà, allerdings heftigen Protest einlegte, da diese vorzeitigen Einzelabwanderungen nicht den getroffenen Vereinbarungen entsprachen.



Palai im Fersental 1942

»23. 5. 1915: Pfingstsonntag war ich abends bis halb 9 Uhr in der Kirche mit Beichthören beschäftigt. Als ich aus der Kirche trat, stand vor dem Widum Gendarmerie-Wachtmeister Nicoletti; er grüßte und meldete: Ich muß Ihnen eine ernste Mitteilung machen: Wir haben Kriegszustand; das bedeutet für das Dorf: Kein Rauch, kein Feuer darf gesehen werden und die Personen dürfen sich im Freien nicht blicken lassen; Glockenläuten ebenfalls verboten. Ich verstand und entgegnete: damit ist wohl gesagt, daß die Bevölkerung fort muß. — Ja! So ist es.

24. 5. Pfingstsonntag verkündete ich bei der Frühmesse: Kriegszustand! Aus dem Dorf müssen alle fort. — Ich aber werde zurückbleiben für unsere Standschützen und Arbeiterabteilungen. Wenn sie mich in Friedenszeiten gebraucht haben, dann brauchen sie mich in Kriegszeiten erst recht. Etwa 5-6 Familien machten sich während des Tages auf und wanderten — ein Bündel Kleiderstücke mittragend — hinaus gegen Lavarone. Am Abend waren sie aber wieder zurück. 'Wenn wir schon auswandern müssen, bleiben wir alle zusammen.'  
(Am nächsten Tag lag Lusern im Artilleriefeuer, durch welches zwei Frauen schwer verletzt wurden.) Unbeschreibliche Aufregung unter der Bevölkerung: Weinen, Schreien, Heulen von Kindern und Weibern. Die Leute rafften eiligst zusammen, was ihnen an Leibwäsche und Kleidern in die Hände kam, packten es in ein Tuch oder Rucksack und machten sich so schnell, wie sie nur konnten, auf die Flucht: Die einen auf der Straße, wo sie Mühe hatten, durch die bei den Stauden vor der Kirche aufgestellten spanischen Reiter hindurchzukommen. Auf den einzigen Leiterwagen, der zur Verfügung stand, legte man die zwei Verwundeten, eine Frau im Wochenbett mit

In den folgenden Monaten wurde es etwas stiller um die Fersentaler. Es kam zwar immer wieder zu Einberufungen von Optanten aus beiden Sprachinseln zum italienischen Heer, da die Militärbehörden ebensowenig wie das italienische Wanderungsamt von den Vereinbarungen zwischen Wilhelm Luig und Guido Buffarini-Guidi wußten. Die deutschen Stellen protestierten regelmäßig dagegen, worauf die Einberufenen meist sofort aus dem italienischen Militärdienst entlassen wurden, unternahmen aber weiterhin nichts, um eine Umsiedlung der Luserner und Fersentaler durchzuführen oder vorzubereiten. Zu Weihnachten 1940 machten die Fersentaler selbst mit einer Spende an die Deutsche Wehrmacht auf sich aufmerksam, indem sie in einem Begleitschreiben an die ADERSt ihre Hoffnung auf eine baldige Umsiedlung zum Ausdruck brachten.

Im Frühjahr 1941 ging Wilhelm Luig daran, die Umsiedlung der Luserner und Fersentaler langsam aber kontinuierlich vorzubereiten: Er betrachtete diese Aktion als seine ureigene Sache, behielt sich die Behandlung der damit im Zusammenhang stehenden Fragen persönlich vor und ordnete an, daß ohne seine Zustimmung in dieser Angelegenheit nichts unternommen werden dürfe. Im März 1941 erbat er vom RKFdV die Zusicherung über eine entsprechende Besitzzuweisung für die Fersentaler und Luserner in einem neuen Siedlungsgebiet. Gleichzeitig gab er Anweisung, die Besitzaufnahme in den beiden Sprachinseln beschleunigt durchzuführen. Während von Berlin die Übernahme und Entschädigung des zurückzulassenden Besitzes bestätigt wurde, blieb die Antwort auf die Frage nach einem möglichen Ansiedlungsgebiet aus. Dennoch unternahm Luig alle Schritte, um eine Umsiedlung möglichst bald durchführen zu können, zumal die Abwanderungsbereitschaft der Bewohner in den beiden betroffenen Sprachinseln, wie auch in Südtirol, zusehends nachließ. Eine erfolgreiche Umsiedlung der Luserner und Fersentaler sollte deshalb auch die ins Stocken geratene Umsiedlung der Südtiroler wieder in Gang bringen und nicht zuletzt zur Erfüllung der vereinbarten Abwanderungszahlen beitragen. Vor diesem Hintergrund waren auch die italienischen Stellen mit dem Vorhaben Luigs einverstanden. Im September 1941 ließ Wilhelm Luig den Lusernern und Fersentalern mitteilen, daß sie noch im Herbst abwandern sollten. Am 1. Oktober wurde im Fersental eine Verbin-

dungsstelle der DAT zur Regelung der Vermögensfragen eingerichtet.

Die Luserner und Fersentaler weigerten sich allerdings, bereits zu diesem Zeitpunkt zu gehen; sie hatten gerade erst ihre Ernte eingebracht und die Vorräte für den Winter eingelagert. Einige Vertreter der Optanten aus dem Fersental und aus Lusern fuhren deshalb nach Bozen, um in einer Unterredung mit dem Leiter und anderen Vertretern der ADERSt eine Änderung herbeizuführen. Luig teilte ihnen jedoch mit, daß der Zeitpunkt ihrer Abwanderung günstig gewählt sei und stellte ihnen eine geschlossene Ansiedlung in der Nähe von Marburg in der Südsteiermark in Aussicht. — Ihre Ansiedlung sollte nämlich, ebenso wie die der Kanaltaler, nicht zusammen mit den Südtirolern in einem geschlossenen Siedlungsgebiet erfolgen, da sie in den Augen des Hauptstellenleiters der ADERSt nicht zu den Südtirolern gerechnet werden konnten.

Auch die Führung der AdO protestierte in den folgenden Monaten gegen diesen Standpunkt wie gegen das Vorhaben selbst mit der Begründung, im »Kampf für die Erhaltung des Deutschtums in Südtirol« seien die Luserner und die Fersentaler stets an der Seite der Südtiroler gestanden. Luig akzeptierte aber weder die Einwände der AdO, noch gestattete er ihren Mitarbeitern die Betreuung der Bevölkerung der beiden Sprachinseln. Schließlich aber erreichten deren Vertreter selbst von Luig die Zusicherung, den Zeitpunkt der Umsiedlung zu verschieben.

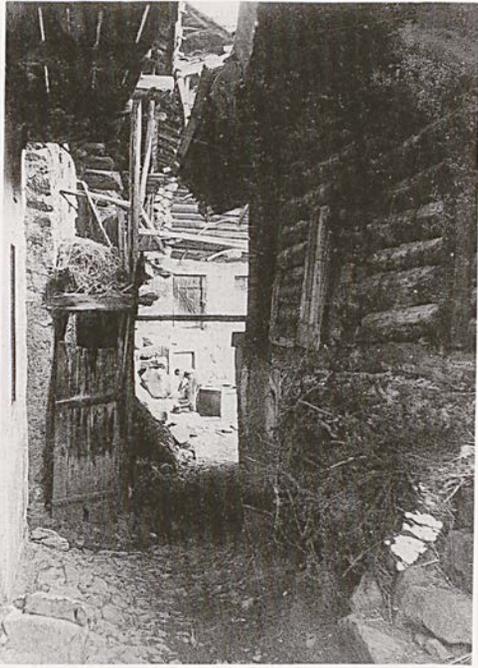
Mit dieser Zusage kam der ADERSt-Leiter jedoch kurze Zeit später in arge Bedrängnis, denn noch im Oktober erhielt er von seiner vorgesetzten Dienststelle in Berlin die Anweisung, die Luserner »zum Einsatz« zu bringen. Ihre Umsiedlung sollte »in der üblichen Weise« über die Umsiedlungsstelle und das Landesarbeitsamt in Innsbruck erfolgen. In seinem Schreiben wies der RKFdV auf die besondere Dringlichkeit dieser Aktion hin, die mit der Umsiedlung der Grödner in engem Zusammenhang stand. Denn erstens bestand ein besonders starkes politisches Interesse, die Umsiedlung der Grödner so schnell und so reibungslos wie möglich durchzuführen, und zweitens wurden Arbeitskräfte für die Errichtung der dafür benötigten Wohnhäuser in Kärnten gebraucht. Deshalb sollten die Umsiedler aus Lusern, soweit Bauarbeiter, geschlossen in Kärnten »zum Einsatz« gebracht werden.

8 Tage altem Kind und einen alten gehbehinderten Mann 'vo dar Tötsch'. Die anderen flüchteten über Costalta. (...)

Bei der Drahtseilbahn traf ich noch die meisten Luserner. Ich entbot ihnen Abschiedsgrüße und versprach, auf die zurückbleibenden Luserner Standschützen und Arbeiter fleißig zu achten. Dem Gemeindevorsteher gab ich den Rat, mit allen Luserner Flüchtlingen, wenn möglich, bis Innsbruck zu fahren; dort bei der Stathalterei vorzusprechen und Weisungen zu holen, wo die armen Flüchtlinge nun untergebracht werden können. Es hieß weiterfahren! Und es ging weiter über Salzburg, Linz, Budweis, Prag, Leitmeritz bis Aussig in Nordböhmen. Da mußte endlich Halt gemacht werden, denn man war nicht mehr weit von der sächsischen Reichsgrenze. (...)

Wie man erfuhr, bekamen die armen Luserner erst in Salzburg etwas Warmes in den leeren Magen! Der gute Gemeindevorsteher machte auf dieser langen Fahrt schwere Stunden durch: Klagen und Weinen anhören zu müssen und wohl auch manchen Vorwurf, daß er nicht imstande gewesen, sich energischer für sie einzusetzen. Aber da galt sein Vorsteher sein nichts, auch er war Flüchtling wie die übrigen. — Nach Verabschiedung von meinen armen Seelsorgskindern bei der Seilbahn ging ich zurück hinauf nach Costalta.«

(Aus: Der Weltkrieg 1914-1918. Erlebtes und Erlauschtes, aufgezeichnet von Josef Pedratscher, Kurat von Lusern und Feldkurat, Manuskript)



Dorfansicht, Palai im Fersental

Die Dringlichkeit der Abwanderung wurde jedoch nicht nur aus Berlin angezeigt, sondern auch von italienischer Seite, wo Präfekt Podestà auf die Einhaltung der vereinbarten Abwanderungszahlen drängte.

Aus dieser Lage, den Forderungen deutscher und italienischer Dienststellen ausgesetzt und gleichzeitig den Lusernern und Fersentalern im Wort stehend, befreite sich Wilhelm Luig am 22. Oktober 1941 mit einem Schreiben an den RKFdV, in dem er ausführlich die Situation im Fersental und in Lusern schilderte. Geradezu dramatisch hob er darin die Unmöglichkeit einer Umsiedlung zum gegenwärtigen Zeitpunkt hervor: »Mein Zweigstellenleiter Bozen, der soeben von einer zweitägigen Besichtigungsfahrt durch Lusern und das Fersental zurückgekehrt ist, berichtet mir, dass der Zeitpunkt zur Herausnahme der dortigen Optanten in diesem Jahr verpasst ist. Die Zufahrtstrassen, die von LKW im Sommer auch nur mit Vorsicht befahren werden können, sind durch den inzwischen eingetretenen Frost vielleicht noch mit PKW befahrbar, für LKW aber bereits soweit unpassierbar, dass der örtliche Bote, der die Verbindung dieser Gemeinden mit der Aussenwelt aufrecht erhält, seinen LKW in die Wintergarage eingestellt hat und mit Maultierwagen fährt. Der Abtransport des Umzugsgutes würde also jetzt auf unverhältnismässig grosse Schwierigkeiten stossen und könnte durch täglich zu erwartenden Schneefall völlig unmöglich gemacht werden.«

Auch waren die Arbeiten der deutschen Wertfestsetzungskommission nicht genügend weit fortgeschritten; im Fersental hatte die DAT die Entwirrung der sehr verwickelten vermögensrechtlichen Verhältnisse nicht abgeschlossen und in Lusern noch nicht einmal begonnen. Ein weiteres Hindernis für eine schnelle Umsiedlung war die noch immer nicht geklärte Frage der Ansiedlung. Luig erinnerte das Stabshauptamt des RKFdV an seine Anregung, »das Lager Hallein im Gau Salzburg als Zwischenunterkunft für die Luserner und Fersentaler zu bestimmen«, wogegen Vertreter der beiden Sprachinseln keine Einwände gehabt hätten. Es sei lediglich ganz allgemein der Wunsch der Bauern feststellbar, »erst im Frühjahr zur Umsiedlung gebracht zu werden, da die Jahreszeit jetzt schon zu weit vorgerückt ist, und die Leute sich mit den Wintervorräten, wie Brennholz, Schweine usf., eingedeckt haben.«

»Jetzt kriegen wir einen Bauernhof — und wenn wir uns halt recht verhalten, dann gehört der Bauernhof uns!«  
(Interview Rosa Ochner, geb. 1913, aus St. Franz; TLI)

Aus all diesen Gründen erbat Luig die Zustimmung für die Umsiedlung der Fersentaler und Luserner nach der Schneeschmelze im März oder April 1942 und erbot sich, diese Änderung auch den italienischen Stellen verständlich zu machen. Für die Wintermonate schlug er vor, mit einigen Männern aus den beiden Gebieten das Lager Hallein in Augenschein zu nehmen. In der Zwischenzeit werde man auch die gesamte Bevölkerung auf den Einzug nach Hallein vorbereiten und die ganze Aktion könne dann in den ersten 14 Tagen nach der Schneeschmelze abgewickelt werden.

Wilhelm Luig teilte diesen Sachverhalt auch Unterstaatssekretär Guido Buffarini-Guidi mit, worauf sich dieser mit der Umsiedlung der Luserner und Fersentaler im Frühjahr 1942 einverstanden erklärte. Das Stabshauptamt des RKFDV gab Mitte November ebenfalls seine Zustimmung zu Luigs Vorschlägen. Es trug ihm aber auch auf, sich mit dem Gauleiter von Oberdonau, August Eigruber, in Verbindung zu setzen, der bis zu 2000 Südtiroler, »vorwiegend Fassaner, Luserner und Fersentaler in seinem Gau aufnehmen wolle«.

Vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten, die mit den Italienern vereinbarten Abwanderungszahlen einzuhalten, hätten also die Luserner und Fersentaler zusammen mit den Grödnern im Herbst 1941 gleichsam als Lückenbüßer für jene Südtiroler dienen sollen, die immer weniger dazu neigten, ins Deutsche Reich umzusiedeln. Bezeichnenderweise fragte Wilhelm Luig nicht lange, was mit den Lusernern und Fersentalern nach ihrer Abwanderung geschehen sollte; es genügte ihm zunächst, ihre Aussiedlung in die Wege geleitet und sie in einem Lager untergebracht zu haben.

Am 28. März 1942 setzte die ADERSt die letzten Apriltage für die Umsiedlung der Luserner und Fersentaler fest. Zur gleichen Zeit unternahmen acht Vertreter aus dem Fersental und drei aus Luzern an einer Besichtigungsreise teil, die sie in das Lager Hallein und nach Budweis führte. Denn das Gebiet im Budweiser Becken, das verwaltungsmäßig zwar zum Reichsprotectorat Böhmen und Mähren, politisch aber zum Gau Oberdonau gehörte, hatte Gauleiter August Eigruber für ihre Ansiedlung ins Auge gefasst. — Den Lusernern war Böhmen nicht unbekannt, waren sie



Auswandererfamilie aus Palai

»Das ist ja ein Blödsinn gewesen! Unsereiner geht hinaus ins Tschechenland und meint, ja das — der Hitler — das gehört euch, uns jetzt! Viele haben sich das wirklich eingebildet!« (Interview Rosa Ochner, geb. 1913, aus St. Franz; TLI)



Möbel und Hausrat werden von den einzelnen Fraktionen zum Sammelplatz nach Palai gebracht.



Der Sammelplatz für die Umsiedler  
in Palai



doch schon einmal dorthin »umgesiedelt« worden: Im unmittelbaren Frontbereich liegend war das Dorf am 25. Mai 1915 evakuiert und die Bevölkerung nach Nordböhmen gebracht worden; bei der Rückkehr Ende Februar 1919, hatten die Luserner ein zerstörtes Dorf und verwüstete Felder vorgefunden; der Wiederaufbau hatte bis 1924 gedauert. Die Eindrücke von dieser Besichtigungsreise waren bei den Vertrauensleuten zwiespältig; vorhandene Bedenken zerstreute Wilhelm Luig jedoch bei einem anschließenden Besuch im Fersental persönlich und ließ, ohne weitere Zeit zu verlieren, die Vorbereitungen für die bevorstehende Abreise treffen.

In den Apriltagen hatten die Abwanderer dann alle Hände voll zu tun. Die Möbel und der Hausrat wurden in Kisten verpackt und auf Holzschlitten und Maultierwagen zu bestimmten Sammelplätzen gebracht. In sehr vielen Fällen mußten die Umsiedler selbst ihr Hab und Gut auf dem Rücken auf schmalen Saumpfaden und über vereiste Holzbrücken zu den Sammelstellen bringen. Von dort aus wurde das Umsiedlungsgut auf Lastautos verladen und zum Bahnhof nach Pergine gebracht. Dabei wurde sehr vieles vom Eigentum der Umsiedler beschädigt oder gestohlen, weil auf den unwegsamen Straßen das Transportgut öfters



Der Sammelplatz für die Umsiedler  
in Lusern

umgeladen und zeitweise ohne Aufsicht am Wegrand abgestellt werden mußte.

Ihren unbeweglichen Besitz hatten die Umsiedler gegen die Zusicherung einer wertgleichen Entschädigung im Reich bereits der DAT übergeben. Er war mit insgesamt rund 21 Millionen Lire verhältnismäßig niedrig geschätzt worden — wohl auch in der Absicht, ihn doch noch den Italienern weitergeben zu können. Nachdem sich allerdings keine italienischen Käufer fanden, ließ sich die DAT ihre Eigentumsrechte grundbücherlich verbriefen.

Am Bahnhof in Pergine wurde das Umsiedlungsgut in 54 Eisenbahnwagons verladen und nach Hallein transportiert. Am 21. April 1942 reisten 478 Fersentaler und am 24. April 192 Luserner mit einem Sammelreisepaß ebenfalls nach Hallein in das Zwischenlager.

321 Personen, ausschließlich besitzlose Luserner und Fersentaler, hatten bereits als Einzelabwanderer ihre Heimat verlassen und waren in Tirol und Vorarlberg angesiedelt worden. 237 Optanten verweigerten eine Umsiedlung zu diesem Zeitpunkt, andere standen noch im italienischen Heer oder waren aus Krankheitsgründen zurückgeblieben. In Hallein wurden die Umsiedler in Baracken untergebracht und von einer Großküche versorgt, deren Kost allerdings sehr zu wünschen übrig ließ. Das Lager verfügte über

Abschied am Bahnhof in Pergine  
Rechts: Im Lager Hallein



eine Schule, einen Kindergarten und ein Lazarett. Im Sommer wurde den Erwachsenen, sofern sie nicht bereits zur Wehrmacht einberufen worden waren, theoretisch-landwirtschaftlicher Unterricht erteilt.

Das untätige Warten auf die bevorstehende Ansiedlung sowie Kontakte zu Umsiedlern aus der Bukowina, die schon seit zwei Jahren im Lager Hallein waren und von ihren Erfahrungen mit reichsdeutschen Versprechen ausführlich erzählten, trug in den folgenden Monaten wesentlich dazu bei, daß zahlreiche Fersentaler und Luserner ihren Entschluß zur Umsiedlung bereuten und heimlich wieder in ihre Heimat zurückkehrten.

Im Sommer 1942 wurden deshalb alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Fersentaler und Luserner so schnell wie möglich anzusiedeln. Denn die deutschen Stellen konnten sich bei ihrer Ansiedlung keine Fehler mehr erlauben, wollten sie nicht riskieren, daß die Umsiedlungsbereitschaft bei den Südtirolern noch weiter sank, als dies ohnehin schon der Fall war.

Die Ansiedlung der im Lager befindlichen Familien war jedoch nicht so einfach, wie es zunächst schien. Zwar standen im Budweiser Becken 80 Höfe zur Verfügung, die zum Großteil »arisiert« oder den tschechischen Vorbesitzern aus politischen Gründen genommen worden waren, und weitere 70 sollten noch bereitgestellt werden, doch kamen die

deutschen Stellen mit ihren rassen- und siedlungspolitischen Vorstellungen in ein Dilemma. Im Sommer 1942 äußerten die Reichspropagandaleitung wie die Partei-Kanzlei in München Bedenken gegen eine Ansiedlung der Fersentaler und Luserner im Budweiser Becken. Denn erstens würden sie einen rassisch außerordentlich minderwertigen Eindruck machen und zweitens könnten sie sich in ihrer Sprache mit der deutschen Bevölkerung kaum verständigen, weshalb sie zur Stärkung des Deutschtums in der Protektoratssprachinsel Budweis ungeeignet seien. Die genannten Stellen legten dem RKFDV deshalb nahe, eine »entsprechend rigorose Auslese« vorzunehmen. Andererseits hielt man die Südtiroler für eine Ansiedlung auf den Höfen im Budweiser Becken besonders geeignet, weil sie nicht aus dem slawischen Grenzgebiet kommen, aber selbst im Volkstumskampf gestanden seien. Trotz dieser Bedenken wurde vom RKFDV am 10. August 1942 das Budweiser Becken als Ansiedlungsgebiet für die Luserner und Fersentaler bestimmt.

Während der Vorbereitungen für die Übernahme der Höfe im Protektorat, flüchteten immer mehr Umsiedler aus dem Lager. Die Bedingungen des langen Lageraufenthaltes hinterließen bei zahlreichen Umsiedlern psychische und physische Spuren. Viele litten unter einem »Lagerkoller«, wie es in den amtlichen Berichten hieß, und wollten unter allen Umständen wieder in ihre Heimat gebracht werden. 13 Familien verweigerten die Ansiedlung im Budweiser Becken und wurden in ein bewachtes Lager nach Oberschlesien gebracht. Der Großteil der Luserner, meist Handwerker, wurde in Vorarlberg angesiedelt, während bis Ende 1942 erst 41 Familien im Budweiser Becken einen Hof erhalten hatten. Von den restlichen noch anzusiedelnden 95 Familien waren nach Einschätzung des Bodenamtes in Prag nur 30 ansiedlungsfähig, »da die anderen körperlich und geistig minderwertig sind«. Diese Einschätzung teilte auch das rassenpolitische Amt in Salzburg, das Anfang 1943 die noch im Lager befindlichen Umsiedler untersucht hatte. Tatsächlich wurden in den folgenden Monaten aus »erbgesundheitlichen« Gründen, wie die NS-Stellen sich ausdrückten, drei Familien nicht mit ihren ehemaligen Talbewohnern angesiedelt.

In Zugzwang kamen die deutschen Stellen, als das Lager Hallein bis zum 15. März 1943 geräumt werden mußte.





Besichtigung eines Bauernhofes für Fersentaler Umsiedler in Berlau im Budweiser Becken

Die Ansiedlung der letzten noch in Lagern lebenden Fersentaler wurde im Sommer 1943 durchgeführt und am 10. November lag beim RKFdV der Abschlußbericht über die gesamte Aktion vor, worin die betroffenen Menschen endgültig zu Zahlenmaterial reduziert wurden:

»Im Budweiser Becken angesiedelt:	523 Personen
In Vorarlberg angesiedelt:	84 Personen
Im Einzeleinsatz (bei Verwandten als Kranke und Nichtmehreinsatzfähige):	10 Personen
Im Vomi-Lager Ustron (Ansiedlungsverweigerer):	42 Personen
Nach Italien illegal Zurückgekehrte:	11 Personen
Insgesamt:	670 Personen«

Deshalb wurden zunächst die noch verbliebenen Luserner Familien im Gau Salzburg untergebracht, während der Rest der Lagerinsassen in der Nähe von Budweis wiederum in Baracken eingewiesen wurde. Die Ansiedlung im Budweiser Becken selbst wurde dagegen nur langsam vorangetrieben, »damit aus politischen Gründen unter den Tschechen keine unnötige Beunruhigung hervorgerufen wird«. Andere Aufnahmemöglichkeiten, etwa im Gau Tirol-Vorarlberg, gab es nicht, weil dort keine Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden waren.

Wer einen Hof zugewiesen erhielt, bekam ihn freilich nicht als Eigentum, sondern gewissermaßen in Verwaltung; er wurde vom Bodenamt in Prag für seine Arbeit bezahlt. Von einer wertgleichen Besitzentschädigung im Ansiedlungsgebiet konnte keine Rede sein! Darüberhinaus mußten die Familien, die auf einem Hof angesiedelt wurden, diesen häufig ohne das Familienoberhaupt bewirtschaften, da die meisten Männer zur Wehrmacht eingezogen worden waren. Oft waren sie auf die Hilfe der tschechischen Nachbarn angewiesen, in nicht wenigen Fällen auch auf die Mitarbeit der ehemaligen Besitzer, sofern diese in ihrem Heimatort hatten bleiben dürfen. Betreut wurden die Umsiedler von den Parteiorganisationen der NSDAP, besonders von Vertretern des Reichsnährstandes oder des Bodenamtes.

Die deutschen Stellen befürworteten auch eine seelsorgerische Betreuung der Umsiedler und schlugen dafür den Südtiroler Pfarrer Dr. Hans Dejaco vor, einen der »weltanschaulich zuverlässigsten Priester«, wie vom Stabshauptamt des RKFdV versichert wurde.

Wer von den Umsiedlern geglaubt hatte, im Budweiser Becken eine neue Heimat gefunden zu haben, wurde gegen Kriegsende eines Besseren belehrt. Mit dem Heranrücken der Front suchten die deutschen Dienststellen des Protektors das Weite und überließen die Luserner und Fersentaler in einer ihnen fremden und keineswegs freundlich gesinnten Umgebung ihrem Schicksal. Der Haß der zuvor unterdrückten Tschechen schlug ihnen nun offen entgegen. Anfang Mai 1945 schließlich verließen sie fluchtartig und unter Zurücklassung ihrer gesamten, drei Jahre vorher erst mitgebrachten Habe die Höfe. Unter Führung von Pfarrer Dejaco gelangten sie meist zu Fuß und nach großen An-

strengungen bis Innsbruck, mit Hilfe der Alliierten und des Nationalen Italienischen Befreiungskomitees CLN erreichten sie bereits im Laufe des Sommers 1945 wieder Lusern und das Fersental.

Von den italienischen Behörden wurden diese Rückkehrer anstandslos wieder als italienische Staatsbürger anerkannt, zumal sie 1942 nicht aus den Staatsbürgerschaftslisten gestrichen worden waren, also ihre italienische Staatsbürgerschaft nie verloren hatten. Sie konnten auch ihren ursprünglichen Besitz wieder übernehmen, der freilich oft beschädigt und ausgeplündert war.

Anders war die Lage jener Umsiedler, die nach der Option einzeln abgewandert und 1945 in Österreich geblieben waren. Ihr Besitz, den sie 1942 der DAT gegen das Versprechen einer wertgleichen Entschädigung übergeben hatten, wurde 1946 vom italienischen Staat als deutsches Eigentum beschlagnahmt und der treuhändischen Verwaltung eines Trienter Rechtsanwalts übergeben. Erst 1949 wurde ihnen formal das Recht eingeräumt, ihre ehemaligen Liegenschaften, ohne Anspruch auf Entschädigung für die mittlerweile erfolgten Zerstörungen und Plünderungen, wieder zu übernehmen — vorausgesetzt, sie waren in die Heimat zurückgekehrt und hatten die italienische Staatsbürgerschaft wieder erlangt. Dies aber war ihnen auf normalem Weg, also analog den Rückoptionen der Südtiroler und der Kanaltaler, nicht möglich; das italienische Dekret vom 2. Februar 1948 über die Rückoptionen wurde nur auf Op-tanten aus dem Vertragsgebiet des Jahres 1939 angewendet. — Nach einer Erhebung vom Herbst 1957 warteten damals in Österreich noch immer 53 Familien, insgesamt rund 250 Luserner und einiger Fersentaler, auf eine Entschädigung. Erst im Lauf der sechziger Jahre konnte von der Bundesrepublik Deutschland, als Rechtsnachfolgerin des Dritten Reichs in den Augen der Luserner und Fersentaler auch für die Verpflichtungen der DAT zuständig, eine solche erreicht werden.



Die Höfe, die den Umsiedlern zugewiesen wurden, waren voll eingerichtet: In den Ställen stand das Vieh und auch Arbeitsgeräte und Maschinen, deren Gebrauch die neuen Besitzer allerdings erst erlernen mußten, waren vorhanden.

»Man fühlt es noch nicht einmal so, nein, — das sieht man erst hinterher, wie schlimm das war! Aber wenn man drinnen ist, schaut man, daß man sich weiterwursteln kann, irgendwie, daß es wieder weiter geht!«  
(Interview Rosa Ochner, geb. 1913, aus St. Franz; TLI)



Volksdeutsche Umsiedler aus Bessarabien



Ankunft der ersten Baltendeutschen in Stettin

# »Heim ins Reich«

## Die »Rücsiedlungen« von Deutschen 1939—1943

Land	Gesamtzahl der Deutschen 1938	Zahl der »Heimgeführten«	Möglichkeiten <sup>1</sup>	Vertrag
Estland	23.000	83.800	beschränkte Option	deutsch-estländisches Protokoll, 15. 10. 1939 deutsch-lettländischer Vertrag, 30. 10. 1939
Lettland	70.000			
Litauen	40.000 (?)	51.000	praktisch Zwangsaussiedlung	
Ostpolen (Wolhynien, Galizien)	140.000 (?)	135.000	Zwangsaussiedlung	deutsch-sowjetisches Geheimprotokoll, 28. 9. 1939 <sup>2</sup>
Bessarabien und Nordbukowina	93.000 44.000	93.000 43.500	In den Umsiedlungsverträgen war zwar die »Freiwilligkeit« festgelegt, aber auf Grund des Drucks der deutschen Stellen und der politisch-wirtschaftlichen Lage entschieden sich fast 100% für Option und Umsiedlung	deutsch-sowjetische Vereinbarung, 5. 9. 1940
Dobrudscha und Südbukowina	15.000 55.000	14.000 52.500		
Gottschee und Laibach	15.000	15.000		Keine Option
Bosnien	15.000 (?)	20.000	Keine Option	Vereinbarung nicht belegt, wahrscheinlich aber am 8. 7. 1941 getroffen <sup>4</sup>
UdSSR	1,1 Million (?)	ca.350.000	Keine Option	Im Rhythmus der deutschen Rückzüge aus der Sowjetunion herausgeholt

<sup>1</sup> Unter Möglichkeiten sind die Rechte einer einigermaßen freien Wahl (= Option) zu verstehen. Dabei ist klar, daß Wahl-Möglichkeit ein breites Spektrum an Informationsmöglichkeiten voraussetzt und daß Zwang nie absoluter Zwang ist. In Estland und Lettland sind rund 2500 antinazistische bürgerliche Deutsche zurückgeblieben. Auch in Litauen haben nicht alle Volksdeutschen die als Zwangsaussiedlung angelegte »Heimführung« mitgemacht.

<sup>2</sup> Diese Geheimprotokolle sahen auch die Heimführung von Weißrussen und Ukrainern (Ruthenen) in die UdSSR vor. Über die tatsächlich »Heimgeführten« gibt es keine Zahlenangaben. Die »Heimführung« lag in den Händen des NKWD, eine seltsame Parallele zu Himmlers RSHA.

<sup>3</sup> Italien annektiert einen Teil Sloweniens mit Laibach, Deutschland Krain und die sog. Untersteiermark.

<sup>4</sup> Bosnien gehörte zum Königreich Kroatien, war aber italienisch besetzt.





# Dableiber und Dagebliebene

Walter Pichler  
Carlo Romeo  
Paul Rösch  
Martha Verdorfer

## Die Propaganda geht weiter

Ende Jänner 1940 wurde auf Anordnung des Leiters der ADERSt, SS-Obersturmbannführer Dr. Wilhelm Luig, die Arbeitsgemeinschaft der Optanten für Deutschland (AdO) gegründet. Die AdO war faktisch die legale Nachfolgeorganisation des illegalen Völkischen Kampfrings Südtirol (VKS). Sie war der Aufsicht der ADERSt unterstellt, wurde über diese finanziert und hatte die Aufgabe, alle Optanten bis zum Zeitpunkt ihrer Abwanderung zu betreuen und zu beraten.

Die »alten Kämpfer der illegalen Bewegung« waren über ihre »Handlangerstellung« innerhalb der Umsiedlungsmaschinerie enttäuscht; sie hatten sich nicht weniger erhofft, als zur alleinverantwortlichen »Volksgruppenführung« in Südtirol ernannt zu werden. Um dem ersehnten Ziel etwas näher zu kommen, errichteten sie eine Art Parallelverwaltung zum Apparat der ADERSt. Und tatsächlich gelang es der AdO im Laufe der Zeit, verschiedene Aufgabenbereiche, die anfangs den reichsdeutschen Umsiedlungsstellen oblagen, selbst in die Hand zu bekommen. Diesen Erfolg verbuchte die AdO nicht zuletzt deshalb, weil nur sie allein den Rückhalt und das Vertrauen der Optanten besaß, ganz im Gegensatz zu den reichsdeutschen Umsiedlungsstellen. Auch rein zahlenmäßig fiel die AdO gegenüber der ADERSt durchaus ins Gewicht: sie verfügte über etwa 500 hauptamtliche und 1000 ehrenamtliche Mitarbeiter.

Vertrauen und Ansehen der Optanten erwarb sich die AdO vor allem durch die Tatsache, daß nach zwanzigjähriger faschistischer Unterdrückung ein deutschsprachiges kulturelles und politisches Leben wieder möglich und legal wurde. Seit dem Frühjahr 1940 konnten die Kinder der Optanten die von AdO und ADERSt gemeinsam organisierten deutschen Sprachkurse besuchen, einen auf zwei Stunden pro Tag beschränkten Unterricht der deutschen Sprache und Kultur. Aufgabe der Sprachkurse war es — so schrieb ADERSt-Chef Luig — »dem Umsiedlerkind die Beherrschung seiner Muttersprache im Wort, in Schrift und im Denken zu geben und es so vorzubereiten auf den Einzug nach Deutschland«.

Unten: Aus dem Oberstufen-Lesebuch für die deutschen Sprachkurse der ADERSt

Rechts: Aus dem Unterstufen-Lesebuch für die deutschen Sprachkurse der ADERSt

### Spruch.

Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk,  
das höchste Gut des Volkes ist sein Recht,  
Des Volkes Seele lebt in seiner Sprache.  
Dem Volk, dem Recht und seiner Sprache treu  
fand uns der Tag, wird jeder Tag uns finden.

Spruch im Hofe des Rathauses zu Eger.



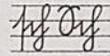
Die Lehrerinnen und Lehrer wurden meist aus den illegalen, kirchlichen Katakombenschulen und aus der Notschule des VKS übernommen. Zur Ausübung ihrer Tätigkeit benötigten sie ein politisches Leumundszeugnis von seiten des zuständigen AdO-Ortsvertrauensmannes. Das Lehrmaterial stammte zum Teil aus den Volksschulen des Dritten Reichs, zum Teil wurde es von den für die Schule verantwortlichen Abteilungen der AdO und ADERSt zusammengestellt. Es entsprach — ebenso wie der Lehrplan — den Grundaspekten nationalsozialistischer Bildungspolitik. Auch die Ladinern wurden in die deutschen Sprachkurse integriert, der Gebrauch ihrer Muttersprache war im Unterricht verboten.

Zum Besuch der Mittel- und Oberschulen wurden Kinder von Optanten — nach einer von AdO und ADERSt getroffenen Auswahl — nach Rufach und Achern im Elsaß geschickt. Über diese »Reichsschulen für Volksdeutsche«, die auch von Kindern der Umsiedler aus Ost- und Südosteuropa besucht wurden, hatte sich die SS durch die Besetzung wichtiger Stellen die organisatorische und ideologische Kontrolle verschafft. »Wehrertüchtigung« und Einsatz an der »inneren Front« (Erntehilfsaktionen, Lazarettbesuche), Propagandafilme über Frontereignisse, nationalsozialistische Weltanschauung und Antisemitismus gehörten zum Unterrichtsprogramm. Auch Südtiroler unterrichteten an den »Reichsschulen« und wurden damit zu einem Rädchen im NS-Bildungssystem. Nicht wenige Lehrer und Schüler aus Rufach und Achern besetzten in der Nach-

Deutscher Sprachkurs, Kurtatsch 1940 — »Weihnachten 1940: Solange wir eine Jugend besitzen, die alles Starke und Männliche bejaht, kann es mit uns nicht zu Ende sein. (Ernst Jünger)«.


  
 d D t T

Da sit zen Tau ben auf dem Da che;  
 sie ru fen im mer zu: ru fe di gu,  
 ru fe di gu! Die flu gen Tier chen  
 war ten, ob sie et was be kom men.  
 Da ist auch Do ra mit ei ner Taf se  
 und Tru de mit ei ner Do se. D, wie  
 rasch sie nun her bei flie gen. Al les  
 fu chen und na schen sie weg. Da  
 kommt ein Au to, flugs sind die  
 Tau ben wie der auf dem Da che.


  
 i S ich Sch

Su se, komm schnell her! Schau, da sind  
 klei ne Schäf chen. Der Sieg fried hat  
 ein Schäf chen ge kauft, im Som mer  
 will er es hü ten. So bald die lie be  
 Son ne scheint, führt er es in das grü ne  
 Gras. So mun ter ruft es: mäh! mäh!

  
 st St

Die Sol da ten ste hen stramm. Dann  
 mar schie ren sie die Gas se her ab. Stolz  
 trägt ein je der sein Ge wehr auf der  
 Schul ter. Die Trom pe ten und die  
 Trom meln er tö nen und Ge org ruft  
 froh: Ich wer de auch Sol dat und mar-  
 schie re so stramm! Sä bel und Ge wehr  
 ge fal len mir! Als Sol dat krie ge ich  
 auch fe ste Stie fel. Sie hal ten al les aus;  
 ich lau fe dann über Stock und Stein!



Lehrer und Portal der Reichsschule für Volksdeutsche in Rufach  
Vor der Abreise nach Rufach,  
St. Cristina

Antreten von Kandidaten für die  
Lehrerbildungsanstalt in Innsbruck  
im Auswahllager am Reichrieglerhof,  
Bozen

Appell in Rufach: »Genau um 7 Uhr  
springt dann alles wie auf Kommando  
aus den Betten. Schnell in die Hose  
geschlüpft und in den Waschraum  
hinaus. Das Wasser nimmt nun die  
letzte Müdigkeit und Schläffheit weg,  
und bald steht die ganze Hundert-  
schaft auf dem Flur in Reih und  
Glied angetreten. Abteilung stillge-  
standen! Große Ruhe. Alles schaut  
gradeaus vor sich hin. Richt Euch!  
Alle Köpfe fliegen nach rechts. Kom-  
mando um Kommando.«  
(Walter Birbamer in: Schule für  
Volksdeutsche, 1940)



Reichsschule für Volksdeutsche Rufach  
Deutsche Oberschule



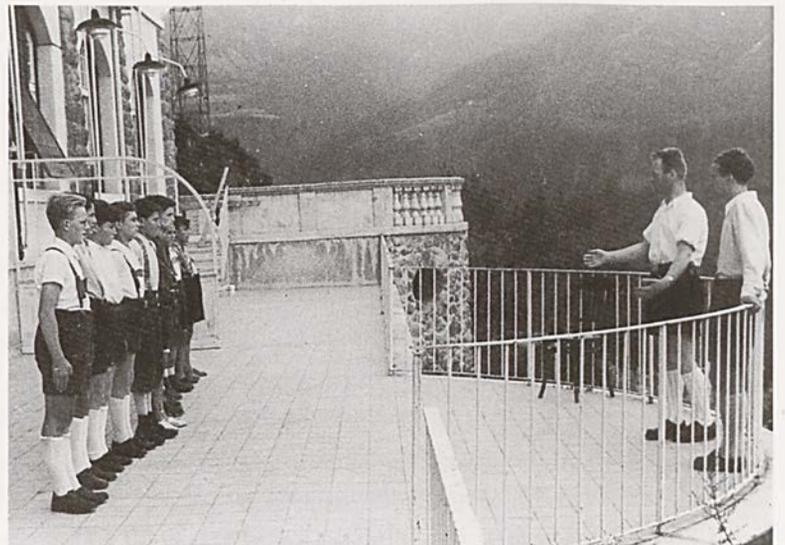
**Zeugnis**

Jungmann Walter Proffner

geboren am 20.08.1920 in Rufach Jug. 01

hat sich 202 geführt und wurde nach Anhören der Erziehungsräte  
am 16.08.1941 in die 02 Klasse versetzt.

**Allgemeine Beurteilung**  
bei körperlichen, seelischen und geistigen Entwicklung:  
Seine Leistungen entsprechen der Forderung. Er muss in  
seiner Haltung straffer werden.





kriegszeit führende Positionen im kulturellen und politischen Leben Südtirols.

Beginnend mit 1940 und endgültig ab der deutschen Besetzung Südtirols im September 1943 blühte auch das deutschsprachige Vereinsleben auf: Musikkapellen, Volkstanz, Schützenwesen, Pflege des Volkslieds und der Trachten waren nun wieder erlaubt. Diese »kulturelle Wiedergeburt« wurde vom AdO-Kulturdienst nach Kräften gefördert und gelenkt; sie erfolgte weitgehend unter Anlehnung an organisatorische und ideologische Muster des Dritten Reichs und diente nicht zuletzt der politischen Mobilisierung der Bevölkerung für den Nationalsozialismus und den »Endsieg«. Vor allem »Jugend« und »Mädelschaft« der AdO (analog zu Hitlerjugend und Bund Deutscher Mädel im Reich) besuchten neben »Brauchtumslagern«, Volkslieder- und Volkstanzabenden häufig Schulungsabende zu Themen wie: »Vom heutigen politischen Geschehen und den Kämpfen der Wehrmacht«, bzw. »Vom Leben des Führers, seiner Partei und führenden Männern«. Sie organisierten Feiern zu »Führers Geburtstag« und »Mutters Ehrentag« und das — so schrieb eine BDM-Führerin aus Brixen militärisch knapp — mit »sauberem Trachten-dirndl und Antrittsstärke«.



Appell der AdO-Frauenschaft auf der Seiseralm — Das Dirndl wird zur Uniform.

Volkstanzveranstaltung der AdO

Auf den »Volkstanzkursen« der Jahre 1940 bis 1945 lernten die Kursteilnehmer Tanzweisen, die ihnen bis dahin »meistens unbekannt« waren. Einige wenige »Volkstumsexperten« brachten den Leitern und Leiterinnen der Südtiroler Spiel- und Tanzgruppen bei, was »Volksbrauch in Südtirol« zu sein habe. Über die kulturpolitische Auswirkung der Kurse schrieb einer der Organisatoren hochzufrieden: Sänger und Spieler, die »bisher eine laue Haltung gezeigt« hätten, würden nun »wieder begeistert für ihr Deutschtum« eintreten.

(Zitate aus: Alfred Quellmalz, Bericht über die musikalische Schulungswoche in Seis, 1941)



Appell der verschiedenen AdO-Formationen mit Peter Hofer und deutschen Offizieren auf der Seiseralm — Eine Serie von Photographien, die von der AdO zu Propagandazwecken angefertigt wurde.



Appell der AdO-Jugend



Peter Hofer, geboren 1905 in Kastelruth, Schneidermeister in Bozen.

Ab 1928: Tätigkeit im katholischen Jugendbund, gleichzeitig auch Mitglied der deutschnationalen Jugendgruppe »Nibelung«.

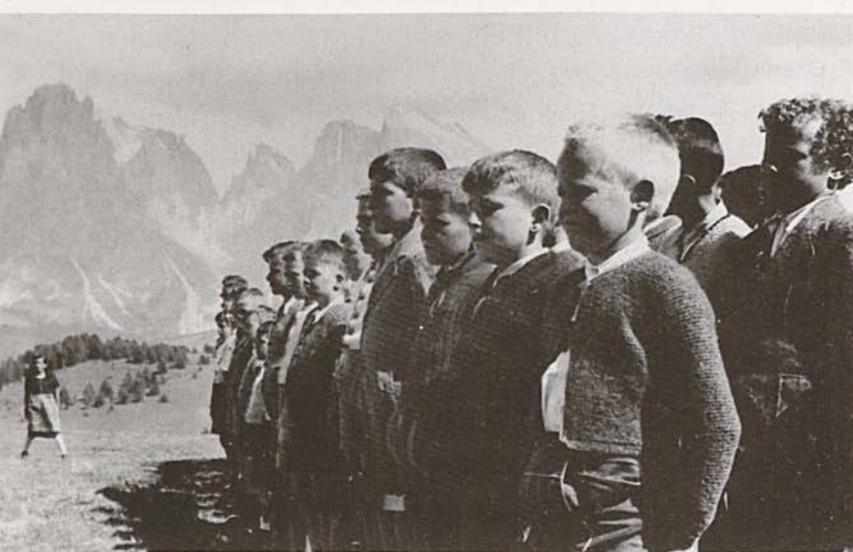
1933 bis 1935: Kreisleiter des VKS-Bozen.

Ab 1935: Landesführer des VKS.

Ab Februar 1940: geschäftsführender Leiter der AdO.

September bis Dezember Dezember 1943: »Volksgruppenführer« und kommissarischer Präfekt der Provinz Bozen.

2. Dezember 1943: Tod bei einem Bombenangriff auf Bozen.



Von den bis zur Einstellung der Umsiedlung im Herbst 1943 insgesamt etwa 78.000 Abgewanderten hatten bis Ende 1940 bereits rund 57.000 das Land verlassen. Die regionale und soziale Herkunft der Abwanderer ergibt folgendes Bild: Über zwei Drittel kamen aus dem Einzugsgebiet der ADERSt-Zweigstellen Bozen und Meran, also aus dem städtischen bzw. stadtnahen Bereich, der Abwanderungsanteil der kleineren, ländlichen Gemeinden war dagegen relativ niedrig.

Dieser Unterschied zwischen städtischer und ländlicher Abwanderung war eine Auswirkung der reichsdeutschen Umsiedlungspolitik und der AdO, derzufolge die bäuerlichen Schichten den sogenannten »gesunden Kern« der Volksgruppe darstellten, der bis zur Einweisung in das noch zu bestimmende »geschlossene Siedlungsgebiet« erhalten werden müsse.

In sozialer Hinsicht gehörten die Abwanderer meist zu den Lohnabhängigen, die außer ihrer eigenen Arbeitskraft wenig besaßen und somit geringe Umsiedlungskosten verursachten: Vor allem Angestellte im kaufmännischen oder gastgewerblichen Bereich, Arbeiter aus Landwirtschaft, Transport- und Verkehrswesen, Hausgehilfen, Arbeiter aus der heimischen Kleinindustrie, dazu noch Freiberufler, landwirtschaftliche Pächter und Kleinbauern.

Die Abwanderung von rund 78.000 Menschen hatte in Südtirol zur Folge — so formulierte es einmal Claus Gatterer —, daß sich »die tirolische Gruppe zwischen Brenner und Salurn auf die primitive Form einer fast ausschließlich agrarischen Gesellschaft zurückentwickelte und daß die ihrem zivilisatorischen Niveau entsprechende interne Arbeitsteilung und Gliederung mit einem Schlag eliminiert war«.

Die soziale und geographische Herkunft der Abwanderer erlaubte den faschistischen Machthabern die relativ leichte Ersetzung durch italienische Einwanderer. Die offizielle Bevölkerungsstatistik für das Jahre 1940 verzeichnete für die Stadt Bozen 6425 Einwanderer aus anderen Provinzen Italiens. Nach den Bestimmungen der Präfektur und des italienischen Wanderungsamtes, dem die Planung der Zuwanderung oblag, wurden Arbeiter und Bauern aus den oberitalienischen Provinzen, vor allem aus dem Veneto, bevorzugt.

Die Umsiedlung der Südtiroler geriet gegen Jahresende 1940 ins Stocken. Ursache dafür war das Zusammenwirken unterschiedlicher Kräfte und Hindernisse:



Am 21. März 1940 empfing Mussolini in Rom über hundert Dableiber aus ganz Südtirol und versicherte ihnen: »Ich habe Euch hier zusammengerufen, um Euch in der ausdrücklichsten feierlichen Form folgende Erklärung abzugeben: Ihr werdet ruhig in Euren alten Wohnsitzen bleiben und Eure gewohnte Arbeit fortsetzen können. Niemand hat je daran gedacht, Euch von Eurer Heimat zu entfernen, um Euch in andere Teile des Königreiches oder des Imperiums zu verpflanzen.«

## Hochbedeutame Erklärungen des Duce

vor den im Palazzo Venezia versammelten Oberetschern

Vertreter aller Täler des Oberetsch zum Duce gerufen

Der Duce: Ich habe euch zusammenberufen, um euch feierlichst zu erklären:

**„Ihr werdet ungestört in euren alten Wohnsitzen verbleiben –  
Niemand hat je daran gedacht oder wird daran denken, euch  
aus eurer Heimat zu entfernen“**

Sonderausgabe der *Dolomiten*,  
21. März 1940

Auf italienischer Seite trat im Februar 1940 eine wichtige Veränderung ein. Das Optionsergebnis war als moralische und politische Niederlage des Faschismus verstanden worden, die Hauptverantwortung lastete auf dem Präfekten Giuseppe Mastromattei. Mussolini ließ ihn durch Agostino Podestà, einen erfolgreichen faschistischen Nachwuchspolitiker, ersetzen. Der neue Präfekt behandelte die Dableiber sehr zuvorkommend und setzte alles daran, möglichst viele Südtiroler zur Umoption zu bewegen: Steuererleichterungen für kinderreiche und Bergbauernfamilien traten in Kraft, Einberufungen militärpflichtiger Dableiber zum italienischen Heer wurden mit großer Nachsicht praktiziert, in Hunderten von Fällen konnte durch Abschluß eines Schein-Pachtvertrags ein Aufschub bewirkt werden. In einigen wenigen Gemeinden wurden Dableiber sogar als Amtsbürgermeister eingesetzt. Mit der Aufnahme zahlreicher Dableiber in die faschistische Partei verfolgte der Staat das Ziel ihrer politischen Aufwertung. Mussolini selbst hatte im März 1940 eine Gruppe von führenden Dableibern empfangen und ihnen das Recht garantiert, in der Heimat zu bleiben.

Der neue Präfekt Agostino Podestà wirbt um die Sympathien der Dableiber. Hier während des Besuches beim Hofer-Bauern in Oberbozen, der in seiner Chronik das Verhalten der faschistischen Behörden gegenüber den Dableibern beschreibt: »Den Italienern war es offensichtlich doch nicht ganz recht, daß sich so viele entschlossen hatten auszuwandern. Die Behörden haben sich nachträglich — leider aber zu spät, sehr für die Dableiber eingesetzt und sie auch in jeder Hinsicht unterstützt. Nachdem nun Italien an der Seite Deutschlands in den Krieg gereten war, hätten auch wir Dableiber, welche in meinem Alter waren, bei der italienischen Wehrmacht einrücken sollen. Weil sie uns aber gut gesinnt waren, hat man einen Ausweg gefunden, so daß wir, anstatt zum Militär, nur nach Bozen zu gehen brauchten, um bei der Berufsfeuerwehr einen Ausbildungslehrgang zu machen.«

(Chronik Hofer-Ramoser, TGV)



Hinzu kam die Propaganda der Dableiber für die Umop-tion und gegen die Abwanderung. Es war vor allem der im November 1939 gegründete Andreas-Hofer-Bund, der sich zur Aufgabe gesetzt hatte, die Dableiber zu betreuen und bei ansprechbaren Optanten den Widerwillen gegen die Abwanderung zu stärken. Seine Mitglieder besuchten alle einzelnen Dableiber-Familien bis in die entlegensten Täler, organisierten Ausflüge und Wallfahrten und gaben Flugblätter in Umlauf, mit denen sie das Mißtrauen der Optanten gegenüber der Tätigkeit der AdO und den Versprechungen des Reichs zu wecken versuchten.

Die katholische Presse Südtirols beschäftigte sich um die Jahreswende 1940/41 in mehreren Artikeln mit der Ermordung geistig bzw. körperlich Behinderter im Dritten Reich, der sogenannten Euthanasieaktion; darin war geschickt eine Kritik an der Umsiedlung und am Nationalsozialismus eingeflochten. Aufgrund wiederholter Beschwerden der reichsdeutschen Umsiedlungsstellen wurden der *Volksbote* und das *Katholisches Sonntagsblatt* im Herbst 1941 von den faschistischen Behörden eingestellt.

Der Dableiber-Klerus warnte in Predigten und persönlichen Ratschlägen vor der Gefahr des »Neuheidentums« im Falle der Auswanderung. Einige Priester weigerten sich, Kinder auf den Namen Adolf zu taufen, da »Adolf der Name eines Kirchenverfolgers« sei, sie verweigerten die aus den Taufregistern notwendigen Unterlagen für die Ausstellung von Ahnenpässen, blieben »Heldenehrungen« fern und predigten gegen den »Endsieg«. Die ursprünglichen Sympathien nicht weniger Priester für den Nationalsozialismus als potentiellen Verbündeten im Kampf gegen den Bolschewismus waren meist Ablehnung und Widerstand

ERSTES VOLKSTÜMLICHES KONZERT des SYMPHONIE-ORCHESTERS

der

A. D. O.

Vortrags-Folge:

- |                                                                                                 |                            |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------|
| 1.) "Wotans Pfeifendeckel" Marsch                                                               | Peter Hofer                |
| 2.) "Seid verschlungen, ihr Millionen!" Chor und Quartett<br>aus d. Oper "Die verkaufte Heimat" | D. Helm<br>Albergo Bristol |
| 3.) "Traumideale" Transfer-Walzer                                                               | Josef Gemaßmer             |
| 4.) Variationen über ein kirchliches Thema, gesetzt für<br>C(ello)&V(iolin)                     | Dr. Bobitzer jun.          |
| 5.) "Von Polen bis Burgund" großes Umsiedlungs=<br>Potpourri                                    | Otto Bene                  |
| 6.) "Nach Walhall" Occarina-Solo mit Orchester=<br>begleitung                                   | Dr. Mario Ravanelli.       |
| 7.) "Ich hab von Dir ein Photo" Lied u. Foxtrott                                                | G. Stapo                   |

Satirisches Dableiber-Flugblatt auf die AdO — Daß die Aktivitäten der Dableiberaktivisten durchaus Folgen hatten, läßt sich folgendem AdO-Bericht entnehmen: »In Lana sollen angeblich Optanten und Wahlitaliener gemeinsam im katholischen Vereinslokal ein Theaterstück aufführen — höher geht es schon nicht mehr.

Stellungnahme der Kreisleitung: Aus den Theateraufführungen der Wahlitaliener ist zu entnehmen, daß die Gegner mit Einwilligung der Behörden uns jede zugkräftige Tätigkeit absehen, um diese dann für die Gegenpropaganda auszunützen.«

(AdO-Bericht vom 1. März 1943, Untermais)

Betrifft: Liste der vordringlich Abwandernden aus dem Gebiet Olang.

Oberolang: Seeber Johann des Josef, geb. am 20-1-1915, arbeitslos, Fabrikarbeiter, Kenn-Nr. 407 330

Niederrasen: Trippacher Barbara, hat einen taubstummen Sohn, wohnt bei Veider in Niederrasen.

Antholz-Mittertal: Müller Hilde nach Anton, geb. 1910 in Antholz, wohnhaft dort beim Hoferschuster.  
Müller Antonia nach Anton geb. 1910 in Antholz, wohnhaft dort beim Hoferschuster  
Hecher Anna nach Johann, geb. 1913 in Antholz, wohnhaft dort beim Fischer.  
Hecher Agnes nach Johann, geb. 1923 in Antholz, wohnhaft dort beim Fischer.  
Hecher Johann nach Johann, geb. 1907 in Antholz, verheiratet mit Anna Zingerle, wohnhaft beim Fischer.  
Meßner Peter nach Georg, geb. 1887 in Antholz, wohnhaft beim Klammer in Antholz.

Unterberger Thomas nach Simon, geb. 1896, Untergrasser.  
Geiselsberg: Huber Franz, verheiratet mit 4 Kindern, wohnt in Gb.  
Steiner Peter, geb. und wohnhaft in Geiselsberg  
Maier Anna, zuständig in Geiselsberg, treibt sich im ganzen Pustertal herum, asozial.

=====

Diese bisher eingelaufene Liste der arbeitslosen und asozialen Elemente ist größtenteils unvollständig, da die genauen Personaldaten sowie der Grund warum sie abgeschoben werden sollen fehlen. Zum Teil sind diese Listen bereits überholt, da bis jetzt nur die dringendsten Fälle behandelt worden sind.==

Unter beihilfe obiger bisher eingetroffenen Namen soll eine neue Liste aufgestellt und eingeschickt werden. Darin soll enthalten sein: Genaue Personaldaten, Beruf, Familienangehörige die zu Lasten des Betroffenen fallen, kurzer Leumund sowie warum sein Abschied erwünscht ist.

Es sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß es nicht genügt einen Leumund mit "politisch einwandfrei" zu kennzeichnen, sondern daß in diesem Falle der Ausdruck "politisch liegt nichts Nachteiliges vor" angewendet werden soll.==

=====

Kriminelle Häftlinge, d.h. solche die wegen einem gemeinen Verbrechen eingesperrt sind, und die auch nach der letzten Amnestie noch nicht freige-gangen sind, sind sofort zu melden.

=====

Betrifft: Betreuung der Abwandernden und Abschiedsfeiern.

Es wird nun möglich sein, die Namen der Abwandernden fortlaufend den Gebieten rechtzeitig mitteilen zu können.==Es muß der Grundsatz gelten, daß kein Volksgenosse abwandert ohne betreut und würdig verabschiedet worden zu sein. Die Abschiedsfeiern selber sollen wohl einx gemütliches letztes Zusammensein mit den noch Zurückbleibenden bedeuten, aber sie sollen das Gepräge einer Weinstunde tragen und Programm und Verlauf der Feier dementsprechend gestaltet sein.==

63/1

Eine Abschubliste — Wer »vordringlich« abzuwandern oder einrücken mußte, bestimmten AdO und ADERSt.

gewichen. Dies vor allem wegen des Wissens um den »Kirchenkampf« im Reich, der moralischen Ablehnung der Euthanasie, weltanschaulicher und politischer Differenzen sowie aus Motiven der eigenen Statussicherung.

Um der Propaganda für Umoption und gegen »Führer und Reich« wirkungsvoll entgegenzutreten zu können, richtete die AdO im Dezember 1941 einen geheimen »Eil-Nachrichtendienst« ein, der zur kapillaren Überwachung von Dableibern, Geistlichkeit und Katholischer Aktion, Italienern und Ausländern diene.

Nicht nur das Werben für Umoption von italienischer Seite und die Gegenpropaganda von Dableibern und Klerus, auch und vor allem die Rückmeldungen zahlreicher Umsiedler trugen dazu bei, daß die Abwanderungsbereitschaft bei den Optanten immer stärker schwand. Das Wunsch- und Propagandabild vom »Land, in dem Milch und Honig fließen«, begann allmählich zu zerbröckeln.

Neben dem Schwinden der Abwanderungsbereitschaft traten gegen Jahresende 1940 zwei weitere Probleme der Umsiedlung in den Vordergrund: die Transportfrage und das geschlossene Siedlungsgebiet.

Jeder Umsiedler hatte das Recht, sein gesamtes bewegliches Eigentum nach dem Stand vom 23. Juni 1939 abgaben-, zoll- und frachtfrei mitzunehmen. Zur Feststellung des effektiven Transportaufwands bei der geschlossenen Umsiedlung führte der Beauftragte des AdO-Transportamtes, Robert Kukla, Ende 1940 eine Probeuntersuchung am Dorf Naturns durch. Von den insgesamt 2527 Optanten des Dorfes Naturns waren bis dahin bereits 485 Personen abgewandert. Die Bestandsaufnahme und Kontrolle der Güter der restlichen 2042 potentiellen Umsiedler nahm fast 900 Arbeitsstunden in Anspruch. Ihre Absiedlung — so errechnete Kukla — erfordere eine Transportkapazität von 1100 bis 1662 Eisenbahnwaggons, je nach Annahme des mitzunehmenden Viehbestandes; die Verpackung und Verladung des beweglichen Eigentums der Umsiedler würde ungefähr 70 Tage in Anspruch nehmen. Für das Umsiedlungsgut der noch abzuwandernden ca. 150.000 Optanten Südtirols ergab sich ein geschätztes Transportvolumen von annähernd 210.000 Waggons. Die Bahnlinie über den Brenner war zu diesem Zeitpunkt aber bereits voll ausgelastet. Das Transportproblem war unter diesen Bedingungen nicht zu bewältigen — einer der wichtigen Gründe, weshalb die Massenabwanderung nicht stattfand.

Nicht besser stand es mit der Einweisung in das geschlossene Siedlungsgebiet, dem entscheidenden Problem der Umsiedlung aus Südtirol. Ursprünglich sollten die Südtiroler Optanten gemäß den Himmlerschen Siedlungsplänen zur Germanisierung des Ostens dienen. Der Beskidensplan wurde aber kurz nach seiner offiziellen Bekanntgabe im Oktober 1939 fallengelassen, da er das angestrebte Optionsergebnis ernsthaft gefährdete. Nicht nur die Obst- und Weinbauern sowie die Veteranen des Ersten Weltkriegs protestierten gegen eine Umsiedlung in das »unwirtliche Land«, sondern auch das städtische Bürgertum, da es den Südtirolern nur wieder Grenzlandkampf brächte. Verstärkt durch den Einfluß der Dableiberpropaganda war die Bevölkerung darüber enttäuscht, daß sie nach Polen oder Galizien geschickt werden sollte, in Gebiete, die — so ein zeitgenössischer Stimmungsbericht — allgemein mit dem antislawischen Klischee »Schrecken der Kulturlosigkeit, wirtschaftliche Primitivität, Schlamm, Dreck und Läuse« assoziiert wurden.

Nach der militärischen Niederwerfung Frankreichs durch Hitler-Deutschland im Juni 1940 ging eine Welle der Hoffnung durch Südtirol, von der auch die AdO-Führung ergriffen wurde. Am 18. Juni 1940 wurde Generalkonsul Otto Bene eine offizielle Denkschrift übergeben, in der diese Hoffnung ihren überschwenglichen Ausdruck fand: Im Wege eines Tauschgeschäftes, nämlich der Angliederung von Nizza und Savoyen an Italien, möge die »über alles geliebte Heimat ... gerettet und der großen deutschen Heimat erhalten werden«.

Die Antwort Hitlers und Himmlers auf diese wankelmütige Haltung der AdO-Führung bestand in der Festlegung eines neuen Siedlungsgebietes, der »Freigrafschaft Burgund«. Bereits im Juli begab sich eine Delegation, bestehend aus den höchsten Vertretern der AdO (Peter Hofer, Karl Tinzl, Robert Kukla) und Ulrich Greifelts SS-Hauptamt (die beiden SS-Sturmbannführer Kulemann und Konrad Mayer) auf eine fünftägige Besichtigungsreise ins geplante Siedlungsgebiet. Die Beurteilung war auf beiden Seiten positiv: herrliche Landschaft, günstige geographische und klimatische Lage, beste Voraussetzungen für Landwirtschaft, Obst- und Weinbau.



Die beiden Hohen Kommissare für die Umsiedlung, Ludwig Mayr Falkenberg und Agostino Podestà — Sie streuten vielfach Sand ins Getriebe der Umsiedlungsmaschinerie.

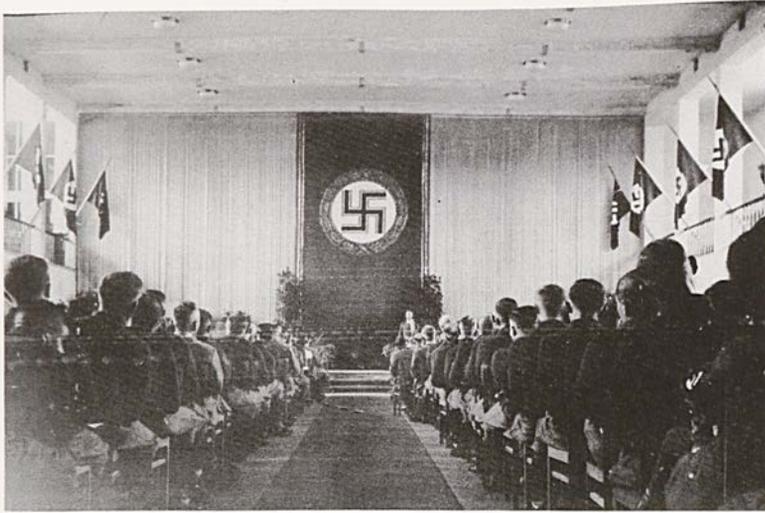
Vertreter der AdO (Karl Tinzl, Peter Hofer) und des SS-Stabshauptamtes (SS-Standartenführer Creutz, SS-Sturmbannführer Kulemann, SS-Sturmbannführer Mayer) auf Besichtigungsreise im geplanten Siedlungsgebiet Burgund, Juli 1940



Die Planungen zur Ansiedlung der Südtiroler in Burgund schritten voran; eine Planskizze mit der ungefähr gleichen territorialen Ausdehnung wie Südtirol wurde erstellt, Besançon sollte in Bozen, Chalon in Meran, Dôle in Brixen, Pontarlier in Bruneck und Auxonne in Sterzing umbenannt werden, die französische Bevölkerung sollte das Gebiet räumen und das besiegte Frankreich die Kosten der gesamten Umsiedlungsaktion tragen. Doch auch der Burgund-Plan scheiterte, Hitler schloß mit Frankreich keinen Friedensvertrag.

Nach dem nationalsozialistischen Angriff auf Jugoslawien im Frühling 1941 und der beginnenden Slowenen-Aussiedlung entstanden kurzzeitig Pläne für eine Umsiedlung der Südtiroler nach Südkärnten und in die Südsteiermark. In den Jahren 1941—1943 wurden einige hundert Südtiroler in diesen Gebieten angesiedelt, teilweise auf Betrieben, die zuvor Slowenen enteignet worden waren. Die großen Germanisierungsvorhaben blieben aber im Planungsstadium und die geschlossene Umsiedlung der Südtiroler konnte weiterhin nicht durchgeführt werden.

Auch die letzte Variante, die Umsiedlung der Südtiroler auf die Halbinsel Krim, angeregt durch den Generalkommissar für die Krim, Alfred Eduard Frauenfeld, wurde auf »nach dem Endsieg« verschoben. Hitler hatte den Vorschlag positiv aufgenommen: Sie bräuchten ja nur einen deutschen Strom, die Donau, hinunterzufahren, dann wären sie schon da.



Schulungsraum einer NS-Ordnungsbund — AdO und ADERSt schickten ihre Kader zur politischen Schulung auf die nationalsozialistischen Ordnungsbunden in Sonthofen, Krössinsee, Erwitte und Hohenwerfen. Bei den Schulungen legte die AdO-Führung besonderen Wert auf die Ausbildung eines »gesunden Wehrbauerntums«, »echten völkischen und großdeutschen Denkens«, auf »rassische und moralische Kraft« und auf die Erhaltung der Südtiroler Identität als »Grenzlandvolk«.

(Zitate aus: Vorschlag an Gauleiterstellvertreter Parson, ungez., undat.)

War die AdO-Führung auch zwischendurch von der Hoffnung beseelt, Südtirol möge durch Nazideutschland anektiert werden und folglich die Suche nach dem geschlossenen Siedlungsgebiet überflüssig werden, so unternahm sie doch alles, um sich im Falle der Einweisung in die »neue Heimat« die angestrebte Führungsposition zu sichern. Zur Erreichung dieses Zieles beschritt die AdO-Führung zwei Wege: zum einen die Kadenschulung (die Ausbildung einer Führungselite für die »neue Heimat«) und zum anderen die Eingliederung der AdO ins Machtgefüge des Dritten Reichs durch Beitritt zur NSDAP bzw. zur SS.

Die Kadenschulung erfolgte auf den nationalsozialistischen Ordnungsbunden in Sonthofen, Krössinsee, Erwitte und Hohenwerfen. Ungefähr 2000 Südtiroler, meist aus dem Kreis des ehemaligen VKS, nahmen in den Jahren zwischen 1940 und 1943 an diesen Schulungen über nationalsozialistische Weltanschauung teil.

Die Eingliederung der AdO in die SS oder in die NSDAP scheiterte dagegen an der Uneinigkeit der AdO-Führung darüber, welchen der beiden Organisationen der Vorzug zu geben sei, sowie aus formellen Gründen.

Ende 1941 führten der Rückgang der abwanderungswilligen Optanten und die verschärften Bedingungen des Kriegseinsatzes zu einem Personalabbau und zu einer Umbesetzung der deutschen Umsiedlungsstellen in Südtirol. Der neu berufene »Hohe Kommissar für die Umsiedlung«, Gesandter Ludwig Mayr-Falkenberg, stand der Südtiroler Umsiedlungsaktion skeptisch gegenüber; bis zu seiner Ab-

»Man hört oft von Volksgenossen sagen, man weiß noch nicht, wer den Sieg erringen wird. Sogar von Kameraden kann man das hören und immer ist nur die 'Kommission' der Sündenbock. Man hört, die haben uns viel versprochen, haben uns angezogen, die schauen nur, daß sie nicht aus den Kanzleien herausmüssen, weil es ihnen dort so gut geht, wir aber müssen herhalten. Sie erfinden immer wieder etwas Neues, um das Geld herauszulocken. Wenn die Volksgenossen nichts mehr geben würden, glauben diese Leute, müßte mancher von der löblichen Kommission verschwinden.

Stellungnahme des Kreisleiters: Die vom Berichtstatter gemachte Wahrnehmung, daß auch Kameraden das üble Lied über die Kommission anstimmen, entspricht leider den Tatsachen.«

(AdO-Bericht vom 5. Jänner 1943, Tschöfs)

berufung im März 1943 unternahm er — so wie der mittlerweile zum »Hohen Kommissar für die Umsiedlung« ernannte Agostino Podestà — alles, um das Tempo der Umsiedlungsmaschinerie zu bremsen.

Durch die deutschen Umsiedlungsstellen und die AdO sowie durch deren Tätigkeit war in den Jahren 1940—1943 in Südtirol eine Art Parallelverwaltung zur italienischen Verwaltung entstanden. Zwar blieben die Optanten bis zu ihrer Abwanderung noch italienische Staatsbürger und unterstanden dem faschistischen Staat, doch wurden dessen Institutionen, Verwaltung wie Partei, weitgehend an die Wand gespielt. Dieser »Machtergreifung von innen« folgte am 8./9. September 1943 die »Machtergreifung von außen«, der Einmarsch der deutschen Truppen.

Auch in Südtirol war einiges von den Vorgängen im Deutschen Reich bekannt:

»In den Kreisen der Wahlitaliener wird jetzt vielfach erzählt, die Leute im Reich werden nicht mehr menschlich behandelt, d.h. diejenigen, die nicht arischen Blutes sind. Juden, die z. B. von den besetzten nördlichen Ländern kommen und angeblich in Lagern untergebracht werden sollen, werden in die Züge hineingepfercht und abtransportiert. Irgendwo draußen, wenn der Zug in voller Fahrt ist, wird durch eine Öffnung Gas in die Waggonen gelassen und müssen die Juden so jämmerlich zugrunde gehen. Desgleichen hört man auch erzählen, daß in Spitälern und Versorgungsheimen die Menschen ebenfalls auf die Seite gebracht werden. Dort wird allerdings menschlicher verfahren. Man gibt ihnen etwas in die Speisen und sie schlafen dann einfach ein. Man hätte für solche Fälle schon genügend Beispiele. Wenn arme kränkelige Volksgenossen ins Reich kommen, währt es meist nicht lange, dann kann man für sie das Zünglein läuten hören. Will man dann den Toten sehen, heißt es, der sei in eine Anstalt abtransportiert worden und sei wegen einer ansteckenden Krankheit verbrannt worden. Gegen ein kleines Entgelt könne man die Asche bekommen.«

(AdO-Bericht vom 5. Jänner 1943, St. Walburg)

Innerhalb der Gruppe der Optanten war bis zum September 1943 das Vertrauen gegenüber der AdO spürbar zurückgegangen. Vieles hatte dazu beigetragen: die harten Einberufungsbestimmungen zur deutschen Wehrmacht, die hohen Gefallenenziffern, ein immer stärker spürbar werdender Arbeitskräftemangel, die Nachrichten der Umsiedler über die Zustände im Dritten Reich, die Propaganda gegen die Umsiedlung, schließlich der Kriegsverlauf selbst und vor allem die Niederlage von Stalingrad.

Immer häufiger geschah es, daß sich Optanten, die zur deutschen Wehrmacht einberufen wurden, durch Umoption unter »italienischen Schutz« stellten. Immer offener wurden schweizerische und englische »Feindsender« abgehört und immer ungenierter Zweifel am »Endsieg« geäußert. Da halfen auch die strammen, von der AdO aufgezogenen »Heldengedenkfeiern« — Demonstrationen des Durchhaltewillens und der »stolzen Trauer« — nicht weiter. Der AdO-Mann, der zum x-ten Male mit der Sammelbüchse in der Hand ein Geldopfer für das »Volkshilfswerk« abverlangte, zum Zeichen, daß »wir dieser Front und des Endsiegs würdig sind und bleiben«, erntete nicht selten nur noch Schimpf oder Gelächter. Erst mit dem Einmarsch der deutschen Truppen am 8. September 1943 konnte die AdO ihre politische Position im Land wieder festigen.



»In stolzer Trauer ... für Führer, Volk und Vaterland«



Ein Appell der AdO auf der Seiser Alm: »Anschließend wurde von mir der Aufruf des Volksgruppenführers verlesen, welcher den totalen Kriegseinsatz der Volksgruppe anordnet. Nach der Begrüßung ergreift der Kamerad SS-Untersturmführer Karl Nicolussi-Leck das Wort und spricht in packender, aufrüttelnder Weise über die Nowendigkeit, daß wir Südtiroler in erster Linie Deutsche, Deutsche und wieder Deutsche sein müssen und daß unser Schicksal einzig und allein durch den Krieg entschieden wird, daß unsere Opfer gegenüber dem Opfer vieler deutscher Volksgenossen in den bombengefährdeten Gebieten nicht mehr voll hinreichen und daß es notwendig ist, daß wir weitere Opfer bringen. (...) Heil Hitler! Gruber Wenzel« (AdO-Bericht vom 4. Februar 1943, Bozen)



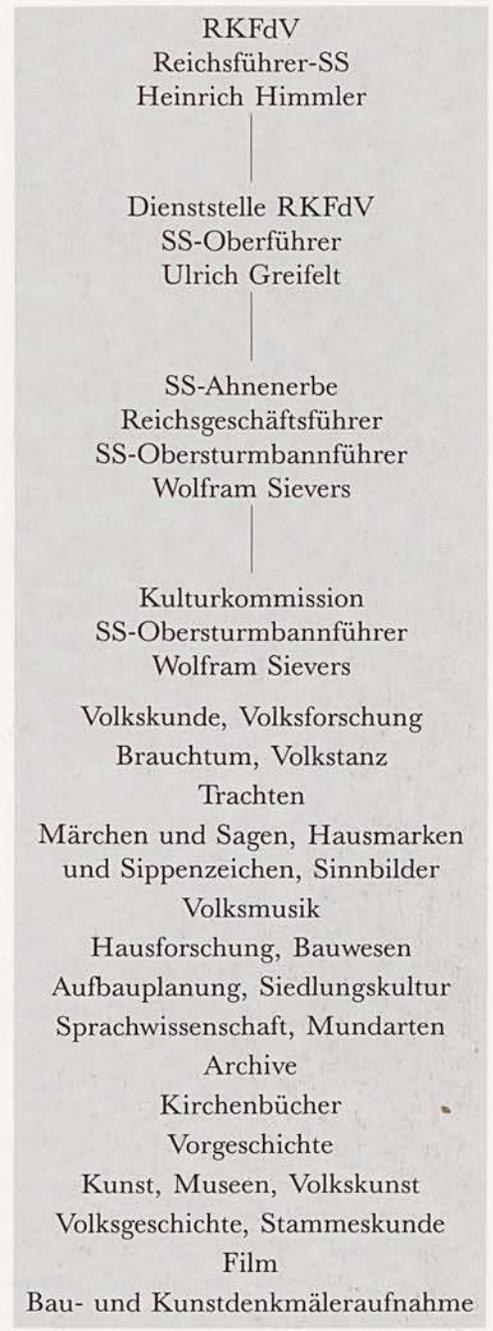
## Die Arbeit der Kulturkommission

Der Erlaß des Reichsführers SS und Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums Heinrich Himmler vom 2. Jänner 1940 beauftragte das SS-Ahnenerbe — das 1935 mit der Zielsetzung der Erhebung »germanischer« Kulturzeugnisse gegründet worden war und seit Anfang 1939 als Dienststelle der SS geführt wurde — mit der Aufnahme und Bearbeitung des gesamten dinglichen und geistigen Kulturgutes aller umzusiedelnden Volksdeutschen. Zum Leiter der für Südtirol zuständigen Kulturkommission wurde der Reichsgeschäftsführer des SS-Ahnenerbes Wolfram Sievers ernannt. Die Aufgabe der Kulturkommission war eine zweifache: Zunächst galt es, den als deutsches Kulturgut angesehenen Besitz der Optanten zu registrieren, sicherzustellen und nach Deutschland zu überführen. Zu diesen Registrierarbeiten kam dann eine umfassende volkskundliche Erhebung des Südtiroler Gebietes hinzu, um eine möglichst »artgemäße« Gestaltung des neuen Siedlungsgebietes durchführen zu können.

Während die Kulturkommission den germanischen bzw. deutschen Ursprung der Südtiroler Volkskultur unterstrich und damit unter anderem auf das Mitnahmerecht eines Großteils der Kulturgüter verwies, beharrte die italienische Seite auf den romanischen Ursprung, was zu andauernden Konflikten führte.

Im Frühjahr 1940 kam Wolfram Sievers nach Südtirol und setzte sich mit Norbert Mumelter, dem Leiter des AdO-Kulturdienstes in Verbindung. Die AdO hatte bereits mit Kulturaufzeichnungen begonnen und einen detaillierten Organisationsplan für eine entsprechende Dokumentation erstellt. Mumelter legte Sievers eine entsprechende Denkschrift mit dem Titel »Zielsetzungen und Vorschläge zur Sammlung und Rettung des Südtiroler Kulturgutes« vor.

So wie es generelle Gegensätze innerhalb der Südtiroler wie auch innerhalb der reichsdeutschen Stellen gab, so unterschieden sich auch die Zielsetzungen der Kulturkommission und der AdO zum Teil beträchtlich. Hatte die AdO die Erstellung von Ortsbüchern geplant, in denen unter anderem detailgetreue Aufnahmen, Pläne, statistische Daten und die Architektur dokumentiert werden sollte, so war die Zielsetzung des SS-Ahnenerbes eine ganz andere:



Organisationsplan und Arbeitsbereiche der Kulturkommission

Links: Mitarbeiter der Kulturkommission, Abteilung Bau- und Kunstdenkmäleraufnahme, bei Vermessungsarbeiten

Rechts: Transport von Magnetophonen zur Aufnahme von Volksliedern im Sarntal

Im Vordergrund stand hier das Prinzip der Vereinheitlichung, d. h. die Einbindung der Südtiroler Volkskultur in die Germanenvorstellung der SS und ihre direkte Anwendung auf die Lebensverhältnisse der Südtiroler im neuen Siedlungsgebiet. So sollte dort ein »Haus der Heimat« als Versammlungsort erbaut werden, ein Ersatz für die Pfarrkirche, um damit den für die Südtiroler zentralen kulturellen Bezugspunkt, den Katholizismus, zu beseitigen. In diesem Gebäude sollten allerdings nicht nur die volkskundlichen Sammlungen aus der alten Heimat aufbewahrt, sondern sollte auch neues, im nationalsozialistischen Sinne gereinigtes Brauchtum eingeführt und gepflegt werden.

Sievers übernahm nur zum Teil den Organisationsplan Mumelters und setzte den Zielsetzungen des SS-Ahnen-erbes verbundene Fachleute aus dem Deutschen Reich an führende Positionen. Ortskundige Südtiroler, die zum Teil in diesen Fachbereichen schon Arbeit geleistet hatten, wurden zur Mitarbeit hinzugezogen. Die Südtiroler arbeiteten teils aus wirtschaftlichem und aus heimatkundlichem Interesse mit, aber auch aus politischer Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Volkstumsideologie. In diesem Sinne forderte etwa Karl Theodor Hoeniger anlässlich eines von ihm gestalteten »Lehrgangs für Kulturaufgaben der Frau« (Bozen, 2. bis 7. Februar 1941), bei dem die zukünftigen »Hüterinnen des deutschen Brauchtums« ausgebildet wurden, daß diese »nicht allzustark religiös gebunden sein« sollten.

Die Kulturkommission nahm im Sommer 1940 allmählich ihre Arbeit auf. Nach dem ersten zusammenfassenden Bericht vom Februar 1941 waren zu dieser Zeit in 15 Untergruppen 30 Reichsdeutsche und 26 Südtiroler beschäftigt.

Die Absurdität der geplanten »Kulturverpflanzung« war selbst Mitarbeitern der Kulturkommission bewußt: so hatte z. B. der mit der Aufnahme von Volkserzählungen betraute Wilhelm Mai in einer Tagebuchnotiz vom 26. Mai 1941 festgehalten: »Hier war wirklich Bauernkultur ... in dieser grandios schönen Landschaft von Tirol. Das Volk wird entwurzelt und es wird heimatlos werden, man mag seine Urgüter sammeln, wie man will.«

Für die Aufzeichnung wurden traditionelle volkskundliche Forschungsmethoden, wie z. B. Fragebogen und persönliche Befragungen, aber auch für die damalige Zeit neuartige Film- und Tonbandgeräte (Magnetophone) verwendet. Die Forschungsarbeiten der Kulturkommission zogen sich — parallel zu den immer wieder verschobenen Umsiedlungsfristen — bis zum Herbst 1943 hin. Abgesehen von dieser Dokumentationstätigkeit wurden zusätzliche Aktivitäten in Angriff genommen: so erarbeitete die Abteilung »Hausforschung und Bauwesen« eine Ausstellung zum Thema



»Das germanische Bauernhaus an der Südgrenze des germanischen Lebensraumes«, die als Wanderausstellung konzipiert war und im Dezember 1942 von Meran aus weiter nach Innsbruck und Salzburg reiste. Zudem arbeiteten einige Mitglieder der Kulturkommission an einer Gegenschrift zu der vom italienischen Präfekten Agostino Podestà herausgegebenen Publikation »Alto Adige. Alcuni documenti del passato«. Diese 1942 in Bergamo erschienene Schrift versuchte, den romanischen Charakter der Südtiroler Volkskultur nachzuweisen.

Die beabsichtigte Umsetzung der Arbeit der Kulturkommissions fand durch die politisch-militärischen Ereignisse nach dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 und die Zerschlagung der Pläne für das geschlossene Siedlungsgebiet nicht statt — die Sammlungen und Forschungen konnten nicht wie geplant abgeschlossen werden.

Die Arbeit der Kulturkommission kann — unter Berücksichtigung ihrer Entstehungsgeschichte — für die heutige Erforschung der Südtiroler Volkskultur einen Beitrag leisten. Doch dürfen bei der Auswertung des betreffenden Quellenmaterials die Zielsetzung der Sammeltätigkeit und der Zusammenhang mit dem SS-Ahnenerbe nicht vergessen werden.



Die um 1430 datierte und der böhmischen Bildhauerei zugeordnete »Terlaner Madonna« war ein typisches Streitobjekt zwischen den deutschen und den italienischen Stellen. Die einen wollten sie als ein Werk »deutscher Kunst« ins Deutsche Reich mitnehmen, die anderen als ein Werk »internationaler Kunst« in Italien lassen. Wie für andere Objekte des Bozener Stadtmuseums wurde keine Einigung erzielt, die Statue blieb in Bozen.



## In der Operationszone Alpenvorland

Als am 10. Juli 1943 die Alliierten auf Sizilien landeten, wurde für weite Teile der italienischen Bevölkerung, aber auch für die militärische Führung, die Aussichtslosigkeit des Krieges offensichtlich. Am 25. Juli erfolgte die Absetzung und Verhaftung Benito Mussolinis und mit der Regierungsgewalt wurde Marschall Pietro Badoglio betraut, der die Fortsetzung des Krieges auf deutscher Seite proklamierte. Trotzdem überschritten am 30. Juli deutsche Truppen den Brenner. Diese Maßnahme wurde offiziell mit der Unterstützung und Verstärkung der italienischen Streitkräfte begründet. In Wirklichkeit ging es jedoch um die direkte Kontrolle der veränderten politischen Lage in Italien. Schon seit Mai 1943 hatte die deutsche Reichsregierung für den Fall eines italienischen Frontwechsels entsprechende Pläne entwickelt.

Die Regierung Badoglio bemühte sich indessen um einen Waffenstillstand mit den Alliierten, der am 3. September unterzeichnet, jedoch erst am 8. September bekanntgegeben wurde. Am selben Tag entwaffneten die deutschen Truppen die italienische Armee und besetzten das Land bis unter Neapel.

Auch Südtirol wurde in der Nacht vom 8. auf den 9. September 1943 definitiv von deutschen Truppen besetzt. Sehr viele Südtiroler standen am Straßenrand, um die einmarschierenden deutschen Soldaten jubelnd als Befreier zu empfangen und sie mit Blumen, Wein und Obst zu beschenken.

Am 10. September erfolgte der Zusammenschluß der Provinzen Bozen, Trient und Belluno zur Operationszone Alpenvorland, in welcher, im Unterschied zum übrigen besetzten Gebiet, neben den militärischen Befehlsstellen eine zivile Verwaltung aufgebaut wurde, die einem Obersten Kommissar unterstand. Es war dies der Gauleiter von Tirol und Vorarlberg, Franz Hofer. Eine Angliederung Südtirols an das Deutsche Reich — wie sie wohl viele Südtiroler, insbesondere die AdO-Funktionäre, erhofften — unterblieb nicht zuletzt aus Rücksicht auf den am 12. September aus seiner Haft auf dem Gran Sasso befreiten Duce, der nach einem kurzen Aufenthalt im Reich an die Spitze der von Berlin gelenkten faschistischen Marionettenregierung, der »Repubblica Sociale Italiana« von Salò, gestellt wurde. Vor



Jubelszenen beim Einmarsch der deutschen Truppen am 8. September 1943

»Am 8. September sind die Deutschen einmarschiert und in Südtirol ganz großartig empfangen worden. In Bozen lagen die Blumen haufenweise auf den Straßen, wo die Soldaten vorbeizogen. Der Wein wurde in Bottichen auf die Straßen gestellt und jeder konnte trinken, soviel er nur wollte. Aber nicht nur Blumen und Wein, auch die Mädchen, sagte man, waren sehr freigebig. Der Widerstand von Seiten der italienischen Soldaten war ganz unbedeutend und so haben bis auf ein paar Schüsse in einzelnen Kasernen keine Kämpfe stattgefunden.« (Chronik Hofer-Ramoser, TGV)



Empfang für Peter Hofer in Aldein



»In der ersten Zeit, als die Deutschen in Italien eingezogen waren und alle Macht ausübten, war uns Dableibern nicht ganz wohl zu Mute. Wir waren der Willkür der Deutschen und den Südtiroler Nazifreunden ausgeliefert. Das erste war, daß uns alle Waffen weggenommen wurden, dann wurden wir von einem SS-Hauptmann mit Namen Tribus verhört. Man hat uns praktisch als Vaterlandsverräter hingestellt. Einige Gleichgesinnte, welche von hiesigen Nazis schwarzgemacht wurden, sind einfach verhaftet und in das KZ bei Sigmundskron gesteckt worden. Auch mein Vater und ich wurden verhört.«  
(Chronik Hofer-Ramoser, TGV)

allem aber waren die Befehlshaber in Berlin und der Oberste Kommissar an einer raschen Befriedung des strategisch wichtigen Gebietes der Operationszone Alpenvorland interessiert.

Die nationalsozialistische Machtübernahme in Südtirol stützte sich keineswegs nur auf die militärische Macht der deutschen Truppen. Ganz im Gegenteil konnte sich Franz Hofer als Oberster Kommissar beim Aufbau des nationalsozialistischen Herrschaftsapparates in Südtirol neben den sich bereits im Lande befindlichen deutschen Umsiedlungsstellen und dem Polizeiapparat Himmlers, vertreten durch die Dienststelle des SS-Brigadeführers Karl Brunner, vor allem auf die Kollaboration der AdO stützen.

Die AdO wurde im Oktober 1943 in »Deutsche Volksgruppe« umbenannt und war als solche nicht mehr ausschließlich für die Optanten, sondern für alle »Volksdeutschen«, also auch für die Umsiedlungsgegner von 1939, zuständig. Der bisherige Leiter der AdO, Peter Hofer, wurde zum Präfekten der Provinz Bozen ernannt. Nach dessen Tod bei einem Bombenangriff am 2. Dezember 1943 wurde Karl Tinzl mit dieser Funktion betraut.

Wenn also auch die Hoffnungen der AdO auf eine Angliederung Südtirols an das Reich im September 1943 neuerlich enttäuscht wurden, so bedeutete dieses Datum dennoch eine entscheidende Festigung ihrer Machtposition. Sehr viele der neu ernannten politischen Funktionsträger, wie etwa die Kommissarischen Bürgermeister, die nun die faschistischen Amtsbürgermeister (Podestà) ersetzten, kamen aus den Reihen der AdO. Der Stimmungsverfall in der

## Kameraden und Kameradinnen!

Infolge des Zusammenbruches der österreichisch-ungarischen Monarchie im November 1918 wurde Südtirol von Italien befehzt und auf Grund des Vertrages von St. Germain im Oktober 1919 trotz der Waffenstillstands-Versprechungen und gegen den urkundlich festgesetzten Willen der Bevölkerung vom Königreich Italien annektiert.

Durch die Aenderung der italienischen Staatsführung im Jahre 1922 wurde unserer Volksgruppe im Gegensatz zu den königlichen Versprechungen ein nationaler Kampf um Sein oder Nichtsein aufgezwungen, der in den zwischenstaatlichen Verträgen vom Juni 1939 zur härtesten Belastungsprobe für unsere Treue zu Volkstum und Reich geworden ist.

Seitdem sind vier Jahre vergangen, in denen die Volksgruppe mit 92 vom Hundert sich ihrem Deutschtum zuliebe zum Aufgeben ihrer einzig-schönen Heimat verpflichtet hat, über ein Drittel bereits abgewandert ist, 18.000 unter deutschen Waffen kämpfen und 2000 ihre Treue zu Führer und Reich mit dem Heldentod besiegelt haben.

Nun sind in den letzten vier Wochen durch den heimtückischen Sturz Mussolinis und den darauf folgenden schändlichen Verrat und niederträchtigen Vertragsbruch der Badoglio-Regierung in Italien Verhältnisse eingetreten, die das Reich gezwungen haben, zur Sicherung des Endsieges militärische Maßnahmen zu ergreifen, in deren Zuge für die Provinzen Bozen, Trient und Belluno der Gauleiter und Reichsstatthalter von Tirol-Vorarlberg **Franz Hofer** zum **Obersten Kommissar** eingesetzt wurde.

Wenn nun nach diesem 25-jährigen Volkstumskampf, in dem wir zwar die Heimat aufgegeben, aber die Treue zu Volk und Reich bewahrt haben, der Oberste Kommissar mich zum Präfekten der Provinz Bozen ernannt hat, so hoffe ich, daß jeder Kamerad und jede Kameradin mit eiserner Disziplin als alte erprobte Kämpfer in felsenfestem Vertrauen an den unausbleiblichen Endsiege mitarbeiten.

958. **Peter Hofer**  
Führer der deutschen Volksgruppe Südtirol.

Bozen, den 21. September 1943.



Machtwechsel im September 1943:  
vom Saluto Romano zum Hitlergruß

Aufruf des neuen Präfekten der Provinz Bozen, Peter Hofer

Bevölkerung und der Vertrauensschwund, den die AdO bis zum September 1943, bedingt durch desillusionierende Berichte der Umsiedler und die Auswirkungen des Krieges, zu verzeichnen hatte, wich nun einer kurzfristigen Euphorie. Die nationalsozialistische Herrschaft erschien vielen Südtirolern als »Befreiung« von der faschistisch-italienischen Fremdherrschaft.

Diese Illusion wurde durch verschiedene Maßnahmen des Obersten Kommissars genährt, die die italienische Fassade, welche der Faschismus dem Lande aufgezwungen hatte, korrigierten. Neben den italienischsprachigen Ortsbezeichnungen und öffentlichen Aufschriften, standen nun wieder deutsche Namen, die deutsche Sprache wurde der italienischen im Amtsgebrauch gleichgestellt und, im Zuge eines allgemeinen Parteienverbotes, der faschistischen Partei jede Tätigkeit untersagt.

Die Genugtuung vieler Südtiroler über die Ereignisse vom 8. September äußerte sich u. a. in der Zerstörung von

Folgende Seiten: Straßenschmuck und Schützenaufmarsch zum Kreisschießen, Brixen, Mai 1944







Oben: Kreisleitung Bruneck des Sicherheits- und Ordnungsdienstes (SOD)

Rechts: Angehörige des SOD nach der Gefangennahme von italienischen Soldaten



»In jedem Dorf wurden alle verfügbaren Männer von 18 bis 65 Jahren erfaßt und für alle möglichen Dienste herangezogen. In der ersten Zeit waren es nur die Optanten für Deutschland, später jedoch, als dann mehr in den Krieg einrücken mußten, waren auch wir Dableiber gut genug, im SOD Dienst zu leisten. Jeden traf es einmal in der Woche, auf 24 Stunden hintereinander Dienst zu machen. Wir mußten Wache stehen, Patrouillen gehen, kontrollieren, daß alles verdunkelt war, und sehen, daß die Polizeistunde eingehalten wurde. Auch nach Bozen mußten wir gehen zu Aufräumarbeiten nach Bombardierungen usw. Die Uniform bestand aus einer Mütze und einer grünen Windjacke mit Armbinde, auf der die Buchstaben SOD standen.«  
(Chronik Hofer-Ramoser, TGV)

Rechts: Gedenkstein im jüdischen Friedhof in Meran zur Erinnerung an die in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern ermordeten Südtiroler Juden

Denkmälern, die unter dem italienischen Faschismus errichtet worden waren, oder sogar in der Jagd auf entwaffnete, flüchtende italienische Soldaten. Letzteres geschah vor allem durch Angehörige des Sicherungs- und Ordnungsdienstes (SOD), der als Selbstschutzverband der Südtiroler Optanten für Deutschland bereits im August 1943 gebildet worden war und sich im September den deutschen Behörden zur Verfügung gestellt hatte. Im Oktober 1943 wurde der SOD durch eine Verordnung des Obersten Kommissars offiziell eingerichtet. Es ist hier aber darauf hinzuweisen, daß es auch Südtiroler — es waren vor allem Frauen — gab, die die flüchtenden italienischen Soldaten kurzfristig versteckten oder versorgten.

Auch wenn der Einmarsch der deutschen Truppen zweifellos von der Mehrheit der Südtiroler begrüßt wurde, so konnte der 8. September bei weitem nicht allen in Südtirol lebenden Menschen als Befreiung erscheinen.

Vor allem die Dableiber wurden von den neuen Machtverhältnissen unmittelbar betroffen. Waren sie bis zu diesem Zeitpunkt noch unter dem Schutz der italienischen Behörden gestanden, so drohte ihnen nun Gefängnis oder die Einlieferung in ein Konzentrationslager. Friedl Volgger und Rudolf Posch, der Leiter der katholischen Presse in Südtirol, wurden ins KZ Dachau deportiert. In kurzfristige »Schutzhaft« wurde auch der Jugendseelsorger Josef Ferrari genommen. Kanonikus Michael Gamper mußte sich zunächst zwei Monate in einem Pfarrhaus am Ritten versteckt halten, bis ihm im November 1943 die Flucht nach Florenz gelang. Aber auch den weniger prominenten Dableibern wurden sämtliche politische Funktionen, sofern sie welche hatten, aberkannt. Ihre Jagdgewehre und Radio-

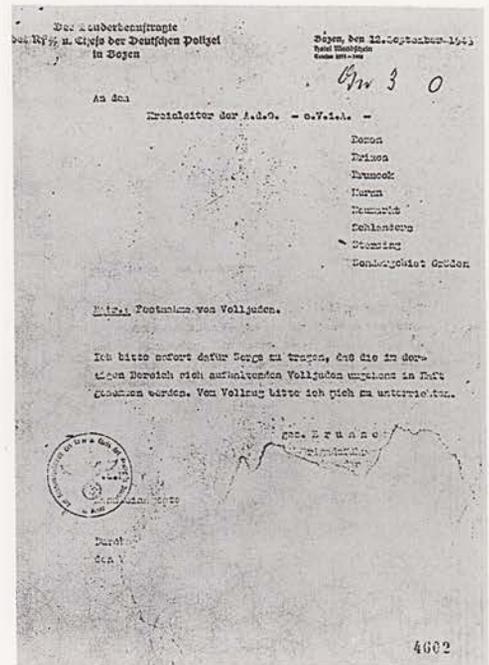
apparate wurden beschlagnahmt und sie waren permanenter Bespitzelung ausgesetzt.

In Unsicherheit und Angst lebte auch die italienische Bevölkerung, die während der letzten zwanzig Jahre in die Provinz Bozen gekommen war.

Für die in Südtirol lebenden Juden bedeutete der 8. September entweder sofortige Flucht, wenn diese überhaupt noch möglich war, oder aber den sicheren Tod in einem der nationalsozialistischen Vernichtungslager. Am 12. September erteilte der SS-Brigadeführer Karl Brunner an alle Kreisleiter der AdO den Befehl, die in ihrem Kreis wohnenden Juden zu verhaften. Da im übrigen italienischen Staatsgebiet die Verhaftung und Deportation der jüdischen Bevölkerung erst im Oktober einsetzte, waren die Südtiroler Juden damit die ersten, die dem nationalsozialistischen Rassenwahn ausgeliefert wurden.

In Meran befanden sich am 8. September nur mehr verhältnismäßig wenige Juden. Der Großteil der Meraner Juden war bereits in den Jahren 1939 bis 1943 infolge der faschistischen Rassengesetze vom November 1938 emigriert. Bei den Zurückgebliebenen handelte es sich vorwiegend um ältere Menschen. Am 16. September wurden 25 der wenigen noch in Meran verbliebenen Juden von Südtiroler SOD-Männern und dem SS-Sicherheitsdienst verhaftet und eingesperrt. Kurz darauf erfolgte über das Konzentrationslager Reichenau in Innsbruck die Deportation in die Vernichtungslager des Reiches. Die Wohnungen der Juden wurden von Einheimischen geplündert, das nicht transportierbare Eigentum wurde »arisiert«, d. h. an das »Amt für das gegnerische und jüdische Vermögen« übergeben. In den folgenden Monaten kam es im Zuge der Judendeportationen aus Italien zur Verhaftung von weiteren 30 bis 40 Meraner Juden, denen es gelungen war, vor dem 8. September in andere italienische Provinzen zu flüchten.

Mit der nationalsozialistischen Machtergreifung in Südtirol verschärfte sich auch für die katholische Kirche bzw. den Klerus die Situation. Waren die Geistlichen, die in ihrer Mehrheit gegen die Umsiedlung gestimmt hatten, bis dahin einer kapillaren Bespitzelung durch die Ado ausgesetzt gewesen, so begann nach dem 8. September die Phase der offenen Abrechnung mit dem regimfeindlichen Teil der Kirche. Der Angriff der Nazis galt zunächst dem katho-



Befehl zur sofortigen Verhaftung aller »Volljuden« — Er erging an alle Kreisleiter der AdO und wurde nicht nur in Meran befolgt.





Ludwig Thalheimer, 1887 in Frankfurt geboren, war Arzt. Er hatte in Straßburg und München studiert. 1914 war er als Freiwilliger in den Krieg gezogen und hatte mehrere Auszeichnungen erhalten.

1919 heiratete er die Boznerin Josefine Knoll, mit der er 1920 nach München zog. Dort praktizierte er als Arzt, bis ihm — aus einer jüdischen Familie stammend — das nationalsozialistische Berufsverbot traf.

Im November 1938 wurde Ludwig Thalheimer eine Zeitlang in Dachau interniert. Nach seiner Entlassung gelang es ihm, eine Einreiseerlaubnis nach Italien zu erhalten.

Bis September 1943 lebte die Familie in Auer im Südtiroler Unterland.

Seinen Arztberuf durfte Ludwig Thalheimer auch hier nicht ausüben. Der Befehl des SS-Brigadeführers Karl Brunner an die AdO-Kreisleitungen wurde auch in Auer ausgeführt. Ludwig Thalheimer wurde zusammen mit seinem Sohn und einem dritten in Auer lebenden Juden verhaftet. Den drei Männern gelang es allerdings, aus der Kaserne in Leifers zu fliehen, zunächst nach Mailand und dann weiter in die Schweiz.

Ende 1945 kehrte Ludwig Thalheimer nach Bozen zurück, wo er bis 1956 als Arzt praktizierte.

lischen Presse- und Schulwesen. Der *Völkbote* und das *Katholische Sonntagsblatt* waren schon im Oktober 1941 auf deutschen Druck von den faschistischen Behörden eingestellt worden, nun wurden die restlichen Presseorgane verboten: die *Dolomiten*, die *Jugendwacht*, das *Priesterkonferenzblatt*, der *Reimmichl*- und der *Kassiankalender*. An ihrer Stelle erschienen in der beschlagnahmten Verlagsanstalt Athesia die Tageszeitung *Bozner Tagblatt*, die Jugendzeitschrift *Edelweiß* und der Kalender *Alpenheimat*. Noch im September 1943 wurden die kirchlichen Schulen geschlossen: so die beiden bischöflichen Seminare, das Vinzentinum in Brixen und das Johanneum in Dorf Tirol, das Franziskanergymnasium und das Institut der Marcellinen in Bozen, das Gymnasium der Kapuziner in Salern, die katholischen Schülerheime der Englischen Fräulein und der Benediktiner in Meran. Die Gebäude wurde beschlagnahmt, als Lazarette oder für die Deutsche Wehrmacht verwendet; einige von ihnen dienten der Unterbringung von Schülern und Schülerinnen aus Rufach und Achern. Darüber hinaus versuchten die neuen Machthaber den Einflußbereich der Kirche soweit als möglich zu beschneiden: der Religionsunterricht in den neuen deutschen Volks- und Oberschulen war verboten, Hitler-Bilder ersetzten vielfach die Kruzifixe in den Klassenzimmern und öffentlichen Gebäuden, alle religiösen Veranstaltungen außerhalb der Kirche mußten vom Obersten Kommissar bzw. vom Präfekten genehmigt werden. Diese Maßnahmen berührten natürlich nicht nur jenen Teil des Klerus, der sich schon 1939 mit seiner Entscheidung gegen das NS-Regime gestellt hatte. Auch Priester, die 1939 für Deutschland optiert hatten, sahen sich nun mit dieser Situation konfrontiert.

Die Kirchenspitze der Diözese Brixen, Bischof Johannes Geisler und Generalvikar Alois Pompanin, zeigte sich in der Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Regime allerdings sehr kompromißbereit. Zwar schrieb die Kurie wiederholt Bittbriefe an die politischen Machthaber, in denen sie sich etwa für verhaftete Priester einsetzte oder um die Erlaubnis zur Herausgabe kirchlicher Presseerzeugnisse bat, doch waren diese Aktionen gleichzeitig immer auch von Loyalitätsbekundungen gegenüber dem NS-Regime begleitet.

Mit der Verschlechterung der Kriegslage für das Deutsche Reich und der Proklamation des »totalen Krieges« durch



Im Herbst 1943 wurde das Knabengymnasium der Kapuziner in Salern in eine Hauptschule und die Kapelle in einen Werkraum umgewandelt, der Altar wurde zugemauert (links). Freilegung des Altars nach Kriegsende (oben)

»Sie haben die Entfernung des Kreuzes in der Brunecker Volksschule mit der Haltung der Geistlichkeit gegenüber der Schule begründen wollen. Warum sind dann die Kruzifixe gerade und nur in Bruneck fortgenommen worden, wo die Geistlichen der Einladung des Obersten Kommissars [zur Abhaltung des Religionsunterrichtes in der Schule] ohne weiteres Folge leisteten? (...)

15 Jahre lang ist in Deutschsüdtirol kein Priester in die Schule gegangen und hat der Klerus die Schule aus völkischen Gründen abgelehnt, aber das Kreuz wurde doch nicht angegrührt. Dieser traurige Ruhm blieb unserer deutschen Aera vorbehalten. Wie sind unsere Erwartungen doch enttäuscht worden!«

(Aus einem Brief des Dekans von Bruneck, Josef Padöller, selbst Optant, an den AdO-Kreisleiter von Bruneck, Herbst 1944)

Deutsche Volksgemeinschaft  
 Kreisleitung Bruneck  
 Der Kreisleiter

Bruneck, den 18.8.1944.

An den  
 Obersten Kommissar  
 für die Operationszone Alpenvorland  
 Gauleiter und Reichsstatthalter Franz Hofer

B o x e n .

-----

Betrifft: Josef Achmüller, geb. am 18.10.1910 in Bruneck, des Josef und der Anna Gartner, dzt. Kooperator in Sand in Taufers.

Aktenzsch: Ga - Br/D6

Bezug: Mein Schreiben vom 27.6.44 mit Anlagen.

Mit unter Bezug vermerkten Schreiben überreichte ich Ihnen Zeugenprotokolle von einer Predigt des Obengenannten sowie eine Abschrift eines Schreibens des 4-Brigadeführers Brunner vom 9.10.42 an die ADENST-Zweigstelle Bruneck.

Obengenannter wurde daraufhin in Haft gesetzt und nach 3 Wochen wieder in Freiheit gesetzt und versieht wieder seinen Dienst als Kooperator in Sand.

Ich bin nicht im Bilde, ob etwas weiteres gegen Achmüller veranlasst wurde, mir erscheint für Achmüller auf Grund seiner jede Kriegsmoral zersetzenden Predigt sowie auf die Verwarnung hin, die er bereits im Jahre 1942 wegen seiner Reichsfeindlichen Predigt am 23.8.42 erhalten hat, eine Freiheitsstrafe von 21 Tagen zu gering, da Achmüller sich trotz seiner Verwarnung im Jahre 42, neuerlich zu gegnerischen Äußerungen hinreißend liess.

Jedenfalls ist es untragbar, dass Achmüller weiterhin unsere heranwachsende Jugend in der Religionsstunde in gegnerischen Sinne beeinflusst und durch das Beichtören, Flüsterpropaganda betreiben kann.

Ich bitte Sie daher, die notwendigen Schritte einzuleiten, damit diesem gefährlichen Gegenpropagandisten, den ich als Kriegsverbrecher bezeichnen möchte, unmöglich gemacht wird, in diesem völkischen Grenzgebiet seine zersetzende Arbeit noch weiterhin auszuführen

Heil Hitler!

(Robert Bernardi)  
 Kreisleiter

Bereits am 6. November 1943 erließ der Oberste Kommissar eine Verordnung, mit der die italienischen Staatsbürger in der Operationszone Alpenvorland, also auch die Dableiber, zum Kriegsdienst verpflichtet wurden. In Art. 4 dieser Verordnung wurde für Wehrdienstverweigerer Zuchthaus und Todesstrafe verfügt, ihre Angehörigen wurden mit Sippenhaft bedroht.

In Südtirol waren vor allem die Orte entlang der Eisenbahnlinien zum Brenner von den Auswirkungen des Bombenkrieges betroffen.



S. i. a. p.

# VERORDNUNGSBLATT

des Obersten Kommissars für die Operationszone Alpenvorland  
(Provinzen Bozen, Trient und Belluno)

## BOLLETTINO UFFICIALE

del Commissario Supremo per la Zona d'Operazioni nelle Prealpi  
(Province di Bolzano, Trento e Belluno)

Nummer 8

Bozen, den 7. Jänner

Jahrgang 1944

[41]

VERORDNUNG

zur Ergänzung und Durchführung der Verordnung über die Ableistung des Kriegsdienstes in der Operationszone Alpenvorland (Provinzen Bozen, Trient und Belluno) vom 6. November 1943.

[41]

ORDINANZA

ad integrazione ed attuazione dell'ordinanza del 6 novembre 1943 sulla prestazione del servizio di guerra nella Zona d'Operazioni nelle Prealpi (province di Bolzano, Trento e Belluno).

den Propagandaminister Joseph Goebbels im Februar 1943 waren die Auswirkungen des Krieges auch in Südtirol verschärft spürbar geworden. Ab Herbst 1943 wurden die Orte entlang der Brenner-Eisenbahnlinie auch vom Luftkrieg direkt betroffen. Die Bildung der Operationszone Alpenvorland schaffte zudem die Voraussetzungen für den verstärkten »zivilen und militärischen Kräfteinsatz« der Südtiroler. Der Oberste Kommissar erließ eine Reihe von Verordnungen, die die Bevölkerung zu verschiedenen »Kriegsleistungen« verpflichteten, wie z. B. zur Gewährung von Unterkunft und Verpflegung für das Militär oder zur Überlassung von bestimmten Gebrauchsgegenständen, Fahrzeugen etc. Es kam zur »Erfassung der nicht in Arbeit stehenden Arbeitskräfte«, die Frauen von 18 bis 45 und Männer von 16 bis 60 Jahren betraf. Die Verpflichtung zum Kriegsdienst wurde im November 1943 bzw. Jänner 1944 auf alle männlichen Einwohner der Jahrgänge 1894 — 1926 bzw. 1927, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, ausgeweitet. Das bedeutete also auch — obwohl völkerrechtswidrig — die Einberufung der Dableiber von 1939. Die Ableistung des Kriegsdienstes konnte in verschiedenen Formationen erfolgen: in der Organisation Todt (OT), dem SOD, dem Sicherungsverband Trient (CST), den Polizeiregimentern, der Waffen-SS und der deutschen oder italienischen Wehrmacht. Kriegsdienstverweigerern drohte Gefängnis, Todesstrafe und Sippenhaft für ihre Familienangehörigen.

Die vier Polizeiregimenter — Bozen, Alpenvorland, Schlanders und Brixen — wurden ab November 1943 auf-

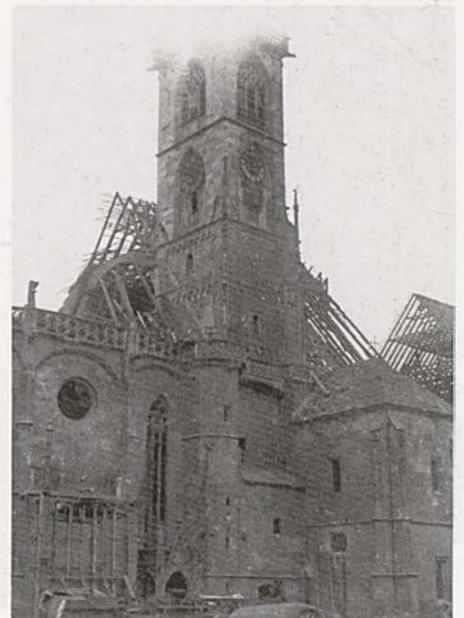


Ansprache des Gauleiters Franz Hofer beim Kreisschießen in Bruneck, Mai 1944 — Mit der Abhaltung von zahlreichen Kreisschießen betonten die Nationalsozialisten propagandistisch sehr wirkungsvoll die enge Verknüpfung von Volkskultur und Wehrhaftigkeit des Volkes.

gestellt, um das »Menschenreservoir« in Südtirol voll für den Krieg auszuschöpfen. Mit Ausnahme des Polizeiregiments Brixen und des 3. Bataillons des Polizeiregiments Bozen war der Einsatz der Polizeiregimenter ausschließlich auf die Operationszone Alpenvorland und Adriatisches Küstenland begrenzt. Ihre Aufgaben bestanden in Sicherungs- und Ordnungsdiensten und in der Partisanenbekämpfung.

Gleichzeitig versuchte das Regime durch propagandistische Appelle die Bevölkerung zur Kriegsbegeisterung zu mobilisieren. Die »Volksgemeinschaft« wurde zur Opfergemeinschaft, die Heimat zur Front. Die ersten Sonntage im Monat wurden zu »Opfersonntagen«, mit Sammlungen für das Ado-Volkshilfswerk. Gerade auch die Frauen wurden auf ihre besonderen Pflichten in Kriegszeiten hingewiesen. Sparsame Hauswirtschaft, der Dienst in Lazaretten bei der Verwundetenbetreuung sowie verstärkter Arbeitseinsatz, um die abwesenden Männer zu ersetzen, wurden als spezifisch weiblicher Einsatz an der »Heimatfront« propagiert. Brauchtum und Volkskultur wurden ganz massiv zur Aufmunterung der Bevölkerung eingesetzt und ideologisch mit der Wehrhaftigkeit des Volkes verknüpft. Die Aufrufe zur »Erzeugungsschlacht« beim Erntedankfest, das Abhalten von großangelegten Kreisschießen, die »heldisch tönende Harmonie« der Blasmusik sollte die Bevölkerung für »den Kampf bis zum letzten« motivieren.

Die Zumutungen des Krieges für den Alltag der Menschen ließen sich damit allerdings nur zum Teil kompensieren. Die Meldungen über den »Heldentod für Führer, Volk und Vaterland« häuften sich auch in Südtirol. Lebensmittel-





Angehörige des Polizeiregiments Alpenvorland in Belluno, Februar 1945



Angehörige des Polizeiregimentes Schlanders in Feltre, Februar 1945

### Die Südtiroler Polizeiregimenter

Ab November 1943 wurden die vier Südtiroler Polizeiregimenter Bozen, Alpenvorland, Schlanders und Brixen aufgestellt.

Das 2. Bataillon des Polizeiregiments Bozen akm in Februar 1944 nach Belluno. Allein in den Monaten von März bis Dezember 1944 fanden 85 Einsätze statt. Auch am 20. und 21. August kam es zu einem großangelegten Einsatz zur »Bandenbekämpfung« im Valle del Biois, an dem Einheiten des Polizeiregimentes Bozen beteiligt waren. Bilanz der Aktion: eingäscherte Dörfer und 46 Tote unter Partisanen und Zivilbevölkerung.

Bei den Polizeiregimentern war der Anteil der — widerrechtlich eingezogenen — Dableiber relativ hoch, da diese bis zum November 1943 nicht in den deutschen Wehrdienst eingebunden werden konnten und nun ein Menschenreservoir darstellten, das voll ausgeschöpft wurde.

Es gab deshalb bei den Polizeiregimentern auch Angehörige mit ausgeprägter antinazistischer Einstellung, die auch Kontakte zur Zivilbevölkerung und zu den Partisanen aufnahmen und Informationen austauschten.

Bei der Partisanenbekämpfung zerstörte Dörfer und Häuser, Valle del Biois, August 1944



Das 3. Bataillon des Polizeiregimentes Bozen wurde im Februar 1944 nach Rom verlegt. Dort sollte es Bewachungs- und Ordnungsaufgaben wahrnehmen.

Am 23. März kam es in der Via Rasella zu einem Partisanenanschlag, bei dem 33 Angehörige der Kompanie getötet wurden. Als »Vergeltungsaktion« wurden am nächsten Tag von Kräften des Sicherheitsdienstes unter SS-Obersturmbannführer Herbert Kappler in den Fosse Adreatine, etwas außerhalb Roms, 335 Geiseln erschossen.

Die Begräbnisfeierlichkeiten für die Toten der 11. Kompanie fanden am 25. März unter Anwesenheit höchster faschistischer und nationalsozialistischer Würdenträger auf dem deutschen Heldenfriedhof in Rom statt (rechts).

Der Bischof von Belluno bestätigt die antinazistische Haltung von Josef Nock, Angehöriger des Polizeiregimentes Alpenvorland und Mitglied des Andreas-Hofer-Bundes (unten).





Belluno 26 - IX - 1945

IL VESCOVO

Ill.mo Signore,

Raccomando vivamente il Sign.

N o c k Giuseppe e prego che venga favorito nella  
l'opera che svolge per i prigionieri di guerra.

E' un giovane che conobbi durante l'occupazione  
tedesca di questa città. Non solo evitò qual-  
unque azione di violenza, ma rivelò sempre un  
animo antinazista e fu sempre corretto e favore-  
vole verso la popolazione.



Girolamo Robignone  
Vescovo Ausiliario



**EWIG IST DER  
TOTEN  
TATENRUHM**



**Zur Erinnerung**  
an unferen unvergeßlichen Sohn, Bruder,  
Schwager u. Kameraden

### **Siegfried Hofer**

welcher am 3. Juli 1923 in Hasneben-St. Leonhard  
geboren und am 13. Dezember 1943 an der  
Nekockowolinie (Rußland) den Heldentod fand.

**Er ruhe in Frieden!**

Auf des Ostens Schneegefilden  
Ist mein Soldatengrab;  
Ein Birkenkreuzlein windverweht  
Zieht meine Schummerlatt.

Wie ist dein Platz nun so leer,  
Im Kreise deiner Lieben;  
Wie hart das Wort: "Er komm nicht mehr!",  
Von all die hinterblieben.

○ Siegfried, alle deine Lieben  
Vergiß sie nicht, die hier geblieben  
Allabend, wenn wir find beisammen  
Zieht liebend unfer Geilt zu dir hin  
Und treut dir betend Andachtsblumen  
Aufs Heldengrab mit frommen Sinn.

**Herr, gib ihm die ewige Ruhe!**



rationierungen, Ablieferungspflicht von bestimmten Mengen landwirtschaftlicher Produkte und die totale Mobilisierung für den Kriegsdienst riefen bei vielen Südtirolern, die im September 1943 noch über den Einmarsch der deutschen Truppen gejubelt hatten, einen Stimmungsumschwung hervor. Trotz der hohen Strafandrohungen nahmen Desertionen und Wehrdienstverweigerungen zu.

Im November 1943 wurde das Sondergericht in Bozen eingerichtet, das nach den in den sog. Alpen- und Donau-reichsgauen geltenden Gesetzen urteilte und für »strafbare Handlungen, bei denen ein deutscher Staatsbürger als Täter, Mitschuldiger oder Verletzter beteiligt ist, oder deutsche Interessen berührt werden« zuständig war. »Im Namen des Rechts« fällte es über 30 Todesurteile und viele Zuchthausstrafen über italienische Partisanen, Südtiroler Deserteure und sonstige »Volksschädlinge«, die wegen »Wehrmittelbeschädigung, Abhörens feindlicher Sender, Unterstützung Fahnenflüchtiger, verbrecherischen Umgangs mit Kriegsgefangenen, Schwarzhandels, Heimtücke und Wehrkraftzersetzung oder Plünderungen aus bombenbeschädigten Objekten« angeklagt waren.

Oben: Parte für einen in Rußland gefallenen Südtiroler

Oben rechts: Verabschiedung am Grab eines Gefallenen mit Gauleiter Franz Hofer

Im Juli 1944 wurde das Polizeiliche Durchgangslager in Bozen — im Volksmund: das Bozner KZ — errichtet. Es handelte sich dabei um die Verlegung des faschistischen Kriegsgefangenenlagers Fossoli, das im Februar 1944 von den Nazis übernommen und infolge des deutschen Rückzugs aus Italien im Sommer nach Bozen transferiert wor-



### Für Abhören von Auslandsendern

BZ. — Die in Bari geb. 60jähr. Private Iba Caine!li hat wiederholt ausländische Sender abgehört, wozu nach den geltenden Strafbestimmungen auch die Sender neutraler Staaten, z. B. Schweizer sender, gehören und hat ihr Empfangsgerät so laut eingestellt, daß es auch von dritten Personen abgehört werden konnte und hat außerdem Nachrichten ausländischer Sender, die geeignet sind, die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu gefährden, verbreitet. Sie wurde zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt und das von ihr verwendete Funkgerät eingezogen.

Meldung über eine Verurteilung wegen des Abhörens eines »Feindsenders«

(Bozner Tagblatt, 11. Mai 1944)

Nationalsozialistische Veranstaltung, Steinhaus, 13. August 1944

den war. In diesem Lager befanden sich aus rassistischen Gründen Internierte wie Juden und Zigeuner, Sippenhäftlinge (unter diesen Gruppen befanden sich auch Kinder, Minderjährige und alte Menschen), politische Gefangene, Partisanen, Deserteure und Wehrdienstverweigerer, Kriegsgefangene, Anhänger Badoglio, auch einige Ex-Faschisten, die in Ungnade gefallen waren, und Kriminelle. Mindestens 11.000 Häftlinge sind durch das Lager Bozen gegangen; für viele war es die Vorstation zu den Gaskammern des Dritten Reiches. Vom Oktober 1944 bis Februar 1945 sind sieben derartige Transporte ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, nach Flössenburg, Dachau, Auschwitz und Mauthausen belegt. Sicher aber war die Zahl der durchgeführten Transporte noch höher. Im Lager selbst, das eine Aufnahmekapazität von 1500 Personen hatte, waren im Durchschnitt 4000 Gefangene zusammengepfercht. Es läßt sich ahnen, welche Konsequenzen dies für die sozialen und hygienischen Zustände im Lager hatte. Die Arbeitskraft der Gefangenen wurde, wie es der

Eines der zahlreichen Plakate mit Durchhalteappellen



## Südtiroler im Widerstand

Auch wenn der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Südtirol relativ beschränkt war, gab es eine große Anzahl von Opfern. Mindestens 30 Südtiroler wurden während der zwanzig Monate der Operationszone Alpenvorland hingerichtet oder starben in den Konzentrationslagern, unter ihnen auch die folgenden Männer:

Alois Alfreider wurde am 17. Dezember 1926 in Untermoi geboren und besuchte das Vinzentinum in Brixen. Im Sommer 1944 wurde er zum Polizeiregiment Schlanders einberufen. Während seiner Dienstzeit mußte er sich im Spital von Bruneck operieren lassen. Von dem vom Arzt gewährten Genesungsurlaub kehrte Alois Alfreider nicht mehr zu seiner Truppe zurück, sondern blieb zuhause versteckt. In seinem Wohnort ging das Gerücht um, daß er von Partisanen gefangen worden sei. Es wurde aber auch die Vermutung laut, daß er sich daheim versteckt habe. Da den Eltern Repressalien angedroht wurden, stellte sich Alois Alfreider in Bozen dem Militärkommando, wobei er angab, den Partisanen entkommen zu sein. Das verspätete Einrücken vom Genesungsurlaub wurde ihm als Fahnenflucht ausgelegt. Er wurde am 11. November 1944 in Bozen verhaftet und am 22. Dezember 1944 durch das Hauptamt des SS-Gerichtes III Priem in das Straflager der SS und Polizei eingeliefert und am 9. Jänner 1945 mit der Häftlingsnummer 85.501 in das Konzentrationslager Buchenwald überstellt. Am 23. Februar 1945 wird sein Tod im KZ Buchenwald mit der Ursache »Magen- und Darmkatarrh« verzeichnet.

Anton Inderst, am 10. August 1926 in Marling geboren, war als Wehrmachtsangehöriger in Cencenighe, Italien, stationiert und suchte, da das Kriegsende nahte, Kontakt mit der dortigen Bevölkerung und mit Partisanen. Deswegen wurde er verhaftet. Es gelang ihm und seinen Kameraden jedoch kurze Zeit später, die Wache zu überwältigen und zu fliehen. Anton Inderst kehrte auf der Suche nach einem Kameraden um, wurde erkannt und am 20. April 1945 auf der Flucht erschossen.



Die Alliierten stellten den Mitgliedern des Andreas-Hofer-Bundes nach Kriegsende diesen viersprachigen Ausweis aus.

Johann Öttl, wohnhaft in Innerpflersch, weigerte sich, der Einberufung zur deutschen Wehrmacht Folge zu leisten, und ging in den Untergrund. Er hauste im Wald und in der Felsregion in der Nähe seines Wohnortes. Er wurde am 21. Juni 1944 bei einer Suchaktion aufgestöbert, verhaftet und der Staatspolizei in Bozen übergeben. Zusammen mit einem italienischen Unteroffizier wurde er am 29. August 1944 in Haslach erschossen. Sein Grab ist im Friedhof von Oberau.

Paul Rier wurde am 6. April 1919 in St. Valentin bei Kastelruth geboren. Er diente seit 1939 bei den Alpini, konnte jedoch als ältester Sohn einer großen Familie bald abrüsten. Anfang 1945 wurde er zur deutschen Wehrmacht einberufen. Er entfernte sich jedoch auf der Anreise zum Stellungsort in der Nähe von Klausen, und versteckte sich im elterlichen Bauernhof. Er wurde von einer Streife aufgespürt, floh neuerdings und wurde am 7. Februar 1945 auf der Flucht erschossen.

(Aus: Zeugen des Widerstandes)

in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern üblichen Praxis entsprach, rücksichtslos ausgebeutet. Innerhalb und außerhalb des Lagers wurden die internierten Frauen und Männer bei Putz- und Aufräumarbeiten, bei Bauarbeiten und in Rüstungsbetrieben eingesetzt. Auch im Lager selbst starben die Menschen aus Hunger, an Erschöpfung oder durch Krankheiten. Es kam auch zu Hinrichtungen und Mißhandlungen, die den Tod der betroffenen Menschen zur Folge hatten. Satellitenlager des Konzentrationslagers von Bozen befanden sich in Sterzing, Meran, Sand in Taufers, Gossensaß, Brixen, Sarnthein, Moos in Passeier und Karthaus im Schnalstal.



Organisierter politischer und militärischer Widerstand entstand in Südtirol ab dem Herbst 1943, wobei diese Gruppen sowohl auf deutscher wie auch auf italienischer Seite eine kleine und isolierte Minderheit darstellten.

Der deutschsprachige Widerstand in Südtirol hatte seine Wurzeln im Andreas-Hofer-Bund, im Klerus und bei den Deserteuren und Wehrdienstverweigerern. Als Angelegenheit bäuerlicher Kreise war er katholisch-konservativ orientiert. Im Herbst 1943 übernahm Hans Egarter die Führung des Andreas-Hofer-Bundes und gab der Organisation durch die Betreuung der Deserteure eine gewisse militärische Ausrichtung. Im Passeier schlossen sich Deserteure zu Gruppen zusammen, um sich gegenüber der Verfolgung durch Wehrmacht, SS und SOD besser verteidigen zu können; seit dem Sommer 1944 standen am Taleingang Schilder mit der Aufschrift »Achtung Partisanengebiet«. Hans Egarter und Egon von Petersdorff standen seit Anfang 1944 in Funkverbindung zu alliierten Stellen in der Schweiz und unterhielten Kontakte zu Nordtiroler Widerstandskreisen. Von Bedeutung war auch die Tätigkeit verschiedener Mitglieder des Andreas-Hofer-Bundes in den Südtiroler Polizeiregimentern. Mit Ausnahme des Polizeiregiments Bozen bestanden diese fast ausschließlich aus Dableibern. Angehörige des Andreas-Hofer-Bundes, die mit dem Polizeiregiment Alpenvorland zur Partisanenbekämpfung in Belluno eingesetzt waren, knüpften Kontakte zur dortigen Zivilbevölkerung und zu Widerstandsgruppen und ließen ihnen wichtige Informationen zukommen. Das zuletzt aufgestellte Polizeiregiment Brixen verweigerte im Februar 1945 geschlossen den Eid, worauf es nach Schlesien strafversetzt wurde.

»Der unterfertigte Egarter Hans, geboren am 20. April 1909 in Olang, Pustertal, Gründungsmitglied der Widerstandsorganisation 'Andreas Hofer' und Kommandant derselben seit September 1943; von Beruf Journalist. Während dieses Krieges entzog ich mich, um mich der Führung der Widerstandsorganisation voll widmen zu können, dem obligatorischen Militärdienst, indem ich mich einer gefährlichen Unterleibsoperation unterzog. Ich erweiterte die Organisation, gab Weisungen und Befehle und hielt die Verbindungen zu den verschiedenen Gruppen und Mitgliedern. Zu mir gelangten alle Nachrichten und Informationen, die ich über die Schweiz, wo ich Kontakte zur Organisation 'Heimat' aufnahm, an Mister Mc Caffery in Bern weiterleitete. Von diesem erhielt ich die Mittel, mit denen ich die Partisanen und ihre verfolgten Familien erhalten konnte. (...) Alles was unsere Organisation gemacht hat, tat sie aus Liebe zu unserem Land und zu unserem Volk; es wurde getan, um die vom Nazisamus geschändete Ehre unseres Landes und unseres Volkes wiederherzustellen, um einen Beitrag zu dem so sehr ersehnten Frieden zu leisten und um zu zeigen, daß die Sache der Alliierten auch unsere Sache war.«

(Aus dem Bericht Hans Egarters an die Alliierten, 29. August 1945)

»Daß mit dem Frieden alles zu gewinnen sei ...«

Der 1901 in Freiburg im Breisgau geborene Richard Reitsamer kam schon als Kind nach Südtirol, da sein Vater als Setzer in einer Meraner Druckerei arbeitete. Hier besuchte er die Volksschule und wurde dann von seinem Vater zu einem Bauern in Mölten gegeben, um die Familie zu entlasten, da die Ernährungslage während des Ersten Weltkriegs in Meran ziemlich schlecht war. Fortan arbeitete er als Bauernknecht vorwiegend auf dem Tschöggelberg (Mölten). Auch er erhielt Anfang 1944, obwohl italienischer Staatsbürger und Dableiber, einen Stellungsbefehl, dem er nicht Folge leistete. Der langjährige Bozner Gefängnisgeistliche Giovanni Nicolli (1885-1973) schilderte in seinen Erinnerungen die letzten Lebensstationen Reitsamers:

»Er war ein Mensch mit starkem Glauben, von denen es noch viele in unserem Lande gibt, ein würdiger Sohn des hl. Märtyrers Vigilius.

Als Gefängnisgeistlicher von Bozen wußte ich, daß sich Reitsamer seit einigen Monaten wegen Entziehung der Stellungspflicht im Gefängnis befand, doch hielt ich seinen Fall für nicht so schwerwiegend. Eines Tages jedoch bringe ich beim Sondergerichtshof in Erfahrung, daß für Reitsamer die Dinge sehr schlecht stünden, falls er seine Anschauungen nicht änderte. Ich begab mich zu ihm, um über seine Lage Klarheit zu gewinnen. Er berichtete mir: 'Ich habe den Gestellungsbefehl erhalten, um mich zum Militärdienst zu melden, aber ich bin nicht hingegangen, auch nicht beim zweiten Mal und ebensowenig das dritte Mal, als mich die Gendarmen mit Gewalt wegbrachten. Ich protestierte dagegen und ließ mich nicht mustern, indem ich wie der Heilige Vater erklärte, daß mit dem Frieden alles zu gewinnen und mit dem Krieg alles zu verlieren sei. Ich will mich daher auf keinen Fall zum Kriegsdienst und auch nicht zum Militär stellen. Ich weiß wohl, daß der heilige Paulus gesagt hat, daß alle Macht von Gott herrührt, aber auf Erden steht der heilige Paulus unter dem Papst, denn für den Gläubigen ist das Wort des Papstes die Richtschnur christlichen Lebens. Nicht daß ich mich fürchtete, Soldat zu werden, habe ich doch auch am Abessinienfeldzug teilgenommen, doch hat der Papst jetzt gesprochen, und das genügt.'

Reitsamer geht in den Prozess, verfißt dort standhaft seine Anschauungen, wird verurteilt und wei-

gert sich, um Begnadigung anzusuchen. Das *Bozner Tagblatt* meldet in jenen Tagen die Verurteilung und erklärt, daß der Angeklagte zu seiner Entschuldigung 'lächerliche Ausreden' vorgebracht hätte.

Wenige Tage darauf, am 10. Juli gegen 18 Uhr, werde ich durch einen Telefonanruf benachrichtigt, daß am nächsten Morgen die Exekution von drei zum Tode Verurteilten angesetzt sei und daß ich mich gegen 21 Uhr im 'Tröstungsraum' in den Räumen des alten Rathauses einzufinden habe, um — wie gewöhnlich — den dreien die Nacht über beizustehen und sie dann an die Hinrichtungsstätte zu begleiten.

Ich begeben mich sofort zum Sondergericht, zu Staatsanwalt Dr. Seiler, um die Begnadigung zu erbitten. Ich frage, ob sie in Bozen ein Gemetzel anrichten wollten; drei Erschießungen am 7., weitere drei morgen den 11., verweise auf den erbärmlichen Eindruck, den so häufige Hinrichtungen auf die Bevölkerung machen würden, umsomehr als es sich nicht um Verbrecher handelt, sondern um gute und ordentliche Jungen, deren einzige Schuld darin bestehe, ihrem Ideal zu folgen. Ich füge hinzu, daß das Urteil auf juristisch sehr unsicheren Füßen stehe, da es sich um italienische Staatsbürger handle, verurteilt auf Grund deutschen Rechts in einem Territorium, das nicht dem Deutschen Reich eingegliedert ist. (...)

Um 21 Uhr bin ich im alten Rathaus, an meinem Platz. Die drei Verurteilten, die Füße mit Ketten gefesselt, sitzen um einen großen Tisch. Es sind Richard Reitsamer, Siegfried Dapunt und Paolo Mischì aus Abtei, auch sie stellungsflüchtig. (...) Ich bleibe bis Mitternacht, dann lasse ich sie allein, während sie einige Briefe an ihre Lieben schreiben. Bei meiner Rückkehr ist das Wunder bereits geschehen. Dapunt und Mischì wurden während der Nacht zu sieben Jahren Kerker begnadigt und ins Gefängnis zurückgebracht. Bei Reitsamer war eine Begnadigung unmöglich, da er sie von Anfang an verweigert hatte. (...)

Der traurige Augenblick ist gekommen. Ich besteige mit ihm das Todesauto und unter fortwährenden Gebeten begleite ich ihn an den Hinrichtungsort, während er wie ein Kind seinen Körper an den meinen lehnt. Am tragischen Ort angelangt fassen ihn zwei Soldaten unter den Armen, um ihn zum Pfahl zu bringen und dort anzubinden. Nach zwei Schritten reißt er sich los, kehrt zu mir zurück, küßt meine

# **BEKANNTMACHUNG**

## **Das Sondergericht**

für die Operationszone Alpenvorland

hat mit seinem Urteil vom  
4. Juli 1944  
den Angeklagten

**Richard Reitsamer**  
aus Meran

wegen Nichtbefolgung des  
Einberufungsbefehles zum  
Tode verurteilt.

Das Urteil wurde heute  
durch Erschießen vollstreckt.

Bozen, am 11. Juli 1944.

DER STAATSANWALT BEIM SONDERGERICHT  
FÜR DIE OPERATIONSZONE ALPENVORLAND

BVD - Br. 110

# **AVVISO**

## **Il Tribunale Speciale**

per la Zona d'Operazioni nelle Prealpi

Colla sua sentenza del  
4 luglio 1944

ha condannato a morte  
l'imputato

**Riccardo Reitsamer**  
di Merano

per non aver ottemperato  
all'ordine di precettazione.

La sentenza è stata oggi  
eseguita mediante fucilazione.

Bolzano, 11 luglio 1944

IL PROCURATORE DI STATO PRESSO IL TRIBUNALE SPECIALE  
PER LA ZONA D'OPERAZIONI NELLE PREALPI

Priesterhände und mit einem Lächeln tritt er seinen Opfergang an. Ich bleibe an meinem Platz und fahre fort im Gebet. Wenige Augenblicke später, eine Salve und ein weiterer Märtyrer steigt zum Himmel empor«.

Es ist 5.30 Uhr früh am 11. Juli 1944. Um 6.00 Uhr wird der Leichnam Richard Reitsamers im Bozner Friedhof, Reihe U 8, Grab Nummer 91 beigesetzt. Im Mai 1956 werden die sterblichen Überreste exhumiert und in das Ossarium Nr. 4 des Bozner Friedhofs umgebettet.

(Zitiert aus: Bolzano 1943-45. Testimonianze dal carcere di Don Nicolli, a cura di Ettore Zampiccoli, Bozen 1981)

*Christoph von Hartungen*



## Zusammenbruch und Reorganisation — Die Italiener in Südtirol zur Zeit der Operationszone Alpenvorland

In den Monaten Februar und März 1943 verbrachten tausende Veteranen des italienischen Rußlandheeres ARMIR zwei Wochen in Südtiroler Lazaretten. Für die italienische Bevölkerung war dies die erste Begegnung mit der Wirklichkeit des Krieges. Trotz der Propagandatätigkeit der faschistischen Parteikader erhielt die Bevölkerung nun Kenntnis vom realen Ausmaß der Katastrophe. Damals verbreitete sich, stärker noch als zur Zeit des Griechenlandfeldzugs und der Niederlage in Afrika, ein allgemeines Gefühl des Mißtrauens, das sich auch durch die Intensivierung der militärischen Feiern nicht mehr unterdrücken ließ.

Die Abneigung gegenüber dem Dritten Reich nahm zu. Es wurde als der eigentlich Verantwortliche für den Krieg erkannt. Da diese Einsicht zeitlich mit dem Höhepunkt der an die noch in Südtirol anwesenden Optanten gerichteten NS-Propaganda der AdO zusammenfiel, erhielt die Ablehnung zusätzliche Nahrung und war weit stärker als im übrigen Italien.

Der 25. Juli 1943 sowie der Zusammenbruch des faschistischen Regimes verunsicherten die italienische Bevölkerung Südtirols noch mehr. Allerdings gab es selbst in den größeren Orten Südtirols keine Protestkundgebungen, geschweige denn Massendemonstrationen wie in den wichtigsten Städten Italiens.

In der Nacht zum 9. September besetzten die Truppen der Deutschen Wehrmacht die Provinz, nachdem sie deren Schlüsselstellungen schon vorher eingenommen hatten, ohne wegen der Verwirrung, die in den sich selbst überlassenen italienischen Heerlagern herrschte, auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. In Bozen bewirkte ein einziger auf dem Vierten-November-Platz aus einem Panzer abgefeuerter Kanonenschuß die Kapitulation des Armeekorps-Kommandos. Die in Bozen stationierten italienischen Soldaten wurden entwaffnet und bis zur Deportation nach Deutschland im Talferbett und im Drususstadion interniert. Vor allem der SOD nahm in den folgenden Tagen

Links oben: Angehörige des italienischen Rußlandheeres (ARMIR) auf Erholung in Südtirol, in der Mitte der Bundessekretär der Faschistischen Partei, März 1943

Links unten: Internierung von italienischen Soldaten im Bozner Sportstadion vor ihrer Deportation ins Deutsche Reich, 9. September 1943



Der Industrielle Graf Giannantonio Mancini agierte als Verbindungsmann der Nationalen Befreiungskomitees (CLN) von Trient und Bozen, wurde im Juni 1944 verhaftet und stürzte sich während eines Verhörs im dritten Stock des Armeekorps-Gebäudes in Bozen aus dem Fenster.

in ganz Südtirol Verhaftungen und Erschießungen von italienischen Soldaten vor, die versucht hatten, in Zivilkleidung zu flüchten.

In der Nacht des 8. September verloren in Trient 48 Soldaten bei der Verteidigung der Kasernen das Leben. Die vom Obersten Kommissar der Operationszone, Franz Hofer, getroffenen Maßnahmen hoben die Machtbefugnis der »Repubblica Sociale Italiana« (RSI) auf dem Gebiet des Alpenvorlandes de facto auf: Übernahme der Zivilverwaltung durch den Obersten Kommissar, Verbot der Wiedererrichtung der Faschistischen Partei in Bozen und Trient, Vertreibung der Streitkräfte der RSI aus dem Alpenvorland und Verbot von Einberufungen, Einschränkung bei der Verteilung der italienischen Presse usw. Sie trafen besonders die italienische Bevölkerung Südtirols. Mit dem Verbot des Wiederaufbaus der Faschistischen Partei wurden z. B. auch jene Bezugspunkte (Körperschaften, Verbände usw.) eliminiert, auf die der Alltag der italienischen Bevölkerungsgruppe in Südtirol zwanzig Jahre hindurch ausgerichtet gewesen war. Dadurch wurde sie isoliert und verlor ihren inneren Zusammenhalt.

Auf zwei ganz verschiedenen Wegen versuchte man, diese Isolation zu durchbrechen. Zum einen bemühte sich eine im Untergrund arbeitende faschistische Bewegung um eine Kontaktaufnahme mit der RSI. Tatsächlich gelang es ihr auch, sporadisch Verbindungen mit der Marionettenregierung von Salò herzustellen, doch erhielt sie von dort nichts als wertlose formale Bestätigungen über die »italianità« des Brenners und anmaßende Versprechungen nationaler Wiedererhebung. Zum anderen formierte sich eine Widerstandsbewegung, die mit der antifaschistischen Bewegung im übrigen Italien durch die wenigen noch offenen Kanäle Kontakt aufnahm. Dies geschah über die Fabriken, denen es aus organisatorischen Gründen erlaubt war, Kontakte vor allem mit Mailand zu unterhalten, über die Kirche und mit dem Strom von Menschen, der die Städte verließ, um sich in den Bergen des Trentino oder in der Gegend von Belluno und Feltre vor den Bomben in Sicherheit zu bringen.

Die Lage der Italiener in Südtirol zur Zeit der Operationszone Alpenland war von jener der Bevölkerung des Trentino völlig verschieden. Einerseits konnte der Oberste Kommissar Franz Hofer hier geschickt an die durch den

Faschismus unterdrückten, traditionellen Autonomiebestrebungen der Trentiner appellieren. Andererseits war die antifaschistische Bewegung des Trentino in der Lage, auf einer bereits bestehenden geistigen Tradition — die Gruppe um Gigino Battisti und Giannantonio Mancini — sowie auf einer Untergrundarbeit aufzubauen — z. B. auf der Neugründung der Kommunistischen Partei durch Mario Pasi —, die nach dem 8. September noch intensiviert wurden.



Manlio Longon, Vorsitzender des Nationalen Befreiungskomitees von Bozen, verhaftet am 15. Dezember 1944, verlor bei einem Verhör das Leben.

In Südtirol hingegen war der Aufbau von Partisanenverbänden nicht möglich. Die Tätigkeit des im Winter 1943 gegründeten Comitato di Liberazione Nazionale di Bolzano (CLN, Nationales Befreiungskomitee von Bozen) konzentrierte sich auf Sabotageaktionen, Propaganda unter den Arbeitern der Industriezone und Betreuung der Internierten des Durchgangslagers in der Reschenstraße. Vorsitzender war der Vertreter des Partito d'Azione (Aktionspartei) Manlio Longon, leitender Angestellter der Magnesiumwerke, zu seinen engsten Mitarbeitern zählten der Christdemokrat Daniele Longhi sowie die Kommunisten Enrico Pedrotti und Rinaldo Dal Fabbro. Ferdinando Visco Gilar di wurde mit der externen Betreuung der Lagerhäftlinge beauftragt; er organisierte unter anderem mehrere Fluchtmöglichkeiten. Auch innerhalb des Lagers gab es eine Organisation, die von Laura Conti und Ada Buffolini getragen wurde.

Longon nahm im Herbst 1944 Verbindung zu Erich Amonn auf. Doch die Beziehungen waren nicht von langer Dauer: einmal wegen der gegensätzlichen Vorstellungen über die Zukunft der Provinz, andererseits, weil die gesamte Führung des CLN im Dezember desselben Jahres verhaftet wurde. Longon verlor bei einem Verhör das Leben, die übrigen wurden im Lager interniert. Mit Ausnahme der Lagerbetreuung gab es deshalb bis zum Eintreffen von Bruno de Angelis im März 1945 keinen organisierten Widerstand mehr.

De Angelis kam als Bevollmächtigter des Mailänder CLN nach Südtirol, um nach der Kapitulation der deutschen Streitkräfte die Provinzverwaltung im Namen der italienischen Regierung zu übernehmen.

Nach der Kontaktaufnahme mit dem, was vom Nationalen Befreiungskomitee Bozen übrig geblieben war — Luciano

Kennkarte eines Häftlings im Durchgangslager in der Reschenstraße

H. N.	8165.	39
NAME:	D A L, — F A B B R O	Rinaldo
GEB. AM:	26.12.1899	
IN:	K.d.S. Venezia	
EINGEL./AM:	14.1.45.	
ENTL./ÜBERF. AM:	26.1.45	
NACH:	Revier	
F. d. R. der Abgabe:	4 D	



Laura Conti und Ada Buffulini nach der Befreiung aus dem Lager Bozen



Hof und Zellentrakt des Durchgangslagers Bozen

Bonvicini, der erste Bürgermeister von Bozen der Nachkriegszeit, als politisch Verantwortlicher und Libero Montesi als militärisch Verantwortlicher —, sammelte De Angelis alle verfügbaren Kräfte, um sie während der delikaten Phase der Machtübernahme einsetzen zu können. Es waren dies vor allem Arbeiter aus den Industriezonen von Bozen und Sinich sowie Angehörige einer autonomen Jugendgruppe mit deutlich nationalistischer Ausrichtung, der »Brigata Giovane Italia« (»Brigade Junges Italien«).

De Angelis nahm umgehend Verhandlungen mit den deutschen Militärbehörden auf, die sich aber mit denen überschneiden, die General Karl Wolff, der Oberbefehlshaber der SS und Wehrmachtbevollmächtigte in Italien, schon seit geraumer Zeit mit den Geheimdiensten der Alliierten in der Schweiz führte. Enttäuscht über die Ablehnung sei-

nes Antrages, ein unabhängiges Tirol unter seiner Führung zu errichten, informierte Gauleiter Hofer Feldmarschall Kesselring und Hitler von diesen Verhandlungen. Aber es war bereits zu spät. Am 29. April war in Caserta der Waffenstillstand unterzeichnet worden, der am 2. Mai in Kraft treten sollte.

In Bozen bestand De Angelis inzwischen bei General von Vietinghoff, dem Kommandanten der Heeresgruppe Südwest, auf Übergabe der zivilen und militärischen Gewalt in der Provinz an das Nationale Befreiungskomitee CLN. Der deutsche General hätte es vorgezogen, die Ankunft der Alliierten abzuwarten und damit die Forderungen von Erich Amonn und des Präfekten Karl Tinzl zu erfüllen. Mit diesem hatte sich gerade in jenen Tagen Hauptmann Henry Clairval, ein französischer Offizier auf Dienstreise in Bozen, in Verbindung gesetzt, der bezüglich einer Rückkehr Südtirols zu Österreich die wohlwollende Haltung Frankreichs zusicherte. (Der Offizier wurde später auf Drängen der Amerikaner entfernt.)

Blutige Zusammenstöße verschlimmerten die Lage. Am 30. April wurde in Meran nach einem gescheiterten Versuch, das Rathaus zu besetzen, eine Gruppe von Italienern, die die Aufstände in den norditalienischen Städten feiern wollten, mit Gewehrschüssen zerstreut; dabei gab es neun Tote und ein Dutzend Verletzte. In Laas wurden am 2. Mai neun italienische Arbeiter erschossen.

In Bozen versuchten die Partisanen am Morgen des 3. Mai, die Industriezone sowie weitere Schlüsselstellungen der Stadt zu besetzen. Es gab Zusammenstöße mit den Patrouillen und vor allem mit den in Richtung Brenner zurückflutenden, aufgelösten Wehrmachtsverbänden. Dies führte zu grausamen Vergeltungsmaßnahmen der Deutschen, wobei 25 Partisanen und 20 Zivilisten ihr Leben verloren. Während in der Stadt noch geschossen wurde, unterzeichneten Wolff und v. Vietinghoff ein Dokument, wonach De Angelis im Auftrag der italienischen Regierung die Verwaltung der Provinz mit dem Versprechen übernahm, sich um »die volle Mitarbeit des fremdstämmigen Elements« zu bemühen. Das war ein erster bedeutender Schritt zur endgültigen Beibehaltung der Brennergrenze durch Italien.



Dr. Bruno De Angelis (Mitte), bei einer Gedenkfeier für Manlio Longon, der während des Krieges öfters in Meran gewesen war, wurde vom Nationalen Befreiungskomitee für Oberitalien in den ersten Tagen des April 1945 beauftragt, ein lokales Nationales Befreiungskomitee in Bozen zu gründen und die Verhandlungen mit den deutschen Regierungskommandos anlässlich der Übergabe der Provinz an die italienische Verwaltung zu führen. Seine Aktionen waren darauf ausgerichtet, den Alliierten eine bereits wieder offizielle italienische Provinz zu präsentieren. Seine Arbeit als Präfekt (vom Mai bis zum Ende des Jahres 1945) wird unterschiedlich gewertet. Von deutscher Seite wurde er als Hauptgegner der Selbstverwaltung angesehen. Von italienischer Seite dagegen wurden ihm Vorwürfe wegen seines angeblich zu versöhnlichen Verhaltens den Südtirolern gegenüber gemacht. Auch wurde er wegen eines zu »direkten« Dialogs mit der SVP, der das lokale CLN ausschloß, kritisiert. Schlußendlich aber waren seine Handlungen durch die Linie der Regierung gekennzeichnet: Verteidigung der Brennergrenze mit eventuellen Zugeständnissen an die deutsche Bevölkerung, die nach und nach festgelegt werden sollten.





»Die Heimat ruft«?

Stefan Lechner

## Südtirol bleibt bei Italien

Nachdem offizielle Vertreter der Alliierten am 6. Mai 1945 Bozen erreicht hatten, bestätigten sie Bruno De Angelis am 12. Mai als Präfekten der Provinz. Um der Vereinbarung über die Übergabe der Verwaltung der Provinz an De Angelis Folge zu leisten, wurde Walter Amonn neben Ferdinando Visco Gilardi als zweiter Vizepräfekt eingesetzt. Die tatsächliche Macht lag aber ab dem 6. Mai bis Ende Dezember 1945 einzig und allein in den Händen der Alliierten Militärregierung der Provinz Bozen; d. h., daß der Präfekt keine selbständigen Entscheidungen treffen konnte, sondern immer erst die Genehmigung der Alliierten einholen mußte.

Nach Kriegsende herrschte in Südtirol ein großes Chaos. Deutsche Soldaten der Italienfront fluteten nach Norden in ihre Heimat zurück; Nazis flohen von Deutschland über Südtirol nach Genua, um sich von dort nach Südamerika abzusetzen. Südtirol diente als Durchzugsland für Juden, die nach Palästina unterwegs waren; außerdem kehrten in der unmittelbaren Nachkriegszeit Tausende Südtiroler Heimkehrer und Umsiedler in ihre Heimat zurück. All diese Grenzübertritte, sei es von Norden nach Süden als auch umgekehrt, mußten illegal durchgeführt werden, da die Grenzen gesperrt waren und nur mit schriftlicher Erlaubnis der Alliierten überschritten werden durften. Um eine Normalisierung der Lage zu erreichen, erließen die Alliierten sofort nach ihrem Eintreffen in Südtirol eine Reihe weiterer Verordnungen. So wurde ein Ausgehverbot zwischen 21 Uhr und 5 Uhr verhängt, das bis Juni 1945 in Kraft blieb. Das massenhaft sich in Südtirol befindende Kriegsmaterial, welches von deutschen Truppen zurückgelassen worden war, mußte angemeldet und im Juni abgeliefert werden. Der Verkauf von Wein und alkoholischen Getränken war eingeschränkt. Zeitungen und überhaupt alle Drucksorten durften nicht ohne Genehmigung publiziert werden. Demonstrationen, Versammlungen und Zusammenkünfte waren verboten, außerdem war es untersagt, Fahnen zu hissen und Nationalhymnen oder andere patriotische Lieder zu singen.

Solche Verordnungen zum Zwecke der Vermeidung jeglicher Art von Provokationen und Zusammenstößen waren unbedingt notwendig, da zwischen Südtirolern und Ita-

Rechts oben: Alliierte Soldaten in Niederdorf im Pustertal, Mai 1945

»5. Mai: Heute früh fuhr das erste amerikanische Auto durch das Dorf. Die hiesigen stationierten Soldaten mußten die Waffen abgeben. Selbe (die Amerikaner) verschenkten auch viel Zeug an die Bevölkerung.«  
(Tagebuch Schweiggel, TGV)

Rechts unten: Verordnung der Alliierten Militärregierung, Mai 1945



ALLIED MILITARY GOVERNMENT  
Province of Bolzano

PROVINCIAL NOTICE No 1

**Sale of Wines  
and Intoxicating Liquors**

1. As from the date of publication of this Notice all Wines Liquors and other intoxicating beverages may only be bought or sold within the following hours:

09.00 hours to 12.00 hours | Daily  
and 15.00 hours to 18.00 hours |

2. Any violation of this provision will be treated as a breach of Proclamation No 1 Art. V Section 42 and will be punishable accordingly.

WILLIAM E. McBRATNEY  
Lieutenant Colonel  
Provincial Commissioner

25 MAY 1945

GOVERNO MILITARE ALLEATO  
Provincia di Bolzano

AVVISO PROVINCIALE No 1

**Vendita di Vini  
e di Bevande Alcooliche**

1. Dalla data di pubblicazione del presente Avviso la compera e la vendita di Vini e Liquori e di altre bevande alcooliche in genere, è limitata alle seguenti ore:

Dalle 9 alle 12 | di ogni giorno.  
e dalle 15 alle 19 |

2. Qualsiasi contravvenzione alla presente disposizione sarà considerata un' infrazione del Proclama No 1 Art. V Sezione 42 e verrà punita in conformità.

WILLIAM E. McBRATNEY  
Tenente Colonnello  
Commissario Provinciale

25 MAGGIO 1945

ALLIIERTE MILITARREGIERUNG  
Provinz Bozen

PROVINZ ANORDNUNG No 1

**Werkauf Von Weinen  
und Alkoholischen Getränken**

1. Alle Weine-Liköre und sonstigen alkoholischen Getränke dürfen nur in den folgenden Stunden verkauft werden:

von 9 Uhr bis 12 Uhr | täglich  
u. von 15 Uhr „ 19 Uhr |

2. Wer den Bestimmungen dieser Anordnung zuwiderhandelt begeht eine Verletzung von Verlautbarung Nr. 1 V. Absatz 42 und wird nach Schuldspruch vor einem Alliierten Militärgerichtshof mit Gefängnis oder Geldstrafe oder mit beiden bestraft.

Diese Verordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

WILLIAM E. McBRATNEY  
Oberstleutnant  
Kommissär der Provinz Bozen

25 MAI 1945



Wandschmiererei in Niederdorf im Pustertal, nach Kriegsende (»Fort mit den Alliierten! Fort mit den Deutschen!«)

Aufruf und Programm der am 8. Mai 1945 gegründeten Südtiroler Volkspartei (Dolomiten, 19. Mai 1945)

# Aufruf der Südtiroler Volkspartei

## Südtiroler!

Das unvermeidliche, an Furchtbarkeit alle Vorstellungen und Ausmaße übersteigende Ende des Nationalsozialistischen Regimes ist eingetreten, Ströme vergossenen Blutes, blühende Städte und Dörfer in Schutt und Asche gelegt, Hunger und Elend, unsägliches Leid und der Abscheu der ganzen Welt vor den wahrhaft teuflischen Methoden der Vergewaltigung und Ausrottung unzähliger unschuldiger Menschen durch die Gestapo sind das traurige Erbe des Dritten Reiches, das ein tausendjähriges sein wollte, aber schon nach zwölfjährigem Bestande zusammenbrach.

Südtiroler, erinnert Euch an alle Weisungen und Versprechungen falscher Propheten! Vergleicht die entsetzliche Wirklichkeit mit den Trugbildern, die Euch seit Jahren vorgegaukelt wurden und Ihr werdet begreifen, daß ein neuer Weg be gangen werden muß! Nicht Haß, Gewalt und nationale Überheblichkeit, sondern gegenseitiges Verstehen, Freirei über Per-

sönlichkeit, Achtung vor der Menschenwürde und ein auf ewigen, göttlichen und menschlichen sittlichen Gesetzen beruhendes Handeln sichern nicht nur dem Einzelnen, sondern auch einem Volke die Kraft sich zu behaupten und zu erhalten.

Auch Ihr habt schwer gelitten. Aber durch das entschlossene Handeln einiger mutiger Männer ist im letzten Augenblick das furchtbarste Schicksal, die totale Zerstörung Eures Landes, das Euch in aussichtsloser Lage von verbrecherischer Hand zugebracht war, vermieden worden.

Faschismus und Nazismus müssen überwunden werden, gründlich, gänzlich, für immer!

So und in diesem Sinne soll in dieser schicksalsschweren Stunde die freie Einheit und Geschlossenheit der Südtiroler zu neuem Leben erstehen. Vertrauensleute aus allen Teilen des Landes haben die Südtiroler Volkspartei gegründet, und zwar mit folgenden

## Programme

1. Nach 25jähriger Unterdrückung durch Faschismus und Nationalsozialismus den kulturellen, sprachlichen und wirtschaftlichen Rechten der Südtiroler auf Grund demokratischer Grundsätze Geltung zu verschaffen.
2. Zur Ruhe und Ordnung im Lande beizutragen.
3. Seine Vertreter zu ermächtigen — unter Ausschluß aller illegalen Methoden — den Anspruch des Südtiroler Volkes auf Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes bei den alliierten Mächten zu vertreten.

liern sehr große Spannungen herrschten. vor allem bei politischen Kundgebungen, die auf das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol ausgerichtet waren, kam es zu Übergriffen von italienischen Partisanen und Sicherheitskräften auf die deutschsprachige Bevölkerung des Landes. So wurden in Toblach im Pustertal ein Mann getötet und ein anderer schwer verletzt, wofür zwei Partisanen im Jahre 1947 von einem Militärgericht in Bozen zu lebenslanger und zwei andere zu dreißig Jahren Haft verurteilt worden sind. Die gespannte Situation äußerte sich auch anlässlich der Veröffentlichung des Grundsatzprogrammes der am 8. Mai 1945 gegründeten Südtiroler Volkspartei (SVP), was heftige Reaktionen auf italienischer Seite hervorrief. De Angelis und das Nationale Befreiungskomitee (CLN) wollten die Partei weder als solche noch als Verein anerkennen. Erst als die Parteigründung durch die Alliierte Militärregierung genehmigt worden war, kam man um die Akzeptierung nicht mehr herum.



Die SVP trat in der Folge nicht in das Befreiungskomitee ein, wie es die italienische Seite wünschte, da die Auffassungen der beiden Seiten bezüglich der territorialen Zugehörigkeit Südtirols diametral entgegengesetzt waren und sich die SVP durch einen Beitritt in ihrer Bewegungsfreiheit erheblich eingeschränkt hätte. Um die bestehenden Spannungen zu überwinden, kam es in der Folge aber doch zu einem Dialog zwischen der SVP und den italienischen Parteien, die im Befreiungskomitee vertreten waren; dieser mündete in das Übereinkommen vom 31. Mai 1945. Danach sollte »das friedliche Zusammenleben der beiden Volksgruppen auf der Grundlage der Gleichheit, der gegenseitigen Achtung« gesichert werden, weshalb jede Art von Kundgebungen vermieden werden sollte, »welche die Bevölkerung der beiden Volksgruppen beleidigen oder beunruhigen könnte«.

Der dritte Punkt der Vereinbarung sah die »rasche, radikale und systematische Säuberung aller nazistischen und faschistischen Elemente sowie jener, die sich durch Kollaboration mit Nazismus und Faschismus belastet haben«, vor. Dies sollte nach den Vorstellungen des Befreiungskomitees durch »national gemischte Organe« erfolgen. In diesem Sinn erließ die Alliierte Militärregierung von Bozen die Provinzialverordnung Nr. 8, in der es um die »Suspension oder Entlassung nazistischer oder faschistischer Amtswalter und Beamter« ging. Die Verordnung, die am 11. Juni 1945 in Kraft trat, sollte auf die ehemals höhere

Ein italienischer und ein amerikanischer Offizier bei einer Ehrenbezeugung am Siegesdenkmal, Bozen, Mai 1945

Links: Präfekt Bruno De Angelis im Gespräch mit dem Kommissar der Alliierten Militärregierung der Provinz Bozen, Oberstleutnant W. E. McBratney

Al Direttore o Presidente  
 del C.L.N.  
 Bressanone

Nell'Amministrazione del Comune di  
 Bressanone, stanza Nr.20, c'è una impiegata, la  
 Signorina Paula. Occupava primo il posto  
 quale segretaria del Dr. Petschauer nella  
 A.D.E.u.R.St. nell'Excelsior. Lei come la sua  
 mamma e zia erano tanti fanatici-nazisti e odia-  
 vano ognuno che aveva optato per la cittadinanza  
 italiana. Aiutava anche agli agenti della Gestapo.

Vi preghiamo tanto e vivamente di cacciar  
 fuori dal Comune questa falsa persona, perché la  
 popolazione non la vuole sia per il suo fanatismo,  
 sia per il suo morale.

Ringraziano vivamente:  
 alcuni cittadini

Bressanone, li 16 giugno 1945.

Anonyme Denunziation einer Gemeindegestellten von Brixen beim dortigen Nationalen Befreiungskomitee, Juni 1945 — Die Frau sei eine fanatische Nationalsozialistin gewesen, habe für die ADERSt gearbeitet, die Dableiber gehaßt und mit der Gestapo kollaboriert.

Rechts: Verordnung der Alliierten Militärregierung der Provinz Bozen zur Entnazifizierung und Entfaschisierung, Juni 1945

Ränge bekleidenden Angehörigen der faschistischen und nationalsozialistischen Partei und deren Organisationen angewandt werden. Speziell auf Südtiroler Seite sollte es die einstigen höheren Funktionäre der AdO treffen, wie Ortsgruppenleiter, Kreisleiter, Ortsgruppenführer, Kreisbauernführer und lokale oder höhere Befehlshaber des SOD. Eine gemischtsprachige Kommission politisch zuverlässiger italienischer Staatsbürger, vom Kommissar für die Provinz Bozen, Oberstleutnant William E. McBratney, ernannt, sollte die Säuberung durchführen. Von den Südtirolern waren nur Dableiber in diesem Gremium vertreten, da nur sie zu diesem Zeitpunkt zweifellos im Besitz der italienischen Staatsbürgerschaft waren.

Wären die Bestimmungen zur Entnazifizierung und Entfaschisierung rigoros angewandt worden, so hätten die offiziell deklarierten Ziele durchaus erreicht werden können. Neben den vielen Ausnahmebestimmungen der Provinzialverordnung Nr. 8 (ehemalige Faschisten waren z. B. nicht betroffen, wenn sie nachweisen konnten, daß sie nach dem 8. September 1943 gegen die Deutschen gekämpft hatten), ermöglichte es u. a. die politische Restauration in Italien vielen oder den meisten ehemaligen Faschisten, sich der Säuberung zu entziehen. Mit der Entnazifizierung war es aber letztendlich nicht besser bestellt, da man sowohl auf italienischer als auch auf Südtiroler Seite bestrebt war, Personen aus den eigenen Reihen vor der Säuberung zu schützen. So konnten die italienischsprachigen Mitglieder der Säuberungskommission nicht die Entnazifizierung gewisser Personen fordern, ohne daß die deutschsprachige Seite daraufhin die Entfaschisierung bestimmter ehemaliger Faschisten verlangt hätte. Diese Säuberung auf gewissermaßen paritätischer Grundlage erfaßte nur wenige Personen, und dann auch nur jene, die lediglich niedere Funktionen in den beiden totalitären Regimen innegehabt hatten.

Von einer »Stunde Null« läßt sich somit in Südtirol in keiner Weise sprechen. Tatsächlich erfolgte in den allermeisten Fällen nur ein äußerlicher Wechsel von Hemd und Abzeichen. Meist blieben ehemalige faschistische Beamte auch nach 1945 im Amt, einstige NS-Funktionäre nahmen bald ihre früheren führenden Positionen wieder ein, nachdem sie die italienische Staatsbürgerschaft wiedererworben hatten.

# Alliierte Militärregierung

## Provinz Bozen

### PROVINZ-VERORDNUNG Nr. 8

#### Suspendierung oder Entlassung nazistischer oder faschistischer Amtswalter und Beamter.

Da es die Aufgabe der Alliierten Militärregierung ist, dass Personen, welche Nazisten oder Faschisten waren und während des nazistischen oder faschistischen Regimes wichtige repräsentative Stellungen einnahmen, oder Personen die seit dem 8. Sept. 1943 mit der Nazi- oder republikanisch-faschistischen Regierung zusammengearbeitet haben, aus ihren Stellungen zu entfernen,

und da die italienische Regierung bereits Schritte in dieser Hinsicht unternommen hat und das Gesetz D.L.L. Nr. 159 vom 29. Juli 1944 und andere Gesetzesbestimmungen zu diesem Zwecke erlassen hat,

und da es die Absicht der Alliierten Militärregierung ist, ohne den Bestimmungen der italienischen Gesetzesvorschriften vorgreifen zu wollen, dass die Suspendierung oder Entlassung von Personen, welche unter diese Verordnung fallen, sofort stattfinden soll,

deshalb ordne ich, WILLIAM E. McBRATNEY, Oberstleutnant, Kommissar der Provinz, in Ausübung der speziellen Machtbefugnisse, welche mir erteilt worden sind, hiemit an wie folgt:

#### ABSATZ I.

#### Personen, welche unter diese Verordnung fallen.

Amtswalter und Beamte folgender Körperschaften unterliegen dem Verfahren dieser Verordnung:

- a) Der staatlichen Zivilverwaltungsbehörden (auch autonomer);
- b) lokaler Behörden und anderer öffentlicher Körperschaften und Institute;
- c) besonderer Unternehmungen, welche unter der Aufsicht öffentlicher Behörden oder Körperschaften arbeiten, Privatunternehmungen und Körperschaften welche vom Staate anerkannt, öffentliche nützliche Unternehmungen, oder Unternehmungen, welche wichtige nationale Interessen vertreten oder kontrollieren.

#### ABSATZ II.

#### Kategorien von Personen.

1. Folgende Personen werden ihres Amtes enthoben:

- a) Jeder, der sich als unwürdig erwiesen hat dem Staate zu dienen, entweder weil er aktiv am politischen Leben des Nazismus oder Faschismus teilgenommen hat, oder weil er ein ständiger Ideenverbreiter des Nazismus oder Faschismus war und dies in Ausnützung seiner Stellung als hoher öffentlicher Amtswalter getan hat;
- b) Jeder der eine Ernennung oder Beförderung durch Begünstigung der Partei oder nazistischer und faschistischer Würdenträger erhalten hat;
- c) Wer nazistischer oder faschistischer Parteilichkeit oder Korruption schuldig ist;
- d) Wer ein lokaler oder höherer Befehlshaber der SOD (Südtiroler Ordnungsdienst) war oder wer den Titel (Grad) eines Squadristen, Sansepolkristen, eines Antimarecia (Marcia su Roma), Sciarpa Littoria innehatte oder wer ein Offizier der italienischen Miliz war;
- e) Wer nach dem 8. September 1943 Offizier der faschistisch-republikanischen Miliz oder der faschistisch-republikanischen Armee war;
- f) Wer nach dem 8. September 1943 nach Nord-Italien ausgewandert ist und der Nazi-Regierung oder der faschistisch-republikanischen Regierung den Treueeid geleistet oder in irgendeiner Weise mit diesen Regierungen zusammengearbeitet hat;
- g) Wer ein Amtswalter des Sondergerichtes war oder die Stellung eines Ortsgruppenleiters, Kreisleiters, Ortsgruppenführers oder Kreisbauernführers innehatte, oder wer eine Ernennung zum kommissarischen Leiter angenommen hat;
- h) Wer in der SA, SS, SD, oder irgendeiner anderen Nazi-, Polizei- oder Partei-Organisation als Mitglied eingetragen war, oder mit diesen zusammengearbeitet hat, oder wer eine executive oder administrative Stellung in der OT, Ein- und Rückwanderungsstelle oder DAT innehatte oder wer ein offizieller Lieferant oder Vermittler für die deutsche oder faschistisch-republikanische Armee oder der OT war;
- i) Jeder der ein Amt in der Wehrmacht oder bei den Standeschützen innehatte.

2. Folgende Personen sind aus dem Dienste zu entlassen:

- a) Alle Personen die in Absatz I angeführt sind und die deutsche Staatsbürgerschaft haben;
- b) Anordnungen bezüglich aller Personen welche in Absatz I angeführt sind und die ihre Beschäftigung nur provisorisch ausübten sind in Form der Entlassung und nicht einer Suspendierung zu erlassen.

3. Nach den Bestimmungen dieser Verordnung ist keiner als deutscher Staatsbürger anzusehen, der die italienische Staatsbürgerschaft am oder nach dem 1. Jänner 1940 innehatte und der in der Provinz Bozen am 4. Mai 1945 ansässig war und die Staatsbürgerschaft auf Grund von Schritten, welche er im Sinne der Bestimmungen des Abkommens zwischen Deutschland und Italien vom 26. 6. 1939 unternahm, wechselte oder zu wechseln suchte.

#### ABSATZ III.

#### Ernennung von Kommissionen.

- a) Spätestens innerhalb 3 Tagen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung ernennt der Kommissar der Provinz eine Kommission italienischer Bürger, welche den besten Leumund haben und Gegner des Nazismus und Faschismus waren. Dieser Kommission obliegt es die Bestimmungen dieser Verordnung in dieser Provinz auszuführen und die Ernennung dieser Kommission und der Sitz ihres Amtes wird öffentlich bekanntgegeben.
- b) Jede Kommission besteht aus einem Präsidenten, welcher vom Kommissar der Provinz bestimmt wird und aus einer Anzahl von Mitgliedern, welche ebenfalls der Kommissar der Provinz ernannt. Die Kommission selbst kann in Unterabteilungen zerfallen.
- c) Mitglieder der Kommission als auch deren Präsident können jederzeit von dem Kommissar der Provinz des Amtes enthoben werden.

#### ABSATZ IV.

#### Bekanntmachung von Kommissionen.

- a) Spätestens 7 Tage nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung muss der leitende Beamte jeder Verwaltungsbehörde oder Unternehmung welche in Absatz I. dieser Verordnung angeführt sind und die ihre Tätigkeit in dieser Provinz ausüben in den Räumen in welchen die Amtstätigkeit ausgeübt wird, eine oder mehrere Abschriften dieser Verordnung anschlagen und den Amtswaltern und den Beamten der Verwaltungsbehörden oder der Unternehmungen, welche in dieser Ortschaft angestellt sind, bekannt geben:
  - 1) dass diese Verordnung in dieser Provinz in Kraft getreten ist, und
  - 2) dass die in Frage stehende Verwaltungsbehörde oder das Unternehmen, unter die Bestimmungen des Absatzes I. dieser Verordnung fällt.

Damit ein Verständnis des Leiters einer Verwaltungsbehörde oder eines Unternehmens, diese Bekanntmachungen vorzunehmen, keine Entschuldigung oder Verteidigung für Personen bildet, welche den Anforderungen von Absatz V. nicht nachkommen, wird angeordnet:

- b) dass der Präfekt der Provinz dafür Sorge trägt, dass in allen Gemeinden und Fraktionen von Gemeinden Kopien dieser Verordnung angeschlagen werden.



Kundgebung für das Selbstbestimmungsrecht Südtirols auf Sigmundskron, Frühjahr 1946

DÉLÉGATION ITALIENNE  
A LA  
CONFÉRENCE DE PARIS

DRAFT PACE TREATY WITH ITALY

Proposed Amendment  
to Art. 10

1° - German-speaking inhabitants of the Bolzano Province and of the neighbouring bilingual townships of the Trento Province will be assured a complete equality of rights with the Italian-speaking inhabitants, within the framework of special provisions to safeguard the ethnical character and the cultural and economic development of the German-speaking element.

In accordance with legislation already enacted or awaiting enactment the said German-speaking citizens will be granted in particular:

- (a) elementary and secondary teaching in the mother-tongue;
- (b) purification of the German and Italian languages in public offices and official documents, as well as in bilingual topographic naming;
- (c) the right to re-establish German family names which were italianized in recent years;
- (d) equality of right as regards the entering upon public offices, with a view to reaching a more appropriate proportion of employment between the two ethnical groups.

Trotz der Vereinbarung vom 31. Mai 1945 gestalteten sich in der Folge die Beziehung und die Zusammenarbeit zwischen Italienern und Südtirolern mehr als problematisch, sodaß ein zweites Abkommen mit ähnlichem Inhalt nötig wurde, das am 8. September 1945 geschlossen wurde. Aber auch dieses erzielte nicht die offiziell gewünschte Wirkung. Die italienischen Parteien konnten aus ihrer damaligen Optik nicht verstehen, weshalb die SVP das Selbstbestimmungsrecht forderte, da die Partei offiziell ja ausschließlich von Dableibern gegründet worden war, die z. T. sogar vom Nationalsozialismus verfolgt worden waren. Die Italiener waren damals nicht in der Lage zu begreifen, aus welchen Gründen sich diese Leute 1939 für den Beibehalt der italienischen Staatsbürgerschaft ausgesprochen hatten.

Auf der anderen Seite war die SVP damals ausschließlich auf das Selbstbestimmungsrecht — sprich Angliederung

2° - The populations of the above mentioned zones will be granted the exercise of an autonomous legislative and executive regional power. The frame within which the said provisions of autonomy will apply, will be drafted in consultation also with local representative German-speaking elements.

3° - The Italian Government, with the aim of establishing good neighbourhood relations between Austria and Italy, pledges itself, in consultation with the Austrian Government and within one year from the signing of the present Treaty:

- (a) to revise in a spirit of equity and broad-mindedness the question of the options for citizenship resulting from the 1939 Hitler-Mussolini agreements;
- (b) to find an agreement for the mutual recognition of the validity of certain degrees and University diplomas;
- (c) to draw up a convention for the free passengers and goods transit between Northern and Eastern Tyrol both by rail and, to the greatest possible extent, by road;
- (d) to reach special agreements aimed at facilitating enlarged frontier traffic and local exchanges of certain quantities of characteristic products and goods between Austria and Italy.

*Legation*

*Gruber*

*5 settembre 1946*



Alcide De Gasperi und Karl Gruber nach der Unterzeichnung des Abkommens, Paris, 5. September 1946

Das englische Original des Pariser Abkommens vom 5. September 1946

an Österreich — fixiert. Diese Forderung konnte aber nur von seiten der Alliierten erfüllt werden, weshalb man die Gespräche mit den Italienern nicht suchte.

Schließlich kam es aber nicht zur gewünschten Rückgliederung an Österreich, die in einer großangelegten Unterschriftenaktion, in Memoranden und Großkundgebungen beiderseits des Brenners gefordert worden war. Im Pariser Abkommen vom 5. September 1946 (Gruber-De-Gasperi-Abkommen) wurde Südtirol aber eine Autonomie zugesichert.



Die erste Führungsgeneration der Südtiroler Volkspartei, Juni 1946

Deutsches Reich  
  
**Einbürgerungs-Urkunde**

Maria ~~Wwe.~~Aster geb. Messner

In Bozen, Via Portici 14

geboren am 18.9.1905 in Sterzing

frühere-letzte Ehefrau geborene

geboren am in

und folgende nicht eigenberechtigte Kinder:

1. Otto Messner	geb. am	<u>25.5.1926</u>	in	<u>Meran</u>
2. Maria Aster	geb. am	<u>28.10.1930</u>	in	<u>Bozen</u>
3. Hubert Aster	geb. am	<u>27.4.1933</u>	in	<u>"</u>
4.				
5.				
6.				

haben mit dem Zeitpunkt der Ausbündigung dieser Urkunde die deutsche Staatsangehörigkeit (Nicht-angehörigkeit) durch Einbürgerung erworben.

Die Einbürgerung erstreckt sich nur auf die vorstehend aufgeführten Familienangehörigen.

Innsbruck, den 12. April 1940

Der Landeshauptmann von Tirol und Vorarlberg:

Im Auftrag:

*Dreiner*  
(Dr. Stadlger)

Schleissbrief:  
 Nummer: 115.214  
 Antragsnummer: 15/16/17  
 Th/Kn/Pe

  
 14274  
*Al Ministro dell'Interno*

Vista la domanda in data 25.9.1948, pervenuta alla Prefettura di Bolzano il 29.3.1949, con la quale il Sig. Messner Otto di N.N. e di Maria Messner, nato a Merano il 25.5.1926, emigrato ed attualmente residente a Innsbruck Pradi - Lindenhof 8 (Austria), ha dichiarato, ai sensi dell'art. 11 del D.L. 2.2.1948, n. 23, di revocare l'opzione per la cittadinanza germanica, effettuata a norma della legge 21.8.1939, n. 1241 e degli accordi italo-tedeschi del 1939 e degli anni seguenti, di rinunciare alla cittadinanza germanica e di voler riacquistare la cittadinanza italiana;

Visto il parere favorevole al riacquisto della cittadinanza italiana n° da parte del predetto, emesso dalla Commissione di cui all'art. 6 del D.L. 2.2.1948, n. 23 nell'adunanza del 18.8.1949;

Visto il D.L. 2.2.1948, n. 23;

Visto l'art. 76 della legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5;

D E C R E T A

La domanda del Sig. Messner Otto di N.N., di cui nelle premesse, è accolta e, per l'effetto, al Sig. Messner Otto è concesso il riacquisto della cittadinanza italiana.

Il Commissario del Governo nella Regione Trentino Alto Adige è incaricato dell'esecuzione del presente decreto.

Roma, 16 dicembre 1949

PEL MINISTRO  
F/to Marazza

P. G. G.  
IL CAPO DIVISIONE  
*[Signature]*

F/Z

Deutsche Einbürgerungsurkunde,  
1940

Italianische Wiedereinbürgerungsurkunde,  
1949

## Die Revision der Optionen

Die demokratische italienische Regierung mit ihrem konservativen Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi vertrat nach dem Zweiten Weltkrieg anfänglich die Ansicht, daß die Südtiroler Optanten die italienische Staatsbürgerschaft verloren hätten und deutsche Staatsangehörige geworden seien. Die Optionen wurden somit als gültig betrachtet, und De Gasperi ging sogar so weit, jene für Deutschland als ein »Bekenntnis zum Nationalsozialismus« zu werten. Dem gegenüber stand die Auffassung der Südtiroler Volkspartei, die den »Umsiedlungsvertrag« vom 23. Juni 1939 und somit die Optionen als ungültig und nichtig betrachtete. Sie forderte die Annullierung des »Vertrages« und seiner Auswirkungen, d.h. die Ungültigkeitserklärung der Optionen und die Rückführung der Abgewanderten.

Diese Position vertrat die SVP allerdings erst im Jahre 1946, als sich abzeichnete, daß Südtirol nicht an Österreich angegliedert werden würde. Im Jahre 1945 beschäftigte man sich in der Partei kaum bis gar nicht mit der Optantenfrage, da man wohl glaubte, bei einer Rückgliederung Südtirols an Österreich würde sich das Problem gewissermaßen von selbst lösen. Da die Rückgliederung das oberste Ziel war, vermied man auch peinlichst alle Gespräche mit der italienischen Regierung über die Wiedervergabe der Staatsbürgerschaft und die Rücksiedlung der Abgewanderten, um nicht den Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht zu gefährden oder den Eindruck entstehen zu lassen, die SVP gebe die Forderung einer Wiederangliederung an Österreich auf.

Als Italien aber dazu überging, ein Gesetzesdekret vorzubereiten, das die Überprüfung der Optionen festlegen sollte, konnte man in Südtirol doch nicht länger passiv bleiben. Der Entwurf vom November 1945 hätte nämlich, wäre er tatsächlich in Kraft getreten, schwerwiegende Folgen gehabt. Nach Erich Amonn, dem damaligen SVP-Obmann, hätte er die »Auslöschung des Südtiroler Volkes« bedeutet. In der Tat wäre den Umsiedlern eine Rückkehr nach Italien verboten gewesen, außerdem sollten alle Südtiroler Optanten, die zwar nicht abgewandert waren aber die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hatten,

»Die Vertreter der SVP machen vor allem den Vorbehalt, daß sie, wenn sie in Verhandlungen über die Regelung der Staatsbürgerschaft der Optanten eintreten, damit in keiner Weise die vom Südtiroler Volk geforderte Selbstbestimmung zu präjudizieren beabsichtigen.

Sie erklären ferner, daß sie den Vertrag vom 23. 6. 1939 über die Umsiedlung der Oberetscher (Südtiroler) nach Deutschland als nichtig und ungültig betrachten (...):

1. weil der Vertrag zum Ziel hatte, das Südtiroler Volk von seinem angestammten Boden zu vertreiben, und deshalb eine Existenzbedrohung dieses Volkes darstellt;
  2. weil der Vertrag, dessen Opfer das Südtiroler Volk wurde, einen der vornehmlichsten Akte zur Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges darstellte;
  3. weil, wenn überhaupt, nur die legale Regierung Österreichs berechtigt gewesen wäre, einen solchen Vertrag abzuschließen und nicht die deutsche Regierung;
  4. weil der Vertrag weder veröffentlicht, noch ratifiziert wurde und deshalb auf italienischem Staatsgebiet keine Gesetzeskraft erhielt;
  5. weil der Vertrag in Widerspruch zu den demokratischen Prinzipien steht.
- (...)

Die Vertreter der SVP erklären, daß sie deswegen die weitgehendste Annullierung des Vertrages und seiner Auswirkungen im künftigen Friedensvertrag anstreben, so weit nicht die Auswirkungen des Vertrages durch das Gesetz ausgemerzt werden sollten, das jetzt zur Diskussion steht.«

(Aus der Denkschrift der SVP an die italienische Regierung vom 3. April 1946, Übersetzung)



Alliierte Soldaten am Brenner, Mai 1945 — Die Grenze ist wieder zu.

von der italienischen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen und ausgewiesen werden. Eine zweite Fassung schwächte diesen Punkt ab.

Als man in Bozen von diesem italienischen Vorhaben Kenntnis erlangte, suchte man sofort ein Gespräch mit Ministerpräsident De Gasperi, der sich schließlich bereit erklärte, den Gesetzentwurf zurückzuziehen.

In allen künftigen Überlegungen bezüglich der Lösung des Optantenproblems wurde ein Rückkehrverbot für die abgewanderten Südtiroler nicht mehr in Betracht gezogen. De Gasperi erklärte sich in der ersten Hälfte des Jahres 1946 sogar zu immer besseren Konditionen bereit, unter denen die Überprüfung der Optionen erfolgen sollte. Die Frage, wieso er sich dazu veranlaßt sah, ist mit seinem Kampf um den Erhalt der Brennergrenze für Italien zu beantworten. Den Alliierten gegenüber erklärte De Gasperi nämlich immer wieder, daß Italien eigentlich das Recht habe, alle Optanten auszuweisen und damit die Umsiedlung fortzusetzen und zu Ende zu führen. Mit Genehmigung der Alliierten würden ja aufgrund der Potsdamer Vereinbarungen Millionen Deutsche aus ganz Ost-Europa vertrieben. Die italienische Regierung, von höheren Idealen der Huma-



# Südtirol zu Österreich!

Das neue Österreich fordert gerechte Grenzen, damit es mit allen Nachbarn in Friede und Freundschaft leben kann. Darum erheben wir Österreicher die kompromißlose Forderung auf die

## Rückkehr Südtirols

des Juwels unserer Alpenländer, durch 600 Jahre mit Österreich verbunden, zu einem notwendigen Bestandteil seines Wirtschaftslebens geworden und gegen unseren flammenden Protest von seinem Herzen gerissen!

Die Bergheimat des großen österreichischen Volkshelden Andreas Hofer und der todesmutigen Dolomitenkämpfer aus dem ersten Weltkrieg strebt nach bitterer Leidenszeit, nach faschistischer Unterdrückung und nationalsozialistischem Verrat zurück ins Vaterhaus.

Die Österreichische Widerstandsbewegung steht geschlossen zu Südtirol! Die Männer des tapferen Widerstandes gegen den Nazismus in Südtirol rechnen auf uns.

Darum rufen wir es in die Welt hinaus, daß Völker u. Staatsmänner es hören sollen:

**Gebt Südtirol die Freiheit wieder!  
Südtirol zu Österreich!**

Österreichisches Flugblatt mit der Forderung der Rückgliederung Südtirols an Österreich, 1945 — Es lag in der Hand der Alliierten, über einen Verbleib Südtirols bei Italien oder über eine Wiederangliederung an Österreich zu entscheiden. Die Lösung des Optantenproblems war eng verknüpft mit der Frage der zukünftigen Staatszugehörigkeit Südtirols. De Gasperis Angebot einer weitreichenden und großzügigen Revision der Optionen sollte die Alliierten günstig stimmen, im italienischen Sinn zu entscheiden.

nität geleitet, werde das allerdings nicht so handhaben, sondern eine weitreichende und großzügige Revision der Optionen zugestehen.

Mit solchen Stellungnahmen versuchte De Gasperi den Alliierten Italien von der besten Seite zu präsentieren. Bei einer Forderung auf Umsiedlung aller Optanten, die ja die große Mehrheit der Südtiroler Bevölkerung bildeten, oder einer generellen Verweigerung der Wiederverleihung der italienischen Staatsbürgerschaft mußte er befürchten, daß die Alliierten nicht in italienischem Sinne über die zukünftige Staatszugehörigkeit Südtirols entscheiden könnten. In höchsten italienischen Regierungskreisen wurde eine Fortsetzung der Umsiedlung aller Optanten nie ernsthaft

in Erwägung gezogen. Der Hinweis auf das vermeintliche Recht Italiens war lediglich ein taktisches Mittel, das die Brennergrenze für Italien sichern sollte. Als taktisches Manöver ist wohl auch der Gesetzesentwurf vom November 1945 zu verstehen; wäre es De Gasperi wirklich ernst damit gewesen, so hätte er den Entwurf sicher nicht einfach aufgrund einer kurzen Unterredung mit Vertretern der SVP zurückgezogen.

De Gasperi erklärte sich schließlich sogar dazu bereit, die Optantenfrage bei den Pariser Friedensvertragsverhandlungen im Sommer 1946 miteinzubeziehen. Nach vierzehntägigen zähen Verhandlungen kamen Italien und Österreich, das die Südtiroler Belange vertrat und in engstem Kontakt mit einer Delegation aus Südtirol stand, schließlich zu einer Einigung. In dem von Außenminister Karl Gruber und Ministerpräsident Alcide De Gasperi am 5. September unterzeichneten Abkommen lautet die die Optantenfrage betreffende Stelle folgendermaßen:

»3. Die italienische Regierung verpflichtet sich, zum Zwecke der Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Österreich und Italien nach Beratung mit der österreichischen Regierung und innerhalb eines Jahres nach Unterzeichnung vorliegenden Vertrages:

a) im Geiste der Billigkeit und Weitherzigkeit die Frage der Staatsbürgerschaftsoptionen, welche sich aus dem Abkommen Hitler-Mussolini vom Jahre 1939 ergibt, neu zu regeln;«

Diese Kompromißformel war sowohl für die italienische als auch für die österreichisch-südtirolische Seite zufriedenstellend. Italien erreichte die gewünschte allgemeine und offene Formulierung und verpflichtete sich nur zu einer Revision und nicht, wie vom Verhandlungspartner gefordert, zu einer Annullierung. Für die österreichisch-südtirolische Seite war es schon äußerst wichtig, daß es überhaupt zu einer Lösung gekommen war; die zeitliche Begrenzung auf ein Jahr, die Konsultationspflicht Italiens gegenüber Österreich und die internationale Verankerung des Abkommens waren zusätzliche Pluspunkte.

Daß der Optantenfrage in Paris größte Bedeutung geschenkt werden mußte, erklärt sich aus dem Umstand, daß eine Autonomie für Südtirol nur dann den von der SVP erhofften Sinn haben konnte, wenn eine deutschsprachige Mehrheit mit italienischer Staatsbürgerschaft in Südtirol

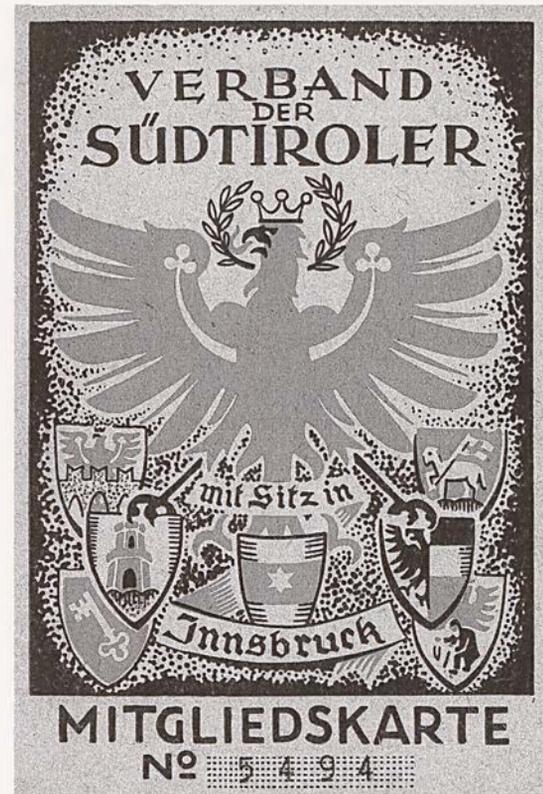
bestand, was ja zu diesem Zeitpunkt nicht der Fall war. Nach Abschluß des Pariser Abkommens drängte die SVP auf eine baldmögliche Aufnahme der Verhandlungen zwischen Italien und Österreich. Diese zogen sich fast über das gesamte Jahr 1947 hin, und sowohl die SVP, als auch der Gesamtverband der Südtiroler in Österreich (GVS), zu dem sich im Oktober 1946 alle Südtiroler Verbände, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Kreisen umgesiedelter Optanten entstanden waren, zusammengeschlossen hatten, unterbreiteten ihrerseits immer wieder Vorschläge, wie die Revision der Optionen gehandhabt werden sollte.

Die größten Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Verhandlungspartnern Italien und Österreich bestanden in der Frage, welche Kategorien von Optanten von der italienischen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen werden und welcher Art die Ausschließungsgründe sein sollten. Am 22. November 1947 kam man schließlich in Rom zu einer Einigung. Das sogenannte Optantendekret wurde am 28. Jänner 1948 vom italienischen Ministerrat genehmigt, am 5. Februar veröffentlicht und am selben Tag in Kraft gesetzt.

Einfache Optanten, d. h. jene, die die deutsche Staatsbürgerschaft nicht erworben und ihren Wohnsitz nicht in das Deutsche Reich verlegt hatten, sollten erklären können, daß sie die Option widerrufen und die italienische Staatsbürgerschaft beibehalten möchten. Sie konnten von der italienischen Staatsbürgerschaft nicht ausgeschlossen werden. Optanten, die die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatten aber in Südtirol verblieben waren, sollten erklären können, die Option zu widerrufen, auf die deutsche Staatsbürgerschaft zu verzichten und die italienische zurückzuerwerben zu wollen.

Für die Optanten, die die deutsche Staatsbürgerschaft erworben und ihren Wohnsitz ins Deutsche Reich verlegt hatten, galten im wesentlichen dieselben Bestimmungen.

Den beiden letztgenannten Kategorien von Optanten konnte die italienische Staatsbürgerschaft verweigert werden, wenn sie in der SS einen höheren Dienstgrad innegehabt hatten, Ortsgruppenleiter der NSDAP gewesen waren, der Gestapo oder dem SD als zentrale Befehlshaber angehört hatten, als Richter oder Staatsanwälte in den deutschen Sondergerichten beschäftigt gewesen waren oder



Mitgliedskarte des Verbandes der Südtiroler in Innsbruck, 1947

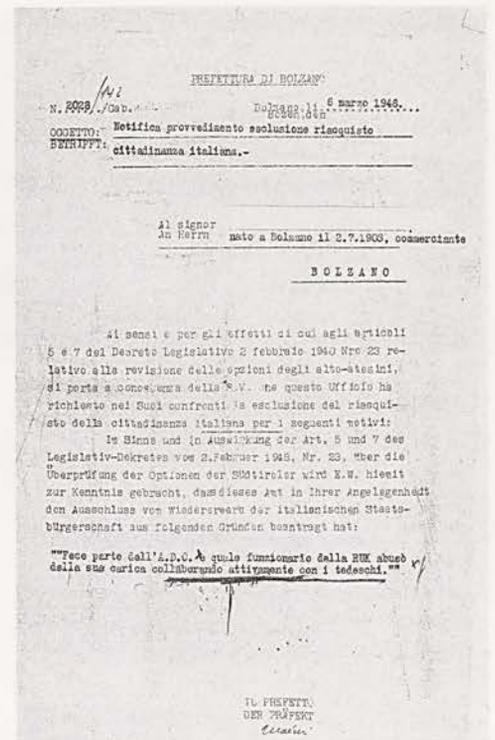


stigt wurden diese außerdem noch durch die Art der Durchführung des Ausschlußverfahrens vor der gemischt-sprachigen Optionskommission in Bozen, das geheim abgewickelt wurde und keine Akteneinsicht zuließ. Die endgültige Entscheidung über einen Ausschluß wurde durch ein Dekret des italienischen Innenministers ausgesprochen.

Die Optanten, die sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Optantendekrets am 5. Februar 1948 in Italien aufhielten, mußten bis zum 4. Mai 1948 ihre Gesuche und Erklärungen abgeben. Die Optanten im Ausland hatten dafür ein Jahr lang Zeit.

Insgesamt bekamen mindestens 201.305 Südtiroler Optanten die italienische Staatsbürgerschaft bestätigt bzw. wiederverliehen. Ca. 4100 Personen wurde sie verweigert, wovon 664 zwar die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatten, aber aus Südtirol nicht abgewandert waren. Obwohl die italienische Regierung im Jahre 1946 zugesagt hatte, die abgewiesenen Rückoptanten nicht aus dem italienischen Staatsgebiet auszuweisen und ihr Vermögen nicht zu beschlagnahmen, wurde letzteres um die Jahreswende 1948/49 doch durchgeführt mit der Begründung, es handle sich um deutsches Eigentum. Im Herbst 1951 wurde aber doch die Aufhebung der Beschlagnahmungen erreicht. Die Optanten in Südtirol mußten rückoptieren, wenn sie nicht staatenlos werden bzw. bleiben wollten. Sie machten denn auch so ziemlich alle von ihrem Rückoptionsrecht Gebrauch, und die italienischen Behörden erledigten ihre Anträge in den allermeisten Fällen innerhalb von wenigen Wochen. Mit Ausnahme der 664 von der italienischen Staatsbürgerschaft ausgeschlossenen Personen, konnten somit praktisch fast alle damals in Südtirol ansässigen Optanten an den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung am 18. April 1948 teilnehmen.

Das Rückoptionsergebnis der Umsiedler in Österreich war nicht viel niedriger als jenes in Südtirol, d. h. ca. 90% entschieden sich für den Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft (über das Ergebnis in Deutschland kann nichts gesagt werden, da nicht einmal annähernd feststellbar ist, wieviele Südtiroler sich nach dem Zweiten Weltkrieg dort überhaupt aufhielten). Dies ist umso bemerkenswerter, als noch 1947 ca. 20.600 (35%) der insgesamt 59.000 zu diesem Zeitpunkt in Österreich lebenden Südtiroler er-



Der Präfekt von Bozen beantragt den Ausschluß vom Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft, weil der Antragsteller als Mitglied der AdO und Mitarbeiter der ADERSt mit den Deutschen kollaboriert habe. Damit wurde ein Ausschlußverfahren vor der gemischten Optanten-Kommission in Bozen eröffnet. Die endgültige Entscheidung lag beim italienischen Innenminister.

**Wer nicht seine Option für Deutschland widerruft, versündigt sich an sich, an seinen Kindern, an seiner Heimat! – Wendet euch in allen Zweifelsfällen an die Südtiroler Volkspartei oder an euren Geistlichen. Fragen ist besser als später bereuen!**

## **Optanten für Deutschland**

An alle von euch, ob eingebürgert oder nicht eingebürgert, die noch nicht ihre Option widerrufen haben, ergoht hiemit

## **der letzte Aufruf**

zur Abgabe der vom Gesetze vorgesehenen Widerrufserklärung.

Wer diese Erklärung nicht zeitgerecht abgibt, der beraubt sich unwiderruflich der italienischen Staatsbürgerschaft.

Er und seine Familie sind damit endgültig **für Südtirol verloren!**

Er stürzt sich als Staatenloser oder Ausländer nicht nur selbst in ein

**ungewisses Schicksal,**  
sondern

**schadet auch schwer seiner Heimat,** da er deren Bestand an entscheidungsberechtigten Mitbürgern herabsetzt.

**Optanten für Deutschland!**

**Wenige Stunden bleiben euch noch,** um eure Entscheidung für die Heimat, für Südtirol, abzugeben, aber

**euer ganzes Leben lang**

werdet ihr an den Folgen der Unterlassung der Widerrufserklärung zu tragen haben!

Südtiroler aller Stände, tragt zur vollständigen Abgabe der Widerrufserklärungen aller Optanten für Deutschland bei.

Bei Ablauf der letzten Frist zur Abgabe der Widerrufserklärungen

**sol! auch der letzte Optant für Deutschland widerrufen haben** und dafür Sorge zu nehmen, daß für

**Südtirol**

**Heute ist der letzte Tag**  
um die Widerrufserklärung der Option für  
Deutschland einzureichen

## **Es fehlen noch Tausende**

von Optanten für Deutschland bei den eingereichten Widerrufserklärungen.

## **Südtiroler! Es geht uns alle an!**

Wir alle werden darunter leiden, wenn eine große Anzahl von Landsleuten die Rechte ihrer Heimat verlieren und als stumme, geduldete Mitläufer bei uns sein werden, die sich nicht mehr für uns einsetzen können.

## **Wir alle müssen mitarbeiten,**

um so viel Optanten wie möglich zur Abgabe der Widerrufserklärung zu bringen.

## **Jeder werbe dafür unter seinen Bekannten!**

**Die hochw. Geistlichkeit** möge ihre so oft bewährte Hilfe der Bevölkerung in dieser ersten Angelegenheit gewähren!

**Arbeitgeber,** überzeugt euch, ob alle eure Untergebenen die Widerrufserklärung abgegeben haben.

**Lehrer und Lehrerinnen,** macht die Widerrufserklärung zum Gegenstand von Schularbeiten, um auf diese Weise an die Eltern heranzutreten.

**Gastwirte,** fragt eure Gäste, ob sie ihre Staatsbürgerschaft bereits geregelt haben.

**Hausbesitzer,** erkundigt euch bei euren Mietpartnern nach Abgabe der Widerrufserklärung.

**Geschäftsleute,** werbet unter euren Kunden für die sofortige Widerrufung der Option.

## **Bekämpft die Unkenntnis,**

die für viele unserer Landsleute so traurige Folgen haben wird!

**Der 4. Mai ist der letzte Termin!**

klärt hatten, nicht in ihre Heimat rücksiedeln zu wollen. Die übrigen äußerten hingegen die Absicht, nach Südtirol zurückzukehren, wenn dort ihre Existenz gesichert sei.

In der Zeit der Rückoptionsfrist vom 5. Februar 1948 bis zum 4. Februar 1949 verschlechterte sich allerdings in Südtirol die Lage auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Außerdem war nicht klar, wer die Rücksiedlung bezahlen sollte, ob Italien die Pensionen und Renten übernehmen würde, ob die öffentlich Bediensteten eine Stellung erhielten usw. Die Ursachen für das rund neunzigprozentige Rückoptionsergebnis sind also viel eher als in Südtirol in den Begleitumständen zu suchen, unter denen die Erklärungsabgabe erfolgte: die Umsiedler waren nämlich größtem Druck von Seiten des Gesamtverbandes der Südtiroler, der österreichischen Presse und der österreichischen Regierung ausgesetzt.

Der Gesamtverband forderte alle Umsiedler zur Rückoption auf, sie wurde als eine Pflicht am Vaterland Südtirol dargestellt. Weiters, so hieß es, dürfe man Österreich nicht enttäuschen, dem man ja so viel zu verdanken habe.

Österreichische Zeitungen, insbesondere die *Tiroler Tageszeitung* und die *Tiroler Nachrichten*, veröffentlichten im Jahre 1948 immer wieder Artikel, in denen den Nichtrückoptanten mit der Staatenlosigkeit gedroht wurde. Auch wurde behauptet, daß durch die Rückoption kein Zwang zur Rückkehr nach Südtirol entstehen würde, daß vielmehr jene Personen, denen eine Rückkehr unmöglich wäre, um die österreichische Staatsbürgerschaft ansuchen könnten. Das hätte bedeutet, daß man, um in den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft zu gelangen, zuerst um die italienische hätte ansuchen müssen! Tatsächlich wurde bis zum Jahr 1950 nur in den allerseltensten Fällen die österreichische Staatsbürgerschaft an Südtiroler vergeben.

Österreich hatte natürlich größtes Interesse, die meist äußerst armen Südtiroler Umsiedler, die immerhin fast 60.000 Personen umfaßten, wieder »loszuwerden«. Das Land steckte in größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Rücksiedlung der Südtiroler hätte zweifellos eine Entlastung bedeutet. Nachdem sich im Laufe des Jahres 1948 aber ein »schlechtes« Rückoptionsergebnis abgezeichnet hatte, beschloß der österreichische Ministerrat im November 1948, die Gleichstellung der Südtiroler mit den

### Die Staatsbürgerschaft der Südtiroler Nichtoptanten

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, erlangen Südtiroler Umsiedler, die von der ihnen durch das italienische Optantendekret eröffneten Möglichkeit eines Wiedererwerbes der italienischen Staatsbürgerschaft keinen Gebrauch machen, dadurch noch keinerlei Anspruch auf Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft. Die Entscheidung darüber, ob sie als reichsdeutsche Staatsbürger oder als Staatenlose zu betrachten sind, wird einer späteren internationalen Regelung vorbehalten bleiben. Aus diesem Grund können auch für die endgültige Uebernahme von Südtiroler Umsiedlern in den öffentlichen Dienst keine Zusagen gemacht werden.

*Tiroler Tageszeitung*, 16. April 1948

Links: Am 4. Mai 1948 lief die Rückoptionsfrist für Optanten in Südtirol ab. In den drei Monaten nach dem Inkrafttreten des Optantendekrets wurde in den *Dolomiten* eine massive Propaganda für die Rückoption betrieben.

österreichischen Staatsbürgern, die im August 1945 verfügt worden war und die für die meisten Südtiroler in Österreich die wirtschaftliche Existenzgrundlage bildete, nur mehr auf Rückoptanten anzuwenden und zwar bis zur Entscheidung über ihr Gesuch und bis zur tatsächlichen Rückkehr nach Südtirol, sobald wirtschaftliche und soziale Gründe diese ermöglichten. Bei Nichtrückoptanten sollte die Gleichstellung aber nicht mehr so ohne weiteres gegeben sein, sondern deren Behandlung sollte erst noch geprüft werden. Damit drohte man diesen Personen offen mit dem Verlust der Gleichstellung und mit der Staatenlosigkeit.

Der Ministerratsbeschuß, der am 27. November 1948 veröffentlicht wurde, verfehlte seine Wirkung nicht. Zweidrittel bis dreiviertel aller gestellten Rückoptionsanträge wurden nach der Bekanntmachung abgegeben. Es gab sogar Rückoptanten, die die italienischen Beamten baten, ihr Rückoptionsgesuch abzulehnen, da sie nur aufgrund des Beschlusses rückoptieren würden, d.h. ohne die konkrete Absicht des Wiedererwerbes der italienischen Staatsbürgerschaft bzw. der Rückkehr nach Südtirol.

Aus Protest gegen den Zwangscharakter des Beschlusses verfügte die italienische Regierung die vorläufige Einstellung der Behandlung der Anträge. Erst nachdem sich Österreich im März 1950 verpflichtet hatte, mindestens 25% der Rückoptanten auf seinem Territorium die Staatsbürgerschaft zu verleihen, nahm Italien die Bearbeitung der Gesuche wieder auf und erklärte sich als Gegenleistung dazu bereit, den 664 von Deutschland eingebürgerten aber nicht umgesiedelten Personen, die vom Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen waren, ab 1952 die Möglichkeit zu geben, auf herkömmlichem Weg erneut um die italienische Staatsbürgerschaft anzusuchen. Von 513 vorgelegten Anträgen wurden 325 angenommen.

Zur Revision der Optionen muß abschließend noch festgehalten werden, daß nicht nur Österreich auf die Umsiedler einen starken Druck ausübte, sondern indirekt auch Italien, natürlich in die entgegengesetzte Richtung. Die italienische Regierung ließ nämlich alle brennenden wirtschaftlichen Fragen bezüglich der Rücksiedlung während der gesamten Rückoptionsfrist unbeantwortet, um die Umsiedler von einer Rückoption abzuhalten.

# **Versammlung für die abgewiesenen Optanten**

Um die mannigfachen dringenden Fragen einer Klärung zuzuführen, die jene Optanten bedrücken, welche die italienische Staatsbürgerschaft nicht wieder erlangt haben, veranstaltet die Landesleitung der Südtiroler Volkspartei am

**Sonntag, den 11. Jänner 1953, 10 Uhr vormittags  
im Zentral-Kino in Bozen eine**

## **Versammlung,**

zu der alle Kategorien von abgelehnten Optanten (abgewiesene Optanten, deren Rekurse beim Staatsrat noch behängen, deren Rekurse bereits behandelt wurden, deren Rekurse abgewiesen oder zurückgezogen wurden, oder die nicht an den Staatsrat rekurriert haben), sowie jene, die aus irgendeinem Grunde überhaupt keine Rückoptionserklärung abgegeben oder sonstwie ihre Staatsbürgerschaft noch nicht wieder erhalten haben, einschließlich ihrer Familienangehörigen und sonstige in Mitleidenschaft gezogenen Personen eingeladen sind.

Zur Versammlung werden die abkömmlichen Abgeordneten und Senatoren der Südtiroler Volkspartei erscheinen.

**Die Landesleitung der Südtiroler Volkspartei**

*Dolomiten*, 8. Jänner 1953



## Der lange Weg zurück

Auf breiter Basis begann die Rücksiedlung der abgewanderten Südtiroler am 10. Juni 1949, als der erste Rücksiedlertransport — aus Kärnten kommend — den Bozner Bahnhof erreichte. Bis zum Jahre 1949 war eine legale Rückkehr nach Südtirol kaum bis gar nicht möglich, da die Grenze in der Zeit der alliierten Besatzung gesperrt war und später — mit ganz wenigen Ausnahmen — nur italienischen Staatsbürgern die Einreise nach Italien gestattet war. 1949 setzte schließlich die Vergabe der italienischen Staatsbürgerschaft an Umsiedler ein.

Schon bald nach der Abwanderung hatte sich unter vielen Umsiedlern eine Unzufriedenheit breit gemacht, da ihre Erwartungen nicht erfüllt worden waren: oft hatten sie die versprochenen Arbeitsplätze nicht bekommen, das transferierte Vermögen war ihnen nicht ausbezahlt worden sondern sie hatten nur eine Art Taschengeld erhalten; die Aufnahme durch die Bevölkerung im Ansiedlungsgebiet war vielfach mehr als kühl gewesen. So hatten Umsiedler noch während des Krieges Anträge auf eine Rückkehr nach Südtirol gestellt, denen aber nur in Ausnahmefällen stattgegeben worden war. Eine Rücksiedlung war somit nur illegal möglich gewesen, was auch öfters gewagt worden war, in den letzten Kriegstagen manchmal sogar mit Unterstützung untergeordneter deutscher Stellen.

Nach Beendigung des Krieges setzte dann eine wahre Rücksiedlungsbewegung über die »grüne Grenze« nach Südtirol ein. Die Übergänge in der Brennergegend wurden dabei am stärksten frequentiert, da diese erstens keine besonderen Schwierigkeiten aufwiesen, und sich zweitens nach dem Krieg im Raum Innsbruck Zehntausende Südtiroler aufhielten. Einige Südtiroler fanden beim illegalen Grenzübertritt den Tod, da sie den Strapazen nicht gewachsen waren oder verunglückten.

Weniger gefährlich war es, sich von einer österreichischen Schmugglerbande gegen Bezahlung nach Südtirol bringen zu lassen. Aber auch von Südtiroler Seite aus gab es Menschenschmuggel, der von der Landesstelle für Südtirol im Tiroler Landhaus in Innsbruck initiiert wurde. Besonders

Links oben: Abfahrt von Umsiedlern am Brixner Bahnhof, 1940

Links unten: Ankunft von Umsiedlern am Brixner Bahnhof, 1950



### Dann sind wir losgezogen

Die Familie K. hat wie einige andere Südtiroler im Zuge der Umsiedlung einen Bauernhof in Slowenien übernommen, von dem die Besitzer vorher von den Deutschen vertrieben worden waren. Im April 1945 mußten sie ihren »Besitz« wieder aufgeben. »Wir haben gerade angefangen Hafer anzubauen. (...) Dann ist die Schwester Clara gekommen, die Polizei sei gekommen, es wäre Zeit abzuhausen. Dann sind wir heim, den Wagen hergerichtet und alles auf den Leiterwagen aufgelegt, was man aufladen konnte. Dann sind wir losgezogen mit einem Ochsen und einem Roß. Am 26. April sind wir in Rodeneck wieder angekommen, sind wir wieder daheim gewesen. Das wars. (...)

Durch das gefährlichste Stück in Jugoslawien sind wir in der Nacht gefahren und die Deutsche Wehrmacht hat uns bewacht, im schlimmsten Partisanengebiet. Über Tärvis sind wir nach Arnoldstein, und von Arnoldstein sind wir über das Gailtal her nach Oberdrauburg, Kötschach Mautern, her nach

Südtiroler Umsiedler nach ihrer Flucht aus Slowenien auf dem Weg durch Niederdorf im Pustertal, April 1945

Lienz. Dort sind wir auch ein paar Tage gewesen, dann weiter nach Sillian. (...) Dann haben wir den Passierschein gekriegt, über Sillian herzufahren durch das Pustertal.«

(Interview Herr K., damals in Slowenien, TGV)

»Laß sie laufen, die Arme!«

Maria Bodner siedelte mit ihrer Mutter nach Innsbruck um und arbeitete nach deren Tod als Hilfskrankenschwester in Nordtirol, zuletzt in einem französischen Lazarett.

»Als das Lazarett aufgelöst worden ist, sagt der Primar, ein Franzose, wo ich hingehen will? Ich sage: 'Zurück'. Dann habe ich die ganzen Papiere bekommen, hinein nach Innsbruck, dann hinauf (auf den Brenner), dann haben sie mir die Papiere genommen und wieder zurück. (...)

Ich dachte mir, ihr könnt's mich mal. Mit dem nächsten Zug bin ich wieder retour hinauf bis am Brennersee, Gries am Brenner bin ich ausgestiegen. Dann habe ich zwei Kinder getroffen, denen ich ein paar Mark oder Schillinge gegeben habe, daß ich mit ihnen herein kann bis Unternberg oder Obernberg, ich weiß nicht mehr. Dann bin ich allein herüber. (...)

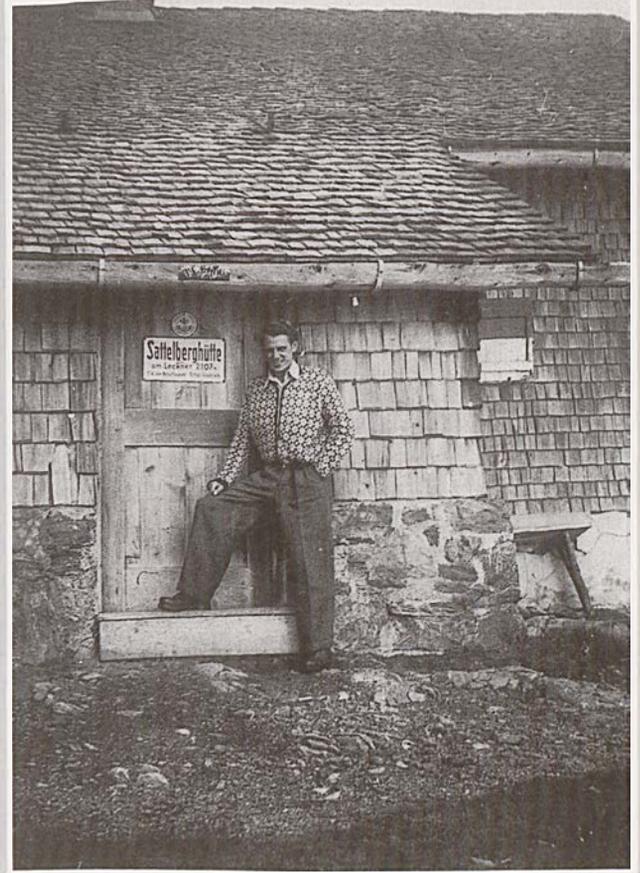
Ich bin hinauf, aber dann ist mir schon vorgekommen, da ist es nicht geheuer. Ich bin einmal abgerutscht, da es geregnet hat. Die (Kinder) haben mir schon den Weg gesagt, aber durch das Gewitter habe ich ihn verfehlt. In einer Almhütte bin ich gehockt und am nächsten Tag in der Früh bin ich wieder weiter.

Dann bin ich den (italienischen) Finanzern in die Hände gelaufen, aber das war gar nicht schlimm. Als ich sie gesehen habe, dann habe ich gewartet, weil wenn ich laufe, dann können sie ja schießen. Sie fragten mich, ob ich italienisch kann? Ich sagte: 'Ja'. Sie fragten mich, was ich tu. 'Heimgehen!' Ich habe das von den Franzosen gesagt, weiters daß ich keinen Ausweis habe sondern nur den Taufschein, daß ich von da bin. Dann hat der eine gesagt: 'Che facciamo?' (Was machen wir?) 'Lasciala andare, poveretta', (Laß sie laufen, die Arme) hat der andere gesagt. Dann bin ich herein.

Nach Gossensaß bin ich gekommen, dann zu Fuß bis Aicha und da habe ich eine gekannt, wo ich gearbeitet habe, und sie hat mir dann ein Geld geliehen, heimzufahren nach Bruneck. (...)

Am nächsten Tag konnte ich keinen Schritt mehr gehen, so müde war ich.«

(Interview Maria Bodner, geb. 1916, TGV)



Dieser Umsiedler kehrte über die Sattelberghütte am Brenner — eine beliebte Rücksiedlungsroute — illegal wieder nach Südtirol zurück. Etliche andere, die ebenfalls »schwarz« über die grüne Grenze nach Südtirol zurückgehen wollten, mußten dieses Vorhaben mit ihrem Leben bezahlen.

*Tiroler Tageszeitung*, 7. November 1946

**Todesopfer an der Grenze.** Die am 30. 4. 1912 in Deutschnofen geborene Frau Rosa Schwarz, eine Mutter von vier Kindern, derzeit in Kufstein wohnhaft, begab sich nach Gries am Brenner. In Begleitung einer Frau und eines polnischen Soldaten überschritt sie zu Fuß die Grenze nach Italien über das Kreuzjoch. Infolge Ueberanstrengung war sie so erschöpft, daß sie während dieser Wanderung zusammenbrach und starb. Die Leiche wurde nach Gossensaß gebracht und dort beerdigt. Es ist dies die dritte Frau, die im heurigen Jahr durch Ueberanstrengung beim unbefugten Grenzübertritt in der Brennergegend gestorben ist.

Eine Umsiedlerin in Deutschland klagt über ihre schlechte Lage und äußert den Wunsch einer Rückkehr nach Südtirol.

*Glossar* Bud' Reichensal 1/1948

Mit Höflicher Bitte ersuche das Österreichische  
Komitee um meine Hilfe das viele verschiedene  
Möbel verkauft sind mit unmögliche  
Werte zu bekommen sind! Bitte für mich  
suchen mich um irgend ein Beistand  
zu helfen den Rückführung nach  
Südtirol nach Meran zu bringen  
Mit Höflicher Bitte  
Unterschiedet Frau Woldner

1945/46 brachten nämlich Kuriere Post und Dokumente der SVP illegal über die Grenze nach Innsbruck, und auf dem Rückweg nahmen sie auf Bitten der Landesstelle Südtiroler mit. Mit der Landesstelle für Südtirol wurde ein Lösungswort vereinbart, das die österreichischen Grenzbeamten veranlaßte, die Leute passieren zu lassen. Weitere Möglichkeiten der illegalen Rückkehr nach Südtirol bestanden in der Bestechung von Grenzbeamten oder in der Beschaffung gefälschter italienischer Papiere.

1949 begannen schließlich die legalen Rücksiedlungen. Aus den Gebieten in relativer Nähe zu Südtirol, wie z. B. Innsbruck, wurden diese in Einzelreisen durchgeführt, aus weiter entfernten Gegenden meist in größeren Transporten, die vom Gesamtverband der Südtiroler organisiert wurden. Die größten Transporte kamen aus Deutschland und umfaßten bis zu 200 Personen.

Die österreichische Bundesregierung unterstützte die Rücksiedlungen großzügig: man vergab sogenannte Überbrückungsgelder, bezahlte einen Teil der Reise- und Transportkosten auf dem österreichischen Streckenabschnitt, vergab Beihilfen zur Gründung einer selbständigen Existenz usw. Dadurch sollte allen Umsiedlern auf österreichischem Staatsgebiet die Rückkehr nach Südtirol ermöglicht werden. Daß aber trotzdem nicht alle zurückkehren konnten, die dies ursprünglich vorhatten, lag zu einem großen

»1948 ist die Geldumwechslung gekommen. (...) Dann bin ich zum Bürgermeister gegangen wegen einer Arbeit, daß er (ihr Mann) wieder eine bekommt. Dann habe ich die Antwort bekommen: 'Zuerst sind die Flüchtlinge, dann sind die Einheimischen und ihr könnt heimgehen (nach Südtirol).' Wir haben keine Hoffnung gekriegt.«

(Interview Frau F., damals in Ruhpol-  
ding in Bayern, TGV)



Ein Rücksiedler verabschiedet sich nach der Ankunft in Waidbruck von Pfarrer Hans Dejaco (links), der die Rücksiedlertransporte aus Deutschland organisierte. 1950

Teil an Südtirol und seinen Bewohnern. Die Rücksiedler hätten nämlich einer intensiven moralischen und materiellen Unterstützung bedurft, die ihnen vielfach nicht zuteil wurde. Die bestmögliche Unterstützung wäre unbedingt notwendig gewesen, was durch den Umstand verdeutlicht wird, daß von der tatsächlichen Umsiedlung vor allem die untersten, besitzlosen, proletarischen Schichten der Südtiroler Gesellschaft betroffen gewesen waren, wie man damals sagte, der »Pofel«, d.h. »mindere« Leute.

Vielfach waren sich die Umsiedler ihrer Stellung in der Südtiroler Gesellschaft sehr wohl bewußt, weshalb sich bei vielen eine gewisse Angst und Unsicherheit vor einer eventuellen Rückkehr zeigte. Durch eine großangelegte Hilfsaktion hätte ihnen klar gemacht werden müssen, daß sie als gleichberechtigte Mitbürger willkommen gewesen wären. Dies war aber nicht der Fall.



Während der Rückfahrt

Viel zu spät begann man in Südtirol, sich mit dem Problem der Rücksiedlung auseinanderzusetzen. Erst Ende April 1949, d. h. unmittelbar vor dem Eintreffen der ersten Rücksiedler, wurde die Errichtung eines Amtes für Rücksiedlungshilfe an Optanten vom Regionalausschuß der Region Trentino-Tiroler Etschland beschlossen und die Provinz Bozen mit dessen Führung betraut. Die Zeit der Vorbereitung war somit äußerst knapp bemessen bzw. gar nicht gegeben, wodurch verständlich wird, daß man in den Jahren 1949/50, in denen die Rücksiedlungszahlen am höchsten waren, mit dem Problem nur in ungenügender Weise fertig wurde. Ursache dafür sind auch die geringen finanziellen Mittel, die zur Verfügung standen, denn die Rücksiedlungshilfe wurde ausschließlich von der Region Trentino-Tiroler Etschland und der Provinz Bozen getragen, d. h. die römische Zentralregierung steuerte keine eigens für diesen Zweck bestimmten Mittel bei.

»Die meisten haben geweint, weil wir doch alle gewußt haben, wir gehen ins Ungewisse. Man hat doch nicht gewußt, wie es geht. Die meisten haben geweint! Wir haben alle eine gute Hoffnung gehabt.«

(Interview Anna Eschgfäller, geb. 1903, über die Stimmung in einem Rücksiedlerzug von München nach Bozen, TGV)

Das Rücksiedlungsamt und der Gesamtverband der Südtiroler, die in dauernder Verbindung miteinander standen, versuchten die Rücksiedlung schrittweise und geordnet durchzuführen, d. h. es sollten immer nur jene Leute zurückkehren, die bereits einen Arbeitsplatz und eine Unterkunft in Südtirol hatten. Zu diesem Zweck unterstützte das Rücksiedlungsamt — solange es möglich war — Besichti-

gungsreisen nach Südtirol, bei denen sich die Umsiedler selbst nach Existenzmöglichkeiten umschaun konnten. Viele Leute kehrten aber ohne diese Voraussetzungen zurück, weshalb in Bozen-Gries, Blumau und Leifers Durchgangslager unterhalten wurden, in denen die Rücksiedler so lange bleiben konnten, bis sie eine Wohnung und eine Erwerbsmöglichkeit gefunden hatten.

Das Amt für Rücksiedlungshilfe in Bozen, das Außenstellen in Meran, Brixen, Bruneck und am Brenner unterhielt, stand den Rücksiedlern in Rechtsangelegenheiten bei, half bei der Zollabfertigung, vergab Transportdarlehen, vermittelte Wohnungen und Arbeitsplätze usw. Besonderes Augenmerk schenkte man der Beschaffung von Wohnräumen, da diese ausgesprochen knapp waren. Da eine schnelle Soforthilfe notwendig war, rief man die Bevölkerung dazu auf, freie Räume zu melden und zum Ausbau zur Verfügung zu stellen. Diese Aufrufe brachten aber nicht den gewünschten Erfolg, obwohl das Rücksiedlungsamt die gesamten Ausbaurkosten übernahm und die Wohnung nach einer gewissen Zeit in den Besitz des Hauseigentümers übergang. So wurden in ganz Südtirol nur 300 bis 350 Wohnungen auf diese Weise fertiggestellt.

Als die Rücksiedlungszahlen ab 1952 sehr stark abnahmen, war dieses System der Wohnungsbeschaffung nicht mehr unbedingt notwendig; da ab diesem Zeitpunkt auch mehr Geld zur Verfügung stand, konnte man mit dem Bau von größeren Wohnhausanlagen beginnen. Gebaut wurde u. a. in Bozen, Meran, Brixen, Bruneck und Sterzing. Die größten Rücksiedler-Siedlungen in den Bozner Stadtteilen Rentsch und Haslach mit insgesamt über 200 Wohnungen, wurden allerdings erst gegen Ende der fünfziger Jahre fertiggestellt, d. h. zu einem Zeitpunkt, als die Rücksiedlungen im wesentlichen schon lange abgeschlossen waren. Insgesamt — Ausbauten, Neubauten, Ankauf von Gebäuden — wurden für Rücksiedler nur 900 bis 1000 Wohnungen bereitgestellt.

Die Rücksiedlungshilfe konnte nur dann erfolgreich sein, wenn sich die gesamte Südtiroler Bevölkerung daran beteiligte. Es mangelte nicht an Aufrufen zur Hilfsbereitschaft von politischer und kirchlicher Seite. Das Amt für Rücksiedlungshilfe an Optanten forderte die Südtiroler Gemeinden dazu auf, Rücksiedlungs-Hilfsausschüsse zu gründen. Diese Initiative wurde auch vom Brixner Bischof



Betreuung von Rücksiedlern am Brenner durch den Rücksiedlungsausschuß Sterzing

»Wir sind betreut worden, haben etwas zum Essen bekommen, da ist es uns gut gegangen, ganz gut! Das erste Mal, daß es uns richtig gut gegangen ist. (...) Dann sind wir auf den Brenner hinaufgekommen. Dort hat man gleich ein Wurstbrot mit Mortadella gekriegt. Das war ein Erlebnis für uns.«

(Interview Anna Eschgfäller, geb. 1903, zuvor in Bayern, TGV)

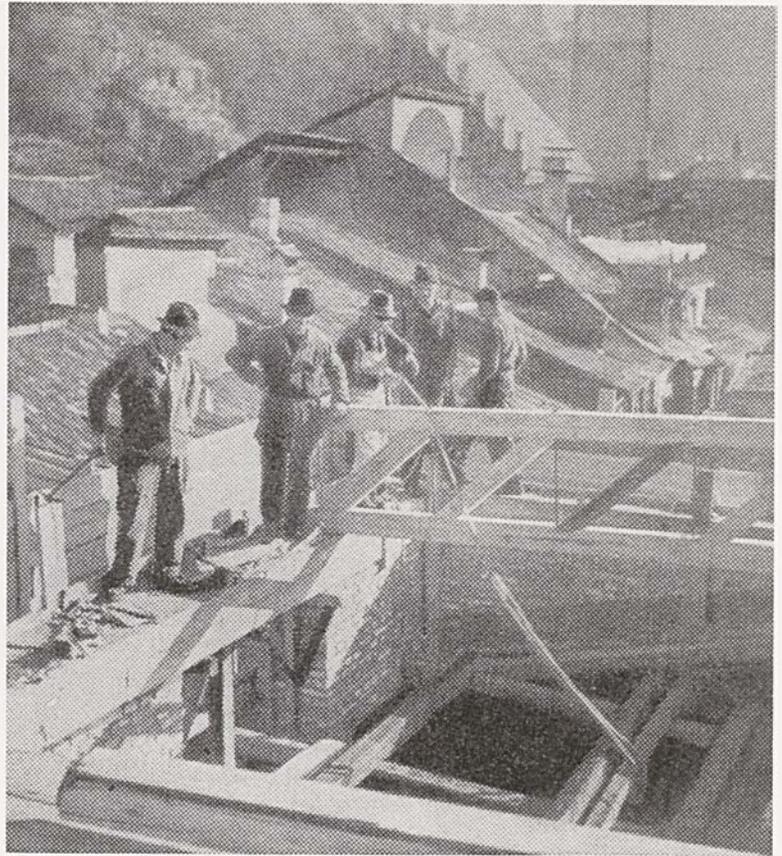
## Wer den Rücksiedlern hilft hilft der Heimat

### Landsleute!

Die Gründung eines Rücksiedlungsausschusses ist das erste Zeichen eurer Teilnahme an Südtirols größter Aufgabe. Kein Südtiroler Dorf ohne Rücksiedlungsausschuß.

Unsere Rückwanderer warten vor den Toren der Heimat!  
Sie brauchen Arbeit und Wohnung!

Jeder Arbeitsplatz, jede noch so bescheidene Wohnung, die dem «Amt für Rücksiedlerhilfe» gemeldet werden, eröffnet einer Rückwandererfamilie den Weg in die alte, nie vergessene Heimat!



**Beteiligt euch an der Rücksiedlungshilfe —  
sie geht jeden von uns an!**

**Auch du sollst mitarbeiten!  
Die Heimat braucht alle Kräfte  
Helfe mit an der Rücksiedlung**

Aufrufe in den *Dolomiten*, Rücksiedlungsausschüsse zu bilden

Rechts: Ausbau eines Dachbodens für Rücksiedler, Meran

Johannes Geisler unterstützt, der meinte, daß zur Bewältigung der anstehenden Probleme eine Zusammenarbeit von Gemeinde- und Fraktionsvorstehern, Seelsorgern, Vinzenzvereinen, Pfarrcaritasgruppen sowie anderen Fürsorgervereinen und maßgeblichen Persönlichkeiten nötig sei. Die Hilfsausschüsse sollten in der Arbeits- und Wohnungsbeschaffung behilflich sein, Geld- und Naturaliensammlungen durchführen und den Rücksiedlern in allem und überall beistehen.

Die erhoffte Mithilfe durch die Südtiroler Gemeinden blieb aber weitgehend aus, und so hatten ein Jahr nach dem Aufruf erst 37 von insg. 106 Südtiroler Gemeinden eine solche Arbeitsgemeinschaft gebildet. Wieder ein Jahr später waren es immer noch erst 42. Das wäre weiters nicht so schlimm gewesen — die meisten größeren Südtiroler Gemeinden hatten einen Ausschuß — wenn die bestehenden effizient gearbeitet hätten. Dem war aber nicht immer so und vielfach blieb es bei der formellen Gründung.

Die Ursachen für die mangelnde Hilfsbereitschaft eines großen Teils der Südtiroler Bevölkerung gegenüber den

v.v.:

Brunsch am 1.7. 53

F 3. Juli 1953/6444

Barthel Rudolf  
Leubauten Nr. 2  
Brunsch

Ich möchte Ihnen  
mitteilen das Ich mich seit  
ersten Juni hier in Brunsch  
befinde, und immer noch ohne  
arbeit bin. Da möchte Ich Sie  
fragen ob Ich trotzdem gemindert  
die Wohnungsmiete von monat  
bin

Juni bezahlen muß.

Mit den besten Grüßen

Rudolf Barthel

Rücksiedlern sind erstens in den damaligen ökonomischen Verhältnissen, zweitens im Ansehen der Rücksiedler in der Südtiroler Gesellschaft und drittens in der Abwehr einer Auseinandersetzung mit Option und Umsiedlung nach 1945 zu suchen.

Brief eines Rücksiedlers an das Amt für Rücksiedlungshilfe an Optanten

Arbeitsplätze waren in Südtirol Ende der vierziger und zu Beginn der fünfziger Jahre äußerst knapp, und viele Leute glaubten wohl, die Rückkehr von Zehntausenden von Umsiedlern könnte ihre eigenen Arbeitsplätze gefährden. Die Unterstützung zu verweigern war einfacher, wenn man die Rücksiedler abschätzig als »Pofel«, als Gesindel, als Dahergelaufene, als Zugereiste oder als Kommunisten (Zeit des Kalten Krieges!) bezeichnete und abqualifizierte, die der Hilfe nicht würdig seien, die man im Land gar nicht haben wollte. Da sie sich mit der unmittelbaren Südtiroler Vergangenheit, d. h. der Option und Umsiedlung, überhaupt nicht oder nur in ungenügender Weise auseinandersetzten — aus welchen Gründen auch immer —, konnten die Dableiber und Dagebliebenen nicht zur Einsicht gelangen, daß die Umsiedler die eigentlichen Opfer und Leidtragen-

»Mit Ausnahme weniger Fälle (herrscht) eine allgemeine Gleichgültigkeit, wenn nicht gar eine ablehnende Haltung dem Rücksiedlerproblem gegenüber.«

(Vinzenz Stötter, damals Bezirkssekretär der SVP-Sterzing, *Dolomiten*, 16. August 1950)

Der Südtiroler Landeshauptmann Karl Erckert besucht das Durchgangslager für Rücksiedler in Leifers; ganz rechts Wilfried Plangger, der Leiter des Amtes für Rücksiedlungshilfe an Optanten in Bozen.



---

## Noch keine Rücksiedlungsausschüsse

haben zahlreiche Gemeinden Südtirols gegründet und haben damit noch nicht den ersten Schritt für eine organisierte Hilfsaktion in der Gemeinde zur Bewältigung dieser in der Landesgeschichte einmaligen Notstandsaufgabe getan.

Der Abschluß der italienisch-österreichischen Verhandlungen, welcher eine Klärung der schwebenden Rücksiedlungsfragen bringen wird, steht bevor und damit werden auch die Hilfsanforderungen bedeutend anwachsen.

Keine Gemeinde, in der die alte Tiroler Tradition christlicher Nächstenliebe und gemeinnütziges Handeln noch lebendig ist, soll sich deshalb diesem Hilfswerk entziehen.

Zögert nicht mehr mit der Ausschußgründung, gemeinsam hilft man besser!

---

»Von den 106 Gemeinden Südtirols haben nur 40 dem an sie ergangenen Aufruf, Rücksiedlerausschüsse zu bilden, Folge geleistet. Eine Zahl, die beschämend genug ist.«

(Otto von Guggenberg, damals Südtiroler Abgeordneter zum römischen Parlament, *Dolomiten*, 5. Jänner 1951)

den jener Geschehnisse waren. Das oben geschilderte Verhalten gegenüber den Rücksiedlern wird unter diesem Gesichtspunkt erklärbar. Man wollte unter keinen Umständen an die Vergangenheit erinnert werden, bei einer Beschäftigung mit dem Rücksiedlungsproblem wäre das aber zwangsläufig der Fall gewesen. Das von offizieller Seite propagierte unbedingte Zusammenhalten der Südtiroler Volksgruppe konnte gegenüber den Rücksiedlern leicht umgangen werden, indem man diese dem Gesindel zuordnete oder als Kommunisten verschrie, sie gewissermaßen von der »Volksgemeinschaft« ausschloß.

Besonders betroffen von dieser Ausgrenzung waren jene Rücksiedler, die eine Wohnung in einem Rücksiedler-Wohnbau bezogen. Während nämlich die anderen Rückwanderer doch im Laufe der fünfziger Jahre wieder in der Südtiroler Gesellschaft aufgingen, konnten die Leute in den Rücksiedler-Siedlungen immer leicht identifiziert werden, sie waren gewissermaßen »markiert«. Zum Teil sind diese Personen bis heute noch nicht vollständig in die Südtiroler Gesellschaft integriert.

Insgesamt kehrten 20.000 bis 25.000 Umsiedler wieder nach Südtirol zurück. Während rund 12.000 von ihnen vor 1949 und illegal zurückkamen und sich vermutlich im Bereich ihrer Herkunftsorte ansiedelten, haben sich fast zwei Drittel der legal zurückgewanderten Personen in Bozen und Umgebung niedergelassen.

»Das Rückwandern war noch schlimmer als das Auswandern«

Anna Eschgfäller wurde am 11. Juni 1903 in Tschars im Vinschgau geboren. Als Kleinhäuslertochter, sie war das dritte von insgesamt acht Kindern, mußte sie schon in jungen Jahren das Elternhaus verlassen, um sich selbst den Lebensunterhalt zu verdienen. Nachdem sie über zehn Jahre lang auf verschiedenen Bauernhöfen als Magd gearbeitet hatte, trat sie im Jahre 1930 die Stelle eines Dienstmädchens bei einer wohlhabenden »Herrschaft« in Meran-Untermals an. Dort bekam sie allerdings bald die Folgen der allgemeinen Wirtschaftskrise zu spüren und wurde entlassen.

Anna Eschgfäller blieb weiterhin in Meran; 1932-34 arbeitete sie im Hotel Savoy als Kupferputzerin, später wurde sie Haushälterin. Inzwischen hatte sie im Jahre 1934 geheiratet, und ab diesem Zeitpunkt wurde ihr weiterer Lebensweg wesentlich von ihrem Mann bestimmt. Johann Eschgfäller, 1898 in Aying am Salten geboren, stammte wie seine Frau aus ärmlichen Verhältnissen und war Gelegenheitsarbeiter. Da er in Meran keine Arbeit mehr finden konnte, ging er im Sommer 1938, nach dem »Anschluß«, nach Innsbruck, wo er im Straßenbau eine Anstellung erhielt. Nachdem auch Anna Eschgfäller ihren Arbeitsplatz verloren hatte, sie ihren Mann nur einmal im Monat sehen konnte und die Umsiedlungsvereinbarung zwischen Italien und Deutschland bekannt geworden war, folgte sie am 26. Juli 1939 ihrem Mann nach Innsbruck. Erst dort optierte er, auch in ihrem Namen, für Deutschland. In Thaur bei Innsbruck trat Anna Eschgfäller neuerdings in den Dienst eines Bauern, ihr Mann blieb beim Straßenbau.

Am 1. März 1940 zogen die beiden nach Ottobrunn bei München zu einer Verwandten, die für sie Arbeit in einer Munitionsfabrik besorgt hatte. Johann Eschgfäller wurde zur Wehrmacht eingezogen, aufgrund eines körperlichen Gebrechens konnte er aber nach einer vierteljährigen Ausbildung wieder in die Fabrik zurückkehren.

Anna Eschgfäller gelang es, sich von der Schwerarbeit bei der Granaten-Fertigung weg in die Näherei versetzen zu lassen, wo sie die Arbeit und das Betriebsklima als recht angenehm empfand. Nur die Verpflegung wurde gegen Kriegsende immer



Anna Eschgfäller (Mitte) als Magd, zwanziger Jahre



Johann Eschgfäller (oben rechts) als landwirtschaftlicher Arbeiter, zwanziger Jahre

schlechter. In den letzten Kriegsjahren wurden fast alle Arbeiter zur Wehrmacht eingezogen. An ihrer Stelle mußten neben den Frauen vor allem Zwangsarbeiter aus den eroberten Gebieten und Kriegsgefangene, unter ihnen sehr viele Italiener, die Produktion aufrechterhalten.



Oben: Johann Eschgfäller (in der Mitte mit Schaukel) beim Straßenbau in Innsbruck, 1938

Unten: Mittagessen in der Munitionsfabrik, frühe vierziger Jahre



Besonders Johann Eschgfäller wollte schon bald nach Kriegsende wieder nach Südtirol zurück. Beide konnten in Ottobrunn keine feste Anstellung mehr finden und schlugen sich mit Gelegenheitsarbeiten durch. Anna Eschgfäller ging putzen, half in einem Lebensmittelgeschäft aus und betreute das Kind der Besitzerin. Einen großen Rückschlag erlitten die Eschgfällers durch die Währungsreform von 1948, wodurch sie fast ihre gesamten Ersparnisse verloren.

In der Folge wurde das Heimweh nach Südtirol immer stärker. »Es war uns zeitlang, wir haben uns in München einfach nicht wohl gefühlt. Da [in Südtirol] die Berge, draußen alles eben, das Klima war anders.« So beschlossen die Eschgfällers im Jahr 1948, um die Wiederverleihung der italienischen Staatsbürgerschaft anzusuchen, und nachdem sie diese 1950 erhalten hatten, suchten sie nach einer Möglichkeit der Rücksiedlung. Pfarrer Hans Dejacco, der die Südtiroler im süddeutschen Raum von München aus betreute und die Rücksiedlung organisierte, vermittelte ihnen eine Stellung als Senner bei einem Bauern in der Nähe von Brixen und die Eschgfällers beschlossen, sich dem nächsten Rücksiedlertransport aus München anzuschließen.

Am 11. August 1950 war es dann soweit und sie kehrten nach elf Jahren mit der Eisenbahn über Kufstein, Innsbruck und den Brenner nach Südtirol zurück. Mit nur 3300 Lire in der Tasche kamen sie in Brixen an.

Nachdem sie drei Nächte in einem Heustadel zugebracht hatten, traten sie am 15. August ihre Stellung an. Aber schon nach drei Monaten wurden sie wieder entlassen, da dem Bauern ihre Arbeitskraft zu teuer war.

Daraufhin zogen die Eschgfällers nach Brixen und lebten wiederum von Gelegenheitsarbeiten. Anna Eschgfäller arbeitete als Zugehfrau und nahm ihr erstes Pflegekind auf. »Aber in Brixen konnte man nicht warm werden, weil die Dableiber [gemeint sind die Dableiber und die Dagebliebenen] waren fürchterlich. Das Rückwandern war noch schlimmer als das Auswandern. (...) Bei jeder Gelegenheit, wenn etwas gewesen ist, hat es geheißen, warum bist du hinaus gegangen und warum bist du wieder zurückgekehrt! Immer hat man die Vorwürfe bekommen. Die haben einen nicht gemocht. Damals war der Haß so groß, daß wir, weil wir gegangen sind, für sie Verräter waren!«



Die Eschgfällers in der Rücksiedler-Siedlung in Bruneck (in der Mitte ein Pflegekind), um 1970

Nachdem Johann Eschgfäller wieder einmal arbeitslos war, ging er Ende der fünfziger Jahre erneut nach Innsbruck zum Straßenbau. Aus gesundheitlichen Gründen kehrte er nach sieben Jahren endgültig nach Südtirol zurück.

Inzwischen hatten die Eschgfällers eine Ausbauwohnung des Amtes für Rücksiedlungshilfe an Op-tanten bezogen und einen Mietvertrag auf neun Jahre unterschrieben. Aber schon nach drei Jahren wurden sie vom Hauseigentümer widerrechtlich gekündigt. Erst nach einer Intervention Anna Eschgfällers in Bozen bekamen sie im Jahre 1961 eine Wohnung in der Rücksiedler-Siedlung Bruneck-Reischacherstraße zugewiesen.

In Bruneck war die Aufnahme gleich viel besser und freundlicher gewesen als in Brixen. Zumindest in der Siedlung erreichten die Eschgfällers in einem Monat das, was sie in zehn Jahren in Brixen nicht erreicht hatten: Akzeptierung und Integration.

Johann Eschgfäller ist 1974 gestorben. Anna Eschgfäller lebt heute, sechsendachtzigjährig, mit einem ihrer ehemaligen Pflegekinder in einer Sozialwohnung in Bruneck. Sie bezieht die Mindestrente, mit der sie aber nur sehr schwer ein Auskommen finden kann.

*Stefan Lechner*



# Abkürzungen

ACS	Archivio Centrale dello Stato (Zentrales Staatsarchiv), Rom	OBT	Originalbildtext
ADERSt	Amtliche Deutsche Ein- und Rückwandererstelle	ONAIR	Opera Nazionale Assistenza Italia Redenta (Nationales Hilfswerk für das befreite Italien)
AdO	Arbeitsgemeinschaft der Optanten für Deutschland	ONB	Opera Nazionale Balilla (Faschistischer Jugendverband)
ARMIR	Armata Italiana in Russia (italienische Rußlandarmee)	ONC	Opera Nazionale Combattenti (Italienischer Frontkämpferverband)
ASB	Archivio di Stato — Staatsarchiv, Bozen	OND	Opera Nazionale Dopolavoro (Faschistische Freizeitorganisation)
BDM	Bund Deutscher Mädels	ÖStA	Österreichisches Staatsarchiv
CLN	Comitato di Liberazione Nazionale (Nationales Befreiungskomitee)	OT	Organisation Todt
CST	Comitato di Sicurezza, Trento (Sicherungsverband Trient)	PNF	Partito Nazionale Fascista (Faschistische Partei)
DAF	Deutsche Arbeitsfront	RKFdV	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
DAG	Deutsche Aussiedlungsgesellschaft	RM	Reichsmark
DAT	Deutsche Abwanderungs-Treuhand-Gesellschaft	SD	Sicherheitsdienst
DEFI	Delegazione Economica Finanziaria Italiana (italienische Wertfestsetzungskommission)	SOD	Sicherungs- und Ordnungsdienst
DF	Deutsche Frauenschaft	SS	Schutzstaffel
DFP	Deutschfreiheitliche Partei	VDA	Verein für das Deutschtum im Ausland
DUS	Dienststelle Umsiedlung Südtirol	VHW	Volkshilfswerk
DUT	Deutsche Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft	VKS	Völkischer Kampfring Südtirols
DV	Deutscher Verband	WFK	Wertfestsetzungskommission
ERA	Ente per la Rinascita Agraria delle Tre Venezie (halbstaatliches Bodenkreditinstitut)	WHW	Winterhilfswerk
GIL	Gioventù Italiana del Littorio (Verband faschistischer Jugendorganisationen)	TLI	Tiroler Landesinstitut, Innsbruck
GUF	Gruppo Universitario Fascista (Faschistischer Studentenverband)	TGV	Tiroler Geschichtsverein, Sektion Bozen
GVS	Gesamtverband der Südtiroler in Österreich	TVP	Tiroler Volkspartei
KA	Katholische Aktion		
KdF	Kraft durch Freude (nationalsozialistische Reise- und Freizeitorganisation)		
NS	Nationalsozialismus bzw. nationalsozialistisch		
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt		
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei		
NSDAP-AO	NSDAP-Auslandorganisation		

## Ausgewählte Literatur

ADLER, Winfried: Die Minderheitenpolitik des italienischen Faschismus in Südtirol und im Aostatal 1922-1929, phil. Diss., Trier 1978

AGOSTINI, Piero, Trentino, provincia del Reich, Trento 1975

ALBRICH, Thomas, EISTERER, Klaus, STEININGER, Rolf (Hrsg.), Tirol und der Anschluß, Innsbruck 1988

BENVENUTI, Sergio, Il fascismo nella Venezia Tridentina 1919-1924, Trento 1976

BRUNNER, Erwin, Die deutschsprachige Presse in Südtirol von 1918 bis 1945, grund- und integrativ-wiss. Diss., Wien 1979

CAVINI, Erika, L'atteggiamento della chiesa sudtirolese nei confronti del fascismo alla luce delle lettere pastorali e della stampa diocesana, phil. Diss., Padova 1974

CONRAD, Claus, Die Wirkung des Nationalsozialismus auf das Bildungssystem in Südtirol, in: sturzflüge Nr. 19, Bozen 1987

CORSINI, Umberto, LILL, Rudolf, Südtirol 1918-1946, Bozen 1988

DAL PONT, Adriano (u.a.), Aula IV. Tutti i processi del tribunale speciale fascista, Milano 1976

DE FELICE, Renzo, Il problema dell'Alto Adige nei rapporti italo-tedeschi dall'»Anschluß« alla fine della seconda guerra mondiale, Bologna 1973

DIE GESCHICHTE DER JUDEN IN TIROL von den Anfängen im Mittelalter bis in die neueste Zeit, (sturzflüge, Heft 15/16), Bozen 1986

EISTERER, Klaus, STEININGER, Rolf (Hrsg.), Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus, Innsbruck 1989

ERLACHER, Karl, Geschichte und Analyse der Südtiroler Kalender 1920-1970, phil. Diss., Padova 1984

FASCISMO, ANTIFASCISMO E RESISTENZA. Seminario di studi storici Trento. Comitato prov. per il 30. anniversario della resistenza e della liberazione, Trento 1978

FAUSTINI, Gianni, L'economia dell'Alto Adige tra le due guerre, Trento 1985

FERRANDI, Maurizio, Ettore Tolomei. L'uomo che inventò l'Alto Adige, Trento 1986

FÖHN, Südtirol 1939-1945. Option, Umsiedlung, Widerstand, (Nr.6/7) Innsbruck 1980

FRAMKE, Gisela, Im Kampf um Südtirol. Ettore Tolomei (1865-1952) und das »Archivio per l'Alto Adige«, Tübingen 1987

GALVAN, Albert, Der Währungsumstausch Kronen - Lire nach den Ersten Weltkrieg, in: Der Schlern, Jg. 63, Heft 3, Bozen 1989

GATTERER, Claus, Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien, Wien-Zürich-Frankfurt/Main 1968

GATTERER, Claus, Schöne Welt, böse Leut. Kindheit in Südtirol, Wien-München-Zürich 1982

GELMI, Josef, Kirchengeschichte Tirols, Innsbruck-Wien-Bozen 1986

GOLLOB, Peter, Wirtschaftliche Probleme Südtirols seit der Jahrhundertwende, Diss. Welthandel, Wien 1962

GREVERUS, Ina Maria, Auf der Suche nach Heimat, München 1979

GRUBER, Alfons, Südtirol unter dem Faschismus, Bozen 1974

HAAS, Hildegard, Das Südtirolproblem in Nordtirol von 1918—1936, phil. Diss., Innsbruck 1984

HAPPACHER, Luciano, Il Lager di Bolzano, Trento 1979

HARTUNGEN, Christoph von, STAFFLER, Reinhold, Geschichte Südtirols. Das 20. Jahrhundert: Materialien, Hintergründe, Quellen, Dokumente, Lana 1985

HOLZNER, Johann u.a. (Hrsg.), Zeugen des Widerstandes. Eine Dokumentation über die Opfer des Nationalsozialismus in Nord-, Ost- und Südtirol von 1938-1945, Innsbruck-Wien-München 1977

HUTER, Franz (Hrsg.), Südtirol. Eine Frage des europäischen Gewissens, Wien 1965

IBLACKER, Reinhold, Kein Eid auf diesen Führer. Josef Mayr-Nusser, ein Zeuge der Gewissensfreiheit in der NS-Zeit, Innsbruck-Wien-München 1979

ISTITUTO PER LA STORIA DELLA RESISTENZA (Hrsg.), Tedeschi, partigiani e popolazioni nell'Alpenvorland (1943-1945), Venezia 1984

JOCHBERGER, Wolfgang, Entstehung und Funktion des faschistischen Bozens. Städtebauliche Geschichte der Stadt Bozen zwischen den beiden Weltkriegen, Diplomarbeit, Wien 1987

KESSLER, Heidi, Sinich: Ein soziales und ethnisches Getto in Südtirol 1925-1945, Diplomarbeit, Wien 1985

- KUBY, Erich, Verrat auf deutsch. Wie das Dritte Reich Italien ruinierte, Hamburg 1982
- LATOURE, Conrad F., Südtirol und die Achse Berlin-Rom, Stuttgart 1962
- LECHNER, Stephan, Revision der Optionen und Rücksiedlung nach Südtirol, Diplomarbeit, Wien 1988
- LEIDLMAIR, Adolf, Bevölkerung und Wirtschaft in Südtirol, Innsbruck 1958
- LEONI, Diego, ZADRA, Camillo (Hrsg.), La Grande Guerra: esperienza, memoria, immagini, Bologna 1986
- MARZARI, Walter, Kanonikus Gamper — Ein Kämpfer für Glauben und Heimat gegen Faschistenbeil und Hakenkreuz in Südtirol, Wien 1974
- MAYR, Paul, Die Enteignung der Alpenvereins-hütten 1923, Bozen 1966
- MERSI, Isolde von, Ziele und Praxis der Öffentlichkeitsarbeit der österreichischen Schutzvereine für Südtirol 1918-1938 und 1945-1976, grund- und integrativwiss. Diss., Wien 1979
- MESSNER, Reinhold (Hrsg.), Die Option. 1939 stimmten 86 % der Südtiroler für das Aufgeben ihrer Heimat. Warum? Ein Lehrstück in Zeitgeschichte, München-Zürich 1989
- MUMELTER, Norbert, Der Bozener Blutsonntag und sein Todesopfer Franz Innerhofer: 24. April 1921, Meran 1981
- OBWEXER, Wolfgang, Die Südtiroler Optantenschule in Rufach. Nationalsozialistischer Erziehungsalltag in der Reichschule für Volksdeutsche und Nationalpolitischen Erziehungsanstalt Rufach (1940-1944), Diplomarbeit, Innsbruck 1987
- OTHMERDING, Heinz-Rudolf, Sozialistische Minderheitenpolitik am Beispiel Südtirol von den Anfängen des Konflikts bis heute, phil. Diss., Hamburg 1984
- PARTELI, Othmar, Südtirol (1918 bis 1970), Bozen-Innsbruck-Wien (Geschichte des Landes Tirol Band 4/I) 1988
- PETRI, Rolf, Storia di Bolzano, Padova 1989
- PRIESTER, Karin, Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, Köln 1972
- PRISTINGER, Flavia, La minoranza dominante nel Sudtirolo. Divisione etnica del lavoro e processi di modernizzazione dall'annessione agli anni settanta, Bologna-Padova 1978
- QUAZZA, Guido (u.a.), Storiografia e fascismo. Milano 1985
- REUT-NICLUSSI, Eduard, Tirol unterm Beil, München 1928 (Reprint, Bozen 1983)
- RIEDL, Franz Hieronymus u.a. (Hrsg.), Tirol im 20. Jahrhundert. Festschrift für Viktoria Stadlmayer, Bozen 1989
- RITSCHHEL, Karl Heinz, Diplomatie um Südtirol — Politische Hintergründe eines europäischen Versagens, Stuttgart 1966
- RIZZI, Bice, La Venezia Tridentina nel periodo armistiziale, relazione del primo Governatore, Trento 1963
- SAILER, Oswald, Schule im Krieg. Deutscher Unterricht in Südtirol 1940-1945, Bozen 1985
- SCHÖBER, Richard, Die Tiroler Frage auf der Friedenskonferenz von Saint Germain, Innsbruck 1982
- SEBERICH, Rainer, Bozen im Schatten des Großdeutschen Reichs, in: Bozen, Stadt im Umbruch, Bozen 1973
- SEBERICH, Rainer, Singen unter dem Faschismus. Ein Untersuchungsbericht zur politischen und kulturellen Bedeutung der Volksliedpflege, in: Schlern, Heft 4, Jg. 50, Bozen 1976
- STEININGER, Rolf, Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen, Innsbruck 1987
- STEURER, Leopold, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien-München-Zürich 1980
- STEURER, Leopold, Ein vergessenes Kapitel Südtiroler Geschichte. Die Umsiedlung und Vernichtung der Südtiroler Geisteskranken im Rahmen des nationalsozialistischen Euthanasieprogrammes, (Sondernummer der sturzflüge), Bozen 1982
- STEURER, Leopold, Herr Oswald und seine Zeit. Überlegungen aus gegebenem Anlaß, in: sturzflüge Nr. 13, Bozen 1985
- STUHLPFARRER, Karl, Die Operationszonen »Alpenvorland« und »Adriatisches Küstenland« 1943-45, Wien 1969
- STUHLPFARRER, Karl, Umsiedlung Südtirol 1939-1949, Wien 1985
- STUHLPFARRER, Karl, Die Umsiedlung der Südtiroler und die Slowenen, in: Richard Georg Plaschka (Hrsg.), Geschichte der Deutschen im Bereich des heutigen Slowenien 1848-1941, Wien-München 1988
- STUHLPFARRER, Karl, Südtirol 1919, in: Saint Germain 1919. Protokoll des Symposions am 29. und 30. Mai 1979 in Wien, Wien 1989

SÜDTIROLER LANDESSPARKASSE (Hrsg.), Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Südtirols. Festschrift zum 125jährigen Bestehen der Südtiroler Landessparkasse, Bozen 1979

THALER, Franz, Unvergessen. Option, KZ-Dachau, Kriegsgefangenschaft, Heimkehr: Ein Sarnner erzählt, Bozen 1989

TOSCANO, Mario, Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige, Bari 1967

TRAFIOIER, Karl, Die innenpolitische Lage in Südtirol 1918-1925, phil. Diss., Wien 1971

VERDORFER, Martha, Faschismuserfahrungen in Südtirol. Die Geschichte Südtirols 1918-1945 aus der Perspektive erzählter Erinnerungen. Eine Untersuchung mit der Methode der Oral History, phil. Diss., Innsbruck 1989

VILLGRATER, Maria, Katakombenschule. Faschismus und Schule in Südtirol, Bozen 1984

VISINTIN, Maurizio, L'industria in Alto Adige tra le due guerre mondiali, phil. Diss., Bologna 1984

VOLGGER, Friedl, Mit Südtirol am Scheideweg, Innsbruck 1984

VON DER DECKEN, Godele (Hrsg.), Teilung Tirols — Gefahr für die Demokratie?, Bozen-Innsbruck 1988

WAGNER, Bruno, Der Waffenstillstand von Villa Giusti — 3. November 1918, phil. Diss., Wien 1970

WAIBL, Gunther, Photographie und Geschichte. Sozialgeschichte der Photographie in Südtirol 1919-1945, phil. Diss., Wien 1985

WEISSENSTEINER, Robert, Die Geschichte Südtirols im Spiegel des christlichsozialen Blattes »Der Tiroler« 1914-1925, phil. Diss., Innsbruck 1979

ZAMPICCOLI, Ettore (Hrsg.), Bolzano 1943-45. Testimonianze dal carcere di Don Nicolli, Bozen 1981

## Bildquellen

BAH	Zeitgeschichtliches Bildarchiv Heinrich R. Hoffmann, München
ÖIZG	Österreichisches Institut für Zeitgeschichte, Wien
Slg.	Sammlung
StMM	Stadtmuseum Meran
TGV	Sammelstelle des Tiroler Geschichtsvereins, Bozen
TLI	Sammlung des Tiroler Landesinstituts, Innsbruck
TLM	Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck
6, 7	Slg. Ellmenreich, StMM
8	Public Record Office, London
9	Slg. Hasler, TGV
10	Slg. Ellmenreich, StMM
11—12	Slg. Ellmenreich, StMM
13	Museo del Risorgimento, Trient
14	Karl Erlacher, Töll
15	Slg. Ellmenreich, StMM
16, 17	Slg. Ellmenreich, StMM
18	Slg. Sieber, TLI
19 o.	Museo del Risorgimento, Trient
19 u.	Slg. Ellmenreich, StMM
19, 21, 22	Slg. Ellmenreich, StMM
23	Slg. Matzner, TGV
24	Archivio di Stato — Staatsarchiv, Bozen
25	Slg. Berger, TGV
26	Slg. Ellmenreich, StMM
27	Slg. Sieber, TLI
28, 29	Slg. Berger, TGV
30 o.	Slg. Ellmenreich, StMM
30 u.	Christoph von Hartungen, Seis
31	Slg. Ellmenreich, StMM
32, 33, 36, 37	Slg. Zendron, TGV
38 o.	Luciana Palla, Belluno
38 u.	TGV
42, 43	Pons Drusi, Stadtbibliothek Bozen
44	Slg. Ellmenreich, StMM
45	TGV
46	Slg. Rauch, TGV
47	TGV
48	Stadtarchiv Brixen
49 o.	TGV
49 u.	Slg. Wassermann, Niederdorf

50 o.	Hans Fingeller, Don't forget South Tyrol, the lost home, Innsbruck 1938	96	Südtiroler Landesverkehrsamt, Bozen
50 u.	Gemeindearchiv Kastelruth	98	Annemarie Mumelter, Bozen
51	Slg. Matzneller, TGV	100 o.	TGV
53	Slg. Rauch, TGV	100	Leopold Steurer, Meran
54	Slg. Erich Kind, TLI	101 u. r.	Leopold Steurer, Meran
55	Slg. Matzneller, TGV		alle anderen TGV
58	Südtiroler Landesverkehrsamt, Bozen	102	Leopold Steurer, Meran
59	TLI	103—105	Slg. Kaser, TGV
60 o.	Slg. Wassermann, Niederdorf	108, 109	BAH
60 m., u.	Stadtarchiv Brixen	110	TLI
62	Slg. Casarotto, TGV	111	Leopold Steurer, Meran
63	Slg. Holzknecht, TLI	112 l.	ÖIZG
64	Musikkapelle Innichen	112 r.	Leopold Steurer, Meran
65 o.	Slg. Kuprian, TLI	113, 115	ÖIZG
65 u.	Slg. Oberrauch, TLI	116	Slg. Wassermann, Niederdorf
66	TGV	117	TLI
68	Slg. Kaser, TGV	118	Willy Acherer, Brixen
69	Maria Villgrater, Bozen	119 o.	Sgl. Felicetti, TLI
71 o. l.	Ludwig Steinberger, Deutsch-Südtirol in Schmach und Schand — mit ihm das ganze deutsche Land? München 1932	119 u. l.	Hans Heiss, Brixen
71 o. r.	Hans Fingeller, Don't forget South Tyrol, the lost home, Innsbruck 1938	119 u. r.	TLI
71 u. l.	Eduard Reut-Nicolussi, Tirol unterm Beil, München 1928	120, 122	BAH
71 u. r.	Südtirol verreckel!, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1932	123	Michael Gehler, Innsbruck
72, 73	Studio Pedrotti, Bozen	124	ÖIZG
74 o.	Heimatschutzverein Bozen	125	BAH
74 u.	Opere publiche dell'Alto Adige, Roma 1934	126 l.	TLM
75 o.	Studio Pedrotti, Bozen	126 r.	Slg. Villi, TLI
75 u.	Slg. Welponer, TGV	127	ÖIZG
76	Fingeller 1938	128 o.	BAH
77 o.	Slg. Ottorino, TGV	128 u.	Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv
77 u.	Athesia-Archiv, Bozen	129, 130	BAH
79	Heimatschutzverein, Bozen	131	ÖIZG
81 o.	Slg. Dal Prà-Franci, TGV	132	TLI
81 u.	Slg. Ottorino, TGV	135	Michael Gehler, Innsbruck
82	Studio Pedrotti, Bozen	136, 135	TGV
83	Slg. Zendron, TGV	138	ÖIZG
86	Slg. Dal Prà-Franci, TGV	139 o.	ÖIZG
87	Slg. Winterholer, TGV	139 u.	Archivio Centrale dello Stato, Rom
89	Friedl Volgger, Bozen	140 o.	Michael Gehler, Innsbruck
91	Luise Heidegger, Brixen	140 u.	ÖIZG
92	Slg. Wassermann, Niederdorf	141	TGV
93	TLI	145	Vorlage: Franz Huter (Hrsg.), Südtirol. Eine Frage des europäischen Gewissens, Wien 1965
94	Musikkapelle Innichen	147	Slg. Zendron, TGV
		148	Gamper-Archiv, Bozen
		149	Gamper-Archiv, Bozen
		150	Stadtarchiv Brixen
		151	Annemarie Mumelter, Bozen
		152	Leopold Steurer, Meran

153	Elisabeth Gasser, Bozen	216	Slg. Villi, TLI
154	Archivio Centrale dello Stato, Rom	217	Slg. Felicetti, TLI
157—159	Gamper-Archiv, Bozen	218	Slg. Wetjen, TLI
160, 162	Leopold Steurer, Meran	219 o.	Slg. Sanoll, TLI
163	Stadtarchiv Brixen	219 u.	Bundesarchiv Koblenz
164	TGV	220	Michael Gehler, Innsbruck
165	Elisabeth Gasser, Bozen	221	Slg. Niederwieser, TLI
166 o.	Annemarie Mumelter, Bozen	222 l.	TLM
166 u.	Anni Brunner, Klausen	222 r.	Bildarchiv Neue Heimat Tirol, Innsbruck
168	ÖIZG	224	Slg. Wetjen, TLI
172, 173	Slg. Zendron, TGV	225	Stefan Karner, Graz
175	Priesterseminar Brixen	226	Slg. Mair, TGV
176	Slg. Oberkofler, TGV	227 o., m.	Slg. Mair, TGV
177 o. l.	Gamper-Archiv, Bozen	227 u.	Slg. Vikoler, TLI
177 o. r.	ÖIZG	229	Slg. Zanon, TLI
177 u.	Manfred Mayr, Goldrain	230	Slg. Mayrgündter, TGV
178	Gamper-Archiv, Bozen	231	Bildarchiv Neue Heimat Tirol, Innsbruck
179 l.	Anton Harrasser, Pfalzen	232 o.	Slg. Pöder, TLI
179	Annoncen aus <i>Dolomiten</i> , Anfang 1940	232 u.	Slg. Rinner, TGV
180, 181	Franz Mair, Tisens	234	ÖIZG
183	Slg. Wetjen, TLI	237	Slg. Rinner, TGV
185	Slg. Kelder, TGV	238, 240	Slg. Nicolussi, TGV
186, 187	TGV	241, 244	Slg. Wetjen, TLI
190, 191	Slg. Nogler, TGV	245	Slg. Eccel, Bozen
192, 193	Slg. Eccel, TGV	246	Slg. Wetjen, TLI
195	Gottfried Solderer, Bozen	247	Slg. Eccel, Bozen
196 l.	Slg. Pircher, TLI	248	Slg. Wetjen, TLI
196 r.	Michael Gehler, Innsbruck	249	Monica Pedrazza, Bozen
197 l.	Slg. Moser, TLI	250	Hans Mirtes, Frontenhausen
197 r.	Slg. Pircher, TLI	251 o., m.	Slg. Wetjen, TLI
199	Heimatpflegeverein Latsch	251 u.	Slg. Nicolussi, TGV
200 l.	Slg. Sieber, TLI	252, 253	Slg. Wetjen, TLI
200 r.	Slg. Niederwieser, TLI	254 o.	BAH
201 l., u.	Slg. Oberkofler, TGV	254 u.	ÖIZG
201 r.	Slg. Villi, TLI	256, 257	Slg. Wassermann, Niederdorf
202	Slg. Stragenegg, TGV	258	Claus Conrad, Hannover
203	Slg. Eccel, TGV	259 o.	Slg. Hofer, TGV
204, 205	Slg. Pedratscher, TLI	259 r.	Claus Conrad, Hannover
207	Slg. Pircher, TLI	260 o. l.	Slg. Perathoner, TGV
208	Slg. Kelder, TGV	260 o. r., u. r.	Slg. Stuffer, TGV
209	Slg. Sieber, TLI	260 m., u. l.	Slg. Profanter, TLI
210, 211	Slg. Oberkofler, TGV	261 l.	Gemeindearchiv Kurtatsch, TGV
212	Maria Fuchs, Witwe Pfeifhofer, Sexten	261 r.	Slg. Müller, TGV
213 o.	Georg Watschinger, Sexten	262	Slg. Müller, TGV
213 m.	Franz Egarter, Sexten	263 o. r.	Annemarie Mumelter, Bozen alle anderen Slg. Müller, TGV
213 u.	Anton Stabinger, Sexten	265, 266	Slg. Hofer/Ramoser, TGV
214 o.	Slg. Brandstätter, TGV	267	Lothar Sternbach, Bruneck
214 u.	Slg. Messner, TGV	269	Slg. Volgger, TGV
215	Bundesarchiv Koblenz		

270	Annemarie Mumelter, Bozen	314 l.	Amt der Tiroler Landesregierung, Referat S, Innsbruck
271, 273	Slg. Müller, TGV	314 r.	Slg. Messner, TGV
274	Slg. Pedrazza, TLI	315	Unterlagensammlung der Tiroler Landesregierung (Landesstelle für Südtirol), Nr. 7
275 l.	Institut für Musikerziehung, Bozen	316	Bildarchiv der Wochenzeitung <i>präsent</i> , Innsbruck
275 r.	Stadtmuseum Bozen	317	Nachlaß Dejaco, Brixen
278 o.	Heimatpflegeverein Latsch	319	Slg. Sieber, TLI
278 u.	TGV	320 l.	TGV
279	Pubblifoto, Mailand	320 r.	Nachlaß Dejaco, Brixen
280	Slg. Matzneller, TGV	321	TGV
281 l.	Gemeinde Kastelruth	322	<i>Dolomiten</i> , April und Mai 1948
281 r.	Slg. Wassermann, Niederdorf	326 o.	Slg. Oberkofler, TGV
282, 283	Stadtarchiv Brixen	326 u.	Foto Frass, Bozen
284 l.	Slg. Wassermann, Niederdorf	328	Slg. Wassermann, Niederdorf
284 r.	Willy Acherer, Brixen	329	Slg. Messner, TGV
285 o.	ÖIZG	330	Nachlaß Dejaco, Brixen
285 u.	TGV	331, 332	Foto Frass, Bozen
286	Slg. Thalheimer, TGV	333, 334	<i>Dolomiten</i> , 20. März 1952
287	Leopold Steurer, Meran	335	Archiv des Institutes für geförder- ten Wohnbau der Provinz Bozen, Bozen
288 l.	Heimatpflegeverein Latsch	336	<i>Dolomiten</i> , 6. Oktober 1951
289 o.	Slg. Wassermann, Niederdorf	337-339	Slg. Eschgfäller, TLI
289 u.	Heimatpflegeverein Latsch		
290 o.	Slg. Hanni, TGV		
290 u.	TGV		
291 l.	Slg. Marianne Nock, Lana		
291 r.	Ivo Beikircher, Mühlen		
292 l.	Slg. Maria Hofer, TGV		
292 r.	ÖIZG		
293 o.	Gemeinde Ahrntal, TGV		
293 u.	Slg. Wassermann, Niederdorf		
294	Max Hechensteiner, Meran		
295	Slg. Franz Mair, TGV		
297, 298 o.	TGV		
298 u.	Farabola, Mailand		
300, 301	TGL		
302, 303	Slg. Romeo, TGV		
304, 305	Hugo Atzwanger, Joseph Georg Oberkofler, Südtirol, Bozen 1950		
307 o.	Slg. Wassermann, Niederdorf		
307 u.	Stadtarchiv Brixen		
308	Slg. Wassermann, Niederdorf		
309 l.	Piero Agostini, Trentino, provincia del Reich, Trento 1975		
309 r.	Slg. Romeo, TGV		
310	Stadtarchiv Brixen		
311	Stadtarchiv Klausen		
312 l.	Bildarchiv des Athesia-Verlags, Bozen		
312 r., 312 l.	Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Wien		
313 r.	Bildarchiv des Haymon-Verlags, Innsbruck		

## Autorinnen und Autoren

Birgit ALBER, geb. 1965. Literatur- und Sprachstudium in Venedig, arbeitet an einer Dissertation über die Kalender in Tirol 1915 bis 1925, lebt in Meran.

Helmut ALEXANDER, Dr. phil., geb. 1957. Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Erlangen und Innsbruck, freiberuflicher Historiker, arbeitet u. a. an einem Forschungsprojekt zur Lage der Südtiroler Umsiedler in Österreich, Veröffentlichungen zur Geschichtsschreibung in der DDR und zur Tiroler Zeitgeschichte, lebt in Innsbruck.

Claus CONRAD, Dr. phil., geb. 1950. Studium der Germanistik und Politikwissenschaft in Hannover, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für deutsche Literatur und Sprache der Universität Hannover, Veröffentlichungen über den deutschen Aufsatz, zum Problem von Politik und Sprache sowie zum Unterricht in deutscher Sprache zwischen 1918 und 1945 in Südtirol.

Karin DEMETZ, Dr. phil., geb. 1960. Studium der Geschichte und Volkskunde in Innsbruck, Mittelschullehrerin in Kaltern.

Benedikt ERHARD, Dr. phil., geb. 1953. Studium der Pädagogik und Geschichte in Innsbruck und Berlin, Geschäftsführer des Tiroler Landesinstituts in Innsbruck, Veröffentlichungen zur Sozial- und Zeitgeschichte, lebt in Lans.

Christoph HARTUNG VON HARTUNGEN, Dr. phil., geb. 1955. Studium der Geschichte und Germanistik in Innsbruck, Ausbildung als Archivar, Gymnasiallehrer in Bozen, Referent und Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung (Zeitgeschichte, Alltagsgeschichte), Veröffentlichungen zur Tiroler Geschichte und zur Südtiroler Zeitgeschichte, lebt in Seis am Schlern.

Othmar KIEM, Mag. phil., geb. 1962. Studium der Geschichte in Wien, arbeitet an einer Dissertation über den Faschismus am Land (Südtirol 1922 bis 1930), lebt in Tschermers.

Stefan LECHNER, Mag. phil., geb. 1964. Studium der Geschichte in Wien, lebt in Dietenheim.

Georg MISCHI, geb. 1966. Studiert Geschichte und Germanistik in Innsbruck, lebt in Wolkenstein.

Hubert MOCK, Mag. phil., geb. 1960. Studium der Geschichte in Wien, arbeitet an einer Disserta-

tion über Kulturpolitik in Südtirol 1918-1945, lebt in Bozen.

Kristin PAN, Mag. phil., geb. 1962. Studium der Geschichte in Wien, lebt in Bozen.

Luciana PALLA, Dr. phil., geb. 1950. Studium der Philosophie in Bologna und der Geschichte in Venedig, Oberschullehrerin und Mitarbeiterin des Istituto Storico della Resistenza in Belluno, Forschungen und Veröffentlichungen zur Geschichte der Ladinier, lebt in Belluno.

Gerold PERATHONER, geb. 1966. Studiert Geschichte und Germanistik in Innsbruck, lebt in Wolkenstein.

Walter PICHLER, Mag. phil., geb. 1963. Studium der Geschichte in Wien, Veröffentlichungen zur Orts- und Regionalgeschichte, lebt in Schenna.

Carlo ROMEO, Dr. phil., geb. 1962. Studium der Geschichte in Mailand, Oberschullehrer in Dorf Tirol, Mitarbeiter verschiedener Zeitschriften in Trient und Bozen, lebt in Bozen.

Paul RÖSCH, Dr. phil., geb. 1954. Studium der Volkskunde und Geschichte in Innsbruck, Geschäftsführer des Tiroler Landesinstituts in Bozen, lebt in Meran.

Mauro SCROCCARO, Dr. phil., geb. 1960. Studium der Geschichte in Venedig, arbeitet über die Geschichte der Ladinier, lebt in Mestre.

Hugo SEYR, Dr. iur., geb. 1937. Studium der Rechtswissenschaft in Padua, Ferrara, Bonn und Innsbruck, Journalist, Rezensent für Tiroler Geschichte und Landeskunde, lebt in Bozen.

Leopold STEURER, Dr. phil., geb. 1946. Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Wien und Bonn, Oberschullehrer in Bozen, zahlreiche Forschungen und Veröffentlichungen zur Südtiroler Zeitgeschichte, lebt in Meran.

Martha VERDORFER, Dr. phil., geb. 1962. Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Innsbruck, Veröffentlichungen zur Südtiroler Zeitgeschichte, lebt in Lana und Innsbruck.

Alessandra ZENDRON, Dr. phil., geb. 1950. Studium der Geschichte und Philologie in Padua, Redakteurin und Regisseurin bei der RAI, derzeit Abgeordnete zum Südtiroler Landtag (Grüne Alternative Liste), Veröffentlichungen und Filme zur Tiroler Geschichte und Südtiroler Zeitgeschichte, lebt in Bozen.

[www.books2ebooks.eu](http://www.books2ebooks.eu)